Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Princeton University Library
32101 076534484

0902
891

.19, pt. 2

Library of
Princeton University.

Germanic
Seminary.

Presented by
The Class of 1891.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Süddeutsche Monatshefte

Unter Mitwirkung von

Josef Hofmiller, Karl Alexander von Müller,
Hans Pfitzner, Hans Thoma

herausgegeben von

Paul Nikolaus Cossmann

Neunzehnter Jahrgang. Zweiter Band

April bis September 1922

* *
*

Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H., München, Leipzig, Berlin
Alle Rechte vorbehalten

Digitized by Google

Die Deutschen in Frankreich.

Die Franzosen in Deutschland. (April 1922.)

	Seite
1871 und jetzt	1
Friedrich Crämer, Die Deutschen in Frankreich 1871—73	2
Französische Zeugnisse	20
E. D. Morel (Kings Langley, England), Brief an die Süddeutschen Monatshefte	26
Joseph King (London), Eine moralische Eiterbeule in Europa	26
E. N. Benett (London), Einige Betrachtungen über die militärische Besetzung des Rheinlandes	28
Ben C. Spoor (M. P., London), Weiß und Schwarz am Rhein	30
E. A. Bagley (M. P., London), Die schwarze Macht am Rhein	32
H. W. Massingham (Herausgeber von „Nation and Athenaeum", London), Ein Blick auf die französische Okkupation	33
Offener Brief an die Universitäten der Welt	37
Harold Picton, Brennende Fragen aus dem Gebiete des Strafwesens	38
Josef Hofmiller, Neue Bücher	39
Büchernotizen	40
Josef Hofmiller, Die Relativität der französischen Literatur	41
Armeebefehl des Prinz Friedrich Karl von Preußen vom 6. August 1870	48

Die Kriegsschuldlüge vor Gericht. (Mai 1922.)

Bericht über den Prozeß um die Eisnerschen Dokumenten-Fälschungen am Amtsgericht München I, 27. April bis 11. Mai 1922.

	Seite
Vorwort des Herausgebers Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode	49
Die Schuldokumente	50
1. Verhandlungstag (Aufnahme des Tatbestandes. Zeugenaussagen: Frau Eisner, Hans von Weber, Professor Preetorius, Bedel, Dr. Lindner, von Paptus. Erklärungen Fechenbach, Dr. Löwenfeld, Professor Cossmann.)	52
2 Verhandlungstag (Zeugen und Sachverständige: Professor v. Müller, Dr. Muckle, Graf Soden, Dr. Dirr, Staatsrat von Lößl, Graf Lerchenfeld, Freiherr von Lersner, Graf Montgelas)	61
3. Verhandlungstag (Zeugen und Sachverständige: Unterleitner, Dr. Dirr, Graf Monts, Dr. Striedinger, Professor Delbrück, Professor Quidde.)	74
4 Verhandlungstag (Zeugen und Sachverständige: Dr. Fischer, Graf Montgelas, Professor Delbrück, Dr. Nögerath, Professor Karo, Dr. Thimme.)	85
5. Verhandlungstag (Zeugen und Sachverständige: Dr. Lepsius, Ministerialdirektor von Müller. Ausländische Gutachten. Erklärung Professor Cossmann, Plaidoyer Dr. Löwenfeld.)	102
6. Verhandlungstag (Plaidoyers Graf Pestalozza, Dr. Warmuth, Dr. Pflaum, Schlußerklärungen Fechenbach, Professor Cossmann.)	112
Die Urteilsverkündung	122

Digitized by Google

Die Wurzeln des Weltkrieges. (Juni 1922.)

Auf Grund der neuen Bismarck-Akten.

Von Johannes Lepsius, Mitherausgeber der Bismarck-Akten.

	Seite
Die große deutsche Aktenpublikation	129
Die Aktenpublikation und die Schuldfrage	132
Das Kriegsschuldproblem	136
Deutschlands Nachbarn	138
Frankreich	139
Thiers	141
Mac Mahon	142
Grévy	144
Sadi Carnot	151
Rußland	153
Die russische Regierung	154
Zarenpolitik	156
Die Meerengen	157
Russische Expansion	159
„Wenn nur Österreich nicht wäre"	160
Russisch-französische Annäherung	163
Zarismus und Revolution	165
Bismarcks Friedensprogramm für Kaiser Friedrich	167
Anhang: Das Bündnisangebot des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury vom Jahre 1889	169
Rußlandkunde	172

Poincaré. (Juli 1922.)

Seine Außenpolitik vor dem Kriege.

Auf Grund neuer bisher unveröffentlichter Dokumente.

	Seite
Widmung	173
Poincaré als Außenminister 1912	
I. Die Anfänge seiner Politik	174
II. Die erste Reise nach Rußland	185
III. Poincaré und die Balkankrise	194
Wie Poincaré die Weltgeschichte aufgefaßt wissen möchte	209 u. 220
Die drei Konferenzen der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland 1911, 1912 und 1913. Amtliche Protokolle.	
I. Konferenz vom August 1911	210
II. Konferenz vom Juli 1912	214
III. Konferenz vom August 1913	217

Die zerstörten Gebiete.

Von Otto von Stülpnagel.

Die Sabotage des Wiederaufbaus Nordfrankreichs durch die französische Regierung. (August 1922.)

	Seite
Otto von Stülpnagel, Vorwort	221
Johann Albrecht Loeser, Die Sabotage des Wiederaufbaus Nordfrankreichs durch die französische Regierung	222
Die Wahrheit über den Wiederaufbau in Nordfrankreich	222
Frankreichs Unfähigkeit zum Wiederaufbau	223
Das Wiesbadener Abkommen	227
Die Beteiligung deutscher Arbeiter	231
Die Wiederherstellung Ostpreußens als Beispiel deutscher Leistungsfähigkeit im Wiederaufbau	235
Zu unseren Bildern	236
Arthur Ketzer, Französische Stimmen	237
Josef Hofmiller, Bücherrundschau	243

(RECAP) C902 .G91 v.12 504069

Digitized by Google

Seite

Bilder aus Frankreich:
Tafel 1. Arras, Mont-Saint-Eloi . 245
„ 2. Neuville, Ypern, Coucy . 247
„ 3. Péronne, Béthune . . . 249
Bilder aus Ostpreußen:
Tafel 4. Groß-Sobrost, Assauen . 251
Tafel 5. Stallupönen, Heiligenstein 252
„ 6. Ortelsburg, Tarpukischen, Sameluchen 253
„ 7. Goldap 254
„ 8. Darkehmen 255
„ 9. Gerdauen 256

Wer ist verantwortlich für den Krieg?

(September 1922.)

Von E. Palamenghi-Crispi.

Berechtigte Übersetzung aus dem Italienischen von Karl Gutbrod.

Seite

Vorwort zur deutschen Ausgabe. (Mit Brief Iswolskis an Sasonow vom 19. Dezember 1913/1. Januar 1914) 257
An den Leser 258
Das Vermächtnis des früheren Kriegs 259
Frankreich gegen Italien im Hinblick auf den Dreibund 264
Das französisch-russische Bündnis . 272
Eduard VII. 280
Die „Entente cordiale“ 283
Die Triple-Entente 285
Dem Krieg entgegen 286
Wollte Deutschland den Krieg? . 289
Nachwort 295

Höfflers Logik 296

F. Bruckmann A.-G., München.

Digitized by Google

1871 und jetzt.

Wir wollen in diesem Hefte schweigen von den früheren Verwüstungen der Pfalz und des ganzen Rheinlands, von dem Verhalten der Franzosen im besetzten Gebiet zur napoleonischen Zeit und dem entgegengesetzten der Deutschen, als sie vor hundert Jahren in Frankreich als Sieger einzogen — nicht als ob der durchschnittliche Charakter der beiden Völker sich seitdem wesentlich geändert hätte: aber wir wissen, daß viele Deutsche meinen, solche alte Geschichten hätten keinen Wert. Damals sei die Menschheit überhaupt noch anders gewesen. Wir beschränken uns also darauf in dem kleinen Zeitraum von 50 Jahren die Besetzung durch Deutsche und die Besetzung durch Franzosen darzustellen.

Die Besetzung durch Deutsche stellen wir dar durch Aktenstücke und zwar sowohl durch deutsche als auch durch französische.

Die Besetzung durch Franzosen lassen wir durch Augenzeugen schildern. Auch hier Akten sprechen zu lassen, wie wir könnten, verbietet sich deshalb, weil jeder Deutsche des besetzten Gebietes, dessen Name hier genannt würde, der Gewalttätigkeit der Franzosen, der Rechtlosigkeit für sich, seine Familie und sein Eigentum ausgesetzt wäre. So bleibt uns, wenn wir die Verhältnisse in den jetzt von Franzosen besetzten Gebieten darstellen wollen, nur die Mitwirkung von Ausländern, die nicht gehindert werden können, die besetzten Gebiete zu bereisen und die dem Zugriffe der Franzosen nicht ausgesetzt sind.

Die Mitarbeiter dieses zweiten Teiles sind Engländer. Wir haben nie ein Hehl gemacht aus unserer Beurteilung der englischen Politik, aber wir salutieren vor diesen Engländern, die, obwohl sie die nationale Richtung unseres Blattes kennen, unserer Einladung gefolgt sind, um die Stimme der Ehrlichkeit und Menschlichkeit vor der ganzen Welt zu erheben.

Paul Nikolaus Cossmann.

Digitized by Google

Die Deutschen in Frankreich 1871—73.

Auf Grund der Akten des Bayerischen Kriegsministeriums.

Von Friedrich Crämer.

Die deutschen Akten.

Die gegenwärtigen überaus traurigen Zustände im besetzten Gebiet, insbesondere das Verhalten der Franzosen, haben mich auf den Gedanken gebracht, alles zusammenzustellen, was von seiten der deutschen Truppen während der Okkupation in Frankreich 1871—73 geschehen ist, alle Bestimmungen und Maßnahmen aus den amtlichen Berichten dieser Zeit zusammenzutragen, um einen Vergleich zu ziehen von damals und jetzt.

Insbesondere war ich als Arzt zum Studium der geschichtlichen Grundlagen angeregt worden, nachdem ich mich mit den schweren Folgen der Hungerblockade auf die Volksgesundheit eingehend in Wort und Schrift beschäftigt, das durch die Milchnot infolge der Ablieferung der Milchkühe entstandene schreckliche Kinderelend kennengelernt und gesehen hatte, welch ungeheuren dauernden Schaden die jetzige Generation durch das niederträchtige und grausame Vorgehen unserer Feinde gesundheitlich erlitten hat.

Dieser Schaden wird durch die außerordentliche Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch die französischen Truppen ins Unermeßliche gesteigert und bildet auf Jahrzehnte hinaus eine ungemein große Gefahr nicht bloß für unsere armen Volksgenossen im besetzten Gebiet.

Ich hatte das Glück, im Bayerischen Kriegsarchiv das größte Entgegenkommen zu finden, es sind mir alle in Betracht kommenden Akten bereitwilligst zur Verfügung gestellt worden. Herr Oberst Bezzel hatte die große Freundlichkeit, mir in der Auswahl der Akten behilflich zu sein, wofür ich ihm an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank zum Ausdruck bringe.

Ohne dieses Entgegenkommen wäre es mir nicht möglich gewesen, alle die Tatsachen einwandfrei festzustellen und zu sammeln, die einen Vergleich zwischen dem Verhalten unserer Truppenführer und Truppen und dem französischen Besatzungsheer gestatten. Meine Absicht, auch die preußischen Akten über die Okkupationszeit einzusehen, ließ sich nicht ausführen, weil diese Akten z. Zt. dem Herrn Reichsschatzminister zu Zwecken einer von ihm beabsichtigten Veröffentlichung zur Verfügung gestellt sind.

Da aber das Oberkommando preußisch war und alle wichtigen Bestimmungen und Befehle für alle Truppenteile gleich waren, kann man von vornherein annehmen, daß die preußischen Akten nichts wesentlich anderes enthalten werden wie die bayerischen. Zudem ist es nicht zweckmäßig, die Veröffentlichung dieser Zusammenstellung aufs Ungewisse zu verschieben.

Außer dem amtlichen Material stehen mir noch wertvolle Berichte von Augenzeugen zur Verfügung. Drei Offiziere, die der Okkupationsarmee seinerzeit angehört haben, haben mir ihre Erlebnisse und Beobachtungen in liebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellt; auch ihnen danke ich an dieser Stelle für ihre freundliche Unterstützung bei dieser Arbeit. Einige eigene Beobachtungen aus dieser Zeit kann ich selbst noch beifügen, so daß es hoffentlich gelingen wird, ein deutliches und klares Bild über alle Vorgänge während unserer Okkupation zu zeichnen und so jedermann zu ermöglichen, selbst einen Vergleich zu ziehen.

Friedensvertrag.

Am 27. Januar 1871 kapitulierte Paris, es wurde ein Waffenstillstand bis 24. Februar bezw. 3. März geschlossen, am 26. Februar wurden in Versailles Friedenspräliminarien vereinbart mit nur 2 Hauptbedingungen: Abtreten von Elsaß-Lothringen an Deutschland und Zahlung einer Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Francs innerhalb 3 Jahren, welche durch eine je nach den Abzahlungen genau geregelte Besetzung französischen Gebietes sichergestellt wurde; der endgültige Friede wurde am 10. Mai zu Frankfurt am Main geschlossen.

Man muß die rasche Folge dieser Ereignisse immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen, um die ganze Ungeheuerlichkeit und Unmenschlichkeit des Waffenstillstandes und vor allem des Versailler Gewaltfriedens richtig einzuschätzen.

Um die Bedeutung des Friedensvertrages von Frankfurt a. M. richtig würdigen zu können, ist es sehr lehrreich, einzelne Unterartikel noch besonders hervorzuheben:

1. Die Festung Belfort wird übergeben, die tapfere Besatzung räumt die Festung unter militärischen Ehren und behält ihre Waffen.

Digitized by Google

2. Einwohnern in den abgetretenen Gebieten, welche Franzosen bleiben wollen, steht es frei, auch in den mit Deutschland verbundenen Territorien gelegene Immobilien zu behalten.

3. Teile des okkupierten Gebietes werden nach Art und Form der Zahlung der Milliarden geräumt.

4. Den deutschen Truppen sind Requisitionen in natura und Geld verboten, vorausgesetzt, daß die französische Regierung für den Unterhalt der Truppen sorgt.

5. Französische Gefangene werden von der deutschen Regierung entlassen.

6. Handelsbeziehungen werden auf Grundlage der Meistbegünstigung zwischen Frankreich und Deutschland aufgenommen.

7. Schiffahrtsverträge und Eisenbahnabkommen werden wieder in Kraft gesetzt, ebenso die Abkommen über den Schutz des Eigentums von geistigen und künstlerischen Werken.

8. Alle vertriebenen Deutschen bleiben in vollem Genuß aller Güter, welche sie in Frankreich erworben haben, Deutsche, die in Frankreich gewohnt haben, können dorthin zurückkehren und ihren Wohnsitz wieder nehmen.

9. Die Bedingungen sind in voller Gegenseitigkeit auf die französischen Untertanen anwendbar.

10. Beide Regierungen verpflichten sich, für die Gräber zu sorgen, die in ihrem Gebiete liegen.

11. Die Ostbahnen werden an Deutschland abgetreten, Deutschland zahlt für die abgetretenen Strecken 325 Millionen Francs.

Französischen Truppen wird die Erlaubnis gegeben, durch das Okkupationsrayon durchzumarschieren.

Weiter wird bestimmt, daß die Wahlen für die Conseils generaux usw. nicht beschränkt werden dürfen, entsprechende Weisungen haben die Kommandos ergehen zu lassen.

Die Waffenstillstandsbedingungen waren unerhört mild: Waffenstillstand

1. Übergabe der sämtlichen Pariser Forts mit dem Kriegsmaterial.

2. Alle französischen Soldaten in Paris sind Kriegsgefangene mit Ausnahme von 12 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Paris.

3. Die Stadt Paris zahlt 200 Millionen Frs. Kriegskontribution.

Mit dem Abschluß der Friedenspräliminarien beginnt die Okkupation, die auf 3 Jahre vorgesehen war, aber schon im Sommer 1873, also nach 2½ Jahren ihr Ende fand, weil Frankreich früher als man erwarten konnte, die Kriegsentschädigung gezahlt hat und Deutschland genau vertragsgemäß die Räumung der besetzten Gebiete vollzog. Beginn der Okkupation.

Wenn man bedenkt, daß Frankreich im Jahre 70/71 vollständig mit den Waffen besiegt worden ist, daß, abgesehen von kleinen Fehlschlägen vor Orleans ein großer Sieg dem andern folgte, so muß man die außerordentliche Milde der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen bewundern. Stellt man dagegen die Tatsache, daß insbesondere die französische Armee und dazu nicht aus eigenen Kräften jahrelang vergebens die deutschen Stellungen berannt und niemals wirklich gesiegt hat, so erscheinen die uns auferlegten Bedingungen noch ungeheuerlicher.

Welcher Geist Deutschland von Anfang an den Besiegten gegenüber beherrschte, geht schon daraus hervor, daß das durch die 4 Monate lange Einschließung völlig ausgehungerte Paris sofort nach dem Waffenstillstandsabschluß mit Lebensmitteln versorgt wurde, d. h. daß schon am 5. Februar ein Lebensmittelzug die deutsche Linie passieren durfte und daß Bismarck am 6. Februar an die Heeresleitung telegraphierte: ‚Von französischer Seite ist mir mitgeteilt worden, daß Proviantzüge in Melun und anderen Stationen zurückgehalten werden; diese Züge mit Lebensmitteln müssen ohne allen Verzug passieren.‘ So haben die deutschen Barbaren gehandelt, und wie ist es ihnen vergolten worden bei der Beendigung des Weltkrieges? Man hat die unmenschliche Hungerblockade noch ein halbes Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes fortbestehen lassen.

Sehr bezeichnend sind folgende Befehle.

In einem Korpsbefehl heißt es: Es entspricht ebensosehr dem eigenen Interesse als den Abmachungen des Präliminar- und Waffenstillstandsvertrages, daß die strengste, nichts Unbilliges fordernde Disziplin gehandhabt wird.

Noch deutlicher läßt der Oberkommandobefehl die ritterliche Gesinnung erkennen, von der unsere Heerführer erfüllt waren:

Digitized by Google

„Die Lage ist die, daß wir einen siegreichen Krieg geführt, unsere Gegner vollständig überwunden haben, daß aber Friede geschlossen ist. In den von uns besetzten Landesteilen sind wir nach wie vor die Herren, aber in sehr viel anderen Verhältnissen als während des Krieges selbst. Das Wohl und die Sicherheit der Truppen bilden auch jetzt noch die ersten Gesichtspunkte. Aber gebot der Krieg hiebei oft ein rücksichtsloses Durchgreifen, so gebietet der von S. M. ratifizierte Friede Rücksichtnahmen, soviel nur irgend zulässig sind. Hiezu kommt — und hier appelliere ich an unser Selbstgefühl — daß wir Sieger sind und daß dem Überwundenen gegenüber das alte Wort: Noblesse oblige von uns zu erwarten ist, denn wir repräsentieren hier die ganze Armee.

Am meisten geschieht dies durch Schonung des Gefühls der Überwundenen.

In allen von unseren Truppen okkupierten Landesteilen gilt der Etat de siège nach dem französischen Gesetz vom 9. 8. 1849.

Die Truppenbefehlshaber haben nicht mehr das Recht, disziplinäre Strafgewalt gegenüber Franzosen zu üben oder Requisitionen oder Strafkontributionen auszuschreiben."

In einem vertraulichen Zirkular heißt es: „Ich erinnere daran, welche Kritik in bezug auf die ganze französische Nation das Verhalten der französischen Truppen in Deutschland im Anfang des Jahrhunderts hervorgerufen hat. Sie überhoben sich des Sieges, mißbrauchten die Gewalt, behandelten die Überwundenen mit Härte und Nichtachtung. Wir wollen uns vornehmer verhalten. Vornehm ist es aber, den überwundenen Gegner seine Niederlage nicht auf Schritt und Tritt fühlen zu lassen, und selbst ehrt sich der Sieger und erhöht selbst den Glanz seines Sieges, wenn er dem Gegner Ebenbürtigkeit zugesteht."

Verpflegung und Unterbringung der Besatzungsarmee.

Nach der Konvention betr. die Ausführung der Friedenspräliminarien von Versailles (26. II. 71) zahlte die französische Regierung für jede Portion 1 Fr. 75, für jede Ration 2 Fr. 50. Für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 71 wurde die Vergütung auf 2 Fr. 25 ermäßigt.

Die Vergütung ist zu bezahlen für 500 000 Portionen und 150 000 Rationen täglich. Nach der Bezahlung der ersten halben Milliarde der Kriegskosten wird die Entschädigung wöchentlich um ein Viertel vermindert, nach 4 Wochen sind es nur noch 150 000 Portionen und 50 000 Rationen, 14 Tage nach Zahlung der ersten Milliarde noch 120 000 Portionen und 40 000 Rationen, 14 Tage nach Zahlung der ersten 1½ Milliarden noch 80 000 Portionen und 30 000 Rationen, 14 Tage nach Zahlung der zweiten Milliarde nur noch 50 000 Portionen und 18 000 Rationen. Es wird der französischen Regierung anheimgegeben, für die Verpflegung der in Frankreich befindlichen deutschen Truppen selbst zu sorgen.

In jeder Stadt, jedem Ort, in dem deutsche Truppen liegen, müssen Wohnungen für Offiziere bereitgestellt werden und zwar für den Chef der Armee ein vollständig eingerichtetes Haus.

Für den Kommand. General	6	Stuben,	2	Gesindestuben,	1	Küche
„ „ Divisionsgeneral	5	„	1	Gesindestube,	1	„
„ „ Brigadegeneral	4	„	1	„	1	„
„ „ Regimentskommand.	3	„	1	„	1	„
„ „ Bataillonskommand. u. Kompagniechef	2	Stuben,	1	Schlafgelaß für den Burschen.		
„ „ Leutnant	1	„	1	„	„	„	„

Die bei den Bewohnern einquartierten Mannschaften haben Teil an Feuer und Licht; zu Quartieren für Mannschaften und Pferde werden die öffentlichen und die zu diesem Zwecke vermieteten Gebäude benützt. Nur wenn diese nicht ausreichen, werden die Truppen bei den Bewohnern einquartiert.

Kostspielige Anlagen für die Einrichtung von Schießplätzen, soweit es die öffentliche Sicherheit und die Polizei erlauben, sind zu vermeiden, diese Arbeiten werden durch die Truppen, soweit als möglich, selbst ausgeführt.

Digitized by Google

Die Entschädigung für die bei den Truppenübungen vorkommenden Flurbeschädigungen werden durch 2 Sachverständige abgeschätzt, je einer von beiden Parteien. Sind mit diesen Übungen Biwaks verbunden, dann liefert die französische Regierung das erforderliche Lagerstroh.

Werden Pferde mietweise gebraucht, dann werden 40 Cts. für den Kilometer bezahlt, Mehrkosten erstattet die französische Regierung.

Die einzelne Portion setzt sich zusammen aus 375 Gramm Fleisch, 125 Gramm Reis, Graupe oder Grütze, 250 Gramm Erbsen, Bohnen, Linsen, 1500 Gramm Kartoffeln, 25 Gramm Salz, 25 Gramm Kaffee, 1/12 Quart Branntwein oder ½ Liter Wein, 5 Zigarren = zusammen 1 fr. 75 Cts.

Die Konvention ist unterschrieben von Jules Favre, v. Stosch und Engelhard.

Aus all den genannten Bestimmungen kann man erkennen, mit welcher Rücksichtnahme und Schonung gegen die Besiegten, gegen die französische Regierung und das französische Volk vorgegangen worden ist; ja, wie sich später noch zeigen wird, wurde diese Rücksichtnahme so weit getrieben, daß sie uns jetzt fast lächerlich erscheinen muß.

Welche Unsummen müssen jetzt von uns für kostspielige Anlagen von Schieß-, Flug- und Exerzierplätzen bezahlt werden. Große wertvolle Ländereien, bestes Ackerland, gleich im Ausmaß von 600 Tagwerk werden mit brutaler Gewalt mit Beschlag belegt.

Von einer Eskadron wurde 1871 in Stenay ein Exerzierplatz von solcher Ausdehnung verlangt, daß der französischen Regierung unverhältnismäßig hohe Kosten erwachsen wären. Das Gesuch wurde von der deutschen Heeresleitung abgewiesen. Wenn fiskalische gedeckte Reitbahnen nicht vorhanden sind, hieß es, erhält jede Eskadron eine unverwahrte, offene Bahn in der Größe von 56×28 Meter.

Der Schießplatz in Sedan hat sich zu klein erwiesen, es wurde bestimmt, daß die Frage mit dem französischen Delegierten geregelt werden soll. Alle Vorschläge und Forderungen an französische Behörden wurden durch den französischen Delegierten auf Antrag des Kommandos besorgt; darüber bestanden genaue Bestimungen. Der Verkehr war stets ein äußerst höflicher und entgegenkommender. In dem Abschnitt über Verkehr mit den französischen Behörden werde ich noch ausführliche Belege dafür erbringen.

Die Unterbringung der Offiziere und Mannschaften und der Pferde bot natürlich vielfache Schwierigkeiten, aber alle diese Schwierigkeiten wurden zu überwinden versucht und stets die größtmöglichste Rücksichtnahme auf die Bevölkerung beobachtet. Nach der Konvention war genaueſtens geregelt, wieviel Raum den einzelnen Offizieren, wie oben bemerkt, zukomme. In den Akten wurde besonders vermerkt, daß wegen Unterbringung von Mannschaften und Pferden, sowie wegen der Bereitstellung von Exerzier- und Schießplätzen niemals besondere Schwierigkeiten bestanden. Ja in einem Bericht heißt es sogar, es bestehen nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern die Delegierten der Mairien entsprachen den kontraktlichen Ansprüchen in zuvorkommender Weise — also müssen unsere Ansprüche sehr bescheiden und die Art der Anforderung stets eine höfliche und rücksichtsvolle gewesen sein, sonst hätten die französischen Behörden, die wegen jeder Kleinigkeit vorstellig wurden, sofort Beschwerde eingelegt.

Einquartierung besonders bei armen Leuten führte natürlich öfters zu Mißhelligkeiten, weil die Leute den Soldaten auch möglichst wenig bieten wollten; dabei erhielten die Mannschaften ihr Essen stets von ihrer Abteilung, von den Einwohnern durften sie nur Feuer und Licht beanspruchen.

In einem Falle bat das französische Gouvernement, darüber hinwegzusehen, wenn in einer Baracke der neuen Garnison noch nicht alles in Ordnung sei. v. Manteuffel (Oberkommando der Okkupationsarmee) bestimmte, daß es sich empfehle, den französischen Behörden gegenüber hierin Entgegenkommen zu zeigen.

Die Mairie von Chateau Porcien bat um Freimachung von Wohnungen für die armen Leute des Ortes; dieser Bitte wurde entsprochen und eine Kompagnie aus Chateau Porcien in Baracken verlegt.

Der Präfekt der Ardennen teilt dem Kommandeur der zweiten bayerischen Division mit, daß auch seinerseits allen Wünschen, welche mit dem Wohle der Truppen vereinbar sind, bestens nachgekommen werden wird.

Digitized by Google

Am 13. 6. 71 befiehlt das Oberkommando:
„Nachdem es mehrfach in letzter Zeit vorgekommen ist, daß Truppen sich außerhalb der von den Maires angewiesenen Quartieren ohne Billete selbst einquartiert haben und ferner auch von Truppenkommandeuren aus Veranlassung besonders widerspenstigen Verhaltens in Wohnungsfragen Geldstrafen und Geldkautionen Kommunen und einzelnen Personen auferlegt worden sind, so wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese beiden Arten des Verfahrens nach abgeschlossenem Frieden nicht mehr zulässig und durch keinen Artikel der abgeschlossenen Konvention gerechtfertigt sind. Ungeeignete Quartiere sind zurückzuweisen und die Maires zur Gestellung geeigneter Quartiere anzuhalten."

Der Souspräfekt von Verdun verspricht alle Wünsche zu erfüllen, der Brief ist außerordentlich höflich gehalten. Niemals wurde an die Behörden in befehlendem Ton geschrieben, niemals brutal vorgegangen und so erklärt sich, daß die französischen Behörden sich eines sehr höflichen Tones befleißigten.

Wie streng man sich an die Konvention hielt und wie wenig man den eigenen Offizieren gegenüber entgegenkam, mögen folgende zwei Vorkommnisse beleuchten.

Ein Major Haag hatte in Sedan eine Wohnung, die zwei Kilometer von der Kaserne entfernt war und verlangte deswegen vom Präfekten einen Wagen. Dieses Verlangen wurde in einem Schreiben an den Präfekten von deutscher Seite als unberechtigt erklärt.

Noch schlechter ging es einem Oberleutnant Urban, der bei wohlhabenden Leuten zwei Zimmer bekommen sollte. Der betreffende Hausbesitzer zeigte sich äußerst widerhaarig und weigerte sich, bessere Zimmer herzugeben. Auch die Benützung des Abortes im Hause ward nicht zugestanden, der Abort im Garten sei gut genug für den Offizier. Es kam fortwährend zu Zwistigkeiten und da Oblt. U. sich die besseren Zimmer erzwingen wollte, kam es zur Anzeige; ein Disziplinarverfahren wurde gegen ihn eingeleitet, der Offizier disziplinär bestraft und angeordnet, daß er irgendwo untergebracht werden soll, wo ein Vorgesetzter wohnt, weil er unverträglich sei.

Selbsteinquartierung unverheirateter Offiziere war nicht gestattet, konnte aber durch das Kommando erlaubt werden, das sich dann mit der französischen Intendanz ins Benehmen setzte, damit sie sich so einrichten könne, daß ihr nicht infolge Leerstehens von gemieteten konventionsmäßigen Wohnungen Mehrkosten erwachsen.

Bezüglich der Quartiere und deren Einrichtung heißt es in einem Befehl, ist konventionsmäßig zu verfahren, nicht konventionelle Ansprüche sind nicht zu vertreten, Androhung von Repressalien ist zu vermeiden. Man gibt sich dadurch Blößen, die der Kommandant auszugleichen nicht die legitime Macht hat.

Die für die Verpflegung ausgesetzten Summen 10 Frs. täglich, können Offiziere nur in Ausnahmefällen und wenn die Quartiergeber wirklich mittellos sind, beanspruchen.

In einem Falle wurden höchst übertriebene Klagen über Eingriffe von Offizieren und Mannschaften wegen Unterkunft von einem französischen Hausbesitzer dem Kommando vorgebracht, der Besitzer hatte nicht das leiseste Entgegenkommen gezeigt, obwohl er Platz genug hatte.

Die Unterkunft der deutschen Offiziere in Bürgerquartieren wurde wie früher bei den französischen Offizieren gehandhabt, dadurch bekamen die Bürger auch Mieteinnahmen. Bei Wohnungsmangel für Offiziere wurde verlangt, daß in fiskalischen Gebäuden Wohnungen, wenn auch mit größeren Kosten eingerichtet werden. Die französische Regierung mußte verheirateten Offizieren das Service zur Selbsteinmietung zuzahlen.

Nach einer Bestimmung vom 21. 2. 72 sollen weitere Baracken gebaut werden, weil dadurch die Entfernung der Pferde und Trainsoldaten aus Privatquartieren ermöglicht wird.

Entlastung der Einwohner.

Schon am 10. 9. 70 hat v. d. Tann in einem Tagesbefehl Rücksicht gegen die feindlichen Einwohner mit den Worten gefordert:
„Durch Disziplin und rücksichtsvolles Verfahren gegen die feindlichen Einwohner ehrt Ihr Euch ebenso wie durch Eure Tapferkeit auf dem Schlachtfeld."

Die Entlastung der Einwohner geht besonders auch aus folgenden Bestimmungen hervor:
„Da das Département des Ardennes eines derjenigen ist, das am längsten okkupiert bleibt, so liegt es im Interesse der Einwohner, wenn möglichst bald durch Herbeischaffung der erforderlichen Lagerstätten und sonstigen Utensilien das ehemalige französische Remontedepot

Digitized by Google

zur Unterbringung von Mannschaften eingerichtet wird. Dann kann ein Teil der Einquartierungslast den Einwohnern abgenommen werden."

In einem weiteren Befehl heißt es: „Es ist festgestellt worden, daß manche kleine Orte viel zu stark belegt sind; das ist gewiß gesundheitsschädlich, überdies entsteht dadurch eine Teuerung der Lebensmittel. Es dürfte sich daher wohl empfehlen, auf eine Verminderung der Garnisonen auf dem Lande im Arrondissement Sedan Bedacht zu nehmen. Dieses Arrondissement hat während des Krieges besonders stark gelitten, auch durch die Rinderpest. Deswegen wird Dislokation der Truppen angeordnet. Die französische Behörde solle Vorschläge machen und Orte bezeichnen, in welchen nach ihrer Ansicht die Truppen untergebracht werden können, im Interesse der Erleichterung des Landes."

Bei Truppendislokationen wird wiederholt von seiten der deutschen Truppen bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt. Das zeigt sich auch in kleinen Dingen. Bei der Auswahl eines Exerzierplatzes handelte es sich darum, eine weniger wertvolle Wiese auszusuchen. Im Beisein des Maire und mit dessen Zustimmung wurde bestimmt, daß der Maire seine Forderung bei dem Kommando anmelden soll.

Aus all den Bestimmungen und den Einzelvorkommnissen geht hervor, daß niemals gewalttätige brutale Übergriffe, wie jetzt täglich in der Pfalz, stattgefunden haben, daß man strengstens an das Übereinkommen sich hielt und alles vermeiden wollte, was die Einwohner zu sehr belasten konnte. Auch hier also wieder überall Milde und Rücksichtnahme.

Man ging sogar so weit, daß man den Mannschaften das Betreten von Privathäusern, um sie zu besichtigen, verbot, ebenso war verboten, in Privatgärten spazierenzugehen, Blumen abzureißen usw. Weiter heißt es:

„Das Betreten von Gärten und eingefriedigten Grundstücken ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Besitzers aufs strengste untersagt, ebenso das Betreten der Weinberge; Private dürfen nicht geschädigt werden."

„Selbst dann, wenn sich die Bewohner an einem Gefechte beteiligt haben, dürfen Ortschaften nicht abgebrannt werden."

Bei den eigenartigen Pachtverhältnissen der französischen Gutspächter kam es öfters zu Ungerechtigkeiten, wenn die Pächter abziehen mußten. Die deutschen Truppen gewährten den Landleuten beim Umziehen infolge von Pachtänderung Schutz und Unterstützung.

Verkehr mit den französischen Behörden.

Ein trefflicher Gradmesser für das Verhalten der deutschen Verwaltung und unserer Truppen im Besetzungsgebiet, für die Behandlung der französischen Einwohner und für das Entgegenkommen, das den französischen Behörden von den deutschen Oberkommandos, den Truppenführern und den deutschen Zivilkommissaren gezeigt wurde, ist der Schriftverkehr mit den französischen Behörden. Der Briefwechsel war von beiden Seiten ein äußerst höflicher und freundlicher, von seiten der französischen Präfekten, Sousprāfekten usw. beschränkte er sich nicht auf die alltäglichen Redensarten, oft ließ er große Anerkennung und Dankbarkeit für das Entgegenkommen der deutschen Truppenführer erkennen. Ich führe eine Reihe von Beispielen im Wortlaut an, aus dem der Leser selbst sich ein Urteil bilden kann.

Brief an einen Präfekten: „Ich benütze diese Gelegenheit, um Ihnen, verehrter Herr Praefect, meinen verbindlichsten und aufrichtigsten Dank für Ihr mir in so delikater Beziehung bewiesenes Entgegenkommen und Vertrauen auszusprechen und mich Ihrem freundlichen Angedenken angelegentlichst zu empfehlen."

v. Manteuffel richtete an den französischen Kommissar Graf St. Vallier und den französischen Finanzminister de Goulard ein Dankschreiben für die Bereitwilligkeit, die deutschen Truppen mit Tabak und Zigarren zu versorgen. Mit deutschen Tabakhändlern hatte es in Frankreich zuerst Schwierigkeiten gegeben, deswegen wurde ihnen der Aufenthalt in Frankreich verboten. Die französische Regierung wurde veranlaßt, an jedem Ort Zigarrenhändler aufzustellen, welche deutsche Zigarren steuerfrei an Soldaten zum Einkaufspreise verkaufen mußten; sie hat bereitwilligst diese Forderung erfüllt.

Am 5. 1. 72 schrieb der Präfekt der Ardennen an General v. Maillinger: „En vous remerciant personellement de cette communication je vous prie Mons. le Colonel de vouloir bien être auprès de S. Exc. M. Lieut. Général de Maillinger l'interprête de mes sentiments de gratitude pour l'esprit de conciliation, qu'il apporte constamment dans les questions délicates, qui s'imposent à notre examen.

Digitized by Google

Veuillez agréer mons. L. Colonel l'assurance de ma considération la plus distinguée."

(Indem ich Ihnen persönlich für diese Mitteilung danke, bitte ich Sie Herr Oberst, bei Sr. Exzellenz dem Herrn General v. Maillinger der Dolmetsch meiner dankbaren Gefühle zu sein für den Geist der Versöhnung, den er stets bei heiklen Fragen, die er unseretwegen zu prüfen hat, bekundet. Genehmigen Sie, Herr Oberst, die Versichererung meiner ausgezeichneten Hochachtung.)

Ein zweiter Brief schließt mit den Worten: „Je vous remercie de cette communication, à laquelle je suis très sensible, et vous prie d'être convaincu, que je ne négligerai rien pour écarter dans la limite de possible toutes les causes de conflicte provenant de fait de mes administrés."

(Ich danke Ihnen für diese Mitteilung, für die ich sehr empfänglich bin. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich nichts unversucht lassen werde, um in den Grenzen der Möglichkeit alle Ursachen für Reibungen, die sich aus dem Verhalten meiner Untergebenen ergeben können, zu beseitigen.)

Für die Überführung französischer Kranker durch deutsche Truppen in das große Spital erfolgte ein Dankschreiben der französischen Behörde, das mit den Worten schloß: „Permettez mons. L. Général que je vous rends l'assurance de ma plus sincère gratitude et veuillez agréer le sentiment de ma plus haute considération."

(Gestatten Sie, Herr General, daß ich Ihnen die Versicherung meiner aufrichtigsten Dankbarkeit gebe und genehmigen Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.)

In den Akten finden sich Dutzende solcher Briefe, die alle gleich höflich gehalten sind und erkennen lassen, welchen Respekt man vor den Deutschen hatte, welches Vertrauen man ihnen entgegenbrachte und wie dankbar man für jedes Entgegenkommen war. Solche Briefe sind nur möglich, wenn der Gegner überall mit Schonung rücksichtsvoll vorgeht. In keinem Schriftstück an die französischen Behörden findet sich ein befehlerischer Ton, niemals wurde Gewalt angewendet.

Daß viel Schwierigkeiten zu überwinden waren, daß häufig Reibungen vorkamen, versteht sich von selbst, aber beide Teile hatten das Bestreben, einen befriedigenden Weg zu finden und dies gelang auch fast ausnahmslos. Die Bestimmung des Versailler Übereinkommens wurde von den deutschen Truppenführern stets peinlichst eingehalten und jeder Übergriff der Truppen bestraft und unmöglich gemacht. General von Maillinger erklärt in einem Tagesbefehl: „Genaueste Beobachtung aller Vorschriften und Gesetze ist besonders in einem Land notwendig, wo jede unserer Handlungen von der ungünstigsten Seite beurteilt wird und demnach der Ruf, den wir uns verdienen, für lange Zeit als der Ruf des deutschen Heeres fortleben wird."

Klagen von seiten der französischen Behörden wurden in entgegenkommendster Weise behandelt, z. B. klagte die französische Regierung, daß die deutschen Truppen bei Felddienstübungen den Bahndamm betreten und Barrieren zerbrochen haben. Das Oberkommando befiehlt daraufhin, alle Truppen darauf hinzuweisen, daß derartige Handlungsweisen unerlaubt sind und daß dafür Sorge getragen werden muß, daß Anlässe zu solchen Klagen für die Folge vermieden werden.

Deswegen wurde auch der französische Kommissar ersucht, die Bahnverwaltung anzuweisen, daß deutsche Offiziere, die befehlsgemäß den Bahnkörper betreten müssen, nicht gehindert werden. Diese Offiziere bekamen dann schriftliche Legitimation von der französischen Behörde, die sie auf Verlangen den Eisenbahnbeamten vorzuzeigen hatten!

Nach Abschluß der Friedenspräliminarien ersuchten die französischen Bahnen um Paris, der Bahnverwaltung gehörige Gebäulichkeiten, Schupfen usw., die von deutschen Truppen besetzt waren, freizumachen, um den Bahnbetrieb wieder aufnehmen zu können; dem Gesuch wurde entsprochen.

Der Präfekt von Sedan beschwert sich beim Oberst v. Lindauer (Sedan) darüber, daß die Soldaten ihn nicht grüßten. (Der Präfekt trug keine Uniform, sondern nur eine Mütze mit Silberstickerei.) Die Beschwerde wird in anständigster Weise behandelt und dem Präfekten vom Obersten versichert, daß ein freundlicher Verkehr mit den Behörden sein sehnlichster Wunsch sei.

Schon am 28. 3. 71 konnten die Präfekten und Sousprafekten im besetzten Gebiete ihre

Digitized by Google

Funktionen wieder übernehmen, ebenso waren die Gendarmen wieder in ihre Befugnisse eingesetzt, denen man vorher schon das Tragen ihrer Waffen erlaubt hatte. Märkte konnten wieder abgehalten werden, so in Charenton, St. Denis. Ja den Unteroffizieren und Gemeinen der 3. Armee wurde befohlen, den französischen Gendarmerie-Offizieren Honneurs zu erweisen, dagegen mußten die französischen Gendarmen die deutschen Offiziere grüßen.

Zwangsmaßregeln waren strengstens verboten, sie durften auch Gemeinden gegenüber zur Gewinnung von Brennholz nicht angewendet werden.

Zerstörungen von Forstkulturen waren ebenfalls verboten, es wurde befohlen, daß mit Holz haushälterisch umgegangen werden muß.

Fast lächerlich möchte es erscheinen, daß der Präfekt der Ardennen Entschädigungsansprüche gestellt hat, weil deutsche Truppen zur Ausschmückung ihrer Kaserne zum Pfingstfest Birkenbüsche aus dem Gemeindewalde geholt hatten. Eine Entschädigung wurde wegen des geringfügigen Schadens von dem deutschen Truppenkommando abgelehnt, aber bestimmt, daß künftighin auch die Entnahme solcher Büsche aus dem Gemeindewald zu unterbleiben hat.

Stets war die Heeresleitung darauf bedacht, die Bevölkerung zu schonen und somit möglichst zu schützen und zu unterstützen. So wurde bestimmt, daß ungedroschene, in Scheunen liegende Getreidefrüchte möglichst im Einvernehmen mit den Mairien unter Beiziehung armer Ortsbewohner ausgedroschen und die Frucht gemahlen werden soll; dadurch sollen den friedfertigen Einwohnern Brot und Mehl verschafft werden.

Nicht alle französischen Behörden waren entgegenkommend, an einzelnen Orten wurden die vorschriftsmäßigen Leistungen für die Besatzungstruppen erst auf wiederholtes Verlangen vollzogen.

Auf den Bericht eines Truppenkommandeurs über das Verhälnis zwischen den deutschen Truppenbefehlshabern und den französischen Behörden, erwidert v. Manteuffel am 11. 11. 71: „Zu meiner Freude habe ich aus dem Bericht ersehen, daß dieses Verhältnis ein gutes ist, und daß die französischen Behörden bemüht sind, den uns zustehenden Anforderungen nachzukommen."

In einzelnen Fällen war das Verhalten der Beamten nicht entsprechend, das geht aus einer Bemerkung vom 2. 4. 73 hervor, in der es heißt, die Beamten beobachten durchschnittlich eine sehr passiv feindselige Haltung, während das Verhalten der deutschen Offiziere zur Bevölkerung nie zu Konflikten geführt hat.

Stimmung der Bevölkerung.

Die Stimmung der Bevölkerung im besetzten Gebiete gegen marschierende und in Garison liegende deutsche Truppen war unter den bestehenden Verhältnissen ausnahmslos eine zufriedenstellende, häufig sogar waren die französischen Einwohner freundlich und zuvorkommend. Die gebildeten Kreise zeigten würdige Trauer, die ungebildeten Grimm und Haß über die erlittene Niederlage.

Ein Ereignis soll besonders hervorgehoben werden: Ein deutsches Regiment zog 1873 bei großer Hitze, die zahlreiche Fälle von Hitzschlag zur Folge hatte, in Sedan ein. Im kritischen Augenblick kam die französische Bevölkerung hilfreich herbei, sonst wäre das Unglück noch größer gewesen. Merkwürdig war nach der Beobachtung eines Augenzeugen (Major Koch-Breuberg) das Verhalten der Einwohner ein paar Stunden später — und das paßt so völlig zum Charakter der Franzosen — man begegnete nur feindseligsten Blicken.

Höchst bezeichnend für den Charakter der Franzosen ist die Tatsache, daß sie im Privatverkehr mit deutschen Offizieren bei verschlossenen Türen höflich und zuvorkommend waren, auf der Straße aber und vor anderen Franzosen so taten, als wäre man ihnen völlig unbekannt.

Daß manche französische Dame auch damals schon dem Feinde gegenüber jede Spur von Anstand und Würde vermissen ließ, geht daraus hervor, daß eine Französin vom Fenster aus gelacht hat, als der Leichenzug des Söhnchens eines deutschen Offiziers vorbeiging.

Alle Kommandostellen melden immer wieder, daß die Bevölkerung dauernd eine friedliche Gesinnung zeigt, insbesondere sucht der bessere Teil der Einwohner alles zu vermeiden, was zu Differenzen mit den deutschen Truppen führen könnte. Eine gewisse (wohl erklärliche) Spannung zeigte sich nur dort, wo die Truppen in Bürgerquartieren untergebracht waren; im allgemeinen jedenfalls waren die Leute ruhig, verträglich, aber zurückhaltend. Auch 1873 hat sich das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den deutschen Truppen nicht geändert.

Digitized by Google

Während französische Soldaten unbehindert in Urlaub ins besetzte Gebiet kommen durften, haben sich französische Offiziere im besetzten Gebiet nicht einwandfrei benommen, sie erwiderten meist den Gruß der deutschen Soldaten nicht, grüßten auch Offiziere nicht, wenn sie nicht sahen, daß diese bedeutend älter waren. Daraufhin sah sich das Oberkommando veranlaßt zu bestimmen, daß französische Offiziere sich auf der Kommandantur melden müssen und daß sie aus der Stadt verwiesen werden, falls sie es unterlassen, die deutschen Offiziere zu grüßen.

Deutschen Soldaten war es nicht erlaubt, mit Waffen das besetzte Gebiet zu betreten.

Paßzwang für deutsche Soldaten.

Alle den Okkupationsrayon betretenden deutschen Soldaten, welche nicht zur O. A. gehörten, mußten sich den von der französischen Behörde vorgeschriebenen Paßformalitäten unterwerfen.

Bei all diesen Bestimmungen sieht man den himmelweiten Unterschied zwischen dem Verhalten der deutschen Barbaren und der an der Spitze der Zivilisation marschierenden Grande nation, die in allem und überall ein auch nur halbwegs ritterliches Verhalten vermissen läßt.

Lausbübereien.

Was würde wohl in der Pfalz geschehen, wenn sich Schüler eines Gymnasiums ein solch ungezogenes Betragen gegen französische Offiziere erlaubt hätten, wie die eines Collège in Mézières, die auf dem Fußsteig den Offizieren nicht auswichen. Sie wären wahrscheinlich wegen Beleidigung der französischen Offiziere zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt worden. Das Truppenkommando begnügte sich der Direktion mitzuteilen, daß bei der Fortdauer des kindischen Unfugs ernste Maßregeln ergriffen würden. Ich will hier einschalten, daß während der Okkupation keinerlei Bestimmungen bestanden, die den Zivilisten vorgeschrieben hätten, vor entgegenkommenden Offizieren den Bürgersteig zu verlassen.

Freundlichkeiten.

Das Pompierskorps in Charleville stellte die Bitte, bei der Fronleichnamsprozession Waffen tragen zu dürfen. Der Bitte wurde entsprochen.

Erwähnenswert dürfte auch sein, wie man noch vor Friedensschluß mit Gemeinden bei Auferlegung von Kontributionen verfahren ist. Der betreffende Befehlshaber mußte sich mit dem Präfekten in Verbindung setzen wegen der Höhe der zu leistenden Kontribution, damit nicht Gemeinden wegen des gleichen Vergehens doppelt bestraft werden. Stundung soll gewährt werden, wenn Gemeinden sich entsprechend verhalten, es soll billige Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung obwalten. Wenn $^1/_3$ der Summe pünktlich und willig erlegt ist, soll Stundung der Restsumme **auf unbestimmte Frist** gewährt werden, bei üblem Verhalten der Bevölkerung dagegen wurde keine Stundung gewährt.

Allenthalben wurde bei Zahlungsschwierigkeiten willigen Gemeinden großes Entgegenkommen gezeigt, bei widersetzlichen Gemeinden aber erfolgte Exekution in der Weise, daß das Kommando Einquartierung mit voller Verpflegung, Offiziere dazu noch 6 Frs. täglich, anordnete. Geradezu unverständlich muß uns folgendes Vorkommnis erscheinen:

Im Jahre 73 sollten für die gefallenen deutschen Soldaten Leichensteine aufgestellt werden. Nur mit Wehmut kann man den Befehl v. d. Tanns lesen, der nähere Bestimmungen dazu enthielt: „Bei der Aufstellung von Leichensteinen ist **alles zu vermeiden, was bei den Franzosen demütigende Erinnerungen wachrufen könnte, daher sollen eiserne Kreuze weggelassen werden.**“

Verhalten der utschen Truppen. Disziplin.

Die Stimmung der Bevölkerung war natürlich auch abhängig vom Verhalten der deutschen Truppen. Daß da Unregelmäßigkeiten und Übergriffe vorkamen, ist selbstverständlich, aber stets wurde in solchen Fällen mit größter Strenge vorgegangen und auf straffe Disziplin gesehen.

Die Kommandantur von Sedan berichtet, daß sie stets nach Möglichkeit ein gutes Einvernehmen mit der dortigen Bevölkerung zu erhalten versucht hat und daß diese Bemühungen von besten Erfolgen gekrönt gewesen seien. Es sei nicht minder ihr eifriges Bestreben gewesen, die dort garnisonierenden Truppen durch straffe Disziplin vor Ausschreitungen gegen die Bewohner zu bewahren, sie glaubt auch hierin die geeigneten Maßregeln mit Glück angewendet zu haben, da eine wesentliche Klage gegen das Benehmen der Truppen nicht eingelaufen sei, ja im Gegenteil, alle Einwohner hätten sich immer höchst anerkennend über diese ausgesprochen.

Gegen Ausschreitungen der Truppen wurde nachdrücklichst vorgegangen, so heißt es in einem Tagesbefehl vom 15. 2. 72: „Durch betrunkene Soldaten wurden an Sonntagen brutale Ausschreitungen verübt. Dabei fand auch Waffenmißbrauch statt. Es wird dagegen strengste

Digitized by Google

Strafe angedroht. Durch solche Roheiten wird der ehrenvolle Name verdunkelt, den sich die Armee aus langem Kriege unter schweren Opfern erworben hat."

Nicht immer war es den Soldaten leicht, die Ruhe zu bewahren. So kam es öfters vor, daß in der Dunkelheit einzelngehende Soldaten angegriffen und mißhandelt wurden, so daß die Bestimmung notwendig wurde, es solle nie einer allein gehen. Den Soldaten wurde Schutz gegen aggressive Haltung der Bevölkerung zugesichert unter der Voraussetzung, daß jede herausfordernde Haltung der Truppen unterbleibt. Es wurde bestimmt, daß bei Exzessen und Konflikten mit der Bevölkerung der Tatbestand von Offizieren genauestens festgestellt wird.

In einzelnen Orten wurde öfters auf deutsche Truppen geschossen, auch Angriffe auf der Straße von vorbeifahrenden Wagen mit der Peitsche wurden gemeldet. An anderen Orten dagegen war das Benehmen der Einwohner gegen Offiziere musterhaft.

Wegen fahrlässiger Veranlassung eines Exzesses wurde ein Offizier bestraft. Gegen eine etwas rabiate Wirtin, die gegen einen Offizier sich ungezogen benahm, mußte scharf vorgegangen werden. Ein Offizier wollte in der betreffenden Wirtschaft Billard spielen, da wurden ihm die Bälle weggenommen. Zur Strafe wurden 2 Faß Wein beschlagnahmt und auf die Wache gebracht. Nachdem die Wirtin ihr Unrecht eingesehen, wurden die Fässer unversehrt zurückgegeben. Soldaten, die sich dann in den Weinkeller begaben und Wein wegnahmen, wurden wegen Plünderung zur Anzeige gebracht.

Ein angetrunkener Soldat hatte sich in einer Wirtschaft Roheiten zuschulden kommen lassen, Gläser zerschlagen, die Tochter des Wirtes leicht im Gesicht verletzt u. a. Wegen dieses groben Exzesses wurde der Soldat zum Schadenersatz verurteilt, durfte für 6 Monate außer Dienst den Yatagan nicht mehr tragen, durfte 3 Monate nur in bestimmte Orte gehen, außerdem wurde ihm die freie Verfügung über sein Geld entzogen.

4 Soldaten, die im gleichen Café waren und die Exzesse nicht verhinderten, wurden auch bestraft, außerdem wurde abendlicher Patrouillendienst angeordnet. Daraufhin wurde Befehl herausgegeben folgenden Inhalts:

„Es mögen solche Soldaten nur wenige sein, viele aber sind ihrer, welche als Zeugen derartiger Ausbrüche rohen Übermutes sich der Pflicht entschlagen, dabei mitzuwirken, daß die Täter ermittelt werden. Das ist falsche Kameradschaft und hat zur Folge, daß ich meine berechtigte Entrüstung nicht auf den Urheber der Exzesse beschränken kann, sondern auf das Ganze richten muß, auf welches denn auch das ungünstigste Urteil unserer Vorgesetzten und der öffentlichen Meinung fällt. In einer wohldisziplinierten Truppe hält der Soldat auf Ehre seines Standes, seiner Abteilung und verhindert seine Kameraden an unwürdigen Handlungen und vertuscht solche nicht. Wenn dieser Geist mangelt, laufen wir Gefahr, durch die brutalen Ausschreitungen einzelner den ehrenvollen Namen zu verdunkeln, welchen die Armee sich erworben hat. Dazu dürfen wir es, werde ich es nicht kommen lassen und sollte es der äußersten Mittel bedürfen. Ich erwarte aber und vertraue noch heute der Gesinnung der überwiegenden Mehrzahl, daß ich harter Maßnahmen überhoben bleibe."

Das Oberkommando gab dazu einen Befehl heraus, in dem es heißt: „Solche Handlungen dürfen nicht geduldet werden, auf Aufrechterhaltung der Reputation der Truppen, die die Garnison Charleville bilden, muß streng gesehen, alle beteiligten Soldaten müssen eruiert und arretiert werden."

Anläßlich des Vorkommens von Reibungen zwischen Offizieren und der Bevölkerung von Longwy (B. Inf.-Reg. 14. 8. 72) wurde vom Oberst folgende Offiziersexpedition herausgegeben: „Die letzten Vorkommnisse zwischen Offizieren und hiesigen Einwohnern, welche allerdings bis jetzt vereinzelt dastehen, geben mir die Veranlassung, die Herren Offiziere besonders und wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß allen Reibungen mit Franzosen am besten durch reserviertes, würdiges Verhalten vorgebeugt wird. **Es entspricht keineswegs dem Wesen eines gebildeten Offiziers, wenn er in seiner durch den Belagerungszustand geschützten Stellung sich ein Benehmen gegen Franzosen erlaubt, durch welches diese leicht zu einer Handlung hingerissen werden können, die der Beurteilung durch das Militärgericht verfällt.** Der bisher im Regiment herrschende gute Geist und das bei jeder Gelegenheit taktvolle Benehmen der Herren Offiziere bürgen zwar dafür, daß derlei Gewaltakte nicht mehr vorkommen, welche in Zukunft strengste Beurteilung erführen und harte Maßnahmen zur Folge hätten."

Ein Präfekt bedankt sich beim General dafür, daß Soldat Schuster wegen Mißbrauch der

Digitized by Google

Waffen bestraft worden ist (Angriff mit Yatagan und Abfeuern des Dienstgewehres gegen den Quartiergeber) und schließt sein Schreiben mit den Worten: Veuillez agréer M. l. Général l'assurance de ma haute considération — —

In einem Regimentsbefehl des 13. Inf.-Regt. (Oberst Graf Ysenburg), der im Hinblick auf vorgekommene Exzesse gegen Einwohner ausgegeben worden ist, heißt es: „Ersuche die Herren Bataillonskommandeure, die Disziplin und Manneszucht bei der unterstellten Kompagnie genauestens zu überwachen, sowie die Herren Kompagniechefs zu veranlassen, daß sie bei jeder Gelegenheit, besonders bei Verlesungen wiederholt eindringlich ihren Mannschaften anempfehlen, Konflikte, Reibungen und Streitigkeiten mit den Franzosen zu vermeiden und deren Verhalten im Wirtshause und auf der Straße zu kontrollieren bezw. kontrollieren zu lassen."

In einem Armee- und Divisionsbefehl wurde das Herumziehen von einer Wirtschaft zur anderen an Sonntagen verboten, verrufene Lokale durften nicht betreten werden, Exzedenten müssen von den anderen anwesenden Soldaten und namentlich von Unteroffizieren notiert und weitere Exzesse unmöglich gemacht werden; wenn notwendig, soll freie Verfügung über das Vermögen entzogen werden.

Wegen Waffenmißbrauchs, der zu einer unbedeutenden Verletzung geführt hatte, wurde der Betreffende zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, in einem anderen Falle wegen Waffenmißbrauchs und Körperverletzung 3 Monate Gefängnis und 100 Frs. Geldbuße, — also auch hier wegen geringfügiger Vergehen ausgiebige Bestrafungen.

Justizwesen. Ich habe schon hervorgehoben, daß in allen Fällen von Roheitsdelikten strengste Untersuchung durchgeführt und die betreffenden Schuldigen hart bestraft worden sind, während Franzosen, die sich Mißhandlungen gegen Soldaten, Reizungen der Soldaten, Beschimpfungen und Lausbübereien zuschulden kommen ließen, mit leichten Strafen davonkamen.

Kamen Exzesse vor, so wurden nicht bloß die unmittelbar Beteiligten bestraft, sondern auch die betreffende Abteilung. So wurde z. B. in Charleville wegen eines Exzesses auf Divisionsbefehl der Zapfenstreich auf 7 Uhr festgesetzt, Urlaub nach 7 Uhr nur mit besonderer Erlaubnis erteilt, die Patrouillen wurden verstärkt.

Zu dem Vorfalle in Charleville schreibt der Speierer Anzeiger am 4. 1. 72: Der Übermut und die Skandalsucht der Franzosen reizt die deutschen Soldaten bei jeder Gelegenheit, die Preußen wie die Bayern haben sich gegen das unverschämte französische Gebaren zu wahren. (Zwei Soldaten waren von unbekannten Franzosen in einer Bude gestochen worden, General Manteuffel verlangt wiederholt Beschleunigung der Untersuchung.)

Bei Verhandlungen gegen Franzosen konnte auch ein Franzose die Verteidigung übernehmen. Einem französischen Arrestanten wurde bei seiner Verhaftung sein Geld abgenommen, dann bei der Überstellung an das Tribunal wieder ausgeliefert.

Zwei deutsche Soldaten wurden durch Franzosen so schwer mißhandelt, daß sie bewußtlos waren, dazu die Bemerkung: „selbst wenn die beiden schuld waren, sind die Franzosen viel zu weit gegangen." — Man stelle sich ein solches Vorkommnis in der Pfalz vor, wie da die Bemerkung gelautet hätte.

Zwei *französische* Soldaten hatten sich sehr unverschämt betragen, hatten den deutschen Posten Cochon beschimpft und zwar wiederholt, sie kamen mit einer geringen Haftstrafe davon.

Arbeiter warfen in einer Fabrik mit Steinen und Kastanien auf einen Soldaten, wurden angezeigt und vom französischen Gericht mit je 1 Fr. bestraft. Solch lächerlich geringe Strafen wurden oft ausgesprochen.

So wurden bei einem Exzeß, an dem auch deutsche Soldaten beteiligt waren, die beiden schuldigen Franzosen zu je 3 Tagen Gefängnis und 10 Frs. Geldstrafe verurteilt, die deutschen Soldaten waren schuldlos.

Zwei Franzosen hatten auf preußische Soldaten ein Attentat verübt, sie wurden durch die französische Jury *freigesprochen*, die *französischen Richter haben Nationalhaß über die Gerechtigkeit gestellt*. Dazu bemerkt v. Manteuffel: „Wenn wir das auch tun, verfallen wir in denselben Fehler. Ich denke, wir wollen fortfahren, *Recht und Gerechtigkeit zu üben*."

Digitized by Google

Die überaus milden Bestrafungen, die von französischen Behörden wegen Beleidigungen, Anrempelungen, Mißhandlungen deutscher Soldaten ausgesprochen wurden, mußten es den deutschen Behörden ganz außerordentlich erschweren, ihre Untergebenen von Selbsthilfe abzuhalten.

Fast alle vorgekommenen Beleidigungen und Angriffe gegen deutsche Soldaten sind im Zustande der Trunkenheit verübt worden, die Arbeiter in Sedan z. B. suchten sich Samstags durch unmäßiges Trinken zu unterhalten; daß dann Reibungen und Streitigkeiten vorkamen, ist selbstredend. Weil innerhalb des Okkupationsgebietes von Landeseinwohnern gegen die Truppen der deutschen O. A. wiederholt Angriffe mit tödlichen Waffen verübt worden sind und die zur Sicherheit der Truppen getroffenen Anordnungen häufig nicht befolgt wurden, wurde zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß alle die, die sich gegen diese Verordnungen vergehen, vor ein Kriegsgericht gestellt und mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden. Am 15. 2. 72 erließ v. Maillinger einen Tagesbefehl wegen der Häufung von Exzessen, in demselben heißt es: „Es häufen sich, namentlich von Soldaten der Garnisonen Charleville und Mézières, die Exzesse gegen Einwohner, die Exzedenten, nicht selten in trunkenem Zustande, insultieren meist in der Dunkelheit friedliche Leute aller Stände und scheuen sich nicht, selbst von der Waffe Gebrauch zu machen, die ihnen außer Dienst gegeben wurde im Vertrauen auf ihre Ehrliebe und für Fälle der Notwehr."

Ein Fall von schwerer Verletzung eines Soldaten mit Todesfolge durch einen Franzosen muß noch besonders hervorgehoben werden, weil er beweist, wie sich deutsche Gerichte niemals durch Haß und Rachsucht verleiten ließen vom Rechtsweg abzugehen. Der Wirt Guilbert hatte im Januar 72 einem Pionier nach einem Wortwechsel mehrere Stiche in den Rücken versetzt, die den Tod des Soldaten zur Folge hatten. Das Bezirksgericht Germersheim hat Notwehr angenommen und das **Verfahren gegen den französischen Wirt eingestellt!!**

In den Akten der 3. bayer. Brigade findet sich noch die Meldung, daß ein Unteroffizier von 2 französischen Zivilisten durch Messerstiche derart verletzt wurde, daß er am 3. Tage starb. Über die Bestrafung der Messerhelden ist nichts angegeben, der Belagerungszustand wurde zeitweise verschärft.

Eigentumsdelikte.

Der Einwohnerschaft der besetzten französischen Landesteile wurde Sicherheit des Eigentums versprochen, in einem Armeebefehl des Oberkommandos wurde strenge gerügt, daß einzelne Truppenteile sich in Form von Requisitionen Unregelmäßigkeiten erlaubt hatten, die als Gewaltsamkeit zu bezeichnen sind. „Wiederholt haben sich Mannschaften an dem unter den Schutz unserer Ehre gestellten Eigentum vergriffen. Das darf nie wieder vorkommen, solche Ausschreitungen müssen im Keim erstickt werden."

Wegen einer unbedeutenden Beschädigung eines Wagens wurde der betreffende Soldat bestraft und Schadenersatz geleistet.

Wertvolle Gegenstände usw., die in zerstörten Häusern gefunden wurden, mußten an die Kommandantur in Versailles abgeliefert werden.

Daß man auf den Schutz der Industrie und Kunst bedacht war, geht daraus hervor, daß auf Befehl des Kronprinzen die Porzellanfabrik Sèvres nur mit schriftlicher Erlaubnis betreten werden durfte. Die Ausübung der Jagd und Fischerei ohne Erlaubnis des Jagdeigentümers war verboten.

Selbst in kleinsten Dingen übte die deutsche Verwaltung größte Rücksichtnahme. So wurde für die Benützung des Mairiesaales für Gottesdienstzwecke in Vouzières eine Miete gefordert, dann aber darauf verzichtet. Die Heizung dieses Lokals wurde von der französischen Behörde als untunlich nicht gefordert.

Der Witwe Boëtt in Longjumeau wurde angeblich ihr Gasthausschild, den Postillon von Longjumeau darstellend, von bayerischen Soldaten oder einem Offizier mitgenommen. Die genaue, sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß das Schild mit ausdrücklicher Genehmigung der Besitzerin abgenommen worden ist und sich im Besitz des Oberstabsarztes Dr. Friedrich befindet. Ein französischer Schloßbesitzer richtete an das deutsche Truppenkommando ein Dankschreiben für die Zurückstellung von Aktienpapieren, die in seinem Keller gefunden und dem Ortspfarrer übergeben worden waren: „Ich danke Ihnen von Herzen. In Ihrem Gefühl für Recht und Ehre wollten Sie verhindern, daß ein friedlicher Bürger

Digitized by Google

seines ganzen Vermögens beraubt wurde." In dem Schloß hatten vorher höhere französische Offiziere gewohnt, es herrschte größte Unordnung und starke Verunreinigung. Wegen der noch fehlenden Papiere wurde genaueste Untersuchung eingeleitet.

Assistenzarzt Dr. Julius Hopf hatte einen Teil der Wertpapiere gefunden und sofort abgeliefert. Das Schloß war nach seiner Schilderung in einem verwahrlosten Zustand, sämtliche Gelasse strotzten derart von Schmutz, ja manche waren in einem derartig schweinischen Zustand, daß man sie nicht beziehen konnte. Kurz vorher waren französische Truppen im Schloß, Kreideanschreiben an den Türen bewiesen das; diese hatten höchstwahrscheinlich im Keller in den Papieren gewühlt und welche mitgenommen. Alle Weinflaschen waren zerschlagen, kein Tropfen Wein mehr vorhanden. Die Namen der französischen Offiziere standen noch an den Türen, sie gehörten dem 21. französischen Armeekorps an.

In einer Broschüre wurden natürlich deutsche Truppen der Zerstörung und Verwüstung des Schlosses bezichtigt.

Wurden verdächtige Beutestücke gefunden, so wurde sofort Untersuchung eingeleitet.

In einem Schlosse war der Witwe von H. Balzac, wie der dortige Gärtner erzählte, von pommerischen Soldaten das Silber gestohlen worden. Später stellte sich heraus, daß der Gärtner, der sich durch großen Aufwand verdächtig gemacht hatte, den Silberdiebstahl begangen hatte (Koch-Breuberg).

Gegen Roheit der Soldaten wurde mit aller Schärfe vorgegangen. So hatten deutsche Soldaten bei einem Geflügelzüchter die Hühner mit blanker Waffe zusammengehauen. Wegen dieses Beweises mangelnder Manneszucht wurden die Täter streng bestraft. An einer Straße wurden Obst- und andere Bäume mit dem Säbel abgehauen. Sofort wurde strenge Untersuchung eingeleitet und die Mannschaft darauf aufmerksam gemacht, daß der strenge Bestrafung zu erwarten hat, der sich widerrechtliche Handlungen gegen französische Einwohner zuschulden kommen läßt.

Den deutschen Soldaten wurde die Verwüstung von Landhäusern vorgeworfen. Diese Verwüstungen waren aber nach Meldung der Offiziere schon vorhanden, als die deutschen Truppen hineinkamen, andere deutsche Truppen waren vorher nicht da. Fenster, Türen und Spiegel waren zerschlagen, Kästen erbrochen, Tapeten heruntergerissen, Porzellan zertrümmert. Auch in verschlossenen, verlassenen Häusern waren die gleichen Unordnungen, sie waren also wohl von den fliehenden Einwohnern selbst veranlaßt; die Keller waren sämtliche leer.

Schon vor dem Friedensschluß wurde von der Heeresleitung mit größter Strenge darauf gesehen, daß fremdes Eigentum nicht angetastet werden darf. Vor dem Einzug in Paris gab der Kronprinz einen Befehl heraus, in welchem es heißt: „Beim Einzug in Paris muß jede Beschädigung fremden Eigentums und jede Überschreitung der erteilten Vorschriften peinlichst vermieden werden."

gsgreuel. Auch im Kriege 70/71 gab es natürlich sog. Kriegsgreuel, selbstverständlich wurden sie von den Franzosen den deutschen Truppen vorgeworfen.

Den Truppen des I. bayer. A.-K. und der preußischen Division Schöler wurde der Vorwurf gemacht, in Bazeilles am 1. September 1870 mit ungerechtfertigter Grausamkeit gegen die Bewohner des genannten Ortes gehandelt zu haben. Das Dorf soll angezündet worden sein, um die Einwohner dafür zu strafen, daß sie sich an der Verteidigung beteiligt hatten. Von 2000 Einwohner sollen kaum 300 übrig geblieben sein. Die Bayern hätten ganze Familien in die Flammen zurückgestoßen und die Frauen erschossen, die entfliehen wollten. (Bericht in der Times.)

Die eingeleitete Untersuchung ergab, nach der Mitteilung des deutschen Kommissärs, der die französischen Behörden um einen erschöpfenden Bericht ersucht hatte, folgendes:

Während des Kampfes am 31. 8. und 1. 9. sind verbrannt oder erstickt 2 bettlägerige Frauen, 3 Männer, 2 Kinder, während des zweitägigen Kampfes wurden getötet, verwundet oder vermißt 1 Frau, 30 Männer, im ganzen also 39 Personen.

Durch die gegenseitige zweitägige Beschießung und den sechsstündigen mörderischen Straßenkampf wurde der größte Teil des Dorfes ein Raub der Flammen. Der Maire von Bazeilles fügte dem Berichte bei, daß seit der Schlacht von 2048 Einwohnern 140—150 durch Krankheiten infolge von Mangel und Elend verstorben sind.

Digitized by Google

Während in den von den Franzosen besetzten Gebieten das Kapitel Prostitution und Bordelle eine so große, für die Franzosen überaus schmachvolle Rolle spielt, einer wirklichen Kulturnation durchaus unwürdig, findet man in den Akten der Okkupationszeit 71—73 nur die Bestimmung, daß Prostituierte unbedingt einer geregelten Behandlung zugeführt werden müssen. Es wurde an den Präfekten der Ardennen das Ersuchen gestellt, umgehend entweder einen französischen Arzt zu bestimmen, der sich dieser Aufgabe unterzieht, oder gefälligst anzuzeigen, ob die Assistenz eines deutschen Militärarztes erwünscht ist, worauf das Nötige veranlaßt werden wird. Prostituierte, Bordelle.

Während der ganzen Zeit der Besetzung ist es niemals vorgekommen, daß von der französischen Regierung die Errichtung von Bordellen gefordert worden ist.

Ein einziger Fall von Notzucht ist vorgekommen an einer Wäscherin. Der Fall kam zur Anzeige und als die Verhandlung stattfinden sollte, zog die Wäscherin den Strafantrag zurück! Also war es wohl keine wirkliche Notzucht. Notzucht.

Die Revolution in Paris durch die Kommune brachte den Deutschen mancherlei Schwierigkeiten; den Wünschen der französischen Regierung wurde das größte Entgegenkommen gezeigt. So wurde der französischen Regierung gestattet, auch im besetzten Gebiet Nationalgarden zu formieren, zu bewaffnen und in Marsch zu setzen. Revolution in Paris. Kommune.

Die Kommune hatte das Fort Vincenne besetzt, es wurde ihr von deutscher Seite ein Ultimatum gestellt, daß das Feuer beginne, wenn nicht binnen 24 Stunden das Fort desarmiert werde. Die Kommune gab nach.

Nach Fort Vincenne waren berittene französische Gendarmen durch Leute aus Mentreuil verschleppt worden. Die deutschen Truppen bemühten sich, diese Gefangenen zu retten.

Alle besseren Kreise im Besatzungsgebiet wünschten Ruhe und Ordnung. Gerade während der Kommune war das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und unseren Truppen ein gutes; nach einer Meldung des 10. Infanterie-Regiments vom 10. 5. 1871 wurde es zusehends besser, weil sich die Bevölkerung der Kommune gegenüber durch die deutschen Truppen geschützt fühlte und Angst hatte vor dem Abrücken unserer Truppen.

Auch unter den Fabrikarbeitern bestand keine Sympathie für die Kommune, es war vielmehr eine allseitige Abneigung und der Wunsch zu erkennen, daß mit Hilfe deutscher Truppen die Ordnung wiederhergestellt werde.

Höchst bemerkenswert ist, daß sogar Rekrutenaushebungen in dem besetzten Gebiet stattfinden durften. Die Musterung hat sich in Briez und Montmedy in aller Ruhe vollzogen, sämtlichen deutschen Mannschaften wurde der Besuch von Wirtshäusern, in welchen für gewöhnlich nicht ausschließlich deutsche Soldaten verkehrten, für die Musterungstage verboten. Um Konflikte zu vermeiden, wurde die Aushebung in Orten vollzogen, die nicht von deutschen Truppen besetzt waren. Kann man sich ein größeres Entgegenkommen vorstellen? Militärisches.

In einem äußerst höflichen Schreiben des Präfekten in der Angelegenheit der Aushebung von Nationalgarden schreibt der Präfekt: Je ne pense pas, que cette précaution soit aujourd'hui nécessaire; le bon esprit, qui anime la population des Ardennes et l'excellente discipline de vos troupes me sont une garantie, que la tranquillité ne pourra être troublée.

(Ich denke nicht, daß diese Vorsicht heute notwendig ist; der gute Geist, der die Bevölkerung der Ardennen beseelt und die ausgezeichnete Disziplin Ihrer Truppen sind mir eine Gewähr, daß die Ruhe nicht gestört werden kann.)

Die Behandlung der deutschen Presse im besetzten Gebiete von seiten der Franzosen ist eine geradezu lächerliche, eines sogenannten Siegers völlig unwürdige. Alles wird verboten, nackte Tatsachen dürfen nicht veröffentlicht werden, weil so ziemlich alles, was sich im besetzten Gebiete ereignet, ein geradezu jämmerliches Licht auf die Grande nation wirft. Presse.

Da ist es doch recht bemerkenswert, einen Vergleich zu ziehen mit der Behandlung der französischen Presse 1871—73. Eine Zensur bestand nicht und war nicht erlaubt; durch mißverständliche Auslegung der Bestimmungen war sie von einzelnen Kommandos geübt worden. Zeitungen, die sich unverschämt gegen Deutschland betrugen, wurden verboten und zwar durch den Präfekten. Der Courrier des Ardennes z. B. sprach von Horde allemande. Darauf wurde an die Präfekten ein Anschreiben gerichtet unter Angabe der beleidigenden Stelle und dem Ersuchen um Abhilfe.

Digitized by Google

Unpassende Blätter konnten beschlagnahmt werden, unpassende Abbildungen aus den Schaufenstern entfernt werden — das war alles!

Rückmarsch, Aufhebung der Besetzung.

Vor dem Rückmarsch, bei Aufhebung der Besetzung wurde der französischen Verwaltung sämtliches Material übergeben, so daß nichts zu reklamieren war. Die Ablieferung der Offizierswohnungen und der Unterkunftsräume der Mannschaften und des Inventars erfolgte an den französischen Delegierten allerseits ohne Beanstandung.

Nur von einem französischen Delegierten wurde bemängelt, daß Utensilien in Kasernen zerstört waren. Zwei zerschnittene Bettücher wurden gefunden, der Täter bestraft und Ersatz geleistet.

Die eisernen Öfen in den Kasernen und Baracken wurden schon im Sommer 1873 der französischen Verwaltung zurückgegeben.

Die 4. Inf.-Brig. meldet, daß sämtliche von den Truppen besetzten Lokale in sehr gutem Zustande sind. Vom Kommandeur ist bezeugt, daß alles so trefflich erhalten seinerzeit den französischen Behörden übergeben werden kann.

Behandlung der Gefangenen in Deutschland.

Es ist außerordentlich lehrreich, auch noch die Behandlung der französischen Gefangenen in Deutschland eingehend zu schildern und der Grande nation zu zeigen, daß wir auch damals schon die Worte Recht, Gerechtigkeit, Menschlichkeit nicht im Munde geführt, sondern stets in die Tat umgesetzt haben.

Die Bestimmung lautete: Gefangene Unteroffiziere und Mannschaften sind wie die bayerischen Mannschaften zu verpflegen und bekommen als Lohn täglich 8 bezw. 4 Kreuzer. Als Kleidung wurde jedem Gefangenen gegeben 1 Rock und 1 Mantel, 1 Beinkleid, 2 Hemden, 1 Mütze, 1 Paar Schuhe und Stiefel, 1 Halsbinde, 2 Paar Socken oder Fußlappen.

Die Gefangenen durften nur mit leichten Arbeiten beschäftigt werden, auch zu Festungsarbeiten wurden sie herangezogen, aber nur 6 Stunden täglich, dann erhielten sie eine Zulage von 12 Kr. für den Arbeitstag.

In Augsburg wurden Spaziergänge auf größere Entfernungen außerhalb der Stadt unter entsprechender Bedeckung angeordnet.

Den Offizieren war die Wahl des Aufenthaltsortes freigestellt; den allenfalls noch ankommenden französischen Offizieren wurde es anheimgegeben, ihren Aufenthalt in Neuburg oder Ingolstadt oder Bayreuth oder Würzburg oder Landshut zu **wählen**, im Akt heißt es: Es wird ihnen freigestellt, wo sie ihren Aufenthalt nehmen wollen!

Der gefangene Offizier durfte die Waffe nur dann tragen, wenn das vom Kriegsministerium bekanntgegeben war, sonst wurde ihm die Waffe abgenommen. Kriegsgefangene Offiziere wurden **mit Friedensschluß der Gefangenschaft entbunden**, und zwar auch solche, die keinen Revers unterschrieben hatten.

Der General erhielt monatlich 140 fl., Stabsoffiziere 43 fl. 45 Kr., Subalternoffiziere 21 fl. Jedem Offizier wurde sein Diener belassen.

Die Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen war genau vorgeschrieben: Heizbare Räume, Strohsack und Decke, Kopfpolster; im Lager Lechfeld wurden die Gefangenen in der kalten Jahreszeit mit Leibbinden und Mänteln versehen. Auf Sanitätsgutachten hin durften die Gefangenen wegen der klimatischen Verhältnisse im Winter nicht im Lager Lechfeld bleiben, weil die Leute sich nicht erwärmen könnten und keinen trockenen Fuß bekämen. Die Baracken mußten sofort heizbar gemacht werden.

Gefangene Offiziere, die einen Revers unterschrieben hatten, konnten auf eigene Kosten Privatquartier beziehen.

Französische Offiziere meldeten den Verlust von Säbeln, Koffern usw.; in jedem einzelnen Fall wurde genaue Nachforschung angeordnet, es wurden genaue Bestimmungen erlassen, über das Eigentum gefangener Offiziere, das sorgfältig registriert, der Zeughausdirektion eingeliefert werden mußte, ebenso mußte das im Besitz bayerischer Truppen befindliche Privateigentum von französischen Kriegsgefangenen an die Zeughaushauptdirektion eingeliefert werden.

Die zu Freiheitsstrafen verurteilten französischen Soldaten wurden in St. Georg oder Ebrach untergebracht.

In Dillingen wurde einem Abbé erlaubt, im Gottesdienst an die Kriegsgefangenen eine mündliche Ansprache in französischer Sprache zu halten. Einem Offizier, der darum nach-

Digitized by Google

suchte, auf zwei Tage nach München zu fahren, um sich die Sehenswürdigkeiten anzusehen, wurde Erlaubnis erteilt.

Das Betragen mancher französischer gefangener Offiziere war öfters anmaßend und in hohem Grade unanständig. So haben sich französische Offiziere in Passau sehr unanständig benommen, haben sehr verdächtige Schenken aufgesucht, eine Dirne mußte aus den Armen eines französischen Offiziers arretiert werden. An einer Schlägerei in der Theresienstraße in Passau waren französische Offiziere beteiligt. In der Ilzstadt waren die Töchter einer Wirtschaft sehr zugänglich, der dort wohnende Offizier bekam sehr viel Besuch von seinen Kameraden. Wegen des Betragens dieser Offiziere war die Bevölkerung sehr erbittert.

Nach Friedensschluß wurde genehmigt, daß National- und Mobilgardisten, sowie Zivilpersonen, die auf kürzestem Wege nach Frankreich zurückwollen, gegen ermäßigte Fahrtaxe reisen können.

Offizieren, die auf eigene Kosten nach Frankreich zurückkehren wollten, wurde die Abreise gestattet und die Wahl der Reiseroute freigestellt. Vor dem Abgang dieser Offiziere wurden ihnen die Gebühren inkl. Abgangstag ausbezahlt. Wer nicht auf eigene Kosten reisen konnte, wurde bis zum Rücktransport auf freien Fuß gestellt, blieb aber in diesseitiger Verpflegung.

Aus eigener Beobachtung kann ich noch beifügen, daß damals die Behandlung, Beaufsichtigung französischer Gefangener in Ingolstadt eine denkbar milde war. Es war dem Publikum erlaubt, die Gefangenenlager zu besuchen, so daß sich jedermann selbst von der Unterbringung der gefangenen Franzosen ein Bild machen konnte. Besonders die Turkos wollte jeder sehen.

Ich erinnere mich, auf dem Markt in Ingolstadt zwei französische Offiziere, die sich etwas kaufen wollten, aber mit der Händlerin nicht zurechtkamen, bei ihrem Kauf unterstützt zu haben.

Es gab weder Stacheldraht, noch sonstige strenge Abschließungen, die Gefangenen bewegten sich im Brückenkopf frei, Quälereien oder gar unmenschliche Behandlung wie in Frankreich waren völlig ausgeschlossen.

Berichte von Augenzeugen.

Zum Schluß lasse ich noch die Aufzeichnungen von drei bayerischen Offizieren folgen, die der Okkupationsarmee angehört haben. Ich habe an die Herren verschiedene Fragen gestellt und um schriftliche Beantwortung gebeten.

Bei der Unterredung mit Herrn Oberst Schraudenbach erhielt ich mündlich noch nachfolgende Mitteilungen, die ich voranstelle:

Oberst Schr. war 8 Monate in Vouziers, hat nur die günstigsten Erfahrungen gemacht, besonders auch mit Hauswirten, hat immer in der Familie verkehrt, bei der er gewohnt hat. Der Verkehr mit dem Souspräfekten gestaltete sich äußerst zuvorkommend. Beim Abrücken aus Vouziers in die Heimat hielt der Souspräfekt eine Ansprache an die deutschen Offiziere, in der er bedauerte, daß es ihm ob seiner Stellung nicht möglich war, mit den Herren zu verkehren.

Das Aushängen der Trikolore durfte erst n a c h Abrücken der deutschen Truppen erfolgen. Versuche, das vorher schon zu tun, wurden von französischen Gendarmen auf Anordnung des Souspräfekten verhindert und die Trikolore heruntergenommen.

Ein bayerischer Soldat, der schon auf Festung war, gegen den aber sonst nichts Neues vorlag, ist einmal im angetrunkenen Zustand in das Familienzimmer der Wirtin eingedrungen und hat mit dem Yatagan in die Schüssel, die mit Lapinragout gefüllt war, hineingehauen. Beim Herumfuchteln mit dem Seitengewehr wurde die Tochter der Wirtin am Auge verletzt. Vor dem Hause entstand ein Auflauf. Hptm. Schr. ist sofort eingeschritten, der Mann wurde verhaftet und genaue Untersuchung eingeleitet. Bei der Verhandlung hat das Mädchen so günstig für den Mann ausgesagt, daß er mit einer leichten Strafe davonkam.

Von einem anderen Herrn wurde mir mündlich ein Vorkommnis erzählt, das ein Licht auf die stramme Disziplin wirft, die stets eingehalten wurde. Zwei bayerische Soldaten drängten in unverschämter Weise einen französischen Bürger vom Bürgersteig herunter. Der Adjutant des betreffenden Truppenteils kam zufällig dazu und verabfolgte dem einen Soldaten auf der Stelle für seine Roheit eine Ohrfeige — damit war der Fall glatt erledigt.

Oberst Schraudenbach.

Oberst Schraudenbach schreibt:

„Meine Erfahrungen während der Okkupation in Frankreich beziehen sich auf die Stadt

Digitized by Google

Vouziers a. A. in der Zeit vom November 72 bis August 73, I. Bat., 10. Inf.-Reg. Das Verhältnis zur Bevölkerung war durchaus gut.

Die Mannschaften waren in unmittelbar an die Stadt anschließenden, von der französischen Regierung erbauten Baracken befriedigend untergebracht, für Heizung und Beleuchtung war ausreichend gesorgt.

Für Beschaffung der notwendigen Gebrauchsgegenstände und Genußmittel war im Barackement selbst weitgehendst Gelegenheit geboten, so daß für die Mannschaften kein Anlaß bestand, solche in Geschäften oder in Gasthäusern der Stadt zu suchen, wodurch jede nähere Berührung mit der Einwohnerschaft hintangehalten wurde. Den immer wiederholten Mahnungen an die Soldaten, sich auf der Straße anständig und würdig zu betragen, wurde von diesen bereitwilligst nachgekommen und fand bei der Bevölkerung volle Anerkennung.

Ich erinnere mich nur eines Exzesses, den ein an und für sich schon schlecht beleumundeter Soldat sich in einem Gasthaus in der Stadt zuschulden kommen ließ. Durch das rasche und energische Eingreifen der Vorgesetzten an Ort und Stelle wurde die momentane Erregung der Bürger schnell wieder beseitigt.

Für die Offiziere waren von der französischen Behörde Wohnungen gemietet, die in bezug auf Raum und Bequemlichkeit bescheidenen Ansprüchen entsprachen. Auch diesen wurden Beheizungs- und Beleuchtungsmaterial geliefert.

Ein Gebot an die Bevölkerung, Offiziere auf der Straße zu grüßen oder diesen auf dem Trottoir auszuweichen, war nicht erlassen.

Die drei oder vier in der Stadt stationierten französischen Gendarmen hatten von ihrer Behörde die Anweisung erhalten, die deutschen Offiziere zu grüßen, was sie, wenn auch mit sichtlichem Widerwillen, anstandslos taten.

Der Souspräfekt — ein Korse — war in jeder Beziehung entgegenkommend. Als Vermittler des Verkehrs zwischen diesem und dem Bataillons-Kommandeur war ein Offizier kommandiert.

Unserer Forderung nach Bereitstellung eines Exerzierplatzes und Schießplatzes wurde ohne weiteres entsprochen. Die Instandsetzungsarbeiten des letzteren betätigten unsere Mannschaften selbst.

Bordelle bestanden nicht.

Die Gehälter wurden nach den damaligen bayerischen Normen ausbezahlt. Als sogenannte Okkupationszulage erhielten die Offiziere nach Chargen abgestufte Bezüge, die für einen Hauptmann 300 Fr. monatlich betrugen. Unteroffiziere und Mannschaften erhielten Löhnungszulagen und einen Zuschuß zur Menage, deren Höhe ich mich nicht mehr erinnere.

Ein Gruß seitens eines Stadtbewohners an einen Offizier erfolgte nie. Anders verhielt sich die Landbevölkerung. Ich habe nie einem Bauern außerhalb der Stadt begegnet, der mir nicht sein ‚bon jour' zurief.

Ich habe hierwegen gelegentlich mit meinem mir besonders liebenswürdig entgegenkommenden Hausherrn gesprochen, er erklärte mir dieses Verhalten damit, daß die Landbevölkerung durchweg bonapartistisch und gegen die Republik gesinnt sei und von den Deutschen die Wiedereinsetzung des Kaisers erhoffe. Die Stadtbevölkerung dagegen sei streng republikanisch und betrachte die Deutschen als Feinde der Republik.

Es war von höherer Stelle angeordnet worden, daß alle 14 Tage ein Gottesdienst für die katholischen Soldaten in der Stadtkirche stattfinden solle. Der Stadtpfarrer, schon in seinem Äußeren als Fanatiker erkennbar, wie wir sie schon während des Krieges öfters unter den französischen Geistlichen gesehen hatten, wehrte sich, aber vergebens, dagegen. Als nun der Gottesdienst im Gange war, nahm dieser Herr keinen Anstand, während der Messe den Klingelbeutel herumgehen zu lassen und die von den Soldaten reichlich gespendeten Sous in Empfang zu nehmen.

Der zelebrierende deutsche Militärgeistliche hatte noch kaum den Altar verlassen, so erschien der Herr Stadtpfarrer mit einem langen Besen und kehrte eigenhändig die Kirchengänge aus.

Als im August 1873 der Rückmarsch der Okkupationsarmee angeordnet wurde und der Tag unseres Abmarsches von Vouziers festgesetzt worden war, ließ der Sousprafekt unseren Kommandeur durch die Delegierten wissen, daß er diesem seinen Abschiedsbesuch abstatten

Digitized by Google

wolle. Er erschien hierzu in voller Uniform, hielt (wie schon angedeutet) eine längere Ansprache an die versammelten Offiziere, in der er diesen, sowie der Mannschaft seine uneingeschränkte Anerkennung über ihre Haltung und Führung während der ganzen Zeit ihrer Anwesenheit aussprach und zum Schlusse sagte: Er bedauere, daß die politischen Verhältnisse ihm nicht gestattet hätten, mit den Offizieren in näheren Verkehr zu treten. Wenn er aber von jetzt ab einem von uns begegne, so werde es ihm eine große Freude sein, diesem die Hand zu drücken.

Das war wohl eine Anerkennung deutscher Disziplin, deutschen Anstandes und deutschen Wohlverhaltens, wie man sie nicht besser wünschen kann.

Seitens des Oberkommandos der Okkupationsarmee, General von Manteuffel, waren Verhaltungsmaßregeln an die Truppenteile ergangen, in denen diese angewiesen waren, alles zu vermeiden, was Konflikte mit der Bevölkerung herbeiführen könnte. Diesem Erlaß wurde bereitwillig nachgekommen, und wenn Klagen über ordnungswidrige Vorkommnisse einliefen, wurden eingehendste Berichte und Verantwortungen verlangt und, im Falle auch nur der Schein eines Unrechtes auf seiten der deutschen Truppen festgestellt werden konnte, wurde strengste Rüge erteilt."

Mündlich hat mir Herr Oberst Schraudenbach noch versichert, daß die Offiziere gezittert hätten, wenn eine Unregelmäßigkeit vorkam.

Major Kreutzer, vom 1. Bataillon 10. Inf.-Reg., Chateau Thierry, dann Lager Chalons, zuletzt Vouziers schreibt: Major Kreutzer

„Einwohner wurden nie aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Einquartierungen der Offiziere wurden im Einvernehmen mit den französischen Zivilbehörden geregelt, die Mannschaften wurden in Chateau Thierry in Bürgerquartieren, im Lager Chalons und in Vouziers in Baracken untergebracht.

Die Offiziere durften ihre Familien nachkommen lassen. Die Wohnungen mit Einrichtungen wurden von den französischen Behörden geliefert im Einvernehmen mit der Präfektur. Ausschreitungen kamen nie vor.

Bordelle wurden nicht verlangt.

Einmal wurde in Vouziers am 24. Dezember 72 die Zeitung konfisziert wegen unpassender Ausdrücke gegen die Deutschen.

Die Zivilbevölkerung brauchte die deutschen Offiziere nicht zu grüßen, auch nicht die Fahnen.

Ruhe und Ordnung wurden streng aufrechterhalten, der Verkehr durfte in keiner Weise gestört werden.

Wenn auch die Stimmung der Bevölkerung eine ernste war, so war doch das Einvernehmen ein gutes.

Schieß- und Exerzierplätze wurden durch die Zivilbehörden im Einvernehmen mit dem Militär bereitgestellt."

Die Aufzeichnungen von Major Koch-Breuberg sind etwas ausführlicher. Sie lauten: Major Koch-Breuberg.

„1. Die Aufrechterhaltung der Disziplin und Ordnung war musterhaft. Manche Offiziere äußerten, daß Manteuffel die Franzosen mit Glacéhandschuhen anfasse. Nachts gingen Patrouillen. Daß auf beiden Seiten unbedeutende Vorfälle sich ereigneten, ist natürlich.

2. Über die Anlage von Schießplätzen weiß ich nur mehr, daß in Lager Chalons und in Sedan dergleichen schon vorhanden waren.

3. Die französische Bevölkerung benahm sich im allgemeinen würdig, namentlich die besseren Stände. Der Verkehr, wenn vorhanden, wurde allerdings möglichst geheimgehalten. Der Souspräfekt von Sedan war sehr entgegenkommend, ich selbst verkehrte mit ihm. Er sagte mir, daß er viel freier verkehren würde, aber das Volk (die Fabrikarbeiter) zu fürchten habe. Leutnantsbesuche nahm er sonst nicht an, da seine Frau jung und schön war. Wie es an anderen Orten war, kann ich nicht sagen, doch gab es viele Offiziere, die mit französischen Familien verkehrten. In Reims, wo ich mit den 64ern war, schien weniger Verkehr stattzufinden. Wir Bayern waren eben beliebter.

4. Belegung von Privathäusern erinnere ich mich nur aus Montmirail. Es wurde die Bevölkerung möglichst geschont.

Digitized by Google

5. Die Kosten für Besatzung waren für Frankreich nicht hoch oder beschwerlich. Der Kleinhandel blieb normal.

Die Gehälter weiß ich nicht mehr. Ich bezog als Oberleutnant 800 Gulden = 65 Gulden monatlich. Mit der Zulage erhielt ich aber 400 Fr. monatlich nebst freier Verpflegung und 6 Stearinkerzen täglich. Manteuffel gab von den Ersparnissen im Jahre 72 48 000 Fr. an jedes Regiment. Am Schluß des Jahres 1873 erhielt jeder Leutnant 200 Taler, das ging progressiv aufwärts. Das Mittagessen kostete 3 Fr. inkl. Wein.

6. Im Lager Chalons war eine eigene Bordellstraße schon vorhanden, schwach besetzt. In Sedan waren 2 Bordelle, eines besser, das andere mehr für Mannschaft. Straßenprostituierte erinnere ich mich nicht. Man war damals doch moralischer wie jetzt. Einige Offiziere hatten grisettenartige Verhältnisse, aber die Vorgesetzten waren dagegen. Verlangt wurden Bordelle nicht, sie waren schon vorhanden.

7. Kein Einwohner wurde aus seiner Wohnung verdrängt. Alles wurde durch die Mairie und einen eigenen Offizier geregelt.

Ausschreitungen kamen fast nicht vor.

Mit welcher Strenge man auch gegen Offiziere vorging, die sich etwas zuschulden kommen ließen, beweist der Fall, daß ein bayerischer Offizier, dem ein Jagdhund zugelaufen war und der ihn behalten hatte, beseitigt wurde.

8. Kein Einwohner war gehalten, uns Offiziere zu grüßen. Nur in den Cafés, z. B. in Reims, waren Tafeln angebracht: On est prié de se décoiffer. Die Bayern taten darin gar nichts. Der Preuße konnte das landesübliche Hutauf im Café nicht leiden.

Die Franzosen wichen auf der Straße meist selbst aus. Eine Bestimmung über Fußsteige gab es nicht. Fahnen brauchten nicht gegrüßt zu werden. Man hielt jedoch die Plätze in der Nähe von Paraden usw. frei., bei Standmusiken sah man oft auch Franzosen.

Schließlich bemerke ich noch, es gab in der Provinz viele vernünftige Franzosen. Das Volk scheint erst später zu dem intensiven Haß erzogen worden zu sein. Nach unserem Wegzug wurden (merkwürdigerweise!) die Fenster in den von uns frequentierten Hotels eingeworfen, aber ernste Störungen kamen auch da nicht vor."

Zusammenfassung.

Die Berichte stimmen bis ins kleinste überein. Dabei hatten die drei Herren keine Gelegenheit, sich gegenseitig zu verständigen. Aber nicht bloß untereinander findet diese Übereinstimmung statt, auch der Inhalt der Akten wird durch sie nur bestätigt.

Fasse ich das Ganze kurz zusammen, so kann ich sagen, das Verhalten unserer Truppen war ein erfreulich gutes, ihr Schild ist rein, die Behandlung der französischen Einwohner war eine äußerst rücksichtsvolle und schonende, der Verkehr mit den französischen Behörden äußerst höflich und entgegenkommend. Vergebens wird man nach Gewaltmaßregeln, Brutalitäten, Schikanen und Quälereien suchen, wie sie bei den Franzosen im besetzten Gebiet an der Tagesordnung sind.

Französische Zeugnisse.

Die im vorhergehenden Beitrag gesammelten Zeugnisse über die deutsche Besetzung Frankreichs 1871 bis 73, welche aus amtlichen deutschen Quellen stammen, werden Punkt für Punkt bestätigt durch die gleichzeitigen amtlichen französischen Quellen. 1903 ist in Paris in zwei starken Bänden „Occupation et Libération du Territoire 1871—73" der Schriftwechsel zwischen dem damaligen französischen Präsidenten Thiers, dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier, dem französischen Gesandten in Berlin Vicomte de Gontaut-Biron, dem außerordentlichen Bevollmächtigten der französischen Regierung beim Oberkommando des deutschen Besetzungsheeres Graf de Saint-Vallier, und dem General von Manteuffel, eben diesem Oberbefehlshaber des genannten Heeres, dem General von Fabrice, dem zeitweiligen deutschen Bevollmächtigten bei der französischen Regierung und dem Grafen Harry von Arnim, dem deutschen Gesandten in Paris, im vollen Wortlaut veröffentlicht worden (aus dem Nachlaß von Thiers. Paris, Calmann-Lévy). Das Werk,

Digitized by Google

das in Deutschland so gut wie unbekannt geblieben ist[1]), müßte eigentlich hier Stück für Stück abgedruckt werden. Wir beschränken uns auf einige Beispiele, indem wir die Öffentlichkeit wie die Forschung nachdrücklich auf diese bisher vernachlässigte Quelle hinweisen.

Geist der deutschen Besetzung. Verkehr mit den französischen Behörden.

Ueber den allgemeinen Geist, in dem die deutsche Besetzung von dem Oberbefehlshaber, General von Manteuffel, geleitet wurde, über die Art und die Formen, wie der Verkehr zwischen ihm und den französischen Behörden sich gestaltete, geben gleich die ersten Briefe zwischen Manteuffel und Thiers Aufschluß.

Thiers an Manteuffel.

„Versailles, 1. Juli 1871.

Exzellenz, Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, konnte in seinen Heeren keinen ausgezeichneteren Offizier finden, der für uns besser gewählt gewesen wäre, ihn in Frankreich zu vertreten. Ich habe mit lebhafter Genugtuung vernommen, daß es Ew. Exzellenz sind, mit denen ich die heiklen Fragen behandeln muß, die aus der gegenwärtigen Lage entstehen können, und ich hoffe, daß Sie alle zur gegenseitigen Genugtuung der beiden Völker werden gelöst werden.

An meinem Teil werde ich mich sehr über die Gelegenheit freuen, die sich mir bieten wird, die Bekanntschaft Ew. Exzellenz zu machen, und ich bitte Sie, im Präsidentschaftspalais absteigen zu wollen, wo Sie ein geeigneteres Absteigequartier finden werden, als in den Hotels von Versailles.

In dieser Hoffnung bitte ich Sie, die Versicherung meiner ausgezeichneten und herzlichen Hochachtung zu empfangen.

A. Thiers."

Manteuffel an Thiers.

„Compiègne, 1. Juli 1871.

Exzellenz, ich kann nicht französisch schreiben, aber mein Freund (ich darf ihn mit diesem Namen bezeichnen), Leopold Ranke hat mir gesagt, daß Ew. Exzellenz nicht gern deutsch lesen; so danke ich Ihnen denn so gut ich es eben kann, auf französisch[2]) für den liebenswürdigen Brief, den Ew. Exzellenz die Güte hatten, mir zu schreiben. Ich habe Herrn d'Hérisson gebeten, der Dolmetsch meiner Empfindungen zu sein und Ew. Exzellenz zu sagen, daß ich Ihre Weisungen über den Tag erwarte, an dem ich die Ehre haben könnte, mich Ew. Exzellenz in Versailles vorzustellen.

Ich bitte Ew. Exzellenz, die Versicherung meiner tiefen Ehrerbietung zu genehmigen.

E. Manteuffel."

Für die erste Bitte, die Thiers bei dieser Zusammenkunft aussprach, die Begnadigung zweier verurteilter Franzosen, wendete sich Manteuffel sofort unmittelbar an Kaiser Wilhelm. Unterm 10. Juli 1871 dankt Thiers ihm für den Eifer, mit dem er diese Angelegenheit aufgenommen habe. „Diese Befreiungen werden, wenn Sie sie erreichen können, einen glücklichen Eindruck auf die Gemüter machen und dazu beitragen, uns dem Ziele zu nähern, das wir beide, Sie Herr General und ich, verfolgen: nämlich, die Feindschaften zu besänftigen und die Konflikte zu vermeiden... In allen diesen Dingen rechne ich auf Ihr edles Herz und auf Ihren seltenen Verstand. Machen wir diesen Schrecklichkeiten des Krieges ein Ende und halten wir, soweit es an uns sein wird, weiteres Blutvergießen auf... Ich danke Ew. Exzellenz für Ihre edelmütigen Absichten und beglückwünsche mich, Ihre Bekanntschaft gemacht zu haben."

Manteuffel erwidert darauf am 11. Juli: „Ich kann Ew. Exzellenz nicht ausdrücken, wie die Grundsätze, die Sie in Ihrem Brief aufstellen, in meinem Herzen Widerhall finden. Ich wiederhole Ew. Exzellenz noch einmal die Versicherung, daß es mein lebhaftester Wunsch ist, aus allen meinen Kräften dazu beizutragen, daß die Schrecklichkeiten des Krieges ein Ende nehmen und weiteres Blutvergießen aufgehalten wird."

Thiers, der von dem „Verkehr der sich zwischen uns herstellt, entzückt" ist, sendet Manteuffel auf dessen Wunsch zwei ständige besondere Vertrauensmänner, den Grafen de Saint-Vallier

[1]) Vergl. jedoch den, freilich durch zahlreiche Druckfehler entstellten Aufsatz des Fürsten Hatzfeldt in der „Deutschen Nation". Märzheft 1922. S. 184—187. — [2]) Dieses wie alle anderen in dem genannten Werk enthaltenen Schreiben deutscher an französische Stellen ist in französischer Sprache geschrieben.

Digitized by Google

und Herrn Blondeau, früheren Chefintendanten der französischen Armee. Schon am 17. Juli 1871 berichtete Saint-Vallier über seinen Einstand bei Manteuffel.

„Seit meiner Ankunft in Compiègne habe ich jeden Tag Herrn Jules Favre über meine Unterredungen mit Herrn von Manteuffel Bericht erstattet und habe ihm die ersten Zugeständnisse mitgeteilt, die wir erreichten; ich kann mit meiner Aufnahme und mit dem Verhalten des kommandierenden Generals nur sehr zufrieden sein, und unsere Beziehungen nehmen einen Charakter des Vertrauens an, zu dem sich Herr von Manteuffel zu meiner Genugtuung selbst sehr beglückwünscht... Er bekennt für Ew. Exzellenz einen wahren Kultus und eine hohe Bewunderung; um mich seiner eigenen Ausdrücke zu bedienen, er steht vollkommen unter Ihrem Charme. Die Unterhaltungen, die er mit Ew. Exzellenz gehabt hat, sind in sein Gedächtnis eingeprägt geblieben; er berichtet sie mir mit einer offensichtlichen Freude, indem er mir sagt, daß er sie als eine der interessantesten und der schmeichelhaftesten Erinnerungen seines Lebens bewahrt, und das große Glück, Ihr Bevollmächtigter bei ihm zu sein, verschafft mir zum großen Teil das herzliche Verhalten, das er mir gegenüber beweist."

Die Stimmung, wie sie sich in diesen ersten Briefen zeigt, bleibt auf beiden Seiten die gleiche bis zum Schluß der Besetzung im Herbst 1873.

Am 16. April 1873 berichtet Saint-Vallier telegraphisch aus Nancy: „Der Herr General von Manteuffel hat in der Absicht, seine Empfindungen ehrerbietiger Sympathie für die Person des Herrn Präsidenten der Republik zu bezeugen, heute abend den Geburtstag von Herrn Thiers durch ein großes Diner gefeiert. Er hat an seiner Tafel seine Generäle und den Generalstab des deutschen Heeres versammelt, ebenso die ersten französischen Beamten, die in Nancy anwesend oder gekommen waren, um seiner Einladung zu folgen. Bei diesem Diner, das 60 Gedecke zählte, wurden verschiedene Tischreden gehalten.

Der Herr General von Manteuffel hat als erster das Wort ergriffen mit folgenden Sätzen: ‚Wenn ich französisch könnte, so würde ich eine Rede halten; da ich es nicht kann, so spreche ich nur den Namen des großen Bürgers aus, dessen Gesundheit ich ausbringen will; aber der bloße Name von ihm sagt mehr als selbst eine Rede der Akademie. Ich trinke auf die Gesundheit von Herrn Thiers.'

Herr de Saint-Vallier hat erwidert: ‚Ich möchte dem Herrn General von Manteuffel meinen Dank aussprechen für die Absicht, in der er uns versammelt hat, für die Tischrede, die er eben auf unseren erlauchten Präsidenten gehalten hat. Ich habe die Ehre, ihm im Namen von Herrn Thiers zu danken. Ich danke ihm auch im Namen von uns allen für die Worte, die er eben ausgesprochen hat. Ich bitte Sie, sich mit mir zu vereinigen, um auf die Gesundheit des kommandierenden Generals zu trinken, der es in den zwei Jahren, die er nun bald sein großes Kommando führt, verstanden hat, die Aufgabe, die er zu erfüllen hatte, die so schwierig gewesen ist, so schmerzlich für uns, in eine Mission der Beruhigung und der Versöhnung zu verwandeln. Erheben wir uns auf die Gesundheit des Generals von Manteuffel und bewahren wir das Gedächtnis der edlen Eigenschaften, die er in all seinen Handlungen gezeigt hat: Der Gerechtigkeit, der Mäßigung, der Unparteilichkeit.'

Der Präfekt der Marne, Herr Jousserandot, hat im Namen der heute bereits geräumten Departements die Empfindungen der Dankbarkeit gegen Herrn von Manteuffel ausgedrückt, welche die Bevölkerung mit dem Gedächtnis der überstandenen Prüfungen verbindet. Er hat darauf hingewiesen, daß das Zeugnis der Bewohner des Marne-Departements als ein um so aufrichtigeres betrachtet werden müsse, als dieses Departement schon von der Besetzung befreit ist.

Der Maire von Nancy, Herr Bernard, hat den erhabenen und edlen Empfindungen des Generals von Manteuffel gehuldigt und hat sich im Namen seiner Mitbürger den Worten des Herrn von Saint-Vallier angeschlossen...

Der Präfekt der Meurthe-et-Moselle, Herr Doniol, hat sich zum Dolmetsch des von ihm verwalteten Departements gemacht mit den herzlichen Worten, die er zugleich an den kommandierenden General der Besetzungsarmee und an den außerordentlichen Bevollmächtigten der französischen Regierung richtete."

In einem schriftlichen Bericht vom gleichen Tag meldet Saint-Vallier, daß während des Diners auch noch ein Telegramm Bismarcks einlief. „Es hat dem General Freude gemacht,

Digitized by Google

da er darin einen neuen Beweis der herzlichen Empfindungen des Kanzlers für Ihre Person sah."

„Der gute General von Manteuffel," sagt Saint-Vallier in seinem Schlußbericht vom 27. September 1873, nachdem die letzten deutschen Truppen Frankreich verlassen hatten, „ist der gleiche geblieben bis zum Ende, immer gerecht, versöhnlich, freundschaftlich. Auch er verdient, obwohl er ein Preuße ist, in unseren Annalen eine Seite aufrichtigen Dankes."

Räumung des besetzten Gebiets.

Wie der erwartete Befehl zur Räumung der ersten drei Departements im Juli 1871 aus Berlin nicht sofort eintrifft, telegraphiert Saint-Vallier unterm 19. Juli an Jules Favre: „Wollen Sie Herrn Thiers sagen, daß Herr von Manteuffel untröstlich ist über die Art, wie seine Regierung vorgeht, die er gar nicht versteht. Er hat gestern nach Berlin zwei Telegramme geschickt mit der Anfrage, ob er die Räumung vornehmen könne, ohne Antwort zu erhalten. Er hat seine Anfrage diesen Morgen mit lebhafter Eindringlichkeit wiederholt." Da die Reichskanzlei die Bedingungen der Räumung noch nicht für erfüllt halte, habe Manteuffel sich entschlossen, „das letzte Mittel anzuwenden, das ihm noch übrig bleibe, nämlich unmittelbar an den König zu telegraphieren. Es liegt ihm daran, daß Herr Thiers weiß, daß er das für ihn tut."

Am 11. Oktober 1871 berichtet der französische Finanzminister Pouyer-Quertier an Thiers über seinen Empfang bei Kaiser Wilhelm in Berlin:

„Mittags bin ich zum Kaiser gegangen; er hat mich aufs wohlwollendste empfangen und mir gesagt, daß die deutsche Regierung mit der Genauigkeit, mit der Frankreich seine Verpflichtungen erfülle, sehr zufrieden sein könne; daß es mit Rücksicht auf diese Genauigkeit geschehe, daß seine Regierung jetzt auf die finanziellen Bürgschaften verzichte, die man zuerst verlangt hatte.

Er war glücklich, die Räumung der Territorien auf das einfache Versprechen, die vierte halbe Milliarde in 8 Terminen vom Januar bis 1. Mai zu zahlen, unmittelbar ausführen lassen zu können.

Er hat mir seine ganze Bewunderung für die Erfolge ausgesprochen, welche die Regierung des Herrn Thiers, die einzig vernünftige und mögliche im gegenwärtigen Zustand Frankreichs, errungen hat. Er findet die Aufgabe ungeheuer, aber sie übersteige nicht die Kräfte und die Vaterlandsliebe des Präsidenten.

Er ersehnt lebhaft die vollständige Räumung Frankreichs von seinen Truppen und wünscht, daß wir finanzielle Kombinationen finden mögen, um sie so sehr wie möglich zu beschleunigen. Deutschland wird dem mit Eifer entgegenkommen...

Ich habe die Amnestie der Gefangenen erbeten, die in Deutschland verbleiben und die wegen anderer als wie Kriegshandlungen verurteilt worden sind. Mit Ausnahme der Gewohnheitsdiebe und der Mörder (die übrigens sehr wenige sind), hat er mich hoffen lassen, daß alle anderen in kurzer Zeit zurückgesandt würden."

Unterm 7. März 1872 berichtet Saint-Vallier an Thiers: „Manteuffel teilt vollständig Ihre Anschauung über das unbestreitbare Interesse, das sein Land wie das unsre daran haben, die Besetzung nicht lange fortzusetzen; die Erwägungen, die Sie zur Stütze dieser Meinung geltend machen, stimmen mit seinen persönlichen Überzeugungen überein und unterstützen die Ansicht, die er in seinen Berichten an seine Regierung vertritt. Er hat deshalb sogleich Nutzen aus meiner vertraulichen Mitteilung ziehen wollen, indem er drei Briefe schrieb, die er mich lesen ließ und in denen er Ihre Beweisführung in ihrem ganzen Zusammenhang wiederholt; von diesen drei Briefen ist einer an den Kaiser Wilhelm gerichtet, der zweite an den Fürsten von Bismarck, und der dritte an den Grafen von Moltke..., er zweifelt nicht an dem ausgezeichneten Eindruck, den diese Kundgabe Ihrer festen, weisen und patriotischen Entschlüsse machen werde."

Bericht Saint-Valliers an Thiers vom 12. Februar 1873: „Soeben im Augenblick habe ich einen Brief gelesen, den der General v. Treskow vorgestern nach einer Unterredung, die er gerade vorher mit dem König gehabt hatte, an Manteuffel schrieb. Seine Majestät hat sich in den allersympathischsten Ausdrücken über Ihre Person, Ihre Politik und Ihre Regierung ergangen. Herr v. Treskow sagt, in seinem Brief, daß er über die Lebhaftigkeit der Lobsprüche seines Souveräns erstaunt gewesen sei; der König hat gesagt, daß er eine wahrhafte Bewunderung für Ihren Charakter empfinde und daß diese ihm vor allem durch die feste und

Digitized by Google

so mutige Loyalität eingeflößt worden sei, mit der er Sie seit zwei Jahren das große Werk der Auslösung unsrer Länder verfolgen sah, mitten durch Hindernisse und Schwierigkeiten hindurch, welche alle Welt anfangs für unüberwindlich gehalten hatte. Seine Majestät hat hinzugefügt, daß er mit Freuden das Ende einer Ihrer härtesten Prüfungen herannahen sehe und daß er von dem Verhalten des Generals v. Manteuffel befriedigt sei, der seine Absichten wohl verstanden habe, indem er es vermied, der Besetzung einen peinlichen Charakter zu geben, der Ihre Schwierigkeiten vermehrt hätte... Herr v. Tresckow schließt seinen Brief, indem er sagt, daß er auch eine Unterhaltung mit Herrn v. Bismarck hatte, den er von den gleichen Gesinnungen erfüllt fand wie den König."

Schonung der französischen Bevölkerung.

Bericht Saint-Valliers aus Compiègne vom 19. Juli 1871:

„Herr Blondeau und ich haben uns bemüht, mit dem Chef des deutschen Generalstabs die Frage der Beförderung und der Verteilung [der deutschen Truppen] zu regeln, um die Bevölkerungen der besetzten Gebiete so wenig schwer wie möglich zu belasten. Ich muß übrigens sagen, daß wir gutem Willen begegnen und daß wir eifrig damit beschäftigt sind, durch Kasernierung und durch Auseinanderlegen der Besetzungskorps die Bewohner der sechs östlichen Departements, auf denen die Last der Besetzung am längsten ruhen muß, zu erleichtern.

Wir haben jeden Tag lange Besprechungen mit dem Oberst Lewinzki [so], dem Generalstabschef des Generals; wir behandeln mit ihm diese Fragen, sowie die Beschwerden, die an uns kommen und die Fälle von Unordnung oder Zusammenstößen. Herr Blondeau hat an seinem Teil wiederholte Zusammenkünfte mit dem Generalintendanten des Besetzungsheeres, Herrn Engelhardt, und bespricht mit ihm die besonderen Angelegenheiten der Intendantur. Schließlich haben wir noch jeden Tag lange Besprechungen mit dem General, dessen Verhalten andauernd freundschaftlich und zuvorkommend ist. Ich habe ihm gestern den Präfekten der Oise vorgestellt, der mich besucht hatte; er hat ihn zur Tafel hier behalten und hat ihn freundlich gedrängt, unmittelbar oder durch meine Vermittlung, an ihn zu wenden, wenn er eine Beschwerde zur Geltung bringen möchte. Ich habe Wert darauf gelegt, diesen Präfekten Herrn von Manteuffel vorzustellen, welchen ich bei meiner Ankunft über die Haltung der französischen Verwaltungsbehörden ihm gegenüber ein wenig gekränkt fand; ich bemühe mich übrigens, das preußische Mißtrauen zu beruhigen, das allzu oft durch die Sprache einiger unserer Beamten erweckt wird, die laut von der Revanche und von der Bezahlung der drei letzten Milliarden durch Kanonenschüsse sprechen."

Bericht des gleichen vom 22. Juli 1871: „Unsere Beziehungen sind immer ausgezeichnet und unsere langen Unterhaltungen, in welche Manteuffel viel Offenherzigkeit und Zutrauen bringt, gestatten mir, viele Angelegenheiten in freundschaftlicher Weise zu regeln, deren schriftliche Erörterung sicher eine gegenseitige Erregung mit einer Fülle von Unzuträglichkeiten herbeiführen würde; darf ich mir bei diesem Gegenstand erlauben, bei Ew. Exzellenz der Dolmetscher eines Wunsches des deutschen Generalstabs zu sein: Wäre es nicht möglich, daß der Herr Minister des Innern seinen Angestellten, Präfekten und Unterpräfekten, empfehlen würde, ihren Berichten in betreff von Klagen, die gegen die Preußen erhoben werden, eine höflichere Form zu geben: die Beinamen von Barbaren, von Wilden, von Haubegen usw., welche sie selbst in ihren unmittelbaren Mitteilungen an die preußischen Behörden verschwenderisch gebrauchen, sollten dem Wortschatz der Journalisten überlassen bleiben, und ich habe bemerkt, daß nichts die Deutschen mehr verstimmte, als derartige Bezeichnungen. Ich muß sagen, daß die Beschwerden, die in angemessener Sprache vorgebracht werden, im allgemeinen von ihnen mit Aufmerksamkeit geprüft werden und Genugtuung nach sich ziehen, wenn sie als begründet anerkannt werden."

Bericht Saint-Valliers an Thiers vom 13. März 1872: „Am 22. ds. Mts. findet die Feier des Geburtstags des Kaisers Wilhelm statt, und der General v. Manteuffel hat den Befehl erhalten, ihn durch seine Truppen mit der gleichen Festlichkeit wie in Deutschland begehen zu lassen; er hat Wert darauf gelegt, mich von vornherein davon zu verständigen, indem er mich daran erinnerte, daß er es im letzten Juli (so) auf sich genommen hatte, die Geburtstagsfeier des Königs von Bayern zu untersagen, damit in der Umgegend von Paris keine Artillerieſalven abgeschossen würden. Dieses Mal ist es ihm nicht mehr gestattet, ebenso zu handeln, und das Fest wird in jeder besetzten Ortschaft begangen werden durch einen

Digitized by Google

Gottesdienst unter freiem Himmel, durch eine Parade der Garnison mit Vorbeimarsch und Musik, durch Artillerieſalven und Diners, welche alle Offiziere beim Befehlshaber des Platzes vereinigen, und ebenso durch Bankette für die Soldaten. In einem Geist der Klugheit, dem man Ehre angedeihen lassen muß, hat der General jedoch entschieden, daß es im ganzen besetzten Gebiet weder Feuerwerke noch Illuminationen geben dürfe, daß die Bankette der Soldaten im Innern der Kasernen stattfinden und schließlich, daß keine Geldverteilung an die Truppen gemacht wird, um Trunkenheit und Streitigkeiten zu vermeiden." [1])

Als Manteuffel im gleichen Frühjahr 1872 der Vorsitz bei der großen Eröffnungsfeier der deutschen Universität in Straßburg angeboten wurde, lehnte er, wie Saint-Valliers am 3. Mai an Thiers meldet, mit der Begründung ab, „daß seine Stellung in Frankreich es ihm verbiete, an einer Feier teilzunehmen, die für die Franzosen schmerzlich sein müßte".

Bericht Saint-Valliers an Thiers vom 20. Juli 1872: „Die Frage der Barackenbauten ist so gut wie möglich gelöst, und der General v. Manteuffel war viel mehr von dem Wunsch eingenommen, meinen Forderungen zu willfahren, als von den strategischen Erwägungen, welche die ersten Pläne seiner Leutnants beseelt hatten; die Angelegenheit ist auf gutem Wege; die Arbeiten werden beginnen, und ich habe die Besorgnisse der Bevölkerung durch Anschläge und Ankündigungen in den Zeitungen vollständig beruhigen können."

Wiederaufbau des französischen Heeres.

Bericht Saint-Valliers vom 12. Januar 1872:

„Sobald ich auf meinen Posten zurückgekehrt war, habe ich die erste mir gebotene Gelegenheit benutzt, um mit dem Herrn von Manteuffel den Wiederaufbau unseres Heeres zu besprechen, um die Pläne, welche Ihnen gewisse Journalisten unterschieben, in seinen Augen in ihr wahres Licht zu setzen und um endlich die so schlagenden Erwägungen zu entwickeln, die Sie so gütig waren, mir in unserer letzten Besprechung darzulegen. Ich muß mit der Feststellung beginnen, daß ich den Oberbefehlshaber der Besetzungsarmee wie immer von der versöhnlichsten und herzlichsten Stimmung uns gegenüber gefunden habe... Er hat mir neue Beweise seines Wunsches gegeben, die Feindschaft und das Mißtrauen zu besänftigen, indem er mich einige Seiten seiner letzten Berichte an den König lesen ließ; es ist mir darin die energische Bestätigung seines Vertrauens in die Loyalität unserer Absichten aufgefallen, der oft wiederholte Ausdruck der Gerechtigkeit, die er der mäßigen und erfreulichen Stimmung unserer Bevölkerung angedeihen läßt, die Bezeugung der Sicherheit, die seine Soldaten, entgegen den Versicherungen einiger deutscher Zeitungen, genießen...

Um wieder auf die Reorganisation unseres Heeres zu kommen, so verfolgt der Oberbefehlshaber Ihre Bemühungen mit ebensoviel Sympathie wie Zutrauen; er billigt Ihren Plan vollständig und findet nicht, daß in Ihren Entwürfen irgend etwas unmäßiges oder übertriebenes ist, was geeignet wäre, Beunruhigung in Deutschland hervorzurufen; er ist der Ansicht, daß Frankreich nicht darauf verzichten und es sich nicht versagen kann, eine militärische Macht zu haben, die seinen Hilfsmitteln, seiner Größe, seiner Bevölkerung entspricht."

[1]) Beim französischen Nationalfest vom 14. Juli 1919, ausdrücklich als Feier des Sieges über die Deutschen mit besonderem Pomp gefeiert, verlangten die Franzosen von den städtischen und Staatsbehörden in Wiesbaden, daß sie dieser Siegesfeier beiwohnen müßten. S. M.

Die Franzosen in Deutschland.

Die Mitarbeiter dieses Teils.

E. D. Morel brauchen wir in Deutschland nicht vorzustellen. Nicht lange vor dem Krieg hatte uns Dr. Solf Morels Buch über Nigerien gegeben mit der Anregung, eine deutsche Ausgabe zu veranstalten. Damals hätten wir nicht geglaubt, daß der große Afrikakenner einmal in den S. M. über die Afrikaner am Rhein schreiben würde.

Joseph King saß beinahe 9 Jahre als Liberaler im Unterhaus. Der Krieg veranlaßte ihn, sich der Arbeiterpartei anzuschließen. Beruflich wurde er 1890 called to the bar, d. h. erhielt die Erlaubnis als barrister zu funktionieren; er war längere Zeit Londoner Korrespondent eines amerikanischen Blattes und entfaltet eine ausgedehnte schriftstellerische Tätigkeit.

E. N. Benett, Friedensrichter für die Grafschaft Oxfordshire, war zuerst (als fellow von Hertford-College) Lehrer an der Universität Oxford, dann Hauptmann im 4. Batt

Digitized by Google

Oxfordshire and Bucks Light Infantry. Er hat den Burenkrieg und den Weltkrieg mitgemacht. Früher (1906—1909) liberaler Abgeordneter, schloß er sich nach dem Krieg der Arbeiterpartei an und ist jetzt deren Parlamentskandidat für Oxfordshire.

Ben C. Spoor seit 1910 Parlamentsmitglied der Arbeiterpartei für die Grafschaft Durham (Bishop's Auckland) war während des Kriegs im nahen Osten für die geistige Unterhaltung und Ausbildung der englischen Armee tätig; zum Teil im Rahmen der Y. M. C. A., der Vereinigung christlicher junger Männer, die eine so große Rolle im englischen Heer gespielt hat. Ben Spoor gilt als bedeutender Sachverständiger in Fragen der auswärtigen und Kolonial-Politik und wurde kürzlich zum Sekretär des National Peace Council (der Vereinigung aller englischen Friedensorganisationen) gewählt.

E. A. Bagley, Hauptmann der britischen Armee, ist Parlamentsmitglied der konservativen Partei und Anhänger der Koalition Lloyd George's.

H. W. Massingham gilt seit mehr als 25 Jahren als einer der ersten Redakteure Englands. Er ist jetzt Redakteur der hochangesehenen Zeitschriften Nation und Athenaeum, die seit etwa 2 Jahren verbunden sind. Er vertritt den linken Flügel der unabhängigen Liberalen und steht in nahen persönlichen Beziehungen zu Asquith und den alten Ministern seines Kreises, sucht aber mehr nach links zu führen.

Ein Brief von Morel an die Süddeutschen Monatshefte[1]).

Meine Ansicht über die Besetzung des Rheinlandes ist die, daß sie eine eiternde Wunde im Leben Europas ist. Eine militärische Besetzung dauernd fortbestehen zu lassen, zu dem Zweck, um damit die Bedingungen eines Friedensvertrages zu erzwingen, der nicht erfüllt werden kann, ist in jeder Hinsicht eine kriegerische Handlung.

Es ist eine Handlung des Wahnsinns, von welchem Standpunkt aus man sie betrachten mag.

Die einzige Genugtuung, die ein Engländer in diesem Zusammenhang überhaupt empfinden kann, ist die, daß unsere eignen Truppen, soweit meine persönliche Kenntnis reicht, sich gut betragen haben und bei einigen Gelegenheiten sogar in der Lage waren, der Bevölkerung des besetzten Gebietes gegen Mißhandlungen und Gewalttätigkeiten zu Hilfe zu kommen. Diejenigen von uns, die der Politik durchaus feindlich sind, haben Bedenken getragen, für die Herausziehung der britischen Truppen zu agitieren, weil das Los der Einwohner der Rheinprovinzen sich vielleicht noch verschlechtern würde, wenn nur die Franzosen und die Belgier dort blieben. Aber ich weiß, daß es eine große und wachsende Zahl von Leuten in England gibt, die mit Freuden hören würden, daß der letzte britische „Tommy" zurückgezogen worden sei. Meine Ansichten über die Verwendung afrikanischer Truppen durch die französische Regierung sind zu gut bekannt, als daß ich sie zu wiederholen bräuchte.

Kings Langley (Herts). E. D. Morel.

Eine moralische Eiterbeule in Europa[2]).

Der Übergang vom Europa des Krieges zum Europa des Friedens ist vielleicht fast unmöglich ohne irgend eine militärische Besetzung wesentlicher Grenzgebiete. Aber eine militärische Besetzung aufzurichten, welche mindestens ein ganzes Menschenalter dauern soll, das heißt einen Militarismus zur Herrschaft bringen, wie er unter keinem Preußentum jemals bestand. Wenn dann zu der verlängerten (wenn nicht überhaupt als dauernd beabsichtigten) Besetzung noch hinzukommt, daß die Besatzungstruppen in Üppigkeit und Müßiggang gebettet werden, während die Bevölkerung mit Not und Armut ringt, daß jene die Willkür haben, zu tun gerade was sie wollen, während den Einwohnern ihre ganze Unabhängigkeit und ihre Freiheiten eingeschränkt, wo nicht zerstört sind, dann führen diese ungerechten und unsittlichen Beziehungen zwischen der besetzenden Soldateska und den leidenden Einwohnern zu einem unvermeidlichen Skandal. Wenn dann schließlich die Soldaten noch aus einer niedrigeren Rasse und einer niedrigeren Zivilisation genommen werden, wie es der

[1]) Von uns aus der englischen Handschrift wörtlich übersetzt. S. M. — [2]) Von uns aus der englischen Handschrift wörtlich übersetzt. S. M.

Digitized by Google

Fall ist, wo schwarze und farbige Truppen aus Afrika verwendet werden, um das alte und hochentwickelte Rheinland zu besetzen, da kann man eine moralische Eiterbeule erwarten.

Selbst die behaglichen, phantasielosen englischen Insulaner wachen auf zum Bewußtsein dieser moralischen Eiterbeule in den besetzten Gebieten Deutschlands. Der normale Engländer, und noch mehr sein schottischer und irischer Mitbürger, ist so anständig in seiner Sittlichkeit und so viel weniger schlüpfrig als der Franzose oder Italiener, daß der Skandal der französischen Besetzung am Rhein eines der Dinge ist, welche allmählich die Augen Großbritanniens für die Gefahr öffnen, wenn man die Franzosen alles tun läßt, was ihnen beliebt, und das Geschäft des militärischen Herrn von Europa noch länger in diesem Erdteil spielen läßt.

Die Presse Großbritanniens ist in weitem Umfang in den Händen kleiner militaristischer und finanzieller Kreise, so daß sie weniger als die Presse irgend eines andern europäischen Landes eine Macht ist, welche ihren Lesern die Wahrheit darbietet. Einige freiere Zeitungen, von denen die Daily News ein Beispiel sind, sind schüchtern und scheuen sich, durch die Erzählung widriger Geschichten oder durch die Preisgabe sittlicher Schlechtigkeit bei den frommen Familien anzustoßen. Dennoch wird der Skandal der französischen Besetzung am Rhein immer mehr bekannt und immer weniger abgeleugnet und verschwiegen. Was ich selbst gelesen oder aus Erzählungen über die besetzten Gebiete gehört hatte, wurde mir durch einen Besuch in einem Teil des besetzten Gebietes bestätigt. Ich sah in wenigen Tagen sowohl in der britischen wie in der französischen Zone Dinge, die mich abstießen. Dinge, die dort jedermanns Augen offen liegen, machten es mir leichter, Dinge zu verstehen und zu glauben, die ich sonst bezweifelt hätte.

Die unvernünftigen Forderungen, die kostspieligen und extravaganten Ausgaben, welche den bankerotten deutschen Gemeinden auferlegt werden, das Schließen von Schulen, die Errichtung von Bordellen, die Unterdrückung von Zeitungen, das Verbot von Versammlungen, das weit über das billige Maß hinausgehende Requirieren von Dampfern, Sälen, Wohnungen — während die Einwohner absichtlich immer mehr Entbehrungen erdulden müssen, stehen auf der einen Seite. Der äußerst hohe Sold, den die Deutschen für die fremden Soldaten zahlen müssen, welche diesen Überfluß oft in froher ausgelassener Laune und einer gewissen sorglosen Gutherzigkeit mit offener Hand überallhin verschwenden, stellt eine andre Seite des Übels dar. Aber die ernsteste Seite von allen ist die rohe, zynische Brutalität der Behandlung der Besiegten, deren Gedächtnis dauern wird, solang die Geschichte der französischen Offiziere und ihrer schwarzen Truppen erzählt wird, und ich fürchte, sie ist zu weitverbreitet und zu schrecklich, um vergessen zu werden. Zwei Geschichten sind mir kürzlich durch Briefe von Freunden bekannt geworden, die ich seit Jahren kenne und zwar so nahe kenne, daß ich ihren Worten ebenso sehr vertraue, wie ich meinen eignen Augen glaube. 1. „Im Saargebiet verlangte der schwarze Diener eines französischen Offiziers jeden Tag von der Frau, bei der sie einquartiert wurden, neue Bettwäsche. Als die Frau erklärte, dieser Forderung nicht nachkommen zu können, sagte der Diener, wenn sie wüßte, in welchem Maße sein Herr geschlechtskrank sei, so müßte sie die Notwendigkeit einsehen. Daraufhin ging die Frau auf die Kommandantur und verlangte eine andere Einquartierung. Man antwortete jedoch, der Mann sei ein brauchbarer Offizier, und das übrige gehe die militärische Behörde nichts an. Die Frau muß weiterhin diesen Kerl bei sich dulden." 2. „Die Familie N. ist eine alte hochangesehene Familie in der Pfalz. Herr N. war sehr begütert; durch die Besetzung ist ihm quasi alles entrissen worden; sein prächtiges Haus, das er bewohnte, mußte er in der Zeit von einem halben Tag den Franzosen zur Verfügung stellen. Der Verzweiflung nahe — er fand sich ohne Vermögen und ohne Wohnung, beging er Selbstmord durch Gasvergiftung in seinem Badezimmer." Mein Korrespondent fügt hinzu: „Übrigens ist das keine Ausnahme!" [1])

Ich führe diese beiden Fälle an, weil sie mir gut beglaubigt erscheinen; sie stimmen überein mit dem Ton vieler französischer Äußerungen in der Presse und von seiten der Politiker, welche zeigen, daß die Besetzung Deutschlands dazu benützt werden müsse, um Deutschland zu terrorisieren, zu demütigen, zu unterdrücken und zu zerstören. Der Krieg wurde von den

[1]) Es handelt sich um den Selbstmord des Rentners Mohr in Neustadt a. H. Der Pfälzischen Presse ist verboten, dieses Vorkommnis zu erwähnen. D. Schr.

Digitized by Google

Verbündeten und insbesondere von den Franzosen verkündigt als ein Krieg der Gerechtigkeit und Freiheit. Jeder klarsehende und anständig denkende Mensch weiß jetzt, daß soweit die Poincaré und Clémenceau in Betracht kommen, keine Lüge je so plump und schamlos war. Denn das Ergebnis des Krieges — wenn wir nach dem Zeugnis dieser heute von den Franzosen besetzten Gebiete urteilen müssen — ist das, Europa mit einer moralischen Eiterbeule zu behaften und die versprochene Gerechtigkeit und Freiheit zu schänden durch die Herrschaft von Grausamkeit und Tyrannei.

London. Joseph King.

Einige Betrachtungen über die militärische Besetzung des Rheinlandes[1]).

Während der ersten Kriegswochen fuhr ich mit einem sehr bekannten britischen General im Auto an der Front, da sagte er plötzlich zu mir: „Bennett, wir hätten in diesem Krieg auf der andern Seite fechten sollen." Er sagte das nicht wegen des immer düstereren militärischen Mißgeschickes und wegen der gefährlichen Lage der Armee Lord Frenchs, sondern weil er glaubte, daß unser Bündnis mit einem lateinischen Volk auf der einen und mit der brutalsten und undemokratischesten Regierung auf der andern Seite ein wirkliches Unglück sei; während ein festes Einverständnis zwischen den zwei großen germanischen Völkern des Erdteils die beste Bürgschaft für den Frieden Europas und der Welt gewährt hätte. Jedoch die britischen und die deutschen Diplomaten versäumten die kostbaren Gelegenheiten, die sich ihnen in den Jahren vor dem Krieg boten, und der verbrecherische Wahnsinn des Krieges mußte überstanden werden. Der britische Liberalismus, der die älteren und weiseren Überlieferungen, sich von den festländischen Streitigkeiten fernzuhalten, aufgegeben hatte, war gezwungen, sich nach Verbündeten im „Gleichgewicht der Mächte" umzusehen. Die unzweifelhaften Möglichkeiten für ein englisch-deutsches Abkommen 1898 und 1900 wurden, wie ich fürchte, durch die Dummheit des deutschen Auswärtigen Amtes vereitelt, und so kamen wir dazu, uns mit einer Nation zu verbünden, die, wie Pierre Loti zugibt, immer unser unversöhnlicher Nebenbuhler war (rivaux toujours inapaisés).

Am Ende des Krieges, als die erschütterten, aber noch unzerbrochenen deutschen Heere dazu verleitet worden waren, sich vollständig entwaffnen zu lassen, durch einen Betrug, würdig der Männer, welche die „Diebsküche", (The „Thieves Kitchen") in Versailles bildeten, wurde die militärische Besetzung des Rheinlandes eingerichtet. Ich habe einige Zeit in der britischen Zone gedient und habe damals und später Gelegenheit gehabt, auch die Zonen der Franzosen, Belgier und Amerikaner zu besuchen. In Köln sah ich mit meinen eignen Augen die Wirkungen, welche die niederträchtige Blockade nach dem Waffenstillstand auf die jungen Kinder der Armen ausübte; aber im ganzen benahmen sich unsre jungen britischen Truppen gut und gewannen allmählich die Achtung der bürgerlichen Bevölkerung. In den Zonen unsrer Verbündeten jedoch hatte ich immer das Bild eines großen, im Augenblick hilflosen Volkes vor mir, das niedergedrückt und eingeschüchtert wurde durch Angehörige von Rassen, deren Zivilisation unter ihrer eignen stand. Herr Briand hat Frankreich kürzlich beschrieben als den „Soldaten der Freiheit und Zivilisation". Lassen wir die „Freiheit" einen Augenblick beiseite und fragen uns, was die verlässigen Zeichen der „Zivilisation" sind. Wenn wir auf solche Dinge hinweisen wie Musik, Kunst, Literatur, Baukunst, Wissenschaft, wirtschaftliche Organisation, öffentliche Gesundheitspflege und Erziehung, wie kann irgend ein Franzose oder Belgier am Rhein noch fortfahren, an das Propagandagewäsch zu glauben, daß er in einem Kriege der „Zivilisation gegen die Barbarei" kämpfte? Soweit ich es beurteilen konnte, geben sich die nachdenklicheren britischen Offiziere und Soldaten in Köln keiner solchen Täuschung hin. Als ein eifriger Erziehungsfreund konnte ich meine Entrüstung nicht unterdrücken, wenn ich sah, daß junge deutsche Kinder aus ihren Schulen hinausgedrängt wurden, um deren Gebäude für militärische Zwecke zu verwenden. Als mir ein Fall begegnete, wo eine ehrbare deutsche Familie in ein paar rückwärtige Räume zusammengepreßt wurde, während ein Franzose und seine Kokotte das ganze übrige Haus in Beschlag

[1]) Von uns aus der englischen Handschrift wörtlich übersetzt. S. M.

Digitized by Google

nahmen, wunderte ich mich, wie in dieser selben Gegend noch irgend jemand, der sich selbst einen Deutschen nannte, gefunden werden konnte, der Hand in Hand mit den lateinischen Eindringlingen zur Zerstückelung des deutschen Vaterlandes arbeitete.

In meiner gesamten Erfahrung — und ich bin um die ganze Welt gereist — bin ich nie einem so geduldigen Volk begegnet, wie es die Deutschen sind. Ich glaube nicht, daß irgend eines der verbündeten Völker die schrecklichen Entbehrungen ausgehalten hätte, die den Deutschen von 1915 an bestimmt waren, den Wohlhabenden ebenso wie den Armen. Und es mag sein, daß das philosophische Temperament dieses geduldigen Volkes es ihm, wenn die Jahre dahinfließen, ermöglichen wird, viele der unverdienten Kränkungen und Beschimpfungen zu vergeben oder zu vergessen, die ihm in den besetzten Zonen zugefügt werden.

Aber es gibt eine äußerste Beschimpfung, die kein Volk, das sich noch selbst achtet, jemals irgendwie vergeben oder vergessen kann, und das ist die Schmach der farbigen Truppen im Rheinland. Die Verwendung farbiger Soldaten von einer hoffnungslos niedrigeren Zivilisation als Mittel, um eine europäische Bevölkerung mit Gewalt zu knebeln und zu beherrschen, ist eine absichtliche Beschimpfung und ein Unrecht, die nach meiner Überzeugung jeden wirklichen und wirksamen Völkerbund ins Unbestimmte verschieben, wenn sie ihn nicht ganz unmöglich machen. Ich weiß nicht, was die Belgier über diesen Frevel denken; sie sind reine Werkzeuge des militaristischen Frankreich, denn höchst paradoxerweise war das Ergebnis des Krieges, in den Großbritannien unter dem Vorwand der belgischen Neutralität eintrat, daß diese Neutralität aufgehört hat zu bestehen. Aber das weiß ich, daß der normale anständige Engländer die militärische Besetzung der rheinischen Städte durch Senegalneger, Marokkaner, Madagassen usw. als ein an sich schmachvolles Verfahren betrachtet, selbst unabhängig von den besonderen Scheußlichkeiten, welche die Anwesenheit dieser halbzivilisierten Truppen zur Folge hatte.

Kein billig denkender Mensch, der wie ich selbst die sorgsam zusammengestellten Berichte der sexuellen Verbrechen gelesen hat, die den farbigen französischen Truppen in den besetzten Gebieten zur Last gelegt werden, kann umhin zu glauben, daß, wenn man auch jeden vernünftigen Abzug für hysterische Täuschungen, Übertreibungen usf. macht, dennoch eine fürchterliche Anklage gegen das französische Volk übrig bleibt. Das Beweismaterial ist mannigfaltig, sich häufend und unwiderstehlich; und wenn der Tag kommt, an dem die Franzosen endgültig aus dem Rheinland verschwinden, werden sie einen Namen des Ekels und des Abscheus hinter sich lassen, der verflucht werden wird von Geschlecht zu Geschlecht.

Was ist's mit den Amerikanern? General Allen im amerikanischen Heer hat es, wie ich sehe, auf sich genommen, die Verwendung farbiger Truppen am Rhein durch Frankreich zu verteidigen. Nach diesem Gentleman sind die sexuellen Verbrechen, die zugestandenermaßen erwiesen sind, „solche, wie sie allgemein in jedem Land vorfallen, in dem die Soldateska lange Zeit bei der Bevölkerung im Quartier liegt". Ich weiß nicht, ob General Allen der Ansicht ist, daß Unzuchtsverbrechen und Vergewaltigungen selbstverständlich von amerikanischen Truppen erwartet werden müssen; wenn ja, dann kann ich nur Gott danken, daß der Maßstab des Betragens, den man an britische Truppen anlegt, verschieden ist von dem, den man von amerikanischen Zivilisten in Khaki verlangt. Aber davon abgesehen, was würden General Allen und seine Landsleute empfinden, wenn, sagen wir einmal, zivilisierte japanische Truppen nach einem siegreichen Feldzug gegen die Vereinigten Staaten San Franzisko auf 15 Jahre besetzt und im Laufe der ersten 18 Monate in 28 nachgewiesenen Fällen weiße amerikanische Frauen geschändet oder vergewaltigt hätten? Würde General Allen dann auch jeden Protest gegen die Anwesenheit solcher farbiger Truppen ausdrücklich mißbilligt haben, mit der Begründung, daß deren Verbrechen ja nur solche seien, wie sie gewöhnlich bei ähnlichen Gelegenheiten sich ereignen? Möge General Allen diese Frage beantworten! Ja, und wenn wir nun auf der Stufenleiter der menschlichen Zivilisation tiefer hinuntersteigen und uns ausmalen, daß amerikanische Städte besetzt wären nicht von zivilisierten Japanern, sondern von primitiven Schwarzen vom Senegal oder selbst von farbigen Kriegern aus Madagaskar oder Marokko, was dann? Stellen Sie sich den unwiderstehlichen Ausbruch der Volkswut vor, wenn die Steuerzahler von Boston gezwungen wären, Bordelle mit weißen Frauen zum Gebrauch der farbigen feindlichen Soldaten einzurichten! Trotzdem aber betrachtet dasselbe amerikanische Publikum mit Gelassenheit den verzweifelten Schmerzensschrei des Protestes

Digitized by Google

der hilflosen Bürger eines hochzivilisierten europäischen Landes gegen diese „Schwarze Schmach"; und die christlichen Kirchen, in Großbritannien ebenso wie in Amerika, sehen sogut wie stillschweigend zu, während ihre Regierungen sich friedlich beruhigen bei dieser neuesten Vermehrung der Rechte der Eroberung — der zwangsweisen Einrichtung von Bordellen für die Sieger durch die Besiegten.

Wir Engländer sind oft von den Franzosen und andern als eine „Nation von Heuchlern" beschrieben worden, vielleicht zeitweise mit einiger Berechtigung. Aber für eine Schaustellung von nationaler Heuchelei in excelsis da lobe ich mir die Haltung, die General Allen und seine amerikanischen Seelenverwandten gegenüber der Verwendung farbiger Truppen auf deutschem Gebiet eingenommen haben. Da sehen wir ein Volk, das in seinem eignen Land jahraus jahrein selbstgefällig zusieht, wie gebildete und mit seinem Bürgerrecht ausgestattete Neger in brutaler Weise gelyncht werden auf Anklagen hin, die gewöhnlich in keinerlei rechtlichem Verfahren nachgeprüft sind und die von der Notzucht bis zu „allgemeiner Unbeliebtheit" reichen, und das gleichzeitig die schmachvollen Vergewaltigungen deutscher Frauen und selbst deutscher Knaben durch Senegalneger und Berber als alltäglich und belanglos ansieht. Keiner der „belgischen Greuel", die von dem leichtgläubigen und halberzogenen amerikanischen Publikum so bereitwillig verschluckt wurden, ist jemals an Scheußlichkeit den tatsächlichen Bestialitäten gleichgekommen, denen die Neger durch das amerikanische Lynchrecht preisgegeben sind. Die glorreiche Einnahme des halbleeren Vorsprungs von St. Mihiel, welche, wie mir oft in der Koblenzer (amerikanischen) Zone erzählt wurde, Großbritannien und Frankreich vor der Vernichtung gerettet hat, wurde ausgeführt unter dem Banner „Zivilisation gegen Barbarei". Aber die Landsleute von Goethe, Schiller, Händel, Kant und Liebig haben wenigstens niemals mit der Jazz-Musik- und -Rotwelsch-Zivilisation („The jazz-band-and-slang-civilisation") des Westens gewetteifert, welche Sonderzüge auslaufen läßt, um einen Negermitbürger ohne Prozeß verbrennen zu sehen, oder welche mit Stolz die Lichtbilder weißer Männer, Frauen und Kinder ausstellt, die sich befriedigt die Todesqualen ihres gemarterten Opfers betrachten.

Ich habe kräftige Worte gewählt, aus zwei Gründen. Ich habe, hoffend wider die Hoffnung, mein ganzes Vertrauen auf einen wahren Völkerbund gesetzt, als die einzige Rettung einer aus den Fugen gegangenen Welt; und ich erkenne klar, daß, während diese Greueltaten im Rheinland andauern, die Hoffnung auf ein solches gesegnetes Ereignis allmählich dahinschwindet. Ich fürchte in der Tat, daß die kostbare Gelegenheit vielleicht schon verloren gegangen ist. Und dann, selbst abgesehen von den schrecklicheren und ernsteren Verbrechen der farbigen Truppen, sehe ich vor meinen Augen das furchtbare Gesicht eines neuen Krieges. Ich denke an die deutschen Knaben und Mädchen, die unter der harten Herrschaft des Friedensvertrages von ihrem 10. bis zu ihrem 25. Jahr aufwachsen werden, ohne je ihre nationale Fahne zu sehen, oder auch nur zusammen ihre nationalen Lieder zu singen, die von den Bürgersteigen ihrer eignen Städte heruntergestoßen werden von schwarzen Soldaten, die in den Schulen einquartiert sind, aus denen sie selbst vertrieben wurden. Ich habe mit jungen Deutschen gesprochen, die schon alt genug sind, um die Schande der „Schwarzen Schmach am Rhein" zu erfassen. Ich habe das Leuchten ihrer Augen gesehen, und ich blicke mit tiefer Sorge auf das furchtbare Vermächtnis wohlverdienten Hasses, das der ungerechteste und brutalste Friedensvertrag der Weltgeschichte hinter sich läßt.

London. E. N. Benett, M. A.

Weiß und Schwarz am Rhein[1]).

Ich habe eben das „besetzte" Gebiet am Rhein besucht und war betroffen, von den Leiden gewisser Teile der Bevölkerung dort zu erfahren. Denn der Krieg ist vorbei — wir sind im Frieden. Aber unser französischer Verbündeter denkt anscheinend nicht so und es geschehen Dinge, die eine Schmach für Frankreich und für alle anderen Länder, die seine Handlungen geschehen lassen, sind.

[1]) Aus dem uns vom Verfasser zur Verfügung gestellten englischen Druck (Foreign Affairs) wörtlich übersetzt. S. M.

Digitized by Google

Französische schwarze Kolonialtruppen an den Rhein zu legen ist eine Tat blinder Schlechtigkeit, die Proteste aus allen Teilen der zivilisierten Welt hervorruft. Es ist mehr als eine Demütigung, es ist eine Tragödie. Es ist grausam gegenüber einem besiegten Volke; es ist ebenso grausam gegen unsere farbigen Mitmenschen, die als Werkzeuge französischen Hasses verwandt werden. Ich traf auch nicht einen einzigen Engländer in Deutschland, der nicht in unzweideutigen Ausdrücken die Verblendung dieses Tuns verurteilte.

Der wirkliche Prozentsatz der gesamten Bevölkerung, die dem System zum Opfer fällt, ist wahrscheinlich nicht groß. Statistische Daten sind, natürlich, nicht erhältlich, weil begreiflicherweise von den französischen Behörden alles versucht wird, um Beweismaterial, das auf ihre Leitung der Okkupation ein übles Licht werfen würde, zu unterdrücken, und es bestehen naheliegende Gründe, warum viele von den Opfern selbst versuchen möchten, so weit als möglich das Bekanntwerden der Tatsachen zu verhindern. Die Wahrheit ist indessen, daß die ganze Bevölkerung leidet, denn die ganze Bevölkerung teilt die Furcht, unter die Zahl der unmittelbaren oder mittelbaren Opfer zu fallen.

Es muß ganz klar sein, daß jede große Gruppe von Männern, in der Vollkraft des Lebens, so reichlich mit Geld versehen, um jeder Regung ihrer Phantasie Erfüllung verschaffen zu können, und völlig von ihrer eigenen Weiblichkeit getrennt, notwendigerweise gezwungen sein wird, Mittel zu finden, um ihre natürlichen Wünsche durch regellosen Verkehr zu befriedigen.

Diese Truppen sind größtenteils aus Afrika und werden in ihrem Verhalten gegenüber Frauen nicht durch die Bedenken und Gewohnheiten, die europäische Erziehung mit sich bringt, gezügelt, noch sind ihre Leidenschaften deshalb kälter, weil sie an einen polygamen Gesellschaftszustand gewöhnt sind. Es ist also klar, daß diese zahlreiche farbige Bevölkerung in Süddeutschland notwendigerweise mit einem Teil der weißen Frauen des Landes in vertrauliche Beziehungen treten wird.

Die französischen Militärbehörden erkennen dies mit brutaler Offenheit an und haben an Mittelpunkten, an denen farbige Truppen in Garnison liegen, deutsche Familien aus ihrem Heim vertrieben, damit ihre Häuser in Bordelle zum Gebrauch dieser Soldaten verwandelt werden können. Es ist unnötig, im einzelnen die Wirkungen, physische und moralische, dieser harten Politik zu erörtern. Die Geistesart derer, die für sie verantwortlich sind, übersteigt die Fassungskraft gewöhnlicher Männer und Frauen.

Ein Ergebnis indessen muß in Erwägung gezogen werden, denn es berührt nicht allein Deutschland und Frankreich, sondern ganz Europa, ja die Welt. Das ist, daß in Süddeutschland ein Geist und eine Stimmung geschaffen werden, die, wenn man sie sich entwickeln läßt, sicherlich zu einem neuen Krieg führen müssen. Anscheinend machen sich die Franzosen nicht klar, was für eine glühende Leidenschaft für Vergeltung und Rache in dem Herzen jedes Vaters und Gatten entfacht wird, noch wie die Kinder in dem Glauben an Rache als einer religiösen Pflicht aufgezogen werden. Wünscht Frankreich noch einen Krieg? Könnte die westliche Kultur ihn überstehen?

Eine Seite der Frage, die für diejenigen, die in die Zukunft blicken, sogar noch wichtiger ist, ist ihre Wirkung auf die farbigen Truppen selbst und auf die Länder, von denen sie kommen. Man hört heute viel von „der steigenden Flut der farbigen Rassen" und es gibt viele, die einen Kampf zwischen den weißen und den farbigen Völkern um die Vorherrschaft auf der Welt prophezeien. Eines ist sicher, das Rassenbewußtsein entwickelt sich in Afrika mit reißender Schnelligkeit. Und das Aufpressen einer hochorganisierten Zivilisation auf primitive Völker hilft unvermeidlich bei dieser Entwicklung mit. Ein Kampf mit den farbigen Rassen kann nur auf einem Weg vermieden werden. Er liegt für die weißen Rassen darin, ihre Beziehungen mit denen, deren Übergang aus der Barbarei reißend beschleunigt wird, so zu ordnen, daß Achtung und nicht Verachtung eine Stärkung erfährt. Primitiven Völkern Verpflichtungen, die ihre Fähigkeiten übersteigen, aufzuerlegen, heißt ihr Wachstum schädigen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Verwendung farbiger Truppen in der Weise, wie sie gegenwärtig benützt werden, eine verbrecherische Ungerechtigkeit. Es ist eine Ungerechtigkeit, für die das Volk oder die Völker, die dafür verantwortlich sind, sicherlich bis zum letzten Heller zu bezahlen haben werden.

London. Ben C. Spoor, M. P.

Digitized by Google

Die schwarze Wacht am Rhein.

Die Anwesenheit farbiger französischer Truppen in den besetzten Gebieten Deutschlands drängte sich meiner Aufmerksamkeit während eines kurzen Aufenthalts in der einstmals blühenden rheinischen Stadt Kreuznach (im Oktober 1921) ziemlich gewaltsam auf. Wie der Besucher vor dem Krieg sich erinnern wird, ist Kreuznach berühmt durch seine Mineralwasser, deren gesundheitfördernde Wirkungen durch ein Dutzend sinnreiche Methoden von Einatmungen oder Abwaschungen erzielt werden können.

In dem herrlich angelegten Kurpark, wo das liebliche Tal der Nahe ein köstliches Bild berückender Szenerie vor dem Auge ausbreitet, während das Kurhausorchester das Ohr entzückt, kann der Besucher ruhen und das Ozon aus den großen Gradierhäusern einatmen, durch die man das salzhaltige Wasser hindurchträufeln läßt.

Die charakteristischen Reize des Ortes stehen alle noch zu Gebote, aber Besucher sind nur wenige da, — trotz der Tatsache, daß ein üppig ausgestattetes Zimmer mit anschließendem Bad und voller Verpflegung und Bedienung im Hotel miteingeschlossen, für 100 Mark im Tag, d. h. in englischem Geld für 4 Schilling 6 Pence, zu haben ist.

Kreuznach ist, wie viel andere rheinische Erholungsstädte, durch die Besetzung zugrundegerichtet worden — oder vielleicht, um genauer zu sein, durch die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet. Die Normalzahl von Betten, die dort für Besucher zur Verfügung steht, ist 6000, aber die militärische Requirierung hat sie auf 2000 vermindert. Selbst so aber ist kein Mangel an Raum für die, welche Lust haben, zu kommen, denn die Leute verschmähen es einfach, diesen Erholungsort zu besuchen, solange die farbigen Truppen dort sind.

Das größte Hotel am Platz, der Oranienhof, ist von 1000 Marokkanern besetzt. Seine einst entzückenden Gärten sind jetzt ein Spielplatz für diese „Schokoladesoldaten", und in der Ecke steht eine geschmacklos aufgeputzte Moschee aus Zeltleinwand, die für ihre religiösen Übungen errichtet wurde, und macht die Breite und Tiefe des Abgrundes deutlich, der die Besiegten von den Siegern trennt.

Und als Sieger betrachten sich diese afrikanischen Kulis in Uniform ohne Zweifel, denn wie ich mit einem englischen Kollegen durch den Oranienhof ging, wies uns einer von ihnen, bewaffnet mit Gewehr und Bajonett, die er bedeutungsvoll schwang, um seiner Meinung Nachdruck zu geben, vom Fußpfad herunter. So mußten wir in die Gosse treten, um an ihm vorbeizukommen.

Solche Erlebnisse wie dieses sind es, welche unter den Bewohnern dieser Gebiete bittern Groll und Haß gegen die Franzosen erwecken. Möge der Leser nur versuchen, wenn er es kann, sich seine eignen Empfindungen vorzustellen, wenn ihm eine ähnliche Behandlung zugemutet würde, wenn er z. B. an den Horse Guards in Whitechapel oder am St.-James-Palast in London oder am Midland-Hotel in Manchester vorübergeht.

Kreuznach ist typisch für das ganze von Frankreich besetzte Gebiet. Von der Nähe von Duisburg im Norden an, wo seltsame kleine Mongolen in Stahlhelmen stehen, bis nach Mannheim im Süden, wo kohlschwarze Senegalneger unsern Wagen nicht über die Brücke ließen, ehe sie ihn und uns durchsucht hatten — überall fanden wir diese farbigen Truppen.

Es ist eine besonders aufreizende Seite an dieser Sache. Erzählungen von Gewalttaten gegen anständige Frauen sind viel zu gewöhnlich, trotz der anerkannten Bordelle, die mit diesen Truppen eingeführt wurden, wo sie ihre Begierde nach weißen Frauen bis zum letzten befriedigen können. Und in den Kinderspitälern tauchen hier und dort unter den Reihen der schneeweißen Bettchen dunkelfarbige kleine Gesichter auf, halb Neger, halb Deutsche, erschütternde kleine Zeugen dieser Schmach am Rhein — und an der Zivilisation der Verbündeten.

Lange nachdem die Besetzung vorbei sein wird, werden die Gesichtszüge, die Hautfarben dieser grotesken Geschöpfe, die vom Osten wie vom Westen gleichmäßig verachtet werden, laut zu jedem, der sie betrachtet, um Rache gegen die Nation schreien, welche im Namen des Sieges — oder der Demütigung — hierfür verantwortlich ist.

[1]) Aus dem uns vom Verfasser zur Verfügung gestellten englischen Druck (Sunday Times) wörtlich übersetzt. S. M.

Digitized by Google

Man demütige die Deutschen, wenn man will, man erniedrige sie und lasse sie erniedrigt. Aber dies heißt, die Seele Deutschlands brandmarken und in seinem Herzen die Begierde einpflanzen, eines Tages die Schmach mit größerer Schmach zurückzuzahlen.

Mit einem Wort, es heißt noch einmal den Geist des Militarismus erwecken, und die Saat aussäen für eine Ernte, die vielleicht nicht auf einen neuen Rachekrieg zwischen Deutschland und Frankreich beschränkt bleibt, sondern die von jedem Land geerntet wird, das mit dem Problem von Farbigen zu tun hat.

Diese Truppen, zum Teil Halbbarbaren, die erst vor kurzem den Lendenschurz und die Perlenketten mit einer militärischen Uniform vertauscht haben können, werden eines Tages in ihre einheimischen Dörfer zurückkehren und erzählen, wie sie weiße Männer beherrscht und weiße Frauen — sei's gewaltsam, sei's mit Erlaubnis — nach Lust genossen haben. Was wird dann die Folge für die Sicherheit jener paar Handvoll Europäer sein, die heute, mit keinem andern Mittel, sich und ihre Frauen zu verteidigen, als dem Prestige ihrer weißen Haut, unter den Massen halbzivilisierter Völker leben und arbeiten?

Wir sind der Verbündete Frankreichs. Wir sind außerdem Mitglieder eines Reiches, dessen farbige Untertanen seine weißen an Zahl um ein vielfaches übertreffen. Um des Heils von Frankreich, um unsres eignen willen, sollten unsre Staatsmänner darauf bestehen, daß diese farbigen Truppen weggezogen werden müssen.

London. E. A. Bagley, M. P.

Ein Blick auf die französische Okkupation[1]).

Auf altem europäischem Kulturboden, einem der schönsten der Welt, einem berühmten Mittelpunkt der Ordnung und des Fleißes, liegen etwa 130 000 Mann, seinem Boden und seiner Kultur fremd, einquartiert. Sie führen in diesem fruchtbaren Lande ein üppiges Leben. Von allen Einwohnern sind sie am besten untergebracht, am besten bezahlt, am besten gekleidet und am besten unterhalten. Während sie sich dem außenstehenden Beobachter in der geschäftigen Trägheit des vollkommenen Schmarotzers darstellen, ist ihr wahres Geschäft nicht Arbeit zu leisten, sondern sie zu behindern. Zum größten Teil leben sie entweder ohne irgendwelche Beziehung zu dem Willen der Einwohner, oder ihm zum Trotz. Sie treten alle politischen Freiheiten, die Männern teuer sind, mit Füßen. Sie verbieten freie Schrift, freie Rede und selbst freien Gesang. Ihre Verordnungen und ihre Beamten treten an die Stelle der bürgerlichen Regierung des Landes, entlassen deren Vertreter und belasten sie mit gehässigen, schikanösen und unmoralischen Forderungen. Ein kleiner Flügel dieses im Lande liegenden Heeres, der britische und amerikanische, hat kein politisches Ziel. Der französische Flügel — und er bildet den weitaus größeren Teil — bewaffnet mit Kanonen, Gewehren, Bajonetten, Flugzeugen gegen ein Land, wo keine deutsche Waffe, kein deutscher Soldat, kein deutsches Flugzeug je erscheint, oder mit noch tödlicheren „paperasses" ist eine Waffe geschmiedet und beibehalten, um die politische und kulturelle Einheit des Deutschen Reiches zu zerstören. Er druckt und verbreitet auf seinem Boden die Zeitungen[2]), die die Abtrennung des Rheinlandes predigen, wie seine Organe hinter dem deutschen Abenteurer, der sie proklamierte, standen und ihn schützten. Durch 100 Rinnsale — Schulen, Vorträge, Konzerte, Kunstausstellungen — leitet er den Strom des süßen französischen Lichtes, das durch die Wüsteneien von Mainz und Wiesbaden fließt. Französische Reisende und Kaufleute mit „sections économiques, bureaux de commerce" und französischen „Mustermessen" hinter sich, mit einer etwas scheuen Reserve deutscher „Schieber" und Schmuggler, sorgen für französische Einfuhr, für die kein Bedarf vorhanden ist, während die Hörner und Pfeifen ihrer afrikanischen Söldlinge in die tauben Ohren Wilhelm des Schweigers vor dem alten Schlosse der Herzöge von Nassau tönen und altmodische Vorurteile zugunsten deutscher Militärmusik berichtigen. So „durchdringt" Frankreich Deutschland.

Lassen Sie mich ein wenig ins einzelne gehen. Das allgemeine Merkmal der Okkupation ist, wie ich sagte, ihr parasitischer Charakter. Äußerlich ist sie eine Sache des Stolzes und Prunkes, wie sie ihr geckenhaftes Wesen, ihr buntes Gepränge militärischer Prahlerei und

[1]) Aus dem uns vom Verfasser zur Verfügung gestellten englischen Druck (Nation) wörtlich übersetzt. S. M. — [2]) z. B. „l'Echo du Rhin" und „La Revue Rhénane"

Digitized by Google

Pariser Koketterie zur Schau stellt, inmitten eines Volkes, das, in abgetragene Anzüge gekleidet, lange an einfache Kost und dürftiges Leben gewohnt ist. Kritisch geprüft, ist sie ein Ausbund der Verschwendung. Als die alliierten Hauptmächte die Kosten der Okkupation in Rechnung stellten, verpflichteten sie sich faktisch (unter der Voraussetzung, daß Deutschland gewisse Bedingungen erfülle) zu einem jährlichen Budget von ungefähr 240 Millionen Goldmark. Die große Gesamtausgabe der kombinierten militärischen und zivilen Einrichtungen im Rheinland, mit ihrem Zubehör wurde Ende März 1921 — ein Zeitraum von ungefähr 26 Monaten — auf 3 936 954 542 Goldmark beziffert. Heute ist die Rechnung natürlich viel größer. Von den verschiedenen Kontingenten ist die amerikanische Armee im Verhältnis zu ihrer Kopfzahl bei weitem die kostspieligste, infolge der hohen Löhnung des Soldaten und seiner vergnügungssüchtigen, luxuriösen Lebenshaltung [1]).

Ferner galt als ausgemacht, daß der Stärkemaßstab für die alliierte Okkupation der der alten deutschen Garnison im Rheinland sein sollte. Diese betrug ungefähr 70 000 Mann. Aber das französische Kontingent allein übersteigt diese Zahl und überwiegt weit alle anderen Kontingente zusammengenommen. Von der Gesamtsumme stellt Frankreich 85 000 Mann, Belgien, sein Trabant, 15 000, Amerika 12 000 und England 4000. Die französische Armee hat einen Doppelcharakter. Zu ihren weißen Truppen müssen ungefähr 20 000 farbige Söldner — Algerier, Tunisier, Marokkaner, mit einer Beimischung von Leuten aus Madagaskar und Annam, und eine unbekannte Anzahl farbiger Rekruten hinzugerechnet werden. Diese gemischte Streitmacht ist Tag und Nacht in ständiger Tätigkeit, wird gedrillt, muß Märsche und Paraden machen, wird durch die Geschäftsstraßen großer Städte oder in der Umgebung stiller Kurorte abexerziert und mitten in einem entwaffneten und hilflosen Volke gehalten, wie für einen unmittelbar bevorstehenden Krieg. Nicht nur Wohnungen, sondern ganze Hotels (gewöhnlich die besten am Platze), Theater, Kinos, Tennisplätze, Wohnhäuser, Klubs, Schulen müssen auf ihren Befehl die Türen öffnen. Führende Bürger müssen ihre Häuser binnen kurzer Frist räumen und diesen Zwangsmietern Möbel, Tafelgerät, Wäsche, Klaviere — jeden Gegenstand der Behaglichkeit oder des Luxus, den sie enthalten — zur Verfügung stellen oder sich und ihr Zubehör in Hinterzimmern und Küchen zusammendrängen. Auch das junge Frankreich muß versorgt werden, was immer dem jungen Deutschland zustoßen mag. Eine teure Hochschule, mit Schwimmbädern, Fechtböden und andern Luxuseinrichtungen versehen, wurde für französische junge Leute in Mainz eröffnet. Als ich in Wiesbaden „Parzival" hörte, waren die vordersten Reihen des Parketts alle unentgeltlich für die französische Garnison reserviert. Britische Offiziere, glaube ich, zahlen für ihre Vergnügungen.

Auch die Bedürfnisse des gemeinen Soldaten und des niedrigen afrikanischen Söldners sind nicht vergessen. Das französische Armeesystem bringt das Armeebordell mit sich. Diese Einrichtungen wurden über das ganze Rheinland verstreut — in Mittelpunkte eines unschuldigen und einfachen Landlebens, in Badeorte, wie das entzückende Ems und Schwalbach, das geschäftige Mainz und buchstäblich in Steinwurfweite von der schönsten und besuchtesten Straße Wiesbadens. Die Armee requiriert sie, die städtische Behörde richtet sie ein, das Reich bezahlt sie. Diese Taten und das Paradieren der farbigen Truppen in den altehrwürdigen Heiligtümern des deutschen Staatspatriotismus, mag dem französischen Plan „der kulturellen Durchdringung" den Reiz genommen haben. Krieg ist eine fortwährende und berechnete Sünde gegen den Geist und die Seele des Soldaten, des eigenen sowohl wie des feindlichen. Aber hier handelt es sich um ein besonders rohes Übertragen seines niedrigen und seelenlosen Mechanismus in den Frieden. Die Staatsmänner der Entente verpflichteten sich am 10. Januar 1920 gegenüber der Bevölkerung des Rheinlandes zu einer „liberalen" Verwaltung und zur Beobachtung des Regierungsstatuts „im Geist und nach dem Buchstaben". Hatten sie die Errichtung dieser Häuser im Sinn? Unter den Unterschriften zu diesem Dokument bemerke ich die Namen von Woodrow Wilson, D. Lloyd George, E. M. House, George N. Barnes, J. C. Smuts und Emile Vandervelde. Ich würde gerne den „Buchstaben" dieser Übereinkunft von 1920 diesen ausgezeichneten Männern vorlegen und

[1]) Die Kosten eines amerikanischen Soldaten wurden mir als ungefähr 200 000 Papiermark im Jahr bezeichnet. Das Gehalt eines französischen Majors wird auf etwa das Doppelte eines deutschen Ministergehaltes geschätzt (Zahlen vom Oktober 1921. S. M.).

Digitized by Google

um eine Vergleichung des Geistes bitten, in dem Herr Tirard und seine Kollegen ihn anwandten.

Es gibt noch andere Merkmale der „Liberalität" des Statuts von 1919 und seiner musterhaften Interpretation durch Frankreich. Ich behaupte, die Franzosen sind im Rheinland mehr zu einem politischen als zu einem wirtschaftlichen Zweck; und die Stärke ihrer Armee, ihr dreifaches Programm der militärischen, politischen und kulturellen Durchdringung, ihr Kampf gegen den deutschen Geist, und ihre rücksichtslose Behandlung des deutschen Beamtentums beweisen die Wahrheit meiner Behauptung. Aber mag ihre Absicht sein, welche sie will, diese übermäßige Okkupation ist eine Geißel auf dem Rücken des unschuldigsten Teiles der Bevölkerung des Rheinlands. Deutschland leidet wie wir unter der Wohnungsnot. Aber der französische Militarismus hat diesen Mangel noch bedeutend verschlimmert. Seine hohen Organe sind mit einer wilden Verschwendung von Zimmern und Ämtern untergebracht [1]).

Das ist allerdings der Fehler aller Abteilungen der Okkupationsarmee [2]). Aber das Hauptübel besteht darin, einen Haufen ausländischer und halbwilder Truppen in Städten einzuquartieren, die nicht gewohnt waren, annähernd die gleiche Unterbringungsmöglichkeit für ihre eigenen Soldaten freizuhalten. Ein krasser Fall hierfür ist, daß Euskirchen, eine Stadt mit 14 500 Einwohnern, gezwungen wurde, Quartiere für 2500—3000 farbige Truppen zu finden. Dies ist ein Verstoß gegen den Geist und, wie ich meinen möchte, sogar gegen den Buchstaben des Vertrages. Aber jede Stadt im Okkupationsgebiet ist ein Opfer erzwungener Überfüllung, und die Schulkinder leiden am meisten von allen darunter. Während Deutschland seine Kasernen in Arbeitsämter verwandelt, verwandelt das demokratische Frankreich deutsche Schulen mit Gewalt in Kasernen. In Düsseldorf wurde mir erzählt, daß das Schulleben praktisch aufgehört hatte; in Wiesbaden waren sieben von zehn Elementarschulen für Kasernen oder Bureaux belegt worden und die Kinder müssen ihren Unterricht in Morgen- und Nachmittagsschichten erhalten, die sie in überfüllten Räumen, die nie gehörig gereinigt und gelüftet werden können, zubringen. Ich sah Scharen dieser kleinen Vertriebenen auf den Straßen bei Einbruch der Dunkelheit; Tausende mehr, sagte ein Lehrer, konnten nie ihr Mittagessen zu Hause einnehmen.

Hier noch zwei bezeichnende Punkte, die den Geist der französischen Okkupation erschließen. Nämlich ihre Haltung gegenüber der deutschen Zivilgewalt und ihre Behandlung der Presse. Der Vertrag der Kommission erklärte ausdrücklich (Artikel 5), daß die Zivilverwaltung in den Händen der deutschen Behörden verbleiben sollte. Das ist in gewissem Sinn der Fall. Aber unter einem oder dem andern Vorwand wurden die Bürgermeister von Mainz, Wiesbaden, Kreuznach und anderen Städten im Okkupationsgebiet ihres Amtes entsetzt [3]) und Hunderte von niedrigen, wenngleich wichtigen Beamten, wie Schul- und Sanitätsinspektoren, wurden von dem Veto der Kommission betroffen. Die deutsche städtische Verwaltung ist die fähigste auf der Welt; und wenn sie es nicht wäre, so kann ein französischer Zuchtmeister unter der durchsichtigen Maske eines Zivildelegierten nicht Richter über ihre Leistungsfähigkeit sein. Die Deutschen sehen also in diesen Handlungen und in der eingeführten Untersuchung nach dem Geburtsort und der Abstammung der Beamten des Rheinlandes sowohl ein Werkzeug des Terrorismus wie eine Absicht, das Gebiet zu „entpreußen" [4]) und seine Beamtenschaft von der des Vaterlandes abzusondern. Haben sie unrecht? Falls so, warum bringt es die englische Okkupation zuwege, ohne diese Politik der Raubzüge und Absetzungen auszukommen? Die Antwort ist, daß England sich damit begnügte, die Verfassung der Kommission zu nehmen, wie sie ist. Der französische Bureaukrat hatte andere Verwendungen für sie. Heute ist sie das Symbol französischer „Gewalt". Morgen werden ihre dehnbaren Paragraphen und listig abgefaßten Bestimmungen als Verfassung eines französischen Schutzstaates dienen. Verdacht gegen diese Politik der Durchdringung ist allgemein. Ein hoher Beamter beklagt

[1]) Herrn Tirards Dienstwohnung, aus der der Oberpräsident der Rheinprovinz ermittiert worden war, umfaßt neunundbreißig Wohnräume (die er mit einem Delegierten teilt) und wurde mit einem Kostenaufwand von 1 331 492 Mark in Stand gesetzt. Diese Verschwendung geht, dem deutschen amtlichen Bericht zufolge, durch die ganze Ausstattung der Kommission. Die Beispiele sind zahllos. — [2]) Um ein kleines, aber typisches Beispiel zu nehmen, die Amerikaner in Koblenz zwangen die deutschen Behörden zu einem Aufwand von 45 000 Mark, um eine Pferdeausstellung mit Pflanzen zu schmücken. — [3]) Diese Politik scheint der früheren Periode der Okkupation anzugehören. — [4]) Siehe die französische nationalistische Presse passim.

sich, daß sein Stab einen Spion der Okkupation einschließt; oder ein Fabrikant, daß militärische Aufnahmen seiner Fabriken zur Entdeckung seiner Geschäftsgeheimnisse verwandt wurden. Unterdessen laßt das Rheinland die Stimme seines neuen Herrn kennenlernen. Jeder, der in einer deutschen besetzten Stadt umhergeht, kann sehen, wie französische Anzeigen, Befehle, Verkehrsvorschriften die Straßen bedecken. Selbst deren Namen erhalten französische Übersetzungen beigefügt und der marokkanische Tirailleur kann, im Gewirr der „Kronprinzenstraße" verloren, seinen Anspruch auf Kultur deutlich in der „Rue du Dauphin" lesen. Derselbe Herr prüft die Pässe für deutsche Kaufleute, gewöhnlich verkehrt. So dienen ferner Paraden, retraites aux flambeaux, Ablösungen der Wache (eine Entschuldigung für musikalische Greuel auf den Hörnern und Pfeifen der farbigen Truppen) als nützliche aide-mémoires des französischen Sieges [1]): „Wir sind hier die Herren" (bum!) — scheinen sie zu sagen. „Und vergeßt das ja nicht" (tirili — tirili!).

Ich komme zur Presse. Die Kommission nahm für sich eine — mag sein notwendige — allgemeine Befugnis in Anspruch, „Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung" und ihrer eigenen „Sicherheit und Würde" zu verhindern. Eine „Beeinträchtigung" kann, wie es scheinen möchte, leicht hervorgerufen werden. Sie muß auf den Rheinschiffen bis zur Raserei erregt sein; denn ich fand diese mit strengen Warnungen, daß keine patriotischen Lieder auf ihnen gesungen werden dürften, geschmückt. Um das junge und alte Deutschland noch weniger Jerusalem vergessen zu lassen, ist es verboten, die alte deutsche Fahne (die volkstümliche Flagge) ohne eine Erlaubnis zu führen.

Aber es ist durch die Beaufsichtigung der Presse, daß die französischen Behörden zu hoffen scheinen, einen dichten Schleier des Vergessens zwischen der Bevölkerung des Rheinlandes und den Erinnerungen an das alte Vaterland herabzulassen. Der Geist, der die Kommission beherrscht, hat eine doppelte Scheidewand zwischen ihnen und ihren Zeitungen aufgerichtet. Die Zeitungen in der französischen Zone unterliegen dem Verbot des Erscheinens und sie sind gezwungen, Nachrichten anzunehmen. Außerhalb derselben gibt es natürlich freien Journalismus; obgleich es bezeichnend ist, daß während der kurzen Dauer der französischen Besetzung Frankfurts die „Frankfurter Zeitung" Befehl erhielt, einen Artikel aus der „Times" zugunsten der Entente zu bringen, und dieses große Blatt ist noch dem Verbot im besetzten Gebiete ausgesetzt. Was die Presse innerhalb des Okkupationsgebietes betrifft, so trägt sie den Stempel der knechtischen Rolle, die von ihr erzwungen wird. Sie ist ängstlich und farblos. Auf ihren ersten Seiten stehen die Ukase der Kommission — Bestimmungen dieser oder jener Art, oder möglicherweise Berichte über Bestrafungen von Geschäftsleuten, weil sie nicht die Preise ihrer Waren in den Auslagen hatten. Sollten sie sich zur Politik oder zur Kritik des Verhaltens der gehaßten schwarzen Truppen versteigen, so besteht dafür das scharfe Schwert des Erscheinungsverbotes, für Tage, oder sogar für ein, zwei oder drei Monate [2]). Die Deutschen beklagen sich, daß die Verwaltung willkürlich ist; in dem Bezirk des einen Delegierten mag mehr, in dem eines andern weniger Freiheit sein. Aber die Reservegewalt ist immer vorhanden.

Ich lege keinen Wert darauf, bei den langen Listen von Ausschreitungen, die Angehörigen der farbigen Armee zugeschrieben werden, zu verweilen. Manche dieser Berichte, wie die angebliche Besetzung des Goethehauses in Frankfurt, mögen erfunden oder übertrieben worden sein. Aber niemand kann die vielen Aussagen von Frauen, jungen und alten, verheirateten und ledigen, über Anfälle auf sie selbst oder ihre Kinder und das beigegebene, ins einzelne gehende Zeugnis der Ärzte lesen und zu dem Schlusse kommen, daß es sich hierbei um erfundene Verleumdungen handle. Zweifellos tun die französischen Befehlshaber ihr Bestes, diese Verbrechen durch anstrengende Beschäftigung und strenge Mannszucht einzuschränken. Zweifellos haben die Franzosen mit ihrem schwachen Gefühl für den Unterschied der Rassen nie ganz den Abscheu der Deutschen vor diesem Einbruch sich zu Bewußtsein gebracht [3]).

[1]) Die Franzosen im Rheinland scheinen die Niederlage Deutschlands als ausschließliches Ergebnis französischer Tapferkeit zu behandeln. So begrüßte der französische General, der am Ende des Krieges in eine berühmte deutsche Stadt einzog, die Bürger mit den Worten: „Au nom de la France victorieuse je prends possession de".... usw. — [2]) Selbst die „Kölnische Zeitung" wurde gezwungen, sich wegen eines Berichtes über einen Vorwurf der Vergewaltigung gegen einen dieser Soldaten zu entschuldigen. — [3]) Schwarze und weiße Soldaten verkehren ungezwungen zusammen im Kasernenleben und im Café und marschieren in den gemischten Bataillonen nebeneinander.

Digitized by Google

Aber er wird nie vergessen werden. Frankreich hat seine Aussicht auf politischen Erfolg im Rheinland von der Stunde an verloren, seit es diese Wilden in seinen Streit zog; und es hat ihn nicht nur in Deutschland verloren, sondern auch in der öffentlichen Meinung seiner Verbündeten und ihrer Okkupationsarmeen.

Die französische Besetzung ist also ein Fehlschlag. Wohin immer sie dringt, löst sich der Partikularismus, den sie zu stärken bestimmt war, in nichts auf. Der Rheinländer hat die widerspruchsvolle Aufforderung, sich als Hunnen und Entarteten, und als echten Franzosen im Herzen zu betrachten, abgelehnt und Frankreich hat sich einen verwirrten politischen Plan mehr aufgeladen. Daran sind wir nicht schuld. Die britische Armee hatte sich in Köln nur wie ein Gentleman aufzuführen, um den Lohn eines Gentleman zu erhalten. Sie ist eine der beliebtesten Einrichtungen im Rheinland, wie die französische die verabscheuteste ist. Und wenn auch sie ein Werkzeug der Bedrückung ist, so ist das großenteils der Fall, weil wir Frankreich die administrative Leitung der Kommission überlassen haben, wie die fast aller großen Exekutivbehörden der Nachkriegszeit, und ihm gestattet haben, ihr sein besonderes Merkmal des Militarismus tief einzuprägen. Aber wir wollen einen Unterschied machen. Das Frankreich, das man im Rheinland sich aufblähen sieht, ist das militärische Frankreich. Das politische Frankreich ist dort nicht; es konnte nicht dort sein, weil ihm nie gestattet wurde, von dem Betäubungsschlaf des Krieges zu erwachen. So geschah es, daß die französische Soldateska von den Trümmern der Heiligtümer und Städte Nordfrankreichs einmarschierte und dabei wohl das prächtige Gebäude des städtischen Lebens Deutschlands unversehrt sah, aber seinen physischen und moralischen Zusammenbruch nicht wahrnahm. Diese Stimmung leitete die französische Okkupation und beherrscht sie noch. Ich glaube, sie ist ein wenig gebessert. Aber die französischen Soldaten stehen noch still, steif und sinnlos, wie die Potsdamer Grenadiere Friedrich Wilhelms. Sie haben keine Wurzel im Boden, aber ihre Bureaukratie sorgt dafür, daß sie fortfahren, Deutschland aufzuzehren. Deutschland seinerseits tut, was es kann, sich nicht aufzehren zu lassen. Das ist alles, was man sagen kann, bis ein neuer Geist über Frankreich weht und sein haß- und furchtverzerrtes Antlitz aufheitert.

H. W. Massingham.

Offener Brief an die Universitäten der Welt betr. die Universität Straßburg i. E.

Als die deutsche Regierung 1870 von Straßburg Besitz nahm, zunächst noch als Kriegsmacht, erst seit 1871 als friedensmäßige Besitzerin, fand sie drei Universitätsteile vor: eine protestantisch-theologische Fakultät in Anlehnung an das Thomas-Stift, eine Académie des Droits und eine Faculté de Médecine. Sie ließ die Lehrer und die Institutsleiter, den Unterricht und die ganze wissenschaftliche Arbeit ungestört; wer bleiben oder weiterarbeiten wollte, der war willkommen. Noch im Mai 1872, als die neue Gesamtuniversität Straßburg ins Leben trat, waren zehn Professoren an der ehemaligen Académie tätig, und sieben Professoren der Medizin-Fakultät führten den begonnenen Jahreskursus zu Ende. Wer sich nicht selber weigerte, an der neuen Universität weiter zu dienen, wurde gern übernommen. Dies taten an der theologischen Fakultät die Ordinarien Bruch, den der Kaiser zum ersten Rektor ernannte, Baum, Cunitz und Reuß; in der medizinischen Fakultät die Professoren Aubenas, Joessel, Strohl und Wieger als Ordinarien; in der philosophischen Weber sowie der Gymnasialprofessor Heitz; in der naturwissenschaftlichen der Museumsdirektor Schimper und der Gymnasialprofessor Roth. Aber auch solche französische Professoren, die nicht in die neue Universität übertraten, wie der Kliniker Schützenberger u. a., sondern sich offen auf die französische Seite stellten und namentlich bei der Verwaltung des Bürgerspitals, wo man ihnen ihre Abteilungen beließ, nicht geringe Schwierigkeiten bereiteten, wurden ruhig in ihrer Stellung belassen; man behelligte sie auf keine Weise; sie durften z. B. in der Verwaltungskommission des Spitals, wie vorher, die französische Sprache gebrauchen, obwohl sie bei Verhandlungen mit elsässischen Landleuten, die kein Französisch verstanden, recht gute Deutschkenntnis verrieten.

Als die französische Regierung 1918 auf Grund des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November Straßburg in Besitz nahm, ließen französische Beamte am 30. November dem Rektor

Digitized by Google

sagen, er sei abgesetzt, und verlangten von den Institutsleitern die Namen älterer elsässischer Studenten, damit diese die Institute übernehmen könnten. Am 1. Dezember wurde ungefähr einem halben Dutzend Professoren die Abreise anbefohlen. Das Gepäck wurde ihnen auf 40 Kilo beschränkt. Sie mußten am nächsten Tage aufbrechen und auf der Rheinbrücke anderthalb Stunden warten, wobei sie der Beschimpfung preisgegeben waren.

Am 2. Dezember gelangte an die Dekane und Institutsleiter eine Verfügung vom „Direktor des öffentlichen Unterrichts", gezeichnet Eug. Müller, eine Verfügung, wonach die Vorlesungen und Übungen mit diesem Tage suspendiert und die Prüfungen noch in derselben Woche beendet werden sollten.

Derselbe Müller erklärte es für aussichtslos, die Weiterzahlung der Gehälter vom 1. Januar ab auch nur zu berühren.

Im Januar folgten zwei weitere große Ausweisungen, so daß jetzt tatsächlich fast die gesamten Professoren und Dozenten der Straßburger Universität im Exil sind. Die Abziehenden durften diesmal 100 Kilo Gepäck mitnehmen; aber inzwischen war aller altdeutscher Besitz, beweglicher und unbeweglicher, sequestriert und der Transport von Möbeln und dergl. ausdrücklich untersagt worden. Die Privatbibliotheken, Sammlungen, Instrumente, Präparate, Manuskripte, kurz das ganze wissenschaftliche Arbeitszeug, ohne das der Gelehrte lahmgelegt ist, wurde hiermit den Vertriebenen vollständig entzogen. Für eine Reihe von Intelligenzen, deren selbstlose Lebensarbeit der gesamten Kulturwelt zugute kam und weiterhin zugute gekommen wäre, bedeutet dies den Zusammenbruch.

Auch die Studierenden, die sich an andere Universitäten wenden wollten, wurden durch eine absolute Postsperre geschädigt, durch die alle Akten und Prüfungspapiere unabgeliefert blieben.

Im Jahre 1870 stand über der Schwelle der Wissenschaft: Hic est civitas dei. Vor ihr hörte damals alle Feindschaft auf. Betreffs dessen, was jetzt geschah, stellen wir objektiv die Tatsachen zusammen und überlassen das Urteil den akademischen Bürgern der Welt.

April 1919. Der Senat der Universität Berlin.

Rundschau:

Brennende Fragen aus dem Gebiete des Strafwesens.

Harold Picton, der aufrichtige Freund Deutschlands und Verfassers unseres Oktoberheftes 1921 („Das bessere Deutschland im Krieg") schreibt uns:

Darf ich einige Bemerkungen über die Auffassung des Herrn Dr. Korte machen. In der Februarnummer besteht er sehr auf der „Strafe" als Heil der Menschheit, kaum als Heil des Verbrechers, denn den hält er anscheinend für unrettbar. Die furchtbare Strafe soll aber die andern abschrecken. Gut. Die erste, praktische Frage ist: tut sie das? Gab es weniger Diebstahl damals, wo der Dieb für seine Missetat mit seinem Leben büßen mußte? Ich schreibe aus England und ich weiß, daß hier im 18. Jahrhundert junge Mädchen und schwangere junge Frauen für kleine Diebstähle hingerichtet wurden; ich weiß aber auch, daß mit der Milderung der Strafe die Diebstahlfälle abgenommen haben. Die Folterkammer, die Hinrichtung, brutale Prügelstrafe sind immer von den machthabenden Moralisten unterstützt worden, doch zeigt uns die Entwicklung der Zivilisation eine Milderung der Strafe und eine Abnahme des Verbrechens.

Ein junger Student wird im Rausch zum Mörder. Daß „er nie mehr im Leben Ruhe und Rast finden könne", empfindet der Herr Doktor als gerecht und fügt hinzu, „Diese Empfindung ist gesund und sie muß in unserem Volk gestärkt werden". Mein Gott! Ist es durch Ausschluß der Barmherzigkeit, daß das deutsche Volk wieder auf die Höhe kommen soll? Nach meiner Auffassung und nach meiner Überzeugung ist das nicht die Gabe, die das deutsche Volk der Menschheit zu spenden hat. Denn wahrscheinlich war es hauptsächlich Zufall, daß der jugendliche Rausch zu dieser furchtbaren Tragödie führte, ein Zufall auch, der irgend einen von uns hätte treffen können. Dr. Korte ist doch etwas unlogisch geneigt, dem jungen Leben den Gnadenstoß zu geben. Glaubt er wirklich, daß dieses Schreckbild einen einzigen Studenten von dem Rausch abschrecken würde?

Korte glaubte, daß man nicht nur strafen soll, man soll auch nachher „aufs äußerste miß-

Digitized by Google

trauisch sein", das heißt dem bestraften Verbrecher jedes Hindernis in den Weg stellen. Und das soll „Gerechtigkeit" sein! Ich war lange Jahre Lehrer und ich weiß wohl, daß es einem schwer ankommt, Vertrauen zu schenken, wo man einmal betrogen worden ist, doch nur so kann man dem Schuldigen helfen, seine Ehre wieder aufzurichten. Wenn einer mit Strafe gebüßt hat und dann weiter verfolgt wird, wozu in bezug auf das Verbrechen war die Strafe da? Eine ewige Einsperrung wäre allein logisch. Und dann muß das kein Strafverfahren sein, sondern die Aufnahme eines Kranken in eine Krankenanstalt.

Es ist noch etwas zu sagen. Was ist ein Verbrechen? Was die Bestrafer für ein Verbrechen halten. In diesem Geist wünschten die Ententemächte das deutsche Volk zu „strafen". Ich persönlich halte Betrug für eins der schwersten Verbrechen, denn nichts stört das Verhältnis zu den Mitmenschen mehr als Betrug. Doch muß ich immer wieder sehen, daß Lug und Trug ein hochgeschätztes Staatsverfahren und in dem geschäftlichen Leben nicht unbekannt ist. Man muß nur nicht so betrügen, daß man vor das Gericht kommt. Und stehlen: was ist das Stehlen? Einer prahlt, daß er einer alten Frau ein wunderbares altes Möbelstück abgekauft habe und, als sie unwissend um das Zehntel seines Wertes bat, daß er darum feilschte bis er schließlich nur das Zwanzigstel des wirklichen Wertes zahlte. Ist das wohl Stehlen? Mindestens nach meiner Auffassung ein Verfahren, das viel niederträchtiger ist als die meisten Diebstähle. Aber strafbar? Ganz und gar nicht.

Was für Unsinn wir über Gesetze und Verbrechen schreiben! Die Sitten ändern sich von Zeit zu Zeit und wenn hier in Europa die Polygamie als Verbrechen gilt, wird sie bei vielen anderen Völkern erlaubt. Indessen ist unsere Monogamie nur eine Scheinmonogamie.

Die Gesetze sollten nur da sein, um die Verhältnisse der Menschen zu ihren Mitmenschen zu sichern. Moralischen Wert können sie wenig haben und je weniger sie sich in die Moralprobleme einmischen, desto besser. Ein Verbrechen können aber die Gesetze vermeiden, das Verbrechen der Rachsucht und der Grausamkeit. Das kommt dem ganzen Gerichtswesen natürlich schwer, denn die Moralisten sind gewöhnlich die schwersten Verbrecher ihrer Zeit.

Elstead (England). Harold Picton.

Neue Bücher.

Ausgewählte Werke Gottfried Kellers für Jugend- und Volksbüchereien legt der bekannte katholische Verlag Herder (Freiburg i. B.) vor. Die 2 Bände (geb. 90 M.) enthalten: Pankraz der Schmoller, Frau Regel Amrain, Die drei gerechten Kammacher, Kleider machen Leute, Die mißbrauchten Liebesbriefe; der Landvogt von Greifensee, Das Fähnlein der sieben Aufrechten, Regine, Die arme Baronin, Ausgewählte Gedichte. Der Herausgeber, Prof. Otto Hellinghaus, hat ausführliche Einleitungen beigesteuert. Die Ausgabe ist vom katholischen Gesichtspunkte aus veranstaltet. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir es für pädagogisch und volkserziehlich richtig halten, jugendlichen und einfachen Lesern Keller zunächst in einer Auswahl darzubieten, bis reiferes Alter und vermehrte Bildung sie in den Stand setzen, auch die in den beiden Bänden nicht enthaltenen Werke des Dichters mit Nutzen zu lesen. Dichter, die nur für erwachsene Leser geschrieben haben, ohne jede Auswahl in Jugend- und Schulbüchereien einzustellen, mag vielleicht bequem sein, gewissenhaft ist es nicht.

Von der bewährten „Bibliothek wertvoller Novellen und Erzählungen" desselben Herausgebers und Verlags erschien Band II. in 3. Auflage. Er enthält Fouqués Undine, Kleists Bettelweib von Locarno, Mörikes Lucie Gelmeroth, Stifters Bergkristall, Halms Marzipanliese und Des Lebens Überfluß von Tieck (gebunden 25 M.). Es wird manchem Leser von Wert sein, eine in jeder Beziehung unbedenkliche Novellensammlung schenken zu können.

Eine Auswahl „Deutsche Lyrik seit Liliencron", herausgegeben von Hans Bethge (Hesse & Becker, geb. 30 M.), enthält Gedichte von Altenberg, Becher, Bierbaum, Cals, Däubler, Dauthendey, Dehmel, Falke, Flaischlen, Hartleben, Hesse, Heym, Hofmannsthal, Holz, R. Huch, J. Kurz, Lasker-Schüler, Liliencron, Mombert, Morgenstern, Nietzsche, Rilke, Schaukal, Scholz, Schröder, Trakl, Werfel u. a. Von Verstorbenen vermissen wir unsern unvergeßlichen Freund Heymel, der als Dichter zum mindesten so be-

deutend ist wie manch andrer, der in dem Bande vertreten; von Lebenden, außer George, der grundsätzlich keines seiner Werke einer Auswahl gibt, vor allem Hermann Burte, Rudolf Borchardt und Ernst Bertram. Von R. A. Schröder sollte wenigstens eine seiner deutschen Oden und antiken Elegien zu finden sein. Manche Dichter würde ich glatt hinauswerfen. Das Niveau der Sammlung würde nur gehoben, brächte sie mehr multum als multos.

Wenige wissen, daß alle bisherigen Hölderlin-Ausgaben durch die Textgestaltung des verstorbenen Hellingrath und seine Entdeckung bisher unbekannter Hymnen, Bruchstücke und Entwürfe gegenstandslos geworden sind. Eine auf dieser Tatsache fußende Auswahl in einem Bande, besorgt von Erich Lichtenstein, erschien im gleichnamigen Verlage (Jena) und kostet geheftet 30 M. Sie enthält alle Gedichte der Reife und fast alle späten Hymnen und Bruchstücke.

Von der herrlichen monumentalen Insel-Ausgabe der Werke und Briefe Hölderlins liegt Band IV vor; er enthält die Briefe 1785—1804 und als besonderen Schmuck die Marmorbüste Diotimas, und den berühmten Brief an Schiller in Faksimile.

Vom Buche „Der Kanzler" liegt das 95. bis 115. Tausend vor (Verlag Langewiesche-Brandt, gebunden 23.40 Mark). Es ist die ideale Biographie des einzigen Kanzlers, den das Deutsche Reich gehabt hat (die übrigen waren..., doch das ist eine andere Geschichte, wie Kipling sagen würde), zusammengestellt aus Briefen, Reden, Erinnerungen, Berichten, Anekdoten, und klug verbunden durch den Herausgeber Tim Klein. Es enthält z. B. das Vernichtendste, was Wilhem II. gegen sich selbst geschrieben hat, nämlich das Telegramm vom 22. März 1890: „Mir ist so weh ums Herz, als hätte ich meinen Großvater noch einmal verloren! Es ist mir aber von Gott einmal bestimmt; also habe ich es zu tragen, wenn ich auch darüber zugrunde gehn sollte." Er ist darüber nicht zugrunde gegangen. Bloß das Deutsche Reich. Für Leute, die sich über den Mann in Amerongen noch immer nicht klar sind, besonders für eine allzu begeisterungsfähige Jugend, die auf spekulative Romantik hereinzufallen Gefahr läuft, ist das Buch Tim Kleins noch notwendiger, als der III. Band.

Über „Richard Strauß und sein Werk" hat Richard Specht ein umfangreiches, enthusiastisches Werk geschrieben (Verlag E. P. Tal & Co., 2 Bände, geheftet 125 Mark). Der erste Band behandelt die Entwicklung des Musikers im allgemeinen und die Instrumentalwerke, der zweite die Vokalwerke und vor allem die Musikdramen. Zum Verständnis sind jedem Bande umfangreiche Thementafeln beigegeben. Aber die Darstellung Spechts ist keineswegs theoretisierend, sondern angenehm frisch, und bei aller Begeisterung nicht kritiklos, so daß auch, wer nicht jedes der besprochenen Werke kennt, oder den bewundernden Standpunkt Spechts nicht durchwegs teilt, seinen liebevollen und tief eindringenden Analysen mit Vergnügen folgen wird.

Josef Hofmiller.

Von der vierbändigen Weberschen Weltgeschichte ist der erste Band in dreiundzwanzigster Auflage erschienen (Leipzig, Engelmann). Dieser Band behandelt, mit den morgenländischen Völkern beginnend, das gesamte Altertum bis zum Ende des Römischen Reiches. Das altbekannte Werk, das in dieser Neuausgabe von Prof. Dr. E. Schwabe bearbeitet ist, bedarf keiner Empfehlung mehr.

Wir haben noch nicht hingewiesen auf „Religiöse Erzieher der katholischen Kirche aus den letzten vier Jahrhunderten", herausgegeben von Sebastian Merkle und Bernhard Beß (Quelle & Meyer, Leipzig) — ein Buch wie wenige geeignet, den Katholiken anzuregen, den Nichtkatholiken in eine ihm neue Welt einzuführen. Wenn wir aus dem reichen Inhalt verraten, daß unser Mitarbeiter Josef Bernhart über „Fénelon und Madame Guyon" schreibt, unser Mitarbeiter Merkle über den bayerischen Fénelon, J. M. Sailer, so werden schon diese Stücke manche Leser zu der schönen Sammlung greifen lassen.

Herders Konversations-Lexikon läßt soeben einen Ergänzungsband erscheinen, der die Buchstaben A—K umfaßt; der zweite Teil soll längstens innerhalb eines Jahres herauskommen. Diese beiden Bände werden auch für denjenigen, der das treffliche Herdersche Lexikon nicht besitzt, einen selbständigen Wert haben: sie stellen nämlich eine Art Zeitlexikon dar, indem sie über alle die Dinge und Personen Auskunft geben, die durch die weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten sieben Jahre wichtig geworden sind.

Digitized by Google

Die Relativität der französischen Literatur.

Sie erinnern sich, lieber Herr Doktor B..., des Sommernachmittags, an dem Sie mich zum „Corregidor" bekehren wollten. Seit 20 Jahren hatte ich das Werk nicht mehr gehört. Ihr dringendes Zureden lockte mich wieder hinein, obwohl ich Angst hatte die zwiespältigen Gefühle der ersten Aufführung aufs neue heraufzubeschwören. Nach dem Duett zu Beginn des zweiten Akts ging ich nach Hause: nicht enttäuscht oder irgendwie verdrossen, sondern nur aus dem friedlichen Bewußtsein heraus, es sei für mich augenblicklich fördernder, den mir gerade durch Hugo Wolf wieder unheimlich klar gewordenen Abgrund zwischen Genie und Talent auf dem Heimwege durch die abendliche Maximiliansstraße durchzudenken, als weitere eineinhalb Stunden umsonst auf einen genialen Einfall zu warten. Tags darauf kam ich zu Ihnen, in der besten Absicht, mich, wie schon so manches frühere Mal, bekehren zu lassen. Sie begannen das Vorspiel, nachdem ich Ihnen zuvor noch offen gesagt hatte, ich fände das Corregidor-Motiv selbst, das sich durchs ganze Werk zieht, erklügelt, reine Schreibtischerfindung, alles, nur kein Einfall. Sie spielten Seite Eins des Auszugs. Als Sie umblätterten, bat ich, unterbrechen zu dürfen: von hier an schiene mir nämlich das Vorspiel ein ziemlich langweiliges Weiterspinnen des an sich nicht gerade interessanten Gedankens. Sie parierten meinen Einwand mit der pikanten Kastagnettenarie — das sei doch etwas ganz Reizendes. Worauf ich mir erlaubte Sie zu fragen, ob Sie zufällig den Auszug von Bizets Carmen zur Hand hätten. Auszug nicht, aber Partitur. „Desto besser: also zum Vergleich, bitte, die Stelle vom Wall von Sevilla und vom Freund Lucas Pastia." Sie spielten sie, und beim fünften oder sechsten Takt lächelten Sie schon vor Entzücken. „Sehen Sie, bei Wolf sind wir beide ernst geblieben", sagte ich. „Sie haben ja leider recht, aber Sie müssen noch eine sehr schöne lyrische Stelle hören aus dem letzten Akt, den Sie geschwänzt haben." „Sehr schön in der Tat, aber weil wir gerade bei Carmen sind, möchten Sie, bitte, die Stelle der Micaëla suchen, Sie wissen schon welche..." „Ja, das ist freilich etwas anderes." „Sehen Sie! Das eine ist nun eine spanische Oper von einem Nichtspanier, und das andere ist auch eine spanische Oper von einem Nichtspanier, die eine mindestens 20 Jahre älter als die andre. Wenn ich nun die jüngere nur um den Preis genießen kann, daß ich nicht einen Augenblick daran denken darf, daß die ältere existiert und daß sie witziger ist, so seh ich nicht ein, warum ich nicht gleich die ältere hören soll. Aber wollen wir uns nicht wieder auf Mozarts Phantasie für die Orgelwalze einigen?"

Dies ist das eine Erlebnis. Das andre ist folgendes. Denken Sie noch dran, wir waren zu dritt in Ihrem Musikzimmer, Sie hatten einem Freund und mir den ganzen Nachmittag vorgespielt: unbekannten Mozart zuerst, dann unbekannten Schubert, frühesten Bach, Pfitzner, alte italienische Sachen aus Steinitzers musikalischem Atlas, dann waren wir aufgestanden und wollten zusammen fortgehen, — ich weiß selbst nicht mehr, wer in diesem Augenblick den Namen Wagner aussprach, jedenfalls waren wir alle drei so unwagnerisch aufgelegt wie möglich —: kurz, Sie schlugen die Stelle auf, wo Siegfried die Brünhild vergißt (ich glaube, um die Harmonie handelte sich's), ich weiß wieder nicht, wer es war, der sagte „das ist freilich unheimlich großartig", nur soviel weiß ich, daß wir etwa noch eineinhalb Stunden länger bei Ihnen oben blieben, als geplant war, daß Sie in dieser Zeit bald aus dem Vorspiel, bald aus der Mitte, bald aus dem letzten Akt einen ganz genialen Einfall nach dem andern aufschlugen, daß wir nicht müde wurden, Götterdämmerung zu hören, und noch hernach, wie wir längst bei einem Glase Wein saßen, bei allen Vorbehalten, allen Fragezeichen, Einwänden, Instinkt-

Digitized by Google

widerständen, immer wieder auf seine Genialität zu sprechen kamen, seine ungeheure, unbeschreibliche, bestürzende Genialität ...

Warum ich diese beiden Erlebnisse mitteile? Sehr einfach: weil man mir vorgeworfen hat, ich kritisierte die französische Literatur aus nationalistischen Gründen — die Deutschen sind reizend: sie haben von den Franzosen das Wort nationaliste entlehnt, um es als Schimpfwort gegen Landsleute zu verwenden —, aus einer Nachkriegs-Psychose, und was derlei niedliche Unterstellungen mehr sind. Manche Leute können sich nun einmal, wie es scheint, nicht vorstellen, daß man sich über Weltliteratur genau so sachlich unterhalten kann, genau so ohne Vorurteil, ohne Schielen nach politischen Grenzpfählen, wie über Musik, oder wie man durch eine große europäische Galerie geht: unwillkürlich bleibt man in den Niederländer- und Spanier-Sälen des Louvre länger, sieht sich jedes Bild genauer an und kehrt vor allem öfter wieder dorthin zurück, als zu den Franzosen des 17. Jahrhunderts. Diese Unbefangenheit, die sich in der Beurteilung von Werken der Musik und der bildenden Kunst so von selbst versteht, daß man sich schämen würde, sie zu betonen oder eigens zu verlangen, ist uns für die Weltliteratur in einer Weise verloren gegangen, daß alle Begriffe und Kriterien, die für die andern Künste zum Handwerkszeug jedes Anfängers gehören: Talent, Genie, groß, tief, fein, zart, anmutig, nett, zierlich, hübsch, Kunst, Kunstgewerbe, Musik, musiquette — daß ästhetische Wertungen als solche in der Literaturgeschichte zusehends durch den fragwürdigen Begriff einer „Einfühlung" verdrängt werden, hinter dem nichts andres steckt, als unzulängliche Kenntnis des Gesamtgebiets, Mangel an Geschmack und vor allem an *Mut*, vielleicht auch am Recht zum Geschmack. Aber ohne diese Kriterien wird die Betrachtung der Künste zu nichts anderm als zu einem psychologisch aufgeputzten oder philologisch begründeten Feuilleton. Es scheint mir nicht überflüssig, zu betonen, daß ein Unterschied ist zwischen geistreichem Literaturjournalismus, auch wenn er dicke Bücher produziert, zwischen fleißigen Seminaraufsätzen, auch wenn sie sich als Kompendien geben, und zwischen großer Literaturgeschichte, wie wir sie früher hatten, und die nur *einen* Standpunkt kennen darf: den der vergleichenden Weltliteratur. Eine Weltliteratur wird heute nur noch von Dilettanten in Angriff genommen: Leuten wie Pater Baumgartner, Otto Hauser, Paul Wiegler, angeblich weil von den zünftigen Literarhistorikern vor lauter Gewissenhaftigkeit keiner mehr den *Überblick*, in Wirklichkeit, weil keiner mehr den Blick hat. Die Vertreter des Fachs, die über mittelalterliche *und* nachmittelalterliche Zeitabschnitte lesen, lassen sich zählen, und gehören fast durchwegs der älteren Generation an. Männer, die französische *und* deutsche Literatur gleichmäßig kennen und über beide etwas zu sagen haben, wo sind sie? Der Typus Uhland scheint mit Wilhelm Hertz und Konrad Hoffmann endgültig ausgestorben. Ängstliche Arbeitsteilung feiert ihre scheinbar billigen, in Wahrheit teuer erkauften Triumphe. Der eine Umstand, daß die 7. Auflage von Hettners klassischem Werk übers 18. Jahrhundert zwischen drei Spezialisten aufgeteilt werden mußte, sollte nachdenklich machen. Schließlich erleben wir einen Neudruck, bei dem jedes Kapitel von einer andern Koryphäe verantwortlich gezeichnet wird.

Wenn man schon dem lesenden Bücherfreunde immer wiederholen muß, daß nur durch Kennenlernen der fremden Literaturen der Blick erworben wird für das Wesentliche der eigenen, nur durch Studium der älteren der Sinn für die neuere, nur durch Kenntnis der Antike das Auge für Größe, die auf sich selber ruht, so müßte sich der Literarhistoriker erst recht in jedem Augenblick bewußt sein, daß es nur eine einzige Urteilskammer gibt: das, was Matthew Arnold a European jury nennt, the only competent jury in these cases.

Um was es sich handelt, ist also genau das Gegenteil von Nationalismus. Es ist der europäische Standpunkt, von dem aus das, was an dem Werk einer

Digitized by Google

Nation wirklich groß, neu, eigenartig ist, erst überschaut werden kann, und der nicht das geringste zu schaffen hat mit jener Einfühlungsvirtuosität, die heute in diesen, morgen in jenen belanglosen Landsmann oder Ausländer hineinschlüpft, um ihr orakelhaftes „Immerhin" zutage zu fördern. Es fragt sich, ob wir nur noch die Pflicht zur Einfühlung haben, oder das Recht zu einem Standpunkt. Ob wir stillschweigend jeder Literatur einen andern Prozentgehalt zubilligen müssen, dabei aber nach wie vor uns derselben Terminologie sollen bedienen dürfen. Ob es sich in der Kunst um Gold handelt, oder um Valuta. Ob wir das Recht haben, die französische Literatur ins richtige Verhältnis zur Weltliteratur zu setzen, oder die Pflicht, sie nur noch mit französischen Augen zu sehen und keine andre Meinung mehr über sie vorzubringen als, um mit Rivarol zu sprechen, l'opinion qu'elle a su donner d'elle au reste du monde.

Wenn Stendhal sein ganzes Leben lang nicht müde geworden ist, seinen Landsleuten zu sagen, sie verwechselten beständig le beau und le joli, werd' ich's wohl auch sagen dürfen. Und wenn die Goncourts mit ihrem bekannten Ausspruch „Der große Dichter des 18. Jahrhunderts heißt Watteau" wissen, was große Dichtung ist, sollten dann vielleicht wir für ein Jahrhundert, in dem s i e keinen großen Dichter finden, einen e r finden? Ist es wirklich ein Fehler, wenn ich bei Betrachtung der römischen Literatur nicht vergessen kann, daß es eine griechische, beim Lesen einer Nachahmung nicht, daß es ein Urbild, bei der Beschäftigung mit irgend welcher Nationalliteratur, daß es eine Weltliteratur gibt? So gern ich mich übers grand siècle von Taine belehren ließe, und über französische Literatur mit Romain Rolland spräche, weil der eine die Griechen kennt und Shakespeare, der andre Michel Angelo, Dante und die Russen, so wenig gebe ich dem nächstbesten Grammatiker, und hätte er die Wissenschaft durch eine noch so erschöpfende Zusammenstellung übers unveränderliche Partizip Präsens bereichert, das Recht dreinzureden, wenn von Werten der Weltliteratur die Rede ist.

Aber vielleicht trägt es zum Verständnis meiner Bemerkungen über das Französische bei, wenn ich mitteile, wie sie entstanden sind.

Den unmittelbaren Anstoß gab die neue Auflage der französischen Literaturgeschichte von Birch-Hirschfeld, die 1913 erschien, und die ich ausführlich zu würdigen vorhatte. Eine ziemliche Menge Aufzeichnungen hatte sich zu diesem Zweck angesammelt. Als im Juni 1920 das Heft „Die Franzosen" der Südd. Monatshefte fertiggestellt werden sollte, gab ich, mangels eines andern Beitrags, diese Randeinfälle in ihrer aphoristischen Urform rasch zur Veröffentlichung, und meinte damit, den Gegenstand wieder auf längere Zeit beiseite legen zu können.

Das war eine Täuschung. Durch die wenn auch geringe Tätigkeit des Abschreibens und Ordnens der Notizen für den Druck war mir die Frage nach dem absoluten oder relativen Werte von Literaturen, der französischen im besonderen, in eine Bewegung gekommen, die heute noch nicht zur Ruhe gelangt ist. Es war wie ein kleiner Bergrutsch, der mit dem Abbröckeln eines unterwaschenen Steins beginnt, worauf die nähere Umgebung anfängt lebendig zu werden, abzurieseln, auszubrechen, aus der Wand zu springen, eine Fallrinne schürft sich immer tiefer und breiter, nach oben ein Rißtrichter, den immer größere Brocken und Trümmer erweitern, um sich unten zu einem immer höhern Schuttkegel zu sammeln. Jedenfalls hat die Bergwand nachher ein anderes Gesicht als zuvor.

Es zeigte sich, daß mein Glaube an den absoluten Wert der französischen Literatur, mir selbst nur zum Teil bewußt, innerlich längst erschüttert war; daß sich sozusagen unterirdisch, in aller Stille, ganz andre Wertungen herausgebildet hatten und meine Zweifel und Einwände viel radikaler geworden waren, als ich dachte. Das ganze Problem war in Fluß gekommen und ließ mich nicht mehr los. Die in zwei folgenden Heften veröffentlichten Nachträge waren nur ein kleiner

Digitized by Google

Teil der Aufzeichnungen, die sich mir nunmehr von Woche zu Woche und von Tag zu Tag ansammelten.

Auch hier kann ich wenigstens ein paar der äußeren Umstände angeben, die das Problem in Fluß brachten. Einer war z.B. die neue „Schulordnung für die Höheren Lehranstalten im Königreich Bayern" vom 30. Mai 1914, durch ihre Vorschrift: „Auf jeden Fall müssen die Schüler auf der Oberstufe ein Werk von Molière, am Realgymnasium und an der Oberrealschule außerdem ein solches von Shakespeare gelesen haben." Die naive Gleichsetzung der beiden Dramatiker gab den Anstoß, über die relativen Werte der beiden Literaturen klar zu werden. Das Ergebnis dieses Vergleichs war der Aufsatz „Englisch oder Französisch?", den man in meinem kleinen Buche „Vom alten Gymnasium" nachlesen kann. Die Rolle, die das Französische immer noch in den Lehrplänen der deutschen höheren Schulen spielt, ist lediglich ein Beweis für die Unfähigkeit der Deutschen, sich veränderten Situationen anzupassen. Jetzt noch an Realanstalten sechs Jahre lang Französisch zu treiben und nur zwei Jahre lang Englisch, jetzt noch am humanistischen Gymnasium Französisch als Pflichtfach zu pouffieren und Englisch als Wahlfach an die Wand zu drücken, ist vom Standpunkte der Bildung aus ein Unfug, und von dem der Zweckmäßigkeit aus ein Mißbrauch der Zeit und Arbeit von Lehrern und Schülern.

Ein weiterer Anstoß war die während des Kriegs viel erörterte Fremdwörterfrage. Ein verdienter Vorkämpfer für sprachliche Reinheit behauptete, die Franzosen hätten keine, oder jedenfalls kaum nennenswert viele Fremdwörter. Das veranlaßte mich, mein dumpfes Gefühl von Unbehagen gegenüber den sogenannten mots savants des Französischen, gegenüber seiner sprachgeschichtlichen Entwicklung überhaupt, einmal nachzuprüfen. Ein weiteres kam dazu. Seit etwa zwanzig Jahren sammle ich, rein zu meinem Vergnügen, französische Volkslieder, während ich offen gestehe, daß ich zur französischen literarischen Lyrik, mit ganz wenigen Ausnahmen, wenig Verhältnis finde. Bei diesen Volksliedern nun galt es zu sichten, zu wählen; unter zwanzig Lesarten sich für eine bestimmte zu entscheiden. In manchen Texten störte vielleicht nur ein einziges Wort: unweigerlich war's ein mot savant. Das mot savant wurde in vielen Fällen zum Prüfstein, ob ein Lied als Volkslied anzusprechen sei. In meiner Abneigung gegen die mots savants in der Dichtung befinde ich mich in bester französischer Gesellschaft. Wie gut überhaupt die französische Gesellschaft ist, in der ich mich mit meinen Ketzereien gegen die französische Literatur befinde, davon haben meine deutschen Kritiker keine Ahnung. Schließlich ist es auch nicht nötig, daß die Herren auf dem Laufenden sind, wenigstens nicht für mich. Von der Sprache dieser Volkslieder gilt, was Léon Gautier (L. Petit de Julleville, I, 98) von der des Rolandsliedes sagt: à tout le moins, elle est une, et les mots savants, par bonheur, n'y ont guère pénétré.

Die Freude am Volkslied hatte mich längst in immer frühere Jahrhunderte geführt (die hübschen Schäferreime des 18. Jahrhunderts sind alles andre als Volkslieder): ins sechzehnte, ins fünfzehnte, dessen Erzeugnisse dem heutigen Leser noch augen- und mundgerecht gemacht werden können, wenn auch mit leichten Veränderungen, ins vierzehnte, wo sich plötzlich jede Modernisierung verbietet, weil die Reimvokale nicht mehr stimmen würden, auch aus anderen Gründen. Je weiter ich zurückschritt, desto stärker war das Gefühl: Dies ist doch wirklich Lyrik, dies ist Dichtung![1]) Was bedeutet daneben Lamartine, Hugo, selbst Musset: „Das hätte

[1]) Die kostbarsten mir bekannten Liebeslieder gab ich in einem Privatdruck der Bremer Presse heraus: Chansons d'Amour. Weitere Sammlungen (Balladen, religiöse Lieder, Kinderlieder usw.) sind geplant. Für Auswahl und Textgestaltung kommen rein künstlerische Gesichtspunkte in Betracht, nicht sprachliche oder volks-

Digitized by Google

ich alles ebensogut in Prosa sagen können", wie Heine einmal bekennt. Lyrisches Feuilleton, wie Heine selbst, Rosen auf Draht. Ich weiß nicht, für wen die Tatsache, daß Heine der einzige deutsche Lyriker ist, der in Frankreich bis zu einem gewissen Grade Eingang fand, kompromittierender ist: für den französischen Geschmack oder für Heine...

Es wurde mir allmählich immer klarer, daß gewisse Unzulänglichkeiten der französischen Lyrik in der Sprache selbst liegen, daß insbesondere jene hohe Lyrik, bei der das Gefühl zum Gedanken, der Gedanke zum Gefühl wird, — ich denke an manche Dichtungen Goethes, an die Sonette Michel Angelos, an die großen Engländer — im Französischen unmöglich ist, unter anderm aus dem triftigen Grunde, daß die Abstrakte einer andern Sprachstufe angehören, genau genommen, sogar einer andern Sprache als alles andre. Die einschlägigen Dichtungen Hugos um nur dies eine Beispiel zu nennen, sind für mein Gefühl nichts als hübsch gereimte Leitartikel. Aber wozu der Reim? „Das alles hätte ich ebensogut in Prosa sagen können..."

Der fortgesetzte Vergleich mit andern Literaturen ist für die französische nicht günstig. Ich kann nicht zugeben, daß man jede Literatur nur mit ihrem eigenen Maße messen dürfe. Dies scheint mir der Verzicht zu sein auf allen und jeden Maßstab überhaupt. Es muß doch, sagte ich mir, ein gemeinsames Maß geben, das sich immer und überall gleich bleibt, das überall gilt, das sich nicht wie der Zaubermantel im Märchen entgegenkommend verniedlicht, um plötzlich wieder riesengroß zu werden. Ansprüche auf absoluten Wert können überhaupt niemals historisch begründet werden. Jedem Bauern und jedem Arbeiter kann ich die Odyssee in die Hand geben, den König Ödipus, den Kaufmann von Venedig, das Nibelungenlied, den Faust, ohne jede Einleitung und Gebrauchsanweisung, er wird instinktiv fühlen, auch wenn er nicht alles versteht: Das ist groß! Bei welchem Franzosen hat er dasselbe deutliche und untrügliche Gefühl „Das ist groß"? Ist nun „groß" ein absolutes Maß oder ein relatives? Niemals werden wir uns ein Werk von Puccini oder Massenet oder d'Albert als große Musik aufreden lassen, weil wir ganz genau wissen, was große Musik ist und was nicht. In den bildenden Künsten wird unsere Sicherheit, was diesen Punkt betrifft, von den Kunstjournalisten seit Jahrzehnten unterhöhlt, und in der Literatur scheint das Gefühl, was groß sei, weiten Kreisen völlig abhanden gekommen.

Die unlösliche Verflochtenheit von Sprache und Literatur zwang im Falle des Französischen unerbittlich von einer Konsequenz zur andern. Beides bedingt sich gegenseitig, durchdringt sich gegenseitig, beides ist schließlich eines. Ursache wird zur Wirkung, Wirkung zur neuen Ursache, Symptom zur Erkrankung, Erkrankung zum Symptom. Das Ergebnis war die Erkenntnis der Relativität des Französischen an sich, verglichen mit dem Griechischen, dem Deutschen, dem Englischen, aber auch mit dem Spanischen und vor allem dem Italienischen.

Als einzige Analogie zeigte sich die römische Literatur. Es gibt wenige Gedankenlosigkeiten, die so erkenntnislähmend wirken, wie die landläufige Gleichsetzung Griechisch und Römisch. In Wahrheit gibt es kaum polarere Gegensätze. Sie sind Antipoden in allem und jedem. Wenn ein junger Mann nicht dieses Bewußtsein an die Hochschule mit hinausnimmt, hat er das Gymnasium vergeblich besucht. Diesen Gegensatz in seiner vollen Schärfe herauszuarbeiten, diese Grundtatsache der europäischen Kultur und der Menschheitsentwicklung den Heranwachsenden zur erlebten, erschauten und erfühlten Wahrheit zu machen, scheint mir die Hauptaufgabe des Gymnasiums, das aus diesem Grunde niemals auf das

kundliche. Ich gedenke das Geschwätz über meine nationalistische Feindseligkeit gegen die französische Literatur am zweckmäßigsten durch die Tat zu widerlegen.

Digitized by Google

Griechische verzichten könnte, ohne sich selbst aufzugeben. Umgekehrt muß es das Bestreben jeder Geistesrichtung sein, die nicht Kultur will, sondern Zivilisation, nicht Bildung, sondern Wissen, diesen Gegensatz zu leugnen, zu verwischen, das Griechische als entbehrlich, als überflüssig hinzustellen, als überholt und nicht mehr zeitgemäß, es durch irgendein anderes „Fach" — als ob es sich um auswechselbare Fächer handelte! — zu ersetzen.

Der Lehrer am Gymnasium wird, wenn er kein bloßer Fachmensch ist, durch seine Tätigkeit selbst fortwährend genötigt, die Haupterscheinungen der Kultur inbezug auf ihren Erziehungs- und Bildungswert, ihren Lebenswert abzuschätzen und zu vergleichen; er empfindet dieses Gebot stärker, als der Gelehrte, der sich innerhalb seines besondern Gebiets sein eigenstes Feld absteckt, auf dem er zu Hause ist wie kein anderer, auf die Gefahr hin und um den Preis, daß sein wertendes, richtendes Organ mehr oder weniger verkümmere. Aber ich habe bereits gesagt, daß ich für die modische Laxheit der Kunst- und Literaturkritik nicht das Geringste übrig habe. Bei allem noch mitzutun, seinen Stolz darein zu setzen, daß man immer noch „mitgehen" könne, sich in das Heterogenste noch einzufühlen, Entwicklungen nicht mehr richtend zu beeinflussen, sondern sich mit ihrem Verständnisse zu begnügen, gar mit ihrer Feststellung zu bescheiden, das scheint mir eine Verwechslung von Kulturkritik mit scheingelehrtem Reportertum. Eine Wissenschaft, die sich um das Problem des Wertens drückt, die überhaupt nicht mehr wagt, Wertprobleme zu sehen, zu entscheiden, die sich nicht getraut, von Zeit zu Zeit Inventur zu machen und alle bisherigen Ergebnisse und Urteile zu revidieren, eine Literaturgeschichtsschreibung, die nie über ihren eigenen Bezirk hinausblickt und nicht den Mut aufbringt, den Wert ihrer Gegenstände, ja ihres Gegenstands, ihren eigenen, sich selbst in Frage zu stellen, erstickt schließlich in Materialsammlung und wird für die Geistesentwicklung wertlos, ja schädlich.

Fürs Französische nun ist der Augenblick längst gekommen, bei dem es ums Ganze geht. Es handelt sich darum: Ist die französische wirklich eine g r o ß e Literatur? Besitzt sie wirklich die Lebenswerte, die allein es rechtfertigen, daß wir die Jugend zwingen Französisch zu lernen? Ehe ich die erste Reihe dieser Bemerkungen hinausgab, habe ich einen Augenblick gezögert, weil ich fürchtete, offene Türen einzurennen. Ich habe mich inzwischen belehren lassen, daß diese Türen noch gründlich verriegelt sind. Was der Erkenntnis im Wege steht, ist das Vorurteil von über drei Jahrhunderten, die Eitelkeit, die leichteste Sprache der Welt zu „beherrschen" und die leichteste Literatur der Welt zu kennen, die doppelte Unwissenheit bezüglich des Begriffs der großen Literatur und bezüglich der tatsächlich vorhandenen absolut großen Literaturen, zu denen das Französische nicht gehört. Man empört sich über meine „nationalistischen" Ketzereien, schweigt gleichzeitig tot, was ich über die römische Literatur, unterschlägt, was ich über die englische sage und über den russischen Roman. Ist es Unwissenheit oder Heuchelei, wenn man tut, als würden solche Ketzereien zum erstenmal ausgesprochen? Als zöge sich nicht durch unsere Geistesgeschichte seit beinahe zwei Jahrhunderten der Widerstand gegen die französische Literatur? Als hätte dies Problem jemals aufgehört eins zu sein?

Unsere Schätzung der französischen Literatur des 17. Jahrhunderts stand und fiel mit unserer Stellung zur römischen. Mit dem Augenblick, wo man erkannte, daß nicht Vergil der große Epiker ist, sondern Homer, nicht Seneca und Terenz die großen Dramatiker, sondern Sophokles und Aristophanes, nicht Horaz, Catull, Tibull, Properz, Ovid die großen Lyriker, sondern die Griechen, waren Corneille, Racine und Molière keine absoluten Größen mehr, sondern relative. Die zeitweilige Vorherrschaft der französischen Literatur war nur die teuer bezahlte Vermittlung eines Pseudoklassizismus, eine weltliterarische Funktion,

Digitized by Google

das Mißverständnis eines Mißverständnisses. Unsere Schätzung der französischen Literatur des 18. Jahrhunderts stand und fiel mit unserer Stellung zur Aufklärung. Mit dem Augenblick, wo Goethe das Fragment „Natur" schreibt und den „Werther", Kant seine „Kritik", Herder seine „Ideen", ist das französische 18. Jahrhundert erledigt; es ist relativ geworden, oder, wenn man dies lieber hört, historisch.

Unsere Schätzung der französischen Literatur des 19. Jahrhunderts steht und fällt mit unserer Stellung zum Gesellschaftsroman und zum Gesellschaftsdrama. Mit dem Augenblick, wo man beide als Sackgassen der Kunst erkennt, nicht als absolute, sondern als relative Werte, ist das französische 19. Jahrhundert selbst relativ geworden, es bedeutet uns keinen Lebenswert mehr.

Der geltende literarische Maßstab ist, verglichen mit dem in Musik und bildender Kunst, rückständig. Der klassizistische Charakter der französischen Barockarchitektur ist ein Gemeinplatz. Wir wissen längst, daß Mansard und Perrault als Barockarchitekten nicht in Betracht kommen neben Bernini und Borromini, Schlüter und Hildebrandt, Fischer von Erlach und Balthasar Neumann. Wir wissen, daß für die große Malerei kein zeitgenössischer Franzose in Betracht kommt gegenüber Rubens, Rembrandt und den Venezianern. Ich unterlasse es, auf das Gebiet der Musik einzugehen, da ich hier lauter deutsche Namen nennen müßte, und *nur* deutsche, eine Feststellung, die, als — nationalistisch empfunden werden könnte. Allerdings nur in Deutschland.

Wir haben unsere Anschauungen über eine Menge Dinge revidiert. Es fällt niemanden mehr ein, im Laokoon und im Apoll vom Belvedere höchste Leistungen der antiken Bildhauerei zu erblicken. Kein Heutiger sieht mehr Guido Reni, die Carracci, die Bologneser und Eklektiker mit den gläubigen Augen, mit denen sie Goethe sah; keiner mehr Correggio mit dem sinnlichen Enthusiasmus Stendhals. Wir lächeln, wenn wir lesen: „Tout le monde prononce le nom de Carrache, c'est un de ces noms privilégiés passés presque en proverbe dans les arts pour exprimer quelque chose de grand, de beau, de noble: c'est beau comme le Carrache, c'est savant comme le Carrache" (Brief des Malers Le Carpentier an Bien, zit. bei Tietze, Methode der Kunstgeschichte, S. 55). Aber haben wir, wenn wir die landläufigen Urteile über Racine und Molière nachsprechen, das Recht zu lächeln? Dryden ist uns gar nichts, Pope nicht viel mehr, selbst Milton sicher nicht mehr das, was er noch Klopstock und den Schweizern war — sie sind relativ geworden. Sonderbar! Die Relativität von allem darf man aussprechen, nur die eine nicht: die der französischen Literatur. Leute, die sofort mit einem tiefsinnigen „Immerhin" bei der Hand wären, stellte man den Kulturwert des Christentums in Frage, rufen nach dem Schutzmann, sobald man den des Franzosentums unter die Lupe nimmt.

Was alle heutigen Literaturgeschichten, die sich auch noch auf die lebende Generation erstrecken, so trostlos macht, ist die Verwischung der Qualitätsunterschiede. Wenn Oskar Walzel meint, „daß der Wissenschaft recht viel Wichtiges über Dichter und Dichtungen zu sagen bleibt, auch wenn das Werturteil nicht den Vordergrund beherrscht", (Vorrede zu seiner neuen Ausgabe von Scherers Literaturgeschichte), so fürchte ich nur, daß auch im Hintergrunde, statt des Werturteils, nur der Wunsch herrscht, sich darum zu drücken. Ich halte im Gegenteil jede für die allgemeine Leserschaft bestimmte Literatur-, Kunst-, Musikgeschichte, die darauf verzichtet, Qualitätsunterschiede auszusprechen, sie möglich scharf und reinlich herauszuarbeiten, für eine überflüssige Stilübung. (Von gelehrten Untersuchungen, wo der Fachmann zu Fachgenossen redet, spreche ich nicht.) Das kann unmöglich geschehen, ohne daß wir die landläufigen Urteile von Zeit zu Zeit überprüfen, ob sie auch noch stimmen, ob sie *für uns* noch Geltung haben.

Digitized by Google

Denn wir leben, darum brauchen wir Lebenswerte. Die Geschichte vom Pyramidenweizen, der aufgegangen sei, ist ein Märchen.

Man fragt sich unwillkürlich, worin die eigentümliche Horizontverengung begründet sei, durch die sich die neuere Literaturgeschichtsschreibung, nicht zu ihrem Vorteil, von der ältern unterscheidet. Ich finde zum Beispiel die Behandlung alles Nicht-Belletristischen, vor allem der Philosophie, in den meisten unserer Literaturgeschichten armselig, oder vielmehr, ich finde eine Auffassung von Literaturgeschichte armselig, die die klassische deutsche Philosophie, lediglich aus dem zwar verständlichen, aber kompromittierenden Grunde, daß sie ihr geistig nicht gewachsen ist, beiseite schiebt, wohingegen kein Literarhistoriker sich erlauben dürfte, Platon, Lukrez, Marc Aurel, Montaigne, Shaftesbury usw. zu ignorieren, ohne sich lächerlich zu machen. Eine englische Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts ohne Carlyle, Mill, Spencer, Ruskin, Newman schiene mir ein Hofball ohne Fürstlichkeiten. Sowenig ich mir eine deutsche Romantik ohne Schubert, Schumann, Weber, Marschner, Wagner denken könnte, ebensowenig eine französische ohne Berlioz. Die übliche Vorbildung der jungen Literarhistoriker scheint mir daher erweiterungsbedürftig. Germanistik, Romanistik, Anglistik sind brauchbare Ausgangspunkte für die ältere Zeit. Für die neuere sind politische Geschichte, Kulturgeschichte, Kunstgeschichte, Musikgeschichte, jede für sich allein genommen, genau so unzulänglich wie Philologie, aber sicher brauchbarer, als nur Philologie. Es handelt sich nicht um gelegentliche feuilletonistische Glanzlichter, die den sogenannten Schwesterkünsten entliehen werden. Worum es sich handelt, ist: mit der Erkenntnis, daß alle geistigen Äußerungen einer Zeit zusammengehören, Ernst zu machen; nicht die Literatur in einer Schublade einzusperren und die Philosophie in einer andern, und darauf zu achten, daß der Inhalt beider nicht durcheinanderkomme. Die Literatur ist kein Bestandteil der Philosophie, gewiß. Aber ebensogewiß ist die Philosophie ein Bestandteil der Literatur. Die Auffassung von Literatur ist seit den Tagen Haymes und Hettners sehr viel kümmerlicher und banausischer geworden. Vor lauter kleiner Literatur ist uns der Sinn für die große abhandengekommen, vor lauter Psychologie der Begriff Qualität, vor lauter Arbeitsteilung das Bewußtsein des Ganzen. Um diese lang gewordenen Betrachtungen kurz abzuschließen: Es gibt in allen Künsten, auch in der Literatur, absolute und relative Werte. Wem es paßt, seine Augen vor diesen Tatsachen zu schließen, der tue es. Ich werde mich mit ihm allenfalls über den Postillon von Lonjumeau unterhalten, jedoch nicht über Pfitzners Armen Heinrich.

Josef Hofmiller.

Armeebefehl vom 6. August 1870.

„Soldaten der zweiten Armee! Ihr betretet den französischen Boden. Kaiser Napoleon hat ohne allen Grund an Deutschland den Krieg erklärt; er und seine Armee sind unsere Feinde. Das französische Volk ist nicht gefragt worden, ob es mit seinen deutschen Nachbarn einen blutigen Krieg führen wolle. Ein Grund zur Feindschaft ist nicht vorhanden. Seid dessen eingedenk den friedlichen Einwohnern Frankreichs gegenüber, zeigt ihnen, daß in unserm Jahrhundert selbst im Kriege zwei Kulturvölker die Gebote der Menschlichkeit nicht vergessen, denkt stets daran, wie Eure Eltern in der Heimat es empfinden würden, wenn ein Feind — was Gott verhüte — unsere Provinzen überschwemmte.

Zeigt den Franzosen, daß das deutsche Volk nicht nur groß und tapfer, sondern auch gesittet und edelmütig dem Feinde gegenüber ist.

Friedrich Karl, Prinz von Preußen."

Redaktionell abgeschlossen am 6. April 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Wir haben einen jungen Historiker, Graf Otto Stolberg, der sich eingehend mit dem Gegenstand beschäftigt hat, für die Bearbeitung des Prozeßberichtes gewonnen, da unsere ursprüngliche Absicht, dem Leser das Stenogramm zu bieten, durch den Umfang der Verhandlungen leider vereitelt wurde. S. M.

Um die Wahrheit.

Es liegt im Wesen des politischen Prozesses, daß er die Gegensätze meist nicht zum befriedigenden Austrag bringt, da die Parteien vom Richter unwillkürlich nur die Rechtfertigung ihres von vornherein feststehenden Urteils erhoffen. Hätte bei dem letzten großen Prozeß um Eisners Schuldokumente auch nur der Schatten der Gefahr bestanden, daß die Kluft in einer Lebensfrage unseres Volkes, deren weitgehende Ueberbrückung zum drängenden Problem unserer Tage wird, erweitert werde, so mußte der Appell an das Gericht von allen, die das Vaterland lieben, bedauert werden. Aber dem war nicht so. Es ging hier nicht um Meinungen, sondern um Klarheit, nach der viele längst sehnsüchtig ausschauen. Jeder, den ein richtiges Gefühl leitete, konnte sich ohne das Bewußtsein innerer Demütigung dorthin stellen, wo alle stehen müßten. Denn das muß jeder, der in unmittelbarem Erleben stand, als stärksten, fast visionären Eindruck aus dem bescheidenen Gerichtssaal in der Münchner Au mitgenommen haben: Die handelnden Personen versanken und ganz allein stand und plädierte für sich die Wahrheit gegen eine Welt unsichtbarer Feinde. So erschütternd wirkte die Größe und Schlichtheit ihrer Sprache, daß niemand es wagen durfte, aus ihren Händen die letzte Entscheidung zu verweigern. Es war die Wahrheit selbst, die über den Mann ein schonungsloses Urteil fällte, der sich einst angemaßt hatte, in ihrem Dienste zu stehen, ohne jenen tiefen Ernst begriffen zu haben, den sie von ihren Jüngern fordert. Worte, die Kurt Eisner vor vier Jahren gesprochen hatte, klangen jetzt wie eine Lästerung: „Ich habe damit jedem, der lesen kann, jedem der ehrlich ist, bewiesen, wie eine verbrecherische Horde von Menschen diesen Krieg inszeniert hat, wie man ein Theaterstück inszeniert..." (Wahlrede vor den Unabhängigen 12. 12. 18).

Dieser Prozeß konnte das große Verfahren, das er einleitete, nicht zu Ende führen. Das war auch nicht sein Zweck. Er sollte, um in einem viel gebrauchten Bilde zu reden, einen der Fundamentsteine des Versailler Vertrages lockern. Dieser Stein zersprang in dem Augenblick in tausend Stücke, als eins der Dokumente, mit der die Anklage gegen Deutschland begründet war, als Fälschung erwiesen wurde. Damit ist ganz unten ein Loch entstanden, und es muß unabläßige Sorge sein, daß es nicht wieder zugemauert werden kann. Dann ist der Zusammensturz des ganzen Gebäudes nur eine Frage der Zeit.

Aber selbst, um dieses beschränkte Ziel zu erreichen, bedurfte es des gesammelten Ansturms auf die ganze Grundlage. Und so kraftvoll, so einheitlich wirkte sich der Angriff, den die Sachverständigen der verschiedensten Geistesrichtungen von allen Seiten dagegen führten, aus, daß sie in der Tat ins Wanken kam. Ein Satz, der heute noch bestritten, als nicht bewiesen gelten mag, wird morgen schon Gemeingut aller derer sein, denen der Sieg der Wahrheit am Herzen liegt. Deutschland hat den ihm vorgeworfenen Angriffswillen nicht gehabt, es kann ihn nicht einmal nach der inneren Tendenz seiner Politik besessen haben. Die Mantelnote zum Versailler Vertrag wird sich einst ebenso gegen ihre Urheber richten, wie es heute Eisners Veröffentlichung bereits getan hat. Das ist die andere Gewißheit, die uns dieser Prozeß geschenkt hat.

Es war unser Wunsch, wenigstens die Gutachten der Sachverständigen unberührt vorzulegen, weil sie eine Fülle von ganz neuem Material enthielten. Aus begreiflichen Gründen war dies unmöglich. Es kann hier nur ein stark zusammengedrängter Bericht gegeben werden, in dem gegenüber dem Tatsachenmaterial die persönliche Bewertung zurücktreten mußte. Die Oeffentlichkeit hatte einen Anspruch darauf, möglichst schnell über die Ergebnisse dieses Prozesses aufgeklärt zu werden. Dies schien um so notwendiger, als ein Teil der deutschen Presse in Anbetracht von Genua bis jetzt nur ungenügend, ein anderer Teil nicht objektiv berichtet hatte. Es mag daher gerechtfertigt erscheinen, daß der bisher ausführlichste und anerkannt objektive Bericht der „Münchner Neuesten Nachrichten" als Unterlage diente. Entstellungen und Fehler, die bei der schnellen Berichterstattung einer Zeitung unterlaufen können, wurden nach besten Vermögen beseitigt. Dort, wo es für die lebendige Wirkung und die Bedeutung des Gesagten angebracht erschien, wurde der Wortlaut des amtlichen Stenogramms hineingefügt. Alle Gesichtspunkte konnten nicht berücksichtigt werden. Für das kritische wissenschaftliche Studium wird stets nur das Stenogramm in Betracht kommen, das von dem Stenographenbureau des Bayerischen Landtags aufgenommen wurde und dessen baldige Drucklegung ein dringendes Bedürfnis ist.

München, Mai 1922.

Otto Graf zu Stolberg Wernigerode.

Digitized by Google

Die Schuld-Dokumente

Im Nachstehenden veröffentlichen wir die Schulddokumente, die den Ausgangspunkt des Schuldprozesses bilden, den Bericht des **Legationsrates v. Schoen** vom 18. Juli 1914, sowie **das Telephonat** der bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli im Wortlaut. Die in Eisners Veröffentlichung vom 23. November 1918 weggelassenen Stellen stehen im Fettdruck.

Der Bericht des Legationsrates v. Schoen

Br.N. 386. Betrifft: die Aktion Oesterreichs gegen Serbien. Albanien. Die Haltung Rußlands.

Ex. Nr. 1329. Berlin, den 18. Juli 1914

Hochgeborener Graf!

Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, **Eurer Exzellenz über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien Nachstehendes gehorsamst** zu berichten:

Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen und der in der Ueberreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise der Herrn Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung der Kriegsminister und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt, und man bedauert nur, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat.

Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit sie bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Den Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie mißbillige.

2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat in Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung.

3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt seien.

Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.

Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand.

Die Folge wäre also der Krieg.

Hier ist man durchaus damit einverstanden daß Oesterreich die günstige Stunde nutzt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Oesterreich-Ungarn, dank seiner Entschlußlosigkeit und Zerfahrenheit, jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriner warteten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß die Oesterreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlten, würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten, und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Conrad von Hötzendorf selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, daß es für Oesterreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grund hat man hier, auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, gab, der zur Uebergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorias hierhergekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln!

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlußlosen Stellen in Wien fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien in seinen Entschlüssen schwankt, beweise der Umstand, daß Graf Berchtold, drei Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen.

Man hätte es daher hier auch lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der Serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Drucke von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Oesterreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird. Im ersteren Fall dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren, im anderen

Digitized by Google

Fall dagegen wären größere Verwicklungen wohl unausbleiblich.

Im Interesse der Lokalisierung des Krieges wird die Reichsleitung sofort nach der Uebergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Großmächten einleiten. Sie wird [1]), mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des großen Generalstabs sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte. (Wie ich mir hier einzuschalten gestatte, ist nicht einmal die italienische Regierung ins Vertrauen gezogen worden.) Sie wird geltend machen, daß es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn „das Belgrader Anarchistennest" einmal ausgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, daß die Mächte sich auf den Standpunkt stellen, daß die Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei. Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, daß Oesterreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen, die dann auch uns und danach Frankreich zu gleichen Maßnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde.

Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in erster Linie die Haltung Rußlands sein.

Will Rußland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Oesterreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstige der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen, daß es eine Kampfweise, die mit Bombenwerfen und Revolverschüssen arbeite, ebensowenig wie die anderen zivilisierten Staaten billige. Dies insbesondere, solange Oesterreich nicht die nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stellt. Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden; außerdem baut er darauf, daß das „Bluffen" eines der beliebtesten Requisite der russischen Politik bildet und der Russe zwar gern mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht.

England wird Oesterreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten. Ein Krieg zwischen Zweibund und Dreibund dürfte England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sein. Kommt es gleichwohl dazu, so würden wir aber nach hiesiger Auffassung die englischen Vettern auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchtet, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken und damit die „balance of power" gestört würde, deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet. [2])

Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Oesterreich empfinden, dem es eine Stärkung seines Einflusses auf dem Balkan keineswegs gönnen würde. Wie mir der Gesandte v. Bergen, der Referent für die Dreibundangelegenheit im Auswärtigen Amt, sagte, ist das Verhältnis zwischen Wien und Rom einmal wieder alles weniger als freundschaftlich. In Wien sei man sehr verstimmt gegen den italienischen Gesandten in Albanien, Aliotti, der gegen Oesterreich stark intrigiert zu haben scheint, und der Botschafter v. Mercy habe deshalb vor einigen Tagen den Auftrag erhalten, von Italien zu verlangen, daß dieses seine ganze Politik ändere, da sonst ein längeres Einvernehmen nicht möglich sei. Der Auftrag habe so scharf gelautet, daß San Giuliano ganz aufgebracht sei, und in dieser Spannung zwischen Oesterreich und Italien liege ein die Situation sehr erschwerendes Moment. Die Aufteilung Serbiens oder auch nur die Annexion des die Bucht von Cattaro beherrschenden Berges Lovzen in Montenegro durch Oesterreich würde Italien nicht, ohne dafür Kompensationen zu erlangen, dulden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Italien die Einberufung seiner Reserven, die es mit der innerpolitischen Lage rechtfertigen will, zu dem Zweck vornimmt, um gegebenenfalls zur Besetzung von Valona zu schreiten. Herr Zimmermann ist der Meinung, daß Oesterreich sich dem nicht widersetzen sollte, da Valona eine neue Achillesferse für Italien bilden würde und die Entfernung zwischen Brindisi und Valona zu groß sei, als daß es den Italienern gelingen könnte, die Adria völlig zu sperren.

Vielleicht darf auch aus einer Aeußerung des österreichisch-ungarischen Botschaftsrats, wonach nach seiner persönlichen Meinung Valona den Italienern gegeben werden könne, geschlossen werden, daß man sich in Wien bereits mit einer Festsetzung der Italiener in Südalbanien vertraut macht.

Wie ich ganz vertraulich gehört habe, ist der Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien, der vor einigen Tagen hier war, beauftragt worden, die Frage einer Entschädigung Italiens mit dem Grafen Berchtold zu besprechen und dabei in inoffizieller Form einfließen zu lassen, daß man Italien wohl dauernd gewinnen würde, wenn Oesterreich sich im Falle größerer Gebietserweiterungen zur Abtretung des südlichen Trentino, d. h. desjenigen Teils des Erzbistums Trient, das nie zum alten Deutschen Reich gehört hat,

[1]) Von hier aus war in dem Wortlaute der Bayerischen Staatszeitung nur gesagt: „Es wird dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert. Die Reichsleitung werde (folgt wie oben).

[2]) Dieser ganze Absatz war zusammenfassend in indirekter Rede wiedergegeben.

Digitized by Google

an Italien verstehen würde. Daß das Wiener Kabinett diesem Gedanken näher treten werde, wird hier allerdings kaum erwartet, und man hat absichtlich den Botschaftsrat und nicht den gleichfalls in Wien anwesenden Botschafter beauftragt, das Gespräch auf das Trentino zu bringen, um nicht durch eine derartige offizielle Anregung zu verstimmen.*)

Was Bulgarien anlangt, so nimmt die hiesige österreichisch-ungarische Botschaft an, daß König Ferdinand den Ausbruch eines Krieges zwischen Oesterreich und Serbien benützen würde, um zur Rückgewinnung des im Bukarester Frieden verlorenen Gebietes gleichfalls gegen Serbien loszuschlagen.

Da die Gefahr besteht, daß in diesem Falle Rumänien, wie im zweiten Balkankrieg, sich gegen Bulgarien wenden würde — in einer dahingehenden Beeinflussung seitens Rußlands, das direkt nichts gegen Bulgarien unternehmen wird, dürfte es auch diesmal nicht fehlen —, so hat man von hier aus den König Karol, mit dessen Haltung man in letzter Zeit wenig zufrieden war, in nicht mißzuverstehender Weise wissen lassen, daß Deutschland sich auf seiten Bulgariens stellen würde, falls Rumänien nicht Serbien fallen lasse. Nach der Antwort des Königs nimmt man hier an, daß Rumänien Ruhe halten wird, falls ihm eine Entschädigung in Aussicht gestellt wird. Als solche käme das Gebiet um Vidin in Betracht, dessen Bevölkerung in der Hauptsache aus Rumänen besteht. Damit wäre dann wohl Rumänien für den Dreibund, der sich in diesem Falle als nützlicher und stärker als der Zweibund erwiesen hätte, von selbst zurückgewonnen.

Griechenland, das eine Verkleinerung Serbiens nicht ungern sehen würde, wäre im Epirus zu entschädigen und hätte dafür Kavalla an Bulgarien abzutreten.

Was endlich Montenegro betrifft, so hofft man hier, daß der intelligente König Nikita es vorteilhaft finden wird, die Serben allein gegen Oesterreich kämpfen zu lassen. Für die Abtretung des Lovzen, die Oesterreich gelegentlich einer so weitgehenden Umgestaltung der Balkan-Landkarte wohl für sich beanspruchen würde, könnte Montenegro in Nordalbanien entschädigt werden.

Welches dabei das Schicksal des Fürstentums Albanien sein wird, läßt sich heute noch kaum absehen. Fürs erste wird die trostlose Lage fortdauern, die in Paris mit den Worten charakterisiert worden ist: „les caisses sont vides, le trône est Wied, tout est vide" und dem Fürsten den Beinamen „le Prince du Vide" eingetragen hat.

Genehmigen etc. gez. von Schoen

*) Für diesen Absatz stand in der Fassung der Bayerischen Staatszeitung: „Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf die ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Fritz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Oesterreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe."

Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914. Aufgenommen in München 7 Uhr 45 Min. vormittag.

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet in den Berliner maßgebenden Kreisen nicht, daß die Demarche einen Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Veröffentlichung Eisners:

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden".

1. Verhandlungstag.

Donnerstag, den 27. April

Am Donnerstag, den 27. April, begann vor dem Amtsgericht München I ein Prozeß, in welchem zum ersten Male ein Teil der Schuldfrage Gegenstand gerichtlicher Beweisaufnahme und Feststellung wurde. Bekanntlich hat nach dem Krieg als erstes Schuldbekenntnis einer der am Krieg beteiligten Staaten die bayerische Regierung unter Kurt Eisner einen Artikel in der „Bayerischen Staatszeitung" veröffentlicht, und zwar in Nr. 245 vom 26. November 1918, unter dem Titel **„Urkunden über den Ursprung des Krieges"**. Die Einleitung zu dieser Veröffentlichung besagt, daß die bayerisch offiziöse „Korrespondenz Hoffmann" diese Veröffentlichung amtlich bestätige. Diese erste veröffentlichte Urkunde ist bekannt unter dem Titel „Der Bericht des Grafen Lerchenfeld", des früheren bayerischen, langjährigen Gesandten in Berlin, an die bayerische Staatsregierung (Graf Hertling). Dieser Bericht, der nicht vom Grafen Lerchenfeld herrührt, sondern von dem damaligen Legationsrat der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Hans v. Schoen, ist in der Veröffentlichung der „Bayerischen Staatszeitung" als ein Bericht des Grafen Lerchenfeld bezeichnet. Außerdem sind in der Einleitung und im weiteren Text umfangreiche Weglassungen erfolgt.

Im Juliheft 1921 der „Süddeutschen Monatshefte", betitelt „Der große Betrug", ist anläßlich der Veröffentlichung echter Lerchenfeldscher Berichte ausgeführt, daß die Veröffentlichung des Kurt Eisner über den Bericht des bayerischen Gesandten vom 18. 7. 14 (richtig des Berichtes des Herrn v. Schoen) eine bewußte und absichtliche Fälschung sei. Dazu war bemerkt: „Frau Eisner sage, ihr Mann habe die Fälschung gar nicht gemacht, sondern sein Sekretär Fechenbach. Ihr Mann habe nur seinen Namen darunter gesetzt." We-

Digitized by Google

gen dieser Bemerkung hatte der Kaufmann Felix Fechenbach, der frühere Sekretär und Vertraute Eisners, Klage gegen Professor Paul Nikolaus Cossmann den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte", und die Schriftleiter Emanuel Müller der „Münchner Neuesten Nachrichten", Josef Osterhuber des „Bayerischen Kurier", den inzwischen verstorbenen Josef Dachs vom „Neuen Münchener Tagblatt" und Dr. Konrad Adlmaier vom „Bayerischen Vaterland" gestellt, gegen letztgenannte Schriftleiter deshalb, weil sie die Bemerkung der „Süddeutschen Monatshefte" über Fechenbach wiederholt hätten. Während die „Süddeutschen Monatshefte" und die anderen mitverklagten Zeitungen sich auf die oben erwähnte Behauptung beschränkt hatten, hatte das „Bayerische Vaterland" weitere Folgerungen über die Bedeutung der Fälschung und die hiefür verantwortlichen Persönlichkeiten daran geknüpft.

Professor Paul Nikolaus Cossmann und Schriftleiter Emanuel Müller waren vertreten von Rechtsanwalt Dr. Graf von Pestalozza bzw. Dr. Pflaum, Chefredakteur Osterhuber und Schriftleiter Dr. Adlmaier, ebenso das „Neue Münchener Tagblatt" von Rechtsanwalt Dr. Warmuth. Fechenbachs Vertretung hatte der bekannte Mehrheitssozialist Rechtsanwalt Dr. Philipp Löwenfeld übernommen. Den Vorsitz des Gerichtes führte Amtsgerichtsrat Albert Frank. Eine große Anzahl von Zeugen und Sachverständigen sind in München zur Teilnahme am Prozeß eingetroffen, wie auch die in- und ausländische Presse Vertreter hierher entsandt hat.

Die beklagte Partei hatte einen umfangreichen Zeugen- und Sachverständigenapparat aufgeboten, um den Wahrheitsbeweis antreten zu können. Eine Reihe von hervorragenden Rechtsgelehrten wurde über die Eisnersche Veröffentlichung des Schoenschen Berichtes gutachtlich vernommen.

Das Auswärtige Amt in Berlin hatte einen eigenen Vertreter zu dem Prozeß abgeordnet. Auch das bayerische Ministerium des Aeußern, das bayerische Justizministerium und die Polizeidirektion München ließen sich offiziell vertreten. Amtliche Stenographen vom Stenographischen Bureau des Landtags hielten den Verlauf der Verhandlung im Wortlaut fest.

Die Verhandlung

Nach dem Aufruf der Parteien und Verlesung des Schoenschen Berichtes, nimmt zunächst

Vorsitzender, Amtsgerichtsrat Frank, das Wort, um über die Verhandlungsführung folgendes zu bemerken: Mit Rücksicht auf all das, was heute und in den nächsten Tagen zur Sprache kommen wird, besteht eine gewisse Gefahr, daß sich die Parteien, Zeugen und Sachverständigen zu weit vom Gegenstand des Prozesses verlieren und eine Reihe von Dingen hereinziehen, die damit nur lose zusammenhängen. Ich bitte, sich nach Möglichkeit Beschränkung aufzuerlegen, damit wir innerhalb der in Aussicht genommenen Zeit fertig werden. Ich möchte nur kurz umreißen, was

Gegenstand des Prozesses

sein wird:

1. **Liegt eine Fälschung vor und war diese Fälschung von nachteiligen Folgen für den Friedensschluß?**
2. **Hat der Privatkläger die Fälschung begangen?**

Soweit dabei allgemeine Erörterungen über die Schuldfrage zu machen sind, können sie ja erfolgen, aber ich bitte noch einmal, ein gewisses Maß zu halten und nicht von dem Gericht zu erwarten, daß es autoritativ feststellt, wer die Schuld am Weltkrieg hat.

R.-A. Graf Pestalozza: Die Beklagten stehen von Anfang an auf dem gleichen Standpunkt, wie ihn jetzt das Gericht formuliert hat. Für uns handelt es sich lediglich um diese zwei bzw. drei Fragen. Wir werden uns unserseits in jeder Weise bemühen, den Prozeßstoff auf dieses Gebiet zu beschränken. Ich darf vielleicht im Anschluß daran, im ausdrücklichen Einverständnis mit den von mir vertretenen Parteien, die Erklärung abgeben, daß ich auf dem politischen Boden der von mir vertretenen Parteien nicht stehe und daß ich insbesondere auch in der Frage der Behandlung und Beantwortung der Kriegsschuldfrage ihren Standpunkt im übrigen nicht teile, daß ich aber das Mandat übernehmen konnte, weil ich in dem, was Gegenstand dieses Prozesses ist, durchaus auf dem Standpunkt meiner Partei stehe.

R.-A. Dr. Löwenfeld: Es ist selbstverständlich, daß auch von unserer Seite innerhalb des vom Vorsitzenden skizzierten Ausmaßes der Prozeß geführt werden wird. Er beantragt noch die Ladung des Staatsrates v. Loeßl als Zeugen.

Eine Erinnerung gegen die Ladung des Zeugen wird nicht erhoben. Er wird auf Freitag vormittag geladen.

Erklärungen der Parteien

Prof. Cossmann: Ich veröffentlichte im Septemberheft der „Süddeutschen Monatshefte" vom Jahre 1920 eine Gegenüberstellung des Schoenschen Berichtes mit der Bearbeitung Eisners vom November 1918. Im Anschluß an diese Veröffentlichung hatte ich einen Briefwechsel mit dem mir befreundeten Herausgeber des „Zwiebelfisch", Herrn Hans v. Weber, einem großen Verehrer Eisners, der leider durch Krankheit verhindert ist, zu erscheinen. Im Anschluß an diesen Briefwechsel hatte ich auch ein telephonisches Gespräch mit Herrn v. Weber, der mir sagte, die Sache mit Eisner sei doch nicht so einfach, wie ich annähme. Frau Eisner habe ihm gesagt, ihr Mann habe die Sache nicht gemacht, sondern sein Sekretär Fechenbach, ihr Mann habe nur seinen Namen darunter gesetzt. Erst durch diese Aeußerung erfuhr ich, daß zwischen Herrn v. Weber und der Familie Eisner persönliche Beziehungen bestehen. Einem späteren Artikel, der im Juliheft der „Süddeutschen Monatshefte" vom Jahre 1921, „Der große Be-

Digitized by Google

trug" erschien, in dem Herr v. Müller Eisner diese Fälschung vorwirft, hielt ich mich verpflichtet, eine Fußnote beizusetzen, in der es heißt, uns wurde erzählt, Frau Eisner sage, ihr Mann habe die Sache nicht gemacht sondern Fechenbach. Von Herrn Fechenbach wußte ich bis dahin nur das, was allgemein angenommen wurde in München, daß er die rechte Hand Eisners gewesen ist. Es bestand für mich nicht die mindeste Veranlassung, Herrn Fechenbach in diese Sache hereinzuziehen oder gar zu beleidigen, sondern ich fühlte nur die publizistische Pflicht, in dem Augenblick, wo Eisner das vorgeworfen wurde, zu sagen, was mir über Fechenbach berichtet worden ist. Ich halte natürlich aufrecht, was ich damals gesagt habe, daß Herr v. Weber mir die Mitteilung machte und daß die Veröffentlichung Eisners in der „Staatszeitung" eine Fälschung ist.

Hauptschriftleiter Osterhuber: Namens der übrigen Beklagten erkläre ich: Es war für uns selbstverständlich, daß wir von den Feststellungen der „Süddeutschen Monatshefte" unseren Lesern Kenntnis gaben im allgemeinen Interesse, nicht nur aus politischen, patriotischen und journalistischen Gründen, sondern im persönlichsten eigensten Interesse auch unserer Familien, die täglich und stündlich unter den Folgen dieser Eisnerschen Veröffentlichung zu leiden haben. Wir kennen Herrn Prof. Cossmann seit Jahren, seine absolute Zuverlässigkeit ist allgemein anerkannt. Es war selbstverständlich, daß wir den Artikel nachdruckten. Es wäre illoyal gewesen, wenn wir die Notiz geändert oder unter den Tisch hätten fallen lassen. Aus Gründen der Objektivität mußten wir auch alles bringen, was Eisner zu entlasten geeignet ist, wir waren dazu verpflichtet, weil wir in so scharfer Kampfstellung gegen ihn gestanden haben.

Schriftleiter Emanuel Müller schließt sich den eben abgegebenen Erklärungen an.

R.-A. Dr. Warmuth: Mein Klient Dr. Adlmaier hat im Juli 1921 das „Bayerische Vaterland" interimistisch redigiert und den inkriminierten Artikel selbst geschrieben. Der Artikel ist der Niederschlag der Empörung über das Unrecht, das nach seiner Ueberzeugung Eisner und Fechenbach am deutschen Volk begangen haben. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt der Herren Professor Cossmann und Hauptschriftleiter Osterhuber.

Der **Vorsitzende** richtet dann an Fechenbach die Frage, ob er sich zu der Behauptung äußern wolle, wonach Frau Eisner gesagt haben soll, Fechenbach habe die Fälschung begangen und Eisner habe nur seinen Namen darunter gesetzt. **Fechenbach** erklärt hierzu, daß die Darstellung über den Hergang der ganzen Angelegenheit bereits wiederholt in der Presse veröffentlicht worden sei. Er habe darüber nichts anderes zu sagen, als was bisher bekannt geworden sei. Eisner habe in der fraglichen Zeit die aus dem Ministerium verschwundenen Akten wieder beischaffen lassen und zwar kurz vor der Reise zu der am 24. und 25. November in Berlin abgehaltenen Reichskonferenz der Vertreter der Einzelstaaten. Diese Akten habe er auf die Reise mit nach Berlin genommen. Ob das die Münchner Akten waren oder andere Akten, darüber werde vielleicht der Gang des Prozesses nähere Aufklärung geben. Die Schriftstücke, die veröffentlicht wurden, seien in diesen Akten enthalten gewesen. In den Räumen der bayerischen Gesandtschaft sei ihm von Eisner, dessen Privatsekretär er damals war, nach vorheriger Durcharbeitung der Ber t in der Form diktiert worden, in der dieser dann im „Berliner Tageblatt" am 23. oder 24. November veröffentlicht wurde. Auf seine Frage, ob man den Bericht nicht ganz veröffentlichen solle, habe Eisner darauf verwiesen, daß die Presse stark unter der Raumnot leide und daß sie den Bericht, der ziemlich umfangreich sei, wohl nicht im Wortlaut veröffentlichen werde. Er (Fechenbach) stehe auf dem Standkunkt, daß es besser gewesen wäre, den Bericht ganz zu veröffentlichen, denn das, was nicht veröffentlicht wurde, bedeute eine Verstärkung und Verhärtung dessen, was veröffentlicht wurde.

*

Der Vorsitzende verliest das Protokoll, das über die eidliche Vernehmung der Witwe Eisners, **Frau Else Eisner**, vor dem Amtsgericht Gengenbach in Baden aufgenommen wurde. Frau Eisner gibt hier an, daß sie, als der fragliche Bericht von ihrem Mann bearbeitet, in der „Bayer. Staatszeitung" veröffentlicht wurde, in München weilte, während ihr Mann in Berlin war. Sie habe sich in jener Zeit mit den dienstlichen und politischen Geschäften ihres Mannes nicht befaßt und sie könne daher über die Art des Zustandekommens der Veröffentlichung des Berichtes keine Angabe machen, da sie hierüber keine Wissenschaft besitze. Sie sei eben nur die Gattin ihres Mannes und nicht seine Privatsekretärin gewesen. Sie habe auch in dieser und in der folgenden Zeit weder von dritten Personen noch auf Grund von Schriftstücken über die Art des Zustandekommens des Schriftstückes Kenntnis erhalten. Eine Aeußerung gegenüber dritten Personen, besonders gegenüber Herrn Hans v. Weber, der Urheber der Fälschung sei Fechenbach, habe sie niemals getan. Von einem Gerücht, das in der Unabhängigen Sozialistischen Partei verbreitet gewesen sei, wonach Fechenbach gekürzt hätte, habe sie keine Kenntnis.

Im Anschluß hieran kommt ein Brief des Verlegers **Hans v. Weber** an den Gerichtsvorsitzenden zur Verlesung, worin ersterer unter Hinweis darauf, daß er seit einem Jahre an einem Nervenleiden, das ihn fast gänzlich an der Berufsarbeit verhindere, schwer erkrankt und noch nicht hergestellt sei, das Ersuchen stellt, von seiner Vernehmung absehen zu wollen. Er könnte auch in der Angelegenheit kaum etwas aussagen. An ein Telephongespräch über diese Frage könne er sich nicht erinnern. Er glaube auch keinesfalls, daß Fechenbach die Fälschung vorgenommen habe. Er kenne Fechenbach nicht und habe nicht Veranlassung gehabt, sich mit

Digitized by Google

ihm in irgendeiner Richtung zu beschäftigen. Er sei überzeugt, daß Eisner selbst diese Form gewählt habe.

Professor **Preetorius**, Kunstmaler in München, vermag über das Telephongespräch keine Auskunft zu geben. Herr v. Weber sei schwer erkrankt und der Zeuge habe es als guter Bekannter übernommen, Herrn v. Weber selbst zu fragen. Herr v. Weber habe ihm hierbei erklärt, daß er allerdings den Namen Fechenbach Cossmann gegenüber genannt habe, aber er (Weber) hätte den Namen nie in dem Sinne genannt, daß Fechenbach selbständig etwas getan habe, sondern daß Fechenbach als Privatsekretär nur die Anordnungen Eisners ausführte. Weber glaube, daß Prof. Cossmann sich falsch erinnern müsse.

Erklärungen Fechenbachs

Der Kläger ergreift zu längeren Ausführungen das Wort, wobei er u. a. ausführt: Zum erstenmal sei der Vorwurf der Fälschung in einem Artikel erhoben worden, den Herr von Schoen am 2. August 1919 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte. In diesem Artikel sei eine Reihe von Unrichtigkeiten enthalten, auf die im „Kampf" unter der Spitzmarke „Entlarvung des Herrn v. Schoen" im September 1919 erwidert wurde. Darin sei Herrn v. Schoen nachgewiesen worden, daß er die deutsche Viererkommission wider besseres Wissen fälschlich unterrichtet habe. Weder Herr v. Schoen noch sonst jemand habe auf diese Beschuldigung erwidert. Es handle sich darum, daß Herr v. Schoen die Viererkommission durch seinen Artikel, aber auch schon vorher durch das Auswärtige mündlich unrichtig informiert habe. Der „Kampf" habe ausdrücklich betont, daß Eisner selbst an der Hand des Originals den Bericht in die Schreibmaschine diktierte. Prof. Cossmann habe wissen müssen, daß diese Feststellungen nicht durch irgendein Gerücht widerlegt werden können.

„Die beleidigenden Behauptungen, die sowohl in den „Süddeutschen Monatsheften" wie in den übrigen Tageszeitungen, insbesondere auch in „Das Bayerische Vaterland" in besonders krasser Form gegen mich erhoben worden sind, haben letzten Endes diesen Prozeß, der heute beginnt, herausgefordert; denn die Beleidigungen, die da erhoben worden sind, treffen mich persönlich und politisch so schwer, daß ich dazu nicht schweigen konnte. Es blieb mir kein anderer Weg als der, eben die Veranlasser dieser Beleidigungen gerichtlich zu belangen wegen der Vorwürfe der Fälschungen, des Verbrechens am deutschen Volke usw. Die Behauptungen, die da aufgestellt worden sind, den Vorwurf der Fälschung, des Verbrechens am deutschen Volk usw., müssen ja die Beklagten noch beweisen. Nun haben diese Behauptungen, diese Darstellungen in den „Süddeutschen Monatsheften" eine so weitgehende Verbreitung gefunden, und sie stehen in so engem Zusammenhang nicht nur mit der Eisnerschen Veröffentlichung an sich, sondern auch mit der Kriegsschuldfrage überhaupt, daß, so sehr ich mich auch bemühen will, die Kriegsschuldfrage an sich hier nicht prinzipiell klären zu wollen, ich doch gezwungen bin, da und dort des näheren auf die Kriegsschuldfrage selbst einzugehen. Der Herr Vorsitzende hat ja von vornherein erklärt, daß das Amtsgericht in München nicht die Stelle sei, an der die Kriegsschuldfrage im Prinzip geklärt werden kann. Diese Auffassung ist auch die meine. Eine solche Entscheidung gehört vor ein anderes Forum."

Es werde behauptet, daß durch diese Veröffentlichung des Berichtes es der Entente möglich gemacht worden sei, von der Kriegsschuld Deutschlands zu sprechen. Er müsse eine prinzipielle Unterscheidung treffen zwischen der Schuld Deutschlands und der Schuld des deutschen Volkes. Es müsse unterschieden werden zwischen dem deutschen Volke und den verantwortlichen Leitern der deutschen Politik. So könne es sich nur darum handeln, über die Schuld der Leiter der deutschen Politik zu sprechen. Seine Aufgabe sei es, Beleidigungen zurückzuweisen, die Wahrheit über die Eisnerschen Veröffentlichungen festzustellen und Verleumdungen, wie sie seit der Revolution gegen Eisner und ihn erhoben würden, entgegenzutreten. Der Bericht vom 18. Juli sei, mehr als irgend etwas anderes, zu Agitationsmethoden mißbraucht worden. Gerade die, die das Dokument parteipolitisch ausnützen, hätten alle Ursache, bei Erörterung der Schuldfrage zurückhaltend zu sein, und gerade die Verteidiger des kaiserlichen Deutschland hätten in den letzten Jahrzehnten auf eine Entscheidung mit den Waffen hingedrängt. In den „Südd. Monatsheften" sei ausgeführt worden, daß Eisners Veröffentlichung die erste große Selbstbezichtigung eines beteiligten Volkes gewesen sei; außerdem werde erklärt, daß Eisners Veröffentlichung von der alliierten Kommission als einer der stärksten Beweise für die Schuld Deutschlands angesehen worden sei. „Die Eisnersche Veröffentlichung war nicht die erste Selbstbezichtigung eines beteiligten Volkes. Ich will von anderem ganz absehen, ich verweise nur auf die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, auf den Mühlonbrief, und es könnte noch eine Reihe anderer Beispiele auch angeführt werden, die längst vor der Eisnerschen Veröffentlichung, also während des Krieges schon geschrieben waren."

Im Bericht der alliierten Kommission finde man nirgends einen Hinweis, daß gerade die Eisnerschen Dokumente eines der stärksten Argumente für die Schuld Deutschlands gewesen seien. Nur an einer einzigen Stelle werde ausdrücklich von einem „erdrückenden Zeugnis des Grafen Lerchenfeld" gesprochen, dies beziehe sich jedoch nicht auf die Kriegsschuld, sondern auf die Verletzung der belgischen Neutralität. Darüber aber habe Eisner keinen neuen Beweis erbracht. Die Veröffentlichung habe nur das wiederholt, was Bethmann Hollweg bereits am 4. August im Reichstag gesagt hat.

Der Kläger erhebt darauf gegen Herrn von Schoen und das Auswärtige Amt den Vorwurf,

Digitized by Google

daß sie es verabsäumt hätten, den vollständigen Bericht rechtzeitig zu veröffentlichen. Bereits am 7. Mai habe das Auswärtige Amt das Münchner Ministerium des Aeußern telephonisch gebeten, die Abschriften der bayerischen Gesandtschaftsberichte nach Berlin zu schicken. Am 11. Mai wurde — der Kläger bezieht sich auf das Buch Dr. Dirrs*) — das Material unversehrt in der Privatwohnung Eisners aufgefunden. Nach der Empfangsbestätigung hat das Auswärtige Amt die Berichte am 22. Mai erhalten. Die deutsche Viererdelegation ist am 20. Mai zusammengetreten. Am 28. Mai wurden die Bemerkungen der Viererkommission durch den Grafen Brockdorff den Alliierten übersandt. Eine volle Woche habe man also Zeit gehabt, und in dieser Woche hätte man es sehr wohl möglich machen können, daß die Viererkommission Einsicht bekommt in den vollen Wortlaut des Eisnerschen Dokumentes. Das sei nicht geschehen.

Die militärische Lage, die letzten Endes zum Versailler Vertrag führte, versuche man anderen in die Schuhe zu schieben durch die bekannte Dolchstoßlegende; man sage, an der militärischen Niederlage sei die Revolution schuld. Er könne darauf verzichten, das nochmals zu widerlegen. Die Revolution sei die Folge des Zusammenbruchs gewesen. „Ich will gar nicht auf Einzelheiten eingehen bezüglich der Herrschaft der Militärkaste in Deutschland und bezüglich der unfähigen streberhaften Diplomatie. Dafür gibt es Zeugnisse in Massen in den Erinnerungen des Freiherrn v. Eckardtstein. Die aggressive deutsche Außenpolitik, die seit Bismarcks Sturz ununterbrochen getrieben wird, hat insbesondere stark eingesetzt, nachdem Fürst Bülow Minister des Aeußern und später Reichskanzler geworden war, und dann schließlich die vielen Provokationen, die durch Wilhelm II. selbst veranlaßt worden sind, das alles mit vielem anderen zusammen führte in direkter Linie zur Katastrophe. Es wäre wirklich sehr verführerisch, auf diese Dinge näher einzugehen, besonders an der Hand der Darstellungen, die Freiherr v. Eckardtstein in seinen drei Bänden gibt über die deutsche Außenpolitik . . . . Man war sich in Deutschland über die Folgen dieser Außenpolitik vollständig im klaren und hat gewußt, wo die Reise hingeht, und man sehnte die kriegerische Auseinandersetzung herbei." Das gehe aus einem Briefe hervor, den 1909 der deutsche Generalstabschef v. Moltke an den österreichischen Generalstabschef Conrad v. Hötzendorff schrieb. Damals sei von Berlin aus Oesterreich-Ungarn eine Blankovollmacht gegeben worden; es brauchte nur in einem ihm günstig erscheinenden Augenblick in Serbien einzumarschieren, um Deutschland auf seiner Seite zu haben, die Mobilisierung Rußlands auszulösen, und so ist es in der Tat auch gekommen. Die Kriegserklärung an Frankreich habe man mit Bombenwürfen auf Nürnberg begründet. Daß diese Begründung Lüge war, habe Eisner im Karlsruher „Volksfreund" veröffentlicht. Beweis dafür seien auch die Erinnerungen des ehemaligen Botschafters in Paris, Freiherrn v. Schoen.

In seinen weiteren Ausführungen weist Fechenbach auf den Brief hin, den der frühere Deutsche Kronprinz im Oktober 1921 an Professor Dorn schrieb und worin darauf hingewiesen sei, daß die deutschen Staatsmänner zielbewußt auf einen Frieden hätten hinarbeiten müssen und daß erst nach dem Fehlschlage von 1918 die Lage bitterernst geworden sei. Eisner habe 1918 den letzten Versuch unternommen, um durch Verhinderung der Frühjahrsoffensive einen Friedensschluß herbeizuführen der uns leichtere Bedingungen bringen sollte. Dieser Versuch sei als Landesverrat gebrandmarkt worden, Eisner sei in das Gefängnis gekommen. Gerade diese Tat, die man Eisner als Landesverrat anrechnete, sei die eigentlich nationale Tat gewesen. Eisner hätte damit dem deutschen Volke sehr viel erspart.

Zu dem Vorwurf der Fälschung des Berichts hebt Fechenbach hervor, daß das vorhandene Konzept lediglich mit dem Zeichen „Sch" gekennzeichnet gewesen sei, aber so, daß jemand, der die Schrift Schoens und Lerchenfelds nicht kannte, dazu kommen konnte, daß es auch als Abkürzung für Lerchenfeld (Lch) gelten könne. Nachdem die vorausgegangenen Berichte von Lerchenfeld gewesen seien, habe man doch annehmen können, daß auch dieser Bericht von Lerchenfeld stammte, zumal der Bericht von so großer Bedeutung war. Eisner sei einem bedauerlichen Irrtum zum Opfer gefallen und habe bereits einen Tag darauf eine Berichtigung erlassen und drei Tage später, auf der Landestagung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates ebenfalls vom Bericht des Freiherrn v. Schoen gesprochen und nicht von einem Bericht des Grafen Lerchenfeld. Es sei nicht einzusehen, warum absichtlich der Name Lerchenfelds anstatt des Herrn v. Schoen gewählt worden sein soll.

Man habe nicht den Versuch unternommen, den auszugsweise wiedergegebenen Bericht als vollständigen Bericht erscheinen zu lassen. Das gehe auch aus verschiedenen anderen Stellen des Berichtes deutlich hervor. Es fehlen sonach die Merkmale einer Fälschung, zunächst die bewußte Absicht, den Bericht als vollständig erscheinen zu lassen, und außerdem auch die Absicht, fälschen zu wollen. Eisner sei weit erhaben über einen solchen Vorwurf. „Eisner hatte während des Krieges — das wird Sie vielleicht interessieren — sehr gute Beziehungen zu politischen Kreisen in Berlin, die es ihm ermöglichten, über interne politische Vorgänge unterrichtet zu sein. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß während des

*) Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. München, Verlag Oldenbourg, 1922. Die darin enthaltenen Feststellungen über die Entstehung der Fälschung sind ebenso wie die vom gleichen Verfasser im Februarheft 1922 „Süddeutsche Monatshefte" gegebene kritische Würdigung durch den Verlauf des Prozesses bestätigt worden.

Digitized by Google

Krieges hier allwöchentlich politische Diskussionsabende stattfanden, die von Kurt Eisner geleitet wurden und in denen es uns möglich wurde, daß, was wir nicht aus der Presse erfuhren, weil es nicht gedruckt werden durfte, doch zu erfahren. In diesen Diskussionsabenden lernten wir u. a. die Lichnowskysche Denkschrift sehr frühzeitig nach ihrem Erscheinen kennen. Vielleicht können wir noch den einen oder anderen Teilnehmer an diesen Diskussionsabenden als Zeugen hier noch hören, er wird sich vielleicht erinnern, daß die Beziehungen Kurt Eisners für politische Informationen so weit reichten, daß Vorgänge aus der nächsten Umgebung des damaligen Deutschen Kaisers dem Diskussionsklub in München bekannt wurden."

*

Mittag um 1 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen und auf nachmittag 3¼ Uhr vertagt. Auf eine Frage des Vertreters des Privatklägers erklärte R.-A. Graf Pestalozza, daß seine Partei bisher keinen Anlaß sehe, sich zu den Ausführungen des Privatklägers zu äußern.

In der Nachmittagssitzung fährt zunächst Fechenbach mit der Verlesung des Eisnerschen Aufsatzes fort. An der Hand eines Briefes, den Eisner auf das Verbot des Generalkommandos an dieses richtete, will Fechenbach zeigen, aus welcher Gesinnung heraus Kurt Eisner schon im Jahre 1916 Veröffentlichungen über die Kriegsschuldfrage versucht hat, nämlich im Dienste der geschichtlichen Wahrheit. Als Eisner Ministerpräsident wurde, habe er gewußt, daß in Berlin die Aktensammlungen veröffentlicht werden sollten. Da aber versucht worden sei, diese Veröffentlichung zu sabotieren, habe Eisner mit der Veröffentlichung bayerischer Akten begonnen.

Vorsitzender: Können Sie sich daran erinnern, ob dem Herrn Eisner, wie er die Publikation veranlaßt hat, in der bayerischen Gesandtschaft in Berlin das Original des Schoenschen Berichtes oder das Konzept vorgelegen ist?

Fechenbach: Meines Wissens das Konzept. In längeren Ausführungen will er dann dartun, daß die in dem Berichte des Herrn v. Schoen ausgelassenen Stellen das Veröffentlichte erhärten. Ueber seine persönliche Teilnahme an der Veröffentlichung bemerkt Fechenbach wiederholt, daß er den Auszug nur in die Schreibmaschine diktiert bekommen habe. Schließlich meint Fechenbach noch, daß es, wenn man die Wahrheit über die Kriegsschuld so eifrig suche wie die Beklagten, notwendig sei, darauf zu verweisen, daß die deutschen Generalstabsakten bis heute noch nicht veröffentlicht seien. Was man bisher gehört habe, deute darauf hin, daß gerade in den Generalstabsakten vielleicht die letzte Aufklärung zu finden sei. Wenn die Veröffentlichung erfolgte, würde nach der Meinung Fechenbachs vielleicht auch die Streitfrage geklärt sein, mit der sich das Gericht beschäftige.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bemerkt, daß er und sein Klient nicht in allen hier verhandelten Punkten völlig übereinstimmen, wie er auch bezüglich Eisner sagen müsse, daß er auf einem anderen politischen Boden gestanden habe als Eisner. Der Grund, warum er sich gleichwohl entschlossen habe, die Sache restlos zu vertreten, liege in der von ihm durch eifriges Studium gewonnenen Ueberzeugung, daß in dem in Frage stehenden Gegenstand Kurt Eisner richtig handelte. Der Verteidiger glaubt noch erklären zu müssen, daß nicht Fechenbach es war, der durch eine Veröffentlichung die Kriegsschuldfrage neuerdings ins Rollen gebracht hat.

Der Vertreter des Klägers kommt dann darauf zu sprechen, daß die deutsche und die österreichische Politik darin abgewechselt hätten, daß sie mehr oder weniger aggressiv waren und daß die wiederholt bewiesene Mäßigung böses Blut bei den Alldeutschen und bei der Militärpartei gemacht hätte. Vor 1914 sei ein Krieg zwischen Oesterreich und Serbien zweimal in die Nähe gerückt gewesen. Das letzte Mal verlangte Oesterreich, daß die Serben Albanien in 14 Tagen räumen, in der unausgesprochenen Hoffnung, daß Serbien eine derartige Bedingung unmöglich erfüllen könne. Die Serben haben zum größten Erstaunen Oesterreichs Albanien in acht Tagen geräumt. Das war Berchtold sehr unangenehm. Er wollte bei nächster Gelegenheit den wiederholt abgeblasenen Krieg gegen Serbien endlich zum Ausbruch kommen lassen. Am 28. Juni passierte die Mordtat in Serajewo, bereits am 30. Juni schlug Berchtold dem Grafen Tisza vor, Serbien zu überfallen und aufzuteilen. (Dr. Löwenfeld verliest im Verfolg seiner Ausführungen zahlreiche Dokumente.)

R.-A. Graf **Pestalozza** fragt, wie das weitergehen soll. Auf diese Weise dauert der Prozeß nicht drei Tage, sondern drei Wochen.

Der **Vorsitzende** ersucht wiederholt, sich auf den Prozeßstoff zu beschränken, zumal auf heute Zeugen geladen sind, die morgen anderwärts beansprucht werden.

Professor **Coffmann**: Ich möchte nur bemerken, daß wir der Gegenpartei auf ihrem Wege nicht folgen können. Zuerst hat uns Herr Fechenbach seine Ansicht vorgetragen, die auch die der französischen Großkapitalisten ist, dann Herr Dr. Löwenfeld, dessen Ausführungen etwa die der deutschen Sozialdemokratie auf diesem Gebiete sind. Wenn auch wir, die wir verschiedener politischer Meinung sind, und unsere Anwälte diesem Beispiel folgen wollten, dann würde ein ganzer Vortragszyklus entstehen. Was Herr Fechenbach sagte, ist für jeden, der sich tiefer mit den Dingen beschäftigt, voll von Irrtümern. Ich glaube, daß die Herren Sachverständigen darüber erstaunt waren, daß es überhaupt möglich ist, daß jemand, der öffentlich in Deutschland über diese Dinge spricht, eine solche Unwissenheit besitzt, wie Herr Fechenbach. Daraus ist wohl die Heiterkeit am Sachverständigentisch gekommen. Es ist unmöglich, auf diesem von der Gegenpartei beschrittenen Weg zu folgen. Dazu genügten drei Wochen nicht; der Gerichtshof müßte sich für drei Jahre in Permanenz

Digitized by Google

erklären, wenn alle die Fragen, die Herr Fechenbach erörtert hat, richtig untersucht werden wollten. Herr Fechenbach scheint keine Vorstellung von wissenschaftlicher Methodik zu haben, sein Gesichtskreis geht über die Veröffentlichungen der „Morgenpost" und einiger Memoiren nicht hinaus. Wir haben Sachverständige ohne Rücksicht auf die Parteistellung geladen, Herren, die die meiste Fachkenntnis besitzen und Autoritäten auf ihrem Gebiet sind. Wir vertreten hier keinen Parteistandpunkt, weder in juristischem, noch in politischem Sinne, wir wollen vielmehr die Sache soweit klären, als sie auf diesem Spezialgebiet mit Urkunden und den besten Sachverständigen geklärt werden kann. Einen Punkt muß ich aber doch hervorheben: Es scheint, daß Herr Fechenbach gar nichts weiß von dem, was draußen vorgeht in der Oeffentlichkeit bei den Arbeiterparteien der anderen Länder. Ich erwähne das, weil Herr Fechenbach nach meiner Vermutung einer Partei angehört, die überwiegend Arbeiterpartei ist. Er scheint nicht zu wissen, was in der französischen Arbeiterpresse und bei der englischen Labour Party jeden Tag vorgeht. Er würde sich wohl dieser unglaublichen Blamage von heute nicht ausgesetzt haben, wenn er nur einigermaßen die Vorgänge verfolgt hätte, die zur Zeit in der Pariser Arbeiterpresse sich abspielen; ich erinnere nur an das libre noir, das wir wohl der Sowjetregierung verdanken. Wir werden es anders machen als die Gegenseite. Wir werden nur Dinge behaupten, die wir sofort entweder durch Urkunden oder durch beeidigte Aussagen unter Beweis stellen.

Es werden dann verschiedene

Zeugen

vernommen, die Auskunft über die dienstliche Stellung Fechenbachs im Ministerium des Aeußern unter Eisner geben.

Rat und Geheimsekretär **Friedrich Bebel** bekundet, daß Fechenbach als politischer Sekretär Eisners vertragsmäßig am 8. November 1918 mit einem Monatsgehalt von 500 *M* angestellt wurde. Eisner habe eine eigene Kanzlei gehabt, in der vermutlich die politischen Arbeiten angefertigt wurden. Auf die Frage, ob Eisner oder Fechenbach die Schlüssel zum Schrank verlangten, in dem die Geheimakten verwahrt wurden, erklärte Zeuge, daß er die Schlüssel nicht mehr gehabt, sondern sie schon früher abgegeben habe wegen der Reorganisation des politischen Archivs.

Ministerialrat Dr. **Friedrich Lindner** im Handelsministerium, früher im Ministerium des Aeußern, erklärt, daß Eisner am 9 November 1918 zum ersten Mal in das Ministerium gekommen und die höheren Beamten zu sich berufen habe, wobei er ihnen Unterleitner und Fechenbach vorgestellt habe. Letzterer habe dann als Sekretär im Vorzimmer des Ministers Platz genommen. Fechenbach war zuerst auf Wartegeld angestellt und erhielt sodann einen Dienstvertrag mit dreimonatiger Kündigungsfrist und einem Monatsbezug. Seine Stellung wurde als die eines persönlichen Sekretärs Eisners aufgefaßt. In der im Vorzimmer Eisners eingerichteten Abteilung, wenn man sie so nennen wolle, seien die politischen Angelegenheiten erledigt worden. Diese Angelegenheiten gingen nicht durch die normale Registratur und das normale Ein- und Auslaufbureau.

Graf **Pestalozza** bemerkt hierzu, es sei also hier eine Art doppelter Buchführung vorhanden gewesen. Zeuge erklärt, daß es nur eine einfache Buchführung gewesen sei, denn die normale Registratur und das Ein- und Auslaufamt hätten nichts von der Tätigkeit dieser politischen Abteilung erfahren. Wo die Akten dieser Abteilung aufbewahrt wurden, kann Zeuge nicht angeben. Ob Fechenbach des Schreibmaschinenschreibens kundig gewesen sei und es ausgeübt habe, vermag er ebenfalls nicht anzugeben.

Legationsrat Frhr **v. Pavius** bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin gibt Aufschluß über das Zustandekommen der Abschrift, die von dem Konzept des Legationsrates v. Schoen genommen wurde. Von München aus sei an die bayerische Gesandtschaft telephoniert worden, daß bei den politischen Akten in München einige Berichte vermißt würden; darunter sei auch der Bericht des Legationsrates v. Schoen vom 18. Juli 1914 genannt. Die Gesandtschaft wurde gebeten, Abschriften nach München zu senden. Es dürfte dies am 13. oder 14. November 1918 gewesen sein. Die betreffende Abschrift sei sofort am darauffolgenden Tage gemacht und nach München gesandt worden. Am 24. November, als der Artikel im „Berliner Tageblatt" erschienen war, sei er im Ministerzimmer der bayerischen Gesandtschaft bei Eisner gewesen. Dieser habe ihm das Tageblatt gezeigt und ihn gefragt, ob er den Bericht schon gelesen habe. Er habe darauf erwidert, daß er sich die Sache schon angesehen habe, es sei aber ein Irrtum darin enthalten, denn der Bericht stamme nicht von Lerchenfeld, sondern von Herrn v. Schoen; Lerchenfeld sei damals beurlaubt gewesen und Schoen Geschäftsträger. Darauf fragte Eisner, woher Zeuge das wisse. Der Zeuge bemerkte hierauf, er wisse dies aus den Akten, und auf die Frage, ob er das beweisen könne, habe er ihm die Akten des zweiten Halbjahres 1914 überbracht und das Original mit der Handschrift von Herrn v. Schoen überreicht. Aus dem erstaunten Gesicht, das Eisner machte, als er sah, daß der Bericht nicht von Graf Lerchenfeld sei, glaube er schließen zu dürfen, daß vielleicht Eisner selbst sich mit dieser Abschrift, die nach München geschickt wurde, nicht weiter beschäftigt habe. Auf verschiedene Zwischenfragen der Parteivertreter bemerkt der Zeuge, er glaube, daß die Abschrift in Maschinenschrift nach München geschickt wurde. Gleichviel aber, ob es Maschinenschrift oder Handschrift gewesen, sei anzunehmen, daß auch diese Abschrift nach der Uebung mit dem vollen Namen unterzeichnet war.

Digitized by Google

R.-A. Graf **Pestalozza** hält Fechenbach vor, daß schon im Zuge nach Berlin die Abschrift besprochen worden sei, wobei doch Fechenbach anwesend war. **Fechenbach** bemerkt hierzu, er habe keine Ursache, etwas zu verschweigen. Die Akten, die Eisner mit nach Berlin genommen habe, seien umfangreiche Faszikel gewesen mit Gesandtschaftsberichten, in denen Eisner während der Fahrt nach Berlin gearbeitet habe.

Dr. **Löwenfeld** erklärt, eine persönliche Bemerkung machen zu müssen: Herr Prof. Cossmann habe an den Ausführungen des Privatklägers in starker Form persönliche Kritik geübt. Der Privatkläger werde diesem Beispiel nicht folgen, sondern sich auf die reinen Tatsachen beschränken. Zu der Frage der Methode der doppelten Buchführung bemerkt Dr. Löwenfeld, daß die betreffende Behauptung Fechenbachs bei den Sachverständigen Heiterkeit erregt habe. Er greife diesen Anlaß auf, um zunächst in einem Punkte diese Methode dadurch urkundlich unter Beweis zu stellen, daß er den zweiten Buchführungsbericht, den Ergänzungsbericht zum Bericht des Herrn v. Schoen, verlese. In diesem werde von der bayerischen Gesandtschaft in Berlin der bayerischen Regierung die Anweisung erteilt, wie sie lügen könne und wie sie lügen solle. Er werde unter Beweis stellen, wie die bayerische Regierung sich dieses Auftrages des Grafen Lerchenfeld entledigt habe. Dieser Bericht, der bisher der Oeffentlichkeit nicht bekannt geworden ist, sei einer jener Berichte, die eine Aktennummer nicht tragen und anscheinend durch die amtlichen Akten nicht gegangen sind. Es sei ein Privatbrief des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling.

R.-A. **Warmuth** erhebt gegen die Verlesung des Briefes mit der Begründung Einspruch, daß der Brief erst in Gegenwart des Grafen Lerchenfeld verlesen werden dürfe.

Dr. **Löwenfeld** teilt mit, daß er den Brief Prof. Cossmann und dem Gericht bekannt gegeben hat und daß er zusammen mit Prof. Cossmann beim Grafen Lerchenfeld war, um sich über die Authentizität des Briefes zu unterrichten.

R.-A. **Graf Pestalozza**: Es handelt sich aber doch um ein Unikum. Wahr ist, daß wir von dem Brief tatsächlich nicht überrascht worden sind und von ihm Kenntnis hatten. Auch Graf Pestalozza empfiehlt, die Verlesung des Briefes bis zur Anwesenheit des Grafen Lerchenfeld zu verschieben. Er habe den Eindruck, als ob durch die Verlesung des Briefes dem Verhandlungstage ein wirkungsvoller Abschluß gegeben werden sollte.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bestreitet diese Absicht und besteht auf der Verlesung des Schreibens. Er will jedoch unter Berufung auf sein Berufsgeheimnis nicht angeben, wo das Original ist.

Der Vorsitzende verliest hierauf folgende Abschrift eines Briefes des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling:

Königlich
Bayerische Gesandtschaft

Berlin, 9. Dezember 1914

Hochverehrtester Freund!

Das französische Gelbbuch liegt hier noch nicht vor. Die Zeitungen haben aber bereits Auszüge gebracht. Der des „Matin" erwähnt eine Unterredung zwischen Euer Exzellenz und dem französischen Geschäftsträger, Herrn Alliz6, die auch in deutschen Zeitungen gemeldet wird. Nach dem „Matin"-Auszug hätten Euer Exzellenz Herrn Alliz6 gesagt, daß Ihnen das österreichische Ultimatum bekannt sei. Nach dem „Berliner Tageblatt" hätte Ihre Mitteilung gelautet, daß das Ultimatum Ihnen in seinen Hauptzügen bekannt sei und Sie die Lage für ernst hielten.

Ich lege die erwähnten Ausschnitte samt einem Ausschnitt aus der „Times" in der Anlage vor.

Heute hat mich Graf Wedel auf die Sache angeredet und bemerkt, daß diese Zeitungsmeldungen hier großes Aufsehen erregt hätten. Das Auswärtige Amt habe allen Staaten und der Oeffentlichkeit gegenüber immer daran festgehalten, daß ihm das österreichische Ultimatum vor seiner Ueberreichung in Belgrad nicht bekannt gewesen sei. Dieses Gebäude, das für die Stellung des Reiches den jetzigen Feinden gegenüber wichtig sei, würde durch die Aeußerung Eurer Exzellenz an Herrn Alliz6, wenn sie unwiderlegt bliebe, umgestürzt.

Ich habe Graf Wedel erwidert, daß Euer Exzellenz das Ultimatum sicherlich nicht gekannt hätten. Wenn die Unterredung mit Herrn Alliz6 überhaupt stattgefunden hätte, was ich nicht wisse, so würden Eure Exzellenz diesem gewiß nur gesagt haben, daß Oesterreich, wie die Dinge liegen, ernste Garantien von Serbien verlangen müsse, und daß hienach die Lage ernst sei.

Nun ist mir aus den Akten bekannt, daß Euer Exzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn v. Schön, vom 18. Juli l. J. Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatumsnote ersehen hatten. Schön hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behaupten werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden, wie alle anderen Mächte. Dabei muß es selbstredend bleiben und es muß daher auf alle Fälle bestritten werden, daß Euer Exzellenz den Inhalt des Ultimatums vor seiner Ueberreichung gekannt haben. Denn, wie der „Matin" sagt, kann nicht angenommen werden, daß das, was man in München wußte, nicht in Berlin bekannt gewesen wäre. ... que le Gouvernement bavarois qui ne pouvait avoir de secret pour Berlin....

Ich erwarte nun den Befehl, was ich dem Grafen Wedel auf seine Anfrage antworten soll. Dem Auslande gegenüber muß, wie schon gesagt, auf alle Fälle alles bestritten werden. Was die Stellung gegenüber dem hiesigen Auswärtigen Amt betrifft, so dürfte hier in Betracht kommen, daß die österreichische Note in Belgrad am 23. Juli, also am selben Tage in Belgrad übergeben worden ist, an dem die angebliche Unterredung Eurer Exzellenz mit Herrn Alliz6 stattgefunden haben soll. Ferner, daß schon vorher einiges aus der Note am Tage vor dem 23. in der Presse durchgesickert war. („Münchner Neueste Nachrichten" vom 22. Juli, Vorblatt Nr. 370, Seite 1. „Vor einer neuen Krisis.") Es wird in diesem Artikel von der Unterdrückung der verbrecherischen Propaganda in Serbien gesprochen. Die Lage war also ernst und es muß verständlich sein, wenn Euer Exzellenz den französischen Geschäftsträger darauf aufmerksam gemacht haben. Es ist endlich auch möglich, daß Unterstaatssekretär Zimmermann sich der Unterredung mit Schön (18. Juli) nicht mehr erinnert und daß man den Bericht Schöns vom

Digitized by Google

gleichen Tage ignorierte. Aber darauf ist kein Verlaß. Es scheint mir deshalb nicht zu empfehlen, dem Auswärtigen Amt jede Kenntnis der österreichischen Note in Abrede zu stellen. Aber ebenso wenig notwendig des Berichtes Schöns Erwähnung zu tun, wenn nicht darnach gefragt wird.

Aber Euer Exzellenz werden dies alles am besten selbst ermessen und ich bitte, meine Vorschläge nur meiner guten Absicht anzurechnen, die Sache möglichst glatt aus der Welt geschafft zu sehen.

Noch eines möchte ich bemerken: Es wird wohl darauf hinauslaufen, daß eine Richtigstellung in der Bayerischen Landeszeitung erscheint. Vielleicht senden mir Euer Exzellenz gleich mit der Antwort auf diesen Brief einen Entwurf einer solchen Erklärung, den ich im Auswärtigen Amt zur Sprache bringen kann.

In treuer Verehrung
Euer Exzellenz
treu ergebener
gez.: Graf Lerchenfeld.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** beantragt, die Erklärung der bayerischen Regierung in der „Bayerischen Staatszeitung" vom 13. Dezember 1914 zu verlesen.

Der Vorsitzende verliest dann folgende Regierungserklärung:

Das französische Gelbbuch und das österreichische Ultimatum an Serbien

Aus dem französischen „Gelbbuch", das in seinem offiziellen Wortlaut hier noch nicht bekannt ist, haben französische und englische Zeitungen Auszüge gebracht, die auch in der deutschen Presse besprochen werden. In diesen Auszügen findet sich die Behauptung, daß der bayerischen Regierung das österreichische Ultimatum vor Ueberreichung der betreffenden Note an die serbische Regierung bekannt gewesen sei, oder, wie eine andere Lesart lautet, daß Staatsminister Graf v. Hertling am 23. Juli (dem Tag der Ueberreichung des Ultimatums) dem französischen Geschäftsträger Allizé in München gesagt habe, die österreichischen Forderungen seien ihm in ihren Hauptzügen bekannt und die Situation sei ernst.

Demgegenüber muß aufs bestimmteste festgestellt werden, daß die bayerische Regierung und der Staatsminister des K. Hauses und des Aeußeren, Graf von Hertling, von den seitens der österreichisch-ungarischen Regierung an die serbische Regierung gestellten Forderungen erst durch die am 24. Juli erfolgte Veröffentlichung in der Presse Kenntnis erhielten, und daß der bayerischen Regierung, wie auch dem Staatsminister Grafen v. Hertling vorher weder der Wortlaut des Ultimatums, noch die seitens der österreichisch-ungarischen Regierung am 23. Juli gestellten Forderungen in ihren Hauptzügen bekannt waren.

Die oben genannten Behauptungen des französischen Gelbbuches entsprechen demnach nicht der Wahrheit; damit entfallen auch die Schlüsse, die daraus gezogen werden wollten.

Prof. **Coffmann**: „Ich wollte nur ein Wort sagen über den Vorgang, den Herr R.-A. Löwenfeld eben erwähnte, daß zwei der Herren Anwälte und mir diese Sache bekannt war. Das kam so, daß Herr Dr. Löwenfeld offenbar zu den Anwälten gesagt hat, er hätte in dieser Sache etwas ganz Fürchterliches. (Zuruf des R.-A. Löwenfeld.) In diesem Sinne habe ich die Sache wenigstens verstanden. (R.-A. Löwenfeld: Nein!) Jedenfalls etwas, was uns veranlassen würde — so habe ich die Sache aufgefaßt —, diesen Prozeß gar nicht stattfinden zu lassen, und etwas, was Deutschland sehr schädigen würde. Es ist ganz ungewöhnlich, daß ein Gegenanwalt einen solchen Clou, wenn ich so sagen darf, der Gegenseite vorher verrät. Er hat es deswegen getan — so hat er wenigstens damals, wie ich glaube, den Herren gesagt —, weil er dächte, daß es von sehr schädlichen Wirkungen sein würde, wenn die Sache bekannt würde, daß wir jedenfalls vor Genua, so hat Herr Löwenfeld gesagt, den Prozeß gar nicht stattfinden lassen würden. Ich habe das Schriftstück gesehen und fand an der Sache nichts weiter, ich fand, daß für jeden, der die Farbbücher und die Vorgänge über das Bekanntwerden der befristeten Note kennt, nicht irgend etwas Neues darin ist. Ich hatte also keine Bedenken, daß das bekannt wird. Dann hatte Herr Löwenfeld noch das Bedenken, daß es vielleicht dem Grafen Lerchenfeld, dem Gesandten, sehr unangenehm sein würde, hier vor Gericht über diese Sache gefragt zu werden, und da haben wir uns dann dahin verständigt, daß Herr Löwenfeld und ich zu Graf Lerchenfeld in die Privatwohnung gegangen sind. Graf Lerchenfeld las aber die Sache und sagte, daß er gern darüber aussagen würde und daß gar nichts im Wege stände, ihn hierher zu laden."

Vorsitzender: Morgen wird er hier erscheinen.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bedauert jetzt, der Gegenseite von der Urkunde Kenntnis gegeben zu haben. Er habe es lediglich getan, weil die Gegenseite einen moralischen Anspruch darauf habe, nicht durch irgendwelche Ueberraschungstaktik im Gerichtssaal festgelegt zu werden. Er habe durchaus loyal gehandelt; die verdeckt ausgesprochene Vermutung sei geradezu absurd. Dr. Löwenfeld ging dann zur Verlesung einer großen Zahl von Schriftstücken aus der Sammlung der Kriegsurkunden von Montgelas-Schücking *) über, wobei er aus Aeußerungen Tschirschkys, Lichnowskys, aus Randbemerkungen des Kaisers usw. den Nachweis zu führen versuchte, daß Deutschland an Oesterreich eine Blankovollmacht für die Lösung der serbischen Krise erteilt habe. Weiter erörterte er den Stand der militärischen Vorbereitungsarbeiten Deutschlands und erklärte, er werde den Grafen Montgelas als Zeugen darüber vernehmen lassen, ob die in der Literatur sich findende Angabe richtig sei, daß der von der österreichischen Regierung nach Serajewo entsandte Dr. v. Wiesner keinen Nachweis für eine Beteiligung der serbischen Regierung an dem Attentat habe erbringen können. Wenn das richtig sei, wäre die deutsche Regierung bewußt von der österreichischen Regierung getäuscht worden. Der Vertreter des Privatklägers geht dann auf die zahlreichen Warnungen ein, die der deutschen und österreichischen Regierung zugegangen sind und kommt

*) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Berlin 1919.

Digitized by Google

schließlich zu dem Resultat, daß erst am 28. Juli eine Wendung in der deutschen Politik eingetreten ist.

Nach mehrfachen Unterbrechungen fährt Dr. **Löwenfeld** fort: Die Frage, ob Deutschland schuld am Kriege ist, könne nur historisch festgestellt werden. Es sei das Gefährlichste, an die Ergründung der Frage mit der vorgefaßten Absicht, die Schuld oder Unschuld beweisen zu wollen, heranzutreten. Die Anschauung, daß Fechenbach Deutschland allein die Schuld am Kriege gebe, sei vollkommen irrtümlich. Wenn man von Schuld spreche, sei noch lange nicht gesagt, daß es sich um Alleinschuld handle.

Prof. **Cossmann**: Die Verhandlung wird stenographiert und wenn Sie nur einen Satz in den Ausführungen des Herrn Fechenbach finden, der nicht für die Alleinschuld Deutschlands spricht und den andern auch nur ein Atom von Schuld zuspricht, dann haben Sie recht, im anderen Falle nicht!

2. Verhandlungstag.

Freitag, den 28. April

Vorsitzender **Amtsgerichtsrat Frank** eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Oberregierungsrat Dr. Karl Alex. v. Müller Honorarprofessor der Geschichte an der Universität München kommt zu der gleichen Auffassung, die er bereits in den Süddeutschen Monatsheften Juliheft 1921 vertreten hat. Es liegt eine Fälschung im objektiven wie im subjektiven Sinne vor. Kautsky selbst habe auf Grund seiner späteren Aktenkenntnisse seine ursprüngliche Meinung von der Schuld Deutschlands nicht mehr vertreten, sondern revidiert. Ueber die Entstehung der Fußnote äußert er sich folgendermaßen: „Ich darf vielleicht noch meinen Eindruck sagen, den ich bei der Mitteilung von Herrn Professor Cossmann gehabt habe, wie er die Anmerkung vorlas. Ich habe gesagt, das ist „echt Cossmann", er entschuldigt auch Eisner in dem Augenblick, wo er etwas Entlastendes hört. An sich ist diese Anmerkung eine Abschwächung des Inhalts des Artikels. Ich sagte oben, Ministerpräsident Eisner hat diese Fälschung gemacht, und darunter setzt die Redaktion die Anmerkung, Eisner war es gar nicht, sondern nur sein Sekretär Fechenbach. Ich war damals überzeugt und bin es heute noch, daß Professor Cossmann die Anmerkung geradeso daruntergesetzt hätte, wenn es sich nicht um Fechenbach gehandelt hätte, sondern wenn er etwa von einem Beamten des alten Regimes gehört hätte, daß er diese Fälschung begangen habe.

Ich möchte dabei noch eines sagen, und zwar mit der vollen Ueberlegtheit, mit der man eine Aussage vor Gericht macht: Ich komme durch meinen Beruf mit vielen Menschen aus wohl allen Kreisen des Volkes zusammen, darunter mit vielen, die ich für wahrheitsliebend halte und deswegen ehre und achte; aber ich möchte mit vollem Bewußtsein sagen, es ist keiner darunter, der von einer so unbedingten, wenn man will, rücksichtslosen Wahrheitsliebe erfüllt ist wie Professor Cossmann. Er ist darin von einer Unbedingtheit, wie vielleicht wenige Menschen überhaupt. Es ist das eine Charaktereigenschaft, die die Menschen, die mit ihm zusammenkommen, sehr bald in zwei Teile spaltet. Die einen, die Kompromißnaturen sind, werden abgestoßen, für die anderen ist die Bekanntschaft mit ihm etwas, was sie fürs Leben mitnehmen wegen dieser absoluten und unbedingten Wahrhaftigkeit."

R.-A. Dr. Philipp **Löwenfeld**: Ist es dem Zeugen bekannt, daß **Kautsky** ausdrücklich erklärt hat, er habe nicht ein einziges Wort von dem zurückzunehmen, was er in seinem Kriegsbuche geschrieben habe.

Dr. **v. Müller**: Ich habe nur gesagt, daß Kautsky seine ursprüngliche Meinung von der Alleinschuld Deutschlands revidiert hat. Ich kenne die letztangeführte Aeußerung Kautskys nicht.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** übergibt dem Gericht die „Freiheit" vom 25. Juni 1921, um daraus einen Artikel Kautskys zu verlesen. Die Verlesung wird zurückgestellt. Der Vertreter des Klägers fragt dann, ob der Zeuge beachtet hat, daß in der Einleitung der Eisnerschen Veröffentlichung gesagt wird, Graf Lerchenfeld erörtere die Beziehungen, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Oesterreichs an Serbien bestehen.

Dr. **v. Müller**: Selbstverständlich, aber das ist nicht der Betreff.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Weiß der Zeuge, daß Eisner bereits am 18. November 1918 an die Reichsregierung die Forderung gestellt hat, alle Dokumente, selbstverständlich auch alle entlastenden, zu veröffentlichen und daß dies von der Reichsregierung vor dem Versailler Friedensvertrag nicht geschehen ist?

Dr. **v. Müller**: Das weiß ich, das konnte aber jedenfalls vor dem 24. Noember nicht ausgeführt werden.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: War dem Zeugen die Berichtigung bekannt, als er schrieb, daß mit voller Absicht der Name des Verfassers gefälscht wurde?

Dr. **v. Müller**: Selbstverständlich. Wenn Eisner die Sache wirklich berichtigen wollte, hätte er das an gleicher Stelle tun müssen, und zwar durch die Korrespondenz Hoffmann.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Hat der Zeuge irgendwelche Ermittlungen angestellt darüber, von wem die Berichtigung ausgeht?

Dr. **v. Müller**: Es waren schon lange Presseerörterungen vorhergegangen. Auch Fechenbach hat darin das Wort ergriffen. Es war aber nie darin gesagt worden, daß Eisner die Berichtigung veranlaßt hat. Ich halte mich an den Wortlaut der Vorlage.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Ist dem Zeugen bekannt, was Eisner im Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat sagte?

Digitized by Google

Dr. v. **Müller**: Das ist mir bekannt. Der Bericht Eisners wird aber heute noch von Staatsmännern der Entente als Lerchenfeldscher Bericht verwertet. Wenn die Berichtigung so wichtig war, darf ich wohl den Kläger fragen, warum die Blätter seiner Partei die Berichtigung nicht gebracht haben.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** fragt den Zeugen, ob er im Auftrag oder im Einverständnis mit der Gegenseite sich darüber informiert hat, welche Stellung ein oder einige Sachverständige in der vorwürfigen Frage einnehmen und ob ihm bekannt ist, daß davon die Ladung des einen oder anderen Sachverständigen zu diesem Termin abhängig gemacht worden ist.

Dr. v. **Müller**: Ich kann mich erinnern, daß ich mit einem der von Ihnen geladenen Sachverständigen gesprochen habe, mit Herrn Prof. Quidde, den ich als Mitglied der Akademie kenne und dessen Stellung mich persönlich interessierte. Das war vor Monaten und geschah nicht im Auftrag der Gegenpartei.

Prof. **Coffmann** weist darauf hin, daß Fechenbach gestern in Abwesenheit des Zeugen die schwersten Angriffe gegen dessen wissenschaftlichen Ruf gerichtet habe. Es wäre wichtig, daß Fechenbach das in Gegenwart des Zeugen wiederhole. Fechenbach habe es als außerordentlich unwissenschaftlich hingestellt, daß Professor von Müller von der Eisnerschen Veröffentlichung geschrieben hat, es sei dies die erste große Selbstbezichtigung eines am Krieg beteiligten Volkes gewesen.

Fechenbach findet es eigenartig, daß ein Satz herausgegriffen werde, den er schon vor Monaten geschrieben habe, worauf Prof. **Coffmann** erwidert, er habe nicht angenommen, daß Artikel der „Münchner Morgenpost" als Material für das Gericht betrachtet werden. (Heiterkeit.)

Dr. v. **Müller** erklärt, er würde seinen wissenschaftlichen Ruf dann aufs Spiel gesetzt haben, wenn er gesagt hätte, die Veröffentlichungen z. B. von Mühlon seien eine Selbstbezichtigung des deutschen Volkes. Im vorliegenden Falle liege die Sache aber doch wesentlich anders. Eisner habe als Ministerpräsident des zweitgrößten Bundesstaates gesprochen mit der ganzen Autorität dieser Stellung und deshalb sei es eine Bezichtigung des deutschen Volkes zu nennen.

Dr. Friedrich Muckle
bayerischer Gesandter in Berlin während der Aera Eisner,
nun Privatgelehrter in der Nähe von Heidelberg, bekundet als Zeuge, daß die Eisnersche Veröffentlichung in seinem Arbeitszimmer in der Gesandtschaft in Berlin von Eisner selbst diktiert worden sei. Ob die Person, der in die Schreibmaschine diktiert wurde, Fechenbach war, könne er nicht mehr genau sagen. Es sei ihm nur aufgefallen, daß Eisner beim Diktieren stockte und lange Pausen machte. Er wisse, daß die Person, der diktiert wurde, nicht in der Form einer Diskussion oder sonstigen Bemerkung auf Eisner eingewirkt habe. Er habe vielmehr den Eindruck gehabt, daß Eisner frei von sich aus dieses Dokument diktierte.

Prof. **Coffmann**: Wissen Sie, auf welche Weise sich Eisner vorbereitet hat?

Dr. **Muckle**: Das kann ich nicht sagen, weil Eisner damals von München nach Berlin fuhr und ich bei der Fahrt nicht dabei war. Auf eine Frage der Verteidigung erklärt der Zeuge, es sei möglich, daß die Berichtigung der bayerischen Gesandschaft, wonach nicht Graf Lerchenfeld, sondern Legationsrat v. Schoen der Verfasser des Berichtes sei, von ihm (dem Zeugen) stamme. Ob Eisner die Berichtigung veranlaßt habe, könne er nicht mehr sagen.

Graf Josef Maria von Soden-Fraunhofen
früherer Legationssekretär der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, nun Oberamtmann in München, wird nunmehr als Zeuge über das Zustandekommen der Abschrift von dem Schoenschen Konzept vernommen. Es sei üblich gewesen, daß bei Abschriften, die nach Konzepten gemacht wurden, nicht nur die Chiffre (Aktenzeichen) geschrieben, sondern auch die volle Namensunterschrift gesetzt wurde. Auf Grund seiner persönlichen Kenntnisse könne er Rat Keller, der die Abschrift gemacht habe, als außerordentlich zuverlässigen, peinlich gründlichen Beamten bezeichnen und er halte es für ausgeschlossen, daß Keller bei dieser Abschrift nur ein „Sch." gesetzt habe, sondern daß er jedenfalls „von Schoen" oder „v. Schoen" geschrieben habe.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Haben alle Berichte, die von der bayerischen Gesandtschaft an das Ministerium gingen, Nummern und Aktenzeichen getragen oder gibt es auch Berichte vertraulicher Art, die vom Gesandten zum Minister zum Teil in Form von Privatbriefen gingen.

Graf Soden: Es gibt auch Berichte, die in der Form von Privatbriefen des Gesandten an den Ministerpräsidenten gingen. Diese Berichte trugen, soweit ich mich erinnere, keine Aktenzeichen.

Fechenbach: Waren diese Berichte amtliche Berichte oder Privatbriefe?

Graf Soden: Es waren amtliche Berichte, die keine Nummern trugen.

Fechenbach: Wurde nicht in diesen Berichten ein Unterschied in der Darstellung insofern gemacht, als sie die Dinge wahrheitsgemäßer berichteten und vielleicht auch Dinge enthüllten, die in den amtlichen Berichten nicht enthalten waren?

Graf Soden: „Ich erkläre ausdrücklich auf meinen Eid, daß ein derartiger Unterschied, wie der Kläger angenommen hat, nicht gemacht wurde. Der Unterschied zwischen numerierten Berichten und Privatbriefen war ein rein formaler. Wir unterschieden: Berichte, die adressiert waren an Seine Majestät den König, Berichte, die an den Ministerpräsidenten persönlich adres-

Digitized by Google

fiert waren mit Höflichkeitsformel — Hochverehrtester Herr Ministerpräsident oder so ähnlich — und endlich Berichte, die nur an das Staatsministerium adressiert waren und keine Höflichkeitsformeln enthielten. Es war üblich, daß die politischen Berichte in der Form 1 oder 2, d. h. in der Form ad maiestatem oder in der Form persönlich an den Ministerpräsidenten formuliert wurden. Aber irgend ein tieferer Grund lag dieser Unterscheidung nicht zu Grunde."

Vorsitzender: War anzunehmen, daß dann, wenn ein Privatbrief geschrieben wurde, man der Oeffentlichkeit etwas vorenthalten wollte?

Graf Soden: Die Absicht, die volle Wahrheit zu sagen, bestand bei allen Berichten. Mit der Möglichkeit, daß diese Berichte, die alle streng vertraulich waren, überhaupt veröffentlicht wurden, haben wir nicht gerechnet, weder in der einen, noch in der anderen Form. Alle Berichte waren gleich geheim und alle enthüllten in gleicher Weise die Tatsachen, die nach der Ueberzeugung des Berichterstatters der Wahrheit entsprachen.

R.-A. **Graf Pestalozza**: Sind die Privatbriefe auch vom Empfänger als amtliche verwahrt worden.

Graf **Soden**: Selbstverständlich.

R.-A. **Graf Pestalozza**: Ein solcher Bericht kann somit in andere Hände nur durch eine strafbare Handlung kommen. Gestern wurde ein Brief vorgelegt, den Graf Lerchenfeld geschrieben haben soll und der meines Wissens ein nummerierter Brief ist. Dieses Schriftstück müßte also nach Ihren Angaben ebenfalls in den Akten sich befinden, wenn es ordnungsgemäß aufbewahrt worden wäre.

Graf **v. Soden** kommt hierauf an der Hand von Notizen, die er sich in jenen Tagen gemacht hat, auf die Berliner Vorgänge nach der Revolution zu sprechen. Der bayerische Gesandte Dr. Muckle hat sich am 14. November nachmittags in der bayerischen Gesandtschaft vorgestellt Graf Lerchenfeld ist am 12. November abends von Berlin abgereist. Der Zeuge erinnert sich genau, daß das Ersuchen des Staatsrates von Lößl, Abschriften von nicht auffindbaren Akten — seines Erinnerns seien es zwei gewesen — nach München zu senden, vor der Ankunft des Dr. Muckle erfolgt ist. Die Akten der bayerischen Gesandtschaft befanden sich im Arbeitszimmer des Herrn v. Schoen in einem Schrank, zu dem Graf Lerchenfeld, Herr von Schoen und Graf Soden Schlüssel hatten. Nach der Ankunft Dr. Muckles wurde die Gesandtschaft von diesem ersucht, die politischen Akten der letzten Jahre ihm auszuhändigen. Dies geschah. Das Konzept des Schoenschen Berichtes befand sich in den Akten, die vollständig Dr. Muckle übergeben wurden.

Prof. Coffmann: Ist Ihnen durch das damalige Zusammensein mit Eisner bekannt, ob Eisner mit dieser Aktenpublikation das tun wollte, was die französischen Chauvinisten, was Clemenceau wünschten, daß er tue?

Graf Soden: Am 23. November kam Eisner in Berlin an. Am 24. November, Sonntag nachmittag 4 Uhr, wurden wir zu Eisner gebeten. Es sollte bei Eisner eine Besprechung stattfinden mit den Beamten der Gesandtschaft und mit dem bayerischen stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten. Außerdem erschienen Herr von Stockhammern, Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission, und der bayerische Legationsrat Freiherr von Gebsattel; ich glaube, auch dieser war Mitglied der Waffenstillstandskommission. Auf Veranlassung des Dr. Muckle äußerte sich Eisner über seine politische Auffassung und seine Pläne im allgemeinen. Auch der Kläger hat in Begleitung Eisners an der Besprechung teilgenommen, außerdem Dr. Muckle und sein Privatsekretär. Ich habe mir notiert, daß Eisner ebenso wie vorher schon Dr. Muckle in Privatgesprächen ausdrücklich aussprach, daß er via Förster in ständiger Fühlungnahme mit Herrn Clemenceau stehe und daß Clemenceau dem Eisner auf diesem Weg habe wissen lassen, daß rückhaltlose Bloßstellungen der früheren deutschen Machthaber — wie sie durch die Veröffentlichung des Schoenschen Berichtes in bezug auf die Schuld am Kriege erfolgt seien — die erste Vorbedingung zu einer wahren Versöhnung der Völker seien. Eisner fuhr fort, „Clemenceau, Lloyd George und Wilson sind alle drei die größten Idealisten (lebhafte Heiterkeit im ganzen Gerichtssaal), die nicht daran denken, das deutsche Volk zu vernichten." Nach Eisners Ausführung ereignete sich folgendes: Herr von Stockhammern ergriff das Wort und wies darauf hin, daß er in seiner Eigenschaft als Mitglied der Waffenstillstandskommission sich davon habe überzeugen können, daß Clemenceau nicht daran denke, das deutsche Volk zu schonen, daß im Gegenteil die Verhandlungen ergeben hätten, daß die Franzosen das deutsche Volk absolut vernichten wollen. So ungefähr lautete seine Erklärung. „Daraufhin — ich sehe das Bild jetzt noch vor mir — sprang Eisner auf und rief: Derartige Dinge werden von Gegnern der Revolution in die Welt gesetzt, um die berechtigte Wut des Volkes, die sich sonst gegen sie richten würde, auf die Entente abzulenken. Ich habe das größte Zutrauen zur Entente und lasse mich darin nicht irre machen."

Fechenbach fragt den Zeugen, ob ihm bekannt sei, daß von den sogenannten Privatbriefen auch Konzepte in der Gesandtschaft blieben.

Graf Soden: Nicht jedesmal. Graf Lerchenfeld hat es nicht immer getan.

Dr. **Löwenfeld**: Es liegt nahe, daß man Konzepte von solchen Berichten, die man absolut geheim halten wollte, nicht weitergegeben hat.

Graf Soden: Bezüglich der Geheimhaltung möchte ich sagen: Es bestand erfreulicherweise zwischen meinem hochverehrten Chef, dem Grafen Lerchenfeld, und seinen Mitarbeitern,

Digitized by Google

Herrn v. Schoen, Freiherrn v. Papius und mir ein solches Vertrauensverhältnis, daß es eine Geheimhaltung von Dingen, die zur Kenntnis des Chefs kamen, uns gegenüber nicht gab. Die Handhabung nach außen war gleich geheim bei allen Dingen.

Dr. **Löwenfeld**: Da ist anzunehmen, daß der Zeuge den Wortlaut des sogenannten Privatbriefes des Grafen Lerchenfeld an den Ministerpräsidenten Hertling gekannt hat.

Graf Soden: Ich kenne den Brief. Er ist geschrieben worden; ob es Wort für Wort stimmt, kann ich unmöglich sagen.

Abg. Dr. Pius Dirr

Herausgeber der bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch, Vorstand des Stadtarchivs München

wird als Zeuge und Sachverständiger beeidet. Er bekundet, daß das Original des Schoenschen Berichtes nicht bei den Akten ist und daß Staatsrat v. Lößl über dessen Verbleib aussagen wird.

Staatsrat von Lößl

bekundet, daß er am 8. November 1918 Mitteilungen darüber erhielt, daß mit den Akten in der Polizeidirektion schlimm umgegangen wurde. Er habe es daher für nötig erachtet, die Akten des Ministeriums des Aeußern zu sichern im Hinblick auf die Gefahr, daß geheime Berichte in die Hand der Feinde gelangen können oder daß die in den Berichten genannten Persönlichkeiten gefährdet sein könnten. „Ich habe daher den Auftrag gegeben, daß drei Aktenstücke, die sich auf Berichte vor dem Ultimatum bezogen, vernichtet werden, was auch geschah. Der Grund war nicht der, daß etwa in diesen Dokumenten ein Beweis für die Schuld Deutschlands enthalten war, sondern lediglich der, daß es sich um ganz vertrauliche Mitteilungen der Berliner Gesandtschaft handelte und uns die Pflicht oblag, solche Berichte strengstens zu verwahren. Als dann Eisner im Ministerium erschien, habe ich ihm von der Vernichtung dieser Aktenstücke Mitteilung gemacht und bemerkt, daß wir uns jederzeit wieder eine neue Ausfertigung von Berlin verschaffen können. Eisner bat mich hierauf darum und ich ersuchte bei der Gesandtschaft um die Herstellung von Abschriften. Bald darauf bat mich Eisner, ihm diese Abschriften auszuhändigen, welchem Ersuchen ich nachkam mit dem Bemerken, daß es sich um ganz vertrauliche Akten handle und es der diplomatischen Uebung widersprechen würde, sie zu veröffentlichen. Eisner erwiderte: Dann werde ich sie in meinem Schreibtisch einsperren. Zu meiner größten Ueberraschung ersah ich dann aus der Presse, daß der Schoensche Bericht doch veröffentlicht worden war. Eisner hat später in einer Versammlung seiner Referenten seine Handlungsweise verteidigt und er schien wirklich in dem Wahn befangen gewesen zu sein, damit etwas Gutes für Deutschland getan zu haben."

Auf eine Frage des Vorsitzenden erwiderte Staatsrat v. Lößl, daß die Abschrift des Berichtes mit „von Schoen" unterzeichnet war, wie es überhaupt Uebung war, daß derartige Abschriften mit dem ganzen Namen unterzeichnet wurden.

Vorsitzender: Hat eine Art doppelter Buchführung bestanden?

Staatsrat v. Lößl: Ein System der doppelten Buchführung in diesem Sinn hat nicht bestanden. Ich kenne wenigstens keine Berichte, die doppelt gehalten waren. Allerdings hat es persönliche Berichte des Gesandten an den Minister gegeben, die eigens verwahrt wurden, und gewöhnliche Berichte, die in die Registratur eingefügt wurden.

Graf von Lerchenfeld

früher bayerischer Gesandter und Staatsrat in Berlin

erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden: Ich kann nur sagen, daß der Bericht des Herrn von Schoen der damaligen Lage entspricht, sonst hätte ich ihn — ich habe ihn ja nach meiner Rückkehr gesehen — berichtigt. Zum Beweis dafür, daß der Bericht der Lage entspricht, möchte ich hinweisen auf die Kritik, die er durch den Reichskanzler und durch Unterstaatssekretär Zimmermann erfahren hat. Beide Herren haben die Veröffentlichung sehr bedauert. Sie haben darauf hingewiesen, daß es ein Stimmungsbericht ist, der im Zusammenhang mit der ganzen Weltlage beurteilt werden muß. Diese Bemerkung ist durchaus richtig. Gegen die im Bericht gemeldeten Dinge wurden Einwendungen nicht erhoben. Wenn Herr Zimmermann Zweifel aussprach, daß er Herrn v. Schoen seinerzeit die drei Punkte aus dem Ultimatum mitteilte, so kann ein Lapsus des Herrn v. Schoen vorliegen; er hat das vielleicht von anderer Seite erhalten, er hat ja mit drei, vier Leuten gesprochen; es kann sein, daß er da den Namen verwechselt hat, ebenso gut ist es möglich, daß Herr Zimmermann nach vier Jahren sich nicht mehr ganz genau an das erinnert, was er Herrn v. Schoen mitgeteilt hat. „Im allgemeinen ist die Richtigkeit auch von seiten der Kritik anerkannt worden. Der Reichskanzler hat selbst in der Mitteilung an die Deutsche Allgemeine Zeitung ausgeführt, daß es die Absicht der deutschen Regierung gewesen ist, daß Oesterreich eine scharfe Auseinandersetzung mit Serbien hat. Er sagt, daß das notwendig gewesen sei für die Stellung Oesterreichs als Großmacht und für den Wert des österreichischen Bündnisses, also auch für uns. Er bringt dann auch und hebt besonders hervor, daß diese Auseinandersetzung nach seiner Hoffnung aber den Krieg vermeiden könnte, jedenfalls die Frage lokalisieren und auf diese Lokalisierung legt er in seinen Ausführungen ganz besonderen Wert. Dies führt mich ganz von selbst darauf hin, darauf aufmerksam zu machen, daß die Kritik des Herrn von Bethmann und die Kritik des Unterstaatssekretärs Zimmermann sich auf den verstümmelten Bericht Schoens bezogen haben, den Bericht, wie er nach der Eis-

Digitized by Google

nerschen Publikation gelautet hat. In dieser Publikation sind alle diejenigen Stellen weggelassen worden, die auf die Lokalisierung Bezug haben; und das hat natürlich dem Bericht eine etwas andere Färbung gegeben und ich glaube, daß die Kritik der beiden Herren über den Bericht weniger scharf gelautet haben würde, wenn sie den vollständigen Bericht gekannt hätten. **Weiter möchte ich für die Beurteilung dieses Berichtes darauf aufmerksam machen, daß Herr von Schoen an Wissende geschrieben hat, d. h. an die bayerische Regierung, an den Grafen Hertling, die alle von der Weltlage unterrichtet waren und die vor allem, und darauf kommt es an, ganz genau gewußt haben, daß in Berlin weder der Kaiser, noch der Reichskanzler, noch die Regierung einen allgemeinen Krieg haben entfesseln wollen.** An die hat er geschrieben. Wäre sein Bericht für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen, so zweifele ich keinen Augenblick, daß er diesen Punkt stark betont hätte. Das war für ihn nicht notwendig, denn er mußte und konnte voraussetzen, daß das den Herren bekannt war. Ich kann nur wiederholen, was ich anfangs gesagt habe, daß ich den Bericht Schoens für vollständig übereinstimmend mit der Weltlage halte als Stimmungsbericht.

„Eine doppelte Buchführung ist möglich: Es kann ein Minister sich bei einem Agenten, bei einem Gesandten, bei einem Botschafter einen Bericht bestellen, der Unrichtiges enthält, um es zu veröffentlichen, oder um irgend jemand zu täuschen. Das kann ich aber sagen, daß in meiner ganzen Praxis — ich bin beinahe 40 Jahre Gesandter gewesen — keine doppelte Buchführung je stattgefunden hat. Ob ein Bericht den Titel getragen hat: An den König, ob er vertraulich war, der Zweck des Berichtes war, die Regierung zu unterrichten über das, was der Gesandte weiß. Es gab hier keinen Unterschied, die Berichte sind ganz genau gleich behandelt worden. Ich kann Bezug nehmen auf das, was Herr Staatsrat v. Lößl, wie in dem Dirrschen Buche steht, ausgeführt hat darüber. Es hat eine doppelte Buchführung bei uns nicht gegeben, und ich kann mich an keinen Fall erinnern, wo ich anders nach Hause berichtet hätte als das, was ich für die volle Wahrheit gehalten hätte." Dann kommt noch ein Brief, der schon eine größere Rolle gespielt hat.

Ich kann mich nach acht Jahren nicht mehr daran erinnern, ob in der mir gezeigten Abschrift des Briefes an Graf Hertling jedes Wort genau zutrifft, jedenfalls habe ich einen solchen Brief geschrieben.

R.-A. Dr. **Loewenfeld** übergibt dem Vorsitzenden aus Bernsteins Dokumenten zum Weltkrieg das Gelbbuch Frankreichs und beantragt die Verlesung der Urkunde Nr. 21, in der Gesandter Allizé, über die Auffassung, die in Bayern über den österreichisch-serbischen Konflikt bestand, berichtet und bei der Erwähnung des Ministerpräsidenten den Satz einfügt: „die österreichische Note, von der er Kenntnis hatte", ferner daß dem Ministerpräsidenten „nichtsdestoweniger die gegenwärtige Situation sehr ernst zu sein scheine".

Graf Lerchenfeld weist darauf hin, daß die betreffende Stelle einmal heißt „von der (Note) er Kenntnis hatte", ein andersmal „der Ministerpräsident sagte mir, er habe vom Hauptteil der Note Kenntnis". Graf Hertling konnte das Ultimatum in seinen wesentlichen Teilen gar nicht kennen. Er konnte nur wissen, was Herr v. Schoen in seinem Briefe vom 18. Juli berichtet hat und in einigen Berichten v. Tuchers stand. Diese lassen die Lage als ernst erscheinen. In dem Berichte des Herrn v. Schoen sind drei Punkte erwähnt, das Ultimatum aber hatte zehn und zwar eine ganze Reihe von Punkten, die weiter gingen als die von Schoen mitgeteilten Also jedenfalls ist es nicht wahr, daß Graf Hertling von dem Ultimatum, wie es gewesen ist, Kenntnis hatte. Er war nur bis zu einem gewissen Grade über das Ultimatum und den Ernst der Lage orientiert. Entweder hat ihn Herr v. Allizé mißverstanden oder den Relativsatz aus eigenem beigefügt. Im übrigen ist die Sache durchaus klar: Nach meiner Ueberzeugung hat weder der Reichskanzler noch die Regierung Kenntnis von dem Ultimatum gehabt, was man Kenntnis haben heißt, und infolgedessen konnte auch Graf Hertling keine Kenntnis haben außer dem, was ihm von Berlin und Wien mitgeteilt worden war, bruchstückweise. Deshalb konnte er mit Fug und Recht den Widerruf veröffentlichen. Er hat das Ultimatum erst kennen gelernt durch die Publikation.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: In dem Briefe des Herrn Zeugen an Graf Hertling heißt es: „Nun ist mir aus den Akten bekannt, daß Euer Exzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn v Schoen, vom 18. Juli d. J. Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatumsnote ersehen hatten." Ich bitte mir zu sagen, wie das mit den letzten Ausführungen des Zeugen in Einklang steht.

Graf Lerchenfeld: Es ist vielleicht ein Lapsus von mir, daß ich sagte, „den wesentlichen Inhalt." Der wesentliche Inhalt war es nicht. Täuschen wollte ich damit niemanden. Die ganze auswärtige Politik war darauf gerichtet, den Krieg zu isolieren, die Einmischung anderer Mächte in den Streit zwischen Oesterreich und Serbien zu verhindern. Wenn die deutsche Regierung das als Zweck ihrer Politik aufgestellt hat, war es ganz selbstverständlich, daß sie sich in den Streit nicht selbst einmischt. Sie hat das Ultimatum nicht gekannt, weil sie es nicht kennen lernen wollte, sie wollte es Oesterreich überlassen, wie es sich mit Serbien auseinandersetzt; sie hat Rückendeckung versprochen, aber sie wollte selbst in die Sache nicht eingreifen. Wenn nun das Gelbbuch sagt, die bayerische Regierung hatte von der Sache Kenntnis, so ist die Schlußfolgerung gegeben, daß auch die Reichsleitung von diesem Ultimatum vollständige Kenntnis hatte,

Digitized by Google

und deshalb ist es wichtig, dem zu widersprechen. Kannte sie das Ultimatum, dann war die Schlußfolgerung der Franzosen, daß das Ganze nur ein abgekartetes Spiel gewesen wäre zwischen Berlin und Wien, daß eigentlich nicht Wien gegen Serbien vorgeht, sondern daß das Deutsche Reich den allgemeinen Weltkrieg entfesseln wolle und deshalb die Aktion unternommen habe.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** findet die Stelle im Briefe des Grafen Lerchenfeld an den Ministerpräsidenten Hertling auffallend, worin die Frage erörtert sei, wie man ev. den Schoenschen Bericht ignorieren könne. Graf Lerchenfeld solle sich darüber äußern, ob zwischen dem Staatssekretär Zimmermann, bevor dessen Erklärung zu Papier gebracht worden sei, und Herrn v. Schoen oder einem anderen Mittelsmann der Gesandtschaft Auseinandersetzungen über den Inhalt dieser Urkunde stattgefunden haben.

Graf Lerchenfeld erklärt daß er hierüber keine Kenntnis besitze, da er nicht mehr in Berlin gewesen sei. Auf Befragen bestätigt der Zeuge noch, daß er niemals „Lch", sondern, wenn er abgekürzt habe, mit einem L signiert habe. Ob von dem Bericht vom 9. Dezember 1914 ein Konzept vorhanden war, könne er nicht mehr sagen. Er habe manchmal Berichte gleich fertig geschrieben und abgeschickt, wenn es eben besonders eilig war.

R.-A. **Graf Pestalozza**: Graf Lerchenfeld konnte wohl die Ueberzeugung haben, daß sein Brief, von dem er kein Konzept hatte, in amtliche Verwahrung im Ministerium kommt?

Graf Lerchenfeld: Das ist richtig. Die Berichte wurden sämtliche im Ministerium verwahrt. Er möchte nur bemerken, daß dieser Bericht sich nicht mehr im Ministerium des Aeußern befindet. Als ihm die Abschrift gezeigt worden sei, habe er sich im Ministerium des Aeußeren unterrichten wollen, ob er so geschrieben habe. Es seien auch Nachforschungen angestellt worden. Man glaubte, daß der Bericht unter jenen sei, die Eisner in seine Privatwohnung mitgenommen habe, die dann im Mai 1919 beschlagnahmt wurden und die dann wieder in das Ministerium des Aeußern zurückgeliefert wurden.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Woher ich die Abschrift habe weiß ich schon, aber nicht, woher das Original ist.

Graf Lerchenfeld: Wenn das Original vernichtet worden wäre, wüßte doch Dr. Löwenfeld nicht, woher das Schriftstück kommen sollte. (Heiterkeit.)

Kurt Frhr. v. Lersner

Reichstagsabg. in Berlin

war der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles und Paris.

Prof. **Coffmann** erklärt vor der Vernehmung dieses Zeugen, daß sie in Zusammenhang mit der Behauptung Fechenbachs stehe, daß der Versailler Friede mit dem deutschen Schuldbekenntnis und überhaupt mit der Schuldfrage nichts zu tun habe.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bemerkt, er wisse nicht, ob und inwieweit Frhr. v. Lersner von der Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden worden sei. Aus dessen Erscheinen folgere er, daß es der Fall sei. Hierzu sei zu bemerken, daß der von dem Privatkläger als Zeuge und Sachverständiger geladene Fürst v. Lichnowsky vom Auswärtigen Amt trotz wiederholter Vorstellungen nicht von der Pflicht der Dienstverschwiegenheit entbunden worden sei. Er glaube bestimmt, daß die verantwortlichen Leiter der jetzigen deutschen Politik hiervon nichts gewußt haben, insbesondere davon nichts, daß ein Zeuge und Sachverständiger, bei dem angenommen werde, daß er mehr im Sinne der Gegenpartei aussagen werde, entbunden werde, ein anderer aber nicht. Das sei eines jener Denkmäler, daß im heutigen Auswärtigen Amt in Abwesenheit der Leiter noch Dinge geschehen können, die Eisner mit seiner Veröffentlichung bekämpfen wollte.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß auch Graf Rantzau nicht von der Pflicht zur Wahrung des Dienstgeheimnisses entbunden wurde.

Prof. **Coffmann** erklärt, er bedauere auch außerordentlich, daß Fürst Lichnowsky nicht entbunden wurde. Er möchte selbst den Antrag stellen, den Fürsten unter allen Umständen vorzuladen, wenn nötig, vorzuführen, denn er werde den Fürsten auf seinen Eid hin fragen, ob der Fürst nicht vielleicht selbst gewünscht habe, nicht hierher zu kommen, weil es ihm unangenehm sei.

Unter großer Bewegung und anschließender Heiterkeit gibt nun

Freiherr **v. Lersner** die Erklärung ab, daß er ebenfalls nicht von der Pflicht der Wahrung der Amtsverschwiegenheit entbunden wurde.

Prof. **Coffmann** legt dem Zeugen verschiedene Fragen vor, vor allem die, wie die Behandlung der deutschen Friedensdelegation in Versailles war.

Frhr. **v. Lersner** bemerkt, er müsse hierzu etwas ausholen. Nach der Revolution und nach den Versuchen Deutschlands um einen Waffenstillstand sei in Spa die Waffenstillstandskommission eingerichtet worden. Er sei damals Vertreter der Reichsregierung bei dieser Kommission gewesen. Während seiner fünfmonatigen Tätigkeit in Spa sei es ihm nicht aufgefallen, daß die Mitglieder der deutschen Kommission sonderlich schlecht behandelt wurden. Namentlich in den ersten Monaten — er könne nicht anders sagen — sei die Behandlung sowohl seitens der Bevölkerung wie seitens der Gegner durchaus angemessen gewesen. Er sei dann Anfangs April oder Ende März als Vertreter der Reichsregierung nach Frankreich zu den Finanzverhandlungen gegangen. Die fünf oder sechs deutschen Herren seien gezwungen gewesen, in einem Teil eines Gartens, der abgesperrt war, für sich zu leben. Sie durften nicht über die Postenkette, die mit Bajonetten und scharf geladenen Gewehren versehen war, hinausgehen. Das ging soweit, daß, als der Zeuge sich einmal auf eine Bank setzte, die etwa 3 oder

Digitized by Google

4 Schritte jenseits des Weges war, ein Soldat, der Posten stand, auf ihn zukam, und ihn mit der Androhung von Gewalt zwang, in den den Deutschen bestimmten Teil zu gehen. Er sei daraufhin noch als erster Regierungskommissar nach Versailles gegangen mit einer kleinen Delegation von wenigen Herren, um die diplomatische Stellung unserer Delegation zu regeln und die ersten Arrangements zu treffen. Er sei mit den Herren morgens angekommen und habe nach Tisch mittags etwas Luft schöpfen wollen. Als er vom Hotel herunterkam, stand unten ein Posten, der ihm erklärte, er müsse erst den Präfekten der Polizei rufen. Dieser wurde gerufen und als ihm Frhr. v. Lersner seinen Wunsch kundgab, bemerkte er: Jawohl, das hat man vorausgesehen, und bat den Zeugen, ihm zu folgen. Hinter dem Hotel war ein Raum abgesteckt von 4 Meter Breite und 16 Meter Länge mit mannshohem Staketenzaun, davor viele Hunderte von Franzosen und Französinnen. Er habe damals in deutlicher Weise dem Präfekten der Polizei seine Empörung zum Ausdruck gebracht, daß man den ersten Vertreter eines Reiches, mit dem man im Kriege gelebt habe, so behandle. Es sei wie ein Käfig für ein wildes Tier gewesen. Achselzuckend habe der Präfekt bemerkt, daß die Deutschen das wohl nicht besser verdient hätten. Darauf erklärte der Zeuge, daß die Delegation sofort abreisen werde, wenn er nicht den Spaziergang unternehmen könnte. Nach längeren Verhandlungen sei ihm gestattet worden, um das Neptunbassin herumzugehen, wobei ihn mehrere Polizisten begleiteten. Das Neptunbassin habe etwa 800 Schritte im Umfang. Auf diesem Raum wollte man für die Friedensverhandlungen die etwa 200 Mann starke deutsche Friedensdelegation einsperren. Er habe daraufhin nach energischem Protest und äußerst schwierigen Verhandlungen es fertiggebracht, daß der Delegation ein Teil des Parkes zur Verfügung gestellt wurde. Wer von der Delegation über die Straße gehen wollte, mußte sich vorher bei der Polizei anmelden, die im Hotel war, und es wurde ihm dort ein Detektiv mitgegeben. Wer das nicht wollte, der kam eben nicht auf die Straße, wie es bei ihm ein halbes Jahr lang der Fall gewesen sei.

Prof. Coffmann: War in Versailles etwas von einem Versöhnungsgedanken zu bemerken?

Frhr. v. Lersner: Diese Frage ist kurzweg mit Nein zu beantworten.

Prof. Coffmann: Haben Sie die Ueberzeugung, daß die „deutsche Alleinschuld" etwas zum Friedensvertrag beigetragen hat?

Frhr. v. Lersner: Diese Ueberzeugung ist mir gekommen auch aus den verschiedensten Unterhaltungen, die man mit den uns beaufsichtigenden Ententeoffizieren und gegnerischen Persönlichkeiten hatte.

Prof. Coffmann: Wäre nicht die Stellung der deutschen Friedensdelegation bei den Engländern und Amerikanern in Versailles eine bessere gewesen, wenn nicht durch das Schuldbekenntnis die Ueberzeugung von der deutschen Alleinschuld bestanden hätte?

Frhr. v. Lersner: Nach meiner Ueberzeugung wäre unbedingt unsere Stellung erheblich besser gewesen und ich glaube, daß dies namentlich z. B. auf Wilson einen ganz erheblichen Eindruck gemacht hat, daß von deutscher Seite bereits vor den Friedensverhandlungen von Versailles ein solches Schuldbekenntnis vorlag.

R.-A. Dr. Löwenfeld: In welchem Zusammenhange ist Ihnen in diesen Unterhaltungen der Name Eisner begegnet?

Frhr. v. Lersner: Wenn ich in Privatgesprächen mit den Gegnern auf die Schuldfrage zu sprechen kam, die ich für Deutschland verneinte, wurde mir der Name Eisner entgegengehalten. „Eh, Monsieur Eisner" usw.

R.-A. Dr. Löwenfeld: Wissen Sie im einzelnen, welches Material den Gegnern zur Beurteilung der Schuldfrage vorlag?

Frhr. v. Lersner: Das kann ich nicht beantworten.

Dr. Löwenfeld stellt dann an den Zeugen die Frage, inwieweit sich die Entrüstung der Franzosen gegen die Oberste Heeresleitung gerichtet habe, die sie für die Zerstörung in ihren Gebieten verantwortlich machten.

Frhr. v. Lersner: Ich kann nur sagen, daß sämtliche Mitglieder der deutschen Friedensdelegation und der Waffenstillstandskommission jederzeit gleich behandelt wurden, ohne Rücksicht darauf, ob sie zur Obersten Heeresleitung gehörten oder Zivilpersonen waren.

R.A. Dr. Löwenfeld: Woraus erklärt sich der Unterschied in der Behandlung bei den Franzosen und Belgiern, nachdem dort auch die Veröffentlichungen Eisners bekannt waren?

Frhr. v. Lersner: Weil nach Erscheinen der Eisnerschen Dokumente es immer eine gewisse Zeit gedauert hat, bis sie in die große Masse des Volkes gedrungen sind. Ich glaube unbedingt, daß diese Dokumente vereint mit der Propaganda, die man auf gegnerischer Seite für die deutsche Schuld am Kriege betrieben hat, den höchst bemerkenswerten Umschwung in der Behandlung der Delegationen, denen ich in allen drei Fällen angehört habe, hervorgerufen haben.

R.-A. Dr. Löwenfeld: Weiß der Zeuge etwas Positives darüber, inwieweit bei dieser Propaganda die Eisnerschen Veröffentlichungen eine Hauptrolle, eine Nebenrolle oder überhaupt keine Rolle gespielt haben? Glaubt der Zeuge, daß dann, wenn die Schoensche Urkunde in diesem Komplex von Urkunden gefehlt hätte, die Propaganda der Gegenseite um ein Haar anders ausgefallen wäre?

Digitized by Google

Frhr. v. Lersner: Die letztere Frage kann ich nicht beurteilen, die Frage aber, ob die Eisnerschen Dokumente eine Rolle gespielt haben, möchte ich als absolut zweifelsfrei festgestellt betrachten.

In der Nachmittagsverhandlung wird neuerdings

Gesandter Graf Lerchenfeld

vernommen, der dem Gerichte mitteilte, daß er noch etwas anzugeben habe. Graf Lerchenfeld gibt bekannt, daß er eben Kenntnis bekommen hat von der Antwort des Grafen Hertling auf seinen Brief vom 9. Dezember. Die Antwort ist vom 11. Dezember und ergänzt die Zeugenaussage vom Vormittag. Graf Lerchenfeld verliest folgenden

Brief des Grafen Hertling

11. Dezember 1914

Hochverehrter Freund!

Besten Dank für Ihren Brief vom 9. ds. Mts. und für die darin gegebenen wertvollen Anregungen. In der gleichen Angelegenheit war gestern Herr v. Treutler, der sich einige Tage hier aufgehalten hat, bei mir und erkundigte sich im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach dem Sachverhalt. Ich kann nur wiederholt erklären, daß es mir unerfindlich ist, wie die fragliche Bemerkung in das Gelbbuch gekommen sein mag, wenn nicht auch hier wieder eine absichtliche Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse vorliegt. Alles, was ich von dem zu erwartenden österreichischen Ultimatum wußte, beruhte auf dem Bericht des Herrn v. Schoen vom 18. Juli. Wie der Inhalt dieses Berichtes ergibt, war damals noch gar nichts gewiß, zu welchen Forderungen sich Oesterreich tatsächlich entschließen wird. Gleich Eingangs heißt es in dem Bericht von der seitens der österreichisch-ungarischen Regierung „beabsichtigten Auseinandersetzung mit Serbien"; an einer späteren Stelle sind einige österreichische Forderungen angeführt, jedoch mit dem Beifügen „soweit bis jetzt feststeht". Weiter findet sich der bemerkenswerte Vorbehalt, „ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn v. Jagow wie Herrn v. Zimmermann noch immer zweifelhaft".

Daß ich bei so wenig bestimmten Mitteilungen über das Ultimatum Herrn Allizé gegenüber erklärt haben sollte, das Ultimatum sei mir bekannt, ist ganz ausgeschlossen. Auch die Hauptzüge des Ultimatums waren mir nicht bekannt, wie ein Vergleich der in dem Bericht des Herrn v. Schoen mitgeteilten voraussichtlich drei Forderungspunkten mit den tatsächlich zehn Punkten des Ultimatums ohne weiteres ergibt. Dazu kommt, daß mit das Wesentlichste des österreichischen Ultimatums dessen außergewöhnlich scharfe Fassung war, von der ich natürlich auch keine Kenntnis hatte. Nach allem wäre ich in der Lage, mit gutem Gewissen die im Entwurf anliegende halbamtliche Erklärung veröffentlichen zu lassen, die dann gleichzeitig der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und durch Wolff-Bureau in der Presse verbreitet werden könnte. Euer Exzellenz darf ich ergebenst ersuchen, hierüber alsbald mit dem Auswärtigen Amt ins Benehmen zu treten. Ich werde dann morgen Samstag, 12. Dezember, um 1 Uhr bei Ihnen antelephonieren, so daß im Falle des Einverständnisses des Auswärtigen Amtes die halbamtliche Erklärung noch morgen abend in die Staatszeitung kommen könnte.

Von dem Berichte des Herrn v. Schoen vom 18. Juli wird wohl dem Auswärtigen Amt gegenüber umso mehr Gebrauch gemacht werden können, als ich über denselben auch mit Herrn v. Treutler sprach, so daß das Auswärtige Amt auf diesem Wege wahrscheinlich davon Kenntnis hat.

Mit besten Grüßen

Euer Exzellenz ergebenster

gez. Hertling.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** beantragt nochmals unter Zustimmung der Gegenpartei die Ladung des Fürsten Lichnowsky.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluß: Es ist an das Auswärtige Amt zu telegraphieren, ob es die Genehmigung zur Vernehmung des Fürsten Lichnowsky zu den im Schriftsatz des Dr. Löwenfeld aufgestellten Fragen erteilt. Wird die Genehmigung erteilt, so wird der Zeuge auf Dienstag, 2. Mai, geladen werden. Wird die Genehmigung versagt, unterbleibt die Ladung.

General d Infanterie a. D. Graf Montgelas als Zeuge und Sachverständiger

Vorsitzender: Sie waren Mitglied der sogenannten Viererkommission. Sie haben gehört, worum es sich handelt, und ich bitte Sie nun, uns zu sagen, welche Auffassung Sie von der Art der Veröffentlichung Eisners haben.

Die Weglassungen in der Eisnerschen Veröffentlichung

Graf Montgelas: Bei einem Vergleich des Berichts, wie er veröffentlicht worden ist, und dem tatsächlichen Bericht fällt folgendes auf:

Erstens ist der Name des Verfassers unrichtig angegeben. Das daraufhin erfolgte Dementi ist nicht in der Weise gegeben worden, daß es durchdringen konnte. Ich werde darauf zurückkommen, welche Wirkungen die unrichtige Angabe des Namens gehabt hat. Was den Bericht selbst anlangt, so fehlt in erster Linie der Betreff. Auf diesen Punkt lege ich für meine Person kein Gewicht, weil derartige Betreffs, die nicht mehr in allen Ländern üblich sind, auch bei uns bei Veröffentlichung der deutschen Dokumente weggelassen worden sind.

Weiter fehlt in der Einleitung der Satz über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien. In dieser Weglassung erblicke ich eine Aenderung des Berichtes, die nicht damit begründet werden kann, daß es sich um eine Raumersparnis handelt. Der ersparte Raum ist zu klein, um in Betracht zu kommen. Es ist dies eine Weglassung, über deren Bedeutung sich ein auch politisch nicht geschulter Bearbeiter nicht im Unklaren sein konnte. Sie verschiebt die ganze Tendenz des nachfolgenden Berichtes.

Es fehlt weiter der Absatz: „Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien stellen werden....." Es fehlt also dieser nach meiner Ansicht außerordentlich wichtige Absatz, über dessen Bedeutung sich der Bearbeiter nicht im Zweifel sein konnte.

Digitized by Google

Es fehlt weiter der Satz, daß von einer Mobilmachung deutscher Truppen abgesehen werden soll und daß man auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken will, daß Oesterreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen. Auch ein militärisch nicht geschulter Bearbeiter wird erkennen, daß die Weglassung dieses Punktes von der denkbar größten Tragweite ist. In dem Satz über die Mobilisierung der österreichischen Truppen ist mit einer Klarheit, die kaum übertroffen werden kann, zum Ausdruck gebracht, daß die Berliner Regierung den Weltkrieg nicht heraufbeschwören wollte. Ich gebe zu, daß die volle Tragweite der Weglassung dieses Satzes dem Verfasser nicht klar sein konnte, soweit er sich auf österreichische Truppen bezieht. Es ist aber ein wichtiger Punkt, wie dies aus einem Brief des Generaloberſten v. Moltke an den Reichskanzler im Jahre 1913 hervorgeht. General Montgelas legt eine Abschrift dieses Briefes des Herzogs Albrecht von Württemberg vom 2. Februar 1913 an den Fürsten Fürstenberg und eine Abschrift des genannten Briefes des Generaloberſten v. Moltke dem Gerichte vor. In dem zweiten Brief heißt es u. a.: Der General Tatischtschew (russischer Generaladjutant beim deutschen Kaiser. Anm. der Schriftltg.) sagte mir, daß man russischerseits auf die Mobilisierung der österreichischen Korps in Bosnien und der Herzegowina gar kein Gewicht lege, sondern nur auf diejenige der galizischen Korps, die doch nur gegen Rußland bestimmt sein könnten. Graf Montgelas bemerkt, daß dieses Dokument neu ist. Was darin mitgeteilt wird, war den militärischen Stellen Deutschlands und dem Reichskanzler bekannt, da es ja dem Reichskanzler brieflich mitgeteilt worden ist. Man war sich also völlig klar, welche Bedeutung die Bedingung hatte, die man Oesterreich stellte, vor allem in Galizien nicht zu mobilisieren.

Es fehlt weiter die Stelle: „Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in erster Linie die Haltung Rußlands sein. Will Rußland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Oesterreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstige der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben..." Das Wort „günstig" an dieser Stelle ist doch genau das Gegenteil dessen, was man sagen würde, wenn man wünscht, daß es zum Kriege käme. Es konnte niemand im Zweifel sein, was die Weglassung dieser Stelle bedeutete.

Weiter ist der Satz über die Haltung Englands: „England wird Oesterreich nicht hindern..." weggelassen. Ich will dahingestellt sein lassen, ob es in böswilliger Absicht geschehen ist oder nicht.

In der Weglassung der Stelle über die Haltung Italiens: „Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Oesterreich empfinden..." liegt diejenige Fälschung vor, die dem Wissenden allergrößten Eindruck macht. Hier ist von einer Kompensation an Italien die Rede und da wird hinzugesetzt: Also auch damals schon! Es ist aber, wie dies Herr von Schoen in seiner Berichtigung ausführt, etwas ganz anderes. Der Artikel VII des Dreibundvertrages sagt, daß Italien in jedem Falle Kompensationen zustehen, wenn Oesterreich irgend eine Gebietserwerbung noch so unbedeutender Art auf dem Balkan macht. Die Weglassung der Stelle ist

eine ungemein schwere Entstellung des Berichtes.

Aber es kann sein, daß die Bearbeiter des Berichtes weder den Dreibundvertrag noch den Artikel VII kannten und sich nicht bewußt waren, was sie mit dieser schweren Entstellung angerichtet haben. Was angeführt wird bezüglich einer Abtrennung albanischen Gebietes, ist durchaus nicht irgend etwas Imperialistisches von österreichischer Seite; das ist im Gegenteil eine große österreichische Konzession. Die österreichische Politik erstrebte ein selbständiges, möglichst großes Albanien. Merkwürdigerweise wurde das gleiche auch auf dem Sozialistenkongreß in Basel gefordert, und Ledebour stimmte 1912 im Reichstag mit dem überein, was Graf Berchtold in den Delegationen sagte. Was über die Rückgabe des im Bukarester Frieden von Bulgarien an Serbien abgetretenen Gebietes gesagt wird, ist nur ein nationaler, gerechter Ausgleich, der hier in Frage kommt.

Daß alles über Rumänien, Griechenland, Montenegro, gestrichen wurde, ist zwar ein großer Raumgewinn, verändert aber vollkommen den Charakter des Berichtes. Mehr als die Hälfte des Berichtes handelt auf dem Balkan. Das ist der Grundzug der Aktion, an die man herangehen wollte, um am Balkan einen Zustand zu schaffen, der die unberechtigten Ansprüche Serbiens einengt, abgesehen von Bosnien und der Herzegowina, und der vielleicht geeignet wäre, daß am Balkan Ruhe werde.

Das ist meine Auffassung: Daß in den Punkten 1 bis 5 eine Entstellung vorliegt, die zweifellos absichtlich erfolgt ist. Bei Punkt 6 möchte ich die Absichtlichkeit dahingestellt sein lassen, bei Punkt 7 mag wohl die Unwissenheit des Bearbeiters zur Entstellung beigetragen haben, und bei Punkt 8 ist es auch möglich, daß er sich über diesen Bericht, der ein Balkanbericht war, nicht klar war.

Der berufenste Beurteiler, ob dieser Bericht gefälscht ist, dürfte wohl Herr v. Schoen selbst sein. Nachdem das Gutachten der Viererkommission veröffentlicht worden war, habe ich am 3. Juli 1919 einen Brief von Bethmann Hollweg erhalten, worin er gegen verschiedene von uns gemachte Feststellungen Einwendungen erhebt. In dem Brief (den Graf Montgelas dem Gericht übergibt) findet sich fol-

Digitized by Google

gende Stelle: „Interessieren wird Sie, daß mir der Legationsrat v. Schoen gestern schreibt, Eisner habe in seinen Publikationen wichtige Stellen seines Berichtes weggelassen und dadurch den Sinn der Darlegungen verfälscht."

Graf Montgelas legt dem Gericht einen Brief des Herrn v. Schoen an ihn vom 11. Juli 1919 aus Berchtesgaden vor. In diesem Brief heißt es u. a.: „Bei der Beurteilung von Deutschlands Schuld spielt leider mein von Eisner veröffentlichter Bericht eine große Rolle. **Die Veröffentlichung hat aber deshalb eine so verhängnisvolle Wirkung gehabt, weil** Eisner den Bericht nicht im Wortlaut, sondern in **tendenziös gekürzter Form publiziert hat. Was Eisner der Welt glauben machen wollte, war, daß Deutschland im Juli 1914 den europäischen Krieg gewollt und betrieben habe. Mein Bericht zeigt aber im Gegenteil, daß die Reichsleitung für die Lokalisierung des Konfliktes zwischen Oesterreich und Serbien arbeitete und ernstlich bestrebt war, den Ausbruch eines europäischen Krieges hintanzuhalten. Das paßte Eisner nicht, und so ließ er die betreffenden Stellen meines Berichtes einfach weg."**

Die Wirkung der Eisnerschen Veröffentlichung im Ausland

„Nun kommt die Frage, welche **Wirkung** dieser Bericht im Ausland gehabt hat. **Ich darf dabei darauf hinweisen, daß für die Viererkommission in Versailles dieses Aktenstück ein außerordentlich unbequemes war. Wir wußten: So kann der Bericht nicht gelautet haben, wenn der Berichtsschreiber die Angaben richtig wiedergegeben hat. Wo aber der Fehler stecke, ob an dem Berichterstatter oder wo anders, das war uns gänzlich unbekannt, das konnten wir unmöglich wissen.** Wir mußten uns deshalb in unserem Bericht darauf beschränken, allgemein zu sagen, daß an unserer Feststellung durch das, was Eisner und andere veröffentlicht haben, nichts geändert wird, daß es nichts Neues hinzufügt, soweit es nichts Unrichtiges enthalte — was ja ein ziemlich allgemeiner Ausdruck ist. Wir hatten dabei vor Augen den Bericht, der ja wohl das schlampigste geschichtliche Dokument ist, das noch jemals geschrieben worden ist, wo 15 Männer der Entente ihre Namen darunter gesetzt haben, ein Bericht, der so schauderhaft schlecht ist, daß Clemenceau erklärt hat, er sei eine interne Angelegenheit, er wolle ihn nicht hergeben. Wir bekamen ihn aber auf eine andere Weise. In diesem Berichte wird ständig der Name des Grafen Lerchenfeld erwähnt. Es ist das ein Beweis, daß das an unrichtiger Stelle in unwirksamer Weise erlassene Dementi nicht durchgedrungen ist. Es ist meines Wissens niemals der Versuch gemacht worden, bei den vielen Besprechungen, die mit Ententevertretern und Agenten von Eisner abgehalten worden sind, das richtigzustellen, mit einem Versuch, in einer französischen Zeitung eine Berichtigung herbeizuführen." Es wird behauptet, daß man in Berlin und Wien vollkommen davon überzeugt war, daß aus den geplanten Schritten der Krieg hervorgehen würde. Das ist das genaue Gegenteil von dem, was in dem Schoenschen Bericht steht. Der Schlußsatz, daß die Berliner Regierung den Krieg für notwendig halte und Unterhandlungen mit Bulgarien eingeleitet wurden, um mit Bulgarien in ein Bündnis zu treten, damit es in den Krieg hineingezogen wird, ist auch aus dem abgekürzten Bericht nicht zu entnehmen; das ist eine Extraleistung der 15 Herren, die dieses Machwerk fertiggebracht haben.

Nachdem am 2. August Herr v. Schoen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" seine Widerlegung gegeben hatte, wurde von der Viererkommission die deutsche Regierung ersucht, bei einer allenfallsigen Neuauflage des Weißbuches eine Erklärung über die Fälschung des Schoenschen Berichtes zum Ausdruck zu bringen.

Mein Gutachten über den Bericht als solchen geht also dahin, daß er an mehreren Stellen absichtlich, an einigen Stellen infolge mangelnder politischer Schulung und Unkenntnis des Bearbeiters derart entstellt worden ist, daß ein unparteiischer oder übelwollender Leser daraus entnehmen konnte, vielleicht sogar entnehmen mußte, Deutschland und Oesterreich hätten eine Aktion gegen Serbien vereinbart, von der sie hofften, nicht etwa fürchteten, daß daraus ein europäischer Krieg entstehen würde. Der Bericht der Ententekommission vom März 1919 läßt keinen Zweifel darüber, welch schädliche Wirkung dieser Bericht auf die 15 Mitglieder dieser Kommission ausgeübt hat.

Deutschlands Friedensliebe

Ich möchte im Anschluß hieran noch auf einige Punkte eingehen, die bisher besprochen und nach meiner Auffassung nicht ganz so wiedergegeben worden sind, wie es der objektiven Darstellung entspricht. Zunächst wurde gesprochen von einem 25 Jahre lang vorbereiteten Angriffskrieg. Ich nehme an, daß eine gewisse Hyperbel unterlief. Ich glaube nicht, daß der Kläger damit meint, daß Bismarck 1889, als er bestrebt war, ein Bündnis mit England herbeizuführen, um den dauernden Frieden zu sichern, gerade an die Entfesselung des Weltkrieges gedacht hat. (Heiterkeit.) Aber innerhalb dieser 25 Jahre lag 1898 Faschoda. Wenn man an den Krieg gedacht hätte, war er damals, wo der Krieg zwischen Frankreich und England auf des Messers Schneide stand, unter günstigen Verhältnissen zu führen. Es kam im nächsten Jahre der Burenkrieg, der drei Jahre dauerte und England in einer Weise in Anspruch nahm, daß es schließlich nahegelegen wäre, einzugreifen, wenn wir einen Präventivkrieg gegen Frankreich entfesseln wollten. Es folgte das Jahr 1905, wo Rußland vollständig gelähmt war durch die Niederlage in der Mandschurei und dann durch die Revolution, während England bis 1909 nicht vor zwei Monaten mit einem Hilfskorps auf dem

Digitized by Google

Kontinent erscheinen konnte, und die belgischen Festungen noch nicht instand gesetzt waren wie 1911. Damals würde, wenn wir die Verhältnisse analog nehmen wie 1914, die französische Armee in wenigen Monaten restlos erledigt gewesen sein. Es folgten die Jahre 1908 und 1909, in denen gleichfalls die Gelegenheit zu einem Kriege noch weitaus günstiger war. Wir wissen aus dem Buche des Feldmarschalls Frhrn. v. Conrad, daß er persönlich der Ansicht war, das sei der letzte Moment für die Donaumonarchie, den Krieg zu machen.

Leute, die nichts von militärischen Dingen verstehen, scheinen aus dem Buch des Feldmarschalls von Conrad „Aus meiner Dienstzeit" ganz unsinnige Dinge herausgelesen zu haben. Endlich einmal, viel zu spät, setzten sich 1909 die beiden Generalstabschefs schriftlich ins Benehmen darüber, was gemacht werden soll, wenn es zum Kriege kommt. Das ist ein so horrender Unterschied gegenüber allem, was auf der Gegenseite geschehen ist, daß man gewissermaßen vom Standpunkt der Verantwortung der Reichsleitung gegenüber dem deutschen Volk sagen muß: Ihr habt das zu wenig im Auge gehabt. Ich habe als Oberquartiermeister im Großen Generalstab zu General v. Moltke gesagt, man sollte sich doch mit Oesterreich verständigen über verschiedene Fragen. Moltke hat es abgelehnt. Diese Briefe behandeln rein akademisch die Frage, was Conrad immer wissen will, wie lange es dauern würde, bis er auf Unterstützung im Osten rechnen kann. Das ist himmelweit verschieden von dem, was unsere Gegner 1892 bei Abschluß der französisch-russischen Militärkonvention vereinbarten. Am 1. Mobilmachungstage sollten zwei russische Kavallerie-Divisionen über Allenstein in Ostpreußen einfallen, um den deutschen Aufmarsch zu stören. Das ist 1892 zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden. Im Jahre 1908 und 1909 waren die Ansichten in Oesterreich sehr verschieden. Gelegentlich eines Gespräches zwischen General v. Moltke mit Erzherzog Franz Ferdinand und General v. Conrad vertrat General v. Conrad wieder sehr lebhaft den Standpunkt, daß man die Gelegenheit ausnützen und mit Serbien abrechnen solle. Der Erzherzog und Moltke waren sehr dagegen.

Im Jahre 1911 waren die Aussichten für einen Präventivkrieg schon viel ungünstiger, aber immerhin war die Lage noch wesentlich günstiger als 1914. Es ist bekannt, wie damals der Kaiser in der französischen Presse verhöhnt wurde als der tapfere Feigling, wie Aeußerungen Eduards VII. aus früherer Zeit herangezogen wurden: „Ach, mein Neffe macht niemals einen Krieg" usw.

Ueber die Aktion vom Juli 13 habe ich mich bereits im März 1920 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ausgesprochen. Im Dezember 1915 hat Giolitti in der italienischen Kammer behauptet, Oesterreich hätte im August 13 ein Vorgehen gegen Serbien geplant, es sei dadurch verhindert worden, daß Italien erklärte, es tue nicht mit. Diese Aeußerung ist in doppelter Beziehung unrichtig. Die Sache spielte nicht im August, sondern im Juli und wurde nicht von Rom aus verhindert, sondern ebenso von Berlin. Es hieß in einem Telegramm des deutschen Botschafters an das Auswärtige Amt in Berlin, Graf Berchtold erachte eine diplomatische Aktion in Belgrad für notwendig, der unter Umständen eine militärische folgen würde. Kaiser und Kanzler waren nicht in Berlin, Unterstaatssekretär Zimmermann, der die Geschäfte führte, beantragte, den Botschafter dahin zu instruieren, Oesterreich solle nicht nervös sein, es sei gar kein Grund zu einem Vorgehen. Vom Hoflager kommt zurück, die Instruktion soll abgehen. Dabei war die Randbemerkung des Kaisers, er verstehe nicht, warum Berchtold irgendeinen Ort in Macedonien den Serben nicht gönnen wolle. Im Jahre 1914 haben auch zwei Besprechungen stattgefunden, über die falsche Ansichten verbreitet sind, im April in Miramare und im Juni in Konopischt. Das gerade Gegenteil von dem Plan eines allgemeinen Krieges ist damals verabredet worden.

Noch ein Dokument — es handelt sich um ein bisher unbekanntes Dokument — muß ich erwähnen, es betrifft die Bereitstellung von Munition für die deutsche Armee. Man wird wohl annehmen können, daß man, wenn man 1914 einen Krieg machen will und der Ansicht ist, wie wir im Generalstab, daß der Krieg in kurzer Zeit beendet ist, diese Munition für das Jahr 1914 bereitstellt. Nun schreibt am 18. Juni 1914 der preußische Kriegsminister v. Falkenhayn an den Reichskanzler, er werde zum Reichshaushalt 1915, 1916 und 1917 eine Forderung zur Erhöhung der Munitionsreserve der Feldartillerie einbringen. Man hat diese Forderung mit dem Munitionsverbrauch im russisch-japanischen Krieg begründet und sie ab 1915 verlangt. Man hat 1200 Schuß für jedes Geschütz gefordert und dafür die Summe von 20 Millionen Mark, verteilt auf drei Jahre. **Also: Im Jahre 1915, 1916 und 1917 stellt man die Munition für den seit 25 Jahren für 1914 geplanten Angriffskrieg bereit.** Wir hatten tatsächlich weniger Munition für beide Fronten, als Frankreich für seine eine Front allein, um ein Drittel Infanteriepatronen und 1 Million Artillerieschuß weniger. Am 4. Juli 1914 will der Referent der 4. Abteilung die Forderung für die Munition, auf drei Jahre verteilt, einstellen und begründet sie ausführlich, aber das Allgemeindepartement, das mehr die Geldinteressen im Auge hat, befiehlt, A. 4 habe sofort dreieinhalb Millionen Mark zur Absetzung bei den Etatsanträgen für 1915 anzubieten. Es werden also 3½ Millionen von dem abgesetzt, was der verantwortliche Referent für notwendig erachtete.

„Nun die persönliche Stellung des Generalstabschef v. Moltke! Ich habe sie schon erwähnt. Ich halte mich verpflichtet, hier auf Grund meiner persönlichen Beziehungen zum Generaloberst von Moltke das noch näher auszuführen. Ich war zwei Jahre Oberquartiermeister im Großen Generalstab, wo ich allwöchentlich ihm

Digitized by Google

Vortrag zu halten hatte. Ich kann mir nicht leicht einen Militär in hoher verantwortlicher Stellung denken, der eine derartig, wie soll ich sagen, wenig optimistische Auffassung über die Aussichten eines Krieges und eine mehr zum Frieden hinneigende allgemeine Gesinnung hatte. Es ist absolut unzulässig, dem Aeußerungen entgegenzuhalten, die, wie nun die Würfel ins Rollen gekommen waren, von seiten des Generalstabschefs gemacht worden sind. Wenn der Krieg einmal da ist, müßte doch der Teufel den Generalstabschef holen, der damit anfängt, daß die Aussichten ungünstig sind. Darauf darf man doch in keiner Weise zurückgreifen. Er hat sich zu mir in ernsten Stunden sehr skeptisch über die Lage geäußert. Er hat mir einmal gesagt: Diese Rüstungen, das kann doch nicht so weitergehen. Er hat mir ein anderesmal gesagt: Wir haben gegen Frankreich überhaupt kein Kriegsziel. Er hat mir im September 1911, als der Krieg mit Frankreich sehr nahe war, als Abteilungschef unter vier Augen gesagt: Wir wissen nicht, was die nächste Zeit bringt. Die Lage ist außerordentlich schwierig. Wir haben nur einen Kriegsplan, und das dauert so lange; und dann bleibt vielleicht noch die Möglichkeit der Defensive, worauf ich ihm sagte: Exzellenz, Defensive im Kriege nach zwei Fronten ist unmöglich. Nach einer Seite müssen wir zur Offensive übergehen. Ich möchte hier dem Gerichtshof eine Tabelle überreichen, welche die Mobilmachung in sämtlichen Ländern auf Grund authentischer Dokumente feststellt, aus denen hervorgeht, daß in jeder Beziehung, was immer in Frage kommen mag, Deutschland hinter seinen beiden Nachbarländern weit zurück war. Insbesondere ist in Frankreich das Urlaubsverbot am 26. Juli ergangen, bei uns am 29. Mich hat es überhaupt nicht erreicht. Ich bin selbst eingerückt. Die Rückkehr der außerhalb der Garnisonen befindlichen Truppenteile wurde in Frankreich am 27., bei uns am 29. angeordnet. Am 30. Juli schreibt der Kaiser an den Kriegsminister, ob man nicht bei den Grenzkorps die Reservisten einziehen solle. Randbemerkung des Kriegsministers: „Durch mündlichen Vortrag erledigt." Nichts geschehen! Am 30. Juli frägt das Generalkommando des XVI. Armeekorps an, ob infolge der viel größeren Vorsichtsmaßnahmen auf französischer Seite der Grenzschutz ausrücken solle, und es beantragt, daß morgen bei uns der gesamte Grenzeisenbahnschutz ausrückt.

Haager Konferenz

Es ist bezüglich der Haager Konferenz, insbesondere hinsichtlich der Abrüstungsfrage eine derart unrichtige Legende gegen Deutschland entstanden, daß ich bis vor 1½ Jahren, bis ich mir einmal gesagt habe, du mußt dir die Sache doch selbst ansehen, auch daran geglaubt habe, daß wir da ganz allein entgegen der ganzen anderen Welt etwas (anderes) getan hätten, wie es ja jetzt von den Franzosen immer und immer behauptet wird. Das ist hinsichtlich der Abrüstungsfrage ein absolutes Lügengewebe. Der russische Abrüstungsvorschlag 1899 wird in gar keiner Schrift überhaupt erwähnt in der Richtung, wie er gelautet hat. Wenn man weiß, wie der russische Vorschlag lautete: 5 Jahre keine Erhöhung der Rüstungen, keine Erhöhung des Militärbudgets, ausgenommen koloniale Truppen (23. Juli). Die Russen werden gefragt, was versteht ihr unter Kolonien? Da antworten sie: Unsere Truppen in Mittel- und Ostasien sind Kolonialtruppen. (Heiterkeit.) **Dieser Vorschlag ist nicht von Deutschland allein, er ist einstimmig in der Kommission gegen die eine Stimme des Russen abgewiesen worden.** Sie finden in keiner unserer pazifistischen Schriften diesen russischen Vorschlag genau angeführt."

Das Ultimatum

Eine außerordentlich große Rolle habe gespielt, bemerkte der Sachverständige weiter, daß das, was man vom Ultimatum wußte, nicht sofort in allen Zeitungen bekannt gegeben wurde. Hier habe eben Deutschland und Oesterreich genau so gehandelt, wie alle anderen Länder. Lord Grey erzählt laut Nr. 1 des englischen Blaubuches, er habe am 20. Juli zum Botschafter Fürsten Lichnowsky gesagt, daß er (Grey) seit einiger Zeit nichts mehr von Wien gehört habe. Nun habe das englische Blaubuch unvorsichtiger Weise später noch zwei zusammenfassende Berichte der Botschafter in Berlin und Wien angehängt. Und dabei wurde übersehen, daß der englische Botschafter in Wien das Gegenteil behauptet von dem, was Grey erklärte. Denn aus dem Bericht des englischen Botschafters in Wien sei zu entnehmen, daß er von privater Seite schon am 15. Juli die Nachrichten über das, was zu erwarten wäre, erhalten und sie Grey am folgenden Tage telegraphiert habe. Am genauesten sei über das Ultimatum die französische Regierung orientiert gewesen. **Sie habe am 20. Juli einen Konsularbericht erhalten, in dem mehr Punkte angegeben waren, als Herr v. Schoen in seinem Bericht erwähnte.** In London, Paris und Petersburg war man besser informiert, als in Berlin. Wenn man sage, es wäre anders gewesen, wenn man die nationale Selbständigkeit Serbiens nicht angetastet hätte, so sei zu bemerken, daß Deutschland am 26. Juli schon darauf gedrungen habe, daß keine Gebietserwerbungen verlangt werden. Besonders eingehend befaßt sich der Sachverständige mit dem Nachweis, daß eine angeblich geheime Instruktion an Botschafter von Tschirschky vom 8. Juli datiert, nicht existiere. Tschirschky soll ein Telegramm erhalten haben, daß sein Kaiser ihn beauftragt habe, mitzuteilen, es würde in Deutschland nicht verstanden, wenn Oesterreich die Gelegenheit vorübergehen ließe, ohne einen Schlag zu tun. In der Zeit vom 6. bis 10. Juli sei kein Telegramm dieses Inhalts nach Wien abgegangen. Auch im Postbuch der kaiserlichen Jacht Hohenzollern, das er eingesehen habe, sei kein solches Telegramm vermerkt.

„Nun die Frage der **Lokalisierung**, über die leicht zu spotten ist, natürlich nachdem der Plan mißlungen ist. Die Auffassung war da, wie sie

Digitized by Google

im Jahre 1905, im Jahre 1911, im Jahre 1909 geteilt war, geteilt. 50 Prozent haben gesagt, es gibt Krieg, 50 Prozent haben gesagt, es gibt keinen. So war die Ansicht damals sehr verschieden. Ich hatte keine Ahnung, daß hier diese Fragen alle aufgerollt werden würden. Ich verfüge über eine Anzahl englischer Zeitungsstimmen nach Erlaß des Ultimatums. Ich habe das schon öfters aufgeführt; ich habe deutsche und englische Zeitungen getrennt vorgelesen und dann die Zuhörer raten lassen, welche Zeitung das ist. Es sind eine Anzahl englischer Zeitungen, die der Ansicht sind, daß die Sachen sehr annehmbar sind. Besonders blamiert hat sich der John Bull, das Organ eines der ersten Chauvinisten, des Lord Bottomly, der einen Artikel zu spät herausgebracht hat, wie das einer Wochenschrift passieren kann. Am 5. August, als der Krieg schon erklärt war, hat er geschrieben: „Zur Hölle mit den Serben".

Zu dem Bericht des von Oesterreich nach Bosnien delegierten Dr. v. Wiesner, der Erhebungen über die Mordtat in Serajewo pflegen sollte, erklärt der Sachverständige, daß dieser Bericht wahrscheinlich von einem tschechischen Beamten der amerikanischen Friedensdelegation in tendenziös gekürzter Weise in die Hände gespielt und von dieser verwertet worden sei. In dem Bericht sei darauf hingewiesen, es sei festgestellt, daß die Mordtat in Belgrad beschlossen und vorberaten wurde und daß der Ursprung der Bomben aus serbischen Armeemagazinen erwiesen sei. Nicht uninteressant ist eine Mitteilung des Sachverständigen über ein Versehen im englischen Blaubuch. Dort findet sich nämlich im Register eine Bemerkung: „Ergebnisse der Reise Poincarés" (nach Petersburg), im Text des Blaubuches selbst ist aber nichts enthalten. Man hat übersehen, im Inhaltsverzeichnis diesen Betreff zu streichen. Man wisse aber ohnehin, wie Poincaré zum Kriege hetzte, wie 1912 die große Schwenkung der französischen Politik einsetzte und wie schon 1912 die französischen Minister in Erstaunen geraten und von Befürchtungen erfüllt werden, weil der russische Generalstab erklärt, auch wenn Oesterreich in Serbien einmarschiere, werde Rußland keinen Krieg machen. Wenn das Rußland im November 1912 gleichgültig war, hätte es ihm doch auch 1914 gleichgültig sein können, zum mindesten sei das kein Grund zu einem Weltkrieg gewesen.

In seinen weiteren Ausführungen geht der Sachverständige auf verschiedene von der Klägerpartei vorgebrachte Dokumente ein, er hebt hier besonders hervor, daß auf Grund der serbischen Antwortnoten ein dringendes Telegramm von Berlin nach Wien abging, das deutlich die Schwenkung der deutschen Politik nicht wegen der englischen Drohung, sondern eben wegen der serbischen Antwort aufzeigte. Die deutsche Politik habe die österreichischen Forderungen nicht mehr als gerechtfertigt anerkannt. Deutschland sei wohl mit dem Krieg gegen Serbien bis zur Kenntnis der serbischen Antwortnote einverstanden gewesen, von diesem Augenblick an aber nicht mehr. Von da an beginne eine andere Politik Deutschlands, die sich von Tag zu Tag in Ton und Schärfe gegen Wien steigere. Diese Politik habe auch Erfolg gehabt. Von den verschiedenen Vorschlägen, die zur Beilegung der Krise gemacht wurden, sei der aussichtsreichste der deutsche gewesen, der Weg direkter Besprechungen zwischen Wien und Petersburg. Grey habe selbst seinen Vorschlag zu Gunsten des deutschen zurückgestellt. Die Sache schien sich einzurenken, als die allgemeine russische Mobilmachung den Stein ins Rollen brachte, ohne jede äußere Veranlassung von Berlin aus.

Das Extrablatt des „Lokalanzeigers" *)

Der Sachverständige nimmt dann noch eingehend Stellung zu der Frage, ob die am 30. Juli nachmittags in Berlin erfolgte Extrablattausgabe des „Lokalanzeigers" mit der falschen Nachricht von der deutschen Mobilmachung von Einfluß auf das Verhalten der russischen Regierung bezw. auf die russische Mobilmachung gewesen sei oder noch sein konnte. Der russische Botschafter habe diese Mitteilung, die im russischen Orangebuch falsch wiedergegeben sei, nach Petersburg telegraphiert und habe dann ein offenes, später noch ein chiffriertes Widerruf-Telegramm folgen lassen. Von gegnerischer Seite werde nun behauptet, daß die deutsche Regierung die Nachricht von der deutschen Mobilmachung absichtlich lanciert habe, damit die Russen mobil machen; die deutsche Regierung habe dann die hierauf Bezug nehmende Nachricht des russischen Botschafters an seine Regierung durchgelassen, dagegen seine Widerruf-Telegramme angehalten. Das sei direkt absurd. Es wurde festgestellt, daß das Telegramm mit der falschen Nachricht von der deutschen Mobilmachung um 3.28 Uhr beim Haupttelegraphenamt in Berlin (4.28 Uhr Petersburger Zeit) eingetroffen sei. Um 4 Uhr sei aber bereits der Entschluß des Zaren hinsichtlich der russischen Mobilmachung festgestanden. Die falsche Nachricht von der deutschen Mobilmachung sei nicht nach Petersburg gekommen, weil **alle russischen Drähte durch die russische Mobilmachung belegt waren.** Die genauen Nachforschungen nach den Aufgabezeiten der in Betracht kommenden Telegramme seien bereits im Dezember 1914 in Deutschland angestellt worden, weil man durch aufgefangene Depeschen des russischen Botschafters erfahren habe, daß Grey eine Intrige plane. Graf Montgelas erklärt, daß überhaupt auch kein anderes Telegramm am 30. Juli rechtzeitig in Petersburg angekommen sei, um einen Einfluß auf die Entscheidung des Zaren zu üben.

*) Diesen Punkt hat Graf Montgelas eingehend im Maiheft der „Deutschen Rundschau" 1922, Berlin, Verlag Paetel, von dem völlig neuen Gesichtspunkt aus behandelt.

Digitized by Google

Fragestellung an den Sachverständigen

Auf eine Anfrage des R.-A. Dr. Löwenfeld, die eine optimistische Aeußerung Bethmann Hollwegs über die russische Mobilmachung in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 30. Juli 1914 betraf, erwiderte Graf Montgelas: **„Wir wissen — und das konnte Herr von Bethmann Hollweg nicht wissen — seit dem August 1918 in Frankreich, seit Mai 1919 in Deutschland, daß am 18. August 1892 zwischen Frankreich und Rußland eine Militärkonvention abgeschlossen worden ist. In dieser Militärkonvention heißt es, daß die Mobilmachung der französischen und russischen Armee gleichzeitig erfolgen müsse. Frankreich war verpflichtet, auch mobil zu machen ... Die ganze Unterscheidung, daß die russische Mobilmachung etwas anderes ist als die in westeuropäischen Ländern, ist ein unerhörter Humbug, den Sasonow den in Paris befindlichen Botschaftern und dem bayerischen Gesandten weißzumachen sucht; wenn eine russische Mobilmachung eine solche in westeuropäischen Ländern automatisch nach sich zieht, hat sie genau dieselbe Wirkung wie eine Mobilmachung in westeuropäischen Ländern."**

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Glaubt der Sachverständige auf Grund seiner Kenntnis des gesamten Materials, daß der Versailler Schuldspruch anders ausgefallen wäre, wenn die Schoensche Urkunde statt verkürzt unverkürzt damals vorgelegen wäre?

Graf **Montgelas**: Ich vermag nicht Gedanken zu lesen und mit absoluter Sicherheit zu sagen, wie die Dinge gelaufen wären. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß der Kampf gegen die Schuldlüge wesentlich erleichtert worden wäre, wenn das vollständige Dokument vorgelegen hätte. Es ist uns, wie schon erwähnt, bis heute noch nicht möglich gewesen, mit der Berichtigung durchzudringen, daß jener Bericht nicht vom Grafen Lerchenfeld, sondern von Herrn v. Schoen stammte.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** stellt an den Grafen Montgelas eine Frage, die er aus den Memoiren Eckardtsteins schöpft.

Prof. **Cossmann** bemerkt, daß Eckardtstein vielleicht selbst unter Eid vernommen werden könne. Wie er höre, habe sich Dr. Löwenfeld bemüht, ihn hierher zu bringen. Eckardtstein wolle seine Adresse nicht wissen lassen. Einer der Herren Sachverständigen kenne die Adresse. Wir freuen uns bei Eckardtstein genau so wie bei Lichnowsky, ihn begrüßen zu können.

Dr. **Löwenfeld** verweist auf den in der Sammlung Dr. Dirrs und in den deutschen Dokumenten wiedergegebenen Bericht vom 31. Juli 1914: „In hiesigen militärischen Kreisen ist man des besten Mutes. Schon vor Monaten hat sich Generalstabschef Moltke dahingehend ausgesprochen, daß der Zeitpunkt militärisch so günstig ist, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann." Er bittet den Sachverständigen, sich zu äußern, in welchem Zusammenhang wohl Herr v. **Moltke** dazu gekommen sein kann, Monate vor der Mobilmachung mit dem Grafen Lerchenfeld sich darüber zu unterhalten.

Graf **Montgelas**: Das kann ich nicht mitteilen. Im übrigen finde ich es sehr begreiflich, daß man in so ernster Zeit, da auch in Frankreich die Einführung der dreijährigen Dienstzeit eine Rolle spielte, seine Ansichten austauscht. Im übrigen ist wohl der Nachdruck auf das Wort absehbar zu legen.

„Ich glaube, das Gericht, das sich ja nicht in jede einzelne Note so vertiefen kann, sollte sich diesen Gedankengang vor Augen halten: Deutschland war einverstanden mit der Aktion gegen Serbien, falls sich dieses nicht fügt. Nachdem aber die Serben wider Erwarten entgegengekommen waren und nachdem es in dieser Note, die leider viel zu spät kam, wenn darauf noch zurückgekommen werden sollte, eine Reihe von Zusicherungen gab, beginnt eine andere Politik."

Dritter Verhandlungstag

Samstag, den 29. April 1922

Vorsitzender Amtsgerichtsrat **Frank** eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Prof. **Cossmann** richtet an den Privatkläger Fechenbach die Frage, ob ihm bekannt sei, wie es möglich war, daß der Brief des Gesandten Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling, der vorgestern abends hier übergeben worden ist, gestern schon im Wortlaut im „Temps", dem Organ des Herrn Poincaré, stehen konnte.

Fechenbach: Davon weiß ich überhaupt nichts.

R.-A. Dr. Philipp **Löwenfeld**: Um Irrtümer auszuschließen, möchte ich ausdrücklich und deutlich sagen, daß von unserer Seite nach dieser Rechtung nichts veranlaßt worden ist und daß uns davon nichts bekannt ist.

Prof. **Cossmann**: Darf ich auch für Herrn Fechenbach annehmen, daß ihm nichts bekannt ist?

Fechenbach: Durchaus nichts bekannt.

Der **Vorsitzende** verliest nun ein

Telegramm des Auswärtigen Amtes

das gestern abends 10 Uhr eingetroffen ist. Es heißt darin, daß dem Grafen Brockdorff-Rantzau auch bezüglich des Weißbuches gemäß §§ 53 mit 76 der Strafprozeßordnung die Genehmigung zur Aussage nicht gegeben wird, ferner auch dem Fürsten Lichnowsky nicht hinsichtlich der gestellten Einzelfragen, ebenfalls gemäß §§ 53, 56 l. c.

Reichstagsabgeordneter Hans **Unterleitner** leistet den bürgerlichen Eid. Ueber die Stellung Fechenbachs im Ministerium des Aeußern befragt, erklärt er, daß Fechenbach Privatsekretär Eisners war, der dessen Aufträge zu erledigen, aber sonst keine selbständigen Arbeiten zu leisten hatte.

R.-A. **Löwenfeld**: Es ist in den „M. N. N." gefolgert worden, daß Fechenbach in einer Art politischen Bureaus mit selbständigen Arbeiten befaßt war.

Digitized by Google

Unterleitner: Dieses politische Bureau, wenn man so sagen will, durfte nicht selbständig arbeiten. Der Zeuge bekundet weiter, daß Eisner sich durch niemanden in seinen Entschlüssen habe beeinflussen lassen.

R.-A. Graf **Pestalozza**: Halten Sie es für ausgeschlossen, daß sich Eisner auf der Fahrt nach Berlin mit Fechenbach über die Dokumente besprochen hat?

Unterleitner: Darüber kann ich nichts sagen.

R.-A. Graf **Pestalozza**: Es wird dem Zeugen bekannt sein, daß Fechenbach in Bern die auswärtige Presse empfangen und selbständige Auskünfte gegeben hat.

Unterleitner: Das waren dann private Aeußerungen Fechenbachs, mit denen sich Eisner nicht identifiziert hat.

Fechenbach erklärt, daß er lediglich auf die Anfragen der Journalisten die Antworten Eisners übermittelt habe. In einzelnen Fällen sei es auch vorgekommen, daß er (Fechenbach) über seine persönlichen Ansichten befragt worden sei. Auf verschiedene Fragen Fechenbachs bestätigt **Unterleitner**, daß Eisner schon während des Krieges die besten Informationen gehabt habe, daß er sogar über die internsten Vorgänge aus der Umgebung des Kaisers gut informiert gewesen sei und in politischen Diskussionsabenden von diesen Informationen Mitteilung gemacht habe.

R.-A. Graf **Pestalozza**: War der Brief des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling Ihnen oder in Ihren Kreisen schon vor dem Prozeß bekannt?

Unterleitner: Davon weiß ich nichts.

Der **Vorsitzende** verliest einen Brief des Verlegers Hanns v. Weber in München, in dem dieser zugibt, daß im Verlauf des Telephongespräches der Name Fechenbach gefallen sein könne, aber ohne Beziehung auf den Schoenschen Bericht.

R.-A. Dr. **Pflaum** richtete an den Sachverständigen Graf Montgelas die Frage, was er von der neuerdings in Ententekreisen wieder verbreiteten Behauptung halte, Oesterreich habe am 31. Juli einen vollkommenen Rückzug angetreten und sei von Deutschland wider Willen gezwungen worden, den Krieg gegen Rußland zu machen.

Graf **Montgelas** erklärt, daß diese Darstellung vollkommen unwahr sei. Sie werde einfach zerstört durch das Telegramm des Kaisers Franz Joseph, das am 31. Juli 1 Uhr 6 Min. nachmittags in Schönbrunn an den Deutschen Kaiser zu einer Zeit aufgegeben sei, als in Deutschland der Zustand der drohenden Kriegsgefahr gerade erklärt wurde, was in Wien noch nicht bekannt sein konnte. Das Telegramm sei offenbar abgefaßt unmittelbar nachdem der Mobilmachungsbefehl für Oesterreich ergangen war. Das Telegramm des Kaisers Franz Joseph stellte die Antwort auf ein Telegramm des Kaisers Wilhelm vom 30. Juli dar, das den letzten Versuch bedeutete, Oesterreich zur Annahme des Greyschen Vorschlages zu bewegen. In dem Telegramm des Kaisers Franz Joseph sei darauf hingewiesen, daß er unmittelbar, nachdem er den Greyschen Vorschlag erhalten habe, auch die Nachricht bekam, daß Rußland an den österreichischen Grenzen mobil gemacht habe. In dem Telegramm werde auch die Erwartung ausgesprochen, daß Deutschland an seiner Bündnispflicht festhalte. Diese beiden Telegramme werden in der Darstellung der Entente unterschlagen und man beziehe sich nur auf eine Mitteilung des österreichischen Botschafters in Paris vom 31. Juli. Die Sache beruht darauf, daß der österreichische Botschafter mit Viviani am 30. Juli sprach, wobei dieser erklärte, wenn man nur wüßte, was Oesterreich wolle, ließe sich die Sache beilegen. Der österreichische Botschafter habe darauf von Graf Berchtold die Antwort erhalten, daß Oesterreich ja schon in Petersburg erklärt habe, daß es weder die territoriale Integrität, noch die politische Selbständigkeit Serbiens antasten wolle. Das sei schon am 29. Juli geschehen. Rußland habe aber seinen Ententegenossen diese Erklärung vorenthalten. Daß Rußland diese Nachricht nicht nach Frankreich weitergab, sei wohl damit zu erklären, daß die Gefahr bestand, daß bei Bekanntwerden dieser Nachricht Frankreich trotz der Militärkonvention den Bündnisfall nicht mehr für gegeben erachten würde.

Abg. Dr. Pius Dirr

wird aufgerufen,

um über die Feststellungen des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses

zu berichten. Er verweist darauf, daß die Feststellungen, die im bayerischen Landtag über die Veröffentlichungen Eisners gemacht wurden, eine gewisse Rolle gespielt haben. Die Frage, ob man sich mit der Angelegenheit befassen solle, sei zum ersten Male im Frühjahr 1919 — also bald nach dem Tode Eisners — aufgetaucht. Es widerstrebe auch ihm, über einen Mann sprechen zu müssen, der nicht mehr unter den Lebenden weile. Er wünschte, daß Eisner heute noch im Saale wäre; man könne sich aber nicht darauf berufen, es müsse mit Rücksicht auf den Tod Eisners mit Zurückhaltung vorgegangen werden, nachdem Eisner doch eine so große Wirksamkeit ausgeübt und solche Wirkungen hinterlassen habe. Das größere Recht als der Tote habe die Wahrheit und das deutsche Volk, das in erster Linie ein Anrecht auf diese Wahrheit habe. Von diesem Gesichtspunkt aus sei man auch im Bayerischen Landtag bei der Feststellung der Wahrheit ausgegangen. Im Auftrage der Feststellungskommission des Landtages habe er zunächst die Eisnerschen Enthüllungen auf Grund der Akten geprüft und das Ergebnis der aktenmäßigen Feststellungen liege in der Publikation vor. Er stelle fest, daß er nach dem Gang der Gerichtsverhandlung keine Ursache habe, irgend etwas an der Publikation zu än-

Digitized by Google

dern. Sie seien in vollem Umfange bestätigt worden. Er müsse bemerken, daß über die Landtagspublikation verschiedene sehr unrichtige Nachrichten in die Oeffentlichkeit gekommen seien. Es sei nie beabsichtigt gewesen, irgend etwas von dem, was die Feststellungen ergeben würden, zu verschweigen. Er sei auch auftragsgemäß in diesem Sinne an die Untersuchung herangegangen ohne jede Absicht, etwas beweisen zu wollen, sondern einfach mit der Absicht, herauszubringen, wie die Sache wirklich war. Das Ergebnis entsprach ungefähr dem, wie es auch Graf Montgelas gestern beurteilte. Eine doppelte Buchführung habe nicht existiert.

Zeuge legt dem Gericht eine Inhaltsangabe der fehlenden Nummern in seiner Dokumentensammlung vor.

Ich habe in meiner Publikation auseinandergesetzt, daß die Dokumente verschieden adressiert waren, an den König, an den Vorsitzenden des Ministerrats, an den Grafen Hertling persönlich und an das Ministerium des Aeußern. Im allgemeinen läßt sich kein Unterschied finden. Der Gesandte hat offenbar das nach persönlichem Ermessen so oder so gemacht und sämtliche Aktenstücke sind zu den Akten genommen worden, auch die persönlich an den König gerichteten Briefe. Man kann auch nicht Berichte und Meldungen, die an den Ministerpräsidenten gerichtet waren, unter die Privatbriefe rechnen. Auch diese sind als geheime Aktenstücke behandelt und zu den Akten genommen worden. Dies wird auch bestätigt durch den Brief des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling, der zu Unrecht aus den Akten entfernt worden ist und so in Abschrift in die Hände der Klagspartei gelangte. Wie es gehalten wurde, ergibt sich auch daraus, daß ja die Antwort in den Berliner Gesandtschaftsakten ohne weiteres da war.

Dieser „Beweis" der doppelten Buchführung beweist das Gegenteil.

Der Brief ist, trotzdem er nicht amtlich nummeriert war, amtlich registraturmäßig behandelt worden. Ich muß sagen, daß sich die Praxis im bayerischen Ministerium des Aeußern vorteilhaft unterschieden hat von der Praxis, die geübt wurde, als die Revolution Macht gewann. Da hat ein vollständiger Geheimdienst eingegriffen, ein ganz persönliches Informationswesen, so daß das Gesamtministerium über die wichtigsten Korrespondenzen, z. B. die Berichte des Herrn Förster, gar nicht unterrichtet worden ist. Die Verhältnisse haben dazu geführt, daß im Ministerrat, späterhin als Eisner zum Sozialistenkongreß nach Bern ging, die Geister so aufeinanderplatzten, daß es beinahe zu Tätlichkeiten gekommen wäre, weil sich die Mitglieder der M. S. P. diese persönliche Politik des Ministerpräsidenten absolut nicht gefallen lassen wollten. Dr. Dirr führt dafür nötigenfalls die Herren Timm und Auer als Zeugen an.

Ich glaube, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, wenn also das Gesamtministerium gefragt worden wäre über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Eisnerschen Publikation, so hätte es diese Publikation schon aus formalen Gründen abgelehnt, deswegen, weil es niemals damit einverstanden sein konnte, daß einseitig von Bayern aus ohne Einverständnis mit dem Reiche und der Reichspolitik, ohne genaue Kenntnis der gesamten Aktenlage, aus dem Zusammenhang heraus, vier einzelne Dokumente genommen und Auszüge gemacht wurden, unzulänglich und ungenügend, die dann der Oeffentlichkeit übergeben wurden. Es geht aus Gesprächen hervor, daß die anderen bayerischen Minister den Standpunkt der damaligen deutschen Reichsregierung der Volksbeauftragten, die die Veröffentlichung verurteilten, geteilt haben. Es müssen ganz besondere Beweggründe gewesen sein, die dem Ministerpräsidenten Eisner Anlaß gegeben haben, die Veröffentlichung vorzunehmen.

Ich darf erwähnen, daß die damalige Reichsregierung der Volksbeauftragten, wie aus der Publikation vom 27. November hervorgeht und die Staatenkonferenz vom 25. November ersehen läßt und sich ergibt aus dem Rundtelegramm an die internationale Welt, den Standpunkt vertrat, daß die deutschen Akten in ihrer Gesamtheit veröffentlicht werden, daß aber die Reichsregierung verlangt, daß auch die Gegner ihre Archive öffnen und ihrerseits ihre Akten ebenso rückhaltlos der Oeffentlichkeit zugängig machen. In diesem Sinne ist auch Kautsky schon im November 1918 beauftragt worden, die deutschen Akten zu bearbeiten. Auch Kautsky hat sich auf den Standpunkt gestellt, erst die gesamten Akten durchzusehen. Das Verfahren Kautskys, eines Gesinnungsgenossen Eisners, ist eine entschiedene Desavouierung des Verfahrens Eisners — schon die Tat an sich. Den Enthüllungen liegen vier Aktenstücke zu Grunde. Der Schoensche Bericht, die Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914, ein weiteres Ferngespräch und der Bericht des Grafen Lerchenfeld vom 4. August. Der sachliche Zusammenhang und der geschichtliche Ablauf der in diesen Meldungen behandelten Ereignisse ist in der Veröffentlichung des Ministerpräsidenten vom 23. November 1918 nicht ersichtlich.

Die Entente hat bekanntlich schon während des Krieges Deutschland beschuldigt, auf Grund der Denkschrift von Lichnowsky und der Angaben Mühlons, daß die deutsche Regierung den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen in den Konflikt getrieben und planmäßig und vorsätzlich den Weltkrieg herbeigeführt habe. Bezüglich der englischen Vermittlung soll Deutschland die Unterstützung versagt und sogar diesen Versuch planmäßig hintertrieben haben. Diese Schuldmomente, wenn ich so sagen darf, sollte offensichtlich die Veröffentlichung beweisen. Dieser Beweis ist nach

Digitized by Google

meiner Auffassung vollständig mißlungen; er muß auch als mißlungen bezeichnet werden, wenn man die inzwischen erfolgte völlige Aufklärung nicht in Betracht zieht. Schon damals mußten bei der Veröffentlichung der Berichte und Dokumente die größten Bedenken auftauchen.

Zeuge kommt dann auf die **Weglassungen** zu sprechen. Besonders von Bedeutung sei auch der Passus über die Mobilmachung deutscher und österreichischer Truppen, der ganz deutlich zeigt, daß man nicht auf einen allgemeinen Weltkrieg abzielte, sondern daß Berlin von der Mobilisierung abgeraten hat, um Rußland keinen Anlaß zur Gegenaktion zu geben. Was noch nicht hervorgehoben wurde, das ist die Weglassung der Stelle: „England wird Oesterreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr getreu seinen Traditionen vermutlich auch hier für das Nationalitätsprinzip eintreten." In dem Bericht stand also, daß England eine Aktion Oesterreichs gegen Serbien in dem geschilderten Umfange dulden wollte. Das ist ein Umstand, der für die Beurteilung von erheblicher Bedeutung ist. Es muß auch noch erwähnt werden, daß die Lokalisierungsabsichten, die zweifellos durchaus ernsthaft waren, auch in anderen bayerischen Dokumenten, die doch Eisner auch zugänglich waren, oder denen, die ihm geholfen haben sollten, bestätigt worden sind, z. B. im Bericht des Herrn von Schoen vom 26. Juli, Dokumente S. 142, ebenso in dem Bericht des Grafen Lerchenfeld vom 29. Juli, Dokumente S. 159. Es scheint mir klar dargetan zu sein, daß man die Lokalisierungsabsichten aus den Berichten ersehen konnte und mußte und daß diese Stellen ebensowenig weggelassen werden durften, wie die Stelle über Italien. Wenn man sie nicht brachte, dann mußte man in einer Zwischenbemerkung ganz anders, als das Eisner tat, diese Auslassungen charakterisieren. Dann hätte die gesamte Oeffentlichkeit, auch unsere Gegner, die Bedeutung dieser Charakterisierung sicherlich erkannt. So bestand die Meinung, daß das Wichtigste und Entscheidendste gegeben sei und die Wirkung war geradezu verblüffend. Man braucht nur die Presse der damaligen Zeit nachlesen; es war alles zunächst perplex. Man stand angesichts dieser Publikation Eisners vor einem Rätsel und wußte nicht, ob wirklich in Berlin ein derartiger Kriegswille bestanden hat.

Der Zeuge geht dann des Näheren auf die in dem Bericht der Schuldkommission vom 29. März 1919 erhobenen Beschuldigungen ein. Nach den Ausführungen über die englisch-deutsche Vermittlungsaktion leitet er zu dem von Eisner gekürzten **Telephonat vom 31. Juli** über.

Graf Lerchenfeld hat in einer Reihe von schriftlichen und telephonischen Meldungen den hier geschilderten Sachverhalt nach München gemeldet. Eine Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft am 31. Juli 1914 besagt:

„Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet in Berliner maßgebenden Kreisen nicht, daß die Demarche einen Erfolg haben werde, ist vielmehr überzeugt, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden."

Die Veröffentlichung Eisners besagt jedoch nur: „In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, ‚daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken', den Gang der Dinge nicht aufhalten werden."

Hier ist also die Mitwirkung der deutschen Regierung bei der Vermittlung in Wien unterschlagen.

Dr. Dirr bemerkt hierzu, daß durch diese Kürzung der Fernsprechmeldung eine vollständige Irreführung der Oeffentlichkeit herbeigeführt worden ist. Das ist auch journalistisch nicht mehr zu rechtfertigen. Es muß beachtet werden, daß es sich hierbei um die Veröffentlichung eines verantwortlichen Staatsmannes handelte, dessen Aeußerungen ein ganz anderes Gewicht erhalten als die eines Privatmannes oder Journalisten.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** übergibt dem Gericht unter Hinweis auf die Erklärung Prof. Cossmanns, daß der Bericht Lerchenfelds schon am Freitag im „Temps" abgedruckt worden sei, die beiden letzten Nummern des „Temps" mit der Bemerkung, daß sich dort keine solche Veröffentlichung findet.

Prof. **Cossmann** bemerkt, daß den „Münchner Neuesten Nachrichten" ein Telephonat zugekommen sei, daß der „Temps" den Lerchenfeld-Bericht bereits gestern gebracht habe. Er möchte die Frage stellen, ob Dr. Löwenfeld die „Temps"-Exemplare von dem hier im Saale anwesenden Vertreter des „Temps" erhalten habe. Die Frage wird verneint und von der Klagspartei erklärt, daß es sich um ein Abonnementexemplar der „M. Morgenpost" handelt.

Der **Vorsitzende** erklärt, daß diese Frage für später zurückgestellt werde.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** verwahrt sich gegen den Anschein, als ob durch seine Partei die ausländische Presse im besonderen Maße bedient werden wolle. In Bayern hätten ganz andere Leute zu den Franzosen Beziehungen als die von ihm vertretene Partei.

Prof. **Cossmann** stellt unter großer Heiterkeit der Zuhörer die Frage: Meinen Sie mich?, was von der Gegenpartei verneint wird.

Die Wirkung der „Dokumente"

Dr. **Dirr** fährt dann mit seinen Sachverständigen-Aussagen fort in der Schilderung der Wirkung, die das Eisnersche Dokument auch noch über die Ausbeutung in Versailles hinaus

Digitized by Google

auslöste. Poincaré habe in seiner Eröffnungsrede der Friedenskonferenz vom 19. Januar 1919 darauf hingedeutet, Barthou in seinem Bericht vor dem Friedensausschuß der französischen Abgeordnetenkammer vom 6. August 1919 das Schoensche Dokument in den Mittelpunkt seiner Anklage gestellt. Der französische Senatsbericht vom 18. Oktober 1919 mache sogar aus dem Eisnerschen Zitat „man habe in Berlin die Ueberzeugung, daß die Vermittlung Greys nicht zum Ziele führe", Lerchenfeld habe berichtet, es sei sehr zu **hoffen**, daß die Bemühungen Greys den Gang der Dinge nicht aufhalten. Gegen solche Tendenzmache habe sich sogar ein Franzose, Georges Demartial, gewendet. Dieser macht darauf aufmerksam, daß Barthou gegen Deutschland den Bannstrahl der Dokumente Lichnowskys und Lerchenfelds geschleudert habe und sich gleichzeitig den Anschein gebe, als wisse er nichts von den belgischen Dokumenten und von den Veröffentlichungen der „Prawda", nichts von den Zeugnissen der deutschen Friedensdelegation, die den Franzosen so unbekannt seien wie den Eskimos. Die französischen Kammer- und Senatsverhandlungen seien dann von der Ententepresse in der üblichen Form noch weiter ausgebeutet worden.

Der Sachverständige erklärt, daß nach seiner Ansicht Eisner mit der Veröffentlichung einen doppelten Zweck verfolgte, einen innerpolitischen und einen außerpolitischen. Der innerpolitische Zweck habe wohl darin bestanden, die frühere Regierung so zu belasten, daß er jede Konterrevolution zerschmettern zu können hoffte. Außenpolitisch glaubte Eisner, auf die Entente wirken zu können, wie auch Prof. Förster glaubte, durch ein Schuldbekenntnis Deutschlands eine Sühnung herbeizuführen und damit Clemenceau für einen besseren Frieden für Deutschland zu gewinnen, ausgerechnet einen Clemenceau!

Hinsichtlich seines Urteils über die ganze Frage, verweist Dr. Dirr auf das, was er in der Vorrede zur Buchausgabe der bayerischen Dokumente zusammengefaßt hat. **Die bayerischen Akten zum Kriegsausbruch, in ihrer Gesamtheit betrachtet und sachgemäß mit den deutschen und österreichischen Akten in Zusammenhang gebracht, bestätigen in allen wesentlichen Punkten das Gesamtbild, das die deutschen und österreichischen Akten gewähren. Auch sie liefern im Endergebnis nicht einen Beweis für, sondern gegen die These von der ausschließlichen Verantwortlichkeit Deutschlands. Bei solcher Sachlage könne man aussprechen, daß es ein überaus schweres Unglück für Deutschland gewesen ist, für das der damalige Ministerpräsident Kurt Eisner verantwortlich sei. Es war, wie Scheidemann sagt, ein Keulenschlag für Deutschland. Entweder waren Eisner und seine Helfer sich nicht ganz bewußt, was sie taten, dann waren sie nicht am Platze, oder sie waren sich bewußt, dann ist der stärkste Ausdruck noch nicht ausreichend für das, was geschehen ist.**

R.-A. Dr. **Löwenfeld** macht demgegenüber geltend, daß Graf Hertling nicht daran gedacht habe, seine Mitminister von dem Inhalt des Schoenschen Berichts irgendwie zu unterrichten, wogegen dann auch die Minister Breunig, Thelemann und Knilling sich in einer Erklärung wandten.

Dr. **Dirr**: Es besteht hier ein wesentlicher Unterschied. Eisner hat eine entscheidende Tat selbständig ausgeführt, ohne vorher mit dem Reich ins Benehmen zu treten. Er hat selbständig eine Publikation gemacht, die in der Schuldfrage von außerordentlicher Bedeutung war. Graf Hertling hat dagegen nicht selbständig auswärtige Politik gemacht und zu machen gehabt.

R.-A. **Löwenfeld** übergibt einen in der „Freiheit" enthaltenen Offenen Brief an Dr. Dirr, worin behauptet wird, daß weggelassene Stellen aus Försters Berichten sich teilweise auf Machenschaften des Berliner Generalstabes in der Schweiz beziehen.

Dr. **Dirr** bemerkt, er habe bereits Herrn Fechenbach, der ihn einmal um das gleiche gefragt habe, gesagt: Bitte, kommen Sie, sehen Sie die Sachen an, dann werden Sie sofort erkennen, daß die Behauptung falsch ist. Von diesen „Generalstabsmachenschaften" finde sich kein Wort in den betreffenden Akten.

Auf eine Frage Dr. Löwenfelds, die sich auf eine Aeußerung Dr. Dirrs bezieht, daß die deutsche Regierung doch es übernommen habe, die von Grey angebotene Vermittlung zu führen, erklärt

Graf **Montgelas**, daß das von Grey selbst zugegeben worden sei. Es würden fortwährend zwei Dinge miteinander verwechselt: 1. die Vermittlung zu Vieren (die nicht beteiligten Mächte) und 2. der Konferenzvorschlag. Der erste Vorschlag Greys ist nicht der Konferenzvorschlag, sondern die Vermittlung zu Vieren. Diese Vermittlung hat Deutschland nicht abgelehnt, sondern im Prinzip angenommen. Am 26. Juli entstand dann erst der Konferenzvorschlag mit den vier Botschaftern; dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

Kaiserlicher Botschafter a. D. Anton Graf von Monts

wird als Zeuge und Sachverständiger vernommen.

Vorsitzender: Exzellenz sollen sich darüber äußern, ob im diplomatischen Verkehr eine doppelte Buchführung vorhanden war.

Graf **Monts**: „Ich bin eingetreten in das Auswärtige Amt im Jahre 1878. Ich habe, da ich erst vor neun Jahren ausschied aus dem kaiserlichen Dienst, ein wenig Erfahrung. Ich war verschiedene Male im Auswärtigen Amt selbst tätig. Ich habe unter dem Fürsten Bismarck noch zwei Jahre im Auswärtigen Amt als Assessor gearbeitet, später als Legationssekretär und bin durch alle Bureaus durchgegangen, Zentralbureau, Chiffrierbureau usw. Ich **habe nie etwas von einer doppelten Buchführung gemerkt.** Das

Digitized by Google

wäre ganz unmöglich gewesen in unserem Dienst, ebenso wenig bei den vielen Missionen, bei denen ich teils als Sekretär, teils als Chef verwendet worden bin. Es ist nicht üblich gewesen, irgend etwas zu verheimlichen oder doppelte Buchführung zu haben. Wenn Privatbriefe kamen, die kamen sehr selten, so habe ich in München z. B. einen oder zwei Briefe des Fürsten Hohenlohe bekommen — er war mein großer Gönner, er war sehr wohlwollend gegen mich; aber es war eigentlich nichts Amtliches drin. Wenn einmal in einem Brief etwas Amtliches war, dann hat man ihn einfach mit einer Notiz zu den Akten genommen. Eine doppelte Buchführung gab es nicht. Es gab ein Geheimjournal, wo die Chiffresachen drin waren, es gab das auch für Unterbeamte zugängliche allgemeine Journal."

Prof. **Cossmann** beantragt die Zeugenvernehmung eines Herrn Krönlein aus Mailand, der darüber Aussagen machen kann, was Fechenbach in einer Versammlung vom 13. Februar 1919 über die Behandlung französischer Gefangener durch Deutsche gesagt hat. Dieser Antrag wird durch Gerichtsbeschluß abgelehnt.*)

Oberarchivrat Dr. J. Striedinger
vom Hauptstaatsarchiv in München

wird als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Er führt aus: Das Publizieren von Akten muß auch gelernt sein, man muß darin auch Uebung haben. Im Allgemeinen nimmt die menschliche Seele nur das wahr, worauf sie eingestellt ist, die menschliche, ungeschulte Psyche unterliegt ferner sehr leicht der Phantasie. Diese Fehlerquellen müssen beseitigt werden, dadurch, daß der, der an eine

Publikation von Akten

herangeht, von einem Dritten kontrolliert wird, daß er sich daran gewöhnt, sich selbst zu kontrollieren und dadurch allmählich diese Fehlerquellen auszuschalten. Ich weiß nichts davon, daß Eisner oder Fechenbach diese für die Aktenpublikation unabweisliche Forderung erfüllt haben.

Wer Akten publiziert, muß auch gewisse allgemeine Kenntnisse haben. Es wurde hier schon bemerkt, daß diese allgemeinen Kenntnisse auf dem Gebiete der Politik und Geschichte vielfach zu wünschen übrig lassen, besonders beim Privatkläger. Ueber seine Weltfremdheit nur zwei Bemerkungen: Der Kläger hat sich darüber aufgeregt, daß schon 1909 der deutsche Generalstabschef sich mit seinem österreichischen Kollegen über einen event. Krieg mit Serbien unterhalten hat. Der Generalstab war doch nicht dazu da, Lämmer zu hüten! Er mußte doch einen möglichen Krieg vorbereiten. Würden heute die Generalstabsakten vollständig veröffentlicht, würde sich der Kläger wahrscheinlich sehr darüber wundern, daß die unmöglichsten Kriege in den Bereich der Betrachtung gezogen und theoretisch erörtert werden. Daß auch die Maßnahmen in einem Kriege mit Serbien erörtert wurden, will ebenso wenig heißen, wie wenn sich der Generalstab damit beschäftigt hätte, was geschieht, wenn es zu einem Kriege mit den Republiken Andora oder San Marino kommen würde. Fechenbach wundert sich ferner auch darüber, daß im diplomatischen Verkehr mit Verschleierungen gearbeitet wird. Das Wort Talleyrands, daß dem Menschen die Sprache gegeben sei, um die Gedanken zu verbergen, gilt im diplomatischen Verkehr auch heute noch. Man muß beim Aktenpublizieren auch Kenntnis haben von dem Kanzleiwesen, den Unterschied kennen zwischen Orignial, Konzept, Kopie usw. usw.

Des Ferneren: Zu den sonst noch notwendigen Kenntnissen gehört auch die Kenntnis von der Art der Aktenstücke, die man veröffentlicht. Wie schon Graf Lerchenfeld sagte, wurden die Gesandtschaftsberichte geschrieben von Wissenden für Wissende. Es handelt sich da um keine kunstvoll aufgeführten Gebäude, die Aktenstücke gleichen mehr einem Mosaik. Was in dem Schoenschen Bericht stand, kam dem Berichterstatter, wie der Wissende weiß, aus verschiedenen Quellen zu. Daher erklären sich die Widersprüche, die der Kläger am Donnerstag erwähnte. Was Eisner veröffentlichte, sind nur Bruchstücke aus zwei dicken Konvoluten. Eine wissenschaftlich genaue Publikation mußte wenigstens eine allgemeine Einleitung darüber enthalten, in der die Akten, aus denen die Bruchstücke publiziert sind, genannt und näher charakterisiert werden, es mußte eine Motivierung gegeben werden, warum gerade diese drei oder vier Aktenstücke ausgewählt worden sind, sonst wird die öffentliche Meinung irregeführt.

Der zweite Fehler liegt in den Weglassungen.

Der Sachverständige weist unter anderem auf eine besonders bemerkenswerte Stelle hin, „es wird dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert." Ich frage Herrn Fechenbach und alle Anwesenden, wo ist in dem weggelassenen Teil dem Tone oder Inhalt nach eine Plauderei zu finden? Was weggelassen ist, sind höchst ernsthafte Erörterungen. Wenn man von Plauderei spricht, gibt man dem, der nicht das Original oder einen vollständigen Abdruck vor sich hat, einen ganz falschen Begriff von dem Weggelassenen. Herr Fechenbach hat am Don-

*) Im Anschluß an diesen Antrag erhielt Professor Cossmann einen Brief von einem Münchner Studenten, der gleichfalls der Versammlung vom 13. Februar 1919 beigewohnt hat und auch bereit ist, eidlich zu bekunden, daß Fechenbach in jener Versammlung nicht nur die Deutschen beschuldigte, die französischen und belgischen Gefangenen gemein behandelt zu haben, sondern auch, daß die deutschen Gefangenen in Frankreich ganz prächtig und nur gut behandelt würden. „Als ein Versammlungsteilnehmer neben mir erklärte, er sei mehrere Jahre in französischer Gefangenschaft gewesen und habe Unglaubliches erdulden müssen, wurde er niedergeschrien, zu Boden geschlagen und hinausgeworfen."

Digitized by Google

nerstag beim Verlesen dieses Absatzes statt des Wortes „geplaudert" gesetzt „Betrachtungen angestellt." Also erscheint auch Herrn Fechenbach dieser Ausdruck unzutreffend.

Ich glaube, daß

die Veröffentlichungen Eisners falsch

sind, ist schon bewiesen, falsch infolge der Weglassungen und des Ausdruckes „geplaudert". Wenn man von Fälschung spricht, wird im allgemeinen verlangt, das Bewußtsein und die Absicht, zu täuschen. Daß Schoen für Lerchenfeld geschrieben wurde, halte ich für eine Schlamperei, dadurch hervorgerufen, daß man in der Phantasie hatte, es muß Lerchenfeld dastehen. Würde man annehmen, daß die Eisnersche Veröffentlichung die Sachen lediglich weggelassen hat, weil Eisner die schwerwiegende Bedeutung der weggelassenen Punkte nicht erfaßt hat, so würde das allerdings nicht auf die Absicht der Täuschung schließen lassen. Es würde aber ein auch Herrn Fechenbach unerwünschtes Licht auf das Verständnis Eisners werfen.

Ich bin also der Ueberzeugung, daß die Absicht, den Text in seinem Sinn zu ändern, tatsächlich geherrscht hat. Sonst wäre nichts im Wege gestanden, die Maschinenschrift in die Druckerei zu geben.

Geheimrat Hans Delbrück

Prof. d. Geschichte a. D. an der Universität Berlin als Zeuge und Sachverständiger

Ich kann meine Ausführungen beginnen mit der Erklärung, daß ich mit jedem Worte, das Graf Montgelas ausgesprochen hat, einverstanden bin, sowohl in dem Tatsächlichen, wie auch in der Auffassung. Ich habe also zu dem, was Graf Montgelas gesagt, nur noch einige Ergänzungen hinzuzufügen.

Die aggressive Politik Oesterreichs

Geheimrat Delbrück gibt ein zusammenhängendes Bild der Verhältnisse, die schließlich zu der Hochspannung zwischen Oesterreich und Serbien geführt haben. Die Bestrebungen, einen großserbischen Staat zu schaffen, reichen zurück ins Jahr 1842 und haben seitdem wechselnde Gestalt angenommen. Der jetzige großserbische Staat, Jugoslawien, umfaßt verschiedene Stämme, Serben, Kroaten, Slowenen, Dalmatiner, Montenegriner, die alle eine gewisse Verwandtschaft untereinander haben, aber doch keine einheitliche Geschichte und vor nicht langer Zeit auch nicht entfernt ein einheitliches Nationalbewußtsein; Serben und Kroaten galten sogar als Todfeinde. Ob die Einheit unter diesen Völkern groß genug ist, um zu rechtfertigen, was sie prätendiert haben, muß erst die Geschichte lehren. Dieses Streben nach Großserbien war schlechterdings unvereinbar mit der Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie. Es handelte sich darum, ob Oesterreich es sich gefallen lassen konnte, daß in einem Nachbarstaate ein solches Bestreben vorhanden war, das für Oesterreich den Tod bedeutete. Denn aus Oesterreich sollten nicht nur große Stücke herausgeschnitten werden, sondern es sollte ihm auch die einzige Verbindung mit dem Meere, ohne die ein großer Staat nicht leben kann, genommen werden. Weiter würde, so mußte man sich sagen, ein großserbischer Staat zur Folge gehabt haben, daß auch andere Völker Oesterreichs Selbständigkeitsbestrebungen entwickelten. Oesterreich mußte sich — wie es ja jetzt auch tatsächlich geschehen ist — auflösen. Also mußte sich Oesterreich diesen Bestrebungen widersetzen. Damit ist nicht gesagt, daß es sachlich ausgeschlossen war, die serbischen Bestrebungen mit dem österreichischen Staatsgedanken auszugleichen.

Geheimrat Delbrück zeigt dann, wie Serbien gerade durch Oesterreichs Hilfe emporgekommen ist. Es war möglich, daß die Serben sich in irgendeiner Weise Oesterreich anschlossen. Es war dies auch eine Politik, die von serbischen Staatsmännern oft ins Auge gefaßt wurde. Die Wendung trat erst ein, als die Dynastie Karageorgewitsch nach der Ermordung Alexanders auf den Thron kam. Nun entwickelte sich das großserbische Ideal, das in höchstem Grade offensiv war gegen Oesterreich. Wäre dieses nationale Ideal nicht gewesen, so wäre Oesterreich die einzige Großmacht gewesen, die sich pazifistisch saturiert hatte. Oesterreich hatte ein offensives Vorgehen aus sich heraus längst aufgegeben. Aber die österreichische Politik mußte sich dieser stark vordringenden Tendenzen einigermaßen erwehren. Was hätten die Serben gegen Oesterreich machen können? Nichts, wenn sich nicht Rußland der Serben angenommen hätte. Das letzte Motiv der russischen Politik war nicht, dem kleinen Bruder zu helfen, sondern, diesen kleinen Slawenbruder als einen sehr bedeutsamen Bundesgenossen zu benützen für die eigenen Zwecke: die Eroberung Konstantinopels. Man hat oft gefragt, warum man den Russen nicht die freie Durchfahrt gewährt hat. Die Russen wollten nicht nur die freie Durchfahrt für sich, sie wollten Konstantinopel. In den letzten Jahren vor dem Krieg entstand ein vollkommenes Komplott zwischen russischen und serbischen Staatsmännern, um das serbische Ideal zu erfüllen und damit auch das russische Ziel zu erreichen. Geheimrat Delbrück verweist dabei auf Aeußerungen Ssasonows und auf die Audienz des serbischen Ministerpräsidenten Pasitsch beim Zaren, der die Unterredung beendete mit den Worten: „Grüßen Sie den König und sagen Sie ihm, für Serbien werden wir alles tun." Im Februar oder März 1914, kurze Zeit danach, wurde dann im russischen Ministerrat das Programm besprochen. Ein bestimmter Termin für den Beginn der Offensivpolitik war nicht festgesetzt. Wir wissen aber, wie die Rüstungen in Rußland sich steigerten und Rußland Frankreich trieb, die dreijährige Dienstzeit einzuführen. Wir können mit Bestimmtheit sagen, daß eine russisch-serbische Offensive, die mit Sicherheit auf die französische Hilfe rechnete, in sehr großer Nähe bevorstand.

Digitized by Google

Es frägt sich nun, was die österreichische Politik dagegen tun konnte und was sie getan hat, um dem bevorstehenden Angriff zu entgehen. Die österreichischen Staatsmänner haben sich zweierlei gesagt: Man kann passiv abwarten, was die Zeit bringt, vielleicht eine Revolution in Rußland, vielleicht eine Milderung der deutsch-englischen Gegensätze. Anderseits hat man in Oesterreich erwogen, eine gute Gelegenheit zu ergreifen, um den serbischen Größenwahn zu brechen, ohne daß es zum Weltkrieg kommt und ehe die andern bereit sind. Die Aktion gegen Serbien war nicht das Mittel, um den Weltkrieg zu entzünden, sondern um

dem Weltkrieg zu entgehen.

Oesterreich glaubte, als der Thronfolger ermordet wurde, das sei nun die Gelegenheit. Man rechnete damit, daß der Zar ein Volk, das so mit Bomben und Granaten umgeht, Fürstenmörder, nicht schützen werde. So ist die Aktion, die offensiv unternommen wurde, im stärksten Grade eine defensive Handlung. Man faßt es falsch auf, wenn man sagt, der Sinn der Aktion war, die Serben für das Verbrechen zu bestrafen. Der wirkliche Zweck war das große politische Ziel, den Serben zu zeigen: Ihr könnt nicht mit der Unterstützung Rußlands und Europas rechnen, ihr werdet bestraft und werdet nun hoffentlich andere Wege einschlagen. Die Serben auf diesen anderen Weg zu führen, hatte vor allem auch der ermordete Erzherzog im Sinne; sein und des Deutschen Kaisers Ideal war das Bündnis mit Rußland. Wir wissen jetzt, was bei der Besprechung des Kaisers mit dem Erzherzog-Thronfolger kurze Zeit vor seiner Ermordung in Konopischt in Böhmen vor sich gegangen ist, der Besprechung, von der die Entente behauptete, daß dort der große Angriffsplan beraten worden sei. Wir wissen, daß man sich dort gesagt hat, die Russen sind nicht angriffslustig und nicht angriffsfertig, wir wollen uns mit ihnen vertragen, wir wollen die Bedrückung der Serben, die hauptsächlich in Ungarn betrieben wurde, möglichst lockern und wollen eine föderalistische Ausgestaltung Oesterreichs. Damit wäre dem serbischen Ideal eine gewisse Genugtuung gegeben worden. Gerade das aber wollten die Serben nicht. Weil sie sahen — dies ist eine Vermutung —, daß die versöhnlichere Seite die Oberhand gewann, entschlossen sie sich, den Stein ins Rollen zu bringen und jetzt den Mann zu ermorden, der ihnen und den Slawen am freundlichsten gesinnt war.

Rußland habe den Krieg vielleicht nicht 1914, aber in absehbarer Zeit gewollt. Weiter wird immer wieder darauf hingewiesen, daß wir den Krieg mit Serbien gewollt hätten. Das Wort Krieg ist unrichtig. Wir müssen sagen: militärische Aktion. Dann wird weiter gesagt: „selbst auf die Gefahr eines Weltkrieges hin", und es wird erklärt, daß man mit dem Weltkriege „gespielt" habe. Man spielte gar nicht. Man mußte dieses Risiko auf sich nehmen, die ungeheure Gefahr, ebenso wie ein Arzt, der einen Krebskranken zu operieren hat und der sich sagt, vielleicht rette ich ihn, vielleicht stirbt er aber auch in der Operation. Kann man da sagen, er hat mit der Lebensgefahr gespielt? Er ist sich der Gefahr bewußt, weil große Dinge in der Welt und im einzelnen Menschenleben nicht ohne große Gefahr zu unternehmen sind. Die Gefahr war da, aber man glaubte, diese Gefahr sei sehr gering. Man glaubte diese nur kleine Gefahr auf sich nehmen zu müssen, um der großen Gefahr des Weltkrieges, die sich für die nächsten Jahre zusammenballte, entgehen zu können.

Geheimrat Delbrück weist dann nach, wie auch die noch in der Eisnerschen Veröffentlichung enthaltene Andeutung von den Lokalisierungsbestrebungen der Wahrheit recht nahe kommt, aber das hebt die Tatsache nicht auf, daß alle die Stellen unterdrückt sind, in denen Staatssekretär Zimmermann aussprach: Unser eigentlicher Zweck und unser Ziel ist die Lokalisierung. Das ist weggefallen. Wenn ich auch zugebe, daß ein klug abwägender, wohlwollender Mann aus der Veröffentlichung es herauslesen kann, so hat es doch für die Welt diesen Eindruck nicht gemacht. Wir haben ja von allen Seiten gehört, wie

furchtbar der Eindruck der Veröffentlichung

gewesen ist. In seinen weiteren Ausführungen nimmt der Sachverständige zu der vom Kläger aufgeworfenen Frage Stellung, warum Deutschland nicht habe zugeben wollen, daß mit den Oesterreichern doch eine Art von Verabredung wegen eines scharfen Vorgehens gegen Serbien bestand. Das ist, betont der Sachverständige, nach den Erklärungen Jagows und Bethmann Hollwegs einfach. Die Politik einer Großmacht wie Oesterreich läßt sich nicht gängeln. Bethmann Hollweg und Jagow dachten sich: wir müssen die Oesterreicher ihre Politik machen lassen und dann müssen wir als Vermittler eintreten. Es war daher ganz richtig, wenn Deutschland sagte, es habe nur im allgemeinen das Ultimatum gekannt, damit es dann als Vermittler wirken konnte. **Was die angebliche Unterwerfung Serbiens unter das österreichische Ultimatum betrifft, so wußten die Oesterreicher sehr gut, daß die Serben wohl sehr entgegenkommen würden, aber tatsächlich doch hofften, nicht soweit gedemütigt zu werden, um ihr nationales Ideal aufgeben zu müssen.** Um dieses aber, nicht um die Einzelheiten handelte es sich. Das ist von den Serben auch offen ausgesprochen worden. Darum konnte Oesterreich sich nicht mit einer bloßen Genugtuung begnügen. Die Serben wollten von vornherein das nicht, was Oesterreich verlangte und verlangen mußte, um sein eigenes Leben zu retten. Wenn Serbien sich demütig stellte, so war das nur Schaumschlägerei. Darum ist nicht viel von den Untersuchungen zu halten, wie man durch Konzessionen diese oder jene Schwierigkeit hätte beseitigen können. Der

Digitized by Google

Weltkrieg wäre doch ausgebrochen, wenn es nicht gelang, Serbien so zu demütigen, daß die Serben sahen: wir kommen mit Rußland nicht durch, wir müssen uns doch an Oesterreich anschließen. **An der Feststellung, daß Deutschland und Oesterreich einen Weltkrieg geplant hätten, ist kein wahres Wort.** Das ganze war eine notgedrungene Defensivaktion. Ich wollte, daß in Deutschland mehr Leute wären, die die Selbstüberwindung hätten, das so auszusprechen, wie das Kautsky getan hat, der in seiner Schrift „Delbrück und Wilhelm II." erklärte: **„Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht." Kautsky hat geurteilt, daß die Beschuldigung, auf der der Versailler Vertrag aufgebaut ist, daß Deutschland nicht aus Fehlern, aus Dummheit, sondern aus bösem Willen den Kriege entzündet habe, von Grund aus falsch sei.**

Der Sachverständige verweist dann darauf, daß er nach Erscheinen der Eisnerschen Veröffentlichung in dem Preußischen Jahrbuche vom August 1919 geschrieben habe: „Der angeblich so urehrliche Idealist Eisner hat den Feinden durch seine Fälschung Material verschafft. Diese Schurkerei wird der Partei, an deren Spitze Eisner steht, immer von neuem vorgehalten werden müssen." Der Sachverständige bemerkt hierzu, daß er nach dem bisherigen Prozeßergebnis, demzufolge Eisner Wilson, Clemenceau und Lloyd George als die größten Idealisten betrachtete, diese Charakteristik nicht aufrecht erhalten könne. Er habe Eisner immer für einen großen Phantasten gehalten, aber diesen Grad der Narrheit doch nicht erwartet. Wenn einer in solcher Narrheit etwas tue, dann könne er das wohl verurteilen, aber er könne es nicht mehr eine Schurkerei nennen. An der Sache, um die es sich hier handle, ändere sich dadurch nichts. **Die Fälschung bleibe auch nach seiner Ueberzeugung bestehen.**

Der Sachverständige kommt dann eingehend auf das Wirken des österreichischen Botschafters in Berlin, des Grafen Szögyeny, zu sprechen und auf die verhängnisvolle Rolle, die dieser, von verschiedenen Seiten als altersschwach bezeichnete Diplomat bei der Uebermittlung von Berichten gespielt hat. Im Besonderen bezieht er sich auf eine Depesche, die Szögyeny am 27. Juli 1914 nach Wien richtete. In dieser Depesche erklärt Szögyeny, die deutsche Regierung habe auf das bündigste versichert, daß sie sich in keiner Weise mit den Vermittlungsvorschlägen Englands identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben nur, um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe. Als das in Berlin bekannt wurde, seien auch sehr viele Leute, die an unserem guten Glauben festhielten, irre geworden, namentlich auch die damalige Regierung. Er sei persönlich beauftragt worden, sich näher zu erkundigen. Seine Nachforschungen sowohl in den Akten wie bei österreichischen Journalisten, die damals viel mit Szögyeny zu tun hatten, hätten ergeben, daß Szögyeny viel zuzutrauen sei, daß man ihn als altersschwach bezeichnen müsse. Die Szögyeny-Depesche enthalte auch eine innere Torheit. Leider habe die Szögyeny-Depesche sehr bös gewirkt, weil sie mit den Eisnerschen Dokumenten zusammenfiel.

Der Sachverständige weist darauf hin, daß all das nicht bloß im Auslande sehr geschadet habe, sondern auch bei uns. Daran, daß bei uns der moralische Zusammenbruch so stark war und daß man sich immer mehr selbst beschuldigte, haben diese Veröffentlichungen mitgewirkt. „Weshalb hat die Regierung, die wir im November 1918 bekommen haben, nicht viel schneller diese Dokumente alle zusammenstellen und veröffentlichen lassen? Eben weil sich bei ihr auch schon die unselige Vorstellung gebildet hatte, **es hilft ja alles nichts, wir sind ja doch alle mehr oder minder schuldig gewesen. Sie hat sich viel schuldiger gefühlt — ich meine nicht die Regierung an sich, sondern unser deutsches Volk —, als es in Wirklichkeit war. Das ist so weit gegangen, daß es in Versailles der Viererkommission schwer gelungen ist, ihren Bericht zur Annahme zu bringen, weil es den Herren in Berlin schien, als wäre er zu günstig, weil sie gar nicht glauben konnten, daß wir wirklich so reine Wäsche hätten ... Allerhand Widerstände gab es zu überwinden, dies alles aus der falschen psychologischen Einstellung heraus, die z. T. auf der unseligen Szögyeny-Depesche, z. T. auf dem verstümmelten Schoenschen Bericht ruhte, der auf das deutsche Volk einen fürchterlichen Eindruck gemacht hatte."** Die entehrenden Auslieferungs-Bestimmungen und andere ähnliche Bestimmungen wären in den Friedensvertrag nicht gekommen, wenn wir bei den Engländern und Amerikanern etwas mehr hätten die Empfindung erwecken können, über die deutsche Schuld lasse sich noch reden. Leider hat sich hierüber im deutschen Volk noch keine einmütige Stimmung gebildet. Viele meinen, sie schützen die deutsche Republik, wenn sie die alte Verfassung und Regierung möglichst schlecht machen. Es wäre doch das Wirksamste, wenn einer der Minister im Reichstage aufstehen und mit aller Energie die Wahrheit, wie sie im Gerichtssaal hier aufgetreten ist, darlegen würde.

Graf Montgelas bemerkt, er habe gestern schon ausgeführt, daß das französisch-russische Bündnis 1899 außerordentlich erweitert wurde, indem es, wie Delcassé sich ausdrückt nicht mehr beschränkt bleibt auf die Dauer des Dreibundes, sondern daß es dienen soll zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der europäischen Staaten. Gerade dann, sagt

Digitized by Google

Delcassé, wenn der Dreibund auseinander fällt, müsse die Militärkonvention in Kraft treten; wenn Kaiser Franz Josef plötzlich verschwinde und Oesterreich-Ungarn sich auflöse, könnten Gelüste anderer entstehen, sich auf Kosten der früheren Monarchie zu vergrößern, und dann gerade müsse die französisch-russische Militärkonvention in Kraft sein. Fünfzehn Jahre vor Beginn des Weltkrieges also war schon die Politik Frankreichs darauf gerichtet, den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu verhindern.

Professor Dr. Quidde

als Sachverständiger:

Ich betrachte es als meine Aufgabe, mich darüber zu äußern, ob eine Fälschung im eigentlichen Sinne vorliegt. Einleitend muß ich einiges sagen, weil das Ergebnis meines Sachverständigengutachtens in wesentlichen Punkten abweicht von dem, was bisher gesagt worden ist. Am 25. November 1918 ist die Veröffentlichung erschienen. Hier ist wiederholt zum Ausdruck gekommen, daß diese Veröffentlichung einen so enormen Eindruck gemacht hätte, eingewirkt hätte auf die deutsche Regierung, auf die Männer, die in Paris das Gutachten zu erstatten hatten, eingewirkt auf die ganze Auffassung des deutschen Volkes von der Belastung der deutschen Regierung. Ich habe mich von dieser Beeinflussung vollständig freigehalten. Ich habe damals schon dieser Veröffentlichung mit unbefangener Kritik gegenüber gestanden. Drei Tage darauf habe ich am 28. November in den „M. N. N." eine Artikelserie begonnen: „Schulfragen ohne Ende". In diesem Artikel habe ich einleitend ein Wort des Protestes und der Warnung gegenüber der Publikation ausgesprochen und habe ausgeführt, daß mir die aus dem Zusammenhang gerissene Enthüllung ein grober Unfug zu sein scheine. Die Veröffentlichung könne nur dazu beitragen, die Erbitterung der Gegner zu steigern und die Friedensbedingungen zu verschärfen. Dazu habe ich erklärt: Die Schuld, die man der deutschen Politik aufbürdet, muß das deutsche Volk bei den Friedensverhandlungen büßen.

Professor Quidde verweist dann auf seine Rede, die er am 17. Dezember 1918 im provisorischen Nationalrat, in den ihn Eisner als einzigen bürgerlichen Abgeordneten berufen hatte, gehalten hat. In dieser Rede hat er hauptsächlich zwei Vorwürfe gegen Eisner erhoben, 1. daß Eisner wortbrüchig geworden war oder unzuverlässig gegenüber seinem Versprechen, sobald wie möglich Wahlen auszuschreiben; das zweite war eine Anklage wegen seiner auswärtigen Politik. Dr. Quidde hat damals ausgeführt, daß er den Eindruck habe, Herr Eisner habe sich den größten Illusionen hingegeben, wenn er glaube durch Schuldbekenntnisse und Selbsterniedrigung unsere Lage zu bessern; wir sollten vielmehr stolzer als je und erhobenen Hauptes als Deutsche dem Auslande gegenübertreten. Weiter erinnert Professor Quidde an seine Rede in der Sitzung des Provisorischen Nationalrates in der Aula der Universität, in der Stellung genommen wurde zu den Friedensbedingungen. Er hat als Pazifist das Wort erhalten und erklärt, daß er, wenn man ihm zumutete, das deutsche Schuldbekenntnis zu unterzeichnen und die alleinige Verantwortung der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung anzuerkennen, lügen müßte. Der Sachverständige fährt dann fort: **Ich habe immer, heute wie damals, in bezug auf die Veröffentlichung Eisners an der Auffassung festgehalten, daß die Veröffentlichung eine schwere Versündigung war,** bei der ich annehme, daß sie aus durchaus gutem Glauben Eisners hervorgegangen ist.

Dr. Quidde hält die Namensverwechslung lediglich für eine Schlamperei.

Was den Text und die Verkürzung anlangt, so geht mein Urteil zunächst als Akteneditor dahin, daß ich, wenn ein jüngerer Mitarbeiter von uns dies gemacht hätte, ich ihm die Fähigkeit, bei uns weiter mitzuarbeiten, abgesprochen hätte. Vom editorischen Standpunkt aus ist das unerhört. Darauf, daß der Betreff fehlt, lege ich keinen Wert. Die Art aber, wie die Weglassungen erfolgten und wie sie angedeutet werden, ist absolut unzulässig. Als ich gelesen habe, wie Herr Eisner z. B. eine Weglassung mit den Worten andeutet, es wird weiter geplaudert, hatte ich ein Gefühl, wie wenn mich etwas Ekliges überliefe. Dr. Quidde meint, daß Eisner dabei vielleicht seine feuilletonistische Gewohnheit einen Streich gespielt hat. Davon ganz abgesehen, sind natürlich die Stellen, in denen er die Auslassungen andeutet, absolut unzureichend. Unter diesem Gesichtspunkte ist die

Publikation in höchstem Maße anfechtbar.

Sie gibt kein richtiges Bild von dem Aktenstück als solchem. Darüber ist gar nicht zu reden. Es fragt sich nun aber weiter, welche Wirkung diese gekürzte Veröffentlichung gehabt hat und ob die Wirkung der Veröffentlichung auf die Kürzung zurückgeht. Da befinde ich mich im Gegensatz zu allem, was ich bisher hier gehört habe. Ich kann erstens nicht zugeben, daß der gekürzte Text die Behauptung von der absichtlichen Herbeiführung des Weltkrieges durch Deutschland stützt. Auch der gekürzte Text sagt nur „auf die Gefahr hin". Mit keinem Wort ist angedeutet, daß die deutsche Regierung den Krieg über die Strafexpedition nach Serbien hinaus gewünscht oder gebilligt habe. Wer vorurteilslos und ehrlich dieses gekürzte Dokument liest, kann daraus nicht die Beschuldigung ableiten, als habe die deutsche Politik den Weltkrieg gewollt. Ich gebe auf der anderen Seite zu, daß diese Beschuldigung abgeleitet worden ist. Es gibt heute noch eine Menge Menschen, die die alleinige Verantwortung Deutschland zuschieben, weil Deutschland und Oesterreich mit dem serbischen Konflikt die Lunte an das Pulverfaß gelegt hätten. Auch Eisner mag so geschlossen haben: aber das ist eine absolut unkritische Auf-

Digitized by Google

fassung. Mit der Politik gegen Serbien ist die schwere Weltkriegsgefahr heraufbeschworen worden, aber noch nicht der Krieg unvermeidlich geworden. Die gekürzte Publikation gab für den kritischen, gewissenhaften, nicht von irgend welchen Leidenschaften voreingenommenen Leser keinen Grund, Deutschland der absichtlichen Herbeiführung des Weltkrieges zu beschuldigen. Die tatsächliche Wirkung ist allerdings anders gewesen.

Vorsitzender: Die Veröffentlichung ist in einer Zeitung erschienen. Das Publikum liest die Zeitung nur oberflächlich. Können Leute das aus dem Bericht herauslesen, was von unseren Gegnern behauptet wird?

Dr. Quidde: Ja, aber auch aus dem ungekürzten Bericht. — Der Sachverständige fährt dann fort: Der zweite Punkt, mit dem ich mich im Gegensatz zu dem bisher Gesagten befinde, ist folgendes: Wenn ich den ungekürzten Text mit dem gekürzten vergleiche, so ergibt sich, daß das, was an Belastungsmomenten in dem Schreiben enthalten ist, ebenso aus der Publikation des gekürzten Textes hervorgegangen wäre; den an den betreffenden Stellen ist nichts geändert worden. Ich bin des Glaubens, daß die Veröffentlichung des ungekürzten Textes genau die gleiche Wirkung gehabt hätte. Worin lag diese Wirkung? Der Bericht sprach vor allem mit voller Klarheit aus, daß die deutsche Regierung — und das war nicht nur eine Auffassung des Herrn v. Schoen, sondern eine, wie er berichtet, offiziell niedergelegte Erklärung — Oesterreich völlig freie Hand ließ, „auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin". Das hat bei einem großen Teil der Bevölkerung enormen Eindruck gemacht und hat wie eine starke Belastung der deutschen Politik gewirkt, obwohl es nichts Neues war. Das stand schon in dem Weißbuch von 1914. Das ist der dolus eventualis, wie ich es schon im November 1918 bezeichnet habe. Ich bin dessentwegen von beiden Seiten angegriffen worden; aber ich halte auch jetzt noch daran fest. Aus dem Berichte ergab sich: man hat zwar die österreichische Note an Serbien nicht gekannt, aber die entscheidenden Punkte, und man hat in Berlin die Folgerung gezogen, das kann Serbien nicht annehmen und daraus folgt der Krieg. Ich bemerke: der Krieg mit Serbien. Das ist etwas, was dem deutschen Volke bis dahin unbekannt war und was einen starken und erschütternden Eindruck gemacht hat, besonders weil es im Gegensatz stand zu feierlichen amtlichen Versicherungen. Es ist natürlich im Ausland stark verwertet worden gegen uns. Weiter führt der Sachverständige die Bemerkungen an über die Beurlaubungen des österreichischen Kriegsministers und des Generalstabschefs, die „den Anschein friedlicher Gesinnung" erwecken sollten, ferner über die Nordlandreise des Deutschen Kaisers und dem Urlaub des Generalstabschefs, wie des preußischen Kriegsministers. Bei den Lesern hat dies so gewirkt, als ob man eine Komödie vorspielen wollte, um ein Alibi nachzuweisen. Das war es vielleicht nicht, aber es mußte den Eindruck machen. **Das ist mit einer der Gründe, warum man solche vereinzelten Aktenstücke an einem solchen Zeitpunkt nicht veröffentlichen darf.** Ich glaube, das waren die Hauptpunkte des Berichtes, die einen sehr starken Eindruck gemacht haben. Für das Ausland war es sozusagen ein gefundenes Fressen. Das wäre es aber ebenso gut gewesen, wenn der Bericht ungekürzt veröffentlicht worden wäre. Die Veröffentlichung des Berichtes war gekürzt oder ungekürzt

der große politische Fehler,

den der Sachverständige der Illusion Eisners zuschreibt. Dr. Quidde macht darauf aufmerksam, daß andere Leute für Deutschland viel verhängnisvollere Illusionen gehabt haben.

Dr. Quidde kommt nun auf die Frage zu sprechen, welche Bedeutung die Stellen des Schönschen Berichtes haben, die durch Eisner in unzureichender Weise angedeutet sind, ob deren Mitteilung etwa den Eindruck der Publikation geändert hätte und ob deren Fortlassung als bewußte Fälschung erklärt werden muß. Es wird von ihm auf der einen Seite im Einverständnis mit den übrigen Sachverständigen festgestellt, daß Eisner Stellen ausgelassen hat, die zeigen, daß die deutsche Regierung hoffte, den Konflikt lokalisieren zu können und daß sie auch in diesem Sinne tätig sein wollte durch Verzicht auf Mobilmachung und durch Einflußnahme auf Beschränkung der österreichischen Mobilisierung. Daraus läßt sich folgern, daß die deutsche Regierung den Weltkrieg nicht gewollt hat. Eisner hat also entlastende Stellen des Berichtes unterdrückt.

Anderseits aber stehen in dem Bericht in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen entlastenden Ausführungen Mitteilungen, die, wenn man sie kritisch betrachtet, schwer belastend sind. Sie scheinen bisher ganz übergangen oder in ihrer Bedeutung nicht erkannt zu sein. In dem gestrichenen Teile über die Lokalisierung des Krieges ist gesagt, daß die Lokalisierung davon abhänge, ob Oesterreich sich mit einer Züchtigung begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fodern werde, weiter, daß auf die Neutralität Rußlands nur zu hoffen sei solange Oesterreich nicht die territoriale nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stelle, ferner England werde eine Zertrümmerung Serbiens nicht zulassen. Weiter unten heißt es dann aber im vollen Gegensatz zu diesen Voraussetzungen einer Lokalisierung: die österreichisch-ungarische Botschaft nehme an, daß König Ferdinand von Bulgarien den Ausbruch eines Krieges zwischen Oesterreich und Serbien benützen werde, um das an Serbien verlorene Gebiet zurückzugewinnen, daß man dann Rumänien werde im Zaum halten und entschädigen müssen, ferner Griechenland und Montenegro in Albanien für die Abtretung des Lovzen, die Oesterreich gelegentlich einer so weitgehenden Umgestaltung der Balkanlandkarte wohl für sich beanspruchen würde." Das sind ziemlich tiefe Eingriffe in den Territorialbestand auf der Balkanhalbinsel, die auch die Interessen

Digitized by Google

der übrigen europäischen Mächte berühren mußten, nicht nur die Italiens mit seinen vertragsmäßig verbürgten Kompensationsansprüchen. Da handelt es sich also nicht mehr um die Lokalisierung, sondern im Gegenteil um die Voraussicht von Verwicklungen, die eine Lokalisierung unmöglich machen würden. Es fragt sich, ob Eisner diese Stellen als eine Belastung der deutschen Regierung erkannt hat. Darüber kann ich gar nichts wissen. Ich vermute, daß er sie nicht erkannt hat, sonst würde er sie wohl irgendwie verwertet haben. Wenn er aber hier, ohne viel dabei zu denken, schwer belastende Stellen ausgelassen hat, so kann man nicht mit Sicherheit sagen, daß die Auslassung der nicht damit zusammenhängenden entlastenden Stellen Absicht war. Aus dem vorliegenden Text kann also der Beweis für eine absichtliche Fälschung mit politischer Tendenz nicht geführt werden. Der Sachverständige nimmt mit Dr. Dirr als Motiv für die Publikation die innerpolitische Einstellung Eisners an. Er habe sich in einem erbitterten Gegensatz zu der herrschenden Kriegsauffassung befunden, so daß er wirklich glauben konnte, die deutschen Interessen zu vertreten, wenn er die Veröffentlichung vornahm.

Am kompromittierendsten scheint mir die Aenderung in dem Telephonat der bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914. Er hat den vorderen Satz weggelassen in dem von der „gemeinsamen Demarche Englands und Deutschlands die Rede ist, und hat nur den zweiten gegeben, der allein von den „zweifellos redlichen Bemühungen Greys" spricht. Das geringste Gefühl für Objektivität hätte erfordert, jenen Satz mitzuteilen, und es ist schwer zu glauben, daß Eisner sich bei der Streichung nicht bewußt war, daß er dem Telephonat einen wesentlichen Bestandteil seiner Bedeutung nimmt.

Ich stelle mir vor, Eisner wollte dem deutschen Leser zeigen, daß Grey den ehrlichen Willen hatte, zu vermitteln, und demgegenüber erschien ihm das andere nicht wichtig. Es hätte ihm aber wichtig erscheinen müssen, wenn er ein Bild davon geben wollte, wie es mit der Verantwortlichkeit für den Krieg stand. Es ist schwer zu glauben, daß diese Stelle ohne Bewußtsein fortgelassen worden ist.

Ein wissenschaftlicher Editor wird bei der Wiedergabe einer Erklärung keine Sperrung vornehmen (Weltkrieg statt Weltkrieg), ohne darüber Rechenschaft abzulegen, es geschieht aber sonst nicht selten.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Hält der Sachverständige nach seiner Kenntnis der Person, des Charakters, des Wesens von Kurt Eisner es für wahrscheinlich, daß Eisner sich zu einer bewußten und absichtlichen Fälschung der Wahrheit hergegeben hätte?

Dr. **Quidde**: Um diese Frage beantworten zu können, habe ich Eisner wirklich nicht genug gekannt. Er ist mir nur im politischen Leben begegnet, näher habe ich mit ihm nicht verkehrt. Die Frage kann ich weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Sein Auftreten in der Zeit nach der Revolution hat auf mich den Eindruck gemacht, daß er wiederholt mit einem in der Oeffentlichkeit nicht genügend anerkannten persönlichem Mut gefährlichen Strömungen entgegengetreten und sich konsequent geblieben ist, daß er aber in der für unsere Entwicklung wichtigsten Fragen, in der Frage der Wahlen, in einer Weise geschwankt hat und zweideutig gewesen ist, daß das auf mich einen sehr üblen Eindruck gemacht hat. Ich traue mir aber nicht zu, daraus die Folgerung zu ziehen, daß Eisner leicht zu einer Fälschung gegriffen hätte. Ich habe widersprechende Eindrücke von ihm gehabt.

Vierter Verhandlungstag

Dienstag, 2. Mai 1922

Vorsitzender Amtsgerichtsrat **Frank** gibt zu Beginn der Sitzung bekannt, daß der am ersten Verhandlungstag vom Vertreter des Klägers übergebene Brief des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling im „Temps" vom Samstag, 29. April 1922, vollständig abgedruckt ist und daß in der Einleitung gesagt ist: „der Text, der uns vorgelegen hat".

Professor **Coffmann**: Diese Nummer ist, wie wir auf Erkundigung in Paris erfahren haben, nicht etwa am Samstag in Paris ausgegeben worden, sondern am Freitag nachmittag 4 Uhr. Die Interpunktion stimmt mit dem Original in allen Einzelheiten überein, außerdem in allen Absätzen. Die Uebersetzung stand auf der zweiten Seite des „Temps", nicht etwa unter „Letzten Nachrichten". Die Journalisten wissen ja, was das heißt.

R.-A. Dr. Philipp **Löwenfeld**: Es ist nicht nur nichts vom Kläger oder Anwalt veranlaßt worden, es wurde im Gegenteil im weitgehenden Maße dafür Sorge getragen, daß ein derartiger Vorfall nicht möglich ist. Zunächst ließ ich von diesem Brief nur für die Sachverständigen Durchschläge herstellen; damit der Brief nicht verstümmelt oder entstellt in die Presse kommt, habe ich mich, da in meinem Bureau nicht die ausreichende Anzahl von Durchschlägen für die Presse hergestellt werden konnte, im Benehmen mit einem den damals abwesenden Herrn Fechenbach vertretenden Herrn damit einverstanden erklärt, daß der Brief in der „Morgenpost" durch die Maschine läuft. Ich habe diese Zustimmung durch den Privatkläger und mich davon abhängig gemacht, daß unter keinen Umständen vor der Bekanntgabe dieses Briefes jemand ein Exemplar, einen Durchschlag oder Bürstenabzug bekommt. Redakteur Winter von der „Morgenpost" hat mir ausdrücklich versichert, es sei ausgeschlossen, daß ein Exemplar hinausgekommen ist.

Dr. Eugen Fischer

Sachverständiger und Sekretär im Untersuchungsausschuß des Reichstags

Ich möchte mich ausschließlich mit der Frage der Fälschung beschäftigen und auf die Erörterungen des Vertreters des Klägers über die Kriegsschuldfrage nur soweit sie die Fälschungs-

Digitized by Google

frage betrifft, eingehen. Gewöhnlich bezeichnet man als Fälschung ein solches Schriftstück, das entweder gar nicht existiert oder in das Teile frei erfunden eingefügt worden sind. Die konstantinische Schenkung z. B. ist unzweifelhaft eine solche Fälschung, sie stellt ein Schriftstück vor, das eines Tages fabriziert wurde. Wenn in ein vorhandenes Schriftstück, z. B. eine Schenkungsurkunde, die jemandem im Mittelalter z. B. fünf Dörfer schenkte, die Nummer 7, 8 oder 9 hineinpraktiziert wurde, so ist das auch eine Fälschung. Eine Fälschung in diesem Sinne liegt bei der Veröffentlichung Eisners nicht vor. Von Fälschung im weiteren Sinne spricht man dann, wenn ein Schriftstück durch Auslassungen, Umstellungen, Unterstreichungen u. dgl. so in seinem Sinn verändert wird, daß die ursprüngliche Absicht dieses Schriftstückes entweder wesentlich geändert oder geradezu in das Gegenteil verkehrt ist. Dann liegt nicht eine Fälschung des Wortlautes, wohl aber der Gedanken und Absichten des Schriftstückes vor. Sperrungen sind in einer Zeitung erlaubt.

Vorsitzender: Eisner war nicht Herausgeber einer Zeitung; macht es einen Unterschied, ob die Sperrungen von Eisner oder der Staatszeitung herrühren?

Dr. **Fischer**: Das würde keinen Unterschied machen; auch der Herausgeber eines Aktenstückes der nicht Herausgeber einer Zeitung ist, nimmt sich herkömmlich in der Zeitung das Recht, Unterstreichungen vorzunehmen. Ein Mann von wissenschaftlicher Genauigkeit unterläßt es nicht, in einer Fußnote hinzuzusetzen, daß die Sperrungen von ihm sind. Wenn er es unterläßt, nimmt man aber nicht die Absicht der Fälschung an, sondern sieht darin eine journalistische Gepflogenheit.

In der Frage, ob der wesentliche Inhalt durch Auslassungen entstellt worden ist, muß ich zunächst auf das Urteil des Grafen Lerchenfeld über den Schoenschen Bericht eingehen. Graf Lerchenfeld sagte, der Bericht sei gut, im Sinne der Diplomaten ein guter Stimmungs-, Lagebericht. Das vermag ich nicht zuzugeben, weil der Bericht sich über Widersprüche, die er enthält, nicht klar ist. Es gibt Stellen, in der der Bericht von der Wahrung der serbischen Würde und Integrität, und Stellen, in denen er von einer Veränderung des serbischen Territoriums und der Balkanlandkarte spricht. Aus den Widersprüchen des Berichtes schließt der Kläger, daß durch die Weglassungen der wesentliche Inhalt des Schriftstückes nicht verändert und nicht entstellt wurde, da auch das, was stehen geblieben sei, den Beweis in sich schließt, daß auch an eine Lokalisierung des Krieges im Ernst nicht gedacht wurde. Dieser Gedanke des Klägers wäre richtig, wenn der Bericht klar und einheitlich wäre. Unter den Tausenden von diplomatischen Berichten, die ich geprüft habe, gehört dieser Schoensche Bericht zu den am wenigst gelungenen. Der Berichterstatter hätte mindestens sagen können, ich bemerke in den Auskünften, die ich zum Teil von dem Dreibundreferenten des Auswärtigen Amtes, zum Teil der österreichisch-ungarischen Botschaft erhielt, Widersprüche. Eisner hat dem Bericht seinen deutlicheren Teil genommen und ihm von dem Inhalt

die wichtigere Hälfte entwendet.

er hat geflissentlich und mit außerordentlicher Geschicklichkeit, die sich in Einzelheiten kundtut, alles, was geeignet ist, den Willen der deutschen Regierung zur Erhaltung des Friedens zu beweisen, weggelassen.

Es wurde viel von dem überleitenden Text Eisners gesprochen. Er gehört zu dem Verräterischsten, was in seiner Ausgabe des Berichtes vorhanden ist. **Es ist aber nicht nur alles, was den Kriegswillen Deutschlands beweisen könnte, in dem Bericht drin geblieben, sondern auch alles, was der Entente an dem Bericht gefallen konnte, wurde unterstrichen.** So erklärt sich die Unterstreichung des Wortes: „Der kranke Mann in Europa", womit Oesterreich-Ungarn gemeint ist. Diese Sperrung hat keinen anderen Sinn, als das weltbekannte Streben der Serben und Russen, Oesterreich-Ungarn zu zerschlagen, indirekt zu rechtfertigen. Wenn Oesterreich-Ungarn der kranke Mann war, so war das Attentat von Serajewo kein so großes Verbrechen, als man es hinstellte. Das Unterstreichen diente also dazu, die politisch aggressive Haltung der Entente zu entschuldigen.

Dr. Fischer führt weiter aus, daß das Telephonat durch die Weglassungen einen bösartigen Sinn bekommt. **Ich erkläre also, es liegt in der Ausgabe des Berichtes, die Eisner gemacht hat, eine bewußte Entstellung der Gedanken und des Inhalts des Berichtes vor, und zwar unter der Tendenz, den Willen der deutschen Regierung zum Weltkriege glaubhaft zu machen und der Entente ein Beweismittel für diesen Willen der deutschen Regierung zum Kriege zu liefern.**

Es ist eine alte Sache, daß man der breitesten Oeffentlichkeit nicht alle Einzelheiten unterbreiten kann, weil sie zur Beurteilung dieser Einzelheiten häufig nicht die nötige Sachkenntnis hat. Also läßt man in den Dokumenten zum Gebrauch der Oeffentlichkeit gewisse Dinge weg. Sie dürfen aber den wesentlichen Inhalt des Schriftstückes nicht ändern oder selbst wenn sie ihn ändern, dürfen sie nichts ändern am objektiven Tatbestand. Sie dürfen nur lügenhafte Darstellungen und Berichte aus feindlichen Ländern, die ganz offenbar geschwindelt sind, weglassen und von den Aeußerungen der eigenen Regierungen nur solche, die mit dem Stehengebliebenen oder der Absicht der eigenen Regierung im wesentlichen im Einklang sind.

Der Sachverständige erklärt, er habe sich darüber ausgesprochen, weil ohne Zweifel ein Grundgedanke des Anwaltes des Privatklägers darauf hinauslaufe: Diese Irrtümer und Veränderungen haben zwar den Inhalt des Schriftstückes entstellt, aber Eisner hatte das Recht, das wegzulassen, weil die deutsche Regierung den Willen zur Lokalisierung des Krieges und zur Verhinderung des Weltkrieges nicht hatte. Eisner habe also Stellen weggelassen, die eine tat-

Digitized by Google

sächliche Lüge der deutschen Regierung enthielten. Infolgedessen habe er sich zwar einer Entstellung und Veränderung des Inhaltes des Schriftstückes schuldig gemacht, aber damit die objektive Wahrheit hergestellt. Wäre es wahr, daß Eisner nur eine Lüge der deutschen Regierung weggelassen hätte, so würde ich nicht der Meinung sein, daß man das Recht oder die Pflicht habe, seine Veröffentlichung eine Fälschung zu nennen. So stehen wir vor der Frage: ist es wahr oder ist es falsch, daß die deutsche Regierung nicht bloß den Krieg mit Serbien, sondern auch den allgemeinen Krieg gewollt hat? Es wird die Vorfrage zu stellen sein, geht aus dem verstümmelten Bericht hervor, daß die Regierung den Krieg im allgemeinen gewollt hat. Es geht zunächst nur daraus hervor, daß die deutsche Regierung den Krieg mit Serbien gebilligt hat. Aber als das Schriftstück veröffentlicht wurde, da galt es in der ganzen Welt der Entente für einen Glaubenssatz, auch bei den revolutionären Parteien Deutschlands, daß mit dem Krieg Oesterreichs gegen Serbien der Weltkrieg notwendigerweise gegeben gewesen sei, d. h. daß, wenn die deutsche Regierung dem Krieg Oesterreichs gegen Serbien zugestimmt habe, sie ganz von selbst den Weltkrieg gewollt habe. So und nicht anders wurde diese Veröffentlichung verstanden. Ist es nun wahr, daß mit dem Krieg Oesterreichs gegen Serbien der Weltkrieg gegeben war oder ist es ein Irrtum? Das ist der Kernpunkt des ganzen von Dr. Löwenfeld versuchten Wahrheitsbeweises.

Die Annahme, die sich dank der von der Entente betriebenen Propaganda in der ganzen Welt außerhalb Deutschlands und in einem großen Teil Deutschlands selbst beinahe zu einem Glaubenssatz entwickelt hat, daß, sobald Oesterreich den Krieg gegen Serbien machte, die Russen zur Mobilmachung und zum Krieg gegen Deutschland und Oesterreich schreiten müßten, ist eine Einbildung. Die Wahrheit ist, daß am 30. Juli 1914, als die russische Regierung ihre Gesamtmobilmachung verkündete, die sie seit Wochen im geheimen betrieben hatte, nicht nur die Entspannung des Konfliktes möglich war, sondern daß der Konflikt unmittelbar davor stand, entspannt zu werden durch die Tat der deutschen und der englischen Regierung. Diese wirkten so stark auf Oesterreich ein, daß die russischen Politiker fühlten und wissen konnten: Wenn das noch zwei oder drei Tage so weiter geht, so ist der Friede gesichert. **Um zu verhindern, daß die Lage sich entspannte, haben die russischen Politiker am 30. Juli 1914 die Mobilmachung verkündet und damit den europäischen und Weltkrieg entfesselt. Das ist der Kernpunkt des Schuldproblems und nichts anderes.**

Für den Sachverständigen steht es außer Zweifel, daß die russische Regierung den europäischen Krieg wünschte und daß sie Sorge hatte, daß durch ein Zusammenwirken der deutschen und englischen Regierung die Chancen des Weltkrieges immer geringer und eines Tages ganz vernichtet würden. Dies geht aus dem ganzen Aktenmaterial seit dem Jahre 1909, das veröffentlicht wurde, mit zwingender Sicherheit hervor. Die russischen Aktenschränke stehen offen. **Rußland hat, um sich der Dardanellen bemächtigen zu können, den Krieg gewollt. Weil Oesterreich-Ungarn bei jeder Art von Verhandlung Ausgleichsansprüche geltend machen würde und die englische und französische Oeffentlichkeit diese als begründet zugeben würden, deshalb brauchte die russische Regierung, die das türkische Erbe an Oesterreich-Ungarn verteilen wollte, den Krieg.**

Dr. Fischer weist in diesem Zusammenhang auf ein besonderes Schriftstück, auf **ein Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Ssasonow vom 30. Okt. 1912 hin.** Darin sagt der russische Botschafter, es sei möglich, daß sich die Serben mit den Oesterreichern verständigten und zwar dadurch, daß zunächst von österreichisch-ungarischer Seite dem Königreich Serbien gewisse handelspolitische und sonstige Vorteile eingeräumt würden. Diese Verständigung aber sei nicht im Interesse der russischen Politik. Wenn nun aber die Westmächte merkten, daß die russische Regierung eine mögliche Verständigung mit Gewalt verhindere und sähen, daß die russische Regierung dadurch die Gefahr eines europäischen Krieges verstärke, so könnten die Verbündeten stutzig werden. Dies ist das wesentlich Neue, das aus der russischen diplomatischen Korrespondenz hervorgeht. Seit dem Jahre 1912 befanden sich der englische Außenminister und der deutsche Reichskanzler in einer Verbindung zur Erhaltung des Weltfriedens. Es war, wie man bezeichnend gesagt hat, eine Art Spitzenorganisation der beiden Mächtegruppen. Das Zukunftsziel Rußlands, wenigstens seit dem Jahre 1909, war der große Krieg, der Rußland seine historische Mission erfüllen sollte. Das Ergebnis der Balkankonferenz von 1912 ließ die Möglichkeit, die Balkanfragen auf Konferenzen zu lösen, greifbar hervortreten. 1914 schien sich die Praxis der Verständigung von London mit Berlin zu erneuern, während Rußland und Frankreich ein Diktat der Entente an Deutschland und Oesterreich wünschten. Als diese Gefahr der Verständigung am größten war, mobilisierte Rußland und das war der Krieg. Das ist die Wahrheit. **Es kann gar keine Rede davon sein, daß das bißchen Mobilisierung in Oesterreich-Ungarn Veranlassung gegeben hätte zur russischen Mobilisierung.** In Serbien konnten 500,000 Mann aufgebracht werden und Oesterreich hatte gerade soviel Mann, als dafür notwendig waren. Glaubt denn jemand, daß man bei dem ausgedehnten Spionagesystem in Petersburg über die militärischen Möglichkeiten in Oesterreich-Ungarn nicht genau unterrichtet war? Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß der Kriegsplan Potioreks in Petersburg bekannt war, und zweifle nicht daran, daß man sich in Rußland über das Bombardement Belgrads in

Digitized by Google

keiner Weise täuschen ließ, weil man wußte, daß hinter den paar Donaumonitoren nichts stand. Der ernsthafte Vormarsch konnte vor dem 12. August nicht beginnen. Der stärkste Druck wurde von Berlin und London auf Wien ausgeübt und es war nicht zu zweifeln, daß bis zum 3. und 4. August die Lage entspannt sein würde. Es wird nun eingewendet, daß die Mobilisierung in Rußland kein Grund zum Krieg für Deutschland gewesen sei, sondern nur ein Anlaß, um auch seinerseits zu mobilisieren. Es würde zu weit führen, genau auseinanderzusetzen, warum die deutsche Regierung auf die russische Gesamtmobilisierung mit dem Krieg antworten mußte. Rußland und Frankreich waren eine militärische Einheit und der militärischen Einheit Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ungeheuer überlegen. Wenn man den Russen Zeit ließ, zu mobilisieren und ihre Massen hinter der Grenze zusammenzuziehen, dann begab sich die deutsche Regierung der einzigen Hoffnung und Möglichkeit, den Krieg zu führen. Deshalb war die russische Mobilisierung das Signal zum Weltkrieg, aber nicht wie es Herr Eisner andeuten wollte, zum Angriffs-, sondern

das Signal zum Verteidigungskrieg

auf dem Wege einer Offensive. Wenn die englische Regierung behauptete, der deutsche Flottenbau sei eine Bedrohung Englands gewesen, und wenn England aus dem Anspruch auf Sicherheit das Recht ableitet, gegen eine solche Macht, die seine Sicherheit bedrohen könnte, den Kampf aufzunehmen, warum will man es der deutschen Regierung nicht gestatten, zu erklären, daß Deutschland durch die Mobilisierung der Russen in seiner Sicherheit bedroht war und deshalb den Kampf aufnehmen mußte? Die deutsche Regierung hat mehr als einmal in Petersburg erklären lassen, daß die russische Mobilisierung der Zwang zum Krieg wäre. Warum hat die Welt den Standpunkt der deutschen Regierung nicht so respektiert wie alle Welt Englands Standpunkt respektiert? Es ist nicht zufällig, daß der russische Zar schon im Jahr 1892 bei Abschluß des französisch-russischen Bündnisses erklärt hat, es müsse tiefstes Geheimnis bleiben, denn in dem Augenblick, als die Deutschen es merken, betrachten sie es als Kriegsfall. Die Deutschen haben dies nicht getan. Es bleibt dabei, Rußland hat den Krieg vom Zaune gerissen, hat bewußt und gewollt den Krieg überstürzt. Die deutsche Regierung war sehr wohl berechtigt zu dem Glauben an die Möglichkeit der Lokalisierung und Vermittlung. Die Ereignisse haben der deutschen Regierung recht gegeben.

Der Sachverständige geht dann ausführlich auf die Entwicklung der österreichisch-serbischen Krise nach dem Attentat von Serajewo ein und schildert die Stimmung in politischen und militärischen Kreisen in den Julitagen 1914.

Dr. Fischer steht auf dem Standpunkt, daß der Krieg unter Umständen eine Notwendigkeit ist, so lange eine internationale Obrigkeit nicht geschaffen ist. Mochte die deutsche Regierung noch so friedlich sein — diese Friedlichkeit wird ihr in den russischen Akten von Fall zu Fall bestätigt —, so war es nicht möglich, den

Drang der Russen zum europäischen Kriege

zu hemmen. Aus der Beobachtung der allgemeinen Lage wuchs auch in deutschen militärisch und politisch stark aktiven Kreisen der Wunsch nach dem Kriege, der je eher desto besser kommen sollte. Der Ausdruck dieser Stimmung liegt zum Teil in dem Bericht des Herrn v. Schoen. Am meisten aktiv innerhalb der Reichsleitung war Herr Zimmermann. Aber die draufgängerische Stimmung war nicht die des Herrn v. Jagow, nicht die des Reichskanzlers und nicht die des Kaisers. Bis zum 23., 25. oder 26. Juli herrschte im Berliner Auswärtigen Amt mehr das Stimmungsmäßige des Herrn Zimmermann. Als man merkte, daß es zum Konflikt komme, nahm Bethmann Hollweg die Zügel fest in die Hand und hat alles getan, um die Entspannung herbeizuführen. Die Entspannung war unterwegs und sie wäre gelungen. Dr. Fischer streift hierauf den Einmarsch in Belgien, den er als eine Notwendigkeit des deutschen Kriegsplanes bezeichnet. Er fährt dann fort:

Wenn die Entstellung des Berichtes mit der Wahrheit übereinstimmte, würde ich sagen, es ist keine Fälschung. Da die Entstellung aber gegen die Wahrheit verstößt, ja die Wahrheit auf den Kopf stellt, so erkläre ich, daß Eisners Behandlung der Aktenstücke als Fälschung bezeichnet werden muß.

Nun wird der gute Glaube von Kurt Eisner angeführt. Worauf konnte sich dieser stützen? Wenn Eisner an den Willen der deutschen Regierung zum Krieg geglaubt hat, so mußte er gerade als er den Bericht las, stutzig werden. Und er durfte unter den Eindrücken des Krieges, in dessen Verlauf andere Kräfte ans Ruder gekommen waren, den durch Jahrzehnte friedlichen Charakter der deutschen Reichspolitik nicht vergessen. **Es bleibt, daß Eisner in so hohem Grade fahrlässig bei der Entstellung gehandelt hat, daß man seinen noch übrig gebliebenen guten Glauben nicht als Schutz gegen den Vorwurf der Fälschung anrechnen darf.** Eisner glaubte wohl auch, daß unsere Feinde zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke unterscheiden werden. Ja, sie haben freilich solange unterschieden, bis unsere alten Spitzen gefallen waren, aber als es ans Bezahlen ging, haben sie gesagt, das ganze deutsche Volk ist schuldig, und wir werden uns auch an das deutsche Volk halten. Das war der Peitschenhieb, mit dem Clemenceau und seine Freunde das Schuldbekenntnis Deutschlands quittiert haben.

Daher ergibt sich für jeden deutschen Publizisten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Eisnerschen Veröffentlichungen Fälschungen

Digitized by Google

gewesen sind, solange, bis der Eindruck dieser Fälschungen im Auslande verwischt ist.

Eisner war von der Größe der sittlichen Tat durchdrungen, die im Bekennen einer Schuld liegt. Er hat hierbei aber nicht als Staatsmann gehandelt, der mit Wirklichkeiten rechnet, sondern als Literat, der einen großen Gedanken falsch anwendet. Seine Tat wird von seinen Freunden als Idealismus bezeichnet. Wenn es ein Idealismus war, so war es ein literarischer Idealismus, nicht aber die Tat eines schöpferischen Staatsmannes. Angesichts der Folge, die das Eisnersche Schuldbekenntnis für das deutsche Volk hatte, tritt die Frage, ob er in gutem oder schlechtem Glauben gehandelt hat, vollständig in den Hintergrund. Sie ist gar nicht mehr da. Wer ein furchtbares Verbrechen begangen hat, selbst wenn es in gutem Glauben geschehen sein sollte, der braucht nicht lange zu warten, bis ihn die Welt einen Verbrecher nennen wird, auch wenn ihm von seinen Anhängern der Glorienschein des Märtyrers zugesprochen werden sollte. Ich kann Eisner aber nicht im Glorienschein des Märtyrers sehen. **Seine Handlung war dazu zu fahrlässig, zu oberflächlich und zu leichtgläubig.**

„Auch wenn es wahr wäre, daß wir Wort für Wort denselben Frieden bekommen hätten, auch ohne die Eisnerschen Veröffentlichungen, so hätten wir doch einen besseren Frieden. Es wäre zwar derselbe Friede, aber die Möglichkeit, ihn zu bekämpfen, wäre bedeutend vergrößert. Der Friede von Versailles hätte damit eine Stütze weniger, ja man kann sagen, er wäre einer seiner Hauptstützen beraubt. Die Arbeit, dem Brennusditat seine unmoralischen Stützen wegzuziehen, wäre erleichtert, wenn Eisner nicht gefälscht hätte, darum hat der deutsche Publizist im Kampfe gegen das Versailler Diktat solange die Pflicht, von einer Fälschung Eisners zu sprechen, bis die Erinnerung an diese Fälschungen aus dem Gedächtnis der Völker ausgelöscht sein wird."

So erkläre ich zum Schluß: Ich halte es nicht nur für das Recht, sondern auch für die Pflicht jedes deutschen Publizisten, zur Kennzeichnung der Eisnerschen Publikation das einzige Wort zu gebrauchen, das die deutsche Sprache dafür bietet. Dieses Wort heißt Fälschung. Nicht ob Eisners Veröffentlichung eine Fälschung war, sondern ob sie heute eine ist, ist eigentlich die Frage. Und sie ist: eine Fälschung.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Es wird dem Sachverständigen aufgefallen sein, daß der Kläger und ich in eine Arbeit uns geteilt haben: Der Kläger hat ausgeführt, was Eisner damals gekannt und gewußt hat, ich, was Eisner nicht gekannt hat und nicht kennen konnte. Ich habe das getan in der Ueberzeugung, daß Eisner der erste gewesen wäre, der dann, wenn ihm alles bekannt gewesen wäre, was den vereinigten Sachverständigen jetzt bekannt ist, sein Urteil in der Schuldfrage in wesentlicher Weise revidiert haben würde. Es ist damit keineswegs gesagt, daß Eisner Deutschland als vollständig unschuldig angesehen hätte, aber sicher ist das eine — und ich würde sonst Eisner für einen außerordentlichen Schuften halten — daß er Deutschland nicht als schuldig im Sinne des Versailler Schuldspruches ansehen würde.

Die zweite Frage stelle ich im Interesse Deutschlands. Will der Herr Sachverständige bei reiflicher Prüfung und Ueberlegung den Satz, von dem ich annahm, daß er nur in der Hitze des Gefechtes dem Gehege seiner Zähne entfloh, aufrecht erhalten, daß es eine Notwendigkeit sei, Krieg zu führen und daß die gegenteilige Auffassung sentimentales Literatengerede sei?

Dr. **Fischer**: Ich habe gesagt, bis zu dem Tage, an dem eine Obrigkeit über alle Völker da sein wird, der sich die Völker fügen, wird es notwendig sein, daß die Völker aus eigenem Ermessen diese Justiz weiterführen. Ich sage, solange alle Parteien Herrschsucht und Egoismus ablegen und nicht jede Partei bereit ist, das suum cuique auf den internationalen Gegner anzuwenden, habe ich nicht ein zwingendes Gefühl dafür, daß die äußersten Mittel, die Gewalt, bei der Ausübung der internationalen Justiz in Zukunft entbehrt werden können. Ich hoffe es und tue nach meinen Kräften alles, daß dieses Mittel überflüssig wird, aber wenn ich als Mensch und Historiker und, wenn Sie wollen, als Prophet diese Frage beantworten soll, würde ich nicht den Mut haben zu sagen, künftig wird es keinen Krieg mehr geben.

Der angebliche Bombenwurf auf Nürnberg und die Kriegserklärung an Frankreich

Dr. Fischer stellt, über den Bombenabwurf bei Nürnberg befragt, fest, daß es sich nicht um eine Lüge der deutschen Regierung handelt, sondern um eine im guten Glauben hingenommene Mitteilung an die deutsche Regierung. Es sei interessant, eine Parallele zu dieser Angelegenheit heranzuziehen. In den Tagen vom 7. bis 10. August wollte die französische Regierung die diplomatischen Beziehungen zur österreichischen Regierung abbrechen, diese aber durchaus den Frieden mit der französischen Regierung noch eine Zeit lang aufrechterhalten. Der Botschafter blieb in Paris und ging ins Kasino wie früher, als wenn nichts geschehen wäre. Man ließ ihm deshalb andeuten, seine Anwesenheit könnte zu Unruhen führen. Um einen Bruch mit Oesterreich herbeizuführen, beauftragte das französische Außenministerium den Botschafter in Wien, dort anzufragen, ob es richtig sei, daß österreichische Truppen im Elsaß hinter der Kampffront zum Einsatz bereitgestellt seien. Man hat darauf sofort erklärt, daß ein Irrtum vorliege, und hat diese Erklärung zweimal in feierlichster Form wiederholt. Trotzdem hat die französische Regierung mit Berufung auf diese Sache die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und den Krieg erklärt. Diese Parallele geht weit hinaus über das, was die deutsche Regierung getan hat.

Digitized by Google

Diese glaubte, es seien Bomben abgeworfen worden, und niemals wurde ihr etwas Gegenteiliges mitgeteilt, die französische Regierung bestand auf ihrer Annahme; bei der deutschen Regierung heißt es in einem solchen Falle, sie habe gelogen.

R.-A. Dr. **Pfl**aum beantragt, auch die Sachverständigen Graf Montgelas und Geheimrat Delbrück über die wichtige Frage des Bombenabwurfes zu hören.

Graf **Montgelas**: Ich bin schon 1914 dieser Sache nachgegangen, weil die französische Literatur unbegreiflicherweise, nachdem doch der volle Text der deutschen Kriegserklärung längst bekannt ist, immer noch — ich kann nicht mehr sagen, auf dem Irrtum beharrt, sondern — diese Lüge verbreitet. Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich ist in den deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch unter Nr. 734 Band III, Seite 185 abgedruckt und lautet:

Der Reichskanzler an den Botschafter in Paris.

Berlin, den 3. August 1914.

Deutsche Truppen hatten bis jetzt Befehl, französische Grenze strengstens zu respektieren, und diesen überall strikt befolgt. Dagegen haben trotz Zusicherung der 10-km-Zone französische Truppen schon gestern bei Altmünsterol und auf Gebirgsstraße im Vogesen deutsche Grenze überschritten und stehen noch auf deutschem Gebiet. Französischer Flieger, der belgisches Gebiet überflogen haben muß, wurde bei Versuch, Eisenbahn bei Wesel zu zerstören, schon gestern herabgeschossen. Mehrere andere französische Flugzeuge sind gestern über Eifelgebiet zweifelsfrei festgestellt. Auch diese müssen belgisches Gebiet überflogen haben. Gestern warfen französische Flieger Bomben auf Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg.

Frankreich hat uns somit in Kriegszustand versetzt. Bitte Ew. Exz., vorstehendes heute nachmittag 6 Uhr dortiger Regierung mitteilen, Ihre Pässe fordern und nach Uebergabe der Geschäfte an amerikanische Botschaft abreisen. Bethmann Hollweg.

Graf Montgelas: Das allerletzte Wort ist die Erinnerung an Nürnberg und dieses einzelne Wort wird herausgegriffen. Diese Depesche ist in folgender Form an die deutsche Botschaft in Paris gekommen:

Berlin, den 3. August 1914.

Deutsche Erwehrungen hatten Brennerei kel italienischer Botschafter. Wir würden Grenze strengstens respektiert und avisiert Juli strikt befolgen. Dagegen haben trotz körperlich 10 Ihnen Zone französisch aneinander schon Elena bei alt mü ansehen erol und Hypothek Gebirge Straße, Uebereinkunft in ge sen ante Howard ultramontan und angesichts noch auf relativ Gebiet. Französische Flieger der Belgien Gebiet traits begründet kurz zu warten wurde bei Versuch Bassora bei Wesel zu zerstören. Schon gestern herab mp. Mehrere andere französische kts Nowose Wremja sind gestern über Eifel-Gebiet Zuzug frei fest. gestellt. Auch diese müssen Belgien Gebiet Renouard begründet haben. Gestern warf französischer Flieger Bombe auf Bahn bei Karlsruhe und Nürnberg. Frankreich hat Krieg sonach Saragossa Kriegszustand versetzt. Bitte Abbrückelung Acker heute nachmittag 6 Uhr dortiger Regierung mitteilen. Ihre Pässe fordern und nach Uebergabe der Geschäfte an amerikanischen Botschaft abreisen. Bethmann Hollweg.

Graf Montgelas: Seit dem Morgen des 3. August hat die französische Regierung den diplomatischen Verkehr zwischen Berlin und Paris unterbunden. Es ist kein einziges Telegramm mehr unverstümmelt von Berlin nach Paris gekommen. Es kann sein, daß auf dem Wege über London dort diese unglaubliche Verballhornung entstanden ist, es ist aber merkwürdig, daß alle anderen Telegramme anstandslos gelaufen sind, nur die Telegramme Berlin — Paris nicht. Schon ein Telegramm, das darauf aufmerksam machte, daß wegen der fortwährenden Grenzverletzungen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bevorsteht, kam so verstümmelt an, daß es gar nicht ausgerichtet werden konnte. Es wird über die Grenzverletzungen wieder gesprochen mit vollkommener Unkenntnis dessen, wie es zugeht, wenn nach 40jährigen Frieden die Armeen zweier Länder sich gegenüberstehen. Da kann man es den Leuten, die an der Grenze stehen — ich bitte mich nicht mißzuverstehen — nicht verübeln, wenn sie die ersten sein wollen, die etwas unternehmen. Es wird von 5 Grenzverletzungen gesprochen. Auf deutscher Seite sind es 42, auf französischer aber 90! In den Akten des Generalstabs, die in Versailles waren, ist jede einzelne Grenzverletzung festgestellt. Das habe ich schon am 25. Juni 1919 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" festgestellt. Ich habe für jede dieser Grenzverletzungen Angaben gemacht darüber, von welchem Truppenteil sie begangen wurde, und obwohl dies bekannt ist, geht die Lüge immer weiter. Am 15. April stand wieder im „Temps", daß Deutschland es unterlasse, irgendwelche genaue Angaben zu machen. Die Angaben sind so genau, daß sie bei der heutigen Papiernot der Presse in keine deutsche Zeitung gehen würden.

Die ganze Geschichte von der Kriegserklärung ist heutzutage eine Lüge. Der Generalstabschef in Nürnberg hat zweifellos zu rasch gehandelt, indem er die Meldung über den Bombenabwurf ohne weiteres weitergab, ich habe damals die Meldung bekommen, daß französische Luftschiffe von Würzburg nach Ansbach fliegen, in Würzburg wurden damals die Straßen verbarrikadiert, weil die Meldung kam, eine Autokolonne sei auf Würzburg im Anmarsch. Es wird gesagt, man soll solche Sachen nicht weitergeben; tut man das aber nicht, dann übernimmt man eine große Verantwortung.

Geheimrat **v. Delbrück**: Ich hatte Gelegenheit, mit einigen ausländischen Gelehrten über die Schuldfrage in eine Diskussion zu kommen. Herr Aulard in Paris, der einer öffentlichen Diskussion ausgewichen ist, insinuierte, der deutsche Botschafter Schoen habe selbst absichtlich die Depesche fälschen lassen, diese Fälschung sei in der Reichskanzlei gemacht worden. Ich habe Herrn Aulard darauf gestellt und ihn aufgefordert, einen französischen Vertrauensmann zu bezeichnen. Dann würden wir in das Auswärtige Amt gehen und die Sache prüfen lassen. Darauf habe ich noch keine Antwort erhalten.

Die doppelte Buchführung.

Dr. **Fischer**: Ich habe mich gewundert, daß ein Mann von der augenscheinlichen Intelligenz des Dr. Löwenfeld mit solchem Gewicht die alten Redensarten von der doppelten Buchführung

Digitized by Google

wieder vorbrachte. Es ist im ganzen diplomatischen Verkehr aller Staaten eine Selbstverständlichkeit, daß Diplomaten mit einem verschiedenen Grad von Vertraulichkeit über die Gegenstände, die sie bewegen, sprechen. Die Russen machten geradezu ein System daraus, ihren Kriegswillen zu verstecken, sie führten der öffentlichen Meinung gegenüber eine Sprache, daß sie als die Angegriffenen erschienen. Das ist in dem Buch von Legationsrat v. Siebert an mehr als einer Stelle mitgeteilt. Die Diplomaten sagten natürlich nicht alles, was sie wissen; einmal mehr vertraulich, das andere Mal weniger. Aber daraus eine Eigentümlichkeit der deutschen Diplomatie zu machen, ist verfehlt. Wenn gesagt wurde, es wäre interessant, die eigentümliche Nomenklatur der Diplomatie zu studieren, so ist zu bemerken: Die Sprache der Diplomatie ist mit der Ausnützung aller Erfahrungen auf die Kunst eingestellt, nicht mehr zu sagen, als sie meint. Wenn sie also sagt: Die Notwendigkeit einer entschiedenen Sprache ist geboten, so meint sie zunächst nicht mehr als die entschiedene Sprache. Wohl denkt sie sich, daß vielleicht daraus der Krieg entstehen könnte, aber sie sagt doch nicht mehr, weil sie sich den Rückzug offen halten will.

Auf die Frage von R.-A. **Löwenfeld**, ob in dem Brief des Grafen Lerchenfeld an den Ministerpräsidenten Grafen Hertling eine Ermunterung für letzteren lag, etwas, was dieser als richtig glaubte, in Abrede zu stellen, antwortet Dr. **Fischer** zustimmend, vermag jedoch keine sachliche Unwahrheit zu sehen, da die Regierung keine Kenntnis von dem Ultimatum hatte.

Graf **Lerchenfeld**, nochmals eine Erklärung abgeben zu dürfen. Er bekundet: Es ist mir mitgeteilt worden, daß von klägerischer Seite mein Brief vom 9. Dezember an Grafen Hertling so hingestellt wurde, als ob ich in diesem Brief meinem Chef zumuten wollte, eine Unwahrheit zu sagen. Ich möchte dem widersprechen. Meine Ausführungen in den früheren Sitzungen gingen dahin, daß Graf Hertling das Ultimatum nicht gekannt hat und nicht kennen konnte. Nun bemerke ich: Als ich ihm schrieb, habe ich nicht gewußt, daß Hertling mit Allizé gesprochen hat. Irren ist menschlich. Das konnte auch dem Grafen Hertling passieren, daß er etwas gesagt hat, das Allizé auf diesen Glauben gebracht hat. Daher habe ich gesagt, Graf Hertling müßte revozieren, d. h. etwas, was unrichtig ist, was der Wahrheit widerspricht, zurücknehmen. Dabei bleibe ich. Der Brief vom Grafen Hertling an mich stellt dann ja die Sache vollkommen klar. Ich habe meinem Chef nicht zugemutet, eine Unwahrheit zu sagen, sondern eine Unrichtigkeit, wenn er sie gesagt haben sollte, richtig zu stellen.

Rechtsanwalt Graf **Pestalozza** beantragt dann, einen im Zuhörerraum anwesenden Amerikaner, der sich gemeldet habe, über den **Eindruck der Veröffentlichung Eisners in Amerika** zu vernehmen.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** spricht sich gegen die Vernehmung des Zeugen aus, denn die Frage, ob die Veröffentlichung in Amerika Eindruck gemacht habe oder nicht, sei vollkommen gleichgültig für das strafprozessuale Ergebnis.

Das Gericht verkündet darauf Beschluß, daß die Vernehmung des Zeugen erfolgen solle.

Dr. ing. Jakob Noeggerath
Ingenieur, jetzt im Haag

erklärt dann als Zeuge, daß die Eisnersche Veröffentlichung eine wesentliche Stütze der Schuldfrage bedeutete. Er habe das genau beobachten können, weil er damals in Holland sehr viel mit den amerikanischen Behörden zu tun hatte. Die Schuldfrage sei jene Frage gewesen, die einen wesentlichen Moment zur Mobilisierung der Kriegsstimmung und der Stimmung gegen einen gerechten Frieden darstellte. Es sei allgemein bekannt gewesen, daß, falls die Frage der Schuld am Kriege nicht Deutschland allein aufgebürdet würde, sondern als Schuld aller erschien, die Soldaten aus den Schützengräben herausgegangen wären. Diese Ansicht hatte zur Folge, daß in Amerika ein Propagandadienst eingerichtet wurde, der darin bestand, daß in allen öffentlichen Vergnügungsplätzen und in allen Schnellzügen Redner auftraten, die angestellt waren und die eine Minute über diese Frage sprachen. Sie benützten hauptsächlich die Schuldfrage am Kriege und im Kriege zur Stimmungsmache. Es sei zu beachten, daß für Amerika alles dokumentarisch sein müsse oder dokumentarisch erscheinen müsse. Es seien deshalb auch für Deutschlands Schuld Beweise beigebracht worden und einer jener Beweise sei eben der Eisnersche Bericht gewesen. Vom amerikanischen Standpunkt aus erscheine undokumentarisch und gefälscht ein Dokument, das nicht vollständig sei. **Das Dokument diente dazu, die Schuld Deutschlands am Kriege zu erweisen, und habe deshalb schweren Schaden verursacht. Soweit seine amerikanischen Landsleute gegen Deutschland eingenommen seien, gehe dies auf den Glauben zurück, daß Deutschland die Schuld am Kriege habe.**

Nun folgt die Vernehmung des Sachverständigen

Dr. Georg Karo
Professor an der Universität Halle.

Dr. Karo, von 1905 bis 1916 Leiter des Kaiserl. Deutschen Archäologischen Instituts in Athen, hebt hervor, daß das Problem der Kriegsschuld dadurch besonders an Ernst gewonnen hat, daß sich in Deutschland zwei Lager gebildet haben. Ich habe mit größter Freude gehört, daß Dr. Löwenfeld erklärte, daß er die Alleinschuld Deutschlands für eine gleich große Lüge ansehe, wie die Unschuld Deutschlands, und daß er, wenn ich richtig nachgeschrieben habe, hervorhob, daß gegenüber der raffinierten österreichischen Schuld die deutsche, wenn sie überhaupt existiert, eine Kleinigkeit ist. (Dr. Löwen-

Digitized by Google

feld: Jawohl!) Diese Aeußerungen sind für uns Sachverständige unschätzbar. Sie reinigen das Terrain. Meine Berechtigung, über ausländische Fragen zu sprechen, glaube ich davon ableiten zu können, daß ich seit 1896 teils in nichtamtlicher, teils in amtlicher Stellung in den verschiedensten Städten des Auslandes, in Rom, Paris, London, in Aegypten und Griechenland tätig war.

In den folgenden Ausführungen des Sachverständigen wird

der geistige Krieg gegen Deutschland,

der seit Anfang des 20. Jahrhunderts gewütet hat, behandelt. Gewütet ist kein zu starker Ausdruck. Ich darf mir auch hier eine gewisse Kompetenz zusprechen, weil ich eine möglichst weitgehende internationale Verständigung auf wissenschaftlichem Gebiet erstrebt habe. Es war allerdings, wie ich jetzt gestehen muß, ziemlich erfolglos, weil die anderen z. T. weniger ehrlich waren, als ich von mir und meinen Freunden behaupten darf. Die Zeitungen, die großen Telegraphenagenturen, nicht nur Reuter und Havas, führten den Krieg, in dem jedes kleinste Treffen durch Deutschland verloren wurde, durch Deutschlands Ungeschick verloren wurde. Die Presse der ganzen Welt war seit vielen Jahren gegen uns mobil gemacht. Der Sachverständige erörtert dann die schon mehrfach besprochene Frage der Bestechung der ausländischen Presse, verweist besonders auf die Bestechungen der französischen Presse durch Iswolski und bemerkt, daß es gewiß nicht schön sei, Zeitungen zu bestechen. Ich selbst habe es nie getan. (Heiterkeit.) Wenn aber alle es tun, so ist es leider für die deutsche Regierung nicht möglich, sich zurückzuhalten. Oder es ist leider möglich gewesen, denn ich kann nachweisen, daß in vielen Fällen die deutsche Regierung die einzige war, die keine Zeitung zur Verfügung hatte. Dann ein Zweites: die ganze Literatur Frankreichs und Englands war gegen Deutschland in weitgehendem Maße vergiftet. Dies geschah einerseits durch hervorragende Schriftsteller, wie auf französischer Seite durch Maurice Barrès, aber vielleicht noch wirksamer durch Schund in Literatur, Kino, Theater usw. Im Theater wurde jeder Deutsche lächerlich gemacht, im Film war der Deutsche ein Verbrecher oder ein Dummkopf. So kam es, daß sich der Aufenthalt des Deutschen im Ausland oft schmerzlich und unerträglich gestaltete. Nun waren es keineswegs nur das kaiserliche Deutschland und die Alldeutschen, gegen die man sich wandte, das Mißtrauen, die Verdächtigung richteten sich gegen alle Teile des deutschen Volkes. Ich habe sie als Gelehrter ebenso kennen gelernt, wiewohl ich keine aggressive Politik getrieben habe. Prof. Foerster, der dies alles so genau kennt wie ich, hat in einer Zuschrift an die „M. Post" die Bedeutung des Mißtrauens hervorgehoben, mit Recht. Er hat aber vergessen, hervorzuheben, daß das Mißtrauen seit Jahren geschürt wurde und daß keineswegs bloß die Fehler der deutschen Regierung daran schuld waren, sondern der

Handelsneid, das Streben nach Suprematie, bei der Entente

und noch etwas anderes, nämlich daß die Deutschen den meisten Nationen von sich aus unsympathisch sind, teils wegen ihrer schlechten, teils aber wegen ihrer wirklich guten Eigenschaften. Ich halte nach gewissenhafter Prüfung diese Inkongruenz deutschen Wesens mit dem Wesen der anderen Nationen mit für den tiefsten Grund des Mißtrauens, das in der Welt herrscht, mögen auch Ungeschicklichkeiten der Regierung und Aeußerungen der Alldeutschen dazu beigetragen haben. Die Alldeutschen haben vielleicht etwas anderes erreicht, als sie wollten; nämlich das deutsche Volk aufzurütteln; man hat bei uns ihre Aeußerungen nicht gelesen, dafür aber im Auslande. General v. Bernhardi war längst eine berühmte Person im Ausland, als ihn bei uns noch niemand kannte. Der Sachverständige erwähnt u. a. das im Jahre 1913 erschienene Buch des hervorragenden englischen Romanciers Wells „Der Luftkrieg", mit dem er Amerika vor einem Angriff deutscher Zeppeline erschrecken wollte. **In diesem Buch eines Sozialdemokraten gibt es keinen Deutschen, der nicht minderwertig, schäbig und gemein wäre. Der einfachste Deutsche wird genau so verächtlich behandelt, wie z. B. der deutsche Offizier.** Das ist keine Parteiauffassung. Der Haß hat sich nicht irgend eine Kaste ausgesucht; die Wut, der Haß, das Mißtrauen, der Neid gehen gegen das ganze deutsche Volk, das kann nicht oft genug betont werden.

Eine Stelle bei dem Engländer Keynes, den wir alle ob seiner Gerechtigkeit hoch achten, spricht jedoch ebenfalls von wahnwitziger Selbsttäuschung und grenzenloser Herrschsucht der Deutschen. So war längst vor dem Kriege die Welt in geradezu unglaublicher Weise gegen Deutschland vergiftet. Ein unverantwortliches Unrecht von Leuten wie Förster ist es, wenn sie sagen, man müsse nur vor der eigenen Tür kehren. Selbstverständlich hat es auch vor der eigenen Türe zu kehren gegeben, aber vor allem ist der Dreck von außen vor unseren Türen bergehoch aufgetürmt worden. Daß man dies nicht erkannt hat, und daß keine Lüge über Deutschland groß genug war, daß Männer wie Förster und Eisner sie nicht geglaubt hätten, das ist die große Schuld dieser Leute. Ich zitiere hier eine Stelle von Eisner selbst aus seiner Broschüre: „Der Sultan des Weltkrieges". Er sagt da: „Mit dem November 1905 verlor ich den Vorwärts als Tribüne für meine Bestrebungen; die bekannten Vorgänge veranlaßten mich, die Redaktion niederzulegen. Das französische Gelbbuch über die Marokkoaffäre war erschienen und enthüllte die possenhaften Teufeleien der deutschen Diplomatie. In Berlin kannte und besaß niemand das Heft; auch die Parlamentarier nicht. Ich bemühte mich umsonst, mir das Gelbbuch zu verschaffen. Schließlich nahm ich die Dienste des

Digitized by Google

französischen Botschafters Bihourd in Anspruch, der mir dann aus Paris ein Exemplar verschaffte." Es liegt mir fern, gegen einen Toten zu polemisieren, aber es berührt doch seltsam, daß ein Deutscher sich von dem französischen Botschafter ein französisches Dokument geben läßt, um sich über die „Teufeleien der deutschen Diplomatie" zu unterrichten, ohne sich an anderen Stellen zu vergewissern, ob diese angeblichen Teufeleien wirklich auf Wahrheit beruhen. Eisner hätte sich bei dem Engländer Morel über diese Materie erkundigen können und hätte da manches Stück der französischen Diplomaten erfahren können, das die Deutschen nie erreicht haben.

Wenn man über Deutschlands Haltung auf der **Haager Konferenz** klagen hört, so vergegenwärtige man sich, was dort Lord Fisher, der erste englische Seelord, der große Gegenspieler unseres Großadmirals v. Tirpitz, ausgeführt hat. Er führte auf der Haager Konferenz im Jahre 1899 aus: „Das Wesen des Krieges ist Gewaltsamkeit. Mäßigung im Kriege ist Blödsinn, es ist ganz dumm, einen Krieg nicht so zu führen, daß die ganze Masse der feindlichen Bevölkerung ihn als Hölle empfindet." Während man sich über gewisse Redewendungen der deutschen Delegierten auf deutscher Seite aufgehalten hat, wurden diese Stellen Lord Fishers aus den Veröffentlichungen über die Haager Konferenz einfach gestrichen, ohne daß man ein Wort darüber verlor. Lord Fisher hat sich über diese Streichungen in seinen Memoiren selbst beschwert und die angeführten Stellen ausdrücklich bestätigt. Ein anderes Beispiel bilden die russischen Aufreizungen gegenüber Serbien. Man könnte da vieles zitieren, ich führe nur einige Aeußerungen an. Iswolski: Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie. Der Zar: Ein Zusammenstoß des Slaventums mit dem Germanentum ist unausbleiblich. In der russisch-bulgarischen Geheimkonvention vom Jahre 1909 heißt es: Die Verwirklichung der Ideale der slawischen Völker kann nur durch den glücklichen Ausgang des Krieges zwischen Deutschland und Rußland erreicht werden. Ich frage, warum nicht auch derartige Aeußerungen von Leuten wie Eisner und Prof. Förster in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen wurden, wenn sie die Schuld Deutschlands am Weltkriege zu beweisen suchen. Man könnte auch aus England Aeußerungen anführen, die zu obigem Zweck recht geeignet wären. Ich beschränke mich auch hier nur auf Weniges. Grey sagte anläßlich einer Unterredung mit Ssasonow im Jahre 1912: Wir werden

Deutschland den fühlbarsten Schlag versetzen

können, der König Georg: Wir werden jedes deutsche Kauffahrteischiff versenken. Es war dies zur selben Zeit, als man von England aus offiziell in Berlin versichern ließ, daß man mit Deutschland Verständigung und Freundschaft wolle. Wenn man von Geheimkorrespondenzen sprechen will, so möchte ich auf die französischen Botschafter in London und Berlin, die beiden Brüder Cambon, hinweisen, die täglich außerhalb des diplomatischen Verkehrs einen vertraulichen Schriftwechsel führten. Ich möchte betonen, daß es in Deutschland eine derartige gefährliche Privatkorrespondenz etwa zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen und irgend einem Botschafter oder Gesandten nicht gegeben hat. Soviel ich weiß, hat keiner der damaligen Botschafter und Gesandten mit dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter oder v. Jagow so intim gestanden. Alle Korrespondenzen der Gesandten und Botschafter mit den Staatssekretären des Auswärtigen, welcher Art diese Korrespondenzen auch waren, wurden ordnungsgemäß zu den Akten genommen. **Die deutsche Diplomatie wußte ganz genau, daß auf der anderen Seite mit allen möglichen Mitteln, auch mit den unmoralischsten, gearbeitet wurde.** Solange derartige Zustände dauerten, war es unmöglich, daß eine Macht immer die Karten offen aufdeckte, während die anderen mit falschen Karten spielten. Es ist in der Diplomatie nicht wie im privaten Leben, wo man sagen kann, ich höre auf, mitzuspielen, wenn man entdeckt, daß der Gegenspieler falsch spielt, man muß bis zum Ende mitspielen. **Auch Deutschland mußte bis zum Ende mitspielen, freilich bis zum bitteren Ende.**

Es ist vollkommen unberechtigt, wenn die Herren Lichnowsky und Eckardtstein sich zu Richtern über Deutschlands diplomatische Gepflogenheiten aufwerfen und sagen, sie hätten es besser gemacht. Ich kann nur bedauern, daß die beiden Herren anscheinend nicht den Mut gehabt haben, hier in München zu diesem wichtigen Prozeß zu erscheinen. Ich hätte besonders gewünscht, daß die Sachverständigen, die Herr Fechenbach gerufen hat, alle gekommen wären, damit es nicht etwa heißt, es wären nur Sachverständige der Gegenseite gekommen. Ich verwahre mich übrigens auf das Entschiedenste, etwa als Sachverständiger einer bestimmten Seite bezeichnet zu werden. Wären insbesondere Fürst Lichnowsky und Herr v. Eckardtstein erschienen, so wäre es möglich gewesen, und das wäre das Ausschlaggebendste gewesen, sie unter ihrem Eid über gewisse Stellen zu befragen, die sie in ihren Veröffentlichungen mit vornehmer Gelassenheit niedergeschrieben haben. Nur ein paar Beispiele aus der

Denkschrift des Fürsten Lichnowsky,

die seine Arbeitsweise charakterisieren: Auf Seite 57 spricht er von einer Teilung Albaniens, bei der Griechenland den südlichen, Serbien den nördlichen Teil bekommen soll. Das entspricht genau dem von ihm verpönten Schoenschen Bericht. Er erzählt in seiner Denkschrift weiter, es sei die russische Politik, die Türkei am Bosporus zu erhalten, und man würde unrecht tun, wollte man den Friedenswillen Rußlands anzweifeln. Er möge damit das Memorandum vom Februar 1914 vergleichen, wo angeführt

Digitized by Google

wird, daß der russische Außenminister Ssasonow die Eroberung Konstantinopels nur im Rahmen eines europäischen Krieges für möglich hielt, und es für Aufgabe des russischen Außenministeriums erklärte, den Boden hierfür vorzubereiten. Der Kriegswille Rußlands geht hieraus ganz klar hervor, während Lichnowsky mit dem Brustton der Ueberzeugung von dem Friedenswillen Rußlands spricht. Lichnowsky behauptet ferner, Deutschland habe die Vermittlungsvorschläge Greys abgelehnt, während in einem Telegramm des Reichskanzlers an ihn die Freude über die Möglichkeit einer Friedensvermittlungsaktion ausgesprochen wurde. Er selbst hielt London für weniger geeignet als Vermittlungsstelle zwischen Wien und Petersburg wie Berlin selbst. Keineswegs war aber die Friedensvermittlungsaktion Greys von Berlin aus unmöglich gemacht worden.

Wie Fürst Lichnowsky in England selbst beurteilt wurde, dafür führe ich zwei Beispiele an, die aus ganz verschiedenen politischen Lagern stammen. So sagte Hilaire Bellock, ein ausgesprochen rechtsstehender Politiker: Die Elefantensprünge der deutschen Diplomatie in London seien unbeschreiblich gewesen, sie habe in der schlimmsten Weise für Deutschland die Katastrophe zu beschleunigen verstanden und habe so viele Fehler gemacht wie nur irgend möglich. Und Bernhard Shaw, der bekannte Schriftsteller, der politisch stark links orientiert ist, schreibt: „Lichnowsky hielt Grey jeden Tag für einen größeren Staatsmann und einen reizenderen Mann und war jeden Tag mehr davon überzeugt, daß das Herz des Löwen (nämlich Englands) sich gewandelt habe und daß der Löwe freundschaftlich würde. Und Grey hielt Lichnowsky vielleicht ziemlich für einen Dummkopf, aber er war darum nicht weniger nett zu ihm.“ Lichnowsky ist für mich einer der Leute, die das größte Unheil über Deutschland gebracht haben und, was ich besonders unsympathisch finde, ist, daß, nachdem er die Unrichtigkeiten seiner Veröffentlichungen und die Wirkungen selbst längst erkannt haben mußte, daß er diese Unrichtigkeiten nicht zurückgenommen hat. Ich vermisse sehr bei ihm die loyale Erklärung, die wir von Herrn R.-A. Löwenfeld gestern gehört haben. Ich möchte noch anfügen, daß Lichnowsky Sir Edward Grey im Gespräch mit Shaw als einen der größten Staatsmänner und einen der größten Freunde Deutschlands bezeichnete. Shaw selbst kommentiert diese Aeußerung mit den Worten: „Nur mühsam habe ich mich enthalten können, auszurufen: ‚Sancta simplicitas!‘“

Eine unserer schlimmsten Eigenschaften ist, daß wir unseren Feinden immer Besseres zutrauten wie uns selbst.

Unsere Friedensliebe

geht, um nur einiges anzuführen, aus den belgischen Akten, aus der Munitionsfrage und vielem anderen klar hervor. So wurde drei Wochen vor dem Kriege der Verproviantierungstermin für die Festungen Straßburg und Neubreisach hinausgeschoben. Noch im Juli 1914 wurde deutsches Getreide ins Ausland verkauft. Ganz kurz vor der Mobilmachung wurden unsere größten deutschen Handelsschiffe ins Ausland gelassen. Wie wäre das alles möglich, wenn Deutschland den Krieg gewollt, ja nur mit ihm unbedingt gerechnet hätte. In Frankreich hingegen wurden schon vor der Mobilmachung die Truppen aus Marokko zurückgerufen zu einer Zeit, von der Graf Montgelas bewiesen hat, wie wenig in Deutschland noch bei den militärischen Stellen vom Kriege die Rede war. Ich hatte wenige Tage nach Kriegsbeginn eine Unterredung mit Herrn v. Jagow. Ich möchte betonen, daß ich, obwohl ich Herrn v. Jagow seit 25 Jahren kenne, nicht mit ihm befreundet bin und daher absolut kein persönliches Interesse daran hätte, ihn irgendwie zu entlasten. Ich kannte Herrn v. Jagow stets als etwas überlegen, kühl und sehr schwer aus der Ruhe zu bringen. Bei meiner Unterredung kurz nach dem Kriegsbeginn fand ich den Mann verzweifelt, einem Weinkrampfe nahe. Und das war in den Tagen, wo Lüttich gefallen war und wo unsere Truppen in scheinbar unaufhaltsamen Siegeszug in Frankreich vordrangen. Ein Mann, der den Krieg gewollt hätte, hätte angesichts dieser Sachlage jubeln müssen, keineswegs hätte er Grund gehabt, verzweifelt zu sein. Mit dem Weltkriege (ich kam Ende August nach Athen) hat sofort

die ausländische Propaganda

eingesetzt, um zu beweisen, daß die Schuld am Kriege bei Deutschland liege. Unsere eigene Propaganda hat hingegen jämmerlich versagt. In diesem Kampf der Auslandspropaganda lassen sich drei hauptsächliche Etappen unterscheiden: Die erste ist gekennzeichnet durch das Erscheinen des Buches „J'accuse“, dieses Buches, das eine ganze Fülle von Entstellungen, groben Unwahrscheinlichkeiten und Unwahrheiten enthält; es hat Deutschland im Ausland, besonders auch bei den Neutralen, sehr geschadet. Jedoch schon 1915 wurden auch im feindlichen Lager Stimmen der Gerechtigkeit laut, und in England war es vor allem Morel, der gegen die Ansicht von der Alleinschuld Deutschlands als erster auftrat. Es bildete sich die „Union of democratic control“, die vielleicht etwa dasselbe bezweckt, was Herr Dr. Löwenfeld anstrebt, nämlich eine Ueberwachung der eigenen Geheimdiplomatie. Im Jahre 1915 zählte die „Union of democratic control“ 5 Mitglieder, heute 1½ Millionen, und man wird auch in England mit ihr rechnen müssen. Es ist übrigens nicht nur Eisner während des Krieges eingesperrt worden, auch Morel ist im Gefängnis gesessen, allerdings nicht, weil er sein eigenes Land beschuldigte, sondern weil er Gerechtigkeit für den Gegner, für Deutschland, verlangt hat. Die zweite Etappe der Auslandspropaganda beginnt mit der Veröffentlichung von Lichnowskys Broschüre. Sie

Digitized by Google

hat uns in der fürchterlichsten Weise geschadet. Bei dem Buche „J'accuse" hat man bald gemerkt, daß der Verfasser keine Persönlichkeit war, der große Bedeutung beizumessen gewesen wäre, während es sich in diesem Falle um einen deutschen Botschafter, um einen Mann von weltbekanntem Namen handelte. Es war schwer zu vermeiden, daß man irgendwo im neutralen Ausland ein Exemplar der Lichnowskyschen Schrift geschenkt bekam. Das Buch war in der ganzen Welt in Millionen von Exemplaren verbreitet und wurde überall als Kronzeuge für die deutsche Schuld am Weltkrieg angeführt. Jedesmal, wenn die Schuldfrage an Zugkraft etwas einbüßte, hat die Entente für ihre Auslandspropaganda in überaus geschickter Weise eine andere Schublade herausgezogen. Besonders mußten die Greuel gegen die Gefangenen herhalten, und diese Greuel wurden selbstverständlich jedem einzelnen Deutschen zugeschoben.

In den Zusammenbruch Deutschlands platzten nun die sogenannten Eisnerschen Enthüllungen wie eine Bombe herein. Dies war die dritte Etappe, wo die Auslandspropaganda unserer Feinde mit erneuter Heftigkeit einsetzte, um die deutsche Alleinschuld zu beweisen. Zu den Enthüllungen des Herrn Eisner möchte ich etwas bemerken, das bisher noch nicht beachtet worden ist. Nach den Publikationen von Dr. Dirr würde man annehmen, daß der Amerikaner Herron Eisner durch Herrn Foerster veranlaßt hat, ein offenes Schuldbekenntnis Deutschlands abzulegen, um dadurch bei Präsident Wilson eine für Deutschland günstige Stimmung zu erzielen. Nun hat gerade zur rechten Zeit Dr. Herron einen Brief veröffentlicht (Berlin Herald, 15. April 1922), der sehr wichtig ist. Der Mann war von absoluter Deutschfeindlichkeit, unterscheidet sich aber von manchem anderen dadurch günstig, daß ihm das Deutschland angetane Unrecht auf der Seele brennt. **Herron führt in seinem Briefe aus, daß es zwar wahr sei, daß er die damalige Münchner Regierung dazu gedrängt habe, die Initiative zu ergreifen, um Deutschlands Schuld zu bekennen, aber daß der Anfang zu diesem Schritt von Eisner gemacht worden sei.** Eisner habe am Tage, an dem er die Regierung übernommen hatte, mit zwei seiner Ministerkollegen an Herron telegraphiert und ihn um seine Vermittlung gebeten. Herron glaubte damals, daß, wenn es möglich wäre, Wilson zum persönlichen Eingreifen zu bestimmen, ein offenes Schuldbekenntnis Deutschlands dies am ehesten erreichen könnte. Leider war diese Hoffnung vergeblich.

Die Zuverlässigkeit der Schweizer Gewährsmänner des Herrn Foerster und des Herrn Eisner setzte ich besonders in Zweifel. Es hat sich in der Schweiz während des Krieges allerhand Unrat aus allen Ländern angeschwemmt und man konnte, wenn man während des Krieges in der Schweiz war, auf seine deutschen Landsleute sehr oft nicht gerade stolz sein. Es wimmelte dort von Agenten der feindlichen Länder, von Leuten die gerne Agenten werden wollten und bei denen der Irrtum viel leichter möglich war, als die Wahrheit.

Die damalige bayerische Regierung ist in geradezu unverantwortlich leichtfertiger Weise aufgefordert worden, ein Schuldbekenntnis Deutschlands abzulegen und sie hat dies in ebenso unverantwortlich leichtfertiger Weise getan.

Die **Bedeutung des Grafen Lerchenfeld**, der sich allgemeiner Wertschätzung und Verehrung bei allen ausländischen Diplomaten erfreute und der als unbestrittene Autorität für die Diplomaten aller Länder galt, ergibt sich aus zahlreichen Zeugnissen verschiedenster ausländischer Diplomaten, die ihn persönlich kannten. Es befanden sich gerade zur Zeit, als die Verhandlungen in Versailles stattfanden, eine Reihe von Diplomaten in Paris, die Graf Lerchenfeld persönlich kannten und die besonderes Gewicht darauf legten, was gerade Graf Lerchenfeld schrieb. Eine derartige Namensverwechslung ist nicht zu entschuldigen.

Sofort betonte die Pariser Presse die Bedeutung der Eisnerschen Publikation auf die deutsche Kriegsschuld. Der „Temps" knüpfte daran die Forderung, die Schuldigen vor Gericht zu ziehen (28. 11. 19).

Doch damit nicht genug. Es ist hier schon ausgeführt worden, wie Poincaré am 19. Januar 1919 erklärte, daß die Eisnerschen Publikationen die ganze furchtbare Schuld Deutschlands am Weltkriege ans Tageslicht rückte. Ebenso hat sie Barthou betont. Dazu kommt noch folgendes:

Es gibt eine englische Publikation über die Kriegsschuld, Oman, The Outbreak of the War, in dem wir auf Seite 31 lesen: Während diese Zeilen in die Druckerei gehen **(am 26. November 1918)**, ist eben ein Dokument von der neuen republikanischen Regierung Bayerns veröffentlicht worden, das angeblich ein Brief von Graf Lerchenfeld, dem bayerischen Gesandten in Berlin, an seinen Chef den Grafen Hertling in München ist und in dem ausführlich die Lage geschildert wird. Als Kritik wird dann hinzugefügt:

„Falls dieses furchtbare Dokument nicht als ungenau dargelegt werden kann — was als unwahrscheinlich erscheint, denn es wurde von den deutschen Kommentanten allgemein als richtig angenommen —, dann ist die Frage der Schuld am Kriege damit entschieden. Man braucht dann nichts mehr über den Charakter der kaiserlich deutschen Diplomatie zu sagen. Die Minister Wilhelms II. sagten, was nicht wahr war; und was sollen wir von ihrem Herrn sagen, der vom Juli 1914 bis zum September 1918 in hundert Reden erklärte, daß der Krieg Deutschland aufgezwungen worden sei."

Neben dieses Dokument darf sich ein französisches Buch stellen, das erst nach Eisners Tod erschienen ist: Fernand Roches, „Manuel des origines de la guerre". Es ist dadurch bedeutsam, daß es gewissermaßen die offiziöse Auf-

Digitized by Google

fassung der französischen Regierung zeigt. Der Professor des Völkerrechtes der Universität Paris Lapradelle, Generalsekretär der Schuldkommission der Entente, hebt im Vorwort als hauptbelastendes amtliches deutsches Dokument neben der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky und neben dem Buche „J'accuse" den Bericht des Grafen Lerchenfeld hervor, der in dem Werk an 26 Stellen angeführt wird. Nur Lichnowsky wird noch öfter genannt. Außerdem nimmt der Franzose, der über deutsche Literatur sonst außerordentlich schlecht beschlagen ist, an verschiedenen Stellen Bezug auf Aufsätze, die Eisner in deutschen sozialdemokratischen Zeitungen während des Krieges veröffentlicht hat. In ebenso weitgehender ausführlicher Weise wird der sogenannte Lerchenfeldsche Bericht erwähnt in der französischen Senatspublikation über die Kriegsschuld, die im Oktober 1919 erschien. In einer Fußnote hierzu ist gesagt: „Die deutsche Regierung hat die Authentizität dieses Dokumentes nicht angezweifelt. Sie erklärt nur, daß der Verfasser nicht der Chef der Gesandtschaft, Graf Lerchenfeld, sondern Gesandtschaftsrat Schoen ist und daß es viele Irrtümer enthalte. Da diese Behauptungen ohne Belege sind, sind sie nicht dazu angetan, die Wichtigkeit der von Eisner der Geschichte gelieferten Texte zu vermindern." Ebenso hat ein Schriftsteller der Gegenseite, Ernest Renauld, der auf dem extremen rechten Flügel der französischen Klerikalen und Royalisten steht, dieses Dokument im vorigen Jahre zum Eckstein seiner Anklage gegen Deutschland gemacht und dazu ausgeführt, **was Kautsky auf dem sozialistischen Kongreß in Bern am 4. Februar 1919 gesagt hatte.** Die Auswirkung der Einerschen Veröffentlichung tritt in noch weiteren Fällen zutage. In einem der Vorträge, die Poincaré gehalten hat, um sich für schuldlos am Kriegsausbruch zu erweisen, zitierte er ausführlich den Schoenschen Bericht.

In der amtlichen Publikation über den Frieden, die von André Tardieu, dem Gehilfen von Clemenceau, vor einem Jahre in dem gleichen Verlag erschienen ist, in dem auch das Buch: „J'accuse" erschien, legte Tardieu das größte Gewicht auf den Bericht des Grafen Lerchenfeld, „der zwei Wochen vor der Kriegserklärung in allen seinen Einzelheiten den satanischen Plan auseinandersetze." Nur eine französische Stimme redet eine andere Sprache, die des **französischen Sozialisten Alfred Pevet** in dem Buche „Les Responsables". Der Verfasser spricht hier von dem Lerchenfeldschen Bericht als einem Dokument, das kein Interesse habe und das von Eisner ausgegraben und verstümmelt veröffentlicht worden sei. **Es ist ein merkwürdiger Fall, daß gerade die linksstehenden Kreise in Frankreich die einzigen sind, von denen wir eine Unterstützung der Wahrheit bekommen.** Nicht das ist der schlimmste Vorwurf, daß eine solche Publikation erfolgt ist, sondern daß die Irrtümer in ihr nicht richtiggestellt wurden. Es ist für Morel notwendig gewesen, gegen einen Aufsatz des österreichischen Zionistenführers Dr. Fried, der Deutschlands Alleinschuld am Kriege behauptete, zu polemisieren. Morel sagt: „Kein russischer, englischer, französischer Kriegsforscher hat je behauptet, daß sein Land allein für den Krieg verantwortlich sei. Die Stellung Frieds ist einzigartig. Für ihn waren alle Regierungen nicht schuld mit Ausnahme von Deutschland. **Dr. Fried und seine Genossen schädigen nicht das deutsche Volk allein — das ist schließlich ihre Sache —, sie unterstützen aber die Kräfte, die hinter dem Frieden von Versailles stehen und das bedeutet Unheil für uns alle."** Und an einer anderen Stelle sagt Morel weiter: „Wir stoßen in England auf so große Schwierigkeiten bei der Verfolgung unseres Zieles, eine Revision des Friedensvertrages herbeizuführen, hauptsächlich deshalb, weil gewisse politische Richtungen in Deutchland jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland als den Alleinschuldigen am Kriege hinzustellen. Diese Haltung hat nicht allein in Deutschland einen tatlosen und unterwürfigen Geist erzeugt, der schließlich bewirkte, daß jede Deutschland angetane Ungerechtigkeit fast ohne Protest hingenommen wurde. Diese Haltung muß auch die Wirkung haben, daß die Anstrengungen der **englischen Arbeiterschaft**, Deutschland Gerechtigkeit zu verschaffen, geschwächt werden. Bei weiterer Fortdauer kann sie sogar die englischen Arbeiter dazu bringen, daß sie kein weiteres Interesse an Deutschlands Wiederaufbau nehmen. Die Theorie von Deutschlands alleiniger Schuld am Kriege kann nur dazu beitragen, daß die imperialistischen Pläne der verbündeten Regierungen gestärkt und diese ermutigt werden, noch weiter ein Volk zu demütigen, das sich im Staube der Selbstverurteilung wohlzufühlen scheint."

Ich kann Eisner, fährt der Sachverständige fort, den Vorwurf nicht ersparen, daß er nicht dementiert hat. Das Dementi in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ist nicht beweiskräftig. In der Rede vor der Landestagung der Arbeiter- und Soldatenräte erklärte Eisner am 28. November 1918: „Als ich das sah, holte ich aus meiner Aktenmappe ein Schriftstück, durch das

der „letzte Schleier von den Geheimnissen des Weltkrieges"

gerissen wird, den Bericht des Vertreters des Grafen Lerchenfeld, des Herrn v. Schoen, in dem nun in aller Behaglichkeit auseinandergesetzt wird, wie man beabsichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln." Das ist doch kein Dementi. Wenn einer von uns sich geirrt hat und er gesteht es ein, so erklärt er eben, ich habe mich geirrt, das war nicht richtig. Und wenn es belanglos war, dann konnte es Eisner erst recht sagen. In einer anderen Rede Eisners vor dem Soldatenrat vom 30. November 1918 heißt es: „Zu diesem Zwecke veröffentlichte ich aus den bayerischen Geheimakten jenes Dokument, das nun auch dem Blödesten beweist, wem wir den Krieg verdanken. Zu dem Unsinn, der da durch

Digitized by Google

die Presse läuft, gehört ja auch, daß wir damit der Entente irgend etwas Neues gesagt haben. Die Entente weiß das seit dem Juli 1914." Auch in diesen Stellen ist über den Verfasser des Berichtes nichts gesagt. Es ist nicht richtig, wenn man erklärt, Eisner habe sofort den Tag darauf den Irrtum richtiggestellt. Die Folgen sind auch ohne weiteres sofort erkennbar gewesen.

Der Sachverständige glaubt nach seiner feierlichen, festen, unter Eid abgegeben Ueberzeugung sagen zu müssen, daß Eisner sich **einer bewußten Fälschung schuldig gemacht hat**, die begangen wurde, um die Berliner Regierung zu schädigen, mit der Eisner damals im Streite lag. Ob er geglaubt hat, der deutschen Sache dadurch zu nützen, kann ich nicht entscheiden. Er mußte aber in kürzester Zeit, lange vor seinem Tode einsehen, daß er die deutsche Sache furchtbar geschädigt hat und er mußte, wenn es ihm mit der Liebe zum deutschen Volke Ernst war, die Fälschung wieder gut machen. Er konnte das mit Leichtigkeit, er hat aber sein Unrecht nicht wieder gut gemacht. R.-A. Dr. Löwenfeld sagte, Lügen haben kurze Beine. Ich möchte an Stelle dieses Sprichwortes, das sich in letzter Zeit kaum bewährt hat, lieber das Wort des Evangeliums setzen: Die Wahrheit wird euch frei machen! **Es ist meine innerste Ueberzeugung, daß wir Deutsche die Wahrheit, gerade auf dem Gebiete der Kriegsschuld, die ganze volle Wahrheit nicht zu scheuen brauchen.** Davon bin ich überzeugt, so wahr mir Gott helfe!

Prof. **Coffmann**: Ich möchte nur zwei ganz kurze Fragen stellen, die sich auf die Ausführungen Eisners im provisorischen Nationalrat beziehen. Er sagte am 18. Dezember 1918: Die Aktenveröffentlichung hat — und dafür könnte ich Ihnen berghohes Material vorlegen —, wenn überhaupt etwas günstig für uns gewirkt hat, günstig gewirkt.

Prof. **Karo**: Das widerspricht doch in diametraler Weise den Tatsachen!

Prof. **Coffmann**: Und dann die zweite Aeußerung auch vom 18. Dezember 1918: Das Ausland hat berghohe Akten veröffentlicht, nur Deutschland hat es bisher nicht getan.

Prof. **Karo**: Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn ich diese Akten fände.

Prof. **Coffmann**: Weiß Herr Fechenbach von diesem berghohen Material?

R.-A. Dr. **Löwenfeld** will die Frage so beantworten, wie er sie mit Herrn Fechenbach besprochen hat. Eisner sei viel Material aus dem Auslande zugetragen worden. Auch Graf Montgelas habe ursprünglich eine andere Auffassung gehabt.

Prof. **Coffmann**: Ich möchte feststellen, daß diese Ausführungen nicht das mindeste mit meinen beiden Fragen zu tun haben.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Ich habe schon gesagt, Eisner ist, wenn er vom bergehohen Material sprach, sicherlich nichts anderes eingefallen, als das, was ihm eine Unmenge von Leuten gesagt hat.

R.-A. Dr. **Graf Pestalozza**: Und die berghohen Akten, die das Ausland veröffentlicht hat?

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Ich halte das für ein wenig angebrachtes Bonmot von Eisner.

Graf Montgelas weist auf seine Aufforderung an **Kautsky** hin, ebenso offen und frei auszusprechen, daß er seinen Standpunkt geändert habe. Noch vor wenigen Monaten habe er sich über die Schuldfrage Rußlands dahin geäußert, daß die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland nicht nur ein politischer Fehler, sondern auch vom militärischen Standpunkt durchaus verfehlt war, weil wir gar keine Ursache hatten, bald den Kriegszustand mit dem Osten herbeizuführen. Ich würde das heute nicht mehr schreiben, ohne hinzuzufügen, an der tatsächlichen Entwicklung der Dinge hätte das gar nichts mehr geändert. Im zweiten Band des „livre noir" wird zu finden sein, daß der russische Militärattachés am 31. Juli abends seiner Regierung telegraphiert hat:

„Der (französische) Kriegsminister versicherte mir in gehobenem, herzlichem Tone, daß die Regierung zum Kriege fest entschlossen ist und daß sie erwartet, daß Rußland Oesterreich als quantité négligeable behandeln und mit seiner gesamten Streitkraft gegen Deutschland vorgehen wird." Das hat Frankreich zu einer Zeit erklärt, zu der noch keine Kriegserklärung von deutscher Seite ergangen war. Die aufgeworfene Frage soll zweifellos den Zweck haben, darauf hinzuweisen, daß der, der guten Glaubens war, sehr wohl die Auffassung haben konnte, daß Deutschland die Hauptschuld am Kriege treffe, eine Auffassung, die hervorgerufen wurde vor allem durch die Denkschrift Lichnowskys und durch die Aussagen Mühlons, ferner durch die ungeschickte Art, in der das erste Weißbuch abgefaßt war, und durch die ungeschickte Art der Propaganda, wobei ich auch mein Urteil revidieren muß, seitdem ich weiß, wie das Weißbuch zustande kam. **„Man hat am 1. August dem Verfasser 800 Dokumente übergeben und hat ihm gesagt, schreibe ein Weißbuch, in vierundzwanzig Stunden muß es auf eine Druckerei. So sind Flüchtigkeiten, Fehler, Auslassungen begreiflich. Wer jemals 800 Dokumente vor sich gehabt hat und sich darin zurechtfinden mußte, wird das begreifen."**

Wenn Sie auf mich hinweisen, um für Eisner die Gutgläubigkeit in Anspruch zu nehmen, dann wäre es besser, wenn Sie dazu bereit wären, zu erklären: Wir sind überzeugt, daß Eisner, wenn er die Akten gekannt hätte, ebenso wie die anderen den Kampf gegen die Schuldlüge aufnehmen würde. (R.-A. Dr. Löwenfeld: **Haben wir schon erklärt!**) **Liegt diese Erklärung vor, dann glaube ich Ihnen versichern zu können, daß sie in wenigen Tagen in der „Humanité" stehen wird. Vielleicht haben Sie auch Be-**

Digitized by Google

ziehungen zu anderen Zeitungen, die mir verschlossen sind. Geben Sie mir diese Erklärung, das wird einen gewaltigen Eindruck machen. Sagen Sie: Weg mit dem Märchen von der Alleinschuld Deutschlands! Wir wollen, daß im Reichstag die Schuldfrage wieder aufgerollt wird! Damit werden Sie den größten Eindruck machen und am ehesten dem deutschen Volk die Ueberzeugung beibringen, daß Eisner ebenso gehandelt hätte, Sie werden damit dem Andenken des von Ihnen hochverehrten Mannes den allerbesten Dienst erweisen.

R.-A. Graf Pestalozza spricht den Wunsch aus, daß der Kläger selbst zu dieser Auffassung des Grafen Montgelas Stellung nimmt.

Fechenbach: Ich kann nichts anderes sagen, als was ich schon durch meinen Anwalt erklären ließ, daß ich die Ueberzeugung habe, daß Eisner damals, als er den Schoenschen Brief veröffentlichte, unter dem Eindruck von all dem stand, was ihm bekannt war: Lichnowskys Denkschrift, Mühlons Erklärungen, ferner die Mitteilungen, die ihm zugegangen waren über die Stellung des Grafen Montgelas, eines Divisionsgenerals, der in der Schweiz die starke Mitschuld Deutschlands am Krieg betont hat und zwar gerade in jenen Kreisen, die von Prof. Karo in wenig schöner Weise apostrophiert wurden, und daß Eisner eine Reihe von Gründen hatte, die ihn in seiner Auffassung bestärken konnten. Jedenfalls ist die Auffassung eines deutschen Generals über die Schuldfrage nicht ohne Bedeutung für die Schuldfrage. Ich bin überzeugt, wenn Eisner die deutschen Akten, deren Veröffentlichung er schon sehr frühzeitig forderte, noch erlebt hätte, wenn er die Akten hätte kennen lernen, dann hätte er seine Auffassung über die Alleinschuld Deutschlands am Kriege höchstwahrscheinlich revidiert. „Und ich kann für meine Person erklären, daß ich die Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands nicht mehr habe. Und wenn aus dem, was ich am ersten Tage gesagt habe, etwas derartiges gefolgert worden ist, ist das auf einen Irrtum zurückzuführen, vielleicht deshalb, weil ich nur von dem gesprochen habe, was Kurt Eisner bei der Veröffentlichung des Schoenschen Berichts bekannt war und was ihn infolgedessen zu seiner Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands bringen mußte. Ich vertrete heute nicht mehr die Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands. Ich wende mich aber gegen die Lüge von der Unschuld Deutschlands."

Dr. Friedrich Thimme,
Direktor der Bibliothek des vormaligen Herrenhauses in Berlin

wird nun als Sachverständiger vernommen. Er führt aus:

Ich möchte vorwegnehmen, daß ich in meinem Gutachten eine ziemlich scharfe Stellung nehmen wollte gegen Eisner. Im Hinblick auf die Erklärungen will ich es noch dahingestellt sein lassen, ob ich an der vollen Schärfe meines Gutachtens festhalten werde; ich werde nachher präzisieren, wovon das abhängig ist. Vorerst will ich das ursprüngliche und im wesentlichen noch feststehende Gutachten vortragen; bei der Beurteilung der Fälschung muß ausgeschaltet werden die falsche Namensunterfertigung des Berichtes, die der Sachverständige ebenso wie Dr. Quidde als eine Schlamperei betrachtet. Die Fortlassung der Worte, die das Grundthema angeben, die geringschätzige Art, wie von einer Plauderei die Rede ist, die willkürliche Sperrung von Ausdrücken, die das Urteil des Lesers in der Eisnerschen Richtung festlegen will, die Kürzung des Telephonates sind

schwerwiegende Verdachtsmomente gegen Eisner,

die in ihrer Häufung, in ihrer Totalität so stark wirken, daß der Verdacht der bewußten Fälschung kaum abzuweisen ist. Der Sachverständige erinnert an die **Emser Depesche** und bemerkt, daß die Ansicht der meisten deutschen Geschichtsforscher dahin geht, daß hier keine Fälschung vorliegt. Es ist ein Unterschied zwischen fertigen und abgeschlossenen Dokumenten und einer Depesche, die als Grundlage zu einer Veröffentlichung dienen soll. **Die Richtung, der Kurt Eisner und Fechenbach angehören, will diesen Unterschied nicht gelten lassen, sie halte mit großer Zähigkeit daran fest, daß Bismarck eine bewußte Fälschung begangen habe. Man sieht, daß die Richtung Kurt Eisner und Fechenbach einen rigoroseren Standpunkt einnimmt als die deutsche Geschichtsforschung.** Ich will natürlich nicht sagen, daß Eisner und sein Sekretär Fechenbach bei ihrer Arbei die Emser Depesche vor Augen gehabt haben müssen, aber die Schlußfolgerung läßt sich nicht von der Hand weisen, daß Herr Eisner sehr wohl wußte, was er tat, und daß auch Herr Fechenbach wußte, wozu er die Hand bot.

Der Sachverständige erörtert nun die Frage, ob Eisner bei seinem Charakter eine Fälschung zuzutrauen war. Es hat mich sehr frappiert, sehr betroffen, daß Professor Quidde, der Eisner persönlich kannte, nicht in der Lage war, zugunsten Eisners auszusagen. Andere günstige Urteile sind mir hier im Gerichtssaale nicht bekannt geworden. Ich muß mich also an die Tatsachen halten. Von wesentlicher Bedeutung ist, was nach dem Zeugnis des Grafen Soden Eisner bei der Besprechung in der bayerischen Gesandtschaft in Berlin gesagt hat. Ich sage nicht, daß die Schlußfolgerung abgewiesen werden soll, daß Eisner bei Verfolgung seiner politischen Zwecke vor einer Unwahrheit nicht zurückgeschreckt ist. Damit ist für mich festgestellt,

daß Eisner auch der Fälschung schuldig

ist. In Eisners Berechnung scheint mir das egoistische Moment, der Ehrgeiz nicht zu fehlen, und nicht Phantasterei, nicht Narrheit, sondern ein tiefer politischer Zweck zugrunde zu liegen.

Digitized by Google

Es besteht weiter für mich die innere Wahrscheinlichkeit, daß Fechenbach die Fälschung erkannt und sie trotzdem nicht verhindert hat.

Zur Frage, ob Deutschland einen **Angriffskrieg** vorbereitet hat, glaubt der Sachverständige, daß niemand ein so sicheres und begründetes Urteil fällen kann wie er und Dr. Lepsius. Uns beiden und Geheimrat Mendelssohn ist der Auftrag geworden, die Vorkriegsakten des Auswärtigen Amtes im Anschluß an die Publikation des Grafen Montgelas herauszugeben. **Der Sachverständige stellt fest, daß das Auswärtige Amt ihm die Aussage über den Inhalt der Akten freigestellt hat und daß es weiterhin die Veröffentlichung des gesamten Aktenmaterials gestattet hat.** Wir haben auch die völlige Gewißheit, daß nicht in irgend welchen geheimen Schränken noch Dokumente liegen, die nicht bekannt sind. Das Auswärtige Amt hat in den Akten eine geradezu mustergültige Ordnung. **Ich kann daher mit aller Bestimmtheit konstatieren, daß von einer doppelten Buchführung im deutschen diplomatischen Dienst niemals die Rede gewesen ist, niemals die Rede hat sein können.** Der größte Teil der Privatbriefe und Depeschen liegt im Auswärtigen Amt vor. Was ich an Privatbriefen usw. geprüft habe, zeigt keine andere Linienführung der Politik, wie die der offiziellen. Für jeden Kenner des Aktenwesens im Auswärtigen Amt ist die doppelte Buchführung eine lächerliche Behauptung. Der Sachverständige erklärt weiter, daß er bei seinem Aktenstudium keineswegs eine sehr hohe Meinung von den Staatsmännern der Wilhelminischen Epoche bekommen hat. Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen von Eckardtstein und Lichnowsky warnte er dringend davor, Memoirenschreibern ein zu hohes Maß von Autorität beizulegen. Dies gilt besonders von Herrn v. Eckardtstein und von Fürst Lichnowsky. Ich muß es aufs tiefste bedauern, daß die beiden nicht als Zeugen hier sind. Die Gegenüberstellung mit den wirklichen Kennern der Akten würde für die beiden Herren geradezu zu einer Katastrophe geworden sein. Es kann auch nicht anders sein, als daß Memoirenschreiber unzuverlässig sind. Sie sehen die Dinge gewissermaßen aus der Froschperspektive. Ein objektives Bild kann man erst aus den gesamten Akten gewinnen.

„Was aber auch an Entschuldigung für die deutschen Staatsmänner aus den Akten abgeleitet werden kann und muß, so bleibt doch noch an unverzeihlichen Fehlern genug ... Hinsichtlich der Frage aber, ob im moralischen Sinne eine Kriegswillenschuld Deutschlands vorhanden ist, dazu erklärt der Sachverständige in stärkster Form unter ausdrücklicher Berufung auf seinen Eid, um der Wahrheit willen, **daß das ganze ungeheure Aktenmaterial, das er nach allen Ecken und Enden und allen Richtungen durchstudiert hat, nichts enthält, was ein irgendwie ausreichendes Recht gebe, von einem vorbedachten Kriegswillen der deutschen Regierung zu irgend einer Zeit zu sprechen. In der ganzen Zeit von 1870 bis 1914 ist kein einziges Schriftstück irgend einer verantwortlichen oder maßgebenden Stelle zu den Akten gekommen, das dartun könnte, die verantwortlichen Stellen in Deutschland, der Kaiser, der Reichskanzler, die Staatssekretäre, die vortragenden Räte, ein Generalstabschef, hätten den Krieg gegen Frankreich, Rußland oder England empfohlen. Aus allen Schriftstücken tritt vielmehr eindeutig, überwältigend die deutsche Friedensliebe hervor.** Ob Geheimakten, ob Privatbriefe — Friede, Friede ist das oberste Leitmotiv der gesamten Akten. Der Sachverständige beweist dies an Hand einzelner Akten über die Balkankrise 1912 bis 1914.

Aus diesen Akten geht hervor, daß sich der Kaiser den österreichischen Ansprüchen widersetzt und sich dagegen gewehrt hat. Der Sachverständige verweist auf einige bisher noch unveröffentlichte Schriftstücke hin, die er zum größten Teil dem Gericht übergibt:

Der Kaiser an das Auswärtige Amt:

Neues Palais, den 7. November 1912

Aus der Haltung der österreichischen Presse scheint mir hervorzugehen, daß Oesterreich sich ernstlich dem Versuch Serbiens widersetzen will, sich an der adriatischen Küste festzusetzen. Serbien will auch ans Meer wie seine Nachbarn und wie schließlich alle sich erweiternden Binnenlandstaaten. Ich sehe absolut gar keine Gefahr für Oesterreichs Existenz oder gar Prestige in einem serbischen Hafen an der Adria. Ich halte es für bedenklich, ohne Not sich dem serbischen Wunsch entgegenzustemmen. Rußland würde sofort Serbien unterstützen, und damit wäre die alte Sandschak-Lage beim Kriegsausbruch wieder hergestellt. Ebenso ist es in Albanien. Das sind, wie Mir scheinen will, teilweise „Einbildungen" Wiener Bedürfnisse, denen vom spezifisch innerpolitischen Standpunkt Wiens — also vom österreichischen Sonderstandpunkt aus — betrachtet, eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann, deren Geltendmachung aber mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen (Krieg usw.) lediglich Sache Oesterreichs und nicht seines Verbündeten ist. Wenn Ich schon wegen Serbien im Sandschak oder in Uesküb beim Kriegsausbruch den casus foederis **vermieden wissen wollte und auch vermieden habe, noch viel weniger bin Ich gesonnen, denselben wegen der Serben in Durazzo oder Albanien eintreten zu lassen. Eine so weitgehende Verpflichtung entspricht nicht dem Geist des Dreibundes, der a limine den Bestand des wirklichen Besitzes zu gewährleisten bestimmt war; auch dürften kaum die eigentlichen Lebensbedürf-**

Digitized by Google

nisse und -bedingungen der österreichischen Monarchie dieses erheischen. Gewiß ist manche Veränderung auf dem Balkan, die durch den Krieg bedingt wird, für Wien recht unbequem und auch unerwünscht, aber keine so einschneidend, daß wir uns ihrethalben der Gefahr einer kriegerischen Verwickelung aussetzen dürfen; das würde Ich weder vor Meinem Volke noch vor Meinem Gewissen verantworten können. 1908 war es ganz etwas anderes, als es sich dabei um einen wirklichen Bestandteil, der schon lange Oesterreich angegliedert war, handelte. Danach ist zu verfahren.

Wilhelm

Der Kaiser an das Auswärtige Amt:

Letzlingen, den 9. November 1912

Habe mit Reichskanzler eingehend im Sinne Meiner Instruktionen an Sie gesprochen und bestimmt erklärt, daß wegen Albanien und Durazzo Ich unter keinen Umständen gegen Paris und Moskau marschieren werde. Habe Vorschlag gemacht: Albanien selbständig unter serbischem Prinzen als Fürstentum (Secundogenitur), welches die Freiheit hat, mit Serbien oder vier Bundesstaaten sich vertraglich zu verbinden, unter Erlaubnis der Hafenbenutzung. In dem Sinne mit Herrn Szögyény sprechen.

Wilhelm

Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.:

Berlin, den 11. November 1912

Resumé des Gesprächs mit dem Reichskanzler und H. v. Kiderlen über die Balkanlage am 9. 11. 1912: Oesterreich hat unvorsichtiger Weise den serbischen Ansprüchen in Presse und offiziellen Auslassungen gegenüber einen schroffen diktatorischen Ton angeschlagen. Dieser kann *provokatorisch* wirken und zu Komplikationen führen. Serbien verlangt Zugang zur Adria mit Häfen, Oesterreich negiert diesen Wunsch a limine. Rußland scheint die serbischen Aspirationen unterstützen zu wollen, und könnte darüber mit Oesterreich derart aneinander geraten, daß es zum Konflikt mit Waffen kommt. Dann tritt für Deutschland der Casus foederis ein. Da Wien von Petersburg angegriffen wird — laut Vertrag. Dieser bedingt die Mobilmachung und den Krieg gegen zwei Fronten für Deutschland, d. h. um gegen Moskau marschieren zu können, muß erst Paris genommen werden. Paris wird zweifellos von London unterstützt werden. Es muß also Deutschland in einen Existenzkampf mit *drei* Großmächten eintreten, bei dem *alles* aufs Spiel gesetzt werden muß, und eventuell es untergehen kann. Das erfolgt alles, weil Oesterreich die Serben nicht in Albanien oder Durazzo haben will. Es ist klar, daß dieses Ziel für Deutschland keine Parole für einen Vernichtungskrieg bieten kann, mithin keine Möglichkeit, mit einem Stichwort die deutsche Nation für einen, solcher Gründe halber, geführten Krieg zu entflammen und niemand es mit seinem Gewissen und seiner Verantwortung vor Gott und seinem Volke vertreten kann, aus solchem Grunde die Existenz Deutschlands aufs Spiel zu setzen. Es ginge über den Rahmen eines Vertrages weit hinaus, ja selbst des Casus foederis, der in keiner Weise und niemals dahin ausgelegt werden darf, daß das deutsche Heer und Volk den Launen der auswärtigen Politik eines anderen Staates direkt dienstbar gemacht und quasi dafür zur Verfügung gehalten werden muß! Der Dreibundvertrag sichert nur den gegenseitigen wirklichen *Besitzstand* der drei Staaten, nicht aber verpflichtet er zum bedingungslosen Mitgehen in Reibungen über den Besitz anderer! Der Casus foederis tritt allerdings ein, wenn Oesterreich von Rußland angegriffen wird. Aber nur dann, wenn Oesterreich Rußland *nicht* zum Angriff *provoziert* hat. Hier nun könnte eine solche Lage Serbien gegenüber entstehen. Und das muß Wien unbedingt vermeiden. Es soll Vermittlungsvorschläge hören oder machen bezüglich der Albanesen und ihrer Zukunft, und es den *Russen* überlassen, diese zu stürzen und die Serben aufzuhetzen, aufs Ganze zu gehen. Durch die eventuelle *russische Ablehnung*, von den übrigen Mächten gebilligter annehmbarer österreichischer Vermittlungsvorschläge, setzen die *Russen* sich Wien gegenüber ins *Unrecht*, werden die Mißbilligung der Mächte auf sich laden, den Verdacht erwecken, es überhaupt zum Kriege mit Oesterreich zu treiben, wobei Albanien nur ein fadenscheiniger Vorwand ist, als Störenfriede angesehen, den Aerger aller Vernünftigen herausfordern, und so, wenn es losgeht als *Provozierende*, welche Wien nicht in Ruhe lassen wollen, unserer Regierung eine gute Parole für die Mobilmachung geben!

Wir übten nach der Götter Lehre
jahrelang uns im Verzeihen,
Doch endlich drückt des Joches Schwere,
und abgeschüttelt muß es sein.

Wilhelm

Man hat auch außer acht gelassen, daß Moltke den Krieg nur unter der Voraussetzung gebilligt hat, daß er auf Oesterreich und Serbien lokalisiert bleibt. 1912/13 hat Moltke sein Möglichstes getan, um Oesterreich von seinem schroffen Vorgehen zurückzuhalten. Er schreibt am 10. Februar 1913:

Der Chef des Generalstabes v. Moltke an den Chef des K. u. K. Generalstabes General Conrad von Hötzendorff:

Berlin, den 10. Februar 1913

Als die ersten Spannungsmomente zwischen Oesterreich und Serbien eintraten, hatte die Monarchie infolge des provokatorischen Verhal-

Digitized by Google

tens Serbiens zweifellos die Sympathie aller Großmächte — mit Ausnahme Rußlands — auf ihrer Seite. Jedermann würde es verstanden haben, wenn Oesterreich die Besetzung des Sandschaks als casus belli ausgesprochen haben würde, ebenso wie jedermann es verstand, daß Oesterreich das Entstehen eines serbischen Kriegshafens an der Adria nicht dulden konnte ohne Preisgabe vitalster Interessen. Nachdem dann Serbien in der Hafenfrage nachgegeben und auch die Angelegenheit Prohasca in einer für die Monarchie Genugtuung bietenden Weise ausgeglichen war, befestigte sich besonders auch in Deutschland die Ansicht, daß die berechtigten und von Oesterreich selbst formulierten Forderungen und damit der österreichisch-serbische Streitpunkt erledigt seien. Man erwartete nun allgemein, daß der Vorschlag Rußlands zu gleichzeitiger Demobilisierung eine Entspannung der politischen Lage herbeiführen werde, deren schädigende Einwirkung auf das gesamte Erwerbsleben sich auch in Deutschland in empfindlicher Weise je länger desto mehr fühlbar macht. Diese Erwartung wurde enttäuscht.

Euere Exzellenz wissen, daß ein Krieg, in dem es sich um die Existenz des Staates handelt, der opferwilligen Zustimmung und der Begeisterung des Volkes bedarf. Das Gefühl der Bundestreue Oesterreich gegenüber ist in Deutschland stark und lebendig, es würde zweifellos in elementarer Weise zum Ausbruch kommen, wenn die Existenz Oesterreichs durch einen russischen Angriff bedroht werden sollte. Es würde aber schwierig sein, eine wirkungsvolle Parole zu finden, wenn österreichischerseits jetzt ein Krieg herausgefordert werden sollte, für dessen Entfesselung im deutschen Volke Einverständnis nicht vorhanden wäre.

Das aus gemeinsamen Begehrlichkeitsinteressen entstandene Bündnis der Balkanstaaten trägt, wie mir scheint, den Keim der Zwietracht in sich, die ausbrechen wird, sobald der Friede mit der Türkei erzwungen ist und es an die Verteilung der Beute gehen wird. Hier scheint sich mir eine glückliche Aussicht für ein Zusammengehen Oesterreichs mit Bulgarien zu eröffnen. Gelingt es hier, gemeinsame Interessen wachzurufen, so würde Rußland in die Lage gebracht, zwischen Bulgarien und Serbien wählen zu müssen. Ich glaube, daß in Bulgarien starke Neigung vorhanden ist, sich aus dem Verhältnis eines russischen Satrapenstaates frei zu machen. Stehen aber Bulgarien und Serbien sich feindlich gegenüber, so würde Oesterreich volle Aktionsfreiheit gegen Rußland haben.

Diese Aussicht verdient meiner Meinung nach wohl die Ueberlegung, ob ein Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien anzuraten sein würde, solange der Balkanbund noch festgeschlossen dasteht.

Sehr zu bedauern ist der Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien. Wenn dieser in einer beide Teile befriedigenden Weise beigelegt werden könnte, würde es für uns alle von Vorteil sein.

Euere Exzellenz werden diese Ausführungen mit einigem Erstaunen lesen. Sie gehören eigentlich nicht in die Korrespondenz zwischen zwei rein militärischen Stellen. Ich bin auch kein Politiker, aber die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Eurer Exzellenz und mir geben mir den Mut, mich Eurer Exzellenz gegenüber auch über diese Dinge vertrauensvoll und privatim auszusprechen. Politik und Kriegführung stehen in inniger Wechselbeziehung. Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen muß, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und Slaventum. Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind. Der Angriff muß aber von den Slaven ausgehen. Wer diesen Kampf kommen sieht, der wird sich klar darüber sein, daß für ihn nötig ist: die Zusammenfassung aller Kräfte, die Ausnutzung aller Chancen, vor allem aber das volle Verständnis der Völker für die weltgeschichtliche Entscheidung.

gez. v. Moltke

Der Kaiser, der Generalstabschef und selbstverständlich der deutsche Reichskanzler haben mit aller Kraft den Bundesgenossen Oesterreich fest am Zügel zu halten versucht. Was tat aber Frankreich? Es hat nicht daran gedacht, den russischen Alliierten gleichfalls zu zügeln, sondern ihn vorwärts gestoßen. Frankreich hat Rußland wissen lassen, daß es fest entschlossen sei, seine Bündnispflicht zu erfüllen. Schließlich verweist der Sachverständige, um zu beweisen, daß Deutschland treu geblieben ist seiner Absicht, Oesterreich festzuhalten, auf die Aufzeichnungen Bethmann Hollwegs.

Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg:

Berlin, den 8. Mai 1914

Ich halte eine klare Aussprache in Wien für dringend erforderlich. Wien beginnt sich in seiner gesamten Politik allzu stark von uns zu emanzipieren und muß meo voto rechtzeitig am Zügel gehalten werden.

Falls Sie zustimmen, bitte ich mir den Erlaß nach Wien vor Abgang zur Kenntnis vorzulegen.

In allen diesen Schriftstücken liegt die lauterste Wahrheit, keine Doppelzüngigkeit, keine doppelte Buchführung! Ich bin überzeugt, daß Kurt Eisner, wenn er Schriftstücke mit solcher Klarheit und Bestimmtheit vor sich gehabt hätte, vielleicht ein wesentlich anderes Urteil gefällt

Digitized by Google

hätte. Zu der Klagspartei gewendet, fährt der Sachverständige fort: Mir war es eine große Freude zu hören, daß Sie derselben Auffassung sind. Wenn ich die Sicherheit hätte, daß Sie Eisner richtig beurteilen, und wenn Sie ihn vor dem Vorwurf der Wahrheitswidrigkeit reinwaschen könnten, dann würde vielleicht mein Gesamturteil über Eisner etwas milder ausfallen können.

Wegen der Frage, weshalb die deutsche Regierung nach dem Fürstenmord in Serajewo vorübergehend von der sonst konsequenten Haltung der festen Zügelführung abgelassen hat, brauche ich nur auf Delbrück zu verweisen. Man hat deutscherseits geglaubt, daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Serbien ganz sicher lokalisiert bleiben würde. Der deutsche Kaiser hat es für unmöglich gehalten, daß der Zar und der englische König in ihrem monarchischen Klassenbewußtsein — nicht nur der Proletarier hat sein Klassenbewußtsein — sich für Fürstenmörder einsetzen könnten. Als der Kaiser die Unrichtigkeit seiner Auffassung erkannt hat, hat er zur straffen Zügelführung gegenüber Oesterreich zurückgreifen wollen. Da war es jedoch zu spät. Will man dem Kaiser Wilhelm zum Verbrechen anrechnen, daß er tagelang einer solchen Illusion gefolgt ist, wie steht es dann mit Kurt Eisner, dessen Illusionen und vielleicht

Spekulationen auf das Wohlwollen der Entente

doch tausendmal schlimmer gewesen sind und nur zu sehr geeignet waren, das deutsche Volk vollends in den Abgrund zu stoßen? Mit dieser Frage möchte ich meine Ausführungen schließen.

Rechtsanwalt Dr. **Löwenfeld** legt nun dem Sachverständigen eine Reihe von Fragen vor, die darauf hinauslaufen, das Urteil des Sachverständigen über die Persönlichkeit Eisners zu ändern.

Fünfter Verhandlungstag

Mittwoch, den 8. Mai

Dr. Thimme erklärt zunächst, daß er auf Grund des ihm von Dr. Löwenfeld übergebenen Materials seine Meinung über Eisner nicht ändern könne. Er müsse materiell festhalten, daß eine Fälschung vorliege, wenn ein Dokument tendenziös verändert werde.

Dr. Johannes Lepsius

Schriftsteller in Potsdam

der zusammen mit Dr. Thimme die deutschen Akten von 1871 bis zum Kriegsausbruch bearbeitet — eine Publikation, von der die ersten sechs Bände im Juni erscheinen werden, während das ganze Sammelwerk auf 20 Bände veranschlagt ist — bekundet als Sachverständiger: Ich beginne mit der doppelten Buchführung. Doppelte Buchführung — im kaufmännischen Sinne — nennt man ein Buchungssystem, das dadurch, daß jeder Posten zweimal, einmal im Debet und einmal im Kredit gebucht wird, eine automatische Sicherung der Richtigkeit der Rechnung herstellt. Hier wird „doppelte Buchführung" im diplomatischen Sinne genannt ein System methodischer Herstellung von Zweideutigkeiten in den Erlassen und Berichten der Diplomatie. Doppelte Buchführung im kaufmännischen Sinne, d. h. eine automatische Zuverlässigkeit, besteht in mehrfacher Beziehung im Auswärtigen Amt. Einmal darin, daß von jedem Schriftstück, das ausgeht, von jedem Bericht, der eingeht, Kopien zurückbleiben, sodann in der musterhaft durchgeführten Registratur aller Schriftstücke. Jedes Dokument, das ein- und ausgeht, empfängt seine Nummer und Vermerke über seine geschäftliche Behandlung.

Um zu zeigen, daß das im Auswärtigen Amt in Berlin eingeführte System der Registratur eine Kontrolle auch noch nach Jahrzehnten ermöglicht, gibt der Sachverständige ein Beispiel aus der Zeit der Entlassung Bismarcks, das zeigt, wie durch Eingangsvermerk Legenden zerstört werden können.

In der Tat existiert etwas wie ein System der doppelten Buchführung in der ausländischen Diplomatie. Professor Karo hat schon Beispiele dafür genannt. Ich möchte eins hinzufügen. Bei den Verhandlungen im Jahre 1887 über die Entente zwischen England, Italien und Oesterreich wurde von Lord Salisbury im voraus die Bedingung gestellt, das Abkommen müsse so formuliert werden, daß er es vor dem Parlament ableugnen könne. Es wurde in der Form eines Notenwechsels, nicht eines Vertrages abgeschlossen und tatsächlich im Unterhaus abgeleugnet. Ich habe in 33 Monaten Tausende Bände von deutschen diplomatischen Akten durchgesehen und auch nicht ein Schriftstück gefunden, das einen derartigen zweideutigen Charakter hätte. Ich will trotzdem die englischen Staatsmänner nicht herabsetzen. Die deutsche Politik unter der konstitutionellen Regierung, die für ihre auswärtige Politik dem Parlament nicht verantwortlich war, hatte es leicht, die Wahrheit zu reden, sie brauchte sich nicht fragen zu lassen und brauchte nicht zu antworten. Eine parlamentarische Regierung ist meines Erachtens nicht in der Lage, wenn sie überhaupt auswärtige Politik treiben will, zu vermeiden, das Parlament zu belügen.

Ich gehe nun auf das eigentliche Thema des Prozesses ein, auf die Frage: Liegt eine Fälschung vor? Das ist eine Frage einerseits der philologisch-historischen Kritik, anderseits der politischen Ethik. Bei wiederholter Prüfung des Schriftstückes mit rein philologischen Augen komme ich

zu dem Ergebnis, daß eine Fälschung vorliegt.

Es ist nicht möglich, die ausgelassenen und stehengebliebenen Stellen so zu verstehen, als ob sie im wesentlichen das gleiche besagten. Das Gravierende scheint mir zu sein, daß alles unterdrückt ist, was den Eindruck erwecken muß, daß Deutschland den Weltkrieg verhindern wollte, daß aber stehen geblieben ist, was den

Digitized by Google

Eindruck erwecken soll, daß Deutschland den Weltkrieg provozieren wollte. Es blieb nicht nur stehen, was für die Entente angenehm zu hören war, es wurde auch unterdrückt, was für sie unangenehm zu hören war. Am gravierendsten ist, daß ganz unmotiviert unterdrückt wird der Satz „England wird Oesterreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen“, in der Sprache der Diplomatie gleichbedeutend „mit Krieg zu überziehen“, ferner die Worte „deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet“. „Der Bericht ist in der Tat auf Wirkung frisiert, aber nicht im literarischen Sinne, wie etwa ein Dramaturg ein Stück zusammenstreicht, sondern in diplomatischer Absicht, um mit raffinierter Fälschung und Berechnung zu erhärten, daß Deutschland den Weltkrieg entfesseln wollte.“

Um die Richtigkeit seines Urteils nachzuprüfen, setzt der Sachverständige den umgekehrten Fall, daß der gekürzte Bericht das Original und die Erweiterung des Textes eine künstliche Mache gewesen wäre; ohne Frage wäre dann geurteilt worden, es sei aus der „Fanfare“ eine „Chamade“ gemacht worden.

Es bleibt aber die Frage: Kann man Eisner eine solche Fälschung zutrauen? Ich will annehmen, daß das Urteil, das nicht nur Freunde, sondern auch Gegner von Eisner hatten, er sei ein Idealist gewesen, mit lauterem Charakter, richtig war. Gab es aber nicht vielleicht einen Zeitpunkt in seinem Leben, wo er aufgehört hat, zu sein, was er früher war? Der berufenste Interpret des Charakters und der Ideen Eisner dürfte wohl Professor Friedrich Wilhelm Foerster sein. Foerster sagt in seinem Buch „Mein Kampf gegen das militärische und nationalistische Deutschland“ von Eisner, daß er „sich von wechselnden Strömungen und Stimmungen zu zweideutigem Reden und Auftreten bestimmen ließ.“ (S. 22.) Nach diesem Urteil Foersters halte ich die Annahme nicht für unberechtigt, daß Eisner eine solche zweideutige Haltung, die ihn zu einer Fälschung befähigt hätte, einnehmen konnte, wenn es sich um die Verfolgung der alten Regierung handelte.

Der Sachverständige verliest aus der Mantelnote und dem Ultimatum **den Urteilsspruch der Entente**: „Die Regierenden Deutschlands haben, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa erstrebt“, haben getrachtet „ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren“ und „Deutschland zum absoluten Herrscher im Osten und Westen zu machen“. Die Furcht der Führer Deutschlands, es möchten ihre Pläne der Weltherrschaft durch die wachsende Flut der Demokraten zunichte gemacht werden, führte sie dazu ... „Europa in einen Weltkrieg zu stürzen“, ... der „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Völker gewesen ist, welche eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat, ... während die westlichen Nationen bestrebt waren, an die Stelle der Rivalität in internationalen Angelegenheiten Freundschaft zu setzen und den Grundstein zu einer reinen Aera zu legen, in welcher alle Nationen freundschaftlich an der Leitung der Geschäfte der Welt zusammenwirken sollten.“ Man muß diese Anklage in ihrer Ungeheuerlichkeit im Auge behalten, wenn man über die Frage der Kriegsschuld urteilt. Ich finde, einer solchen Anklage gegenüber kann nicht davon die Rede sein, wieviel Prozent Schuld auf diese oder jene Macht fällt, oder in welchem Verhältnis die etwaigen Anteile der Schuld Rußlands, Frankreichs, Englands oder Deutschlands zueinander stehen. Diese Rechnung ist darum unmöglich, weil die ungeheuerliche Beschuldigung dahin geht, daß Deutschland die Weltherrschaft erstrebt und zu diesem Zwecke mit Bewußtsein den Weltkrieg vorbereitet und herbeigeführt habe. Diese Frage kann so, wie sie lautet, nur mit **ja** oder **nein** beantwortet werden, aber nicht durch Abwägung einer Prozentzahl von Schuld.

Wie verhalten sich nun die historischen Tatsachen zu den Beschuldigungen?

In den deutschen Akten stehen nicht nur die Erlasse, die Berichte und die Aufzeichnungen der deutschen Politik, sondern in ausgebreiteter Fülle ist aus den Berichten unserer Botschafter und Gesandten, auch aus dem Munde der fremden Diplomaten die gegnerische Politik in ihrer Tendenz und in ihren Motiven ersichtlich.

Es hat niemals, um mit Frankreich zu beginnen, einen französischen Präsidenten, Premierminister oder Außenminister gegeben, der den Frankfurter Frieden und die Grenzen, die er zog, anerkannt hätte.

Es gab keinen französischen Staatsmann, so friedselig sich auch manche gaben, der den Mut gehabt hätte, der im französischen Volke lebendigen

Idee der Revanche

zu widersprechen; im Gegenteil alle französischen Staatsmänner, wenn sie um ihren Sitz im Kabinett oder um ihre Majorität in der Kammer besorgt waren, haben an den Geist der Revanche appelliert, um ihr Schiff weitersteuern zu können. Es gab kurze Perioden in den 80er und 90er Jahren, in denen eine ausgesprochene Annäherungstendenz der französischen Regierung an die deutsche vorhanden war. Aber die Akten machen vollkommen durchsichtig, daß diese Tendenz der Annäherung und die ausgesprochene Friedfertigkeit französischer Staatsmänner diktiert war durch aktuelle Bedürfnisse der französischen Kolonialpolitik in Afrika, in Aegypten oder in Ostasien, so daß sie genötigt waren, eine Zeitlang den Revanchegedanken zurückzustellen und an die Unterstützung Deutschlands zu appellieren, hauptsächlich in der Ten-

Digitized by Google

denz, Deutschland gegen England vorzuschieben, dadurch die Position Frankreichs zu stärken und gleichzeitig das gute Verhältnis zwischen England und Deutschland zu stören. Man wird in die Lineatur dieser Jahrzehnte die Fieberkurve des französischen Revanchewillens einzeichnen können. Sie geht niemals unter die Fiebergrenze herunter. Auch in der friedfertigen Zeit war erhöhte Temperatur vorhanden. Der zäheste Kriegswille auf der ganzen Welt, der aggressive Wille Frankreichs erstreckte sich auf ein verhältnismäßig kleines Objekt, den schmalen Landstreifen Elsaß-Lothringen. Wenn man damit die weiten Kriegsziele Rußlands vergleicht und die uferlosen Pläne der englischen Weltherrschaft, so erscheint der französische Kriegswille als eine spirituelle Leidenschaft, deren Charakter sich darin erweist, daß sie, nachdem das Ziel des Kriegswillens, die Rückeroberung dieser Provinzen erreicht ist, offenbar nicht gesättigt ist, sondern noch in gleicher Stärke bei dem Sieger fortbesteht.

Die Politik Rußlands ist aus den deutschen Dokumenten deshalb so leicht ersichtlich, weil die russischen Staatsmänner äußerst offenherzig zu sein pflegten. Wenn der französische Angriffswille wie hypnotisiert auf das Loch in den Vogesen starrte, so war die Phantasie der russischen Zaren auf das Schlüsselloch und den

Hausschlüssel des russischen Reiches,

auf die Meerengen gerichtet. Es wäre aber unrichtig, in dieser Einstellung allein die Erklärung des russischen Kriegswillens zu suchen. Allerdings die Meerengenfrage entsprang aus der großen natürlichen Tendenz des mächtigen Körpers des russischen Reiches, überall einen offenen Zugang zu den Meeren zu erlangen. Zwischen diesen Zugängen aber dehnten sich die unermeßlichen Festlandsphären, in die der russische Expansionswille unaufhaltsam einströmte. So oszillierte die Spitze des russischen Angriffswillens von den Meerengen aus nach Kleinasien, Armenien, Persien, Afghanistan, Tibet und Ostasien. Nach der Europaseite aber rückte die Spitze des Angriffswillens langsam von Jahrzehnt zu Jahrzehnt von den Meerengen aus vor, wie der Zeiger einer Uhr, die von einem schweren Gewicht gezogen wird. 1871 Pontusvertrag, 1876/77 Ostbalkan, in den Zeiten des Battenbergers und des Koburgers in den 80er und 90er Jahren der Ostbalkan, 1908 Bosnien und Herzegowina, in den Balkankriegen der Plan der Zertrümmerung Österreichs, bis endlich der Zeiger der Uhr die Spitze des russischen Angriffswillens feststeht in der Richtung auf das Brandenburger Tor. Das Gewicht, das den Zeiger unaufhaltsam vorrücken machte, war der Panslawismus. Die ursprüngliche kaiserliche Politik Rußlands war das Dreikaiserbündnis und die Erhaltung der traditionellen Freundschaft mit Deutschland. Es ist merkwürdig zu verfolgen, wie sich in den Direktiven der russischen Politik sich im Laufe der Jahrzehnte eine allmähliche Wandlung von der zarischen zur panslawistischen Politik vollzog.

Nun zu England. So eindeutig die französische Politik, so offenherzig die russische Politik war, so zweideutig und zurückhaltend ist zu allen Zeiten die englische Politik gewesen. Das Verhältnis Englands zu den Kontinentalmächten ist immer ein zufälliges gewesen, denn es war bestimmt durch die außereuropäische Expansion des britischen Reiches.

Englands Zufallspolitik

kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß in der Bismarckschen Epoche England auf Seite der Mittelmächte stand. In dieser ganzen Zeit war England durch seine afrikanischen, besonders durch seine ägyptischen Interessen genötigt, sich an der Seite der Mittelmächte zu halten. Der scharfe Gegensatz zu Frankreich war für Deutschland ein außerordentliches Beruhigungselement. England war zum stillen Teilhaber des Dreibundes geworden. Das Expansionsgebiet Englands ist so unermeßlich, daß man, um zu wissen, was England will, immer nur den jeweils gegebenen Zeitpunkt ins Auge fassen kann. Diese Eventualpolitik von heute auf morgen hatte immer große, aber stets veränderliche Ziele. Fürst Lichnowsky ist der Meinung, weder die Flotten- noch die Handelsrivalität allein habe England in den Krieg geführt. Wenn dies wahr ist, müßte man fragen, was sonst denn England in den Krieg geführt. Alle große Politik ist Territorialpolitik. England wollte die gewaltige Landbrücke zwischen Indien und Afrika erobern, die Trace für die Gürtelbahn Kap-Kairo-Kalkutta in Afrika. Schon Bismarck sprach von der afrikanischen Monroe-Doktrin Englands: „Afrika den Engländern." Der Raub der deutschen Kolonien ist ein gewaltiger Schritt zu diesem Ziel. Was in Afrika noch bleibt, sind portugiesische und belgische Kolonien, die von der Gnade Englands abhängig sind, und als einzige Pièce de résistance das französische Kolonialreich. Man kann ja schließlich nicht die ganze Welt auf einmal erobern. England braucht Trockenwohner für die Erweiterungsbauten seines Weltreiches. Es liegt in der Natur des Wasserkontinents, alle Küsten zu unterspülen und zu überfluten. Die These: die stärkste Macht des Kontinents ist der geborene Feind Englands, ist nur ein Spezialfall der allgemeinen These. England als Wasserkontinent ist der geborene Feind aller Landkontinente.

Vor dem Kriege nannte alle Welt Wilhelm II. den Friedenskaiser. Niemand zweifelte, daß Deutschland durch Jahrzehnte Europa den Frieden erhalten hat. Warum liest man es nach dem Kriege anders? Auch Bismarck hat jetzt schon den Weltkrieg vorbereitet! Ich stehe nicht an zu sagen: Die sechs Bände Bismarckscher Dokumente, Aufzeichnungen und Diktate sind eine Pazifistenbibel. Professor Foerster kann sie ruhig auf seinen Hausaltar legen. Freilich sind sie nicht das, was man gemeinhin Pazifismus nennt, heuchlerische Völkerbunds-

Digitized by Google

beschlüsse u. dgl. Mit solchem Pazifismus hat Bismarck nichts zu tun. **Wenn man Pazifismus nennen kann, die unermüdliche Arbeit eines Staatsmannes, der die ganze ungeheure Macht, die in seinen Händen liegt, und die ganze ungeheure Kraft seines Genies nur dazu anwendet, Europa den Frieden zu erhalten, dann war Bismarck Pazifist.**

Die Friedenspolitik Bismarcks ist, wenn auch dogmatisch erstarrt, das Grundgesetz der Politik seiner Nachfolger geblieben, samt den Dogmen von der Erhaltung Oesterreichs um jeden Preis, der traditionellen Freundschaft zu Rußland und der guten Beziehungen zu England. Es gibt etwas wie Tragik in der Weltgeschichte. Wir sind nicht für eigene Interessen in den Krieg gegangen, es sei denn, um unsere Existenz zu erhalten.

Wenn man dokumentarischen Beweisen, wie sie für die Aera 1871—1914 der Welt vorliegen werden, überhaupt Glauben schenken will, so erkläre ich:

In dem gesamten Aktenmaterial des Auswärtigen Amtes gibt es keinen Schatten eines Beweises für die Schuld, die uns von der Entente zugeschrieben wird: für die Absicht, unsere Nachbarn zu überfallen, die Suprematie in Europa zu erlangen, die Weltherrschaft an uns zu bringen. Ich glaube, die Nachwelt wird ein hartes Urteil sprechen über die leichtfertige Beschuldigung, die gewissenlose Unterschlagung jeder Untersuchung, die frivole Begründung und die bewußte Unwahrhaftigkeit eines Urteilsspruches, der ein moralisches Weltgericht affektiert, um Habsucht und Rachsucht zu verhüllen.

Um nach dieser Abschweifung, die doch zum Thema gehört, zu der Frage zurückzukehren, die dem Prozeß zu Grunde liegt, so kann ich angesichts der Verantwortung gerade derer, die in ihrem Beruf als Politiker oder Journalisten über die Frage der Kriegsschuld zu urteilen haben, nichts anderes sagen, als daß ich die Eisnersche Veröffentlichung als eine bewußte und absichtliche Fälschung ansehen muß.

Ministerialdirektor Dr. Ernst v. Müller

sagt aus, daß unter den jetzt gefundenen politischen Berichten des zweiten Halbjahres 1914 auch eine Abschrift des Schoenschen Berichtes war. Vormerkung: in Eisners Wohnung gefunden. Unterschrift: von Schoen.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bestreitet die Möglichkeit, daß der „Temps" vorzeitig von den Bürstenabzügen der „Morgenpost" ein Exemplar erhalten hat.

Professor **Coffmann**: Ist es möglich, daß von einem gestohlenen Dokument, denn um ein solches handelt es sich hier, Dr. Löwenfeld mit solcher Sicherheit sagen kann, niemand sei in der Lage gewesen, eine Abschrift nach Paris zu schicken, wenn Dr. Löwenfeld das gestohlene Dokument nicht selbst hat?

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Es steht nicht fest, ob das Dokument gestohlen ist. **Es steht lediglich fest, daß es sich nicht bei den Akten befindet.** Ob es gestohlen ist, wer bzw. welche politische Richtung es gestohlen hat, steht — das möchte ich deutlich betonen — nicht fest. Ich wäre selbstverständlich nicht in der Lage, einen Dieb zu verhindern, etwas an den „Temps" zu schicken. Darum handelt es sich aber nicht, sondern darum, ob von uns oder uns nahestehender Seite die „vorzeitige" Veröffentlichung, die ich nicht als vorzeitig anerkenne, im „Temps" mittelbar oder unmittelbar gefördert wurde. Wer das behauptet, ist ein niederträchtiger Verleumder.

Das Gericht geht nunmehr zur

Verlesung von Gutachten

über, die von Autoritäten des Auslands erstattet worden sind. Soweit diese Gutachten nicht in deutscher Sprache abgefaßt sind, liegen amtlich beglaubigte Uebersetzungen vor.*)

Rechtsanwalt Dr. Hermann Harris Aall

Mitglied der neutralen Schuldkommission in Kristiania

„Es scheint somit nicht möglich zu sein, sich der Auffassung zu verschließen, daß der Verfasser der betreffenden Veröffentlichung wissentlich sich einer Fälschung der Gedanken des Dokuments schuldig macht, das er beansprucht, zu veröffentlichen, um die Wahrheit in der Welt zu fördern."

Dr. Adolfo Bonilla y San Martin

Professor an der Universität Madrid

„Da ich gefragt wurde über den Sinn der in der „Bayerischen Staatszeitung" (26. November 1918) unter dem Titel „Urkunden über den Ursprung des Krieges" erschienenen Wiedergabe des Briefes, angeblich geschrieben am 18. Juli 1914 vom Grafen Lerchenfeld, dessen Original in facsimile mir vorgelegt wurde, habe ich kein Bedenken, zu behaupten, daß meiner Meinung nach **die erwähnte Wiedergabe zweifellos unvollständig ist, und daß die weggelassenen Sätze außerordentlich wichtig sind, so daß der Leser, der sie nicht kennt, keinen genauen Begriff des Gedankenganges des Verfassers haben kann."**

Fredrik Böök

Professor an der Universität Lund, Schweden

„Diese bewußte Veränderung des Dokumentes ist als Fälschung zu bezeichnen. Die von Eisner bewerkstelligte Publikation machte zu ihrer Zeit in Schweden einen großen Eindruck und wurde von deutschfeindlicher Seite vielfach ausgenutzt."

Ernesto Quesada

Professor an der Universität und Generalstaatsanwalt in Buenos Aires

Ich bin mir der diplomatischen schlechten Sitte bewußt, aus politischen oder anderen Gründen

*) Es werden überwiegend nur die Schlußfolgerungen aus den Gutachten mitgeteilt.

Digitized by Google

einen Text nur teilweise zu veröffentlichen: eine Sitte, die von jedem strengen Historiker peinlich empfunden wird, da in solchen Fällen spätere Vergleiche der veröffentlichten Texte und der Originale stets empfindliche Entstellungen im Sinne des Originaldokuments ergeben können. Ich bin mir weiter bewußt, daß der Forderung, weggelassene Stellen durch .... anzudeuten, häufig nicht entsprochen und daß die öffentliche Meinung dadurch irregeführt wird.

„In der „Bayerischen Staatszeitung" sind die weggelassenen Stellen nicht entsprechend kenntlich gemacht. Der Leser muß unwillkürlich annehmen, den Originaltext zu lesen, während die Weglassung den Sinn eben dieses Originaltextes auf eine Weise ändert, daß ganz automatisch eine Irreführung, eine Fälschung der öffentlichen Meinung eintritt."

Professor J. Versluys*)
Hilversum (Holland)

„Meiner gewissenhaften Ueberzeugung nach war es vollkommen berechtigt und zutreffend, wenn man die Kürzungen der Note in der Wiedergabe der „Bayerischen Staatszeitung" als eine Fälschung derselben gekennzeichnet hat."

Professor Thomas Hall
von der Columbus-Universität in New-York, z. Zt. an der Universität Göttingen

„Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ist es dann nicht zu leugnen, daß durch wohlüberlegte Auslassungen eine Irreführung des Leserkreises in Bezug auf den Inhalt einer wichtigen Urkunde beabsichtigt worden ist. Für eine solche Handlungsweise ist „eine geschichtliche Fälschung" kein zu harter Ausdruck. Weder Mangel an Raum noch ein angegebener Zweck ist eine genügende Entschuldigung für diese Art, den Stoff zu behandeln, zumal in einem Bericht, der vorgibt, „Urkunden" über bestimmte Tatsachen zu veröffentlichen. Auch Verdrehungen durch Mißverständnis des Inhalts oder durch unbewußte Voreingenommenheit des Berichterstatters scheinen ausgeschlossen zu sein, denn der Sinn und der Inhalt der Urkunde ist zu deutlich und zu wenig mißverständlich, um diese Erklärung wahrscheinlich zu machen. **Es bleibt nur übrig, anzunehmen, daß man durch die mangelhafte Wiedergabe einer Urkunde einen falschen Eindruck von der Urschrift auf den Leser machen wollte und „Fälschung" wäre in diesem Falle die einzige richtige Bezeichnung für diese Handlungsweise."**

Professor Sidney B. Fay
vom Smith College in Northampton, Massachusetts, Abteilung f. Geschichte und Staatsrecht

gibt seine Meinung dahin kund, daß die Veränderung in Bezug auf die Meinung und die Natur des v. Schoenschen Berichts als eine „Fälschung" des Originaldokumentes angesehen werden muß. Es handelt sich hierbei nicht um „forgery" im Sinne des amerikanischen Rechts und nach meiner schwachen Kenntnis der Bedeutung des Wortes „Fälschung" bin ich auch im ungewissen darüber, ob dies als eine „Fälschung" zu betrachten ist oder nicht.

*) Professor Versluys, der sich um die Aufklärung in der Schuldfrage große Verdienste erworben hat, ist nicht, wie an anderer Stelle irrtümlich angegeben wurde, Mitglied der neutralen Schuldkommission.

Dr. Albert Frhr. v. Lumbroso
Leiter der Société des Documents Diplomatiques, Herausgeber der Rivista di Roma

„Es kann niemand, wenn er in treuem Glauben spricht oder schreibt, in Abrede stellen, daß es sich um eine Fälschung handelt, deren Absichten, Zwecke und Methode übrigens offensichtlich sind.

Dies ist das, was ich mich verpflichtet gehalten habe, Ihnen nicht allein zur Ehre der Wahrheit, sondern auch im Hinblick auf die Bedeutung zu erklären, die man in Frankreich, sowohl seitens der Regierung wie der öffentlichen Meinung dem am 26. November 1918 veröffentlichten „Bericht" böswilligerweise zugeschrieben hat."

Dr. M. Boghitschewitsch
früherer serbischer Geschäftsträger in Berlin

„Die verstümmelte Wiedergabe eines gar nicht vom Grafen Lerchenfeld verfaßten Berichtes kann keineswegs als harmlose Kürzung bezeichnet werden. Durch die Bezeichnung eines anderen Verfassers und durch Weglassung sachlich wesentlicher Teile des Berichtes, wiewohl ziemlich Unwesentliches darin belassen wurde, darf von einer Fälschung zu politischen Zwecken wohl gesprochen werden; schon durch die Gesamtveröffentlichung der beanstandeten Stelle wird ein gut Teil ihrer anscheinenden Schärfe genommen. In dieser Auffassung werde ich durch die Publikation der Telephonmeldung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914 bestärkt, in der Eisner die wichtigen Worte „gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands in Wien" einfach weggelassen hat; dadurch wird ein ganz falsches Bild dieses von der Gegenseite weidlich ausgenützten Situationsberichtes gegeben."

Captain E. N. Bennett, London
Mitglied der englischen Arbeiterpartei

Ich habe den Artikel in der „Bayerischen Staatszeitung" (26. 11. 18) betitelt „Urkunden über den Ursprung des Krieges", wie auch den Bericht des Legationsrates v. Schoen (nicht des Grafen Lerchenfeld, wie die „Staatszeitung" angibt) sorgfältig gelesen. Mein wohlerwogenes Gutachten geht dahin, daß **der Zeitungsartikel ein überlegter Versuch ist, durch Auslassung sehr wichtiger Stellen in dem Bericht die Leser irrezuleiten und den vollständigen und wirklichen Sinn des Berichtes unrichtig wiederzugeben. Er kann daher mit Recht eine absichtliche Fälschung genannt werden.**

Digitized by Google

Joseph King
Mitglied der englischen Arbeiterpartei in London

Ich habe die Dokumente (in der gedruckten Form) und besonders den Bericht des Herrn v. Schoen, wie er in der Veröffentlichung der Kurt-Eisner-Regierung über den Ursprung des Krieges gebraucht wurde, sorgfältig studiert. **Die Abänderungen und Auslassungen in von Schoens Bericht, wie er hier veröffentlicht wurde, erscheinen mir ganz ungerechtfertigt, darauf berechnet, das Publikum irre zu leiten und auf eine überlegte Fälschung hinauslaufend.**

Edouard Dujardin
Professor an der Sorbonne in Paris

„Offenbar habe ich meiner Eigenschaft als Historiker und Professor der Religionsgeschichte die Ehre zuzuschreiben, daß ich die Aufforderung erhielt, mein Gutachten über die Frage abzugeben: Können die Auslassungen, die in der Veröffentlichung des Berichtes des Herrn von Schoen in der „Bayer. Staatsztg." vom 26. November 1918 vorgenommen wurden, als „Fälschungen" bezeichnet werden? Ich habe die Texte in dem gleichen kritischen Geiste und mit der gleichen Objektivität geprüft und studiert, als ob es sich um alte, aus dem Staub der Archive wieder ans Licht gebrachte Dokumente gehandelt hätte, und ich bin heute in der Lage, Ihnen meine Meinung ohne das geringste Zögern mitzuteilen.

Es kann mehrere Arten von Fälschungen geben, wie es mehrere Arten von Lügen gibt. Es gibt die unbedachte (unüberlegte) Lüge eines Gassenbuben, der die Wirklichkeit der ihm zur Last gelegten Handlung leugnet; es gibt die ausgeklügelte (wohlüberlegte) Lüge eines Escobar, der mit zweideutigen Mitteln und ohne etwas der Wahrheit geradezu Widersprechendes zu behaupten, den Glauben erweckt, daß das, was ist, nicht ist. Niemand wird zweifeln, daß die zweite Lüge unendlich gefährlicher und unendlich strafbarer ist als die erste.

Nach vollständiger Wiedergabe aller Stellen des Berichtes des Herrn v. Schoen, die die Mitwirkung der deutschen Regierung bei der Note, die an Serbien gerichtet werden sollte, betreffen, hat die Person, die den Bericht des Herrn v. Schoen in der „Bayer. Staatsztg." veröffentlichte, neben anderen Stellen nicht gewissen diplomatischen Wortkram ausgelassen — dessen Auslassung hätte sich allenfalls verstehen lassen —, sondern gerade die wesentlichen Stellen, wo die deutsche Regierung als entschlossen dargestellt war, einerseits den Konflikt zu lokalisieren und anderseits sich jeder Mobilmachung ihrer Truppen zu enthalten und auf Oesterreich einzuwirken, daß dieses sich einer Gesamtmobilmachung enthalte.

Diese Person hat also nicht die Fälschung begangen, die darin bestände, ein Wort zu verändern; aber sie hat jene unendlich schwerere begangen, die darin besteht, den Sinn eines Zeugnisses zu fälschen, indem man einen wesentlichen Teil davon ausläßt. Das ist nicht die unbedachte Lüge eines Gassenbuben; das ist die Betrügerei eines Escobar.

Zusammenfassend ist meine Ansicht die, daß der Text, so wie ihn die „Bayerische Staatszeitung" veröffentlicht hat, eine der offenkundigsten und ruchlosesten Fälschungen der Geschichte ist."

In der Nachmittagssitzung vom Mittwoch verliest Prof. **Cossmann** zunächst mehrere Aeußerungen Eisners über seine Dokumenten-Veröffentlichung im Arbeiter- und Soldatenrat vom 28. und 30. November 1918. Z. B.: „Ich habe damit jedem, der lesen kann, jedem der ehrlich ist, bewiesen, wie eine verbrecherische Horde von Menschen den Krieg inszeniert hat, wie man ein Theaterstück inszeniert. Dieser Krieg ist nicht entstanden, er ist gemacht worden." Am 18. November 1918 sagte Eisner zum Arbeiterrat Neustadt a. H., die Entente werde sie nicht hungern lassen. Dagegen erklärte er auf einer Soldatenratstagung am 30. November 1918: „Ich war es, der durchgesetzt hat, daß zu Gunsten der Pfalz die weitestgehende Hilfeleistung organisiert wird."

In den von Eisner 1901 herausgegebenen Kulturglossen „Taggeist" heißt es: „Was schon seit dem Tage, da die Kaiserin Friedrich in Paris der gemeinen Beschimpfung einer pöbelhaften Boulevardpresse sich aussetzen mußte, dem Einsichtigen wider allen Wunsch klar sein mußte, hat der Züricher Kongreß aufs neue bekräftigt. Frankreich ist die eigentliche Gefahr für die Existenz Europas. Es ist russischer als Rußland. Der Zarismus beherrscht in Rußland nur die Regierung, in Frankreich das Volk. Am Chauvinismus Frankreichs wird der Fortschritt Europas scheitern. Möglich, daß einmal mit dem russischen Zarismus die Nihilisten fertig werden, das französische Russentum werden die Sozialisten schwerlich überwinden."

Ferner verliest Cossmann Aeußerungen Eisners, die beweisen, daß er bis an sein Lebensende der bayerischen Regierung keine doppelte Buchführung vorgeworfen hat:

Die „Frankfurter Zeitung" vom 22. November 1918 berichtet über eine Unterhaltung Eisners mit ausländischen Journalisten. Es heißt dort: „Seine persönliche Auffassung der Schuldfrage erörterte der Ministerpräsident freimütig in dem schon mehrfach wiedergegebenen Sinne, wobei er aber nicht verfehlte, die ganze Schwere der Verantwortung dem verhältnismäßig kleinen Kreise von Militärs und der am Kriege interessierten Schwerindustrie, sowie den Alldeutschen aufzubürden. Das deutsche Volk trage keine andere Schuld als

Digitized by Google

höchstens die, daß es sich stets als zu unpolitisch erwiesen habe. Aus seiner bisherigen Kenntnis der Dinge hat Eisner die Ueberzeugung gewonnen, daß in Bayern auch die leitenden Stellen vom Kriege völlig überrascht worden seien und keinesfalls die Mitverantwortung trügen. Auch Kronprinz Rupprecht hat den Krieg entschieden nicht gewollt."

In der „Bayerischen Staatszeitung" vom 27. November 1918 heißt es unter der Ueberschrift: Der Ministerpräsident im Berliner Vollzugsrat über Bayern: Die Archive, welche ich im Ministerium des Aeußern fand, sagte der Ministerpräsident, zeigen deutlich, daß Bayern an der preußischen Kriegspolitik unschuldig ist.

Weiter ist hervorzuheben, daß Eisner auch auf dem Sozialistenkongreß in Bern im Februar 1919 damals für ein selbständiges Bayern eingetreten ist.

Ferner verliest Cossmann Zeitungsäußerungen, die für die Mitwirkung Fechenbachs an der Fälschung von Interesse sind:

In der „M. Morgenpost" vom 28. Juli 1921 ist unter der Ueberschrift „Der große Betrug" eine längere Erklärung von Fechenbach enthalten, in der es u. a. heißt: „Wie sich der Vorgang (mit der Abfassung des Auszuges aus dem Schoenschen Bericht) abgespielt hat, ist bereits vor rund zwei Jahren im „Kampf" dargelegt worden. „Wir können authentisch mitteilen, daß nicht, wie man vielfach annimmt, die Umgebung Eisners die Kürzungen des Berichtes vorgenommen hat. Es war vielmehr Eisner selbst, der an der Hand des Originals den Bericht direkt in die Schreibmaschine diktierte. Dabei hat sich folgender Meinungsaustausch abgespielt: Die den Bericht nach Diktat niederschreibende Persönlichkeit sagte zu Eisner: Wäre es nicht besser, den Bericht gleich ganz zu bringen, worauf Eisner antwortete: Der ist ja viel zu lang, die Presse leidet sowieso an Papiernot."

Am 29. Juli 1921 schrieb Fechenbach in der „Morgenpost": „Im November 1918 auf einer Dienstreise nach Berlin begann Eisner die Durcharbeitung der Münchner Akten und in Berlin in den Räumen der bayerischen Gesandtschaft diktierte er mir jenen von Prof. Alex. v. Müller als Fälschung bezeichneten Bericht in die Maschine. Kurz nach Eisners Diktat erschien der Chefredakteur des „Berliner Tageblattes", Theodor Wolff, auf telephonischen Anruf Eisners und erklärte sich nach einer kurzen Unterredung bereit, den Gesandtschaftsbericht zu veröffentlichen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die nur auszugsweise Wiedergabe des Gesandtschaftsberichtes auf diese Unterredung zurückzuführen ist. Denn Kurt Eisner erklärte mir, nachdem Theodor Wolff weggegangen war, auf meine Frage, warum der Bericht nicht wörtlich veröffentlicht werde: Der ist ja viel zu lang, die Presse leidet ja sowieso an Papiernot. Meine eigene Tätigkeit beschränkte sich bei der Veröffentlichung lediglich auf die eines Stenotypisten. Es muß daher als Verleumdung zurückgewiesen werden, wenn man mich in einen anderen Zusammenhang mit der Veröffentlichung bringt." Hierzu hat nun Chefredakteur Th. Wolff eine Erklärung am 8. Aug. 1921 im „Berliner Tageblatt" erlassen, worin er bemerkt: „Als ich mich verabschiedete, nahm Eisner einige Blätter vom Tische, sagte, daß es Dokumente seien, die am nächsten Morgen durch die „Bayerische Staatszeitung" und das Amtliche Telegraphenbüro veröffentlicht werden würden — was dann auch geschah — und gab sie mir mit. Die Erklärung des Herrn Fechenbach, daß die Schriftstücke nach meinem Besuch zusammengestrichen worden seien, stimmt zu diesen Tatsachen nicht."

In der „M. Morgenpost" vom 21. Juli 1921 bringt Herr Fechenbach eine Erklärung in eigener Sache, in der es heißt: Wie sich der Vorgang abgespielt hat, ist vor 2 Jahren im „Kampf" vom 19. September 1919 dargelegt worden. Das ist urkundlich bewiesen, daß der Schoensche Bericht nicht gefälscht, sondern völlig sinngetreu gekürzt wurde und daß Kurt Eisner die Veröffentlichung ausdrücklich als einen Auszug bezeichnet hat, dem noch weitere Aktenstücke folgen sollen.

In seinen weiteren Ausführungen macht Professor Cossmann noch darauf aufmerksam, daß in der „Morgenpost" wie schon früher im „Kampf", von „einer Niederschreibenden" die Rede ist, der der Bericht diktiert worden sei, wonach also der gekürzte Bericht einer weiblichen Person diktiert worden wäre.

Prof. Cossmann verweist weiter auf eine Zeugenaussage des Herrn von Frauendorfer in dem Prozeß gegen den Metzger Lindner, der das Attentat auf Auer verübte. Herr v. Frauendorfer hat damals erklärt, er sei überzeugt, daß Eisner von Fechenbach unheilvoll beeinflußt wurde. So glaube er, daß Fechenbach der Oeffnung der Kuriermappe in Berlin wohl nahegestanden habe, wenn er sie nicht überhaupt veranlaßte. Derartige Sachen seien Fechenbach wohl zuzutrauen.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Herr v. Frauendorfer hat einmal eine etwas unangenehme persönliche Auseinandersetzung mit Fechenbach gehabt. Er hat dann seine bis dahin nicht so ungünstige Meinung über Fechenbach revidiert.

Prof. **Cossmann** fährt fort: Die französische Zeitung „Le Journal" veröffentlichte am 29. April 1919 unmittelbar vor den Verhandlungen des Versailler Schuldspruches einen großen Artikel mit der Ueberschrift: „Was Deutschland gefordert haben würde von uns, wenn seine Heere siegreich gewesen wären." Der Artikel setzt sich zusammen aus dem Memorandum von Erzberger mit seinen annexionistischen Kriegszielen und der Dechiffrierung einer Depesche vom bayerischen Gesandten beim Vatikan Ritter; hierzu wird bemerkt, daß dieses Material dem Verfasser des Verfassers, Herrn René Payot, von Herrn Fehrenbach, Privatsekretär von Eisner, übergeben worden sei. Die beiden Dokumente sind bei einer Haussuchung bei Fechenbach gefunden worden.

Digitized by Google

Fechenbach: Ich will nicht auf den Grund zu sprechen kommen, der Prof. Cossmann veranlaßt haben wird, diesen Artikel zu verlesen. Der Artikel hat schon in einem früheren Aktenprozeß, in dem ich freigesprochen wurde, in München eine Rolle gespielt. In dem Prozesse wurde die Sache aufgeklärt. Es hat sich ergeben, daß die in dem Artikel aufgestellte Behauptung unrichtig ist. Es wurde festgestellt, wieso diese Akten noch in meinem Verwahr gewesen sind. Damals war die bayerische Regierung während der Räteregierung nicht in München. Ich hatte also keine Gelegenheit, die Akten ihr zurückzugeben. Als die Regierung wieder nach München kam, war ich bereits wieder in Schutzhaft. Die Akten waren in meiner Mappe mit anderen Schriftstücken auf meinem Schreibtische gelegen. Ich hatte keinerlei Absicht, sie irgendwie verschwinden zu lassen. Das Telegramm des Frhrn. v. Ritter aus Rom wurde von Eisner in verschiedenen Fällen in Versammlungsreden, wie auch in Interviews mit Pressevertretern wiederholt verwendet. Die Tatsache, daß die Depesche nicht im Wortlaut wiedergegeben ist, sagt schon, wie die Sache zusammenhängt. Ich habe sie dem Vertreter des „Journal" nicht gegeben.

Vorsitzender: Wie kommt Herr Payot vom „Journal" dann dazu, von Ihnen zu sprechen?

Fechenbach: Ich habe es mir damals so erklärt, das Telegramm Ritters ist noch zu Lebzeiten Eisners wiederholt zitiert worden. Die Denkschrift Erzbergers wurde bereits in den ersten Tagen des April veröffentlicht. Nachdem Payot mit seiner Mitteilung hinten nachhinkte, wollte er der Sache ein Relief geben, indem er es so darstellte, als habe ich ihm die Depesche selbst gegeben. **Payot habe also die Unwahrheit gesagt.**

Prof. **Cossmann**: Wir haben festgestellt, daß Payot im April 1919 in München gewesen ist.

Fechenbach: Ich weiß nicht, daß der Herr in München war. Ich kenne ihn nicht persönlich. Das Telegramm von Ritter hat auch Gandorfer vom Bauernrat gekannt. Das war nichts irgendwie Geheimes. Der Berichterstatter wollte die Sache nur als neu erscheinen lassen.

Prof. **Cossmann**: Darf ich bitten zu fragen, ob Herr Fechenbach etwas dazu getan hat, um diese Sache zu berichtigen? Auch im „Journal des Debats" vom 30. April wird sein Name angeführt. Die Veröffentlichung ist durch die Weltpresse gegangen, hat besonders in Italien wegen der Stellungnahme des Papstes Aufsehen erregt und, wenn ich richtig unterrichtet bin, zu gewissen Verwicklungen geführt. Immer war die Quelle Herr Fechenbach.

Fechenbach erklärt, daß er die französische Presse nicht lese und deshalb von der Veröffentlichung keine Kenntnis gehabt. Ich habe das erstemal davon gehört bei dem Prozeß, in dem ich freigesprochen worden bin.

Vorsitzender verliest nunmehr das Urteil, in dem Fechenbach von der Anklage, durch Beseitigung öffentlicher Urkunden ein Vergehen gegen die öffentliche Ordnung begangen zu haben, freigesprochen worden ist, vor allem deshalb, weil ein Beweis von der Unrichtigkeit seiner Darstellung nicht erbracht wurde.

Hierauf wird kurz vor ¼5 Uhr nachmittags des 5. Verhandlungstages die Beweisaufnahme geschlossen und in die Plädoyers eingetreten.

Dr. **Löwenfeld** beschäftigt sich zunächst mit der Frage, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht: Wie ist es mit der Kriegsschuld, welches ist der Stand der Kriegsschuld und wie soll man die Kriegsschuldangelegenheit behandeln. Es gibt heute keinen Zweifel mehr in allen Parteilagern, daß der Krieg von 1914/18, ehedem als ein Jungbrunnen der Völker von Vielen gepriesen, ein verbrecherischer und selbstmörderischer Wahnsinn gewesen ist. Die Kriegsschuldfrage aber ist erst zu einer Bewegung geworden, seitdem durch das Schulddiktat von Versailles die Alleinschuld Deutschland aufgebürdet worden ist, selbstverständlich in einer wahnsinnigen, äußerst zynischen und allen Grundsätzen der primitivsten Gerechtigkeit ins Gesicht schlagenden Weise. Erst von diesem Zeitpunkt an hat die Oeffentlichkeit ein tiefer gehendes Interesse an dieser Frage genommen.

Die Ursache, daß die Kriegsschuldfrage nunmehr eine Frage von brennendstem allgemeinstem Interesse geworden ist, ist die, daß die Konstruktion des Friedens von Versailles gegenüber den bisherigen Friedensschlüssen etwas Neues ist. Während man es bisher als selbstverständlich angesehen hat, daß der Sieger seine Bedingungen diktierte nach dem Grundsatz „Wer die Macht hat, hat das Recht", so hat diesmal der Verband der siegreichen Staaten, wenn auch in einer äußerst primitiven und durch die Ausführung bis zur Unkenntlichkeit verzerrten Weise den Gedanken des Rechtsfriedens aufgebracht. Zum ersten Male wurde ausgesprochen, daß für den Frieden nicht die Frage entscheidend sei, wer Sieger oder Besiegter ist, sondern wer schuldig oder unschuldig ist. Dieser Gedanke muß auch der Ausgangspunkt bleiben, wenn man die Revision des Friedensvertrages durchsetzen will. Die Wiederaufnahme der Schuldfrage kann nicht auf Grund einseitiger Behauptungen oder Lügen erfolgen, sondern auf Grund der Tatsachen, die seit dem Friedensschluß festgestellt worden sind. Man muß die andern auf ihren selbst ausgesprochenen Grundsatz, daß nicht mehr Gewalt entscheidend sein soll, sondern das Recht, festlegen, man muß fordern, daß sie dem Rechte nicht nur mit dem Munde, sondern auch tatsächlich Geltung verschaffen.

Diese grundsätzlichen Erwägungen vorausgeschickt, darf man sagen, daß die Kriegsschuldfrage in den verschiedensten Ländern unter den verschiedensten Gesichtspunkten behandelt worden ist. Die Meinungen über den Haupt- und General-

Digitized by Google

grund, der den Krieg herbeigeführt hat, gehen weit auseinander. Sachverständiger Dr. Fischer ersieht in der russischen Mobilmachung, Geheimrat Delbrück in dem alten Gegensatz zwischen Rußland und Oesterreich, in den Balkanfragen, auf der Seite der Entente ersieht man weder in Oesterreich noch in Rußland den Kriegsschuldigen, sondern allein in Deutschland durch seine überflüssige Kriegserklärung an Rußland. Wieder andere halten den Weltkrieg mit dem Mord von Serajewo für unvermeidlich, wieder andere mit der Besprechung am 5. Juli in Potsdam, wo Deutschland Oesterreich die unbedingte Bündnistreue zusicherte, wieder andere mit dem Ultimatum Oesterreichs an Serbien usw. So viele Köpfe, so viele Meinungen gibt es in dieser Frage. Es gibt auch Leute, die die Kriegsursache hauptsächlich aus psychologischen Gründen erklären, wie es z. B. Prof. Karo getan hat. In der Frage, ob man den Krieg hätte lokalisieren können, herrschen unter den Sachverständigen ebenfalls große Meinungsverschiedenheiten. Man darf wohl das Eine sagen, jede dieser Ansichten mag richtig sein, aber keine ist es für sich allein. Bei diesem Tatsachenkomplex kann man nicht sagen, daß eine oder wenige Ursachen den Krieg herbeigeführt oder verhindert haben. Das entbindet jedoch die Mitwelt nicht, alle diese Tatsachen nach Möglichkeit im Auge zu behalten. Hier fehlt es Deutschland in bedauerlicher Weise. Die Aktenpublikationen über die Entstehungsursachen des Krieges sind keineswegs Gemeingut der Oeffentlichkeit. Man begnügt sich, sein politisches Urteil aus den Zeitungen zu erholen. Hierin ersehe ich eine der Hauptquellen des Krieges, aber nicht nur in Deutschland allein.

Dr. Löwenfeld kommt dann auf den Ausspruch Kurt Eisners, daß es die historische Schuld des deutschen Volkes gewesen sei, seine Regierung nicht früher beseitigt zu haben; er bezeichnet ihn als Phrase, denn eine derartige Beseitigung sei nicht nur eine Frage des Wollens, sondern auch der Macht.

Es ist unmöglich, daß die Frage der Kriegsschuld hier geklärt werden kann, es können nur Ausschnitte, die allerdings für die Belehrung und für das Neuwissen außerordentlich wertvoll sind, gebracht werden. Mein Mandant sträubt sich gegen solches neues Wissen ebenso wenig wie dies Kurt Eisner getan haben würde. Erörterungen, wie sie hier gepflogen wurden, können jedoch nie zur Einigung führen, wenn sie nicht von gemeinschaftlicher Basis ausgehen. Während Dr. Lepsius die Frage, ob der Deutschland vorgeworfene Militarismus wirklich existiert hat, verneint, bejaht Dr. Löwenfeld diese Frage und führt hiefür verschiedene Beispiele an, die Erziehung in der Schule, die gesellschaftliche und staatliche Organisation usw. Solange ein Staat die Idee ablehne, daß man Verwicklungen anders lösen könne, als durch Gewalt, sei er militaristisch.

Kurt Eisner sei bei der Beurteilung dieser Fragen ausgegangen von der Politik, die die sozialistische Internationale proklamiert hat und er ließ sich von den Grundsätzen leiten, die Karl Marx festgelegt hat. Der große Fehler, den Kurt Eisner begangen habe, sei der gewesen, daß er glaubte, daß, als ihm die politische Revolution gelungen ist, ihm auch die soziale Revolution gelungen sei. Eisner war ein Mann von fanatischer, religiös-pazifistischer Ueberzeugung. Als er nach dem Moment, da er seine Person und sein Leben in die Wagschale geworfen hatte, um diejenigen Personen, die nach seiner Ansicht für den Krieg verantwortlich waren, von den Spitzen in Deutschland zu beseitigen, gesehen hatte, daß ihm sein Werk, vielleicht zu seiner Ueberraschung, gelungen war, befand er sich in einem Rausch und glaubte, den sozialistischen Staat verwirklichen zu können. Er hat die Macht seiner Gegner unterschätzt. Diejenigen, die ihn mit Erfolg verhindert haben, seine Ideen zu verwirklichen, verdächtigen nunmehr seine Motive. Nach der Ansicht des Klagervertreters sind die Sachverständigen der Persönlichkeit Eisners nicht gerecht geworden. Seine eigene Meinung über Eisner habe der Prozeß nicht erschüttert.

In seinen weiteren Ausführungen bespricht der Klagevertreter die Grundfrage der Kriegsschuldfrage in praktischer Beziehung, die er also formuliert: War es möglich, war es zu erwarten, war es ein Wahn, war es ein Verbrechen oder war es sonst etwas, wenn jemand gehofft und gedacht hat, dieser Krieg könne lokalisiert werden auf Serbien und Oesterreich? Hier ist der Ausgangspunkt für den Schoenschen Bericht wie für die Fälschung.

Dr. Löwenfeld hält die Behauptung aufrecht, daß Graf Hertling den wesentlichen Inhalt des Ultimatums gekannt hat und zitiert eine Stelle aus den Hertling-Erinnerungen. Auch dessen Neffe, Legationsrat Brentano di Tremezzo, hätte als Zeuge darüber aussagen können. In seiner weiteren Darstellung bezeichnet er die Kriegserklärung Oesterreichs als einen Bluff, der nach Absicht der Oesterreicher der Gefahr einer Intervention dritter Mächte vorbeugen sollte. Ausführlich schildert er die Bemühungen des Deutschen Kaisers um die friedliche Beilegung des Konfliktes nach Eintreffen der serbischen Antwort. Es ist, fährt Dr. Löwenfeld fort, nach unserer Meinung so, daß Deutschland damals in den Krieg hineingestolpert ist. Man wollte Oesterreich die Gelegenheit zur sogenannten Lokalisierung des Krieges geben in Hoffnungen, die sich als Illusion erwiesen haben. Man hoffte, daß Rußland den Fürstenmord nicht billigen werde und hat die Mentalität der russischen Politik in der blutigsten Weise verkannt. Auf der anderen Seite hat man unbegreiflicherweise die Hoffnung gehabt, daß England im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich, Serbien, Rußland und Deutschland neutral bleiben könne, obwohl man schon 1912 sich im klaren war. Aus den Akten ergibt sich ferner, daß die Oesterreicher in der Schlamperei, die in diesem Staat klassisch gewesen ist, nicht

Digitized by Google

rechtzeitig dafür sorgten, dem dritten Bundesgenossen Italien das Gebiet anzubieten, das ihm nach Art. 7 des Dreibundvertrages zustand.

Das ist unsere Auffassung der Kriegsursachen. Ich verkenne dabei nicht, daß sie lückenhaft ist und sein muß, solange die Archive auf der anderen Seite nicht geöffnet werden. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß dieser Zeitpunkt nahe wäre.

Dr. Löwenfeld räumt ein, daß aktenmäßig ein Nachweis dafür, daß eine doppelte Buchführung bestand, nicht erbracht worden sei. Die Ansicht Eisners, daß im Ausland Wahrheit und Klarheit geherrscht habe, sei falsch gewesen. Aber auch andere Männer seien grimmigen Irrtümern ausgesetzt gewesen.

Zur Frage des Briefes des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling, der von mir hier vorgelegt wurde, möchte ich sagen, da verschiedentlich die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht besser gewesen wäre, diesen Brief nicht zu veröffentlichen, daß ich mich nicht bemüht habe, ihn zu bekommen und daß es mir lieber gewesen wäre, ich hätte diesen Brief nie gesehen. Aber vom Standpunkte der Wahrheit aus fühlte ich mich verpflichtet, davon Kenntnis zu geben.

Ich komme nun zu der Frage, ob und inwieweit Kurt Eisner dadurch, daß er als Ministerpräsident den Schoenschen Bericht publizierte, sich einer Unwahrhaftigkeit im ethischen Sinne und einer Fälschung im technischen Sinne schuldig gemacht hat.

Dr. Löwenfeld zeichnet dann aus persönlichen Erfahrungen ein sehr sympathisches Bild von Eisner. Er habe vor allem in einem Rausch der Begeisterung gelebt, als sein Unternehmen geglückt sei.

Von dieser Würdigung der Persönlichkeit Eisners geht der Vertreter des Klägers dann zu einer Beantwortung der Frage über, wie Eisner dazu gekommen sei, ein diplomatisches Aktenstück in dieser Weise zu kürzen. **Dr. Löwenfeld gibt seine Meinung dahin ab, daß im objektiven Sinne hier ein Falsum vorliege, d. h. daß Eisner aus der Urkunde etwas anderes gemacht habe, als sie objektiv enthielt.** Die Kürzung konnte bei verschiedenen Leuten verschieden verstanden werden. Bei Leuten, die von vornherein von der deutschen Kriegsschuld überzeugt waren, konnte es zweifelhaft sein, ob ihre Meinung durch die Veröffentlichung noch verstärkt wurde. Wer mit offenen Augen den Bericht las, mußte sehen, daß er gekürzt war. Auch auf Graf Montgelas hätten die Lichnowsky-Denkschrift und der Mühlonbrief einen starken Eindruck gemacht. In seinem Gutachten aber hat Graf Montgelas die technisch-militärischen Momente zweifellos in ihrer Bedeutung überschätzt.

Der Klagevertreter versucht dann darzutun, daß es nicht auf die Zeitpunkte der Mobilisierung angekommen ist, sondern auf die Zeitpunkte, da die Absicht der Mobilisierung bekannt geworden ist, und verweist dabei auf Kautsky, der auf dem Standpunkt steht, daß die Reihenfolge der Mobilisierung ein falsches Bild gegenüber den Tatsachen gebe. Die Nachricht, die am 24. Juli aus Schabatz in Oesterreich eintraf, daß Serbien mobilisiert habe, war eine Tatarennachricht, von der es noch nicht festgestellt ist, ob die Fälscher auf österreichischer oder auf serbischer Seite zu suchen sind. Tatsächlich ist die serbische Mobilisierung erst am 25., nachmittags 3 Uhr, angeordnet worden und die Meldung kam um 7.55 Uhr nach Wien, als in Oesterreich die Mobilisierung bereits im Gange war.

Bezüglich der Mobilisierung ist unterschieden worden zwischen defensiver und offensiver Mobilisierung, zwischen berechtigter und unberechtigter Mobilisierung. Bei allen diesen Dingen handelt es sich um ein Werturteil. Man kann die österreichische Mobilisierung als berechtigt ansehen, wenn man auf dem Standpunkte des Geheimrates Delbrück steht, daß Oesterreich Serbien wegen der großserbischen Bestrebungen züchtigen mußte. Man wird die russische Mobilisierung als unberechtigt bezeichnen, wenn man annimmt, daß sein Eintreten für Serbien nur Heuchelei, nur eine Lumperei war, um das Ziel, die Dardanellen zu verdecken. Die einen Forscher bezeichnen das großserbische Ideal als das treibende Moment, während die anderen Forscher erklären, daß die wirtschaftlichen Schikanen Oesterreichs gegenüber Serbien der Ausgangspunkt für die großserbische Bewegung waren. Wenn Graf Montgelas der Ansicht ist, daß Eisner nur aus Unkundigkeit zu seiner Meinung über die an Italien zu gewährende Kompensation gekommen ist, so ist damit nicht gesagt, daß Eisner etwas anderes gemeint hat, als eine Kompensation auf Grund des Art. 7 des Dreibundvertrages. Dr. Löwenfeld bemerkt, daß er mit Geheimrat Delbrück, der der Meinung ist, der ermordete Thronfolger sei den Slawen besonders freundlich gesinnt gewesen, sich kaum verständigen könne.

Dr. Löwenfeld kommt unter Anführung verschiedener Zeugenaussagen zu dem Resultat, daß Eisner sich im subjektiven Sinne keiner Fälschung schuldig gemacht habe. Eisner habe die Weglassungen gemacht, weil er glaubte, daß sie den wahren Sinn des Dokumentes, so wie er ihn sah, schärfer herausstellten.

Da der Vorwurf der Fälschung nicht erweislich wahr sei, müßten die Privatbeklagten bestraft werden. Der Schutz des § 193 stehe ihnen nicht zu. Die Gutgläubigkeit sei jedoch zu berücksichtigen. Für Dr. Adelmayer wäre die antisemitische Hetze straferschwerend.

Ich bin am Ende meines Plaidoyers angelangt und möchte nur noch sagen, wie von unserer Seite die Zukunftsentwicklung in der Kriegsschuldfrage angesehen wird. Das grundsätzlich Neue an diesem Kriege ist der Gedanke des Rechtsfriedens, etwas, was wir uns unbedingt zu eigen machen müssen, nur muß aus diesem scheinrechtlichen ein wahrer Rechtsfrieden werden. Dies ist nur durch

Digitized by Google

Wiederaufnahme des Verfahrens möglich. Eine Wiederaufnahme kann aber nicht erreicht werden dadurch, daß man einseitig auf die anderen losschlägt, sondern nur dadurch, daß wir systematisch alles das, was uns als neues Material zur Verfügung steht und was an Material bei Abschluß des Versailler Friedens schon da war, aber nicht berücksichtigt wurde, nicht nur der Entente, sondern der ganzen Welt immer wieder unter die Nase hält. Daß wir bereit sind, dazu mitzuwirken, ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Wir können uns freilich nicht zu berufsmäßigen Propagandisten der Kriegsschuld- oder Nichtkriegsschuldfrage machen, aber es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, daß jeder, der auf den Namen eines anständigen Menschen Anspruch machen will, diese Fragen vertritt, wo immer er kann. Ich glaube, es genügt, wenn ich sage, daß es an gutem Willen zum Umlernen nach dieser Richtung, soweit dies Umlernen überhaupt geboten erscheint, nie gefehlt hat. Ich darf am Schluß meiner Ausführungen feststellen, daß die Zeit, in der mein Klient gleich Kurt Eisner von Deutschlands Alleinschuld überzeugt war (ich selbst habe nie daran geglaubt), vorbei ist. Wenn wir aber eine Revision des Friedens erreichen wollen, so ist es, glaube ich, nicht der richtige Weg, wenn wir immer wieder betonen, daß das Staatswesen, in dem wir uns jetzt befinden, nur eine Ausbeutungsstelle von mehr oder weniger großen Schiebern und Verbrechern ist und daß wir uns zu den politischen Maximen von vor dem Kriege zurücksehnen. Dann wird man uns kaum glauben, daß wir gewillt sind, eine wirkliche Friedenspolitik zu treiben. Jeder, der will, daß das schöne Wort Goethes „Ein freies Volk regiert sich selbst" zur Wahrheit werde, der wird an seinem Platze dafür sorgen, daß diese Treibereien aufhören, damit die Frage der Kriegsschuld ein rasches und versöhnendes Ende finde.

Um ¾10 Uhr wird die Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Sechster Verhandlungstag

Donnerstag, den 4. Mai

Zu Beginn der Sitzung erhält sofort das Wort

R.A. Dr. Graf von Pestalozza

Meine Herren Richter! Die gestrigen Ausführungen des Vertreters des Privatklägers hielten sich sachlich ungefähr in der gleichen Linie, wie seine ganze Verhandlungsführung. Die Gegenseite hatte hier ein ganz bestimmtes taktisches Ziel im Auge. Das kam in den Schlußworten gestern nicht so zum Ausdruck und deshalb ist es umso notwendiger, mit Rücksicht auf die Klärung, die hier geschaffen werden muß, gerade auf diesen Punkt in erster Linie einzugehen. Herr Fechenbach erklärte, daß er sich durch den Artikel der „Süddeutschen Monatshefte" schwer beleidigt fühlte, weil man ihm hier den

Vorwurf der Fälschung

mache. Professor Cossmann erwidert darauf: Was ich sagte, ist lediglich die Behauptung, es sei mir mitgeteilt worden, daß Frau Eisner angebe, die Fälschung, von der der Aufsatz Professor Müllers spricht, sei nicht von Eisner, sondern von Fechenbach. Das ist eine Richtigstellung, eine Klarstellung der persönlichen Frage der Urheberschaft. Und nun kommt Herr Fechenbach und sagt, man werfe ihm vor, daß er eine Fälschung begangen habe. Zu Beginn des Prozesses sagte man, was Eisner tat, war nach keiner Richtung tadelnswert. Obwohl er also sagt, die Veröffentlichung kann in keiner Weise angegriffen werden, fühlt er sich doch beleidigt, wenn man ihm nachsagt, daß er es war, der die Veröffentlichung machte. Mir scheint hier ein gewisser Widerspruch zu klaffen, der durch den Hinweis allein, daß hier von einer Fälschung die Rede sei, nicht ausgeglichen werden kann. Der Sinn dieses Wortes wurde von den Sachverständigen verschieden ausgelegt, bald weiter, bald enger. Das Wort falsch kann bedeuten „unecht" und „unrichtig". Fälschen heißt somit etwas, was unecht ist, mit dem Schein des Echten versehen, ferner heißt es, etwas unrichtig machen Für uns kommt nur der zweite Sinn in Frage. Fälschung liegt also dann vor, wenn eine Urkunde unrichtig wiedergegeben wird. Die anderen Bedeutungen des Wortes, die noch daneben vorkommen, müssen nicht zwingend und ausschließlich auf den von Professor Cossmann gewählten Ausdruck angewendet werden. Die Veröffentlichung ist also unrichtig, sie enthielt sachlich Unrichtiges, weil sie den Bericht von Herrn v. Schoen in sachlich unrichtiger Form wiedergegeben hat. Das Interessante ist, daß sich Herr Fechenbach nicht so sehr über den Artikel des Herrn v. Müller entrüstet hat, als über die Anmerkung, die Professor Cossmann darunter setzte. Was ist das Motiv dafür, daß er Anlaß nahm, gegen Professor Cossmann vorzugehen? Lagen dem die Gründe, die er hier ausgesprochen, oder andere Beweggründe zugrunde? Würde es sich um die bloße Tatsache der Beleidigung handeln, so wäre eine einfache Richtigstellung genügend gewesen, um seinen Zweck zu erreichen. Herr Fechenbach hatte aber den Wunsch, einen Prozeß hier einzuleiten, weil er das Bestreben hatte, die sachlichen Fragen, die sich an diesen Streit anknüpfen, im Gerichtssaal aufzurollen und aus Anlaß dieses Prozesses das Material beizubringen, das im Laufe der vergangenen Monate in der Presse da und dort schon angedeutet wurde:

Die Behauptung der doppelten Buchführung.

Diese sei das eigentliche und letzte Ziel dieses Prozesses. Zu Beginn des Prozesses haben sich die Kläger glatt auf den Standpunkt gestellt, daß Eisner bei der Veröffentlichung vollkommen im Recht gewesen ist. R.-A. Dr. Löwenfeld sagte: „Der Grund für den Entschluß, diese Sache restlos zu vertreten, lag in der bei sorgfältigem Studium gewonnenen Ueberzeugung, daß in dem hier in Frage stehenden Gegenstand Kurt Eisner recht gehabt hat."

Digitized by Google

Weiter ist zur Charakterisierung der gegnerischen Taktik hervorzuheben: Als Dr. Löwenfeld seine große Ueberraschung produzierte und von dem Brief des Grafen Lerchenfeld hier öffentlich Kenntnis gab, lauteten seine Begleitworte, er greife diesen Anlaß auf, um zunächst in einem Punkte die Methode der doppelten Buchführung dadurch urkundlich unter Beweis zu stellen, daß er den zweiten Buchführungsbericht, den Ergänzungsbericht zum Bericht des Herrn v. Schoen verlese; in diesem werde von der bayerischen Gesandtschaft in Berlin der bayerischen Regierung die Anweisung erteilt, wie sie lügen könne und wie sie lügen solle. Er werde unter Beweis stellen, wie die bayerische Regierung sich dieses Auftrags (der Lüge) des Grafen Lerchenfeld entledigt habe. Gestern hat der Herr Gegenanwalt gesagt: Ich räume ein, daß ein aktenmäßiger Nachweis nicht erbracht worden ist. (R.-A. Dr. Löwenfeld: für ein System!) Wir haben hier einen Widerspruch, das sich auch durch Einschaltung von Worten nicht aus der Welt schaffen läßt.

4½ Stunden sei ein eleganter Tanz um den Kern der Sache aufgeführt worden. Zu Beginn des Gefechtes wurde von der Gegenseite als schwerstes Geschütz Freiherr von Eckardtstein und Fürst Lichnowsky aufgeführt, sie wurden dann aber nicht einmal benutzt.

Der Verteidiger wendet sich gegen die Taktik, weil seine Partei diesen Prozeß ohne einen anderen Zweck als den der Wahrheitserforschung geführt habe. Wir haben einen formellen Anhaltspunkt dafür gehabt, uns Sachverständige auszusuchen, weil in ganz Deutschland nicht sehr viele Männer sind, die überhaupt das Material vollständig überschauen. So war das nächstliegende, daß man sich an die Mitglieder der Viererkommission wandte. Wir haben uns an alle gewandt ohne Unterschied. Bereit, zu kommen, waren die Herren, die jetzt erschienen sind. Ich muß sagen, daß nicht bloß wir, die wir hier Parteivertreter sind, den Herren, die erschienen sind, dankbar sind, sondern daß ihnen für ihre Opfer an Zeit, Arbeit und Kraft ganz Deutschland dankbar sein muß und dankbar ist. Ohne die Mitwirkung von unanfechtbaren Sachverständigen wären wir niemals in der Lage gewesen, diesen Prozeß so zu führen, wie er hier geführt werden konnte. Wir haben alles getan, was vernünftigerweise und nach den Kräften einer Privatperson getan werden kann, um eine sachliche Klärung herbeizuführen. In der Verhandlung haben wir ebenfalls jede Taktik außer acht gelassen. Das ist der Ausgangspunkt, von dem aus der Prozeß zu beurteilen ist.

Graf Pestalozza erinnert an die eindrucksvollen Ausführungen des Geheimrates Delbrück und Frhr. v. Lersner und fährt fort: **Stellen Sie sich vor die große, schwere Last der Empfindung, die auf uns liegt bei dem Gedanken, daß wir ein zerbrochenes, zerschlagenes, ein gefesseltes, ein moralisch verurteiltes, verdammtes Volk sind. Stellen Sie sich diese ganze Belastung unseres Bewußtseins vor, dann haben Sie den Boden, von dem aus dieser Prozeß zu betrachten ist, von dem aus wir diesem Prozeß entgegengesehen haben. Unsere Augen haben sich gesehnt, diesen Fall zu sehen, erleben zu können. Unser ganzes Empfinden war darauf gespannt, daß wir diese Frage in diesem Prozeß beantworten könnten: Ist wirklich das, was Grundlage des Friedensschlusses gewesen ist, eine bewiesene und unerschütterliche Tatsache oder ist es doch möglich, daß wir wenigstens in einem Punkte eine Bresche in diese Mauer bohren? Ist es möglich, daß wir in einem Punkte den Beweis liefern, daß das, was Grundlage für das Verdikt war, unrichtig ist?** Das war es, was uns den Atem stocken ließ. Was war die Antwort? War es die Antwort, daß nun alles Material, das für oder gegen Deutschland spricht, so vor uns liegt, daß jeder einzelne in der Lage ist, sich ein Urteil zu bilden? Das ist nicht das Ergebnis; das Ergebnis ist ein viel beschränkteres. Hier spreche ich es ganz offen aus, was das einzige Ziel und die einzige Richtlinie für die von mir vertretenen Parteien war: wir wollten nicht mehr, als die Eisnersche Veröffentlichung zur erschöpfenden Behandlung bringen. Was darüber hinausgeht, ist in gewissem Sinne Spreu für den Prozeß, Spreu allerdings, die wertvolle Goldstückchen enthält, die außerhalb dieses Gerichtssaales zu verwerten sind. Wesentlich für uns ist die **erwiesene Tatsache, daß die Veröffentlichung als eine offiziöse Regierungsveröffentlichung verwertet wurde im Sinne eines Schuldbekenntnisses, eines Schuldbeweises von unseren Feinden und verwertet in ihren offiziellen Urkunden.** Dies ist der Ausgangspunkt und daran gibt es nichts zu drehen und nichts zu deuteln. **Weiter ist es eine Tatsache, daß diese Veröffentlichung zur Begründung herangezogen wurde für die Härte des Friedensschlusses.** Das sind zwei unumstößliche Fakten. Halten Sie es für nötig, daß ich wiederhole, was die Sachverständigen darüber gesagt haben? Ich würde den Eindruck der erschütternden Beweisführung nur abschwächen, wenn ich auf diesen Punkt auch nur mit einem Worte eingehen wollte. Tatsache ist somit, daß dieses Schuldbekenntnis als solches verwertet wurde und als solches gewirkt hat. Nun handelt es sich um die Frage: War dieses Schuldbekenntnis ein authentisches, war es auf Grund einer Urkunde abgegeben, die derartig veröffentlicht wurde, daß man ihre Richtigkeit annehmen mußte? Damit komme ich auf die Frage der Fälschung. Auch da halte ich mich nicht auf. Es gibt Dinge, die so klar sind, daß sie durch eine Erklärung nur unklar gemacht werden können. Für mich kommt es bei dieser Frage gar nicht auf die Ausführungen der Sachverständigen an; das ist eine Frage, die jeder einzelne ohne weiteres klar für sich beantworten kann, wenn er die beiden Fassungen, den gekürzten und den ungekürzten Bericht, vor sich hat. Wir müssen uns halten an die objektive Betrachtung der Urkunde und

Digitized by Google

daraus allein müssen wir Schlüsse ziehen und wir sagen, es war

eine absichtliche und bewußte Fälschung.

Was ist mit dieser Erkenntnis gewonnen? Unendlich viel, ein Beweis, an dem sich nicht rütteln und deuteln läßt, aus dem klar hervorgeht, daß das Versailler Diktat, das sich stützt auf den Lerchenfeldschen Bericht, sich in Wirklichkeit auf ein gefälschtes Zeugnis stützt. Diese Tatsache bitte ich zu beachten in ihrer ganzen Tragweite. Wenn einer dieser Quadersteine aus unserem moralischen Gefängnis herausgebrochen werden konnte, dann ist vieles gewonnen. Die Personen, die hier in Frage kommen, sind Nullen, angehängt an die letzten Stellen eines unendlich großen Dezimalbruches, und könnten geradesogut weggelassen werden. Herr Fechenbach ist nichts anderes als irgend ein Schnörkel an einer Urkunde, aber diese Urkunde ist die Hauptsache. Wer kann sich nun mehr freuen, als derjenige, der bisher an die Richtigkeit dieser Schulddokumente fest glaubte? Der Freund der Wahrheit, der bisher auf dem Standpunkt stand, daß Deutschland schuld am Kriege sei und dessen Ansicht durch dieses Dokument begründet wurde, kann nunmehr sagen: Ich fühle mich befreit von der Last dieses Bewußtseins und fühle mich darüber als Deutscher froh. Die Gegenseite hat nach ihrer Angabe an die Richtigkeit des Eisnerschen Vorgehens geglaubt, und was wir vermissen, ist der Ausdruck dieser Freude — und das ist das Tragische an diesem Prozesse, daß zwei streitende Parteien, sachlich scheinbar zu einer Einigung kommen, sich aber in Wirklichkeit gegenseitig doch nicht verstehen.

Zuletzt muß ich noch über die Stellungnahme des Gerichts zum Strafantrag der Gegenseite sprechen. Daß eine Fälschung vorliegt, ist bewiesen. Daß man sie so bezeichnen darf und muß, steht außer Zweifel. Die Gegenseite beklagt sich, daß man sagt, diese Fälschung stamme von Herrn Fechenbach. Nun, wenn Herr Fechenbach uns bei der Wahrheitsermittlung recht energisch an die Hand gegangen wäre, dann hätte noch manches Licht in diese Angelegenheit gebracht werden können. Sie wissen, daß, als Eisner das fragliche Dokument auf der Fahrt nach Berlin mitnahm, er von Herrn Fechenbach begleitet wurde; vielleicht war er nicht der einzige Begleiter. Sie wissen, daß bei dem Diktat in den Berliner Gesandtschaftsräumen Herr Muckle dabei war, Sie wissen dies aber nicht von Herrn Fechenbach, sondern von Herrn Muckle selbst, der sich aber im übrigen an nichts erinnert. Fechenbach hat diese Nichterinnerung rein taktisch an sich vorbeigehen lassen. Ist es nicht eine auffallende Erscheinung, daß in der Presse des Herrn Eisner die Person, die das Diktat abnahm, zu verschiedenen weit auseinanderliegenden Zeiträumen als weibliche Person bezeichnet wurde. Man hat Herrn Fechenbach hier wohl einen Rock anziehen wollen. Es heißt, daß Herr Eisner eigentlich sehr selbstherrlich war und sich bei der Veröffentlichung sicher nichts hat dreinreden lassen. Aber Herr Fechenbach ist ja auch gerade keine schüchterne Person. Nach seiner eigenen Angabe hat er Eisner gefragt, ob man nicht das ganze Schriftstück veröffentlichen solle. Wie kann Herr Fechenbach dies gesagt haben, ohne vorher genauere Kenntnis von dem Schriftstück gehabt zu haben? Wie kommt es, daß Herr Fechenbach, der zugegeben hat, daß er das Schriftstück in der Hand Eisners gesehen hat, uns gegenüber immer so tat, als ob es sich um eine handschriftliche Abschrift des Schoenschen Berichtes gehandelt habe, wobei er ja sogar die Möglichkeit betonte, daß die Unterschrift „Sch" mit „Lch" verwechselt hätte werden können. Der Beweis hat denn doch ergeben, daß die Urkunde mit Schreibmaschine geschrieben war. Stellen Sie sich vor, ob hier eine Erinnerungstäuschung möglich ist. Herr Fechenbach ist, wenn ich mich juristisch so ausdrücken darf, mindestens als Mittäter oder Gehilfe oder Beteiligter zu betrachten.

Wie nun, wenn das Gericht sich auf den Standpunkt stellt, daß eine Fälschung vorliegt, aber es konnte nicht bewiesen werden, daß Herr Fechenbach diese Fälschung begangen hat; muß dann Verurteilung oder Freispruch der Privatbeklagten erfolgen? Diese Frage ist in gewissem Sinne eine trockene, rein juristische Angelegenheit, sie ist jedoch darüber hinaus, **im allgemeinsten Interesse von Wichtigkeit. Wenn wir ein Gesetz hätten, das es dem Publizisten nicht möglich macht, objektiv über Dinge zu berichten, die die ganze Nation betreffen, ohne daß er juristisch für eine Beleidigung bestraft werden könnte, dann wäre dieses Gesetz eine unerträgliche Fessel, ein unerträgliches Hemmnis.** Stellen Sie sich vor, was Herr Prof. Cossmann ausgesagt hat über die Motive seiner Veröffentlichung: er hielt sich verpflichtet, sobald er erfahren hatte, daß nicht Eisner die Fälschung begangen habe, sondern Fechenbach, davon Kenntnis zu geben. Wie hat Herr Prof. von Müller ausgesagt? „Das sieht diesem Manne gleich." Er glaubt es der Ehre des Verstorbenen schuldig zu sein, zu berichten, daß nicht der Verstorbene, sondern Fechenbach der Fälscher gewesen sei, rein im Interesse der Wahrheit, obwohl dadurch der Artikel des Prof. von Müller in seiner Wirkung abgeschächt wurde. Es ist noch zu untersuchen, ob das, was in der Anmerkung Prof. Cossmanns gesagt ist, überhaupt eine Beleidigung Fechenbachs darstellt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man bei objektivem Lesen dieser Anmerkung zu dem Eindruck kommen konnte, Prof. Cossmann habe etwas anderes gewollt, als die historische Wahrheit festzustellen und jemand zu beleidigen. Diese Anmerkung ist nicht etwa in der Absicht hingesetzt, Herrn Fechenbach zu beleidigen.

Die Angelegenheit des Lerchenfeldbriefes bedürfe noch einiger Aufklärung. So sei es erklärlich, wenn eine gewisse Art Mißtrauen übrig bleibt. Er hätte gerne nicht bloß die gewundene Erklärung gehört, die die Gegenseite dem Grafen Montgelas gab, sondern die offene Er-

Digitized by Google

klärung: Wie stelle ich mich zu dem Ergebnis, das dieser Prozeß für unser Vaterland haben wird und haben muß.

Rechtsanwalt Dr. Warmuth

M. H.! Durch eine raffinierte Riesenpropaganda hat die Entente schon während des Krieges den Mittelmächten und hauptsächlich Deutschland die alleinige Schuld für den Ausbruch des Weltkrieges zugeschoben. Deutschland soll den Weltkrieg planmäßig herbeigeführt haben zur Verwirklichung seiner imperialistischen Machtpläne. Diese Riesenpropaganda hatte leider nur zu guten Erfolg. Die ganze Welt ist mit Haß gegen Deutschland angefüllt worden, die Entente hat in dem sog. Versailler Friedensvertrag die Folgerung gezogen aus dieser der ganzen Welt eingehämmerten Schuldlüge. Der **ungeheuer sadistisch ausgeklügelte Strafmechanismus des Versailler Friedensvertrages ist aufgebaut auf dem Lügenfundament der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands am Weltkrieg.** Durch die ultimativ abgepreßte Unterschrift Deutschlands unter den Friedensvertrag ist auch abgepreßt worden das Bekenntnis Deutschlands zur alleinigen Schuld am Kriege unter dem Titel der Wahrheit und Gerechtigkeit. Ganz Deutschland ist belastet mit den Sklavenketten des Versailler Friedensvertrages. Diese Last drückt umso schmerzlicher, als es Deutsche waren, die der Entente eifrig für die Schuldlüge Handlangerdienste geleistet haben. **Deutschland kann nie und nimmer das Schuldurteil des Versailler Friedensvertrages als eine unabänderliche res judicata anerkennen.** Das Verfahren muß wieder aufgenommen werden, durch den ungeheuer aufgetürmten Grund der Lüge muß ein Weg für die Wahrheit gebahnt werden. **Die Erforschung der Schuldfrage ist für Deutschland vor allem eine Frage der nationalen Ehre.** Leider macht diese Erforschung wenigstens im Auslande nur ganz langsame Fortschritte, aber die Wahrheit kann und muß ans Ziel kommen.

Zur Entstehung der Eisnerschen Publikation führte Dr. Warmuth aus: Eisner erblickte früher in der französischen Revanchelust und in dem Expansionstrieb Rußlands die drohendste Gefahr. Zu Beginn des Krieges war er der Ueberzeugung, daß Rußland den Weltkrieg entfesselt hat. Er hat eifrig in der sozialdem. Partei sich für die Bewilligung der Kriegskredite eingesetzt. Eisner hat im Laufe des Krieges seine Ueberzeugung dahin geändert, daß der Weltkrieg verbrecherisch in Berlin inszeniert worden ist.

Alle politischen Aktionen, die Eisner, nachdem er zur Macht gelangt war, inszeniert hat, erwiesen sich als Illusionen. Der amerikanische Pazifist Herron und Prof. Foerster nährten die Illusionen Eisners Foerster stand bis 1916 auf dem Standpunkt, daß die preußische militaristische Denkart nur die Reaktion sei auf den überspannten Militarismus und Imperialismus der Gegenseite; seit 1916 erblickte er in der preußischen Denkart, in dem sog. deutschen Schwertgeist, die Quelle allen Unheils. Am 17. November 1918 hatte Herron dem Ministerpräsidenten ein volles, offenes Bekenntnis für die deutsche Schuld am Kriege, für die Untaten der Regierung bei Beginn des Krieges und während der Kriegführung nahegelegt mit der Begründung, eine solche Handlung sei von entscheidender Bedeutung. Eisner hat Dr. Muckle zum bayerischen Gesandten in Berlin gemacht und Dr. Muckle hat mit Maximilian Harden in Berlin kooperiert. Es wäre verwunderlich, wenn nicht auch Harden mit von der Partie wäre. Harden war früher schärfster Annexionist; jetzt ist er der schärfste Ankläger der alten deutschen Regierung. Dr. Muckle hielt es für nötig, die sinkende Flamme des revolutionären Geistes wieder neu zu beleben und hielt dafür die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, die sofortige Verhaftung der Schuldigen und die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes für geeignet. Das war für Eisner Wasser auf die Mühle und er hat sofort bei der Reichsregierung die Veröffentlichung der Urkunden über den Ausbruch des Krieges beantragen lassen. Er wartete aber nicht die Verbescheidung seines Antrages ab, sondern veranlaßte schon am 23. November seine eigene Publikation. Er hat im Ministerium des Aeußern nach Belastungsmaterial gesucht und entdeckt, daß einige Gesandtschaftsberichte aus der Zeit vor dem Kriegsausbruch nicht mehr vorhanden waren. Staatsrat v. Lößl hat angegeben, daß er nach Ausbruch der Revolution mehrere Gesandtschaftsberichte nach Rücksprache mit einem Referenten beseitigt hat. Diese Feststellung war als Sensation gedacht, der Zweck dieser Sensation ist aber daneben gelungen. Staatsrat v. Lößl wollte verhüten, daß diese Dokumente, die besonders vertraulich waren, in die Hände der Revolutionäre fallen und daß damit Unfug getrieben wird. Wie sehr diese Befürchtungen berechtigt waren, haben die Ereignisse bewiesen.

Dr. Warmuth bejaht die Frage, ob eine absichtliche Fälschung vorliegt und führt dafür einige besonders in die Augend springende Argumente an. Dr. Löwenfeld habe mit starker persönlicher Betonung ein Bekenntnis zu Eisner abgelegt und ein glänzendes Bild von ihm gezeichnet. In diesem Bild gibt es aber auch einige Flecken. Zu dem Gesagten möchte ich nur noch darauf hinweisen: Professor Foerster hat erklärt, daß Eisner sich von wechselnden Stimmungen und Strömungen zu zweideutigen Reden und Auftreten habe bestimmen lassen. Der Zeuge Graf Soden hat angegeben, Eisner habe in Berlin am 23. November in der bayerischen Gesandtschaft gesagt, er habe via Foerster Verbindung mit Clemencau. Das war nicht wahr und Eisner mußte wissen, daß das nicht wahr war. Clemenceau hat jede Verbindung mit Eisner auf das entschiedenste in einer Form dementiert, daß ein Zweifel gar nicht möglich ist. Die Behauptung Eisners ist daher eine glatte Lüge. Eisner erklärte auch einmal, das Ausland habe

Digitized by Google

bergehohe Akten veröffentlicht, Deutschland aber nichts. Dr. Löwenfeld meinte, das sei ein „Bon-mot". Was Eisner hier behauptete, ist aber wieder eine glatte Lüge. Weiter sagte Eisner, die Aktenveröffentlichung habe für Deutschland günstig gewirkt. Dafür habe er bergehohes Beweismaterial. Auch das ist eine neue Lüge.

Der Verteidiger geht auf die Anklage gegen seine Mandanten Dr. Adlmaier und Hauptschriftleiter Osterhuber ein. Dr. Adlmaier hat die Eisnersche Aktenpublikation für ein schweres Verbrechen am deutschen Volke gehalten. Die Verurteilung dieses Verbrechens in dem Artikel des „Bayer. Vaterland" ist sachlich gerechtfertigt, leider in der Form daneben geraten. Der Artikel ist eine Explosion sachlich gerechtfertigter Empörung in echt bajuwarischer Form. Dr. Adlmaier und Osterhuber haben die Mitteilung des Prof. Cossmann für richtig gehalten, sie haben das mit gutem Grund getan, denn die absolute Zuverlässigkeit des Prof. Cossmann ist zweifelsfrei. Die Presse war berechtigt und verpflichtet, die Kritik Dr. v. Müllers an der Eisnerschen Aktenpublikation zu übernehmen und zu verbreiten. Sie war aber auch berechtigt und verpflichtet, die beigefügte Bemerkung des Prof. Cossmann im Interesse der historischen Wahrheit mit zu übernehmen und mit zu verbreiten. Ich reklamiere für die Presse kein besonderes Privileg. Ich weiß, daß der verantwortliche Schriftleiter nur in demselben Umfang und unter denselben Voraussetzungen wie jeder Privatmann den Schutz des § 193 des St.G.B. beanspruchen kann. Der § 193 findet nur dann Anwendung, wenn ein eigenes persönliches Interesse vertreten oder wahrgenommen wird. Es kann aber in einem Interesse der Allgemeinheit ein eigenes, persönliches Interesse von solcher Erheblichkeit liegen, daß der § 193 Anwendung finden kann und muß. Diese Voraussetzungen sind hier in ganz eklatanter Weise gegeben. Die Schuldanklage gegen Deutschland ist das Fundament des Versailler Vertrages; die Möglichkeit einer Revision des Vertrages ist nur denkbar, wenn das Schuldfundament erschüttert wird. Und dieses Schuldfundament muß erschüttert werden, wenn nachgewiesen wird, daß ein Quader dieses Fundaments auf einer Fälschung beruht. Nur auf diesem Wege ist eine Revision möglich, und auf diesem Wege muß eine Revision des Diktats angestrebt werden. **Die Revision des Vertrages liegt nicht nur im Interesse der Allgemeinheit des deutschen Volkes, sondern im persönlichen Interesse jedes einzelnen Deutschen.** Ich beantrage die Freisprechung des Beklagten Osterhuber, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat und weil der von ihm zu vertretene Artikel die zulässige Grenze nicht überschritten hat. Dr. Adlmaier hat die zulässige Grenze überschritten; für ihn bitte ich um die Beurteilung, auf die er nach den gegebenen Umständen Anspruch hat.

Rechtsanwalt Dr. Pfaum

ergreift als letzter der Verteidiger das Wort. Er beginnt, um zu beweisen, wie unbelehrbar von Anfang an der Standpunkt der linkssozialistischen Presse war und noch ist, seine Ausführungen mit der Verlesung einiger Stimmen aus dieser Presse über den Prozeß.

Der Vertreter des Privatklägers hat uns seine Ansicht über Eisner ausgesprochen. Darüber sind wir uns alle einig, daß Eisner ein Phantast war. Nur ein Phantast konnte in einer Versammlung im „Deutschen Theater" vorschlagen, eine Kommission nach Rußland zu entsenden, um den Bolschewismus zu studieren, nur ein Phantast konnte im Hoftheater zu der Jugend sagen: Ihr braucht euren Eltern nicht mehr zu folgen, wählt Schülerräte und tut, was ihr wollt. Und wenn ein Phantast wie Eisner die Zügel der Regierung in die Hand nimmt, dann wird er eine Gefahr für das Volk. Ein Mann, der in ständiger Fühlungnahme mit Clemenceau steht, ein Mann, der glaubte, durch ein offenes Schuldbekenntnis für Deutschland einen guten Frieden zu erzielen, ein Mann, der Clemenceau, Wilson und Lloyd George für die größten Idealisten hielt, die nicht daran dächten, Deutschland zu vernichten, das ist ein Narr und da soll mir ein Teufel das Gegenteil sagen! Dieser Phantast hat aber auch im Drang der Geschäfte manchmal das Gegenteil von dem gesagt, was war war. Er hat z. B. behauptet, durch Prof. Förster in engster Fühlung mit Clemenceau zu stehen. Nun liegt uns aber ein Bericht der „Voss. Zeitung" vom 3. Mai 1922 vor. Prof. Förster ersuchte die „Vossische Zeitung" um Abdruck folgender Erklärung:

„Im Verlaufe der Verhandlungen des Prozesses Fechenbach in München wurden Aufzeichnungen des Grafen Soden von der bayerischen Gesandtschaft in Berlin wiedergegeben, wonach Eisner dem Grafen Soden gesagt habe, daß er durch mich in ständiger Beziehung zu Clemenceau stehe. Hier liegt ein Irrtum oder ein Mißverständnis vor. Ich habe niemals irgend eine Fühlung mit Clemenceau gehabt. Wohl kannte ich seit längerem einen französischen Privatmann, der das Vertrauen Clemenceaus besaß und auf dessen Berichte über deutsche Verhältnisse Clemenceau großen Wert legte. Dieser Herr suchte mich nach dem Waffenstillstand auf, behauptete, die sogenannte deutsche Revolution sei nur eine Fassade, und befragte mich über die Aussichten der Demokratie in Deutschland, niemals aber hat er mir irgend einen Auftrag oder eine Anregung von Clemenceau übermittelt, noch habe ich ihm einen Auftrag oder eine Anfrage von Eisner an Clemenceau auszurichten gehabt. Ich habe auch gar nicht den Glauben gehabt, daß Bayern eine Sonderaktion mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg betreiben könne. Ich hielt eine solche Aktion auch gar nicht für wünschenswert. Darauf antwortete ich Eisner auf das erste Telegramm, in

Digitized by Google

dem er mich ersuchte, die bayerische Gesandtschaft in Bern zu übernehmen: Ich gebe zur Erwägung, ob es nicht besser sei, auf eine bayerische Sondervertretung im Ausland zu verzichten, da alles darauf ankäme, daß das Deutsche Reich jetzt nach außen hin einheitlich auftrete.

Es ist bei dieser Gelegenheit trotz all meiner immer wiederholten Dementi von einem gewissen Teil der deutschen Presse doch von neuem so hingestellt worden, als sei Eisner Publikation auf meinen Rat hin erfolgt. In Wirklichkeit habe ich von dieser Publikation erst durch die Zeitungen Kenntnis erhalten. Mein Rat ging dahin, das deutsche Volk endlich über die Vorgeschichte des Krieges aufzuklären, also in dem Sinne, wie es nachher durch die Publikationen des Auswärtigen Amtes in Berlin eingeleitet worden ist. Aus dem Zusammenhang gerissene Einzelpublikationen würde ich niemals angeraten haben.

Ich darf wohl darauf rechnen, daß diejenigen Zeitungen, die irrtümliche Berichte über meine Rolle gebracht haben, von den vorstehenden Richtigstellungen Notiz nehmen. Wer wie ich aus seiner wirklichen Ansicht nie ein Hehl gemacht hat, der darf wohl fordern, daß ihm jetzt nicht aufs neue Dinge unterschoben werden, für die er nicht verantwortlich ist, oder die den wirklichen Tatsachen nicht entsprechen."

Diese Berichtigung des Herrn Prof. Dr. Förster brachte gestern die „Vossische Zeitung".

Lichnowsky habe in einem Briefe an den Reichskanzler vom 15. März 1918 selbst zugegeben, daß er seine Aufzeichnungen als private Aufzeichnungen ohne Aktenmaterial, ohne Notizen aus dem Gedächtnis niederschrieb.

Die Lichnowsky-Broschüre hat eine scharfe Kritik und Widerlegung erfahren durch den mehrheitssozialistischen Abg. Alwin Saenger, der in einer Schrift „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege", die er als Nachtrag eines deutschen Sozialdemokraten zu Lichnowskys Broschüre bezeichnet, sagt: „Gemessen an der englischen Bündnispolitik und Greys Spiel in den Julitagen 1914, gemessen an der französischen Hingabe für den Zarismus und dem schamlosen, nackten, brutalen Kriegswillen der militärischen Kamarilla des Herrschers aller Reußen ist Deutschlands Schild rein."

Alle Sachverständigen sind sich darüber einig: Mögen auch noch so viele Dummheiten und Unrichtigkeiten in der deutschen Politik im Laufe der Jahre vorgekommen sein, die deutsche Politik war niemals eine aggressive, sie war immer eine defensive und friedliche. Sie hat eine Reihe von Kriegsgelegenheiten versäumt. In diesen eidlichen Bekundungen der berufensten Männer sehe ich die große Bedeutung dieses Prozesses.

Zur Frage, ob der Kläger die Fälschung begangen hat, kann ich mich nach den Ausführungen der beiden Vorredner kurz fassen. Herr v. Weber konnte wegen Krankheit nicht erscheinen, er erinnert sich auch an die Vorgänge nicht mehr. Der Zeuge Preetorius hat aber zugegeben, daß der Name Fechenbach von Seite des Herrn v. Weber gefallen ist. Sie haben gehört, daß Prof. Cossmann nicht beleidigen, sondern nur eine publizistische Pflicht erfüllen wollte, indem er sagte, was ihm berichtet wurde. Wir haben von Herrn Dr. v. Müller gehört, daß er niemanden kennt, der rückhaltloser die Wahrheit liebt als Prof. Cossmann. Ich kenne Professor Cossmann seit vielen Jahren und bin mit ihm durch Freundschaft verbunden. Ich kann nur bestätigen, was Prof. v. Müller sagte. Ich habe Zeit meines Lebens von Herrn Prof. Cossmann niemals ein unwahres Wort gehört und ich meine, wir Menschen müssen wissen, was das im Leben und Verkehr bedeutet. Ich kenne keinen Menschen, der von einer glühenderen, selbstloseren Vaterlandsliebe erfüllt wäre, wie Prof. Cossmann, der sein ganzes Leben, seinen ganzen Beruf, sein ganzes Sein auf die Aufgabe eingestellt hat: Wie kann ich Deutschland aus seiner schwersten Not befreien helfen, wie kann ich mitwirken, daß Deutschland wieder erträglichen und besseren Zeiten zugeführt wird. Dieser Mann hat eine Beleidigung Fechenbachs ganz gewiß nicht in seinem Vorsatz gehabt. Nicht er und nicht die anderen Herren, die Prof. Cossmann mit Recht als einen der angesehensten Publizisten in Deutschland halten und die mit Recht der Meinung sind, daß eine solche Frage, die so wichtig ist für Deutschland, unter keinen Umständen verschwiegen werden darf. Sie alle hatten gewiß nicht den Vorsatz, den Kläger zu beleidigen, und selbst wenn eine Beleidigung ausgesprochen worden wäre, so meine ich, daß gerade diese Herren auf den Schutz des § 193 den unbedingten Anspruch haben.

Ich verweise auf einen gleichgelagerten Fall, den „Matin"-Prozeß, in dem auch ein Redakteur der „M. N. N." Beklagter war. Ich bitte Sie, wenn Sie nicht schon meiner Ausführung folgen sollten, daß der Vorsatz der Beleidigung nicht vorgelegen hat, unter allen Umständen den § 193 als anwendbar anzunehmen.

*

Aus den nochmaligen Ausführungen der Anwälte Dr. Löwenfeld und Graf Pestalozza entnehmen wir nur noch die Verlesung einer Stelle aus der „Freiheit" Nr. 203 zum Thema Lerchenfelbrief. Es heißt dort: „Von Interesse dürfte noch sein, daß die Berliner Stellen dem Grafen Hertling auf telephonischem Wege über die Berliner Gesandtschaft einen Passus gestrichen haben — es handelt sich um die Berichtigung für die „Staatszeitung" — weil er gar zu plump war. Diese Stelle lautete: „Wenn Staatsminister Graf Hertling am 23. Juli mit dem französischen Geschäftsträger eine Unterhaltung führte, was sich nicht mehr ermitteln läßt, so ist es wahrscheinlich, daß auch das Gespräch auf die zu erwartende österreichische Demarche kam, die schon im voraus von der Presse eifrig besprochen wurde. Und mag auch der damaligen politischen Lage entsprechend die Lage als eine ernste bezeichnet worden sein,

Digitized by Google

ganz ausgeschlossen aber ist, daß Graf Hertling bei dieser Gelegenheit gesagt hätte, das Ultimatum oder die Hauptzüge der österreichischen Forderungen seien ihm bekannt. Das wäre das Gegenteil der Wahrheit gewesen."

Erklärung des Privatklägers

Herr **Fechenbach** bemerkt, daß er mit dem Anwalt der Gegenpartei in der Auffassung übereinstimme, daß in diesem Prozeß die Person in den Hintergrund trete. Es sei ein Prozeß, bei dem es um mehr geht. Seine Auffassung, daß

die Alleinschuld Deutschlands eine Lüge

sei, daß aber eine ebenso große Lüge die Unschuld Deutschlands sei, sei nicht das Ergebnis dieses Prozesses, sondern er sei zu dieser Auffassung schon viel früher gekommen. Er habe in seinen ersten Darlegungen lediglich die Beweggründe besprochen, die Kurt Eisner zu der Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands geführt haben. Die deutsche Politik habe bewußt oder unbewußt Fehler begangen, die dem Ausland zum mindesten den Vorwand gaben zur Behauptung, daß man in Deutschland seit Jahrzehnten den Krieg vorbereitet habe. Die Geschichte lasse sich erst nach Jahrzehnten und Jahrhunderten vielleicht in ihren letzten Ursachen und Auswirkungen ergründen. Wir stünden heute den Ereignissen noch zu nahe, um ein letztes, endgültiges, abschließendes Urteil zu fällen. Wir könnten aber mit dazu beitragen, daß die Wahrheit über die Geschehnisse der letzten Jahre möglichst bald bekannt werde. Jedenfalls habe das Volk ein gewisses Anrecht darauf zu erfahren, wieweit seine Verantwortlichen mitschuldig gewesen seien an der Katastrophe.

Der Privatkläger setzt dann auseinander, daß man in Deutschland nur die Verantwortlichkeit der deutschen Staatsmänner, in Frankreich nur die Verantwortlichkeit der französischen Staatsmänner usw. feststellen könne. Er bezeichnet es als Aufgabe der Sozialisten dieser Länder, diese Feststellungen zu treffen. Was dabei herauskommen werde, wüßten wir heute noch nicht. Das müsse eben der Geschichte überlassen bleiben. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt sich Fechenbach mit Eisner und meint, Eisner sei in dem Prozesse wiederholt in sehr heftiger Weise angegriffen worden und es seien ihm Motive unterstellt worden, die er nie gehabt habe. Man werde es verstehen, wenn gerade er das Bedürfnis habe, sich dagegen zu wehren. Man habe Eisner einen Verbrecher, einen Narren genannt. Eisner habe einmal gesagt, man könne nur dann Großes leisten, wenn man von einer Idee besessen ist. Wenn die Besessenheit von einer Idee, für eine neue Weltordnung zu kämpfen, eine Narrheit sein soll, dann war es eine Narrheit Eisners. Eisner habe eine Unterscheidung treffen wollen zwischen den Verantwortlichen des alten Regimes und dem deutschen Volke, das diese Verantwortlichen gestürzt und die Republik errichtet hat. Nicht aber habe er mit der Veröffentlichung des Dokuments die einzuschläfen drohenden revolutionären Instinkte aufpeitschen wollen. Er habe dem Ausland klar machen wollen, daß das deutsche Volk nichts gemein habe mit dem kaiserlichen Deutschland, das das deutsche Volk verführt und belogen habe, was heute wohl niemand mehr bestreiten werde. Das Weltgewissen sollte gereinigt werden, und die Völkerversöhnung sollte angebahnt werden. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Bern im Jahre 1919 rief Eisner die Freiwilligen zum Wiederaufbau auf.

Wenn Eisner den Schoenschen Bericht auch gekürzt hat, so waren diese Kürzungen doch durchaus nicht bewußte, absichtliche Fälschungen. Er hatte nach seinem Gewissen die feste Ueberzeugung, die Friedens- und Lokalisierungsbemühungen seien der Bluff für die Oeffentlichkeit gewesen, um die wirkliche, die europäische Lösung der Krise zu verhindern. Die darauf bezüglichen Stellen erschienen ihm daher nicht als wesentlich. Mit aller Entschiedenheit muß ich zurückweisen, daß Eisner mit dem Bewußtsein und der Absicht zu fälschen oder zu täuschen, diese Kürzungen vorgenommen hat.

Wir müssen uns bewußt zu einer neuen Weltordnung zurechtfinden. Dazu ist vielleicht eines der ersten Erfordernisse, daß in Deutschland eine andere Politik eingeschlagen wird. Man nannte Eisner einen Phantasten, weil er Vertrauen im Ausland gewinnen wollte. Man hat ihn aber besonders von Berlin aus bewußt isoliert. Seine Politik mußte fehlschlagen in dem Augenblick, wo nicht die deutsche Republik diese Politik machte. Ein Teil dessen, was Kurt Eisner wollte, wird heute auch von anderer Seite vertreten, z. B. seine Ansicht in der Frage des Wiederaufbaus. Man hat auch nach Eisner schüchterne Versuche gemacht, Vertrauen für Deutschland zu gewinnen. Aber diese Versuche waren zu schüchtern. Vielleicht liegt darin der Weg zu einer neuen Weltordnung und zu einer internationalen Politik der Offenheit und der Wahrheit, daß dieses Vertrauen unter allen Umständen hergestellt werden muß. Ich bin der Meinung, daß vielleicht viele von unseren sogen. Realpolitikern und Verteidigern des Militarismus in Deutschland längst vergessen sein werden, wenn in der Geschichte der Name Kurt Eisner noch fortleben wird als der Name eines Mannes, der besessen war von der Idee, für eine neue Weltordnung zu kämpfen, der so besessen war von dieser Idee, daß er für sie mit Bewußtsein in den Tod gegangen ist.

Schlußwort Prof. Coffmanns

Prof. **Coffmann** nimmt als Letzter unter allgemeiner Spannung das Wort. Er erklärt: Ich möchte eigentlich sagen, daß für mich gestern der Prozeß schon aufgehört hat mit der Aussage von Dr. Lepsius. Ich hoffe, daß die Anwälte mir das nicht übel nehmen. Was mich hieher geführt, ist eine ganz andere Sache. Dr.

Digitized by Google

Löwenfeld bemerkte, man müsse für den Klienten eingenommen sein. Ich betrachte mich hier nicht in diesem Sinne als Klienten. Ich betrachte als Klienten in dem Prozeß nur das deutsche Volk. Vor 20 Jahren wurde die ganze Welt auf den Kopf gestellt, weil ein einzelner Mann, ein französischer Offizier, mit Recht oder Unrecht verurteilt worden ist. Heute ist ein Volk von 60 Millionen verurteilt, ohne daß die ganze Welt deshalb auf den Kopf gestellt wurde. Gegenüber diesem Schicksal sind wir einzelne nur „Schnörksel“, nicht nur Herr Fechenbach, sondern auch ich. Außerdem sind wir in diesen Dingen, um die es sich handelt, nur Laien. Ich bitte hier von zwei ganz anderen Gesichtspunkten sprechen zu dürfen, nicht als Jurist und Sachverständiger für Geschichte, Diplomatie oder militärische Angelegenheiten, sondern vom

Standpunkt des gesunden Menschenverstandes

aus und noch von einem anderen Standpunkt aus, den ich nennen werde. Wir sind hier nur Laien. Dr. Löwenfeld mag es nicht übel nehmen, wenn ich ihn, wie mich selbst, in diesen Fragen zu den Laien rechne. Ich habe eine große Hochachtung vor der Arbeit, die Dr. Löwenfeld geleistet hat, er kennt Vieles, auf der anderen Seite kenne ich manches was er nicht kennt. Der erstaunlichste Mangel schien mir zu sein, daß er die russischen Akten nicht kannte, nicht kannte, was die letzten Jahre gebracht haben, die große Aktenveröffentlichung von Siebert, zu der Siebert in den „Süddeutschen Monatsheften“ weitere Ergänzungsakten angefügt hat, und nichts vom „livre noir“. Letzterem wird ein zweiter und dritter Band folgen. Es wurden Dinge als unsicher behandelt, die nach den russischen Akten durchaus sicher sind. Ich muß sagen, daß jeder Freund der Wahrheit der Sowjetregierung zu tiefem Dank verbunden ist, daß sie die russischen Archive öffnet. Die Sowjetregierung bekämpft natürlich den Imperialismus, aber sie bekämpft ihn in allen Ländern und das ist es, was wir der hier behandelten Veröffentlichung durch Eisner von vornherein in der ganzen Einstellung vorwerfen, wie sie manche Intellektuelle, die als Führer der deutschen Arbeiter aufgetreten sind, beherrscht.

Zu Beginn habe ich erklärt, wie ich von dieser Sache gehört habe. Ganz laienhaft habe ich die Anschauung, daß, wenn jemand einen Mietvertrag auch nur abschreibt, der die Miete eines Stockwerkes betrifft, und er schreibt darüber, der Mietvertrag betrifft die Miete eines ganzen Hauses und er läßt hierbei alle Stellen fort, die erkennen lassen, daß es sich um die Miete eines Stockwerkes handelt, so habe ich die Anschauung, daß der Mann sich einer Fälschung schuldig macht, auch wenn er so etwas im Auftrage tut. Ich bin der persönlichen Ueberzeugung, daß das, was angerichtet wurde durch die Eisnersche Veröffentlichung, von einer ganz anderen, viel furchtbareren Bedeutung gewesen ist als irgendeine private Unredlichkeit, etwa in einer Vermögenssache. Es ist von Prof. Karo über die Wirkungen der Veröffentlichungen Eisners im Ausland gesprochen worden. Ich könnte noch manches über ihre Wirkungen im Inland hinzufügen, da ich manches Material hierüber gesammelt habe. Ich tue es nicht, weil ich nicht als Historiker, der ich nicht bin, sondern nur als Laie sprechen möchte und ich mich an ganz andere Dinge wende, als es die Sachverständigen getan haben. Es genügt, wenn das Gericht selbst sich an den Eindruck erinnert, den es selbst im November 1918 von dieser Veröffentlichung gehabt hat. Ich glaube, daß jeder, der nur irgend ein Gefühl für das deutsche Volk hat, den Tag des Erscheinens dieser Veröffentlichung als einen

schwarzen Tag in der deutschen Geschichte

empfinden wird. Ebenso möchte ich hinsichtlich der Motive auch auf etwas verweisen, was die Sachverständigen, soviel sie hier gesagt haben mögen in Zergliederung der ganzen Frage, eigentlich nicht erwähnt haben. Das ist das, wovon ich jetzt spreche, das ist der

Standpunkt des Gefühls.

Ich sage, wer ein Gefühl für das deutsche Volk hatte, der mußte wissen, wie in jener Zeit des Zusammenbruches gegenüber unerbittlichen Feinden diese Veröffentlichung wirken mußte. Ich spreche nicht davon, daß Eisner schließlich auch manches damals schon kannte, daß z. B. schon die belgischen Gesandtschaftsberichte erschienen waren, daß die Enthüllungen vom Suchomlinowprozeß vorausgegangen waren, muß aber auf einen Punkt hinweisen. Es war viel davon die Rede, was Eisner davon wissen konnte. Er kannte nämlich ungeheuer viel mehr, er kannte in großem Umfange die bayerischen Akten und man muß doch den Eindruck gewinnen, wenn man die Sache selbst prüft, daß diese Schriftstücke, daß die Telephonate aus dem großen Material so ausgesucht wurden, um das zu beweisen, was bewiesen werden sollte. Es wurde in diesem Zusammenhang auch von der Persönlichkeit Eisners gesprochen. Ich habe Eisner selbst nicht gekannt. Aber ich fühle mich verpflichtet, hier offen meine Ueberzeugung zu sagen, die sich auf die öffentlichen Aeußerungen Eisners stützt. Mein persönlicher Eindruck ist ungünstiger, als alles, was hier von Sachverständigen gesagt wurde. Diese haben sehr scharfsinnig die Frage geprüft, ob Eisner bewußt das oder jenes unrichtig gesagt oder da und dort bewußt getäuscht habe. Ich glaube gar nicht, daß die Natur Eisners so war, daß man die Frage so stellen könnte. Ich glaube, daß Eisner ein Mensch war, der ganz auf die Wirkung gestellt war, nicht so, wie die gelehrten Sachverständigen sich gedacht haben, daß er nun klar hätte unterscheiden können zwischen dem Wahren und Falschen. Ich bin nämlich der Ansicht, daß von einer Lüge nur

Digitized by Google

bei jemand gesprochen werden kann, der wahrhaftig ist und mit der Lüge von der Wahrhaftigkeit abweicht. **Ich muß leider sagen, ich habe den Eindruck, daß Eisner die unwahrhaftigste Persönlichkeit war, die in der deutschen Geschichte eine Rolle gespielt hat.** Mich hat es schon bei seinen Lebzeiten gestört, daß er immer wieder in die „Masse" gehen wollte, daß er die deutschen Arbeiter als ein gewisses Objekt der Tätigkeit ohne individuelle Unterscheidung des einzelnen als Ganzes genommen hat, weil ich immer das Gefühl hatte, daß der Arbeiter für Eisner etwas ist, wie für den Schauspieler das Publikum, etwas, was er brauchte, um sich zu berauschen und darauf zu wirken. Eisner wurde durch diese Wirkung auch zu dem veranlaßt, was er gerade in diesem Fall, der uns so viel beschäftigt hat, tat. Im Altertum hat man von den Philosophen, den Freunden der Weisheit, die Rhetoren, die Redner, unterschieden. Ich habe den Eindruck, daß Eisner eine Rednernatur war. Und wenn ich in diesem Prozeß einmal von Proletariern gesprochen habe, so lag es mir ferne, damit Vermögensverhältnisse anzudeuten. Ich bitte um Entschuldigung, wenn es so verstanden werden konnte, ich dachte an etwas ganz anderes, nämlich daran, daß Leute wie Eisner und Fechenbach zur Schicht der Intellektuellen gehören und daß diese Intellektuellen einen großen und bestimmenden Einfluß auf die Proletarier — ich meine in diesem Falle auf die deutschen Arbeiter — bekommen haben. Und ich bin nun der Ueberzeugung, daß diese Leute nicht das richtige Gefühl gehabt haben dafür, was einmal den deutschen Arbeitern zum Heil und was ihnen zum Unheil gereichen würde. Ich habe mich sicher sehr oft in dem geirrt, was ich geschrieben habe. Ich kann nur sagen, daß es für mich der bestimmende Gedanke gewesen ist, daß ich während des Krieges überzeugt war, daß es, wenn der Krieg nicht gewonnen würde, so kommen würde, wie es jetzt gekommen ist. Ich war auch überzeugt, und habe es öffentlich ausgesprochen, daß dabei nicht in erster Linie die reichen Leute leiden würden, denn ich war überzeugt, daß diese sich irgendwie helfen können, wie es ja auch gekommen ist. Ich hatte auch nicht die Auffassung, daß die Landwirte verhungern würden, weil sie sich ja von der eigenen Scholle nähren können. Ich war der Ansicht, daß im ungünstigen Falle der Ausgang des Krieges der sein werde, daß

die deutsche Industriearbeiterschaft zum Lohnsklaven des westlichen Großkapitals

würde. Dies ist nach meiner Ueberzeugung auch der Ausgang des Krieges, so wie man ihn in einer weiteren Ferne einmal ansehen wird. Ich habe schon zugegeben, ich und meine mitangeklagten Kollegen haben sich sicher oft geirrt. Aber was wir wollten, war, daß wir für das Wohl des deutschen Volkes arbeiteten, daß wir an die deutsche Sache glaubten. Für mich ist es eine der schmerzlichsten Erinnerungen des Prozesses, wenn ich daran denke, wie Fechenbach aufleuchtete, wenn es den Anschein hatte, daß irgend etwas gefunden wurde, was gegen Deutschland verwendet werden könnte. Ich bestreite gar nicht, daß es solche Dinge gibt und daß solche Dinge auch in Zukunft noch gefunden werden. Aber solche Sachen, die uns anderen das Herz zerreißen, scheinen hier doch ganz anders zu wirken. All das, was bei Fechenbach an Akten gefunden wurde, waren Sachen, die geeignet waren, gegen Deutschland ausgenützt zu werden. Ich muß es leider sagen, denn es tut mir in jedem Falle leid, irgend jemand zu verletzen: ich habe nun einmal im Prozeß den Eindruck gehabt, daß uns Fechenbach nicht ebenso entgegengekommen ist, wie wir entschlossen waren, zur Klärung der Wahrheit beizutragen, ganz abgesehen von unseren kleinen persönlichen Angelegenheiten und in gewissem Sinne auch ganz gleichgültig, ob etwas einmal herauskommt, was für Deutschland unangenehm ist.

In diesem Sinne kann ich auch nicht die, ich glaube von meinem Freunde R.-A. Dr. Pflaum ausgesprochenen Bedenken teilen dagegen, daß hier dieser Brief von Graf Lerchenfeld vorgebracht worden ist. Wie immer sich Dr. Löwenfeld in dieser Sache verhalten haben mag, für die ganze Sache ist wichtig, daß das, was irgendwie vorhanden ist an Dokumenten, herauskommt. Hier muß ich sagen, ich bedauere, daß die militärischen Berichte, die manchmal in Hinweisen auf diese Berichte im „Temps" und in der „Morgenpost" in den letzten Monaten gelegentlich angedeutet wurden als etwas, was noch im Hintergrund wäre, nicht auch hier vorgebracht wurden, überhaupt nicht alles, was man hat, bei dieser Gelegenheit, so weit es hierher gehört, vorgebracht wurde. Denn das Gefährlichste für die deutsche Sache wird es natürlich sein — und da mögen noch so viele Veröffentlichungen kommen und noch so viele Gerichtsverfahren stattfinden —, wenn es immer noch heißt, das war noch nicht das Richtige, wir wissen noch etwas anderes. Das würde meines Erachtens außerordentlich schädlich für Deutschland wirken. Ich habe schon angeführt, daß ich mich gar nicht hineinversetzen kann in die Menschen, die damals nicht gefühlt haben, wie schlecht für das deutsche Volk es sein würde. Ich kann mich auch von einem anderen Standpunkt aus gar nicht in diese Leute hineinversetzen, die immer nur über die Fehler auf der Seite des eigenen Volkes oder die eigene Regierung sich äußern und gar nie von den Fehlern auf der anderen Seite sprechen: Ich verstehe auch nicht, was das mit Sozialismus zu tun hat. Bekanntlich ist die Marxsche Auffassung die, daß die Unternehmerklasse in den verschiedenen Ländern ungefähr gleich ist, daß die wirtschaftlichen Bestrebungen in den verschiedenen Ländern ungefähr gleich sind und in den verschiedenen Ländern aus den gleichen Ursachen gelegentlich zum Kriege führten. Das ist unge-

Digitized by Google

fähr der Standpunkt, den bei uns die Kommunisten und auch die russischen Sozialisten einnehmen. Ich darf erwähnen, da ich mit Mitgliedern der englischen Arbeiterpartei in Verbindung bin, wie ganz anders die Auffassung bei der englischen, französischen und italienischen Sozialdemokratie ist. Dazu gehört auch, daß hier Dinge vorgekommen sind und vorkommen, wie sie in gar keinem anderen Lande möglich sind. Ich habe mir das Studium der Gefangenenverhältnisse schon während des Krieges und nach dem Kriege zur besonderen Aufgabe gemacht. Dieses Kapitel ist für mich noch fast traurriger, als wenn jemand Deutschland in der Kriegsschuldfrage unrichtig bezichtigt, denn man kann da wirklich sagen, daß bis zu einem gewissen Grade die Kriegsschuld die Regierungen angeht, trotzdem ja das bei den Franzosen gar keinen Unterschied macht. Hier aber geht es im eminentesten Sinn auf den Charakter des ganzen Volkes. Wenn jemand sagt, daß bei uns Gefangene mißhandelt, daß die Gefangenen in Frankreich gut behandelt worden seien, so finde ich, das sind Dinge, die man auch ohne gelehrtes Studium wissen kann und die auszusprechen eben wieder uns das Gefühl verbieten müßte. Wenn in jener Versammlung, in der Herr Fechenbach sprach, ein Mann, der aus französischer Kriegsgefangenschaft zurückkam, empört aufsprang und niedergeschlagen wurde, so muß ich eben leider sagen, das sind Dinge — und so vieles, was in dieser Art in Deutschland besonders damals vorgekommen ist —, die in gar keinem anderen Lande als in Deutschland möglich sind. Ich habe hier ja eine andere Auffassung, als bis jetzt hier zum Ausdruck gekommen ist. Ich bin nicht so sehr der Ansicht, daß das Dinge sind, die in besonderen historischen Verhältnissen liegen, sondern ich bin leider der Ansicht, daß das Dinge sind, die vielleicht — es wäre fürchterlich — in unveränderlichen Zügen des deutschen Charakters liegen. Ich sehe das gar nicht als eine Bosheit mancher Teile der Sozialdemokratie an, sondern ich sehe dieselbe Erscheinung in der ganzen deutschen Geschichte. Sie hat sich geäußert dadurch, daß die verschiedenen Stämme gegeneinander gekämpft und sich dabei mit Feinden verbunden haben, daß die verschiedenen Konfessionen sich bekämpft und sich mit Feinden verbunden haben und sie äußert sich heute darin, daß die Klassengegensätze dahin führten, daß viele unserer Landsleute sich mehr verbunden fühlen dem Ausland als dem Inland. Ich kann gar nicht finden, daß das irgend etwas mit Sozialismus zu tun hat, sondern es hat nur etwas zu tun mit dem deutschen Wesen, muß man leider sagen. Ich muß bei dieser Gelegenheit sagen, weil es vielleicht aus manchen Aeußerungen anders hätte erscheinen können, daß das, was mich in Gegensatz bringt zu manchen Führern der Sozialdemokratie — ich führe das nicht wegen meiner unbeträchtlichen Person hier an, sondern weil öfter davon schon gesprochen worden ist —, nur auf diesem Gebiete liegt. Ich habe in meiner Zeitschrift immer den verschiedensten Ansichten Raum gewährt, der einzige Punkt, in dem ich das nicht getan habe, war in früherer Zeit der Punkt der Koalitionsfreiheit. Ich habe niemals, auch von Leuten, die mir vielleicht national nahegestanden wären, irgend etwas aufgenommen, was sich gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter wendet, weil ich der Ueberzeugung war, daß sie einen wirklichen Fortschritt bedeutet, daß sie gar nicht aufzuhalten war, daß jemand, der etwa mit den sogen. Gelben sich verbündet, auf einen absterbenden Ast sich setzt und ich wüßte nicht, warum ich nicht auch ruhig sagen sollte, daß ich die Betriebsräte für ein Ergebnis, vielleicht für das einzige positive Ergebnis der Revolution halte und daß ich darüber genau so denke, wie ich früher über die Koalitionsfreiheit gedacht habe, daß sie nämlich einen fruchtbaren und außerdem unaufhaltsamen Gedanken darstellen. Also es ist wirklich nicht, das darf ich wohl sagen, mangelndes Gefühl für die Arbeiter, das mich hier in einen gewissen Gegensatz gebracht hat, sondern das genaue Gegenteil. Ich sehe im Versailler Vertrag in erster Linie gerade die

Versklavung der Arbeiter.

Es sind 80 Prozent unseres Eisenvorkommens bereits in andere Hände übergegangen, von dem Kohlenvorkommen sind uns das große Saargebiet und Oberschlesien entrissen worden, und wenn noch das Ruhrgebiet uns jetzt genommen wird, so sind die größten Kohlenvorkommen uns entrissen. Ich sehe dann gar keine andere Möglichkeit, als daß unsere Arbeiter entweder abhängig werden als Lohnsklaven vom westlichen Großkapital oder auswandern oder zugrunde gehen. Ich darf auch sagen, da ich mir den

Kinderschutz,

besonders auf dem Gebiet der Ernährung zu einer besonderen Aufgabe schon vor dem Krieg und nach dem Krieg gemacht habe, daß ich auch hier, was die Arbeiterkinder angeht, das Schwärzeste in der Zukunft voraussehe. Während die Reparationskommission und all die anderen Kommissionen in den Großstädten mit ihren Kokotten schwelgen, sieht man in Wien, wie mir ein Arzt dort bestätigt hat, fortgesetzt Menschen verhungern. Man weiß, daß in Budapest 450,000 tuberkulose Kinder sind und auch wir müssen uns darüber klar sein, daß die

Tuberkulosefürsorge,

die vor dem Krieg in Deutschland am höchsten entwickelt war, sich heute schon nicht mehr wird aufrecht erhalten lassen und dabei sind für die feindliche Besatzung, ich glaube im vorigen Jahre schon, 450 Milliarden ausgegeben worden. Also unter diesem Gesichtspunkt sehe ich das an, was den Gegenstand dieses Prozesses bildet und was in diesem Prozeß zutage gefördert worden ist. Ich kann mir nicht helfen und

Digitized by Google

ich glaube, es wird niemand im Saale sein, dem es nicht auch so gegangen ist, ich muß es aber hier sagen, als ich heute das „Journal" vom 29. April 1919 vorgelegt habe, in dem als Auftakt zu den Verhandlungen zum Versailler Friedensdiktat Urkunden veröffentlicht wurden, von denen René Pavot sagte, daß er sie dem Privatkläger verdanke — ich meine nicht, daß jemand im Saal Herrn Fechenbach geglaubt hat, daß das nicht so ist.

Ich komme immer wieder auf das zurück: ich habe aus dem bisherigen Verhalten Fechenbachs, aus seinem ganzen bisherigen öffentlichen Verhalten und aus seiner Mitwirkung an jener Veröffentlichung den Eindruck gewonnen, daß es ihm am richtigen Gefühl für das deutsche Volk fehlt. Man muß sich vorstellen, wie damals in Versailles der deutschen Friedensdelegation diese Veröffentlichung in der gekürzten Form um die Ohren gehauen wurde — ich kann nicht anders sagen —, daß sie verzweifelt eigentlich ja nichts Richtiges dagegen sagen konnte. Da saß irgendwo ein Mann, der wußte, daß dieses Schriftstück außerordentlich gekürzt ist, der wußte, daß das Schriftstück im Hause von Kurt Eisner ist — und er sagte nichts! Ich muß es sagen gegenüber all dem, was wir an Entstellung nun hier wieder erlebt haben: Man würde nicht, glaube ich, die Kraft behalten, für die Wahrheit und damit für die deutsche Sache weiterzukämpfen, wenn man nicht die Ueberzeugung hätte, mit diesem Kampf irgendwie dem Reiche Gottes zu dienen. Nach meiner Ueberzeugung haben Eisner und Fechenbach mit dem, was sie getan haben, der Erhaltung des Reiches des Teufels auf der Erde gedient. Ich bin überzeugt, daß eine spätere Zeit **diese Fälschung für eines der größten Verbrechen der deutschen Geschichte halten wird.**

Der **Vorsitzende** verkündet, nachdem von den Parteien weiter nicht das Wort begehrt wird, folgenden

Gerichtsbeschluß:

Die Verhandlung wird geschlossen. Termin zur Verkündigung des Urteils wird bestimmt auf Donnerstag, 11. Mai, nachmittag 4 Uhr.

Die Urteilsverkündigung*)

Donnerstag, den 11. Mai

Wir veröffentlichen im Nachstehenden den Wortlaut des am Donnerstag, 11. Mai, verkündigten Urteils im Prozeß um die Eisnerschen Schulddokumente. Die Auszeichnungen im Druck rühren von der Redaktion her:

Das Schöffengericht bei dem Amtsgericht München erläßt in der Privatklagesache

Fechenbach Felix, Kaufmann in Halle,

gegen

Dr. Coffmann Paul Nikolaus, Professor in München,

Müller Emanuel, Schriftleiter in München,

Osterhuber Josef, Schriftleiter in München,

Dr. Adlmaier Konrad, Schriftleiter in Chieming,

wegen Beleidigung auf Grund der Hauptverhandlungen vom 27., 28., 29. April und 2., 3. und 4. Mai 1922 in seiner öffentlichen Sitzung vom 11. Mai 1922 in Gegenwart des Amtsgerichtsrats Frank, der Schöffen Rinecker Richard, Assistenten, Lauterbach Jakob, Bankoberbeamten, des Gerichtsschreibers Sekretärs Blank folgendes

Urteil:

1. Die Angeklagten **Dr. Paul Nikolaus Coffmann**, geboren am 6. April 1869 zu Baden-Baden, ledig, Schriftsteller und Professor in München, **Emanuel Müller**, geboren am 18. Juli 1880 zu Nördlingen, verheiratet, Schriftleiter in München, und **Josef Osterhuber**, geboren am 6. Oktober 1876 zu Eurasburg, verheiratet, Schriftleiter in München,

werden je von der Anklage eines Vergehens der üblen Nachrede freigesprochen

2. Der Angeklagte Dr. Konrad Adlmaier, geboren am 13. August 1882 zu Zeisering, verheiratet, Schriftsteller in Chieming, ist schuldig eines Vergehens der üblen Nachrede und wird deshalb zu einer Geldstrafe von fünfhundert Mark, für den Fall der Uneinbringlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen verurteilt.

3. Der Privatkläger Felix Fechenbach, Kaufmann in Halle a. S., hat die Kosten des Verfahrens gegen die Angeklagten Dr. Coffmann, Müller und Osterhuber zu tragen und die diesen erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten.

4. Der Angeklagte Dr. Adlmaier hat die Kosten des Verfahrens gegen ihn zu tragen und die auf dieses Verfahren dem Privatkläger Felix Fechenbach erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten.

5. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten Dr. Adlmaier auf dessen Kosten durch einmalige Einrückung der Nummer 2 der Formel in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Art in die Zeitung „Das Bayerische Vaterland" inner-

*) Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig geworden.

Digitized by Google

halb eines Monats nach Rechtskraft des Urteils öffentlich bekannt zu machen.

Gründe:

1. In Artikel 231 des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrags zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten ist bestimmt: Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben. (Reichsgesetzblatt 1919 Seite 985.)

2. Der durch die Revolution zur Macht gelangte Schriftsteller Kurt Eisner hat am 23. November 1918 in den Räumen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin dem Privatkläger, seinem Sekretär, eine Mitteilung diktiert, die sich mit einem Bericht des bayerischen Geschäftsträgers von Schoen an den Vorsitzenden im bayerischen Ministerrate Grafen von Hertling vom 18. Juli 1914, einer Fernsprechmeldung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914, 7 Uhr 45 Minuten vormittags, einer solchen vom 31. Juli 1914, 8 Uhr nachmittags, und einem Berichte des bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld vom 4. August 1914 an den Vorsitzenden im Ministerrate befaßte. Die Mitteilung beginnt: „Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Aeußern Eisner hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkriegs zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt." Die Berichte, die Fernsprechmeldungen und die Mitteilung Eisners sind in dem Buche „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, im Auftrage des Bayerischen Landtags bearbeitet von Abgeordneten Dr. P. Dirr, München 1922", ihrem Wortlaute nach wiedergegeben; die Berichte und die Fernsprechmeldungen bilden die Anlage 1, die Mitteilung Eisners die Anlage 2 des Urteils; sie werden hierher bezogen.

Die Mitteilung Eisners ist am 24. November 1918 im „Berliner Tageblatt", an den folgenden Tagen in einer Reihe anderer Zeitungen, am 26. November 1918 insbesondere auch in Nr. 275 der „Bayerischen Staatszeitung" als amtliche Veröffentlichung der Korrespondenz Hoffmann erschienen.

3. Das im Juli 1921 erschienene Heft der Zeitschrift **„Süddeutsche Monatshefte"**: **„Der große Betrug"** behandelt die Frage der Schuld am Weltkriege. Es enthält unter anderem auch einen von Dr. Karl Alex. v. Müller, Professor der Geschichte an der Universität München, verfaßten Beitrag **„Neue Urkunden"**. In der Einleitung dieses Beitrags ist die veröffentlichte Mitteilung Eisners als eine Fälschung bezeichnet mit der Begründung, über die Hälfte des Berichtes vom 18. Juli 1914 sei mit der Schere beseitigt worden, um dem Bericht schließlich das Gesicht nach der anderen Seite drehen zu können, der Verfasser des deutlich gezeichneten Berichtes sei dabei bewußt mit voller Absicht gefälscht worden. Der Angeklagte Dr. Cossmann, der Schriftleiter der Zeitschrift „Süddeutsche Monatshefte", hat in einer Fußnote zu diesen Ausführungen bemerkt: „Als die Untersuchung von Georg Karo über die Eisnerische Fälschung im Heft „Ende des Reiches" (Sept. 1919) der S. M. erschienen war, wurde uns erzählt, Frau Eisner sage, ihr Mann habe die Fälschung gar nicht gemacht, sondern sein Sekretär Fechenbach; ihr Mann habe nur seinen Namen darunter gesetzt. Die Schriftleitung der Süddeutschen Monatshefte."

Die Nummer 311 der von dem Angeklagten Müller als verantwortlichen Schriftleiter gezeichneten Zeitung „Münchner Neueste Nachrichten" und die Nummer 314 der von dem Angeklagten Osterhuber als verantwortlichen Schriftleiter gezeichnete Zeitung „Bayerischer Kurier" vom 27. Juli 1921 brachten längere Ausführungen über den Inhalt des Heftes „Der große Betrug", darunter auch die Einleitung des Beitrages des Dr. v. Müller einschließlich der in der Fußnote behaupteten Aeußerung der Frau Eisner.

Die Nummer 172 der Zeitung „Das Bayerische Vaterland" vom 28. Juli 1921 enthielt einen von dem Angeklagten Dr. Adlmaier verfaßten Artikel: „Wie die Juden Eisner und Fechenbach ein ungeheures Verbrechen am deutschen Volk begingen." In dem Artikel ist nach Wiedergabe der Einleitung des Beitrages des Dr. v. Müller einschließlich der behaupteten Aeußerung der Frau Eisner ausgeführt: „Was soll man dazu sagen? Eisner ist tot, aber der Jude Fechenbach läuft noch irgendwo auf seinen Plattfüßen in der Welt herum. Warum faßt der Staatsanwalt diesen Schuft nicht am Kragen wegen Hochverrat, wegen dieses infamsten Verbrechens am ganzen deutschen Volk? Es wird keinen vernünftigen deutschen Arbeiter geben, der nicht in tiefster Seele einen solchen Verbrecher verflucht und verdammt. Denn die Arbeiterschaft hat der Jude Fechenbach genau so in das tiefste Elend hineingeritten, wie die anderen Volksteile. Und Eisner hat zum mindesten in fahrlässigster Weise dazu mitgeholfen. Es gibt kein Wort, das

Digitized by Google

scharf genug wäre, um dieses schandbare Verbrechen der zwei Rätejuden entsprechend zu brandmarken. Jetzt büßt eine ganze Nation dafür. Wir sprechen es offen aus, was wir und Tausende von uns denken: Die ganze Mache Eisners und Fechenbachs war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindbundes. Und für den Juden Fechenbach ist in ganz Deutschland kein Galgen hoch genug, um diese Schurkentat zu sühnen. Staatsanwalt, walte deines Amtes!"

4. Die Veröffentlichung Eisners ist, wie die Vergleichung der beiden Anlagen des Urteils ergibt, keine wortgetreue Wiedergabe der Berichte und Fernsprechmeldungen.

a) In der Veröffentlichung ist der Bericht vom 18. Juli 1914 als ein Bericht des bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld bezeichnet, während er ein Bericht des Geschäftsträgers von Schoen ist. Diese Bezeichnung verlieh mit Rücksicht auf das große Ansehen des Grafen von Lerchenfeld in der diplomatischen Welt dem Berichte ein besonderes Gewicht. In der Veröffentlichung ist unterdrückt, daß sich der Bericht auf die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien bezieht. In der Veröffentlichung sind alle Teile des Berichts, in denen die Voraussetzungen für die Möglichkeit der Lokalisierung des Krieges, die beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Herbeiführung der Lokalisierung erörtert werden, weggelassen, so insbesondere die Stellen: „Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Oesterreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird, im ersteren Falle dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren, im anderen Falle dagegen wären größere Verwicklungen wohl unausbleiblich. Im Interesse der Lokalisierung des Krieges wird die Reichsleitung sofort nach der Uebergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Großmächten einleiten. Sie wird geltend machen, daß es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn das Belgrader Anarchistennest einmal ausgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, daß die Mächte sich auf den Standpunkt stellen, daß die Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei. Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, daß Oesterreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen, die dann auch uns und danach Frankreich zu gleichen Maßnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde." In der Veröffentlichung wird die Weglassung dieser, den wahren Sachverhalt grell beleuchtenden Stellen, durch die kurze, nichtssagende, aber geringschätzige Bemerkung „Es wird dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert" angedeutet. In der Veröffentlichung sind weiter weggelassen die Stellen: „Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in erster Linie die Haltung Rußlands sein. Will Rußland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Oesterreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstige der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen, daß es eine Kampfweise, die mit Bombenwerfen und Revolverschüssen arbeite, ebensowenig wie die anderen zivilisierten Staaten billige. Dies insbesondere, solange Oesterreich nicht die nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stellt. England wird Oesterreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten." Aus all diesen weggelassenen Teilen und Stellen geht hervor, daß Deutschland wohl die Gefahr des Weltkrieges erkannt hat,

daß es den Weltkrieg aber nicht gewollt hat,

daß es seinen Ausbruch zu hindern bestrebt war, daß es eine Lokalisierung des Krieges herbeizuführen sich bemühte. In der Veröffentlichung sind weiter weggelassen die Stellen über die vermutliche Haltung Italiens, Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands und Montenegros, die wieder erkennen lassen, daß in dem Berichte nur an einen lokalisierten Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien gedacht ist. In der Veröffentlichung sind endlich die Stellen über die wahrscheinliche Ablehnung der in dem Berichte nur mit 3, nicht, weil damals noch unbekannt, mit 10 Punkten angegebenen österreichischen Note durch Serbien, über die daraus sich ergebende Folge des Krieges, über das deutsche Einverständnis, daß Oesterreich die günstige Stunde nütze, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen, über die unangenehme Empfindung der Wiener Stellen darüber, daß Oesterreich von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei, über den deutschen Standpunkt, man hätte es in Berlin lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten, in der Hauptsache gesperrt gedruckt, obwohl diese Stellen in

Digitized by Google

dem Berichte nicht äußerlich hervorgehoben sind, und ohne daß ersichtlich gemacht ist, von wem die Sperrung herrührt. Durch diese Sperrungen wird der sich aus dem Berichte sonst nicht ergebende Eindruck hervorgerufen, Deutschland habe den Weltkrieg gewünscht.

b) In der Veröffentlichung der Fernsprechmeldung vom 31. Juli 1914 früh ist der überaus wichtige Satz: „Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen“ unterdrückt und nur erwähnt, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden“. . . . Damit wird verschwiegen, daß es gerade auch Deutschland war, das sich ernstlich darum bemüht hat, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern.

c) In der Veröffentlichung der Fernsprechmeldung vom 31. Juli 1914 abends sind bei der Ausführung: „Die Ultimata nach Petersburg, Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris, Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden“ das Wort „selbstverständlich“ und bei der Ausführung: „Preußischer Generalstab rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können“, die Worte „Frankreich in vier Wochen“ gesperrt gedruckt. Damit wird wiederum der aus der Fernsprechmeldung sonst nicht zu entnehmende Eindruck erweckt, Deutschland habe den Weltkrieg ersehnt.

d) In der nur zum Teil erfolgten Veröffentlichung des Berichtes vom 4. August 1914 sind bei der Ausführung: „Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich“, die zwei Silben „Angriffs“ gesperrt gedruckt. Damit wird der Glaube erweckt, Deutschland habe schlechthin einen Angriffskrieg gegen Frankreich führen wollen, während bei Unterbleiben des Sperrdrucks zu erkennen ist: In dem nun einmal ausgebrochenen Kriege führt Deutschland seine Verteidigung dadurch, daß es nunmehr Frankreich angreift und damit den Krieg zu gewinnen hofft.

Die Art, wie Eisner die Berichte und die Fernsprechmeldungen veröffentlicht hat, ist nach all dem eine unrichtige Wiedergabe, die den Sinn des Inhalts der Urkunden entstellt, ihn teilweise sogar in sein Gegenteil verkehrt.

5. Eisner hat, als er die Mitteilung dem Privatkläger diktierte, eine mit dem vollen Namen des Geschäftsträgers von Schoen gezeichnete Abschrift des Berichts vom 18. Juli 1914 in Händen gehabt. Die Möglichkeit, daß er im Eifer die Unterschrift nicht beachtet hat, daß er deshalb den Bericht für einen Bericht des Grafen Lerchenfeld hielt, kann nicht vollständig ausgeschaltet werden. Die übrige irreführende Art der Wiedergabe der Berichte und Fernsprechmeldungen hat Eisner bewußt und absichtlich gewählt. Nach der Behauptung des Privatklägers war Eisner, als er die Veröffentlichung vornahm, der Meinung, Deutschland trage die Alleinschuld am Kriege. Eisner war auf Grund eigener Erwägungen, die durch Einflüsterung Anderer, insbesonders des durch ein Telegramm vom 17. November 1918 (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente Seite 39) zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld der deutschen Regierung ratenden George D. Herron bestärkt worden, der Auffassung, ein Schuldbekenntnis bringe Deutschland einen besseren Frieden. Er wollte deshalb mit seiner Veröffentlichung ein Schuldbekenntnis abgeben. Er faßte demgemäß die Veröffentlichung in einer Art ab, daß sie ein Schuldbekenntnis wurde, obwohl die Berichte und die Fernsprechmeldungen ein Schuldbekenntnis nicht waren. Er änderte damit Urkunden, die das, was er wollte, nicht bewiesen, in der Veröffentlichung in einer Weise um, daß sie das, was er wollte, mehr oder weniger zu beweisen geeignet wurden. Auch wenn er das, was er beweisen wollte, für wahr hielt, durfte Eisner doch nicht in dieser Art verfahren. Eisner hat mit der Veröffentlichung nebenher noch den weiteren Zweck verfolgt, die Revolution zu sichern. Der von ihm zum Gesandten in Berlin ernannte Privatgelehrte Dr. Muckle vertrat in einem an Eisner gerichteten Briefe vom 19. November 1918 die auch von Maximilian Harden geteilte Meinung: Es müsse, um die versinkende Flamme des revolutionären Geistes zu beleben, unter anderen die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten verlangt werden. (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente Seite 43). Eisner bekannte in der Sitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates vom 28. November 1918: Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner großen Ueberraschung, daß in Berlin die Konterrevolution nicht droht, sondern daß sie ruhig regiert. Die Konterrevolution regiert in Berlin ganz gemütlich, als ob gar nichts geschehen wäre. Als ich das sah, da holte ich aus meiner Aktenmappe jenes Schriftstück, durch das nun der letzte Schleier von den Geheimnissen dieses Weltkriegs gerissen wird, jenen Bericht des Vertreters des Grafen Lerchenfeld, des Herrn von Schoen, an den Grafen Hertling, in dem nun in aller Behaglichkeit auseinandergesetzt wird, wie man beabsichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln. Damit wollte ich die Konterrevolution, die regierende Konterrevolution, in die Luft sprengen. (Beil. z. d. Verhandl. d. Provis. Nationalrates d. Volksstaates Bayern 1918 Bd. I Beil. 1 Seite 3).

Es kann dahin gestellt bleiben, ob Eisner vielleicht im Hinblick auf die von ihm verfolgten Zwecke die Bedenken gegen die Art der Veröffentlichung übersah oder nicht, die Art der

Digitized by Google

Veröffentlichung hat er — vielleicht mit Ausnahme der unrichtigen Bezeichnung des Verfassers des Berichtes vom 18. Juli 1914 — **bewußt und absichtlich gewählt.**

6. Die Veröffentlichung Eisners ist somit eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes

Die zur Frage der Fälschung gehörten Zeugen und Sachverständigen, Dr. Dirr, Vorstand des Stadtarchivs München, Dr. Striedinger, Oberarchivrat im Hauptstaatsarchiv München, Dr. Delbrück, Professor der Geschichte a. D. an der Universität Berlin und Mitglied der deutschen Viererkommission zur Prüfung des Berichts der gegnerischen Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen, Graf Max Montgelas, Mitglied der Viererkommission und Mitherausgeber der Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch", Dr. Fischer, Sekretär des Untersuchungsausschusses des Reichstags, Dr. Thimme und Dr. Lepsius, beide amtlich bestellte Herausgeber der deutschen politischen Akten von 1871 an, Dr. Karo, Professor an der Universität Halle, bezeichnen ebenfalls alle und zwar unter ihrem Eide mit triftigen Gründen die Veröffentlichung als eine Fälschung. Der Rechtsanwalt Dr. Herman Harris Aall, Mitglied der neutralen Schuldkommission in Christiania, Dr. Adolfo Bonilla y San Martin, Professor an der Universität Madrid, Fredrik Böök, Professor an der Universität Lund in Schweden, Dr. Ernesto Quesada, Professor an der Universität und Generalstaatsanwalt in Buenos Aires, J. Versluys, Professor und Mitglied der neutralen Schuldkommission in Hilversum (Holland), Thomas C. Hall, Professor in New-Jersey, jetzt in Göttingen, Sidney B. Fay, Professor für Geschichte und Staatsrecht in Northampton, Dr. Alberto Lumbroso, Direktor der „Rivista di Roma", Dr. Boghitschewitsch, früherer serbischer Geschäftsträger in Berlin, E. N. Bennett, Member of Parliament in London, Joseph King, Mitglied der englischen Arbeiterpartei in London und Edouard Dujardin, Professor der Geschichte in Paris, nennen alle in schriftlichen Erklärungen die Veröffentlichung ebenfalls eine Fälschung.

Auch der Zeuge und Sachverständige Dr. Quidde, Privatgelehrter in München, hält die Art der Veröffentlichung für in höchstem Maße anfechtbar.

Der Beistand des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Philipp Löwenfeld, endlich hat freimütig zugegeben, es liege eine Fälschung nach der sachlichen Seite vor.

Die Veröffentlichung ist eine amtliche Veröffentlichung. Die Fälschung ist deshalb auch eine amtliche Fälschung.

7. Die Fälschung wird nicht dadurch ausgeschaltet, daß am Eingang der Veröffentlichung ausgeführt ist: „Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt" und daß im Texte der Veröffentlichung mehrfach Teile der Berichte und der Fernsprechmeldungen auch in äußerlich erkennbarer Weise zusammengefaßt wiedergegeben werden. Wenn der Ministerpräsident und Minister des Aeußern von Bayern, des zweitgrößten Bundesstaates des Deutschen Reiches, unter der Mitteilung, er habe bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen, und unter der tönenden Begründung, diese Anregung sei durch die Einsicht veranlaßt gewesen, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist, während des Waffenstillstandes und vor Friedensschluß aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkriegs aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes zu veröffentlichen unternimmt, so erwartet die aufhorchende Welt und muß erwarten: Die diplomatischen Urkunden werden ihrem vollen Wortlaute nach veröffentlicht. Wird von der Veröffentlichung des vollen Wortlautes abgesehen, so wird mindestens alles, was bedeutungsvoll ist, gebracht, werden besonders wesentliche Stellen nicht unterdrückt. Es werden nicht den Sinn färbende Sperrungen des Druckes vorgenommen. Es wird der Sachverhalt so erschöpfend wiedergegeben, daß der Leser sich selbst ei Urteil bilden kann und nicht so gekürzt, daß e die unrichtige Meinung des Ministerpräsidenten zu stützen geeignet ist. Kurz, es unterbleibt jede, eine falsche, ja auch nur eine schiefe Auffassung des Inhalts der Aktenstücke zulassende Art der Wiedergabe. Die Fälschung wird auch dadurch nicht entschuldigt, daß die Raumnot der Zeitungen Kürzungen verlangt. Die Veröffentlichung war eine derart wichtige Sache, daß, wenn Raumnot bestand, andere weniger bedeutende Dinge zurückgestellt werden mußten. Die Fälschung wird endlich auch damit nicht aus der Welt geschafft, daß die Meinung vertreten wird, die deutsche, die bayerische Diplomatie habe ein System der doppelten Buchführung gehabt in dem Sinne, daß in offiziellen Berichten die Dinge nicht immer so dargestellt wurden, wie sie waren, in privaten Berichten dagegen die Wahrheit gesagt wurde, der Bericht vom 18. Juli 1914 bringe, weil offizieller Bericht, nicht die volle Wahrheit. Wie die unter Eid vernommenen, die Gepflogenheiten des deutschen und des bayerischen Diplomatendienstes kennenden Zeugen Graf von Soden, Staatsrat v. Loeßl, Dr. Dirr, Graf Montgelas, Graf Monts, Dr. Fischer, Dr. Thimme und Dr. Lepsius ausdrücklich und überzeugend bekunden, hat es eine doppelte Buchführung in diesem Sinne nie gegeben. Die von dem Privatkläger vorgelegte Abschrift eines Privatberichtes des Grafen Ler-

Digitized by Google

henfeld an den Grafen Hertling vom 9. Dezember 1914, durch den der Nachweis für eine doppelte Buchführung geliefert werden sollte, hat diesen Nachweis nicht erbracht; durch die beeidigte Aussage des Zeugen Grafen Lerchenfeld und durch den Inhalt des von ihm bekanntgegebenen Antwortbriefes des Grafen Hertling an ihn vom 11. Dezember 1914 ist dargetan: Von einem Ansinnen, Graf Hertling solle Unwahrheiten bekanntgeben, kann nicht die Rede sein; Graf Hertling ist nur ersucht worden, wenn er irrtümlich eine tatsächliche Unrichtigkeit dem französischen Geschäftsträger Allizé gegenüber gesagt haben sollte, dies zur Steuer der Wahrheit öffentlich zu berichtigen.

8. Die Wirkung der Veröffentlichung war bei den Gegnern Deutschlands nicht die, die Eisner erwartete. Sie war die, die die Reichsleitung und das Auswärtige Amt in ihren Kundgebungen vom 25., 26. und 28. November 1918 (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente Seite 51, 58 und 59) erörterten. Sie war die, die der Zeuge Dr. Quidde in seiner Rede in der 4. Sitzung des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern vom 17. Dezember 1918 (Stenogr. Bericht d. prov. Nat.-R. 1918 Bd. I, Seite 58 und ff.) angab. Sie war die, die jeder mit nur etwas Wirklichkeitssinn ausgestattete Mensch voraussehen konnte. Unsere Gegner haben sich mit Freuden der Veröffentlichung ermächtigt, nicht um einen Frieden der Völkerversöhnung zu schließen, sondern um den in dem eingangs erwähnten Artikel 231 des Friedensvertrags aufgestellten, von Deutschland nicht aus Ueberzeugung, sondern nur unter dem Drucke der damals verzweifelten Lage anerkannten Spruch, Deutschland sei Urheber des Weltkrieges, durch ein deutsches Zeugnis mitzustützen, einen Spruch, der die Deutschland auferlegten unerträglichen Lasten rechtfertigen soll. Dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation, Kurt Freiherrn von Lersner, tönte nach seiner beeidigten Zeugenaussage, wenn er sich mit den Gegnern über die Schuldfrage unterhielt und dabei die Frage verneinte, der Name „Eisner" entgegen. In dem Berichte der Kommission der Gegner für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen vom 29. März 1919 an die Konferenz der Friedenspräliminarien ist die Veröffentlichung Eisners zum Beweise von Deutschlands Schuld mehrfach erwähnt, dazu teilweise noch mit weiteren Entstellungen. (Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, Berlin 1919, Seite 31 ff.). Die deutsche Viererkommission konnte in ihren Bemerkungen vom 27. Mai 1919 zum Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Verantwortlichkeiten der Urheber des Krieges (Deutsches Weißbuch Seite 56 ff.) die Veröffentlichung Eisners nicht als Fälschung entlarven, weil ihr der volle Wortlaut der Berichte und Fernsprechmeldungen damals nicht bekannt war. Die Mantelnote des Ultimatums vom 16. Juni 1919, in dem die Gegner die unbedingte Annahme des Friedensdiktats von Deutschland forderten, und das Ultimatum selbst enthalten eine ausführliche Schuldanklage. Sie beruhen auf dem Bericht der Kommission der Gegner vom 29. März 1919 und dadurch mittelbar auch mit auf der Veröffentlichung Eisners.

Die Fälschung ist eines der Hindernisse im Kampfe gegen die Behauptung der Alleinschuld Deutschlands im Weltkriege, einer Behauptung, die sich nach den eidlichen Aussagen der mit dem wirklichen Sachverhalt besonders vertrauten Sachverständigen, nach dem Inhalt der Bücher, die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch und die bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, nicht rechtfertigen läßt, einer Behauptung, die, wenn auch die Gegner gleich Rußland einmal ihre Archive öffnen, wohl zweifelsfrei entkräftet werden wird, einer Behauptung, die auch der Privatkläger nicht aufrechterhält.

Die an die Veröffentlichung geknüpfte Hoffnung Eisners, der nach der beeidigten Aussage des Zeugen Grafen Sqden am 24. Nov. 1918 im Gebäude der bayerischen Gesandtschaft in Berlin die Meinung vertrat, Clemenceau, Lloyd George und Wilson seien die größten Idealisten, hat sich nicht erfüllt.

9. Mit dem Anfügen der Fußnote hat der Angeklagte Dr. Cossmann in Beziehung auf den Privatkläger die Tatsache behauptet, nicht Eisner, sondern der Privatkläger habe die folgenschwere falsche Wiedergabe der Berichte und Fernsprechmeldungen verschuldet. Mit der Wiederholung dieser Ausführung in den Zeitungen „Münchner Neueste Nachrichten", „Bayerischer Kurier" und „Das bayerische Vaterland" haben die Angeklagten Müller, Osterhuber und Dr. Adlmaier diese Tatsache weiter verbreitet. Mit der unter Verwendung von an sich beschimpfenden Ausdrücken aufgestellten Ausführung „Die ganze Mache Eisners und Fechenbachs war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindbundes" hat der Angeklagte Dr. Adlmaier weiter die Tatsache behauptet, der Privatkläger habe sich für die Fälschung von den Gegnern bezahlen lassen. Diese Tatsachen sind, wie für jedermann und darum auch für die Angeklagten erkennbar, geeignet, den Privatkläger verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Die Tatsachen sind nicht erweislich wahr. Der Umstand, daß der Privatkläger das Diktat Eisners niederschrieb, rechtfertigt noch nicht, zu sagen, der Privatkläger habe die Fälschung begangen. Er rechtfertigt dies schon um deswillen nicht, als nach der Erklärung des Privatklägers der

Digitized by Google

Privatkläger den Versuch machte, Eisner zur Veröffentlichung des vollen Wortlautes zu veranlassen. Die Zeugin Else Eisner hat nach ihrer eidlichen Aussage eine Aeußerung, wie sie ihr in den Mund gelegt wurde, nicht getan. Es hat kein Zeuge bestätigt, daß der Privatkläger von den Gegnern bezahlt worden ist.

Die Angeklagten berufen sich darauf, sie hätten berechtigte Interessen wahrgenommen. Die Vertreter der Presse haben nach der ständigen, bis jetzt nicht aufgegebenen Rechtsprechung des Reichsgerichtes und des bayerischen Obersten Landesgerichtes auf dem Gebiete der Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht mehr Rechte wie jeder andere Mensch. Das Vorliegen von öffentlichen Interessen, von Interessen der Allgemeinheit genügt nicht zur Bejahung der Frage, ob Wahrnehmung berechtigter Interessen gegeben ist. Es müssen eigene Interessen der Pressevertreter vorliegen, mindestens solche Interessen, die die Vertreter wie eigene infolge besonderer Verhältnisse berühren. Die Angeklagten haben damit, daß sie gegen die Fälschung Stellung nahmen, öffentliche Interessen, Interessen der Allgemeinheit wahrgenommen.

Diese Interessen begreifen aber eigene Interessen der Angeklagten von solcher Erheblichkeit in sich, daß ihre Wahrnehmung auch gegenüber dem Anspruch des Privatklägers auf Achtung seiner Ehre als eine berechtigte Handlung angesehen zu werden vermag.

Das Friedensdiktat von Versailles trifft jeden Deutschen. Jeder Deutsche spürt die Wirkung des Diktats tagtäglich am eigenen Leibe. Jeder Deutsche hat deshalb das Recht, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu versuchen, auf eine Aenderung des Diktats hinzuwirken. Dazu gehört die Entkräftung von unrichtigen Veröffentlichungen, die die Gegner zum Beweise der Urheberschaft Deutschlands am Kriege, des Grundes des Schuldspruchs, mitverwendet haben. Die Aeußerungen der Angeklagten Dr. Cossmann, Müller und Osterhuber sind rein sachlich gehalten. Aus der Form und aus den Umständen, unter denen die im guten Glauben gemachten Aeußerungen geschahen, geht das Vorhandensein, die Absicht einer Beleidigung, nicht hervor. Die Aeußerungen des Angeklagten Dr. Adlmaier ist von einer Reihe rein beschimpfender Ausdrücke begleitet. Aus der Häufung dieser Ausdrücke, somit aus der Form, geht deshalb hervor, der Angeklagte Dr. Adlmaier verfolgte neben der Wahrung berechtigter Interessen auch den Zweck, die Ehre des Privatklägers zu verletzen, ihn zu beleidigen.

Die Aeußerungen der Angeklagten Dr. Cossman, Müller und Osterhuber sind deshalb nicht strafbar, die Aeußerung des Angeklagten Dr. Adlmaier bleibt strafbar. Die drei Erstgenannten sind demgemäß von der Anklage eines Vergehens der üblen Nachrede freizusprechen, der vierte Angeklagte ist, da der von dem entsprechend bevollmächtigten Rechtsanwalt des Privatklägers am 27. Oktober 1921 schriftlich beim Amtsgerichte München gestellte Strafantrag frist- und formgerecht gestellt ist, eines Vergehens der üblen Nachrede schuldig. §§ 186, 194, 61, 193 RStGB., § 156 Abs. 2 RStPO. (Entscheidung des Obersten Landesgerichtes in Strafsachen Band VII, Seite 47.)

10. Die mit Beschimpfungen verbundene üble Nachrede des Angeklagten Dr. Adlmaier hat den Privatkläger schwer an der Ehre verletzt. Der Vorwurf der Bestechung mußte ihn besonders kränken. Das wirkt straferschwerend. Die Beleidigung ist aber auch der Ausfluß der begreiflichen Empörung über die Fälschung, die es den Gegnern ermöglicht hat, durch ein deutsches Schuldbekenntnis einer Regierungsstelle die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands zu stützen und damit das auf dem ganzen deutschen Volke wie ein schwerer Alp lastende Diktat von Versailles mitzurechtfertigen. Das wirkt strafmindernd. Eine Geldstrafe von 500 Mark ist angemessen. Sie ist, wenn sie nicht beitreibbar ist, in eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen umzuwandeln. §§ 28, 29 RStGB., neueste Fassung.

11. Der Ausspruch im Kostenpunkt ist die gesetzliche Folge der Verurteilung und der Freisprechung. §§ 497, 499, 503 RStPO.

12. Die Beleidigung des Angeklagten Dr. Adlmaier ist in einer Zeitung, also öffentlich begangen. Da auf Strafe gegen ihn erkannt ist, ist dem Privatkläger die Befugnis zuzusprechen, die Verurteilung des Angeklagten Dr. Adlmaier auf seine Kosten öffentlich bekannt zu machen. Die aus Nr. 5 der Formel ersichtliche Art und Frist ist angemessen. § 200 StGB.

Der Amtsgerichtsrat:
gez. Frank.

Redaktionell abgeschlossen am 26. Mai 1922. Verantwortlich Graf Otto zu Stolberg in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet, Druck des Textteiles von Anorr & Hirth, G. m. b. H., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Die große deutsche Aktenpublikation[1]).

Von Dr. Johannes Lepsius.

Als sich die deutsche Reichsregierung im Sommer 1919 entschloß, als erste unter den am Weltkriege beteiligten Mächten ihr diplomatisches Archiv zu öffnen und das Aktenmaterial der Vorkriegszeit mit Einschluß aller geheimen und geheimsten Dokumente der Welt vorzulegen, tat sie einen Schritt von epochemachender Bedeutung. Zum erstenmal in der Geschichte der Staatskunst aller Jahrhunderte wurde mit dem System einer Geheimpolitik gebrochen, die es den Zeitgenossen verwehrte, die selbsterlebte Geschichte in ihren letzten Zusammenhängen zu verstehen. Erst der gelehrten Forschung künftiger Generationen war es bisher gestattet, aus den geöffneten Archiven der Staatskanzleien die Rätsel eines Geschickes zu ergründen, das das lebende Geschlecht am eigenen Leibe erfahren hatte. Nur wenige Wissende, deren Mund durch beschworene Schweigepflicht versiegelt war, vermochten sich über die letzten Motive und Absichten einer Politik Rechenschaft abzulegen, die die Völker wie ein unerforschliches Fatum über sich ergehen lassen mußten. Auch die konstitutionellen Einrichtungen und die demokratischen Verfassungen, die sich der größte Teil der europäischen Staaten gegeben hatte, haben der auswärtigen Politik nicht den Geheimcharakter der vormaligen Kabinettspolitik genommen. Bis auf die Gegenwart lag die auswärtige Politik aller europäischen Großmächte in den Händen eines engen und engsten Kreises von Eingeweihten. Die Völker, die Parlamente, ja selbst die Minister der übrigen Ressorts der jeweiligen Kabinette erfuhren von den geheimen Plänen und Absichten der führenden Staatsmänner und von den Verpflichtungen, die sie gegenüber fremden Regierungen eingegangen waren, immer nur soviel, als es den Leitern der auswärtigen Politik gefiel. Nicht nur in den östlichen Monarchien, auch in den westlichen Demokratien blieb die auswärtige Politik ein exklusiv aristokratisches Geschäft einiger weniger zur Weltregierung berufener Männer. Erst durch den Weltkrieg und seine Folgen scheint den Völkern zum Bewußtsein gekommen zu sein, eine wie geringe Zahl von Auserwählten über ihre irdische Seligkeit oder Verdammnis zu entscheiden hatte. Im Prolog seiner ruhmvollsten „Historie" hielt es Shakespeare für notwendig zu entschuldigen, daß die „Hahnengrube" seines Theaters „die Ebenen Frankreichs" fassen und „die Schlacht von Agincourt" in einem „O von Holz" Raum finden sollte. Verglichen mit diesem Mißverhältnis von Bühne und Geschichte, bedarf es nicht der geringsten Zumutung an unsere Phantasie, sich die Weltgeschichte der Politik mit ihren handelnden Personen um das „O von Holz" eines Konferenztisches versammelt zu denken. Die Monarchen, Präsidenten, Premierminister und Staatssekretäre, welche jeweils die souveränen Entschließungen der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" zu fassen hatten, würden, selbst noch mit einem Gefolge von Botschaftern, bequem auf einem Theaterzettel Raum finden. Was sonst noch mitzusprechen scheint, Herren vom Adel, Damen des Hofes, Offiziere, Beamte, Bürger, Volk kann namenlos den Schluß des Zettels bilden.

Man braucht sich daher auch nicht zu wundern, wenn in der deutschen Aktenpublikation nur eine außerordentlich geringe Zahl von immer wiederkehrenden Namen als Verfasser amtlicher Erlasse und Berichte erscheint. Je einheitlicher und zielbewußter Politik getrieben wird, um so mehr verdrängt in der Regel ein einziger Name alle übrigen. In der Bismarckära beherrscht der Kanzler souverän den gesamten Betrieb des amtlichen Geschäftsverkehrs. Von den 1365

[1]) Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922.

Die Aktensammlung wird die wichtigsten diplomatischen Dokumente der Politik des kaiserlichen Deutschland vom Frankfurter Frieden bis zum Ausbruche des Weltkrieges umfassen. Sie wird eröffnet mit sechs Bänden aus der Ära der Kanzlerschaft des Fürsten von Bismarck vom Präliminarfrieden von Versailles, 26. Februar 1871, bis zum Sturze Bismarcks, 20. März 1890. Die gesamte Publikation ist auf 20 Bände berechnet.

Die „Süddeutschen Monatshefte" werden den Bismarckbänden zwei Hefte widmen.

Digitized by Google

Dokumenten der sechs Bismarckbände entstammt nahezu ein Viertel dem großen Bleistift oder dem mündlichen Diktat des Reichskanzlers; auch alle übrigen Dokumente tragen mehr oder weniger als Antwort auf seine Erlasse oder Unterlage seiner Marginalien den Stempel seines Geistes. Über dem Wald von Akten strahlt sein sonnenhaftes Auge, das unermüdlich über dem Geschick des deutschen Volkes und dem Frieden von Europa wachte. Und welch ein Licht verbreitet sein prophetisches Urteil über Menschen und Dinge! So groß ist die Beherrschtheit und Sachlichkeit seines Geistes, daß nur selten sein mächtiges Temperament durch die abgewogene Sprache seiner Erlasse hindurchbricht. In dem ruhigen Spiegel seines Geistes zeichnen sich die Vorgänge der Welt und die Motive der handelnden Staatsmänner mit unbestechlicher Klarheit ab. Seine Urteile und Entscheidungen springen oft wie Athene aus dem Haupt des Zeus hervor, in der Rüstung kurz geschürzter Worte, den Köcher voll treffender Pfeile. Man vergleiche seine Marginalien mit den Erlassen, die seine nächsten Mitarbeiter „pro margine" daraus geformt haben, und man wird erstaunen, wie die epigrammatische Kürze weniger im Augenblick des Lesens an den Rand geworfener Worte ausreicht, um schwierige Fragen zu erledigen und wichtige Entscheidungen zu begründen. Wiederum begegnet man Exposés und Immediatberichten, die mit größter Sorgfalt durchgearbeitet und bis aufs Wort ausgefeilt sind.

Keinem kundigen Leser wird verborgen bleiben, worin der Vorzug der deutschen Aktenpublikation vor den herkömmlichen diplomatischen „Farbbüchern" besteht. Hier werden nicht nur für ungefährlich erachtete und zweckdienlich zurechtgemachte Aktenstücke publiziert; gerade für die Öffentlichkeit völlig unpassende geheime Dokumente und private Aufzeichnungen werden ans Licht gebracht, und noch dazu in ihrer intimsten Form, gleichsam im Negligé, mit allen an den Rand geworfenen Bemerkungen, die nur zwei oder vier Augen zu Gesicht bekommen sollten. Wenn es für die Beurteilung staatsmännischer Handlungen darauf ankommt, gerade die letzten Beweggründe und innersten Absichten politischer Entschlüsse zu entschleiern, hier können sie gleichsam unter der Lupe erforscht werden. Wer die Verhandlungen studiert, aus denen die Konzeptionen des Bismarckschen Bündnissystems geboren wurden, wird etwas wie eine Embryologie der Verträge schreiben können. Wer die Seelenkämpfe, die Bismarck auch mit dem alten Kaiser nicht erspart blieben, in den Verhandlungen über das deutsch-österreichische Bündnis miterlebt, wer in den Krisen der europäischen Politik die Schürzung der Knoten, die Entschürzung der Intrigen und das Turnier der Notenkämpfe zwischen den Kabinetten im einzelnen verfolgt, wird in Spannungen versetzt, die dem trockenen Aktenmaterial dramatische Kraft verleihen.

Bei der Fülle der Dokumente liegt eine doppelte Gefahr für den Leser nahe, entweder daß er den Wald vor Bäumen nicht sieht, oder daß er, planlos in der Fülle des Stoffes umherirrend, Beiläufiges mit Wesentlichem, Holzwege der Politik mit großen Richtwegen verwechselt. Um dem zu entgehen, muß man sich entschließen, die Dokumente lückenlos im Zusammenhang zu lesen. Die Herausgeber sahen es als einen Vorzug an, daß sie dem forschenden Historiker eine Fülle neuen Aktenmaterials zugänglich machen konnten, ebensosehr aber war ihre Absicht darauf gerichtet, jedem gebildeten Leser, der sich über die europäische Politik der letzten Jahrzehnte ein eigenes Urteil bilden will, den spröden Stoff soweit zurechtzulegen, daß er ohne weitere Kommentare das Aktenmaterial wie ein Geschichtsbuch zu lesen vermag. Dies war auch der Grund, weshalb die Herausgeber davon Abstand genommen haben, die Dokumente nach rein wissenschaftlichen Grundsätzen einfach chronologisch aneinanderzureihen; sie haben es vorgezogen, die Fülle des Stoffes derartig zu gruppieren, daß in abgerundeten Kapiteln die jeweils im Vordergrund stehenden politischen Fragen bis zu ihrem vorläufigen oder definitiven Ablauf verfolgt und gleichzeitige Vorgänge auf verschiedenen Schauplätzen in parallelen Kapiteln behandelt wurden.

Es bedarf keiner Versicherung, daß die Herausgeber sich kein einziges Schriftstück entgehen ließen, das durch seinen intimen und sekreten Charakter Aufschluß über letzte Motive versprach. Denn eben dies war im Unterschied von der Publikation diplomatischer Farbbücher ihr unschätzbares Privileg, daß sie, als nichtbeamtete Forscher durch keinerlei diplomatisches Interesse beirrt, durch keinerlei politische Zensur behindert, sich allein die unparteiischste Feststellung der Wahrheit zum Ziel setzen konnten. Englische Blaubücher, französische Gelbbücher, deutsche Weißbücher usw. waren notgedrungen und zugestandenermaßen selbst wieder nur Instrumente irgendeiner aktiven Politik, die, je mehr sie der Öffentlichkeit preisgeben mußte, um

Digitized by Google

so geflissentlicher die exakten Umrisse der Wahrheit zu retuschieren genötigt war. Von diesem Zwange waren die Herausgeber durch ihren Auftrag befreit und nur auf ihre persönliche und wissenschaftliche Verantwortung gestellt. Sie hatten einfach zu ermitteln und festzustellen, „wie es gewesen ist". Auf diesem Vorzug ruht nicht in letzter Linie der Wert der deutschen Aktenpublikation, denn er bietet die Bürgschaft dafür, daß hier mit den Gepflogenheiten der Geheimpolitik in vollem Ernste gebrochen wurde.

Der erste der 14 Punkte, die Präsident Wilson in seiner Kongreßrede vom 8. Januar 1918 als „Programm des Weltfriedens" formulierte — ein Programm, das die Rechtsgrundlage des Waffenstillstandes bildete —, hatte gelautet: „Offene Friedensverträge haben offen zustande zu kommen und es sollen danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt arbeiten." Es ist hier nicht unsere Sache, zu untersuchen, ob diese Regel während der Friedensverhandlungen und hernach erfüllt worden ist; auch das steht hier nicht in Frage, ob nach den Erfahrungen der letzten Jahre die moralische Achtung der Geheimpolitik durch Präsident Wilson mehr als ein frommer Wunsch bleiben wird, soviel aber steht fest, daß, sollten die Wilsonschen Grundsätze, die der Diplomatie vorschreiben, „immer offen und vor aller Welt zu arbeiten", auch jetzt noch den Staatsmännern der Welt als Ideal vorschweben, für eine solche Zukunftspolitik dadurch der Boden geebnet werden müßte, daß mit der Geheimpolitik der jüngsten Vergangenheit gebrochen und dem lebenden Geschlecht die diplomatischen Archive, in denen sein Schicksal versiegelt wurde, geöffnet werden. Die deutsche und die österreichische Regierung sind die einzigen, die bis jetzt mit dem Wilsonschen Programm Ernst gemacht haben. Die letzte Rechtfertigung aber würde ihr Entschluß erst finden, wenn auch die übrigen Großmächte dem deutschen Beispiele folgen, auch ihrerseits ihre diplomatischen Archive öffnen und damit der Welt ein unerhörtes Schauspiel internationaler Ehrenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit bieten würden. Wer kann im voraus sagen, ob ein solches Schauspiel äschyleische Erschütterung oder homerisches Gelächter hervorrufen würde; jedenfalls aber würde es eine „Reinigung von Leidenschaften" in unserer von Lüge und Verleumdung befleckten Welt bewirken. Mag nun aber das deutsche Beispiel Nachfolge finden oder nicht, das Wort, mit dem die Herausgeber ihr Vorwort zum ersten Bande der deutschen Aktenpublikation schließen, wird seine Wahrheit behalten: „Niemand kann und wird verkennen, daß eine Regierung, daß ein Volk, das die Geheimnisse seiner Staatskunst schrankenlos preisgibt, ein Vertrauen ohne Grenzen zur versöhnenden und heilenden Macht der Wahrheit hat."

Mögen diese Gesichtspunkte genügen, um den allgemeinen Charakter der deutschen Aktenpublikation zu kennzeichnen. Was im übrigen über Ursprung und Methode der Publikation zu sagen ist, mag mit den Worten des Vorwortes wiedergegeben werden:

„Als die deutsche Reichsregierung im Sommer 1919 dem General Grafen Max Montgelas und dem Professor Dr. Walter Schücking den Auftrag erteilte, die von Karl Kautsky zur Veröffentlichung vorbereiteten Akten des Auswärtigen Amts zum Kriegsausbruch herauszugeben, war sie sich darüber im klaren, daß es bei dieser nur die kurze Zeitspanne vom Attentat in Serajewo bis zum Kriegsausbruch umfassenden Publikation nicht sein Bewenden haben könne. Von vornherein ging der Plan dahin, den deutschen ‚Dokumenten zum Kriegsausbruch', die mit den österreichischen ‚Diplomatischen Aktenstücken zur Vorgeschichte des Krieges 1914' den Anfang in der rückhaltlosen Öffnung der Auswärtigen Archive gemacht haben, baldmöglichst eine Sammlung der weiteren Vorkriegsakten des Auswärtigen Amts folgen zu lassen. Mit dieser Aufgabe wurde am 3. August 1919 zunächst der Mitverfasser der Versailler Denkschrift über die Schuld am Kriege, Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, beauftragt; ihm traten, da sich bald herausstellte, daß ein Bearbeiter die gewaltige Aufgabe in absehbarer Frist nicht zu bewältigen vermöge, im Februar und März 1920 als gleichberechtigte Mitherausgeber Dr. Johannes Lepsius und Dr. Friedrich Thimme zur Seite...

„Für die gesamte Anlage und Durchführung der Publikation tragen die Herausgeber, ebenso wie für die Auswahl der Aktenstücke gemeinsam die Verantwortung. Zwar hat unter ihnen eine Arbeitsteilung stattgefunden, dergestalt, daß Dr. Mendelssohn-Bartholdy das Verhältnis zum britischen Weltreich und die Haager Friedenskonferenzen, Dr. Lepsius die Gesamtheit der Ostfragen: Rußland, Österreich-Ungarn, Balkan, Türkei, Dr. Thimme die deutsch-französischen

Digitized by Google

Beziehungen, die mitteleuropäische Bündnispolitik, den französisch-russischen Zweibund und die Tripelentente sowie die Ostasiatischen Fragen bearbeitet hat. Im Fortgang der Arbeit aber kam es zu einem vielseitigen Austausch unter den Herausgebern. Um der Publikation die volle Einheitlichkeit zu sichern, ist auf Grund einer Vereinbarung unter den Herausgebern und unbeschadet der Verantwortlichkeit eines jeden von ihnen für seine Abteilung, Dr. Thimme die gesamte abschließende Bearbeitung der ausgewählten Akten bis zur Erteilung der Druckerlaubnis zugefallen. Im ganzen ist durch das konzentrische Zusammenarbeiten nicht nur die gesamte Editionstechnik sondern auch die Aktenauswahl so stark beeinflußt worden, daß die Herausgeber das Ergebnis ihrer mehrjährigen mühevollen Arbeit nur in voller Solidarität dem deutschen Volke vorlegen können."

Die Aktenpublikation und die Schuldfrage.

Das weitschichtige Material der deutschen Aktenpublikation wird eine solche Fülle von historischen Problemen in Fluß bringen, daß nur eine umfängliche historische Literatur sie bewältigen kann. Längst verhandelte Fragen empfangen neues Licht. Unerwartete Aufschlüsse und neue Tatsachen verrücken die bisherigen Ergebnisse der Forschung. Der Historiker empfängt unschätzbares Material und wird genötigt, die politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches neu zu schreiben. Wenn wir hier in dem begrenzten Raum zweier Hefte zunächst von den sechs Bismarckbänden Rechenschaft geben wollen, ist es ratsam, wenn anders wir uns nicht in der Fülle des Materials verlieren wollen, uns möglichst auf ein großes Thema zu konzentrieren, das der aktuellen Bedeutung der Publikation gerecht wird.

Anfang und Ende des geschichtlichen Weges, den wir zu überschauen haben werden, sind durch den Namen Versailles bezeichnet. Die Kaiserproklamation von Versailles vom 18. Januar 1871 war die Geburtsurkunde des deutschen Kaiserreiches, der Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 sein Grabgeläute. So schicksalsvoll sich Anfang und Ende, so widerspruchsvoll stehen sich das Friedensbekenntnis des ersten Versailles und das Schuldbekenntnis des zweiten Versailles gegenüber. In dem feierlichen Moment der Begründung des Reiches verkündete die Kaiserproklamation ein Friedensprogramm, das der deutschen Politik wie für ewige Zeiten ihre künftigen Bahnen vorschrieb. In dem letzten von Bismarck eigenhändig formulierten Satz der Proklamation des ersten Deutschen Kaisers im neuen Reich heißt es[1]):

„Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Diesem aller Welt in Versailles verkündeten Gelöbnis des neu erstandenen Deutschen Reiches steht gegenüber das in demselben Versailles über dasselbe Deutsche Reich gefällte Schulburteil, ein Schulburteil, das für alle anderen europäischen Großmächte eine eminente Friedenspolitik in Anspruch nimmt und allein das Deutsche Reich einer verbrecherischen Kriegspolitik bezichtigt. Nach jahrzehntelanger Vorbereitung habe es planvoll den Weltkrieg entfesselt, um sich als Mehrer des Reiches an kriegerischen Eroberungen zu erweisen, mit dem Endzweck der Unterjochung Europas und der Weltherrschaft.

Das erste und das zweite Versailles sprechen einander Hohn. Gelübde und Erfüllung schlagen sich ins Gesicht. Die deutsche Reichspolitik gleicht, so beurteilt, der Laufbahn eines Verbrechers, der sich den Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert hat. Ein Reich, das mit einem Gloria in excelsis et pax in terra die Bühne der Welt betrat, endet mit einem Sturz, dem die Welt ein Apage Satana nachschreit. Kein Sensationsroman kann Anfang und Ende seines Helden grauenhafter kontrastieren. Oder haben wir zu starke Farben aufgetragen?

Hören wir das Schulburteil von Versailles.

Ich schicke voraus, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte der Gerechtigkeit und Wahrheit ihres Schuldspruches so vollkommen bewußt waren, daß sie ihr Urteil „tatsächlich und letzten Endes dem Urteil der Gesamtheit der zivilisierten Welt" gleichstellten. Drei Dokumente sind es, in denen die Schuld Deutschlands vor aller Welt festgestellt worden ist: 1. die Mantel-

[1]) Alle Sperrungen in den Texten dieses Heftes rühren von mir her. Lepsius.

Digitized by Google

note vom 16. Juni 1919, die der Präsident der Friedenskonferenz von Versailles an den Präsidenten der deutschen Delegation Grafen Brockdorff-Rantzau richtete; 2. die Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen vom gleichen Datum und 3. der Paragraph 231 des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919.

Wie lautet das Urteil der Mantelnote?

„Nach der Anschauung der Alliierten und Assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben sich nicht mit dem wachsenden Gedeihen und Einfluß begnügt, nach welchen zu streben Deutschland berechtigt war, und welche alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten."

Wie lautet die historische Begründung dieses Urteils im Ultimatum?

(Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte Teil VII, I.)

„Der Ausbruch des Krieges ist nicht auf einen plötzlichen Entschluß, der in einer schweren Krisis gefaßt ist, zurückzuführen. Er war das logische Ergebnis einer Politik, die seit Jahrzehnten von Deutschland unter dem Einfluß des preußischen Systems verfolgt wurde. Die ganze Geschichte Preußens ist durch den Geist der Beherrschung, des Angriffs und des Krieges charakterisiert. Hypnotisiert durch den Erfolg, mit welchem Bismarck, der Tradition Friedrichs des Großen folgend, die Nachbarn Preußens beraubte und die deutsche Einheit durch Blut und Eisen schmiedete, unterwarf sich das deutsche Volk nach 1871 fast vorbehaltlos dem Einfluß und der Führerschaft seiner preußischen Herrschaft. Der preußische Geist war nicht damit zufrieden, daß Deutschland einen großen und einflußreichen Platz im Rate gleicher Nationen einnehme, auf den es ein Anrecht hatte, und den es gesichert hatte. Er konnte durch nichts Geringeres befriedigt werden als durch die Erlangung höchster und autokratischer Gewalt. In einem Augenblicke also, als die westlichen Nationen ernsthaft bestrebt waren, die Rüstungen einzuschränken, an Stelle der Rivalität in den internationalen Angelegenheiten Freundschaft zu setzen und den Grundstein zu einer neuen Ära zu legen, in welcher alle Nationen freundschaftlich an der Leitung der Geschäfte der Welt zusammenwirken sollten, haben die Lenker Deutschlands unaufhörlich Mißtrauen und Feindschaft zwischen allen ihren Nachbarn gesät, haben mit allen Elementen der Unruhe in allen Ländern gemeinsame Sache gemacht und haben unausgesetzt die Rüstungen Deutschlands vergrößert und seine militärische und maritime Macht befestigt. Sie machten alle Hilfsmittel, über die sie verfügten, mobil, die Universitäten, die Presse, die Kanzel, den ganzen Mechanismus der Staatsmaschine, um ihr Evangelium des Hasses und der Gewalt zu predigen, damit bei gegebener Zeit das deutsche Volk auf ihren Ruf antworten könne. Das Ergebnis war, daß in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts und während des 20. Jahrhunderts die ganze Politik Deutschlands darauf gerichtet war, sich eine Stellung zu sichern, kraft deren sie herrschen und diktieren könne... Das militärische Dogma, wonach das einzige Verteidigungsmittel für Deutschland darin bestand, sich als erstes auf seinen Nachbarn zu stürzen, diente als Vorwand, um eine militärische Organisation und einen strategischen Plan zu fordern, welche im gegebenen Momente Deutschland fähig machen sollten, jeden Widerstand zu zerschmettern und Deutschland zum absoluten Herrscher im Osten und Westen zu machen... Das autokratische Deutschland wollte unter dem Einfluß seiner Lenker mit aller Macht die Vorherrschaft erlangen. Die Nationen Europas waren entschlossen, ihre Freiheit zu retten. Die Furcht der Führer Deutschlands, es möchten ihre Pläne der Weltherrschaft durch die wachsende Flut der Demokratie zunichte gemacht werden, führte sie dazu, alle ihre Bemühungen darauf zu richten, jedweden Widerstand mit einem Streiche zu brechen, indem sie Europa in einen Weltkrieg stürzten...

Digitized by Google

Deutschland ist unter dem Einfluß Preußens die Vorkämpferin der Macht und der Gewalt, der Täuschung, der Intrige und der Grausamkeit in der Behandlung der internationalen Angelegenheiten gewesen. Während mehrerer Jahrzehnte hat Deutschland unausgesetzt eine Politik getrieben, die darauf hinzielte, Eifersucht, Haß und Zwietracht zwischen den Nationen zu säen, nur damit es seine selbstsüchtige Leidenschaft nach Macht befriedigen konnte."

Durch diesen Urteilsspruch und seine historische Begründung haben sich die Alliierten und Assoziierten Mächte das Recht zuerkannt, dem Frieden von Versailles den Charakter eines Straffriedens zu verleihen. Diesem Charakter gibt der Artikel 231 des Friedensvertrages von Versailles Ausdruck:

„Die Alliierten und Assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die Alliierten und Assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Die Anerkennung der Urheberschaft des Krieges durch Deutschland ist, wie man weiß, erzwungen. Sie hat angesichts der Drohungen der Entente den Wert eines unter der Folter erpreßten Geständnisses. Das deutsche Volk hat seine Verantwortung für die Urheberschaft des Weltkrieges, seiner Verluste und Schäden, mit freiem Willen und unerzwungener Unterschrift niemals anerkannt und wird sie niemals anerkennen.

Das Schuldurteil und seine historische Begründung greift auf Jahrzehnte zurück. Es lehnt es ab, die Schuld Deutschlands an der Entstehung des Krieges einzig aus der „Geschichte der kritischen Tage des Juli 1914" herzuleiten. Es greift zurück auf das Jahr 1871, auf die Hypnose der Bismarckschen Erfolge und auf die Tradition Friedrichs des Großen. Diese weit ausholende Begründung nötigt, die Erforschung der Kriegsursachen — wenn anders man darauf verzichtet, die Grabesruhe Friedrichs des Großen zu stören — bis auf den Frankfurter Frieden auszudehnen.

Nach der Geschichtsauffassung der Alliierten und Assoziierten Mächte ist die historische Schuld des deutschen Volkes in den folgenden Tatsachen begründet:

1. Der Ausbruch des Weltkrieges war das logische Ergebnis einer deutschen Kriegspolitik von Jahrzehnten.

2. Durch Jahrzehnte hat Deutschland Eifersucht, Haß und Zwietracht zwischen den Nationen gesät und seine Lenker haben ihrem Volke das Evangelium des Hasses und der Gewalt gepredigt.

3. Die Regierenden Deutschlands wollten ein unterjochtes Europa beherrschen und tyrannisieren, und Deutschland zum absoluten Herrscher im Osten und Westen machen.

4. Das Endziel ihrer Pläne war nichts Geringeres als die Weltherrschaft.

5. Um ihren Machthunger zu befriedigen, haben sie vorsätzlich Europa in einen Weltkrieg gestürzt.

6. Alle diese Schuldmomente zusammengenommen konstituieren „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat."

7. Im Unterschied von dem Verbrecherstaat Deutschland waren „die westlichen Nationen ernsthaft bestrebt, die Rüstungen einzuschränken, an Stelle der Rivalität in den internationalen Angelegenheiten Freundschaft zu setzen und den Grundstein zu einer neuen Ära zu legen, in welcher alle Nationen freundschaftlich an der Leitung der Geschäfte der Welt zusammenwirken sollten".

Ueber den Charakter des Friedens von Versailles als eines Straffriedens und den unlöslichen Nexus zwischen der Verantwortlichkeit für den Krieg und der Härte der Sühne hat sich der englische Premierminister Mr. Lloyd George am 3. März 1921 gegenüber dem deutschen Außenminister Dr. Simons folgendermaßen ausgesprochen:

„Für die Alliierten ist Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg fundamental. Sie ist die Grundlage, auf der der Bau des Vertrages errichtet worden

Digitized by Google

ist, und wenn diese Anerkenntnis zurückgewiesen oder aufgegeben wird, ist der Vertrag vernichtet. Die Alliierten haben daher die Empfindung, die Tatsache in Rechnung ziehen zu müssen, daß die deutsche Regierung, offenbar getragen von der deutschen öffentlichen Meinung, die tatsächliche Grundlage des Vertrages von Versailles bestreitet... Wir wünschen daher ein für allemal ganz klar zu machen, daß Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg von den Alliierten als chose jugée behandelt werden muß."

Der logische Zusammenhang von Schuld und Strafe, wie ihn Mr. Lloyd George noch zwei Jahre nach dem Friedensschluß als Fundament des Friedensvertrages von Versailles gekennzeichnet hat, nötigt, die Schuldfrage auf einen Ausdruck zu bringen, der sich mit den Beurkundungen der Mantelnote, des Ultimatums und des Friedensvertrages deckt. Schließt man alle Schuldmomente, die das Ultimatum aufführt, in die von der Mantelnote erhobene Anklage ein, so müßte die Frage des Richters an die Geschworenenbank der zivilisierten Welt lauten: Ruht die geschichtliche Verantwortung für den Weltkrieg auf Deutschland? Ist somit Deutschland schuldig des größten Verbrechens gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat? — Ja oder Nein?

Nur diese Formulierung der Schuldfrage deckt sich mit der Anklage, die in Versailles gegen Deutschland erhoben worden ist. Das Urteil von Versailles, das, wie die Alliierten und Assoziierten Mächte annehmen, „tatsächlich und letzten Endes dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist", lautete auf „schuldig". Die dem Schuldigen auferlegte Strafe war der Friedensvertrag von Versailles. Nach dem Urteil von Mr. Lloyd George handelt es sich um eine „chose jugée". Der Nexus zwischen Schuld und Strafe ist so eng, daß durch die Bestreitung der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg der Vertrag von Versailles vernichtet werden würde.

Wie die Dinge liegen, ist die Revision des Vertrages von Versailles mehr als unwahrscheinlich. Zwar gäbe es formale Gründe, die die Wiederaufnahme des Verfahrens fordern sollten: In dem Prozeß von Versailles sind die Kläger auch die Richter gewesen. Der Angeklagte ist nicht gehört worden. Rechtsmittel zu seiner Verteidigung wurden ihm verweigert. Die Beweisaufnahme war eine so unzureichende, wie sie vor keinem Tribunal der Welt, selbst wenn es sich um den geringfügigsten Bagatelleprozeß handelte, denkbar wäre. Das Urteil stand bereits fest, ehe die Anklage erhoben wurde.

Eine Instanz, bei der ein Wiederaufnahmeverfahren anhängig gemacht werden könnte, existiert im Umkreis derjenigen Mächte, die den Straffrieden von Versailles diktiert haben, nicht. Die einzig denkbare Instanz wäre eben jene „Gesamtheit der zivilisierten Welt", deren Urteil, ohne daß sie darum befragt worden wäre, von den Alliierten und Assoziierten Mächten mit ihrem eigenen Urteil gleichgestellt wurde.

Setzen wir den Fall, daß durch ein weltgeschichtliches Wunder ein Wiederaufnahmeverfahren des Vertrages von Versailles dennoch erfolgte, so würde eine doppelte Möglichkeit in Frage kommen. Entweder: Der größte Verbrecher der Weltgeschichte wäre imstande, sich erfolgreich zu verteidigen und das Schuldurteil würde kassiert. Die Folge wäre (nach dem Urteil von Mr. Lloyd George), daß der Vertrag von Versailles vernichtet werden müßte. Oder: Das mit unparteiischster Gerechtigkeit durchgeführte Beweisverfahren, bei dem auch der Angeklagte und seine Anwälte voll zu Worte gekommen wären, erhärtete vor der ganzen Welt aufs neue und endgültig seine Schuld. Die Folge wäre, daß der Straffriede von Versailles bestehen bliebe und daß der Name des größten Verbrechervolks der Welt für ewige Zeiten aus der Reihe der zivilisierten Nationen der Menschheit zu streichen wäre.

Es ist nicht die Aufgabe des Historikers, dem Richter vorzugreifen. Wer aber will einem Verurteilten verdenken, wenn er die Muße seines Gefängnisses dazu benützt, um seine Papiere zu ordnen und sie für den immerhin denkbaren, wenn auch unwahrscheinlichen Fall einer Wiederaufnahme des Verfahrens bereitzuhalten. Die größte Gewissenhaftigkeit bei der Ordnung seiner Papiere wird sich ihm von selbst empfehlen und er wird sich gern aller Hilfsmittel bedienen, die ihm ohne sein Zutun die historische Forschung bereitgestellt hat. In einer solchen Lage befindet sich das deutsche Volk gegenüber der deutschen Aktenpublikation.

Digitized by Google

Folgerungen.

Die Ausdehnung der Anklage von Versailles auf die gesamte Politik des kaiserlichen Deutschlands seit Gründung des Deutschen Reiches hat es dem deutschen Volk zur Pflicht gemacht, bei der unmittelbaren Vorkriegszeit nicht stehen zu bleiben, sondern mit der Kriegsschuldfrage bis auf die Bismarckzeit zurückzugehen. Entgegen der ausgesprochenen Meinung der Alliierten und Assoziierten Regierungen, „die den Ausbruch des Krieges nicht auf einen plötzlichen Entschluß, der in einer schweren Krisis gefaßt ist, zurückzuführen" wollte, sondern die Politik von Jahrzehnten seit Begründung des Deutschen Reiches für den Weltkrieg verantwortlich machte, ist in Deutschland die Frage der Kriegsschuld bisher ausschließlich auf Grund der letzten diplomatischen Vorgänge seit dem Mord von Serajewo diskutiert worden. Es ist dies wesentlich aus dem Grunde geschehen, weil nur für diese letzten Wochen, nicht aber für die vorausgegangenen mehr als 40 Jahre der Vorkriegszeit deutsche und österreichische diplomatische Dokumente in archivalischen Publikationen von wissenschaftlichem Werte vorlagen. Es ist Zeit, diesem Mangel in der Behandlung der Schuldfrage abzuhelfen. Kein besonnener Historiker wird sich dazu verstehen, die Ursachen einer Weltkatastrophe durch Erforschung einer kurzen Spanne von wenigen Wochen ergründen zu wollen. Alle Schlüsse, die sich allein auf die Hast und Sorge der letzten diplomatischen Schritte, die zum Kriegsausbruch führten, gründen, ohne ihre historischen Voraussetzungen in Rechnung zu ziehen, sind unzureichend. Was würden wir zu einem Kritiker sagen, der sich unterfangen wollte, die Struktur und den Wert einer Tragödie zu beurteilen, wenn er nur die letzte Szene des letzten Aktes gesehen hat, ohne die vorausgehenden Akte zu kennen? Eine so gigantische Katastrophe, wie der Weltkrieg, die alle Erdteile und alle Nationen in ihren verheerenden Wirbel hineinriß, ist entweder einem Vulkanausbruch zu vergleichen, der weder abzuwenden war noch in seinen Ursachen zu begreifen ist, oder sie ist das geschichtliche Fazit von Bedingungen und Voraussetzungen einer ganzen Geschichtsepoche, die nach ihrer inneren Struktur aufs gründlichste erforscht werden muß, wenn man Ursprung und Sinn der Katastrophe begreifen will. Jedermann schätzt nach der Höhe und Ausbreitung der Krone eines Baumriesen die mutmaßliche unterirdische Verzweigung und Ausdehnung seines Wurzelgeflechtes. Wer das Räsonnement über die letzten Tage und Wochen vor dem Kriegsausbruch für zureichend hält, um die Schuld am Weltkriege zu begründen, gleicht einem Manne, der um den Stamm eines Baumriesen eine Handbreit in die Erde gräbt und danach den Lauf und die Ausbreitung seiner Wurzeln ermessen will. Man kann den Zweck der deutschen Aktenpublikation nicht besser charakterisieren, als wenn man sagt, daß es ihre Absicht war, das ganze Wurzelgeflecht des Weltkrieges in den Jahrzehnten vor der Katastrophe auszugraben und den Lauf der gigantischen Wurzeln, aus denen die Weltesche des Krieges hervorwuchs, bloßzulegen. Jeder Kenner der politischen Geschichte der letzten Jahrzehnte wird von vornherein urteilen, daß die Wurzeln des Weltkrieges sich bis auf den Frankfurter Frieden von 1871, den Berliner Kongreß von 1878 und die Okkupation Ägyptens von 1882 zurückerstrecken müssen. Zu irgend späteren Terminen mit der Publikation der Akten einzusetzen, hieß die eine oder die andere Stammwurzel willkürlich durchsägen, anstatt sie vollständig auszugraben.

Als die Herausgeber die Durchforschung der diplomatischen Geschichte der Vorkriegszeit entgegen dem anfänglichen Plan, der nur auf wenige Jahre zurückgehen wollte, bis auf die siebziger Jahre ausdehnten, folgten sie der Nötigung rein wissenschaftlicher Beweggründe, tatsächlich aber kamen sie damit auch dem praktischen Bedürfnis entgegen, das sich an ihre Publikation knüpfen wird. Versucht man beim Studium der Aktenpublikation die Frage der Schuld am Weltkriege als leitenden Gesichtspunkt im Auge zu behalten, so muß sich herausstellen, ob die Schuldfrage an der deutschen Aktenpublikation ein Fundament gewonnen hat, das nicht nur der Beweisaufnahme von Versailles, sondern auch der Schulddiskussion in Deutschland bisher gefehlt hat.

Das Kriegsschuldproblem.

Diplomatie ist platonischer Krieg. Wer die 20 Bände der deutschen Aktenpublikation von Anfang bis zu Ende durchliest, wird darin nichts anderes finden, als Dokumente eines unblutigen Krieges, der jederzeit, ohne daß ein außergewöhnlicher Grund

Digitized by Google

vorläge, in einen blutigen Krieg umschlagen konnte. Krieg und Diplomatie haben dieselben Themata, denselben Rhythmus, dieselbe Melodie, nur mit veränderten Vorzeichen, veränderten Tempis und veränderten Instrumenten. In den diplomatischen Geheimakten aller Großmächte ist von nichts anderem die Rede als von Krieg. Glücklicherweise weiß die Welt davon nichts, daß das Damoklesschwert des Krieges immer nur an einem dünnen Fädchen hängt. Der friedliche Bürger würde weder seinen Geschäften nachgehen noch ruhig schlafen können, wenn er wie ein Bismarck jahraus jahrein unter dem „cauchemar des coalitions", dem Alpdruck der Koalitions- und Kriegsgefahr zu leiden hätte. Nur einmal hat Bismarck der Welt die Augen geöffnet über den Inkubus seiner schlaflosen Nächte, in jener berühmten Rede vom 6. Februar 1888, in der er die Notwendigkeit einer Steigerung der deutschen Heereskraft auf ihre normale Höhe begründete. Um verständlich zu machen, daß nicht unmittelbar drohende Kriegsgefahr, sondern „die voraussichtsvolle Beurteilung der Gesamtlage Europas" die Regierung zur Wachsamkeit zwinge, entwarf er ein Bild von den Kriegsgefahren, die er selbst und das deutsche Volk, ohne sich dessen bewußt zu sein, seit 40 Jahren durchlebt hatte. Er stellte eine Wahrscheinlichkeitsrechnung für kommende Kriege auf, die sich auf die Erfahrung eines alle 18 bis 20 Jahre eintretenden Wechsels der Regierungen in Frankreich und auf die gleiche Periode der polnischen Aufstände und der orientalischen Krisen berief. „Die wahrscheinlichste Krise, die eintreten kann, ist die orientalische." Die Geschichte gab ihm recht; die zwanzigjährige Periode der orientalischen Krisen bewährte sich: 1854/56 Krimkrieg, 1875/77 Balkankrieg, 1894/96 Armenische Krise, 1914/18 Zusammenbruch der Türkei. Weit eindrucksvoller aber war noch der Nachweis, daß Kriegsausbrüche nichts anderes sind, als akute Formen des chronischen Kriegsfiebers, an dem unausgesetzt Europa krankte. Die Gefahr für Preußen und Deutschland, in einen europäischen Koalitionskrieg hineingezogen zu werden, war perennierend. Von 1848 ging es bis in die sechziger Jahre hinein, „*ohne daß das Kriegsgewölk auch nur ein Jahr uns freigelassen hätte*". Schon 1863 stand infolge des polnischen Aufstandes „der große Krieg, der Koalitionskrieg" unmittelbar in Aussicht. Nur „die vorsichtige Benutzung der Umstände" hat 1866 verhindert, „daß aus dem Duell zwischen Preußen und Österreich ein großer europäischer Koalitionskrieg entbrannte, bei dem es sich um die Existenzfrage, um Kopf und Kragen handelte". Bismarck fuhr fort: „Nachdem der Krieg von 1870 geschlagen war, frage ich Sie: Ist irgendein Jahr ohne Kriegsgefahr gewesen? Anfangs der siebziger Jahre — schon gleich, wie wir nach Hause kamen —, hieß es: Wann ist denn der nächste Krieg? Wann wird die Revanche geschlagen werden? In 5 Jahren doch spätestens." Schon damals sagte man: „Rußland allein hat das Heft in Händen." Einzig Deutschlands Verdienst um das Zustandekommen des Berliner Kongresses verhinderte, daß der Russisch-Türkische Krieg „eine europäische Konflagration herbeiführte". Nur einen Seitenblick warf die Rede auf Frankreich, das „in den letzten Jahren 3 Milliarden auf die Verbesserung seiner Streitkräfte verwendet hat, wir kaum 1½ mit Einschluß dessen, was wir Ihnen jetzt zumuten, um die Notwendigkeit der Wehrvorlage zu begründen". Das vierzigjährige Tableau, das Bismarck entrollte, brachte eindringlicher als jede unmittelbare Kriegsgefahr zum Bewußtsein, „daß *der Zustand der Besorgnis vor großen Kriegen*, vor weiteren Verwicklungen, deren Koalitionsergebnisse niemand vorher beurteilen kann, *ein permanenter ist*, und daß wir uns darauf ein für allemal einrichten müssen".

Die Geschichte der letzten Jahrhunderte bis auf den siebziger Krieg ist geschrieben. Um zu erfahren, welche Rolle Preußen und Deutschland seit dem Zeitalter der Reformation in der Kriegsgeschichte des Kontinents gespielt und welche Leiden es von seinen Nachbarn erduldet hat, bedurfte es keiner neuen Offenbarungen durch die Historiker von Versailles. Eins aber scheint in Vergessenheit geraten zu sein, obwohl die Welt es vor 50 Jahren noch wußte, daß die drei Kriege, die Bismarck geführt hat, weder napoleonische Eroberungsziele hatten, noch etwas wie ein britisches Weltimperium begründeten, sondern einzig einem ideellen Zwecke dienten, den man damals für moralisch hielt: *der Einigung der deutschen Stämme*. Was England schon im 9. Jahrhundert durch die Einigung der 7 angelsächsischen Königreiche unter Egbert von Wessex — vermutlich auch durch „Blut und Eisen" — erreicht hatte, erfüllte sich ein Jahrtausend später für das deutsche Volk in der Gründung des Kaiserreiches.

Digitized by Google

Die Fortführung des Bismarckschen Tableaus wird mit den 20 Bänden unserer Aktenpublikation gegeben werden, und wiederum wird man bezweifeln müssen, „ob das Kriegsgewölk auch nur ein Jahr den Horizont uns freigelassen hat". Zugleich aber muß eine andere Frage Antwort finden: Welche Mächte waren es, die Jahr für Jahr Kriegsgefahren heraufbeschworen und welche Macht war es, die durch mehr als 40 Jahre trotz allem den Frieden von Europa gesichert hat?

Diplomatie ist die Kunst, Kriege abzuwenden oder Kriege herbeizuführen; mit einem andern Geschäft haben es Diplomaten niemals zu tun gehabt. Demgemäß gibt es zweierlei Diplomatie: defensive und aggressive. Man kann sie auch passive und aktive Diplomatie nennen, oder nach dem Vorgang der weißen und schwarzen Magie, weiße und schwarze Diplomatie. Wenn es sich um eine moralische Beurteilung von Kriegen handelt (was sich in einem deterministischen und utilistischen Zeitalter nicht von selbst versteht), wird man schwerlich die weiße Diplomatie als verbrecherisch beurteilen und die schwarze Diplomatie mit dem Tugendpreis krönen können. Wenn es sich daher darum handelt, das Kriegsschuldproblem, sofern es ein historisches ist, auf einen kurzen Ausdruck zu bringen, so wird man es nicht besser formulieren können, als es in der rückblickenden Betrachtung der Viererkommission vom 27. Mai 1919 durch Hans Delbrück, Graf Max Montgelas, Max Weber und Albrecht Mendelssohn-Bartholdy zu Versailles geschehen ist: Man wird fragen müssen:

1. Welche Regierungen hatten in der Vergangenheit am meisten jenen Zustand dauernder Kriegsbedrohtheit gefördert, unter welchem Europa vor dem Krieg jahrelang gelitten hat?
2. Welche Regierungen haben politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt, welche nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten?

Um die Grundtendenzen der Großen Politik der Europäischen Kabinette ersichtlich zu machen, empfiehlt es sich, die führenden Mächte gesondert zu behandeln und in Längsdurchschnitten das Aktenmaterial daraufhin zu prüfen, welches die konstanten und welches die variablen Ziele ihrer Politik gewesen sind.

Deutschlands Nachbarn.

In einem Exposé vom 10. November 1887 (Nr. 1127), das sich Kaiser Wilhelm I. in Erwartung des Zarenbesuches vom 18. November von Bismarck aufsetzen ließ, heißt es (in deutscher Übersetzung des französischen Textes): „Niemand in Europa glaubt, daß Deutschland, Österreich, Italien oder England bereit sein würde, die Furien des Krieges zu entfesseln. Nur von Frankreich allein erwartet man früher oder später eine kriegerische Explosion, und nur Rußland scheint den Ausbruch dieser Explosion herbeizuwünschen, denn Rußland ist es, das die Kriegspartei in Frankreich ermutigt, indem es ihm die russische Allianz in Aussicht stellt. Wenn man fortfährt, Frankreich zu ermutigen und die Geister in Rußland in Erregung zu versetzen, wird der Krieg kommen, ob der Kaiser ihn will oder nicht." Mit diesen knappen Worten hat Bismarck die europäische Lage gekennzeichnet, die seit der Mitte der siebziger Jahre den niemals wechselnden Hintergrund seiner Politik bildete. Die französische Politik war sich darüber klar, daß das Bündnis mit Rußland unter allen Allianzen die einzige war, die die Chance für einen erfolgreichen Revanchekrieg bot, wie umgekehrt Bismarck in einem Bündnis Deutschlands mit Rußland die einzige Garantie gegen die Gefahr eines Revanchekrieges sah. Zunächst befand sich Deutschland nach dem siebziger Kriege Rußland gegenüber in einer vorteilhafteren Lage als Frankreich. Bismarck hatte die traditionelle Freundschaft zwischen den Romanows und den Hohenzollern von Anbeginn seiner diplomatischen Laufbahn gepflegt und durch wertvolle Dienste Preußens für Rußland gesichert und gestärkt. Die wohlwollende Neutralität des Zaren während der drei deutschen Einigungskriege hatte in dem Militärabkommen zwischen Alexander II. und Wilhelm I. von 1873 zu einem dauernden politischen Einvernehmen geführt. Das persönliche Band zwischen den verwandten und befreundeten Monarchen schien unzerreißbar, trotz

Digitized by Google

der Streiche, die die Eifersucht des Fürsten Gortschakow gelegentlich dem Fürsten Bismarck spielte. Durch nichts aber glaubte sich Bismarck größere Verdienste um Rußland erworben zu haben, als durch den Berliner Kongreß. Und gerade von ihm datierte die Erschütterung des deutsch-russischen Einvernehmens. Die Undankbarkeit des amtlichen Rußland und die Verleumdungen der russischen Presse waren die ersten Symptome eines durch Jahrzehnte fortschreitenden fressenden Schadens, der schließlich die Seele des russischen Volkes vergiftete und das Haus Romanow noch vor dem Hause Hohenzollern zu Fall brachte. Der Ingrimm Rußlands über die Verkürzung seines Gewinns aus dem siegreichen türkischen Feldzug, der Neid über den schon vor dem Kriege Österreich zugestandenen mühelosen Erwerb zweier Provinzen und die politische Unzulänglichkeit des altersschwachen Gortschakow samt allen Fehlern seiner Politik wurden auf die Rechnung Deutschlands gesetzt. Trotzdem glaubte Bismarck, daß Alexander II. seinen tiefsten Überzeugungen treu bleiben und sein Ohr gegen die Verleumdungen der russischen Presse verschließen würde. Erst durch den Brief des Zaren an Kaiser Wilhelm I. vom 15. August 1879 (Nr. 446) wurde sein Vertrauen erschüttert. Daß der Zar Balkanlappalien für wichtig genug hielt, um mit „Konsequenzen" zu drohen, „die für unsere beiden Länder verhängnisvoll werden könnten", bewies Bismarck, daß auf die persönliche Treue und die friedliche Gesinnung Alexanders II. kein Verlaß sei. Obwohl der alte Kaiser sich nur schwer entschloß, die Befürchtungen seines Kanzlers zu teilen, nahm Bismarck den Brief des Zaren und die darin bekundete Überhebung so ernst, daß er die Achse seiner Politik umstellte und ihren Schwerpunkt von der dynastischen Basis der traditionellen russischen Freundschaft auf die völkische Basis des deutsch-österreichischen Bruderbundes verschob. Schon das Bündnis von 1879 war ein „Rückversicherungsvertrag" gegenüber dem Drei-Kaiser-Abkommen von 1873. Doch wie der Rückversicherungsvertrag von 1887 von Bismarck nicht als Gefährdung, sondern als Sicherung des deutsch-österreichischen Bündnisses gedacht war, so auch der Vertrag von 1879 gegenüber Rußland. Über seine Wirkung auf Rußland hat sich Bismarck nicht getäuscht. Nun erst erhielt das lockere Drei-Kaiser-Abkommen von 1873 die feste Form des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1881. Doch schon in den achtziger Jahren tauchte das Gespenst des russisch-französischen Zweibundes auf. Bismarck hielt es für die einzige Aufgabe der deutschen Politik, diese Kombination zu verhindern. Als daher die zweite Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses 1887 an den divergierenden Balkaninteressen Rußlands und Österreichs scheiterte, hielt er es für unmöglich, auf ein Vertragsverhältnis mit Rußland zu verzichten und sich nur auf das deutsch-österreichische Bündnis zurückzuziehen. Die zweiseitige Fortführung des Drei-Kaiser-Bündnisses durch den Rückversicherungsvertrag von 1887 hatte keinen anderen Zweck, als Rußland für Frankreich bündnisunfähig zu machen. Der gesamte Ausbau des Bündnissystems, der Dreibund von 1882, der rumänische Vertrag von 1883, die Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1884, die von Bismarck patronisierte Entente à trois zwischen England, Österreich und Italien von 1887 und das als Schlußstein seiner europäischen Friedenspolitik gedachte Bündnisangebot an England von 1889[1]) — das erst jetzt in der deutschen Aktenpublikation das Licht der Welt erblickt —, dieser ganze Komplex von Bündnisverträgen, der die Kuppel eines Friedensdomes über Europa wölben sollte, hatte einschließlich des Rückversicherungsvertrages keinen anderen Zweck gehabt, als Frankreich zu isolieren und Rußland gegen die Verlockung zu einer französischen Allianz immun zu machen. Mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages, die mit dem Sturz Bismarcks fast auf den Tag zusammenfiel, brach das ganze Bündnissystem zusammen, das der große Friedensbaumeister in den zwei Jahrzehnten seiner Kanzlerschaft mit unvergleichlicher diplomatischer Kunst und weisester Menschenbehandlung aufgebaut hatte.

Erst die Folgezeit hat gelehrt, daß die Einstellung der gesamten Bismarckschen Politik auf die Isolierung Frankreichs auf einer Diagnose des französischen Volkscharakters beruhte, die sich vom ersten bis zum letzten Tage des deutschen Kaiserreiches bewahrheitet hat.

Frankreich.

Schon seit dem Abschluß des Frankfurter Friedens hat Bismarck mit der Tatsache gerechnet, daß das unheilbar verwundete Selbstbewußtsein der französischen Nation diesen

[1]) Siehe Anhang, Seite 169.

Digitized by Google

Frieden niemals anerkennen würde, und daß kein französischer Staatsmann sich von den Instinkten des französischen Volkes so weit entfernen könne, um auf den Revanchekrieg und die Rückeroberung der verlorenen Provinzen Verzicht zu leisten.

Der Revanchewille Frankreichs ist die Konstante der europäischen Politik, die allen Kriegsinstinkten Europas die Richtung auf Deutschland gab. Er ist die Pfahlwurzel des Weltkrieges. Die deutsche Aktensammlung wird eine Fülle von Beweisen hierfür bringen. Man könnte eine Fieberkurve der französischen Rachsucht zeichnen, wenn man Jahr für Jahr die egaltierten Äußerungen französischer Politiker und die chauvinistischen Kundgebungen der französischen Presse in eine Tabelle eintragen wollte. Niemals sinkt die Kurve unter die Fiebergrenze. Auch in den scheinbar friedlichsten Zeiten bleibt erhöhte Temperatur.

Mit dem ersten Jahr der Friedenszeit setzten auch die Bemühungen Bismarcks ein, das Revanchefieber herunterzudrücken und den Ehrgeiz der französischen Nation auf andere Ziele als die Rückeroberung Elsaß-Lothringens zu lenken. „Schon zur Zeit der Luxemburger Frage 1867", schreibt Bismarck im Mai 1888 an den Kronprinzen Wilhelm (Nr. 1341), „habe ich der Voraussicht öffentlich Ausdruck gegeben, daß im Kriegsfalle Frankreich gegenüber der Kampf sich nicht auf ein Kriegsjahr beschränken, sondern Jahrzehnte und mehr ausfüllen werde. Wenn dieselben Konsequenzen, wie voraussichtlich, sich an einen von uns freiwillig herbeigeführten russischen Krieg knüpfen sollten, so würden wir künftig ein zweites Frankreich haben, bereit, jede günstige Gelegenheit zu benützen, um im Bunde mit anderen über uns herzufallen."

Am 13. August 1871 (Nr. 30) äußert Bismarck über ein Gespräch mit dem französischen Geschäftsträger in Berlin, Marquis de Gabriac, er habe ihm das Bedürfnis nahegelegt, „daß aus den französischen Regierungskreisen eine antichauvinistische Äußerung endlich erfolgen möchte, welche beiden Völkern die Beruhigung gewähre, daß sie Aussicht haben, zunächst wenigstens einige Jahre in Frieden miteinander zu leben". Die gewünschte Äußerung erfolgte nicht. Dagegen wiederholten sich die Fälle, in denen französische Geschworenengerichte durch Freisprechung überwiesener und geständiger Mörder eine Prämie auf den Totschlag von Deutschen setzten. Die deutsche Regierung verzichtete gleichwohl auf Repressalien. Unter dem 7. Dezember 1871 (Nr. 60) schreibt Bismarck: „Wenn Verbrechen, wie vorbedachter Mord, ungesühnt bleiben, so liegt es dem verletzten öffentlichen Gefühl nahe, weil Gerechtigkeit nicht zu erlangen ist, nach Repressalien zu verlangen. Wäre es für uns möglich, uns auf den Standpunkt der Rechtspflege von Paris und Melun zu stellen, so würde das jus talionis dahin führen, daß auch unsererseits die Tötung von Franzosen, wenn sie im Bereiche unserer Gerichtsbarkeit vorkommt, eine Strafe nicht mehr nach sich zöge. Der Grad der sittlichen Bildung und das ehrliebende Rechtsgefühl, welche dem deutschen Volke eigen sind, schließen eine solche Möglichkeit aus." Ebensowenig versuchte Deutschland, irgendeinen Druck auf die fieberhaften Anstrengungen auszuüben, mit denen Frankreich vom ersten Friedensjahr ab daran ging, seine Armee mit einem unverhältnismäßigen Aufwand von finanziellen Mitteln zu rekonstruieren und binnen weniger Jahre auf eine der deutschen Armee ebenbürtige Schlagfertigkeit zu bringen. Die Kriegsentschädigung von Frankreich wurde mit einer Schnelligkeit, die alle Welt in Erstaunen setzte, durch zwei internationale Anleihen von 2½ Milliarden, Juni 71, und 3 Milliarden, Juli 72, aufgebracht. Der Kredit Frankreichs war durch den verlorenen Krieg nicht geschwächt, die Valuta kaum erschüttert worden, und jede Summe, die für Rüstungszwecke von der Kammer gefordert wurde, konnte auf die Zustimmung der Wählermassen rechnen. Schon am 31. Januar 1872 ist Bismarck genötigt, in einem Immediatbericht an Kaiser Wilhelm I. (Nr. 66) auf die schleunige Verbesserung der preußischen Infanteriebewaffnung mit folgender Begründung zu bringen: „Es geht aus dem Aufwande so großer und nach der Finanzlage Frankreichs unverhältnismäßiger Mittel für militärische Zwecke das Bestreben und der Anspruch Frankreichs hervor, noch immer die Rolle der ersten Militärmacht des Kontinents spielen zu wollen. Wenn der Oberst von der Burg (in einem Promemoria vom 16. Januar 1872) bemerkt, es könne nicht überraschen, ‚daß Frankreich alles tue, um zur rechten Zeit schlagfertig zu sein', so würde dies eine unverfängliche Bedeutung nur dann haben können, wenn für Frankreich irgendein Grund zu der Annahme vorläge, daß es angegriffen werden könnte. Da aber auch selbst innerhalb der unwissenden und leicht zu täuschenden französischen Nation der Glaube oder die Einbildung nicht wohl bestehen

Digitized by Google

kann, daß von irgendeiner Seite ein Angriff auf Frankreich beabsichtigt werde, so kann eben jenem Bestreben der ‚Schlagfertigkeit zur rechten Zeit' nur der Gedanke zugrunde liegen, die rechte Zeit, d. h. irgendeine unerwartet auftauchende günstige politische Komplikation oder die Aussicht auf eine fremde Allianz zu benützen, *um selbst wieder zum Angriff überzugehen*."

Zwei Jahre später, am 28. Januar 1874 (Nr. 152), blickt Bismarck mit der gleichen Sorge auf die Erstarkung der französischen Heereskraft, die er für gefährlicher hält als etwaige Gambettistische Experimente: „Niemand kann sich darüber täuschen, daß wenn Frankreich wieder stark genug ist, den Frieden zu brechen, der Friede zu Ende sein wird. Es ist möglich, daß andere Regierungen, die nicht Nachbarn von Frankreich sind, auf die Eventualität, *ob Deutschland von Frankreich zum zwanzigstenmal in zwei Jahrhunderten wiederum angegriffen wird*, mit mehr Ruhe als wir, vielleicht auch nicht ohne ein gewisses Behagen blicken. Der Fürst Gortschakow treibt russische Machtpolitik — wir verfolgen keine Macht-, sondern eine Sicherheitspolitik." — „Daß andere Regierungen auf die Entwicklung der Dinge in Frankreich mit anderen Augen sehen, ist nicht zu verwundern; sie sind nicht die Nachbarn der Franzosen, während Deutschland gleichsam *das Stoßpolster Europas gegen die Invasionen einer kriegerischen Völkerschaft bildet*."

Urteile deutscher und fremder Staatsmänner über die absolute Konstanz des französischen Revanchewillens ziehen sich wie ein roter Faden durch das gesamte diplomatische Aktenmaterial bis 1914. Im *März* 1900, um nur ein russisches Zeugnis herauszugreifen, äußert der Minister des Äußeren Graf Murawiew, der kurz zuvor in Frankreich gewesen war, in einem Gespräch mit dem Fürsten Radolin:

„Kein Ministerium würde in Frankreich 24 Stunden am Ruder bleiben können, welches den Frankfurter Frieden freiwillig und ausdrücklich anerkennen wollte; die elsaß-lothringischen Ansprüche lassen die Franzosen unter keinen Umständen fallen."

Thiers.

In der Grundstimmung der französischen Psyche waren alle französischen Staatsmänner mit ihrem Volke eins, sie mochten sich noch so friedfertig aussprechen, sie mochten sogar in vorübergehenden Zwangslagen ihrer Außenpolitik eine Annäherung an Deutschland suchen. Am 23. August 1871 schreibt der deutsche Geschäftsträger in Paris, Graf Waldersee, an den Reichskanzler (Nr. 34) über die Gesinnung von Thiers: „Ich bezweifle, daß die Friedensliebe des Präsidenten auch dann noch Bestand hätte, wenn seine Überzeugung von der zu großen Schwäche Frankreichs einer gegenteiligen Ansicht gewichen wäre; und keinenfalls wäre seine Regierung stark genug, einen Krieg gegen Deutschland zu hindern, wenn aus irgendeinem Anlaß die öffentliche Meinung denselben begehren würde."

Thiers war ein zu kluger Staatsmann, um nicht mit voller Aufrichtigkeit immer wieder zu versichern, daß er an einen Krieg nicht denken könne. Doch schon am 3. Oktober 1872 schreibt der deutsche Botschafter Graf von Arnim an Fürst Bismarck (Nr. 90): „Ein Jahr ist nun verstrichen, die Armee ist rekonstruiert und die finanziellen Hilfsquellen scheinen unerschöpflich", und „ich kann mich eines gewissen instinktiven Gefühls nicht erwehren, daß der Präsident das Auftauchen einer kriegerischen Komplikation in Europa heute mit weniger Besorgnis sehen würde, als vor einem Jahre ... Was aber das Land und seine Meinungen in bezug auf Krieg und Frieden angeht, so kann kein Zweifel darüber sein, daß unter den 38 Millionen Franzosen, welche zwischen Nordsee und Mittelmeer wohnen, keine hunderttausend den jetzigen Territorialzustand für definitiv halten. Mehr noch! Das Rachebedürfnis geht bei der großen Mehrzahl der Franzosen so weit und so tief, daß die ungünstige diplomatische und militärische Situation, in welcher sie sind, bei ihnen nicht in dem Maße zum Bewußtsein kommt, daß sie nicht einmal ganz urplötzlich von ihren Leidenschaften überrascht und fortgerissen werden könnten" ... „Den Eindruck, welchen mir die Lage macht, würde ich falsch wiedergeben, wenn ich verschweigen wollte, daß Herr Thiers die Zeit seit dem 1. Oktober 1871 benützt hat, *um alles, was in Frankreich noch von Vitalität übrig ist, soweit als möglich für den Dienst der nationalen Leidenschaften und der Rache an Deutschland zu organisieren und zu elektrisieren*."

Der gleichen Überzeugung von der Unversöhnlichkeit der französischen Nation gibt Bismarck

Digitized by Google

in einem Erlaß an den Botschafter in Paris vom 2. Februar 1873 Ausdruck: „Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß *jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird.* Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse soweit zu reorganisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefaßt, und unsere Vertretung in Paris trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag" (Nr. 96).

Mac Mahon. Am 24. Mai 1873 war an Stelle des zurückgetretenen Thiers Marschall Mac Mahon zum Präsidenten der französischen Republik gewählt worden. Bismarck, der sich grundsätzlich jeder Einwirkung auf die inneren Verhältnisse Frankreichs enthielt, war der Ansicht, daß „ohne Zweifel unsere politische Situation durch den Wechsel verschlechtert worden ist". In einem Erlaß an den Botschafter von Schweinitz in Wien vom 4. Juli 1873 (Nr. 114 Fußnote) begründet er dies Urteil:

„Ich sehe in dem Tausch Mac Mahons gegen Thiers die Eintauschung eines stärkeren, militärischen, ultramontanen, bündnisfähigeren Frankreichs gegen ein schwächeres, zivilistisches, antiklerikales, isoliertes. Thiers ... konnte die Politik nicht befolgen, die zweifellos von einer kühlen Berechnung der französischen Interessen vorgeschrieben ist, Hand in Hand mit Rom und durch Rom mit unsern tätigsten und gefährlichsten inneren Gegnern zu gehen. Mac Mahon wird diesen Weg gehen können ... Unter Mac Mahon ist Frankreich bündnisfähiger geworden; unter einer Monarchie, zu der Mac Mahon den Übergang bilden soll, wird es das in noch höherem Grade sein."

Als im Jahre 1884 bei der Drei-Kaiser-Entrevue in Skiernewice Kaiser Alexander gegenüber dem Grafen Kalnoky die Aussichten einer monarchischen Restauration in Frankreich zur Sprache brachte (Nr. 648) und die *deutsche Politik als das Haupthindernis* bezeichnete, ließ Bismarck in Petersburg ein früheres Diktat vom 18. November 1883 (Nr. 676) zur Kenntnis bringen, in dem er sich über die politische Stellung Deutschlands zu einer etwaigen Wiederkehr der Monarchie in Frankreich aussprach. Er erklärte darin, daß „die Befürchtung, daß ein französischer König oder Kaiser leichter als die Republik Bundesgenossen gegen uns in Europa finden würde, ihn nicht dazu bewegen würde, dem Kaiser einen direkten Eingriff in die innere Entwicklung Frankreichs anzuraten. Die französischen Royalisten sind im Irrtum, wenn sie annehmen, daß unsere friedliche und wohlwollende Politik Frankreich gegenüber, solange ich Einfluß auf dieselbe habe, sich ändern würde, wenn Frankreich wieder eine Monarchie werden sollte. Ich zweifle zwar nicht, daß ein französischer König, und noch mehr Kaiser, leichter als die Republik Bündnisse gegen uns finden würde, aber ich bin der Meinung, daß wir mit der Republik in Frankreich ebenso leicht und noch leichter in Krieg geraten können als mit der Monarchie, weil in der Republik Leute, die keine Verantwortlichkeit und nichts zu verlieren haben, leichter dazu kommen, das entscheidende Wort über Krieg und Frieden zu sprechen." Im Jahre 1874 aber hielt er im Gegensatz zu der Anschauung Andrassys ein Gambettistisches Kabinett für weniger gefährlich als eine klerikale Restauration. „Ich halte ein Gambettistisches Frankreich für ganz ungefährlich für den Frieden Europas," schreibt er am 28. Februar (Nr. 151) an den deutschen Botschafter Prinzen Reuß in Wien, „wohl aber den letzteren für bedroht, sobald die französischen Staatskräfte sich wieder erholt haben und sich in *einer* sicheren Hand befinden. Mac Mahon ist vielleicht kein Politiker in dem Sinne, wie der Graf Andrassy das Wort gebraucht; doch ist er ultramontan fast ebensosehr wie seine Gemahlin, und vermag diese Neigung und seinen Haß gegen uns so wenig zu beherrschen, daß er es nicht hat über sich gewinnen können, dem Feldmarschall von Manteuffel nach geschlossenem Frieden auch nur die gewöhnlichsten Höflichkeiten zu erwidern. Aber er ist vielleicht noch nicht bündnisfähig, wenigstens nicht für die Monarchen, wenn auch vielleicht für Minister, und deshalb weniger gefährlich als eine klerikale Restauration der Monarchie, welche in dem katholischen Europa breite Unterlagen für dauernde Verbindungen haben würde."

Das Jahr 1875 schien den Krieg in greifbare Nähe zu rücken. Der Artikel der „Kölnischen

Digitized by Google

Zeitung" „Neue Allianzen" und der „Krieg-in-Sicht"-Artikel der „Post" vom 9. April gaben den Anlaß zu einer Preßkampagne, die von Rußland und England zu einer Verdächtigung des deutschen Friedenswillens ausgenützt wurde. Bismarck ließ zwar wahrheitsgemäß den offiziösen Ursprung der Preßartikel in der „Norddeutschen Allgemeinen" dementieren (Nr. 161), zugleich aber die deutschen Besorgnisse vor den französischen Rüstungen unterstreichen. Die Ankäufe von 10000 Militärpferden und das französische Cadregesetz, das die französische Infanterie um 144 Bataillone verstärken sollte, schienen weit über das Bedürfnis einer friedlichen Politik und über die materiellen Kräfte Frankreichs hinauszugehen und hatten in der deutschen Öffentlichkeit die Besorgnis erweckt, als ob die französische Armee baldigst in schlagfertigen Zustand versetzt werden sollte. Kaiser Wilhelm I. gab gleichwohl in eigenhändigen Bemerkungen vom 7. Mai (Nr. 173) seinem Unwillen über die Artikel der „Kölnischen Zeitung" und der „Post" Ausdruck und hielt es „für durchaus geraten und geboten, beide Redaktionen aufmerksam zu machen, wohin dergleichen unsinnige, gänzlich aus der Luft gegriffene Räsonnements führen können, die ganz Europa in Alarm versetzt haben ... Man muß jenen Redakteuren also das Gewissen schärfen und zeigen, was sie für Unheil angestiftet haben." Bismarck aber hielt es für nützlich, wenn gelegentlich einmal ein recht helles Schlaglicht auf die verwirrte Situation geworfen würde, wie er auch in seiner Reichstagsrede vom 9. Februar 1876 sagte: „Wenn man das Gefühl hat, daß in irgendeinem Lande eine Minderheit zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Mehrheit darauf aufmerksam wird, denn die Mehrheit hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege." In einem Erlaß vom 3. Mai 1875 (Nr. 171) faßt der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow sein Urteil über die zwar nicht von Deutschland, wohl aber von Frankreich drohende Kriegsgefahr in die Worte: „Solange die gesamte französische und nicht minder die in französischem Sinne tätige auswärtige Presse im Verein mit der ultramontanen es sich zur Aufgabe macht, in jeder Weise die deutsche Politik zu verdächtigen und Deutschland als den allgemeinen Friedensstörer in Europa zu denunzieren, haben wir zunächst die Pflicht der Abwehr zu üben und dafür zu sorgen, daß andere nicht durch Verdunkelung des wahren Tatbestandes in Irrtum geraten. Wir können daran erinnern, daß seit drei Jahrhunderten Frankreich, sobald es sich dazu hinlänglich stark fühlte, stets die Initiative des Überfalls und Angriffs gegen Deutschland genommen hat, und für uns daraus die Lehre ziehen, daß wir einem so händelsüchtigen Nachbarn gegenüber dauernd auf der Hut bleiben müssen." Auch der Kanzler könne sich nicht der Wahrnehmung verschließen, „daß das Endziel der französischen Bestrebungen die möglichst baldige Instandsetzung der Armee zu einem Feldzug gegen Deutschland bleibe". Das unerfreulichste Ergebnis der Preßkampagne waren die Versuche, die sowohl Fürst Gortschakow als auch Lord Derby machte, sich auf Kosten des Fürsten Bismarck als „Retter des europäischen Friedens" aufzuspielen. Zwischen Paris und Berlin war während der ganzen Krise nicht die leiseste Verstimmung aufgekommen und nur friedliche Erklärungen waren gewechselt worden. Man verstieg sich sogar von jener Seite zu unfruchtbaren Erörterungen über eine unkriegerische Erfüllung der französischen Ansprüche. Der französische Botschafter Vicomte de Gontaud äußerte sich gesprächsweise darüber, „was geschehen könne, um der Kriegsgefahr dauernd vorzubeugen". Das Resultat war: „Alles könne wieder gut werden, wenn es eine Möglichkeit gäbe, wenigstens Lothringen wieder an Frankreich zu bringen." Thiers, der noch immer mit seiner Rückkehr auf die politische Bühne rechnete, brachte sogar den Gedanken auf, daß „Frankreich durch eine große Geldsumme wieder in den Besitz von Elsaß-Lothringen gesetzt werden könne". Um die Illusionen von Thiers zu zerstören, schrieb der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow in einem Erlasse vom 28. Dezember 1875 (Nr. 195) an den Fürsten Hohenlohe in Paris: „Der französische Staatsmann gibt sich einem schweren Mißverständnis hin, wenn er glaubt, daß es sich bei Erhaltung jener Länder für Deutschland um eine Frage des amour propre handle ... Der Besitz derselben bildet gegenüber einer Nachbarnation von so unruhigem Charakter, und die zugleich über so gewaltige Machtmittel gebietet, für Deutschland die einzig sichere Schutzwehr. Jeder Allemand éclairé hat erkannt und weiß, daß eine Situation, wo die französische Armeespitze in Weißenburg Stuttgart gegenübersteht, für Deutschland auf alle Zeiten unannehmbar ist, und eine Zurückführung der Verhältnisse in den früheren traurigen Zustand bleibt daher für jede nationale Regierung heute und künftig eine Unmöglichkeit. Der Besitz von Straßburg

Digitized by Google

und Metz ist für Deutschland eine nationale Notwendigkeit, nicht eine Frage des amour propre. Wie schwer es den Franzosen auch werden mag, dieser Überzeugung auch Raum zu geben, so bildet sie doch die Grundbedingung für die Herstellung eines freundlichen Einvernehmens zwischen beiden Nationen."

Im Jahre 1877 tauchten Besorgnisse auf, daß Mac Mahon einen monarchistischen Staatsstreich unternehmen könnte. Zweifellos hatte er schon seit den Anfängen seiner Präsidentschaft darauf hingearbeitet, den Dingen in Frankreich eine legal-klerikale Wendung zu geben, die den Übergang zur Monarchie bilden sollte. Der Berliner Botschafter Vicomte de Gontaud, der in der gleichen Richtung arbeitete, hatte sich damals in Ems eingenistet, um ähnlich wie seinerzeit Benedetti den Kaiser ohne ministerielle Vermittlung in seinen Verkehr zu ziehen. Bismarck war darüber so beunruhigt, daß er schon die Allerhöchste Mitwirkung zur Abberufung des französischen Botschafters erbitten und sogar sein Verbleiben im Amt von der Erfüllung dieser Bitte abhängig machen wollte (15. Juni 1877, Nr. 211). Auf Rat des Fürsten Hohenlohe aber unterließ er den Schritt, da der Botschafter der Überzeugung war, daß die bevorstehenden Wahlen in Frankreich zu einem Regierungswechsel führen würden, der von selbst die Rückberufung Gontauds zur Folge haben würde. Der Staatssekretär von Bülow nahm in einem Erlaß vom 15. Juni 1877 an den Fürsten Hohenlohe zu der Krise Stellung und wies ihn an, aus der Auffassung der deutschen Regierung kein Geheimnis zu machen. Die deutsche Auffassung ginge dahin, „daß der Ultramontanismus der Krieg sei, die jetzige Regierung aber unserer Ansicht nach zum Ultramontanismus führe". Die Voraussicht des Fürsten Hohenlohe erfüllte sich. Die klerikal-monarchistische Partei erlitt eine Wahlniederlage, aus der zunächst das Ministerium Dufaure (Dezember 1877) mit dem Protestanten Waddington als auswärtigem Minister hervorging. Nach der Ruhepause der Weltausstellung von 1878 erfolgte dann auch, am 30. Januar 1879, der Rücktritt von Mac Mahon, und Grévy wurde zum Präsidenten der Republik erwählt.

Grévy.

Man könnte für die Krisen der französisch-deutschen Beziehungen, wie es Bismarck für die Orientkrisen tat, eine Berechnung aufstellen und würde etwa auf eine zehnjährige Periode kommen: 1875 der falsche „Krieg-in-Sicht"-Lärm, 1885 die Ferry-Krise, 1895 das Jahr von Schimonoseki, 1905 der Vertrag von Björkoe. Alle Annäherungsversuche Deutschlands an Frankreich schlossen mit einem Fiasko ab.

Seit Ende der siebziger Jahre hegte Bismarck die Hoffnung, daß der französische Ehrgeiz in einer großangelegten Kolonialpolitik seine Befriedigung finden und die Vogesen vergessen könnte. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit unterstützte er die französischen Ansprüche gegenüber fremden Mächten. Im Januar 1879 (Nr. 656) empfiehlt er der englischen Politik, Frankreich nicht in Tunis zu genieren und sagt dem französischen Botschafter Grafen St. Vallier, „daß wir die französische Reklamation (in Tunis) für eine berechtigte halten müßten und seine Regierung dabei nach Möglichkeit diplomatisch unterstützen wollten". Ja, er geht noch einen Schritt weiter und erwidert dem französischen Botschafter auf seine Bitte, daß wir auf Italien drücken möchten, „wir würden der italienischen Regierung bei leichtsinnigen Absichten ihrerseits oder bei einem eventuellen Appell an uns einfach sagen, daß wir das Vorgehen der französischen Regierung in Tunis als ein gebotenes ansehen, und daß sie unserer Ansicht nach dabei im Rechte wäre". Der französische Botschafter war mit dieser Antwort des Reichskanzlers sehr zufrieden und stimmte bei, als dieser noch hinzufügte, „die Italiener könnten sich ja nach Tripolis wenden" (Nr. 657). Das Entgegenkommen Bismarcks hatte zur Folge, daß der französische Ministerpräsident Waddington, der sich schon beim Berliner Kongreß durch seine maßhaltende Friedensliebe bewährt hatte, dem Gedanken einer russisch-französischen Allianz sein Ohr verschloß. Gegenüber dem deutschen Botschafter Hohenlohe äußerte er (Nr. 659, 10. September 1879): „Er halte es im Interesse Frankreichs geboten, mit England und Deutschland zu gehen, und er werde alle Zumutungen, die ihm von Rußland und von den russisch gesinnten französischen Blättern gemacht würden, zurückweisen." Zugleich läßt er sich beim Kaiser entschuldigen, daß er mit Rücksicht auf den französischen Chauvinismus von der Absendung einer Spezialmission nach Metz (bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers daselbst) verzichten müsse, was man nicht als einen Mangel schuldiger Rücksicht auffassen möchte. Dabei machte er kein Hehl daraus, daß französische Blätter, wie die „France" und die „Estafette", die in russischem Solde ständen, mit dem früheren Minister

Digitized by Google

Nach einem Original von Prof. L. Hohlwein.

Digitized by Google

Digitized by Google

Duc Decazes gegen ihn intrigierten. In der griechischen Grenzfrage suchte Bismarck dem französischen Minister, der sich dafür besonders engagiert hatte, zu einer Genugtuung zu verhelfen, um seine Stellung zu befestigen. Wo immer sich eine Gelegenheit bot, gönnte er Frankreich einen „succès d'estime".

Auch „das Streben Frankreichs nach vermehrter Einflußnahme auf die übrigen romanischen Staaten" erschien ihm gerechtfertigt. „Die Abwesenheit politischer Bedenken gestattet uns vielmehr anzuerkennen, daß das französische Volk, welches dank der stärkeren Beimischung germanischen Blutes als die kräftigste unter den romanischen Nationen dasteht, die Stellung einer zivilisatorischen Vormacht in der romanischen Welt sowohl in wie außerhalb Europas beanspruchen kann. Wenn daher Frankreich die Ausbreitung seiner politischen Operationsbasis als seinen Interessen entsprechend erachtet, so kann es dafür nicht nur auf unsere Enthaltung, sondern unter Umständen sogar auf unsere Rückendeckung rechnen, sofern nur unsere Stellung in Deutschland und unser einziger Anspruch, Herren im eigenen Hause zu sein, nicht gefährdet wird" (Nr. 662). Auch auf der Madrider Konferenz (Juni 1880) stellte Deutschland seinen Einfluß der französischen Politik zur Verfügung. In der Instruktion, die der deutsche Gesandte in Madrid erhielt (Nr. 664, 6. Mai 1880), heißt es: „Der Herr Reichskanzler ... ist der Meinung, sich bei den Beratungen (über die marokkanische Protektionsfrage) nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern vielmehr aus allgemeinen politischen Gründen auf der Konferenz Hand in Hand mit Frankreich zu gehen, das seiner benachbarten algerischen Besitzungen wegen in Marokko berechtigte Interessen zu vertreten hat" ... und „sich hinsichtlich der einzelnen Beratungsgegenstände der Konferenz tunlichst im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit dem französischen Botschafter zu halten und sich auf der Konferenz im allgemeinen dem Vorgehen desselben anzuschließen". Herr Barthélemy St. Hilaire, der französische Außenminister im ersten Ministerium Jules Ferry, erklärte darauf, „daß er sich durch keine Verdächtigungen und Angriffe abhalten lassen werde, seiner Anerkennung und Dankbarkeit für die ihm deutscherseits gewährte Unterstützung mündlich und schriftlich Ausdruck zu geben" (Nr. 667). Die französische Regierung ließ dann auch in Berlin durch den Grafen Saint Vallier ihren Dank aussprechen für die Unterstützung, welche der Admiral Jaurès auf der Madrider Konferenz von deutscher Seite gefunden habe.

Diese und ähnliche Erfahrungen bestärkten bei dem Fürsten Bismarck die Hoffnung, daß sich die französische Republik, die sich im ersten Jahrzehnt nach dem Frankfurter Frieden völlig unzugänglich für alle seine Annäherungsversuche gezeigt hatte, doch endlich auf den Boden der Tatsachen stellen würde. „Es gäbe am Mittelmeer", ließ Bismarck an den Fürsten Hohenlohe nach Paris schreiben (Nr. 668, 16. Juli 1881), „ein weites Feld, auf dem wir Frankreich ganz freie Hand lassen könnten, und ihm scheine die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß die französische Politik am Ende doch zu der Einsicht gelange, wie ein befreundetes Deutsches Reich mit 45 Millionen Einwohnern nützlicher und ein stärkerer Posten unter den französischen Aktivis sein würde als eine Million Elsaß-Lothringer." Auch der Eintritt Gambettas ins Kabinett (November 1881) bewog Bismarck nicht, der französischen Regierung sein Vertrauen zu entziehen. Das Kabinett hatte nur eine kurze Lebensdauer. Schon am 30. Januar 1882 übernahm Freycinet die Regierung.

Eine neue Periode hoffnungsvoller Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich begann mit dem zweiten Kabinett Ferry, das eine mehr als zweijährige Lebensdauer hatte (19. Februar 1883 bis 30. März 1885). Die französische Politik war durch die englische Okkupation von Ägypten seit 1882 in einen scharfen Gegensatz zur britischen Mittelmeerpolitik geraten. Mit dem englisch-französischen Kondominium am Nil hatte es für immer ein Ende. Die Konferenz der europäischen Mächte, die nach dem Scheitern der englisch-französischen Separatverhandlungen am 28. Juni 1884 in London zusammengetreten war, verlief ergebnislos. Fürst Bismarck tadelte den deutschen Botschafter Graf Münster, daß er den französischen Antrag auf Vertagung der Konferenz nicht genügend unterstützt habe, und Graf Hatzfeldt, der damalige Staatssekretär, betonte unter Zustimmung Bismarcks dem französischen Botschafter Baron Courcel gegenüber (Nr. 681, 11. August 1884), daß Deutschland den status quo, wie er vor der Einladung zur Konferenz existierte, noch als bestehend ansehe. Er legte sogar dem Botschafter den Gedanken nahe, daß Frankreich

Digitized by Google

die Vertreter der Mächte nach Paris einladen und über den Kopf Englands hinweg das französische Programm der ägyptischen Frage zur Diskussion stellen solle. Zugleich ließ Bismarck in Paris seine grundsätzliche Geneigtheit zu einer Politik des Vertrauens aussprechen, ohne zu verschweigen, daß es auch eine Grenze gäbe, die er nicht überschreiten könne: „Das Mißtrauen von Frankreich, daß wir es vorübergehend stützten und nachher sitzen lassen würden, ist erklärlich, denn die von mir seit Jahren gesuchte Annäherung an Frankreich wird allein durch das beiderseitige Mißtrauen erschwert. Keiner von uns beiden kann etwas dafür. Wir unsererseits haben außer den geschichtlichen Reminiszenzen noch den weiteren Grund zum Mißtrauen, daß in Frankreich die Kontinuität der Regierung geringer ist als bei uns. Wenn wir auch zur jetzigen Regierung volles Vertrauen fassen könnten, so ist damit nicht ausgeschlossen, daß jede, die ihr folgt, die entgegengesetzte Politik uns gegenüber einschlagen kann, ohne daß sie sich selbst untreu wird. Bei uns stellt die Monarchie eine größere Beständigkeit her, als solche für eine republikanische oder auch nur parlamentarische Majoritätsregierung möglich ist. Wir können uns deshalb immer der Befürchtung nicht entschlagen, daß Frankreich, nachdem wir im Verein mit ihm bis zum Bruch mit England oder nahe daran gelangt sein würden, infolge eines Regierungswechsels plötzlich die Situation benutzt, um sich auf Englands Seite zu stellen und uns zu isolieren... Wir können nicht glauben, daß Frankreich dauernd auf die Präponderanz der weitaus stärksten kontinentalen Seemacht verzichten will, während ihm die verhältnismäßige Stärke seiner Landmacht die Ausnutzung seiner Stärke zur See in höherem Maße erlaubt, als dies bei England der Fall ist. Frankreich kann zu einer mächtigen, vielleicht dominierenden Stellung gelangen, wenn es der maritimen Suprematie Englands gegenüber die Führung der maritimen Politik der Mächte mit Marinen zweiten Ranges erstrebt." (Nr. 683, 15. August 1884.)

Auch diese weitschauende Perspektive einer „bewaffneten Seeneutralität", wie sie ein Jahrhundert zuvor die Kontinentalmächte unter Führung Katharinas II. gegen England geeint hatte, vermochte Frankreich nicht davon abzubringen, daß es wie hypnotisiert nach der „blauen Linie der Vogesen" starrte. Das Höchste, wozu sich Baron Courcel aufschwang, waren Beteuerungen, daß „Ferry stets bemüht gewesen sei, die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich dadurch zu fördern, daß er nach Möglichkeit jede Erwähnung derjenigen Punkte zu vermeiden gesucht habe, auf die sich beiderseits die nationale Empfindlichkeit konzentriere". Von sich selbst hat Baron Courcel später eingestanden, daß er trotz seiner versöhnlichen Haltung immer der Träger einer Politik des „jamais rien pardonner, jamais rien oublier" gewesen sei (Nr. 687). Die alte Gambettasche Losung „immer daran denken, niemals davon reden" war das Geheimnis jeder französischen Annäherung. Als im Dezember 1885 Clemenceau seine Pranke gegen Ferry erhob, offenbarte der alte Revanchegeist der Nation seine ungeschwächte Kraft. Was hatte Ferry getan? Er hatte nach der Niederlage von Langson im Tongkingfeldzug die Vermittlung des Fürsten Bismarck für einen schnellen Friedensschluß mit China erbeten. In den Augen Clémenceaus und der Kammer war die Inanspruchnahme der Hilfe Deutschlands eine „Entehrung" der französischen Nation. Umsonst hatte Bismarck in Voraussicht übler Nebenwirkungen seine Mitwirkung auf das geringste Maß von Nachhilfe beschränkt: „Wir stehen in zu kitzlichen Beziehungen mit Frankreich, um uns darauf einlassen zu können." Er hatte nur seine Einwilligung dazu gegeben, daß der französische Botschafter de Courcel sich im Hause Hatzfeldts mit dem chinesischen Gesandten Li-Fong-Pao zu einer ersten Erörterung von Friedensmöglichkeiten traf. Wenn schon die geringsten Liebesdienste, die die deutsche Politik der französischen erwies, sobald sie an die Öffentlichkeit kamen, das Revanchefieber entzündeten, wer konnte da noch an eine aufrichtige Versöhnung glauben? Auch die maßvollsten französischen Staatsmänner wagten nur, sich insgeheim Deutschland zu nähern. Die alte Klugheitsregel von Thiers, die deutsche Hilfe zwar in Anspruch zu nehmen, aber vor der Öffentlichkeit zu verschweigen, blieb auch für die besonnensten Leiter der französischen Politik maßgebend. Unter vier Augen haben wiederholt einzelne französische Staatsmänner und Generäle einer besseren Überzeugung Ausdruck gegeben. In einer Unterredung vom 6. September 1884 zwischen Graf Herbert Bismarck und dem französischen Gesandten in Kairo Barrère, die in Königstein im Taunus stattfand (Nr. 689), bekannte dieser: „Sie glauben nicht, wieviel Gutes unsere gegenseitige Annäherung schon gewirkt hat... Es würde freilich noch eine ziemlich

Digitized by Google

lange Zeit dauern, bis die Erinnerung an 1870 eine nur historische würde und keine Empfindlichkeiten mehr wachriefe. Es brauche aber nur Geduld angewendet zu werden, um dahin zu gelangen. Sehr glücklich sei es, daß unsere Frankreichs Kolonialbestrebungen begünstigende Politik jahrelang vorgearbeitet habe, um die gemeinschaftliche Basis zu schaffen, auf der wir uns jetzt gefunden hätten, wenn dieselbe auch einstweilen noch auf Westafrika und China beschränkt sei. Die Annäherung Frankreichs und Deutschlands, welche so ermöglicht und weiterer Ausbildung fähig wäre, sei nicht nur das beste für die beiden Länder, sondern für die gesamte Welt und deren Entwicklung. Man müsse doch auch an spätere Generationen denken und an die Tatsache, daß das stärkste Bündnis auf der Welt das deutsch-französische sein würde; sei dies einmal etabliert, so habe niemand sonst etwas zu sagen." Noch erstaunlicher klingt, was General Campenon, der Kriegsminister des Ministeriums Gambetta, am 16. September 1884 dem Chef der deutschen Mission Generalleutnant von Heuduck unter vier Augen bekannte (Nr. 690). Er beklagte zuvörderst die schwierige Stellung der französischen Regierung gegenüber den parlamentarischen Machinationen, welche jedes erfolgreiche Handeln verhinderten. Dies zeige sich namentlich bei der von der Regierung gewünschten Annäherung an Deutschland. „Was uns hier noch trennt," fuhr er fort, „sind die Ereignisse des letzten Krieges und wir wissen nicht, wie sich das begleichen läßt." Auf die Entgegnung des Generals von Heuduck, daß eine deutsch-französische Allianz sich nur bei rückhaltloser Anerkennung des Frankfurter Friedens denken lasse, erwiderte der Kriegsminister lebhaft: „Das ist es, was ich alle Tage meinen Kollegen sage. Man soll sich nicht mehr schwächlich mit der Vergangenheit beschäftigen, man muß mit der Gegenwart rechnen. Wenn diese Allianz zustande käme, Frankreich würde mit einem Schlag seine frühere Stellung in der Welt wiedereinnehmen. Frankreich und Deutschland vereint würden die Welt beherrschen... Allerdings gehört aber Energie dazu, um das französische parlamentarische System zu überwinden und man fürchtet sich hier."

In einem Rückblick auf die Entwicklung der Revanchestimmung in den letzten Jahren schreibt am 28. Februar 1886 der deutsche Militärattaché in Paris, Oberstleutnant von Villaume (Nr. 1223): „Die französische Regierung, ebenso wie jeder Franzose einzeln genommen, versäumen keine Gelegenheit, um mit Worten ihre Friedensliebe zu betonen; die Militärs weisen darauf hin, wie die Organisation der französischen Armee, sowie die Sicherung der Grenzen durch ein zusammenhängendes System von Befestigungen erkennen lasse, daß Frankreich keine Angriffskriege führen wolle... Zu einem andern Schluß gelangen jedoch diejenigen, welche die hiesigen Verhältnisse und die Franzosen länger kennen und jahrelang der systematischen, von der Regierung teils direkt, teils indirekt unterstützten Vorbereitung der Nation auf die sainte guerre de la revanche mit Aufmerksamkeit gefolgt sind. Keine politische Partei, gleichgültig, ob sie sich am Ruder oder in der Opposition befand, hat bisher, aus Furcht unpatriotisch zu erscheinen, den Mut gehabt, offen gegen die Revanchepredigt aufzutreten, welche das unter der Asche glimmende Feuer immer wieder von neuem anfachen, und von tausend Franzosen, welche aus aufrichtiger innerer Überzeugung gegen einen Krieg mit Deutschland sind, und von denen jeder einzelne dies offen bekennt, würde aus derselben Besorgnis kaum einer seine Stimme für Aufrechterhaltung des Friedens zu erheben wagen, wenn die Masse den Ruf ‚à Berlin' ertönen läßt." Der Militärattaché charakterisiert sodann die Flut der französischen Revancheblätter, die regelmäßig wiederkehrenden Demonstrationen vor der Statue von Straßburg auf der Place de la Concorde und die aufreizenden Reden des Präsidenten der Patriotenliga und fährt fort: „In dem auf den letzten Krieg folgenden Jahrzehnt wurde zwar neben der Deutschenhetze und der kindischen Spionenriecherei auch die Revancheidee gehegt und gepflegt; doch waren einesteils die Eindrücke des letzten Krieges noch zu frisch, anderenteils die Befestigungsanlagen zum Schutz der Grenze und im Innern des Landes, sowie die Vorbereitung der Armee und Nation für den heiligen Krieg noch nicht weit genug vorgeschritten, als daß die Franzosen den baldigen Ausbruch desselben hätten herbeiwünschen sollen. Die dann folgende tunesische Expedition zog nicht nur die Aufmerksamkeit mehr von der Ostgrenze ab und absorbierte starke Kräfte der kontinentalen Armee, sondern deckte auch so große Mängel der Armeeverwaltung und -leitung auf, daß man sich wohl hütete, mit dem Feuer zu spielen. Erst als gegen Ende 1881 das grand ministère mit Gambetta ans Ruder kam und

Digitized by Google

General Campenon als Kriegsminister, General Miribel als Chef des Generalstabs an die Spitze der Armee traten, wurden die Revanchehoffnungen neu belebt; sie sind seitdem stetig gewachsen, weil mit der allmählichen Vervollkommnung der Armee und des Landesverteidigungssystems, sowie mit der weiteren Ausbreitung der Patriotenliga, der Schieß-, Turn- und anderer patriotischer Vereine auch das Selbstvertrauen, die Aussicht auf Erfolg und endlich der Übermut zunahmen. Die Wogen des Chauvinismus sind in diesem die letzten Jahre umfassenden Zeitraum hoch gegangen... Noch in frischer Erinnerung ist die aufreizende Sprache der hiesigen Journale, als man, betört durch das Benehmen des Generals Dragomirow im Herbst 1883, die Allianz mit Rußland für gesichert hielt. Das Anfang 1884 neu befestigte Einvernehmen zwischen den drei Kaisermächten wirkte wie eine kalte Dusche auf die erhitzten Gemüter, und diese Abkühlung hielt um so länger an, als bald darauf der ungünstige Verlauf der Expedition in Tongking und Madagaskar die Aufmerksamkeit des Landes fast ausschließlich fesselte, und die unausgesetzte Nachsendung von Verstärkungen immer mehr Kräfte für das ‚Rendez-vous aux Vosges' verlorengehen ließ. In diese fielen auch die Versuche der Opportunisten unter ihrem staatsklugen und energischen Führer (Ferry), ein gutes Einvernehmen mit Deutschland herzustellen, nachdem sie selbst lange genug aus dem Chauvinismus für sich Kapital geschlagen hatten. Aber gerade diesen Umstand in Verbindung mit der mehr eingebildeten als wirklichen Schwächung der kontinentalen Armee durch die Ferrysche Kolonialpolitik beuteten die Hauptgegner der damaligen Regierung, Monarchisten und Radikale, im chauvinistischen Sinne aus: ‚Mit Deutschland verhandeln, heißt Frankreich verraten!' Die Haltung der Menge, welche am Tage des Sturzes des Ministeriums Ferry von der Deputiertenkammer nach dem Auswärtigen Amt zog, mit dem Rufe: ‚A bas le Prussien!' sowie die Tumulte und Wutausbrüche, welche die Verlesung der bekannten Depesche Ferrys an Herrn von Courcel vom 29. März v. Js. bei Gelegenheit der letzten Tongkingdebatte in der Kammer hervorrief (24. Dezember 1885), legten Zeugnis davon ab, daß die regierungsfeindlichen Parteien das richtige Mittel gewählt hatten, um die Opportunisten in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren."

Zu keiner Zeit während der ganzen Bismarckära stieg das französische Kriegsfieber auf eine so gefahrdrohende Höhe wie in den Jahren 1886 und 1887. Der Anfangstermin dieser Periode fällt mit dem Eintritt Boulangers als Kriegsminister in das dritte Kabinett Freycinet (7. Januar 1886) zusammen; den Endpunkt bezeichnet die Demission des Kabinetts Goblet, mit dem auch Boulanger ausschied, am 29. Mai 1887. Der Höhepunkt der Krise wird durch den Fall Schnäbele (April 1887) bezeichnet.

Am 21. April 1887 war der französische Polizeikommissar Schnäbele, der durch die Aussagen des Agenten Klein bei dessen Vernehmung in Straßburg schwer belastet war, und, wie er selbst später eingestand, seine amtliche Stellung zur Organisation von Spionagediensten gemißbraucht hatte, auf deutschem Boden verhaftet worden. Da er auf Einladung eines deutschen Grenzbeamten zu einer amtlichen Besprechung die französische Grenze überschritten hatte, war die Rechtsgültigkeit der Verhaftung zweifelhaft. Bismarck entschied sofort in einer Marginalbemerkung zu einem Bericht des Staatssekretärs vom 25. April 1887 (Nr. 1262): „Der Hauptfehler der Situation liegt darin, daß Schnäbele bei Gelegenheit einer amtlichen Konferenz über internationale Grenzfragen gegriffen wurde. Dergleichen Konferenzen stehen in gleichem Verhältnis wie die Begegnung mit feindlichen Parlamentärs und müssen freies Geleit sichern, sonst wird der amtliche Grenzverkehr unmöglich." Obwohl das gerichtliche Verfahren gegen Schnäbele wegen Verbrechens des Landesverrates, begangen im Gebiete des Deutschen Reiches, eingeleitet war, wurde Schnäbele sofort wieder freigegeben. Damit war für Deutschland der Fall erledigt. In Paris aber erhob sich ein Sturm der Entrüstung, und im französischen Ministerrat wurde von Boulanger ein Ultimatum an Deutschland beantragt. Präsident Grévy hat nachträglich in einem Gespräch dem Grafen Münster, laut Bericht vom 17. Juli 1887 (Nr. 1275), über diese Vorgänge die offenherzigsten Mitteilungen gemacht: „Zweimal", sagte zu meinem Erstaunen der Präsident, „wollte der General (Boulanger) uns in den Krieg treiben. Das erstemal als die Reservemannschaften der deutschen Armee zu der Übung mit dem Repetiergewehr einberufen wurden, das zweitemal bei der Verhaftung Schnäbeles. Die Einberufung der deutschen Reserven wollte Boulanger durch die Einberufung der französischen Reserven und Mobilmachung beantworten. ‚Er brachte', sagte der Präsident, ‚das

Digitized by Google

dazu erforderliche Dekret mit in den Ministerrat und verlangte meine Unterschrift.' ‚C'est insensé ce que vous proposez là, général; ne savez-vous pas que cela serait la guerre?' ‚Eh bien, je suis prêt!' antwortete Boulanger. ‚Aussi prêt que Leboeuf dans son temps, et je ne permettrai pas même la discussion de ce projet.' ‚Dans ce cas je devrai envoyer ma démission!' ‚Bien, faites!' répondis-je. ‚Il ne l'a pas envoyée et était très soumis et tranquille après cela, voilà l'homme!' Das zweitemal (im Fall Schnäbele) habe der General den Versuch erneuert und habe, ehe die Kaiserliche Regierung eine Antwort habe geben können, ein Ultimatum und Absendung von Truppen an die Grenze verlangt. Er habe Goblet (den Ministerpräsidenten) dafür gewonnen, und von dem Augenblicke an sei der Präsident entschlossen gewesen, das Kabinett Goblet und vor allem Boulanger zu beseitigen, habe es aber durch ein Votum der Kammer herbeiführen wollen, und das sei geglückt." Am 29. Mai gab Goblet seine Demission und Rouvier bildete das neue Kabinett ohne Boulanger.

In demselben Bericht erzählt Graf Münster, der Präsident habe ihm dafür gedankt, daß er seiner Einladung zur Parade am 14. Juli nicht gefolgt sei. Für sich selbst habe er sich den Ungezogenheiten des Pöbels aussetzen müssen. Das Fernbleiben und Vermeiden dieser Gefahr von seiten des Botschafters habe er aber als eine besondere Rücksichtnahme für sich angesehen. Münster bemerkt dazu: „Es war das sehr gut gemeint, ist aber doch eigentlich ein testimonium paupertatis, das der Präsident sich und seiner Regierung ausstellt." Grévy wollte nach dem Rücktritt Boulangers „keine ernste Wolke am Horizont" mehr sehen. „Es sei jetzt der Beweis geführt, daß Boulanger viel verschuldete, daß er sich immer mehr der Demokratie in die Arme warf, sie aber nicht beherrschte, sondern von ihr beherrscht wurde. Es sei ihm unbegreiflich gewesen, wie sonst ganz verständige Männer (zu denen auch Freycinet gehörte), die Macht dieses Demagogengenerals, ‚cet animal de général démagogue', überschätzt haben. Schon längst habe er ihn los sein wollen, die früheren Minister seien aber zu schwach gewesen, und als endlich die Krisis eintrat, habe der Präsident erst niemand finden können, der das Kabinett ohne Boulanger bilden wollte. Die einzigen beiden Männer, die ihm zur Seite gestanden hätten, seien Rouvier und Flourens gewesen."

Im Juni 1887 nach der Ausschiffung Goblets und Boulangers näherte sich die französische Regierung wieder in auffallender Weise der deutschen. Wieder waren es die ägyptischen Schmerzen Frankreichs, die die Veranlassung gaben, daß der französische Botschafter Herbette die freundlichsten Saiten aufzog. Diesmal blieb die deutsche Politik zurückhaltend, und als Herr Herbette die Hoffnung aussprach, bei der deutschen Regierung einiges Entgegenkommen zu finden, „um Berührungspunkte für eine gemeinsame Politik zu finden", erwiderte ihm der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck (8. Juni 1887, Nr. 1269): „Mit England wären wir auf freundschaftlichem Fuße, und wir müßten um so mehr darauf bedacht sein, dieses gute Verhältnis zu pflegen, *als wir nach den Erfahrungen der letzten 16 Jahre auf Wohlwollen und Annäherung an Frankreich leider nicht zu rechnen hätten*. Wir wären lange Zeit hindurch bemüht gewesen, Anknüpfungspunkte zu schaffen, um die deutsch-französischen Beziehungen besser zu gestalten, hätten dafür aber keinerlei Dank oder Anerkennung von Frankreich geerntet (Bismarck bemerkt dazu im Marginal: „nur verstärkte Feindschaft"). Ich brauchte nur die Namen Tunis, Tongking, Madagaskar zu nennen und an den Ausgang des chinesischen Krieges zu erinnern; alle diese Namen bezeichneten ebensoviel gute Dienste, die wir Frankreich in der Hoffnung geleistet hätten, daß die Franzosen schließlich einsehen würden, wie sie größere Interessen auf der Welt hätten, als die Wiedereroberung des Elsasses, bei deren Verfolgung unsere Unterstützung ihnen von Nutzen sein könnte. *Die Erwartung, daß die loyale Haltung, welche wir seit dem Abschluß des Krieges Frankreich gegenüber beobachtet hätten, dazu führen würde, den Chauvinismus zu mindern und das Revanchegeschrei schließlich verstummen zu lassen, habe sich aber nicht erfüllt*. Niemals sei die französische öffentliche Meinung und gesamte Presse mit so bitterer Feindseligkeit gegen Deutschland aufgetreten als während der letzten zwölf Monate. Wir hätten uns deshalb der Einsicht nicht länger verschließen können, daß *unser gesamtes Bestreben, aufrichtige und vertrauensvolle Beziehungen mit Frankreich anzubahnen, verlorene Liebesmüh gewesen sei*, und wenn Herr Herbette sich jetzt beklage, daß wir den französischen Anregungen bezüglich einer antienglischen

Digitized by Google

Haltung in Ägypten nicht entsprechen wollten, so müsse er deswegen seine eigenen Landsleute zur Verantwortung ziehen." Den Hinweis Herbettes auf die deutsche Armeevermehrung erwiderte der Staatssekretär mit der Bemerkung, „daß unsere Armeeverstärkung, welche wegen ihrer Kostspieligkeit von der Regierung nur sehr ungern beantragt worden wäre, doch nur die notwendige Folge der fortwährenden französischen Rüstungen gewesen sei; ... das französische Armeebudget sei viel größer als das unsrige und die französische Armee zahlreicher als die deutsche. Diese Tatsache spräche für sich selbst". Trotzdem, betonte der Staatssekretär, daß wir ebensowenig wie im Jahre 1875 während der letzten Krisen in Frankreich an einen Angriff gedacht hätten. Auch in Paris versicherte um dieselbe Zeit (Nr. 1270, 16. Juni 1887) Präsident Grévy dem Grafen Münster, daß, solange er Präsident sei, Frankreich Deutschland nicht angreifen werde, daß aber auch er keinen Angriff von Deutschland erwarte und Vertrauen in eine friedliche Zukunft habe. Im Blick auf Rußland, dessen „Rubel leider den Weg in die französische Presse gefunden hätten", war sich der Präsident bewußt, daß, sowohl wegen der inneren als auch der orientalischen Verhältnisse, eine gefährliche Wolke am politischen Horizonte zu erblicken sei. Er sei aber fest entschlossen, falls es wegen der orientalischen Frage zu Komplikationen mit Deutschland und Österreich kommen sollte, Frankreich neutral zu halten. Allerdings hoffe man bei ihnen vielfach im Kriegsfalle mit Deutschland auf russische Hilfe, er aber „würde es für den größten Fehler halten, wollte Frankreich sich auf eine offensive und defensive Allianz mit Rußland einlassen. Nach seiner Überzeugung würde Rußland Frankreich im entscheidenden Momente im Stiche lassen". In dem gleichen Gespräch äußerte Präsident Grévy überraschende Ansichten über das französische Wahlgesetz. Nicht nur hoffte er, daß es möglich sein würde, das „unglückliche Vermächtnis von Gambetta", die Listenwahl, wieder rückgängig zu machen, sondern er sprach sich auch sehr energisch gegen das allgemeine Stimmrecht aus. „Das sei allerdings schwerlich zu beseitigen, er selbst würde aber sehr wünschen, einen Wahlmodus wie in Preußen einzuführen, den er ganz genau zu kennen schien."

Die Exaltation des chauvinistischen Geistes, die durch Boulanger und den Revancheapostel Déroulède mit allen Mitteln einer geschäftstüchtigen Reklame genährt worden war, war für den Frieden Europas um so bedrohlicher, als gleichzeitig der Ausbruch eines Krieges zwischen Rußland und Österreich in die nächste Nähe gerückt schien. Seit dem Sturz des Battenbergers und der vertragswidrigen Thronbesteigung des Koburgers, für die man in Petersburg Österreich schuld gab, schwankte der ohnmächtige Zorn Alexanders III. zwischen Entschlußlosigkeit und unberechenbaren Aufwallungen hin und her. Es erforderte die zäheste Geduld des Fürsten Bismarck, zu gleicher Zeit den Knäuel der russisch-österreichischen Mißverständnisse zu entwirren und dem Sturm der Leidenschaften in Frankreich mit Ruhe zu begegnen. Ihm allein war es zu danken, daß die Feuerherde im Westen und Osten nicht ihre Brände zusammenwarfen und Europa in Flammen setzten. Schon im Dezember 1886 hatte Bismarck den Eindruck, daß man sich in Wien der Verantwortlichkeit für die andauernden Verstimmungen Rußlands, die die österreichische Balkanpolitik in Petersburg hervorrief, und für die Folgen, die sie für den deutschen Bundesgenossen mit sich bringen mußten, nicht hinreichend bewußt war, und ließ durch den Grafen Wedel dem Kaiser Franz Joseph seine ernstlichen Bedenken aussprechen: „Kaiser Franz Joseph scheine doch die Gefahr eines französischen Krieges und die Stärke der französischen Macht erheblich zu unterschätzen: die französische Armee sei gegenwärtig stärker als die unsrige. Um uns mit Sicherheit zu verteidigen, würden wir so ziemlich unsere volle Stärke am Rhein gebrauchen und würden froh sein, wenn das ausreichte. Wir sähen den französischen Krieg als ziemlich nahe bevorstehend an und hätten deshalb den Wunsch, den gleichzeitigen russischen Krieg nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wäre kein Beweis von Wohlwollen, daß Österreich auf diese schwierige Lage, in der wir uns befänden, mit Frankreich auf dem Halse, so wenig Rücksicht nähme, und trotz des mit großer Wahrscheinlichkeit bevorstehenden französischen Krieges uns Vorwürfe machte; daß wir den Krieg mit Rußland zu vermeiden suchten. Unsere beiderseitigen Interessen wiesen uns darauf an, uns gegenseitig zu unterstützen, im Falle einer von uns angegriffen würde, aber doch auch alles zu tun, was möglich wäre, um einen solchen Fall zu verhindern. Nach unserer Schätzung der Wehrkräfte wäre der gleichzeitige Kampf der beiden

Digitized by Google

deutsch-österreichischen Kaiserreiche gegen Frankreich und Rußland immer ein schwieriger, sogar ungleicher, und in der bulgarischen Frage läge absolut kein Äquivalent für die Opfer, die er fordern würde." (16. Dezember 1886, Nr. 1025.)

Sadi Carnot.

Am 2. Dezember 1887 demissionierte Präsident Grévy. Das Jahr 1888 unter der Präsidentschaft von Sadi Carnot wurde mit Versicherungen der friedfertigsten Dispositionen des Präsidenten der Republik und seiner Regierung eingeleitet. Doch schon im Frühjahr 1888 drohte eine neue Kriegsgefahr, diesmal gegen Italien, dessen Kriegshafen Spezia einem französischen Handstreich ausgesetzt war. Gleichzeitig störte am 8. April ein neuer Zwischenfall die äußerlich korrekt gebliebenen Beziehungen Frankreichs zu Deutschland. Der Vorfall in Belfort, wo vier deutsche Studenten aus Freiburg bei einem Ausfluge von dem Straßenpöbel schwer mißhandelt wurden, hatte zur Folge, daß die deutsche Regierung die Einladung zur Pariser Ausstellung von 1889 ablehnte. Der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck teilte dem französischen Botschafter diese Entschließung am 1. Mai 1888 (Nr. 1282) mit, wobei er zum erstenmal den Fall Belfort zur Sprache brachte: „Ich habe die Sache Ihnen gegenüber nicht erwähnt, weil ich weiß, daß diejenigen Ihrer Landsleute, welche die Regierung in den Händen haben, für Ausschreitungen der übrigen nicht unbedingt verantwortlich gemacht werden können. Der Fehler liegt im französischen Nationalcharakter, und dieser kann durch Beschwerden oder Reklamationen nicht gebessert werden. Ihre Regierung hat getan, wozu sie verpflichtet war, indem sie, soweit sie das ihrer öffentlichen Meinung gegenüber wagen konnte, repressiv verfuhr... Sie sind aber nicht in der Lage, uns irgendeine Garantie zu geben, daß harmlose Deutsche in Frankreich bei der nächsten Gelegenheit nicht wieder in brutaler Weise behelligt werden. Dazu ist Ihre Regierung zu schwach."

Ein Vergleich der Haltung, die die deutsche Regierung gegenüber den beiden Pariser Weltausstellungen von 1878 und 1889 einzunehmen sich genötigt sah, gibt einen lehrreichen Beweis dafür, wie wenig auch das zweite Jahrzehnt nach dem Kriege gegenüber dem ersten eine Abschwächung der französischen Revanchestimmung herbeigeführt hatte. In einem Diktat vom 1. November 1876 (Nr. 198) kleidete Bismarck seine Absage in die herben Worte: „Im Privatleben würde ein anständiger Mann eine an jedermann ergangene Einladung in das Haus eines anderen unbenutzt lassen, wenn dieser andere öffentlich bekundet, daß er ihn haßt und verachtet, aber in seinem Hause dulden werde, wenn jener der Einladung dennoch Folge leistet"... „Es gehört der ganze Mangel an politischer Logik, die ganze feige Schüchternheit, die uns Paris gegenüber noch immer niederdrückt, dazu, wenn man sich dagegen blind stellen will, daß unsere Ausstellung in Paris eine ähnliche Rolle spielen wird, wie die ausgepfiffenen Wagnerschen Melodien oder wie der mit dem Rufe ‚chien d'Allemand' begrüßte Bildhauerlehrling... Ich fürchte, diese Tonart wird der Tatsache entsprechen, daß bisher ohne Sühne und ohne Tadel der Mord deutscher Untertanen von französischen Geschworenen als eine straflose Handlung beurteilt worden ist."

Die Einladung zur Weltausstellung des Jahres 1889 beantwortete der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck in seiner Unterredung mit dem Botschafter Herbette (Nr. 1282) in noch schärferem Tone: „Frankreich ist gegenwärtig dank der systematisch betriebenen Aufregungen der Volksleidenschaften das ungastlichste aller zivilisierten Länder, wenigstens sicherlich soweit Deutsche in Betracht kommen... Sie werden aber begreifen, daß ich bei dieser Sachlage ein offizielles Erscheinen Deutschlands auf der Pariser Ausstellung als ausgeschlossen ansehen muß. Wenn Sie vorhin behaupteten, daß Beschimpfungen Deutscher nur an Grenzorten vorkämen, so verweise ich demgegenüber auf die lächerliche Spionenriecherei, die an allen Orten Frankreichs systematisch betrieben wird, obgleich derselben bisher nur unschuldige Landschaftsmaler oder Commis voyageurs zum Opfer gefallen sind; trotz allen Spionengeschreis und aller Denunziationen ist in den letzten 17 Jahren noch niemals ein Deutscher der Spionage überführt worden, während die französischen Offiziere und Spione, welche wir in diesem Zeitraum beobachtet, sistiert oder ausgewiesen haben, nach Dutzenden zählen. Ich erinnere ferner an die Mißhandlung des Württembergers Wuerst vor wenigen Jahren, der an Ihrem Nationalfest beinahe umgebracht wurde, weil er angeblich auf der Place de la Concorde deutsch gesprochen hatte. Daß die Ungastlichkeit Frankreichs sich nicht auf Deutsche allein beschränkt, beweist schließlich am besten der schmähliche Empfang, welchen die Pariser Bevölkerung im Herbst 1883 dem Könige von Spanien bereitete. Ich führe diese Dinge nicht an, um eine

Digitized by Google

Beschwerde zu formulieren, oder um einen Vorwurf zu erheben; je ne fais que constater un phénomène regrettable. Ihre Regierung ist nicht in der Lage, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß deutsche Aussteller oder deren Besitztum in Paris vor Beschädigung bewahrt bleiben werden. Bei der Erregbarkeit der dortigen Massen braucht nur irgendein gewissenloser Agitator an einem schönen Sonntagnachmittag mit 10000 Bewohnern von Belleville in die Ausstellung hinabzusteigen, und es wird ihm ein leichtes sein, in wenigen Minuten eine Beschimpfung unserer Farben und Zerstörungen der etwaigen deutschen Abteilungen ins Werk zu setzen... Da wir friedliebend sind und unsere gegenwärtigen Beziehungen nicht getrübt zu sehen wünschen, so wollen wir Ihre Regierung einer solchen Eventualität nicht aussetzen." „Der Botschafter", fährt Graf Bismarck in seiner Aufzeichnung fort, „hatte mich wiederholt mit Zeichen lebhafter Ungeduld durch einzelne Ausrufe und Phrasen unterbrochen, welche, als ich geendet hatte, darin gipfelten, daß er sagte: ‚Vous dites, que vous êtes pacifiques, mais nous sommes archipacifiques.' ... Der französische Botschafter fragte mich, ob wir denn nicht wenigstens Private, welche Neigung hätten, die Ausstellung zu beschicken, mit Rat und Erleichterung unterstützen wollten? Ich erwiderte, daß ich hierzu die Hand nicht zu bieten vermöchte... Wenn es wirklich Deutsche gibt, die in Paris ausstellen wollen, und die mich um Rat fragen, würde ich mich verpflichtet sehen, ihnen zu sagen, daß ich ihnen raten würde, sich lieber nach Südafrika zu begeben, als ihre Haut und ihre Waren in Paris zu riskieren. Als der französische Botschafter hierbei fast vom Stuhle aufsprang und einen unartikulierten Laut des Protestes von sich gab, sagte ich achselzuckend: ‚Es tut mir sehr leid, daß die Tatsachen mich nötigen, so zu sprechen, aber wer ist schuld daran? Es ist meine Überzeugung, die sich auf jüngste Tatsachen gründet, daß unsere Landsleute weniger Gefahr laufen, wenn sie in Afrika reisen, als wenn sie sich der sogenannten französischen Gastfreundschaft aussetzen... Vielleicht werden wir uns endlich verstehen, wenn eines schönen Tages eine chinesische Mauer unsere ganze Grenze sperren wird."

Auf der Weltausstellung von 1878 war Deutschland wenigstens noch durch die deutschen Künstler vertreten, die mit Zustimmung der deutschen Regierung die Ausstellung beschickten. Der Weltausstellung von 1889 blieb Deutschland völlig fern. So hatten sich, nicht durch Deutschlands Schuld, im Lauf von zwei Jahrzehnten nach dem siebziger Kriege die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern verschlechtert.

Bis ans Ende seiner Kanzlerschaft hat Bismarck seine Überzeugung nicht geändert, daß dem Frieden Europas die einzige Gefahr von dem Revanchewillen Frankreichs drohe. Das wichtigste Dokument aus dem letzten Jahr seiner Kanzlerschaft, das wir im Anhang vollständig wiedergeben, der Erlaß des Reichskanzlers vom 11. Januar 1889 (Nr. 943) an den Botschafter in London, Grafen von Hatzfeldt, läßt noch einmal erkennen, wie die Sorge vor einem französischen Angriff und einer dadurch verursachten europäischen Konflagration, wie der „cauchemar des coalitions" das ganze Denken Bismarcks beherrschte. Das Bündnisangebot an England, dessen Motive in diesem Erlaß entwickelt werden, war *ausschließlich auf die Abwehr gegen einen französischen Angriff eingestellt*. Die Erfahrungen, die England seit der Okkupation Ägyptens mit seinem Nachbar auf dem Kontinent machte, hatten auch Englands Beziehungen zu Frankreich beständig verschärft, so daß Bismarck bei Lord Salisbury ein volles Verständnis für das gemeinsame Interesse der deutschen und englischen Politik an der Abwehr eines französischen Anfalls voraussetzen konnte: „Ein bedrohliches Element für *beide* befreundete Mächte, Deutschland und England", so führte Bismarck in dem Erlaß an Hatzfeldt vom 11. Januar aus, „ist nur der einzige beiderseitige Nachbar Frankreich; einen andern gemeinsamen Nachbar bedrohlicher Natur haben wir beide nicht. England hat, außer mit Frankreich divergierende Interessen mit Nordamerika und mit Rußland. Aber ein Krieg mit einer *dieser* Mächte, selbst ein gleichzeitiger mit beiden, kann für England lebensgefährlich nur werden, wenn *Frankreich* der Bundesgenosse der Feinde Englands ist... Die auswärtige englische Politik würde nach allen Seiten freie Bewegung haben, wenn sie nur gegen die *französische* Kriegsgefahr durch ausreichende Bündnisse gedeckt wäre... Wenn nur festgestellt wird, daß England gegen einen *französischen* Anfall durch ein deutsches und Deutschland gegen einen *französischen* Anfall durch ein englisches Bündnis gedeckt sein würde, so halte ich *den europäischen Frieden für gesichert* auf die Zeit der Dauer eines solchen öffentlich verlautbarten Bündnisses."

Digitized by Google

Mit welchen Sorgen Fürst Bismarck nach dem Hingang des alten Kaisers und dem Regierungsantritt Kaiser Friedrichs III. in die Zukunft sah, lehrt eine Aufzeichnung für den Grafen Münster vom 20. Mai 1888 (Nr. 1283): „Die Erscheinung in Belfort und auch die Stimmungen, die sich bei Gelegenheit der Sezession in der Patriotenliga von seiten der Genossen Déroulèdes dokumentiert haben, ... das alles sind Symptome, welche auf die Kriegslust Frankreichs schließen lassen. Wir müssen uns deshalb doch mit dem Gedanken vertraut machen, daß diese bis in die untersten Schichten der Bevölkerung hinab verbreitete Stimmung zu einer Explosion führen muß, sobald irgendein neuer Wechsel in der französischen Regierung den Zünder dazu liefert. Wir haben bisher unsererseits bei dergleichen Konflikten alles getan, um eine Verschärfung derselben zu vermeiden, aber ich befürchte nachgerade, daß dies Bemühen ein vergebliches sein werde, und kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß friedfertige Höflichkeit zwar für die französische Regierung bequem und angenehm sein mag, daß die Bevölkerung Frankreichs aber zu den Charakteren gehört, welche friedliche Höflichkeit und anständige Formen sehr leicht als Schwäche und Besorgnis auffassen und sich dadurch mehr in der Unverschämtheit verhärten, als zu gleichem Verhalten veranlaßt sehen. Wir werden deshalb niemals Händel suchen, und der Ausbruch des Krieges, den ich befürchte, wird niemals eine diesseitige Aggression zum Ausgangspunkt haben. Aber ich bin zweifelhaft geworden, ob unser bisheriges System, dem Bruche auszuweichen, einer für anständige Behandlung so wenig empfänglichen Nation gegenüber, wie es die Franzosen sind, das richtige ist. Ich werde es wenigstens Seiner Majestät dem Kaiser nicht mehr mit derselben Zuversicht wie bisher empfehlen können." Die Verschärfung der Paßkontrolle an der französischen Grenze, die trotz der Gegenvorstellungen des Statthalters von Elsaß-Lothringen eingeführt wurde, hatte denn auch den doppelten Zweck, einmal die Spionage französischer Offiziere in Deutschland zu erschweren und zweitens „den Franzosen die Unangemessenheit der dortigen Gastfreundschaft durch Talion vor Augen zu führen".

Das Problem, wie die Unversöhnlichkeit Frankreichs ohne Revanchekrieg zu überwinden sei, war am letzten Tage der Kanzlerschaft Bismarcks ebenso ungelöst, wie am ersten Tage nach dem Frankfurter Frieden. Frankreich für sich allein war bald keine Gefahr mehr für den Frieden Europas. Ohne Allianzen kam es bei der wachsenden Volkszahl Deutschlands immer mehr ins Hintertreffen. Ein Duell mit seinem verhaßten Gegner vermochte sein beleidigtes Ehrgefühl nicht mehr herzustellen. Es mußte Spießgesellen finden. Der Friede Europas hing an der Frage: Wird Frankreich Verbündete finden, die bereit sind, ihre Haut zu Markte zu tragen, um Elsaß-Lothringen für Frankreich zurückzugewinnen?

Rußland.

Das russische Reich, der gewaltigste aller Binnenstaaten, wird in seiner Außenpolitik nur von einem einzigen Drang beherrscht: den Zugang zu den freien Meeren zu erlangen. Geborene Gegner Rußlands sind alle Mächte, die dem asthmatischen Koloß den Weg ins Freie versperren, — in erster Linie das britische Weltreich, das als Wasserkontinent alle meeroffenen Länder Südasiens bis zur ersten oder zweiten Gebirgsmauer des Binnenlandes zu seinem Hoheitsgebiet rechnet. Da der dumpfe Drang der russischen Expansion dem bewußten Willen der britischen Welteroberung nicht gewachsen war, zog Rußland überall in der Welt, wo ihm England widerstand, den kürzeren. Es hatte seine natürlichen Landgrenzen erreicht und die gewaltige nordasiatische Tiefebene verschlungen, die eisfreien Zugänge zu den Weltmeeren blieben ihm verschlossen. Seit dem Weltkrieg mehr denn je! In Ostasien ist es hinter den Baikalsee, in Vorderasien hinter den Kaukasus zurückgeworfen. Der Weltkrieg war für Rußland eine zweite verschlimmerte Auflage des Krimkrieges und der ostasiatischen Niederlage von 1905. Für die britische Expansion war auch der Weltkrieg nur eine Etappe in seinem säkularen Kampf gegen Rußland.

In der Bismarckzeit hat der russisch-englische Gegensatz, dessen Spannungen so weit reichen als die Ausdehnung von Rußlands asiatischen Grenzen, nur in Vorderasien zu akuten Kon-

Digitized by Google

flikten geführt. Im Mittelmeer hatte Rußland neben dem einen großen Gegenspieler noch mit der Eifersucht der kleineren Mittelmeermächte Frankreich, Italien, Österreich und Griechenland zu rechnen. Die einzige europäische Macht, die keinerlei Mittelmeer- und Orientinteressen hatte und auch den Schein, solche zu erstreben, vermied, war Deutschland. Das vornehmste Gebot seiner Politik, mit seinem östlichen Nachbar im Frieden zu leben, hielt es von jeder Machtgruppierung fern, die durch Mittelmeerinteressen zusammengeführt wurde. Deutschland konnte sich ohne Gefährdung seiner eigenen Interessen Rußland in Vorderasien willfährig erweisen und ihm sogar eine Rückendeckung zusichern, die seine militärischen Kräfte für den Orient frei gemacht hätte. Einzig und allein durch österreichisch-russische Balkankonflikte konnte Deutschland als Bundesgenosse Österreichs Gefahr laufen, in russisch-englische Gegensätze hineingezogen zu werden. Bismarck hat es darum grundsätzlich vermieden, durch seine Bündnisverträge Verpflichtungen für österreichische oder italienische Erwerbsinteressen auf dem Balkan zu übernehmen, die russische Empfindlichkeiten hätten berühren können. Immer wieder ist es von Bismarck ausgesprochen und von Rußland zugestanden worden, daß keinerlei widerstreitende Interessen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbar existierten, ja daß im Kriegsfalle ein Kampfpreis überhaupt nicht vorhanden sei. Bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung drohte überdies die polnische Frage wieder zu erwachen, die für beide gleich unlösbar war. In Rußland aber hegte man stärker als auf deutscher Seite das Mißtrauen, daß der Widerstreit der russischen und österreichischen Balkaninteressen doch einmal Rußland und Deutschland entzweien könne. Bismarck begegnete diesem Mißtrauen durch sein völliges Desinteressement an Balkanfragen. Man denke nur an Alexander von Battenberg. Ebenso hat er niemals Bedenken getragen, *Rußland in der Meerengenfrage völlig freie Hand zu lassen*, ja es diplomatisch zu unterstützen, solange Rußland nicht mehr begehrte, als sein vernünftiges und vertragsmäßiges Interesse an der Schließung des Schwarzen Meeres zu sichern.

Die traditionelle deutsch-russische Freundschaft, die auf dem Grunde gemeinsamer monarchischer Interessen ruhte, war seit dem Siebenjährigen Krieg *die sicherste Konstante des europäischen Friedens*. Als solche hat sie Bismarck im ersten Jahrzehnt seiner Kanzlerschaft angesehen und behandelt. Erst gegen Ende der siebziger Jahre wurde er an der unbedingten Sicherheit dieses Fundamentes seiner Politik irre. Gleichwohl gelang es ihm, durch eine Umstellung der politischen Achse von Petersburg nach Wien nicht nur die deutsch-russischen Beziehungen in die alten Bahnen zurückzulenken, sondern auch dem etwas obsolet gewordenen Drei-Kaiser-Abkommnn von 1873 eine feste vertragsmäßige Form im Drei-Kaiser-Bündnis von 1881 zu geben und nach Ablauf desselben die russisch-österreichischen Spannungen bis ans Ende seiner Kanzlerschaft zu überwinden.

Die russische Regierung.

Für die deutsche Politik war Rußland — der Zar. Bismarck hatte es in dem ersten Jahrzehnt seiner Kanzlerschaft mit Alexander II., im zweiten mit Alexander III. zu tun. Bei beiden wurde ihr vorherrschend monarchisch bestimmtes friedliches Interesse irregeleitet durch die Rücksicht auf die von der Presse chauvinistisch beeinflußte öffentliche Meinung. Alexander II. war wider seinen Willen durch die panslawistische Propaganda in den Russisch-Türkischen Krieg hineingetrieben worden. Alexander III., obwohl autokratischer gestimmt als sein Vater, hat sich schließlich unter die Moskauer Federhelden gebeugt.

Die deutsche Politik hatte es immer nur mit einem Rußland zu tun, das in seinen Entschlüssen durch nichts anderes als den Willen des Kaisers bestimmt war. Lediglich die Launen der Zaren bildeten ein unsicheres Element, das bei dem politischen Verkehr schwer zu behandeln war. Über den psychischen Einfluß des autokratischen Systems auf den Charakter der Zaren sprach sich ein russischer General gelegentlich gegen Bernhard von Bülow, als er Legationsrat bei der Botschaft in Petersburg war, aus (Brief vom 15. November 1886, Nr. 990). Der Russe kam auf die „excentricité“ zu sprechen, die sich infolge unumschränkter Machtfülle bei allen Zaren nach einiger Regierungszeit einzustellen pflegte. „Kaiser Paul“, sagte der General, „sei ‚un maniaque‘ geworden, Alexander I. ‚un mystique‘, Kaiser Nikolaus habe sich für ‚un demi dieu‘ gehalten, Kaiser Alexander II. sei schließlich ‚un névropathe‘ gewesen; bei dem jetzt regierenden Kaiser äußerte sich diese Krankheit als eine jedes Maß übersteigende Gleichgültigkeit. ‚Il croit pouvoir se fier de tout.‘ Zu dieser Gleichgültigkeit — die seine qualité maîtresse ist —, welche bewirkt, daß er alles auf die lange Bank schiebt, hierdurch vieles

Digitized by Google

verfährt und sich die Ereignisse über den Kopf wachsen oder sich von ihnen überraschen läßt, die ihn gleichgültig macht für Rat und Warnung, rücksichtslos, unverbindlich — gesellt sich noch außer angeborenem Jähzorn allmählich angenommene Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit. Letztere wird genährt von Katkow und Pobedonoszew: Katkow (der Herausgeber der ‚Moskauer Zeitung') redet dem Zaren ein, daß kein russischer Herrscher je so stark, weise und von der ‚russischen Volksseele' geliebt war als Alexander III. Giers sagte mir seufzend: ‚ce que c'est que l'homme! entre nous, l'empereur n'a jamais compris le premier mot à la question afghane. Malgré cela, grâce aux flagorneries de Katkow, il est convaincu, que c'est lui seul qui l'a résolue'. Pobedonoszew (der Prokurator des Heiligen Synod) setzt Seiner Majestät auseinander, daß Gott in der orthodoxen Kirche wohne, der bestellte Lenker dieser Kirche der Zar sei und also Seine Majestät der Repräsentant Gottes auf Erden, direkt von Gott inspiriert und unfehlbar. Um das Bild zu vervollständigen, müssen Sie dazu halten, daß Alexander III. dabei doch ‚bon père et bon époux' ist, ‚très simple et très bon enfant'."

Trotz der Autokratie gab es mehr als eine Regierung in Petersburg. Wie oft klagte Herr von Giers, daß seine Kollegen im Ministerium gegen ihn arbeiteten und ohne Wissen des Zaren sich zu Werkzeugen der panslawistischen Partei machten, ja sogar mit antimonarchischen Tendenzen buhlten. Es gehörte zu den regelmäßigen Pflichten der deutschen Botschafter, an amtlicher Stelle auf die gegen Deutschland gehässige und verleumderische Sprache offizieller Preßorgane aufmerksam zu machen und die unerfreulichen Folgen zu erörtern, die die ununterbrochene Hetzerei für die Beziehungen der amtlich befreundeten Regierungen haben müßten. Wurden solche Beschwerden beim Zaren anhängig gemacht, so pflegte er zu erwidern: ‚Was die Zeitungen sagen, hat gar keine Bedeutung.' Er nahm es sogar übel, wenn die deutsche Presse der russischen Beachtung schenkte und wollte nicht begreifen, daß es aus dem Walde herausruft, wie man in ihn hineinschreit. Nur selten verstand er sich dazu, der Presse einen Dämpfer aufsetzen zu lassen. Die Wirkung blieb nicht aus, aber oft schon nach Tagen war die Presse wieder im alten Fahrwasser. Als Bülow gelegentlich diese Zustände gegenüber dem Generaladjutanten Tscherewin, der dem Zaren persönlich nahestand, zur Sprache brachte, erwiderte dieser (Bericht vom 10. August 1886, Nr. 980): „Dieser Zustand unserer Presse hat drei Gründe, über die ich als Generaladjutant nicht wohl sprechen kann, aber à titre d'ami et confidentiellement. Zunächst haben wir keine Regierung, weil wir keinen Ministerpräsidenten haben. Wenn Bunge (Finanzminister) insultiert wird, so lachen sich Ostrowski (Domänenminister) und Manassein (Justizminister) ins Fäustchen; wenn gegen Giers losgezogen wird, so zuckt Tolstoi (Minister des Innern) die Achseln. Unsere Regierung gleicht einem Wagen, an dem hinten und vorne Pferde angespannt sind, die nach verschiedenen Richtungen ziehen. Seit Jahren sage ich das dem Kaiser, aber er kann sich nicht entschließen, mit dem Kollegialsystem im Ministerium zu brechen; er beruft sich darauf, daß auch sein Vater und sein Großvater von einem Premierminister nichts wissen wollten; er vergißt, daß wir in schwierigeren Zeiten leben, die eine einheitliche und feste Leitung der Geschäfte unbedingt notwendig machen. Demnächst ist der Kaiser Alexander sehr indifferent. Il a une indifférence sereine qui dépasse toute idée... Endlich wissen Sie, wie manche unzufriedene Elemente es bei uns gibt. Viele glauben, es sei besser, daß diese Unzufriedenen sich gegen das Ausland echauffieren als über innere Fragen." Bülow fährt fort: „Ich erlaubte mir, dem General Tscherewin zu sagen, daß die Idee, es sei vorteilhafter, wenn die Presse zum Kriege hetze, als wenn sie Reformen verlange, an den Mann in der französischen Fabel erinnere, der sich aus Angst vor dem Regen ins Wasser stürzte."

Es war das System des Ministers des Innern, Grafen Tolstoi, der Presse, zu Ehren des „echt russischen Gedankens", den freiesten Spielraum zu gewähren und sie dagegen in allen Fragen der inneren Politik zu knebeln. „Wenn man den Zeitungen nicht erlaubt, innere Verhältnisse zu besprechen, so muß man ihnen etwas Latitüde nach außen lassen; sie haben sonst ihren Lesern gar zu wenig zu bieten."

Auch Herr von Giers pflegte Klagelieder über das Gegeneinanderregieren der Ministerien und über die Preßzustände anzustimmen. „Das Absurde unserer Zustände", äußerte er gegenüber Bülow (Bericht vom 31. Juli 1886, Nr. 977), „liegt darin, daß wir auf der einen Seite eine absolute Regierungsgewalt, auf der anderen eine zügellose Presse haben. Es ist

Digitized by Google

das einer von den Widersprüchen, wie man sie nur in Rußland findet. Die Folge ist, daß man im Auslande die russische Regierung verantwortlich macht für die Exzentrizitäten der unreifsten Publizistik, welche es in Europa gibt. Es vergeht kein Tag, wo ich mich nicht in fast allen russischen Zeitungen angegriffen sehe; außer mir ist es noch der Finanzminister Bunge, über den hergezogen wird. Die beiden Herren, gegen die nie ein Wort des Tadels fällt, sind Graf Tolstoi und Pobedonoszew, weil diese für Favoriten des Kaisers gelten, an die man sich nicht heranwagt." Der Minister fuhr fort: „Ich sage Ihnen dies im engsten Vertrauen. Wenn Graf Tolstoi auch nicht gerade die Presse gegen mich hetzt, so tun seine Untergebenen jedenfalls nichts, um die Presse vom Vorgehen gegen mich abzuhalten. Graf Tolstoi ist eitel; es schmeichelt ihm, der öffentlichen Meinung im Gegensatze zu mir als Vertreter echt russischer Gesinnung zu gelten. Ich habe öfters versucht, den Kaiser von den Gefahren dieser Preßzustände zu überzeugen. Ich kann nicht sagen, daß ich damit Erfolg gehabt habe."

Herr von Giers, der Nachfolger des Fürsten Gortschakow, war keine imponierende Persönlichkeit, aber eine besonnene und zuverlässige Natur. Er spielte als Halbrusse in der Petersburger Gesellschaft keine Rolle und wurde von den Großfürsten und dem russischen Geburtsadel über die Achsel angesehen. Fürst Lobanow sagte einmal von ihm: er hätte niemals über die Konsulatskarriere hinauskommen sollen. Gleichwohl besaß Herr von Giers das unbeirrbare Vertrauen des Zaren und stach mit seinem nüchternen Urteil selbst den glänzenden Grafen Paul Schuwalow aus. Die Hochschätzung, die Herr von Giers beim Fürsten Bismarck genoß, gereichte ihm beim Zaren zur Empfehlung. Vielleicht war Fürst Bismarck der einzige Mensch, der Alexander III. imponierte. Aus einer Unterredung mit dem Fürsten Kantakuzen, dem Schwiegersohn des Fürsten Gortschakow, berichtet Herr von Schweinitz an den Reichskanzler (5. Februar 1884, Nr. 624): „Es sei höchst bemerkenswert (so äußerte Fürst Kantakuzen), welch einen unerschütterlichen Glauben in das Wort Ew. Durchlaucht der Kaiser habe; es gelte ihm mehr als die Versicherungen aller anderen Politiker zusammengenommen. Die Stärke der Stellung des Herrn von Giers beruhe zum großen Teil auf der Überzeugung, daß Ew. Durchlaucht diesem Minister Vertrauen beweise, und daß Seine Majestät sicher sei, durch ihn Ew. Durchlaucht Äußerungen authentisch zu erfahren." Das Vertrauen des Zaren in den Fürsten Bismarck hatte nur eine Grenze. Alexander III. war von der Überlegenheit Bismarcks über seine eigenen und alle europäischen Staatsmänner so überzeugt, daß er glaubte, immer vor ihm auf der Hut sein zu müssen, um nicht den kürzeren zu ziehen.

npolitik. Was war das Kampfziel der zaristischen Politik? Wie die Franzosen ihren Blick von dem „trou des Vosges" nicht abzuwenden vermochten, so starrten die Russen auf das Meerengenloch. Die Fixierung des Blickes auf einen einzigen Punkt pflegt hypnotische Zustände hervorzurufen, mit denen die Zwangsläufigkeit „überwertiger" politischer Ideen eine große Ähnlichkeit hat. So oft der russische Expansionstrieb durch mittel- oder ostasiatische Eroberungsziele von seiner vornehmsten Richtung auf die Meerengen abgelenkt wurde, immer wieder kehrte er zu seiner ersten Einstellung zurück. Das Kreuz auf der Hagia Sophia blieb das Symbol für die Weltherrschaftsträume der russischen Chauvinisten und für die Herrschaftsansprüche der orthodoxen Kirche über alle Kirchen orientalischer Bekenntnisse. Das Dokument, das diesen östlichen Imperialismus begründete, das gefälschte Testament Peters des Großen, wirkte wie eine Prophetie. Die sogenannte „historische Mission Rußlands" hatte für das russische Volk die Bedeutung einer messianischen Verheißung, an die zu glauben religiöse Pflicht war. Jeder Eroberungskrieg, er mochte von den herrschenden Klassen durch noch so materielle Interessen eingefädelt oder durch den Ehrgeiz russischer Generäle provoziert sein, wurde von dem Gemüt des Volkes mit der Weihe eines „heiligen Krieges" umkleidet. Die russischen Enthusiasten brauchten nur diese Note anzuschlagen, und sie waren ihres Erfolges bei den Massen ebenso sicher, wie die französischen Chauvinisten, wenn sie die „sainte guerre de la revanche" predigten. Religion und Politik hatten nur eine Seele. Als der Zar auf dem Rückweg von der Taufe zweier Panzerschiffe in Sebastopol durch Moskau reiste, wurde er von dem Bürgermeister der Stadt mit den Worten begrüßt: „Unsere Hoffnung beflügelt und unser Glaube befestigt sich, daß das christliche Kreuz auf der heiligen Sophia erglänzen werde."

Für die Zaren standen naturgemäß russische Machtinteressen im Vordergrunde. Die Herrschaft über die Meerengen war die fixe Idee ihrer Politik. „Kaiser Alexander", äußerte Graf

Digitized by Google

Peter Schuwalow in Berlin (5. August 1886, Nr. 978), „hat nur einen Gedanken, auf welchen er unverrückt losſteuert, dieſer iſt: die Schließung des Schwarzen Meeres. Dies betrachtet er als ſeine Lebensaufgabe. Hieraus erklärt ſich der Eifer, welchen der Zar für die Ausbildung der Flotte zeigt, und die Freigebigkeit, die er im Gegenſatz zu ſonſtiger Sparſamkeit mit Ordensauszeichnungen für Verdienſte um die Marine übt." Im gleichen Sinne ſchreibt Herr von Schweinitz (Bericht vom 9. November 1886, Nr. 1206): „Alexander III., dem es nicht an der normalen Begabung einer kräftigen Natur fehlt..., iſt nicht reich an Ideen, aber er hält feſt an denen, welche er ſich zu eigen gemacht hat... Dies gilt auch von der präbominierenden Idee des Kaiſers, nämlich von ſeinem tiefgewurzelten Wunſche, die Meerengen zu beherrſchen. Er glaubt jetzt infolge bekannter Eröffnungen, daß wir ihn in dieſer Beſtrebung unterſtützen werden, und daß Deutſchland die einzige Macht in Europa iſt, die ihm dabei helfen will und kann. In dem Bewußtſein, in dieſem Wunſche mit dem dunklen Drange ſeines Volkes, mit der traditionellen Politik und mit den Tendenzen wie auch mit den Intereſſen der ruſſiſchen Geſellſchaft in Übereinſtimmung zu ſein, hält Alexander III. dieſes Ziel feſt im Auge. Ohne Verſtändnis für Nuancen... macht Seine Majeſtät vielleicht nicht die Unterſcheidung, welche in der Meerengenfrage ſo wichtig iſt, nämlich ob er den Schlüſſel oder nur einen Riegel will. Maßvolle ruſſiſche Politiker würden ſich nämlich damit begnügen, den Bosporus für fremde Kriegsſchiffe materiell ſperren zu können, ohne freie Ausfahrt durch die Dardanellen für die eigene Kriegsflotte zu fordern und zu ſichern. Für erſteres würde vielleicht Frankreichs Zuſtimmung zu erreichen ſein, für letzteres aber nicht, wenigſtens ſolange nicht, als dieſe Mittelmeermacht nicht die ganze Staatsraiſon der Revanche unterordnet."

Der Staatsſekretär, Graf Herbert Bismarck, antwortet darauf unter dem 16. November 1886 (Nr. 1207): „In der Meerengenfrage will der Kaiſer Alexander natürlich nicht nur einen Riegel, ſondern den Schlüſſel haben; und ich halte es nicht für praktiſch, ihm zu verhehlen, daß wir vollkommen bereit ſind, ſeine Beſitzergreifung dieſes Schlüſſels zuzulaſſen. Wenn wir dem Kaiſer den Korb hoch hängen und ihn über unſere Stellung in der Meerengenfrage in Zweifel laſſen, ſo möchte er mißtrauiſch werden, da er ganz gut weiß, daß die deutſchen Intereſſen hierbei nicht auf dem Spiele ſtehen... Wir würden nicht gut tun, letzteres zu verſchweigen, und ich habe ſogar dem engliſchen Botſchafter ſchon geſagt, nicht nur Bulgarien, ſondern auch Konſtantinopel wäre uns vollkommen gleichgültig."

Die Meerengenfrage.

Ein Jahrhundert lang war die Meerengenfrage das Kreuz der ruſſiſchen Diplomatie. Durch eine Reihe von internationalen Verträgen waren unter dem Druck Englands die Chancen Rußlands, in den Beſitz des „Schlüſſels zu ſeinem Hauſe" zu gelangen, von einem Jahrzehnt zum anderen verſchlechtert worden. Die ideale Löſung des Dardanellenproblems war von Rußland bereits im Jahre 1833 durch den Vertrag von Hunkiar-Iſkeleſſi erreicht worden. Als Lohn für die Dienſte, die Rußland der Türkei in dem ſiegreichen Feldzug gegen Mehemed Ali von Ägypten leiſtete, hatte die Pforte in dieſem Vertrage ſich verpflichtet, die Dardanellen für Kriegsſchiffe aller Nationen zu verſchließen, ohne daß ruſſiſche Kriegsſchiffe an der Ausfahrt behindert waren. Damals hatte Rußland ſeinen Hausſchlüſſel in der Taſche. Das Abkommen, das ausſchließlich Rußland zum Vorteil gereichte, wurde zu ſeinem Schaden im Londoner Vertrag von 1841 dahin abgeändert, daß das Prinzip des Meerengenverſchluſſes, das zuvor nur die Einfahrt ins Schwarze Meer betraf, auf die Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer ausgedehnt wurde. Der Pariſer Vertrag von 1856 beſtätigte dieſes Prinzip mit der Einſchränkung, daß leichten Schiffen, die als Stationäre für die Donaumündungen und für die Botſchaften in Konſtantinopel dienten, die Einfahrt geſtattet wurde. Zugleich wurde in Paris dem im Krimkriege unterlegenen Rußland von den Siegermächten eine Feſſel angelegt, die die natürlichen Souveränitätsrechte Rußlands in beſchämender Weiſe verletzte. Rußland wurde unterſagt, im Schwarzen Meere eine Kriegsflotte zu halten. Die „Neutraliſierung" eines Meeres, das für Rußland ein „mare nostro" war, erfolgte ausſchließlich im Intereſſe Englands. Es wollte verhindern, daß ſein großer Rivale das Schwarze Meer zu einem Ausfallhafen gegen den Seeweg nach Indien machte. Im Jahre 1870 benutzte Alexander II. die geſpannte Lage Europas, um ſich der Feſſel des Pariſer Vertrages zu entledigen. Durch einſeitige Erklärung hob die ruſſiſche Regierung

Digitized by Google

am 31. Oktober 1870 die ihm durch den Pariser Vertrag auferlegte Neutralisierung des Schwarzen Meeres auf, nachdem es sich vorher des Einverständnisses Deutschlands — als Lohn für die wohlwollende Neutralität Rußlands im siebziger Kriege — versichert hatte. Zugleich aber erklärte es sich bereit, seine Entschließung durch eine europäische Konferenz völkerrechtlich legalisieren zu lassen. Nach einer Aufzeichnung vom 21. November 1870 (Nr. 222) motivierte Bismarck in einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Odo Russell seine Zustimmung zu dem russischen Schritt mit folgenden Gründen: „Der Vertrag von 1856 in seinen Artikeln 11 und 13 enthält Bestimmungen, wie sie meines Erachtens große Nationen einander gegenseitig nicht auferlegen sollten. Für das nationale Gefühl sind Landabtretungen unter Umständen leichter zu tragen als die Unterwerfung der Souveränität eines Landes innerhalb seiner eigenen Grenzen unter fremde Kontrolle; beispielsweise Stipulationen, daß feste Plätze geschleift, und die Berechtigung, in deren Umgebung zu bauen, von fremder Kontrolle abhängig gemacht werden soll, sind stets mit Verletzung des Nationalgefühls des kontrollierten Landes verbunden. Ebenso war die Konstituierung eines Rechtes der Beschränkung und Überwachung der russischen Flagge auf einem Meere, welches die russischen Küsten bespült, ja innerhalb ihrer Küsten selbst (Artikel 13), meines Erachtens eine Stipulation, welche man praktischerweise einem großen europäischen Reiche nicht hätte auferlegen sollen, und von der schon Lord Palmerston gesagt hat, sie werde sich nicht 10 Jahre halten." Von allen Signatarmächten des Pariser Vertrages lehnte nur England die russische Aufkündigung als unzulässig ab. In Frankreich erweckte der russische Schritt die Hoffnung, daß eine dadurch hervorgerufene europäische Verwicklung sein Rettungsanker werden könne. Es gelang den diplomatischen Bemühungen des Fürsten Bismarck, noch während des Krieges die Londoner Pontuskonferenz zustande zu bringen, die die Gefahr eines englisch-russischen Krieges beseitigte. Der Pontusvertrag vom 13. März 1871 hob im Artikel 1 die auf die Neutralisierung des Schwarzen Meeres bezüglichen Artikel des Pariser Vertrages auf, bestätigte aber im Artikel 2 das Prinzip der Schließung der Meeresstraßen mit einer Abänderung, der man ihre Gefährlichkeit nicht sogleich ansah. Der Artikel räumte nämlich dem Sultan das Recht ein, in Friedenszeiten Kriegsschiffen befreundeter und alliierter Mächte die Meeresstraßen zu öffnen, „im Falle es die Hohe Pforte für notwendig erachten würde, um die Ausführung der Stipulationen des Pariser Vertrages zu sichern." Der Pferdefuß dieser Klausel kam erst auf dem Berliner Kongreß zum Vorschein. England ließ nämlich bei den Verhandlungen eine Deklaration Lord Salisburys in das Protokoll aufnehmen, wonach sich „seine Verpflichtungen hinsichtlich der Schließung der Dardanellen auf ein Engagement gegenüber dem Sultan, die darauf bezüglichen unabhängigen Entschließungen Seiner Majestät zu respektieren, beschränkten." (Nr. 528, Fußnote.) Damit lehnte England den wechselseitig verpflichtenden Charakter der Verträge von 1841 und 1856, der alle Mächte zu Garanten des Prinzips der Meerengenschließung machte, ab und erklärte sich nur gegenüber der Türkei für gebunden. Es hielt sich dadurch die Möglichkeit offen, den Willen des Sultans nicht zu respektieren, falls er die Meerengen etwa auf russisches Verlangen schließen würde, weil dann seine Entschließungen nicht unabhängig seien. Unbemerkt hatte England den russischen Hausschlüssel in die Tasche des Sultans versenkt, in die es beliebig glaubte hineingreifen zu können. Obwohl die übrigen Mächte die russische Auffassung von der gemeinsamen Garantie der Mächte teilten, protestierte gleichwohl keine derselben gegen eine Auslegung, die das Prinzip der Schließung völlig illusorisch machte, und dem Vertragsrechte das Recht des Stärkeren substituierte. Rußland allein stellte in einer Gegenerklärung des Grafen Schuwalow fest, daß es an dem gegenseitig verpflichtenden Charakter der Bestimmungen von 1841, 1856 und 1871 festhalte (Nr. 528). Bei Gelegenheit der Vorverhandlungen über das Drei-Kaiser-Bündnis von 1881 charakterisierte der russische Botschafter von Saburow (Nr. 517, 5. Februar 1880) die ungünstige Lage Rußlands seit dem Berliner Vertrage mit den folgenden Worten: „England behielt sich fortan vor, in die Meerengen einzufahren, wann es ihm gut scheinen würde... So haben die aufeinanderfolgenden Abmachungen über die Meerengen von 1833 bis 1878 damit geendet, die Garantien, die seit dem Vertrag von Hunkiar-Iskelessi das Prinzip der Schließung sicherstellten, auf null zu reduzieren."

Digitized by Google

Wie gerechtfertigt die russische Auffassung war, daß es übervorteilt worden sei, bewies nicht nur die Einfahrt der englischen Flotte am 13. Februar 1878 in das Marmarameer, die im Widerspruch mit den Verträgen ohne Ferman des Sultans erfolgte, sondern mehr noch der englische Plan des Jahres 1885, die Durchfahrt durch die Meerengen bei der Pforte zu erzwingen und den Afghanischen Krieg mit Rußland vom Schwarzen Meer aus im Kaukasus auszukämpfen. (Vgl. den Bericht über den Operationsplan der englischen Heeresleitung für den Fall eines Krieges mit Rußland unter Annahme einer Kooperation der Türkei. 16. Juli 1885, Nr. 778.) Bismarck allein hat in beiden Fällen den Ausbruch eines englisch-russischen Krieges verhindert, 1878 als er den Berliner Kongreß zustande brachte, 1885 dadurch, daß er im Verein mit Rußland und Österreich einen Druck auf den Sultan ausübte und ihn ermutigte, die Durchfahrt der englischen Flotte im voraus zu verweigern.

Im Jahre 1905 kehrte sich das Prinzip der Schließung der Meerengen gegen Rußland selbst. Im Japanischen Kriege war es verhindert, seine im Schwarzen Meer eingesperrte Kriegsflotte in Ostasien einzusetzen. Durch diese Erfahrung belehrt, war Rußland entschlossen, alles daranzusetzen, um die ideale Lösung der Meerengenfrage, wie sie bereits im Vertrag von Hunkiar-Iskelessi bestanden hatte, wiederherzustellen: Verbot der Einfahrt fremder Kriegsschiffe ins Schwarze Meer, Recht der Durchfahrt russischer Schiffe ins Mittelmeer. Bismarck hatte diese Wendung der russischen Politik bereits in seinen „Gedanken und Erinnerungen" vorhergesehen: „Wenn Rußland sich für ausreichend gerüstet halten wird, wozu eine angemessene Stärke der Flotte im Schwarzen Meer gehört, so wird, denke ich mir, das Petersburger Kabinett, ähnlich wie es in dem Vertrage von Hunkiar-Iskelessi verfahren, dem Sultan anbieten, ihm seine Stellung in Konstantinopel und den ihm verbliebenen Provinzen zu garantieren, wenn er Rußland den Schlüssel zum russischen Hause, d. h. zum Schwarzen Meere, in der Gestalt eines russischen Verschlusses des Bosporus gewährt." So geschah es auch im Jahre 1911, als der russische Botschafter Tscharykow am 6. Dezember der Pforte einen förmlichen russisch-türkischen Vertragsentwurf vorlegte, wonach Rußland der Türkei seinen Beistand zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die Dardanellen und die angrenzenden Territorien leihen wolle, wenn ihm die Pforte die Ausführung erleichtern und sich verpflichten wolle, sich der Passage russischer Kriegsschiffe unter gewissen Bedingungen nicht zu widersetzen. Getreu dem Bismarckschen Grundsatz, Rußland in der Meerengenfrage freie Hand zu lassen, anwortete damals Herr von Kiderlen auf eine vertrauliche Anfrage aus Petersburg vom November 1911, „daß es unserer ganzen bisherigen Politik entsprechen würde, Rußland in dieser Sache keine Schwierigkeiten zu machen". Der Ausbruch der Balkankriege brachte es mit sich, daß Rußland diesen Weg, auf dem es sicherlich dem Widerstand Englands begegnet sein würde, nicht weiter verfolgte. Zuletzt versuchte dann Rußland das Meerengenproblem bei den Hörnern zu fassen und dem Bundesgenossen England abzugewinnen, was ihm der Rivale niemals zugestanden hätte. Doch auch diese Rechnung schlug fehl. Der Weltkrieg brachte ihm nicht den begehrten Kampfpreis der Herrschaft über die Meerengen. Als es ans Verteilen der Beute ging, glitt der Schlüssel der russischen Haustür in die Tasche Englands.

Russische Expansion.

Die Meerengen waren nur die Schlüsselstellung für die russische Expansion. Ein Jahrhundert lang bis zum Weltkriege oszillierte die Angriffsspitze Rußlands an seiner gesamten Landgrenze gegen Asien und Europa hin und her. Nach der europäischen Seite läßt sich seit 1870 das ruckweise Vorrücken des Zeigers der strategischen Uhr vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee verfolgen. Mit dem Pontusvertrage 1871 hatte Rußland die Fessel der Neutralisierung des Schwarzen Meeres abgeworfen. 1877 stand es vor Konstantinopel. Mit dem Vertrage von San Stefano wollte es die Hand auf den ganzen Balkan legen. Das geplante Groß-Bulgarien sollte Mazedonien einschließen und der russischen Satrapie den Zugang zum Ägäischen Meere öffnen. England trat dazwischen. Im Berliner Vertrage wurde Bulgarien auf den Ostbalkan beschränkt und hinter den Balkan zurückgeworfen. Die Vorwärtsbewegung nach dem Westbalkan, wo Rußland in Montenegro schon eine feste Position besaß, wurde nur verlangsamt, aber nicht verhindert. In den kritischen Jahren 1885—87, in denen sich Bulgarien erst unter dem Battenberger, dann unter dem Koburger von Rußland emanzipierte, tauschten Rußland und Österreich ihre Interessensphären. Rußland setzte sich, wie es Bismarck warnend den Österreichern vorhergesagt hatte, in Serbien fest und verstärkte

Digitized by Google

in dem Maße als ihm der Ostbalkan entgleiten wollte, seine diplomatische Position in Belgrad. Das langjährige Bemühen Bismarcks, eine Demarkationslinie zwischen einem russischen Ostbalkan und einem österreichischen Westbalkan zu ziehen und so dem Interessenkonflikt der Deutschland verbündeten Mächte vorzubeugen, wurde durch den Widerstand beider Mächte gegen die vernünftigste aller Lösungen vereitelt. In drei Verträgen, Reichstadt 1876, Drei-Kaiser-Abkommen 1881/84 und Petersburger Abkommen 1897, hat Rußland die ehemals türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina Österreich zur Okkupation bezw. Annexion überlassen. Doch alle Versprechungen waren vergessen, als sich die großserbische Idee in den Dienst der panslawistischen Expansion stellte. Während der Sandschak-Krise und der bosnischen Krise 1908/9 rückte der Zeiger der russischen Angriffsspitze auf österreichisch-ungarisches Gebiet vor. Den nächsten Ruck tat er während der Balkankriege 1912/13. Der Balkanbünd unter russischem Patronat setzte sich Ziele, die die Zertrümmerung der Doppelmonarchie zur Voraussetzung hatten. Die Lösung der bosnischen Krise hatte die Solidarität von Österreich und Deutschland offenbar gemacht. Es war nur die logische Konsequenz, daß Deutschland in das Schicksal Österreichs hineingerissen wurde. Das längst dafür ausgegebene Stichwort lautete: der Weg nach Konstantinopel führt durch das Brandenburger Tor. Der Zeiger des russischen Angriffswillens stand in der Richtung auf Berlin fest. Das Gewicht aber, das den Zeiger ruckweise vorwärts getrieben hatte, war der Panslawismus.

„Wenn nur Österreich nicht wäre."

Für die russische Politik bestand immer die doppelte Möglichkeit, entweder Österreich gegen Deutschland oder Deutschland gegen Österreich auszuspielen. Da beides für Deutschland gleich unerwünscht war, sah Bismarck im Drei-Kaiser-Bündnis den einzigen Weg, um einerseits die Kaunitzsche Koalition (Rußland—Österreich—Frankreich) zu verhindern, anderseits Österreich-Ungarn als Großmacht zu erhalten. In Rußland selbst wog sich lange Zeit die antiösterreichische und die antideutsche Tendenz auf, da sie in verschiedenen Lagern herrschten. Die Zaren waren stark gegen Österreich eingenommen; bei der Panslawistenpartei überwog der Haß gegen Deutschland. Beide Tendenzen flossen endlich zusammen und schufen einen künstlichen Deutschenhaß, der zwischen den beiden deutschen Monarchien keinen Unterschied mehr machte.

Am Zarenhofe war die Antipathie gegen Österreich ebenso erblich gewesen wie die Sympathie für Preußen und Deutschland. Das undankbare Verhalten Österreichs während des Krimkrieges ist der Wiener Politik, trotz der persönlichen Hochachtung der Zaren für Kaiser Franz Joseph, niemals verziehen worden. Trotz des Fortbestehens des Dreikaiser-Abkommens von 1873 hat Alexander II. vor dem Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges ernstlich daran gedacht, einen Krieg gegen Österreich vom Zaune zu brechen.

Als Alexander II. und noch dazu in der formlosesten Weise durch den deutschen Militärbevollmächtigten Generalleutnant von Werder, der sich damals im Hoflager zu Livadia befand, anfragen ließ, wie sich Deutschland im Falle eines „Krieges gegen Österreich" verhalten würde, erregte er bei Fürst Bismarck und Kaiser Wilhelm I. das größte Befremden. Auf das berüchtigte Telegramm Werders aus Livadia vom 1. Oktober 1876 (Nr. 239) erwiderte Bismarck in einem Erlaß an den Staatssekretär von Bülow (Nr. 240): „Von Werder ist es doch fast schlimmer als ungeschickt, daß er sich als russisches Werkzeug dazu hergibt, um von uns eine unbequeme und unzeitige Erklärung erpressen zu helfen. Zum erstenmal wird in seinem Telegramm vom Kriege ‚gegen Österreich' gesprochen, während man bisher noch das Drei-Kaiser-Bündnis formell salvieren und Neutralität zunächst nur im Kriege gegen Türken zu meinen behaupten konnte. Uns jetzt schon die verfängliche Frage wegen ‚Österreich' mit Ja oder Nein stellen zu wollen, ist eine Gortschakowsche Falle. Antworten wir mit ‚Nein', so hetzt er bei Kaiser Alexander, antworten wir mit ‚Ja', so benutzt er es in Wien. Hilft Werder bewußt oder unbewußt dabei, sie uns zu stellen? Es muß ihm verboten werden, sich zu Fragestellungen gegen seine eigene Regierung herzugeben... Es würde tunlich sein, die Antwort auf eine so indiskrete Frage mit der Wendung abzulehnen, daß wir nicht sicher wären, zu welchem Zwecke Fürst Gortschakow die Erklärung verlange und welchen Gebrauch er davon machen werde. Bezugnahme auf das Kaiserliche Schreiben nach Warschau[1]) ist alles, was man von uns erwarten kann, namentlich solange Österreich gar keinen Grund

[1]) Vom 2. September 1876 durch Feldmarschall Freiherr von Manteuffel überreicht (Nr. 230).

Digitized by Google

zu gerechter Beschwerde gibt und Rußland ihm selbst noch nicht einmal droht. Die Frage ist ebenso dreist wie unzeitig, intrigue cousue de fil blanc." Bekanntlich ließ Bismarck, wie er in seinen „Gedanken und Erinnerungen" erzählt, da er der Antwort nicht ausweichen konnte, durch Herrn von Schweinitz dem Zaren erklären: „Wir könnten zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde." Da Deutschland Österreich nicht opfern wollte, erkaufte Alexander II. durch den Pester Vertrag vom 15. Januar 1877 die österreichische Neutralität im türkischen Kriege um den Preis von Bosnien und Herzegowina. Nach dem Kriege stellte Bismarck durch den Berliner Friedensvertrag von 1878 und das Drei-Kaiser-Bündnis von 1881 einen leidlichen modus vivendi zwischen Rußland und Österreich her, obwohl Alexander III., der das schon zum Abschluß reife Bündnis wenige Tage nach der Ermordung seines Vaters genehmigte, nur um Deutschlands willen das Vertragsverhältnis mit Österreich mit in den Kauf genommen hatte. Seine Vorurteile gegen die Doppelmonarchie waren zu eingewurzelt, um jemals überwunden zu werden. „Das Mißtrauen, welches Kaiser Alexander gegen Österreich hegt", schreibt Herr von Schweinitz am 29. Juni 1884 (Nr. 638) an den Reichskanzler, „datiert von seiner frühesten Jugend her; damals hat man ihm gesagt, der Undank des Hauses Habsburg habe seinen Großvater (Nikolaus I.) zum Tod gekränkt; später ist ihm die Geschichte des Krimkrieges in demselben Sinne vorgetragen worden. Als er das Alter erreichte, in welchem man anfängt, für politische Fragen Interesse zu haben und dabei das Gefühl vorwalten zu lassen, da brachte der polnische Aufstand das russische Nationalbewußtsein zu schneller, leidenschaftlicher Entfaltung, und ähnlich wie früher unter den Türkenfreunden, so damals unter den Beschützern der Polen, waren die Österreicher den Russen die Verhaßtesten. Bald nachher starb der Zäsarewitsch (Großfürst Nikolaus) und Großfürst Alexander wurde Thronfolger; seine Erziehung war nicht darauf angelegt gewesen; Gouverneure und Gespielen hatten ihn in der Neigung für das ‚Rein-Russische' bestärkt; zu diesem gehört nächst dem Sichgehenlassen die Nichtachtung des Fremden. Die Professoren und Staatsmänner, welche dem plötzlich in den Vordergrund tretenden jungen Prinzen Vorträge hielten, gehörten der Miljutinschen und mehr noch Katkowschen Richtung an. Der türkische Krieg, der Berliner Kongreß und deren Folgen in den südslawischen Ländern waren nicht geeignet, die Gesinnungen, welche Alexander Alexandrowitsch gegen Österreich hegte, zu ändern."

Bei der Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses im Jahre 1884 machte Alexander III. aus seiner Abneigung gegen Österreich kein Hehl. In einer Audienz des deutschen Botschafters (Bericht vom 9. März 1884, Nr. 628) sprach sich der Zar über seine Auffassung des dreifachen Bundesverhältnisses offen aus. „Das Gespräch wurde", so berichtet Herr von Schweinitz, „mit der Bemerkung eröffnet, daß es ihm zur hohen Befriedigung gereiche, den geheimen Vertrag erneuert zu sehen; er erwarte davon großen Nutzen für ‚beide Staaten'; es sei sehr erfreulich, daß auf diese Weise die Beziehungen und die Ruhe ‚beider Staaten' gesichert seien. Ehe ich noch einwerfen konnte, daß es sich um drei Reiche handle, sagte Seine Majestät, von Österreich spreche er nicht, weil zwischen diesem und Rußland so viele divergierende Interessen beständen. Ich erlaubte mir zu bemerken, daß gerade in bezug auf Österreich und dessen jene Interessen berührende Politik der Vertrag besonders wertvoll sei. Statt diesen Gedanken aufzunehmen, sagte der Kaiser, er hoffe dringend, daß man das Geheimnis streng wahren werde; ‚Sie kennen Rußland zu genau, um nicht zu wissen, daß jede Abmachung mit Ihnen gern gesehen werden würde, daß aber das Bekanntwerden eines Abkommens mit Österreich große Unzufriedenheiten zur Folge haben müßte'."

Ganz anders urteilte Alexander III. über Deutschland. Noch im Dezember 1886, als die gespannten Beziehungen zu Österreich schon auf einen Krieg hinzutreiben schienen, sprach er gegenüber dem deutschen Botschafter von Schweinitz, wie dieser an Bismarck berichtet (Nr. 997), in der vertrauensvollsten Weise über den alten Kaiser und den Fürsten Bismarck: „Ich spreche Ihnen nochmals", sagte der Kaiser, „die innigsten Wünsche für das Wohl des Kaisers aus und die Hoffnung, daß er uns recht lange erhalten bleibe; er ist wirklich unser einziger Alliierter und Freund; von allen andern haben wir nur Feindschaft zu erwarten; ich meine dies nicht vom Kaiser Franz Joseph persönlich; ich achte ihn

Digitized by Google

hoch; er ist treu und zuverlässig; ich weiß dies, aber Rußland kann diesen Unterschied zwischen ihm und seiner Regierung nicht erkennen, und dies macht mich besorgt wegen Rußland. Ich werde gewiß den Frieden nicht stören; ich weiß, Kaiser Wilhelm wird alles tun, ihn zu erhalten; ich rechne auf ihn und auf den Fürsten Bismarck; ich habe das Vertrauen zu ihm; der Fürst will keinen Krieg, sein Interesse ist, denselben zu vermeiden; aber Österreich handelt wirklich schlecht gegen uns; was die Zeitungen gegen Deutschland schreiben, hat keine Bedeutung, das sind Dummheiten, und das wird sich ändern; aber, was sie gegen Österreich sagen, ist wirklich gerechtfertigt."

In der Zeit der Balkankrise erneuerten sich dann auch die russischen Zumutungen an Deutschland, die Doppelmonarchie für den Beuteanteil der deutsch-österreichischen Provinzen an Rußland preiszugeben, mit einer Ungeniertheit, die erkennen ließ, daß die radikalste aller Lösungen der östlichen Fragen die Rußland erwünschteste gewesen wäre. Die nächsten Ratgeber der Zaren äußerten sich hierüber am unverblümtesten.

Bei Pobedonoszew, dem Lehrer und politischen Mentor von Alexander III., war der Haß gegen Österreich noch durch seine Jesuitenfurcht verschärft. „Le joug de l'Autriche devient insupportable", sagte er in einem Gespräch mit Herrn von Schweinitz (Nr. 1137, 29. Dezember 1887), und schilderte in beweglichen Worten die Agitation der römisch-katholischen Geistlichen unter den galizischen Ruthenen, die mit Erfolg darauf hinarbeiteten, das russische Kreuz mit drei Querbalken durch das lateinische mit einem Querbalken zu verdrängen. Dabei stieß er einen Stoßseufzer aus: „Wenn nur dieses schreckliche Österreich nicht wäre." So oft Pobedonoszew auf die Donaumonarchie zu sprechen kam, war das „Austriam esse delendam" der Refrain der politischen Weisheit des heiligen Mannes.

Selbst ein so zuverlässiger Freund Deutschlands wie der russische Botschafter in Berlin, Graf Paul Schuwalow, leistete sich die unglaublichsten Ausfälle gegen Österreich, besonders wenn der Wein seine Zunge löste. Ein köstliches Bild von einem Gespräch mit dem Botschafter entwirft Graf Herbert Bismarck in einer Aufzeichnung vom 17. Oktober 1886 (Nr. 989): „Am gestrigen Tage hatte ich wieder eine lange zwanglose Unterredung mit dem Grafen Schuwalow, nachdem ich bei ihm gegessen hatte. Dieselbe verlief seinerseits um so ungebundener, als er zur Erhöhung seiner schon bei Tisch ziemlich animierten Stimmung eine Flasche Champagner nach der anderen in sein Kabinett kommen ließ, in welchem sich außer mir nur noch Graf Murawiew (der russische Botschaftsrat) befand. Es war höchst spaßhaft, zu beobachten, wie letzterem bei den Ausbrüchen seines Chefs immer ungemütlicher wurde. Er zuckte die Achseln, schlug mit unbeschreiblichem Ausdruck die Augen gen Himmel, rang die Hände unterm Tisch, und versuchte während einer Stunde seine wachsende Nervosität durch eiliges Hinunterstürzen beträchtlicher Massen des schäumenden Weines zu ertränken. Endlich verschwand er auf einen Augenblick, und unmittelbar darauf erschien die Botschafterin, um uns mit Vorwürfen über die leidige Politik zum Familienbakkarat abzuholen, welches einige Zimmer weiter in munterer Weise gespielt wurde. Nachdem ich Schuwalow jetzt zweimal längere Zeit gesprochen habe, muß ich meinen Eindruck dahin resumieren, daß er viel ‚kleiner' und nervöser geworden ist, als er im letzten Winter war. Sein Respekt sowie seine Furcht vor Katkow sind ins Unglaubliche gestiegen, und neben diesen Empfindungen beherrscht ihn nur noch eine maßlose Wut gegen Österreich. Die Ausbrüche letzterer wechselten nur, wie sich aus dem folgenden ergeben wird, mit gerührt und innig klingenden Apostrophen an mich, die Österreicher doch sitzen zu lassen und uns dauernd auf eine Allianz nur mit Rußland einzurichten." (Die Verlesung eines Berichtes über die letzte vertrauliche Unterredung mit dem Staatssekretär unterbrach hier die Unterhaltung.) Graf Bismarck fährt fort: „Der Botschafter, dem das Lesen wohl die Kehle getrocknet hatte, leerte darauf mehrere Champagnerschalen und fing dann an, über Österreich loszuziehen. ‚Was erwarten Sie von diesem unsicheren Freunde? Österreich wird Sie immer verraten, sobald es die Gelegenheit und den Mut dazu hat. Wenn Sie z. B. mit Frankreich in Krieg kommen, wird Österreich sicher stillsitzen; was haben Sie also von einem Alliierten, der Sie kraft Ihres unglücklichen Vertrages mit Ihnen nötigen kann, mit uns Krieg zu führen?' Graf Murawiew rückte hier sehr unruhig auf dem Stuhl, trat vielleicht auch seinen Botschafter unter dem Tisch. Letzterer unterbrach sich wenigstens, um ein neues Glas Sekt zu trinken. Ich warf nur lachend hin, daß, wenn Frankreich uns wirklich anfallen sollte, wir uns unserer Haut allein wehren

Digitized by Google

könnten; Graf Murawiew stimmte dem lebhaft zu. Während der Botschafter mit einem Schluckauf murmelte: ‚Vous aurez pourtant toujours besoin de notre amitié.' Er fuhr dann mit Passion fort: ‚La seule alliance saine et solide c'est celle entre nous deux, mois je déteste l'Antriche, je n'ai jamais pu me conformer à l'idée de l'alliance à trois; il faut absolument que nous fassions disparaître l'Autriche de la Carte de l'Europe. Vous prendrez ses provinces allemandes et rien ne pourra plus nous séparer politiquement; donc laissez nous chier sur l'Autriche.' Graf Murawiews Gebärdenspiel wurde immer komischer; ich hielt es notwendig, hier doch mit einigem Ernst die monarchischen Interessen der drei Kaiser zu betonen und auf die Gefährlichkeit der südslawischen Republikaner hinzuweisen. Außerdem wies ich die Bemerkungen wegen der deutsch-österreichischen Provinzen mit Entrüstung zurück"... „Das Gespräch ging unter fortgesetzten Libationen noch eine Weile in derselben Tonart in die Runde. Zum Schluß erklärte Graf Schuwalow noch, wir würden über alle Schwierigkeiten hinwegkommen, wenn der Kaiser Alexander sich nur zuweilen unter vier Augen mit dem Fürsten Bismarck unterhalten könne. Kein einziger russischer Staatsmann habe Ansehen oder Gewicht beim Zaren. Derselbe habe aber seinerseits das unbegrenzteste Vertrauen in die Einsicht und Zuverlässigkeit des Fürsten Bismarck."

Derselbe Ton gegen Österreich wurde aber auch im Auswärtigen Amt in Petersburg von den Mitarbeitern des Herrn von Giers angeschlagen. Baron Jomini machte dem deutschen Geschäftsträger Grafen von Pourtalès gegenüber (13. Juli 1888, Nr. 1344) ebensowenig wie Graf Schuwalow ein Hehl aus seiner Gesinnung gegenüber der Doppelmonarchie. „Wir würden uns ja auf das Beste verständigen können, wenn nur Österreich nicht wäre. ...‚Voyez vous, autrefois on disait, si l'Autriche n'existait pas, il faudrait l'inventer.' Zu der Zeit, da dieser Satz ausgesprochen wurde, seien die Rollen Europas anders verteilt gewesen als jetzt, ... heute, wo Österreich in Italien nichts mehr zu suchen habe, seien die Augen der habsburgischen Monarchie nach der Balkanhalbinsel hin gerichtet, und das könne Rußland auf die Dauer nicht zugeben. Im Gegensatz zu dem oben zitierten Satze müsse daher heute die Vernichtung Österreichs als eine politische Notwendigkeit bezeichnet werden." ... „Wenn Österreich fortfährt, in der bisherigen Weise aus unserer Reserve auf der Balkanhalbinsel für sich Vorteil zu ziehen, so wird das Maß der hier gegen diese Macht herrschenden Erbitterung bald voll werden und überlaufen. Das gegen Österreich angesammelte Gift ist derartig, daß ich einen russisch-österreichischen Konflikt schon heute für unvermeidlich halte. Et ce sera une guerre terrible, une lutte à mort."

Russisch-französische Annäherung.

Für den Zaren war Österreich die „bête noire", wie von Giers einmal sagte; für die Panslawisten war es Deutschland. Die Moskauer Scharfmacher hetzten mit einer derartig verbissenen Wut gegen Deutschland, daß sogar ihre Verachtung Österreichs dagegen zeitweilig verblaßte. Schon nach der Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Skiernewice hieß es in Moskauer slawophilen Kreisen gelegentlich der Versetzung des Fürsten Orlow nach Berlin: „La Russie oublie sa force; wir kokettieren nur mit Deutschland bis unsere polnischen Festungen fertig sind; das wird noch einige Jahre dauern, dann kann's losgehen" (Nr. 649). Von Moskau aus wurden dann auch die Fäden zur Patriotenliga in Paris gesponnen. Déroulède kam nach Rußland. Zwar ignorierte ihn das offizielle Petersburg, aber von hochstehenden russischen Beamten, wie dem Generalgouverneur Baranow und dem Vizegouverneur Nekljudow, wurde er im Sommer 1887 in Nischni-Nowgorod auf seiner zweiten russischen Agitationsreise mit schwungvollen Reden gefeiert. Auffallenderweise wurden gerade diese beiden Festredner samt dem Pressechef Feoktistow, der in der offiziösen Presse dem Deutschenhaß die Zügel hatte schießen lassen, am Namenstage des Zaren dekoriert. Der Widerstand des Herrn von Giers gegen die slawophile Richtung wurde immer ohnmächtiger; die panslawistischen Kreise agitierten immer ungenierter für ein französisches Bündnis. Der damalige Geschäftsträger in Petersburg, Bernhard von Bülow, sprach sich offen gegenüber dem Grafen Murawiew aus, daß die Dinge so nicht weitergehen könnten. „Das ganze französische Revanchegeschrei würde wertlos sein und deshalb bald verstummen, wenn es nicht durch die deutschfeindlichen Ausbrüche russischer Politiker und Zeitungen fortwährend genährt würde: es zieht seinen Lebensodem lediglich aus der Hoff-

Digitized by Google

nung auf russischen Beistand und würde ohne dieselbe keine raison d'être haben." „Das Nichteinschreiten gegen General Baranow", fügte Bülow hinzu, „war schon ein starkes Stück, daß aber derjenige russische Beamte, welcher Herrn Déroulède ganz besonders affichiert hat, am Kaiser-Namenstage ausgezeichnet wird, ist doch geradezu eine moralische Ohrfeige für uns" (21. September 1887, Nr. 1117).

Die Krise erreichte ihren Höhepunkt, als der „Russische Invalide", das Organ des Kriegsministeriums, eine wahrscheinlich von dem Generalstabschef Obrutschew redigierte amtliche Auslassung brachte, welche die russischen Rüstungen mit angeblichen Kriegsvorbereitungen Deutschlands und Österreichs motivierte und ihre Fortsetzung forderte. Selbst Herr von Saburow erklärte es für ein höchst bedenkliches Symptom, daß jetzt die russische Militärverwaltung statt des Ministeriums des Äußeren das Wort führe. „Herr von Giers hätte es nicht soweit kommen lassen dürfen. De cette manière nous aurons la guerre au printemps" (Nr. 1168). Die panslawistischen Organe aber schlugen eine besondere Taktik ein, um die erwachende Kriegsleidenschaft gegen Deutschland zu lenken. Sie schrieben von dem „armen ganz unschuldigen Österreich, das durch deutsche Tücke in den Krieg mit Rußland hineingehetzt werden solle, und drückten ihre Verwunderung darüber aus, daß das Haus Habsburg einerseits die Dienste Rußlands im Jahre 1848, anderseits Königgrätz vergessen habe".

Die Entspannung erfolgte Ende des Jahres, als der alte Kaiser in einem ebenso ernsten als herzlichen Neujahrsbrief an den Zaren die aus der Luft gegriffenen Behauptungen des „Russischen Invaliden" mit allen Details widerlegte und seiner unbedingten Friedensliebe Ausdruck gab (Nr. 1174). Der Zar antwortete im selben Sinne, vermochte aber auch weiterhin seinen Groll gegen Österreich nicht zu verhehlen. Noch Ende Januar 1888 (Nr. 1176) äußerte er gegenüber Herrn von Schweinitz: „Auf Österreich sei gar kein Verlaß, das beste sei, gar nicht mit ihm zu sprechen; der Kaiser Franz Joseph wolle keinen Krieg, aber Rußland müsse sich doch gegen einen österreichischen Angriff sichern; von uns, das wisse er, sei ein solcher nicht zu erwarten... Auf die Truppenstärke in den Grenzgebieten zurückkommend, sagte der Zar, es sei richtig, daß innerhalb der von unserm Generalstab gezogenen Linien die russischen Streitkräfte den unsrigen bedeutend überlegen seien, aber in wenigen Tagen könnten wir doppelt so stark sein, während Rußland auf diejenigen Truppen, welche schon an Ort und Stelle wären, beschränkt bliebe. Ich sagte, es sei nicht le nombre des troupes russes; c'est leur proximité de la frontière, welche auf die Bewohner der limitrophen Bezirke beunruhigend wirkten; in wenigen Stunden könne die russische Kavallerie in unserem Lande sein. ‚Ja', sagte der Kaiser, ‚wir müssen suchen, Ihre Mobilisierung zu hemmen'".

„Ich warf ein," fährt der Bericht des Botschafters fort, „es sei doch eigentlich ganz unglaublich, daß man so, wie es eben jetzt zwischen Seiner Majestät und mir geschehe, über die Eventualität eines Krieges sprechen könne, für welche kein Mensch einen vernünftigen Grund zu erfinden wisse; ein Krieg sei aber doch ein großes Unglück, freilich nicht das größte; die Revolution sei viel schlimmer; okkulte Kräfte trieben zum Kriege, um der Revolution zum Siege zu verhelfen; ein Niederwerfen Österreichs würde eine Menge slawischer und anderer, jedenfalls anarchistischer kleiner Republiken an Rußlands Grenze erstehen lassen und dergleichen mehr. Seine Majestät antwortete, Ew. Durchlaucht hätten das auch gesagt, und die Erhaltung des Kaiserstaates als im monarchischen Interesse für notwendig erklärt; das sei wohl möglich, aber dann solle diese Monarchie nicht überall Schwierigkeiten in Rußlands Weg legen." — „Recht interessant war mir," fügt Herr von Schweinitz hinzu, „daß Seine Majestät der Kaiser, als er über seine Beziehungen zu Frankreich sprach, offen aussprach, seine Regierung habe sich der französischen zu nähern gesucht; da habe Herr Flourens und besonders Präsident Grévy gesagt, sie könnten dazu nicht raten, denn niemand sei imstande vorherzusagen, mit wem Rußland sich engagiere; Herr Grévy habe während seiner Präsidentschaft über 300 Minister gehabt... In dieser Weise verlängerte sich das Gespräch. ‚Nun', sagte der Zar, ‚jetzt hat man sich glücklicherweise beruhigt, und für dieses Jahr werden wir also Frieden behalten.' Ich sagte, daß ich nicht einsehe, warum wir bloß für dieses Jahr und nicht überhaupt Frieden behalten sollten. An diese Möglichkeit schien Seine Majestät nicht recht zu glauben, so sehr es auch seinen Wünschen entsprechen möchte;

Digitized by Google

ich empfing, und dieses Mal noch stärker als in dem Gespräche beim St. Georgsfeste 1886, den Eindruck, daß der Kaiser Alexander sich in die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Österreich hineingefunden hat." Aber auch der Zar wußte, daß ein Angriff auf Österreich den Krieg mit Deutschland bedeute und Frankreich auf den Plan rufen würde.

Zarismus und Revolution.

Niemand hat die Gefahr, die dem Frieden Europas von einem slawophilen Zarismus und einer russischen Revolution drohte, so frühzeitig erkannt als Bismarck. Der Immediatbericht, den er am 7. September 1879 (Nr. 461) nach dem Eingang des bekannten Drohbriefes Alexanders II. vom 15. August 1879 (Nr. 446) an Kaiser Wilhelm I. richtete, spricht sich in wahrhaft prophetischer Weise hierüber aus:

„Wie ist es bei dem früher so feinfühlenden Herzen des Kaisers Alexander erklärlich, daß derselbe Ew. Majestät niemals ein Wort des Dankes für den Kongreß (von 1878) und die Kriegszeit (von 1877) gegönnt hat, während er den Dank Ew. Majestät für 1870 so bereitwillig in sein Schuldbuch schrieb und diplomatisch ausnutzte. Es erklärt sich dies dadurch, daß Se. Majestät seit der Zeit der ersten serbischen Wirren (Fadejew), unter abwechselnder Einwirkung männlicher und weiblicher Einflüsse die russische Politik und die kaiserliche Macht der slawischen Revolution dienstbar gemacht hat, und im Sinne derselben die Diplomatie leitet. Den Berechnungen dieser Revolution entspricht es, die Schuld der eignen Fehler auf Deutschland zu schieben; man hat damit angefangen schon während des Kongresses, und der Kaiser Alexander hat sich bewegen lassen, dazu die Hand zu bieten; nicht etwa in Unkenntnis der Wahrheit, sondern mit vollem Bewußtsein; ich weiß das von Schuwalow. Mit der unberechenbaren Elementargewalt dieser Revolution ist für uns keine Verständigung möglich, und es ist nicht denkbar, daß der Kaiser und vielleicht ebensowenig, daß der Thronfolger sich von diesen Einflüssen wieder hinreichend emanzipieren werde, um dem von seiner Regierung künstlich erzeugten Deutschenhaß seiner Untertanen Trotz zu bieten. Das Bewußtsein der deutschen Abstammung der Dynastie macht ihn schon ängstlich nach der Richtung hin, während der Mut und das Expansionsbedürfnis nach außen durch den Krieg krankhaft gesteigert ist, man könnte sagen zum slawischen Napoleonismus... Der Friede Europas ist seit dem Falle Napoleons von niemand als von dem slawophilen Rußland bedroht. Es ist, als ob Rußland unter der Leitung der slawischen Propaganda die Erbschaft des napoleonischen Cäsarismus und damit die Mission übernommen hätte, die schwarzen Punkte am Horizonte des europäischen Friedens zu bilden. Solange die russische Kampflust, die das Ergebnis des langen Friedens nach dem verunglückten Krimkriege war, ihre Befriedigung in Asien suchte, solange konnte Europa hoffen, daß die Zeit und der Wechsel der Stimmungen das Übel ohne größeren Schaden vielleicht heilen werde... Der siegreiche Feldzug (von 1877/78), die großen Opfer und die großen Erfolge desselben haben aber die panslawistische Kriegslust Rußlands nicht abgekühlt. Die Hoffnung, welche ich vor zwei Jahren hegte und aussprach, daß Siege und Beförderungen, Georgenkreuze, Tedeum, eroberte Roßschweife, das Tatenbedürfnis des russischen Heeres befriedigen würden, ist unerfüllt geblieben. Nur die anspruchsvolle Selbstüberschätzung der Russen hat sich gesteigert, und zwingt Europa, gegen die Gefahren auf der Hut zu bleiben, die der Chauvinismus des slawischen Zäsarentums für unseren Frieden heraufbeschwören kann. Diese Gefahren werden täglich größer durch die tägliche Steigerung der an sich schon ungeheuerlichen Ziffern des russischen Heeres, obschon Rußland von keiner Seite bedroht ist. Seine agressiven Absichten werden hierdurch und durch die Aufstellung dieses Heeres außer Zweifel gesetzt. Den einzigen sichern Schutz gegen diese Gefahren sehe ich nicht im Vertrauen auf die unsichere Freundschaft Rußlands, sondern nur in unserer Entschlossenheit, uns zu wehren und in dem Zusammenschließen der bedrohten Nachbarn Rußlands zu gegenseitiger Verteidigung."

Das Übergewicht, das während der Regierung Alexanders III. der revolutionäre und kriegstreiberische Moskauer Panslawismus erlangte, knüpfte sich an den Namen Katkows, des allmächtigen Herausgebers der Moskauer Zeitung. In ihm vollzog sich zu einer feststellbaren Zeit, im Frühsommer 1886, der Gesinnungsumschlag, durch den der Haß gegen Österreich-Ungarn auf Deutschland übertragen wurde. Nach dem Zeugnis von Schuwalow war

Digitized by Google

Katkow ursprünglich deutschfreundlich. Herr von Giers bezeugt, daß Katkow erst dann die Führung der panslawistischen Deutschenhetze übernahm, als es den Moskauer Großindustriellen gelungen war, ihn materiell an ihrer deutschfeindlichen Handelspolitik zu interessieren. „Unsere ganze Presse", äußerte Herr von Giers gegen Bernhard von Bülow (Bericht vom 31. Juli 1886, Nr. 977), „ist seit zwei Monaten außer Rand und Band. Die Moskauer Zeitung, welche in der auswärtigen Politik früher verständigen Ansichten huldigte, führt jetzt auf diesem Gebiete ungefähr dieselbe Sprache, wie die Nowoje Wremja. Dieser Umschwung in der Haltung Katkows hängt damit zusammen, daß derselbe persönlich an den Unternehmungen und Spekulationen der ultraprotektionistischen Industriellen beteiligt ist, die Deutschland zürnen, weil es sich keine weitere Erhöhung unserer Eisen- und Kohlezölle gefallen lassen will. Selbst der Kaiser hat mir neulich zugegeben, daß *für die politische Richtung Katkows oft sehr materielle Gründe und Zwecke maßgebend wären.*" Auch der revolutionäre Moskauer Panslawismus war in seinem Deutschenhaß nicht so selbstlos und vom reinsten Patriotismus beseelt, wie er sich gab. Über die letzten Ziele der panslawistischen Partei war auch Herr von Giers in keiner Täuschung befangen. Gegenüber Herrn von Bülow äußerte er (Nr. 1118, Bericht v. 28. September 1887): „Ich weiß sehr wohl, daß die russische Publizistik auf Krieg und Umsturz des Bestehenden hinarbeitet. Unsere Zeitungen wollen durch Aufstacheln aller bösen Leidenschaften im russischen Volke die schon vorhandene Unzufriedenheit auf das äußerste steigern, sie hoffen, daß die Regierung dann schließlich ihren Ausweg in einem Kriege suchen, und daß dieser Krieg Reformen im Innern nach sich ziehen werde... Die große Masse der Malcontenten sieht keinen andern Ausweg aus den sie bedrückenden Zuständen, als eine gewaltsame Explosion, und dieser Stimmung trägt die Presse Rechnung. Die Offenheit", fährt Herr von Bülow fort, „mit welcher der Minister sprach, die konfidentielle Natur unserer Unterredung und die freundschaftlichen Beziehungen, in denen ich persönlich zu ihm stehe, ermöglichten es mir, nochmals mein Befremden und mein Bedauern darüber auszudrücken, daß Se. Majestät der Kaiser Alexander diese Gefahren nicht erkenne und denselben nicht entgegenträte. Herrn von Giers wollte augenscheinlich und begreiflicherweise seinen Souverän weder des Mangels an Einsicht noch des Mangels an Mut zeihen, er beobachtete während einiger Sekunden ein etwas verlegenes Schweigen und meinte schließlich: ‚Der Kaiser weiß, *daß diejenigen, welche hier zum Kriege gegen Deutschland hetzen, es im letzten Ende auf den Sturz seines Thrones und jedenfalls auf die Beschränkung seiner Macht abgesehen haben.* Er hält sich aber für stark genug, um immer noch rechtzeitig Halt! zu gebieten und Ordnung schaffen zu können.'"

Auch der Prokurator des Heiligen Synods stand in dem Rufe, im Grunde seines Herzens „ein Roter" zu sein. General Durnowo sprach sich nach einem Bericht Bülows vom 27. Oktober 1887 (Nr. 1122) über den einflußreichsten Berater des Zaren mit großer Offenheit aus: „Der Hauptwiderstand gegen eine vernünftigere Haltung Rußlands im Innern und nach außen, gehe gegenwärtig von Herrn Pobedonoszew aus. Das Ministerium des Innern werde ganz von demselben beherrscht. Der Finanzminister Wischnegradsky, der Justizminister Manassein, der Unterrichtsminister Deljanow und selbst der Domänenminister Ostrowski lavierten zur Zeit zwischen Herrn von Giers und Herrn Pobedonoszew, da sie nicht recht wüßten, welchen Kurs der Zar endgültig nehmen werde. *Herr Pobedonoszew sei alles in allem der gefährlichste Mensch in Rußland*, halb Betrüger, halb Schwärmer, bigott und revolutionär, ‚brek un de ces hommes qui Vous ruinent un pays et avec cela ceux, qui ont quelque chose à perdre'. Die richtige Ansicht, daß Herr Pobedonoszew ein Revolutionär ist, wird in der Gesellschaft jetzt öfters laut: ‚c'est au fond un rouge et cela ce voit de plus en plus', hörte ich mehrfach von dem Prokurator des Heiligen Synods sagen. General Durnowo bestätigte mir, daß das gemeinste der russischen Blätter, der Swet, nicht nur von Herrn Pobedonoszew subventioniert werde, sondern das eigentliche Organ desselben sei."

Das Zusammentreffen so verschiedener Motive, national-russischer, revolutionärer und kirchlich-reaktionärer, die alle auf *ein* Ziel, den Krieg und die Niederwerfung der beiden deutschen Monarchien hinarbeiteten, macht es begreiflich, daß sich schließlich niemand mehr am Petersburger Hofe der panslawistischen Suggestion zu entziehen vermochte. In der Krise von 1887

Digitized by Google

wurde auch Herr von Giers mürbe, und zuguterletzt war es der Zar allein, der nach seiner Rückkehr aus Berlin den Kriegsdrohungen ein Ende machte. Die Aufklärungen, die er am 18. November von Bismarck über die bulgarischen Fälschungen erhielt, und der überaus ernste Neujahrsbrief Kaiser Wilhelms I. taten ihre Schuldigkeit. Wie nahe man damals dem Kriege war, lehrt ein Bericht des österreichisch-ungarischen Militärattachés in Petersburg, Oberstleutnant Klepsch, vom 16. November 1887 (Nr. 1153), der nur zwei Tage vor dem Besuch des Zaren in Berlin geschrieben war:

„Unter allen Umständen liegt die Frage nahe: Wollen denn die Russen Krieg anfangen? Gegen wen? Auf welchen Grund hin? Es ist der jahrelang aufgehetzte Fanatismus, der durch unglaublich ungeschickte Behandlung von oben das Steuer der Vernunft und jeglicher Selbstzensur abgeworfen, dazu gelangt ist, unter der nationalen Flagge, die Politik des Kommunismus zu treiben. Die Regierung — das Organ, — maßregelte ein bißchen Katkow, und dieselbe Regierung — das Staatsoberhaupt — belorbeerte denselben Mann, lebend und nach seinem Tode — als ‚richtigsten Interpreten' (der russischen Volksseele). Das Chaos von heute ist die Folge. Mit wem man auch spricht, stets hört man: Rußland werde bedroht von allen Seiten, d. h. von Deutschland und uns (Österreich-Ungarn)... Nur wenn einem ein Freund wiedererzählt, was diese hohen und minderhohen Herren sprechen, wenn sie unter sich sind, dann merkt man ziemlich deutlich den Pferdefuß. Sollte ich in Kürze fassen, was ich Rußlands allerdings nie ausgesprochene und auch kaum auszusprechende politische Direktive nenne? Deutschland muß niedergebrochen werden, weil es zu stark ist, es Rußlands Wort in Europa übertönt und Rußland hindert, seine heilige nationale Mission zu erfüllen. Diese fängt an der Balkanhalbinsel an und endet südlich von Budweis und nördlich von Illyrien, und Professor Lamansky (russischer Panslawist) nennt das: ‚Rußlands innere Angelegenheit'. Österreich muß niedergeworfen werden als Konkurrent und Besitzer dessen, was man selbst besitzen will. Ich bin überzeugt, daß Kaiser Alexander so nicht denkt; aber es fehlt mir jegliches Zutrauen zu seiner geistigen Produktivität, so daß er eigne Gedanken den unter ganz falschen Titeln an ihn gebrachten Vorschlägen entgegenzustellen fähig wäre."

Bismarcks Friedensprogramm für Kaiser Friedrich.

Aus der kurzen Regierungszeit des Kaisers Friedrich besitzen wir einen Immediatbericht des Fürsten Bismarck vom 3. April 1888 (Nr. 1331) mit einem Nachtrag vom 4. April (Nr. 1332), in dem Bismarck eine Darstellung gibt von der damaligen politischen Lage des Deutschen Reiches und seinen Beziehungen zu Frankreich und Rußland. Der Anlaß zu dieser politischen Betrachtung war durch die Bedenken gegeben, die die sich anbahnenden Beziehungen der Kaiserlichen Familie zu dem Prinzen Alexander von Battenberg, dem Exfürsten von Bulgarien, im Blick auf die auswärtige Politik des Reiches einflößen mußten. Auf den Rat Bismarcks war die an den Prinzen ergangene telegraphische Aufforderung, sich am Ostermontage am kaiserlichen Hofe zu melden, bereits rückgängig gemacht worden. In einem Immediatvortrag hatte Bismarck den Wunsch ausgesprochen, daß auch von einer Auszeichnung des Prinzen Alexander von Battenberg Abstand genommen werden möchte, weil dieselbe als russenfeindliche Demonstration aufgefaßt werden müßte. Auch das Projekt einer Heirat des Prinzen von Battenberg mit der Prinzessin Viktoria von Preußen, für das sich die Königin von England interessierte, war damals in der deutschen Presse besprochen worden. Wie Bismarck am 12. April 1888 (Nr. 1337) an den Botschafter in Petersburg schrieb, hatte Kaiser Friedrich „keine Neigung, den Heiratsplänen näherzutreten". Doch schon die Absicht einer Annäherung oder Auszeichnung des Prinzen von Battenberg durch den Kaiserlichen Hof hatte bei Bismarck so ernste Bedenken geweckt, daß er im Falle der Nichtberücksichtigung derselben sein Demissionsgesuch in Aussicht stellen zu müssen glaubte, was er in seinem Immediatbericht eingehend begründete. Der Immediatbericht hatte die Wirkung, daß Kaiser Friedrich den Bedenken Bismarcks Rechnung trug und ihn mündlich dahin beschied, „daß der eventuelle Anlaß zu seinem Abschiedsgesuch nicht vorliege, und die Sache damit erledigt sei" (Nr. 1337). Wir geben hier nur denjenigen Teil des Immediatberichtes wieder, der sich auf die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die preußischen Traditionen bezieht:

Digitized by Google

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an Kaiser Friedrich III.

Berlin, den 3. April 1888.

... Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ist seit dem Frieden mit Frankreich vorwiegend auf die Erhaltung des Friedens und auf die Verhütung antideutscher Koalitionen gerichtet gewesen. Der Brennpunkt dieser Politik liegt in Rußland und in der Aufgabe, dem Kaiser Alexander persönlich das Vertrauen zur deutschen Politik zu gewähren und zu erhalten, dessen Seine Russische Majestät bedarf, um den kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen dauernden Widerstand zu leisten. Nachdem wir Österreich und Frankreich bekämpft hatten, lag in den Händen des Kaisers von Rußland, der willkürlich darüber bestimmt, ob eine Macht von hundert Millionen Menschen Deutschlands Freund oder Feind ist, die Möglichkeit, sich mit den beiden von uns geschlagenen Gegnern zu verbinden. Diese Möglichkeit ist durch den Bündnisvertrag mit Österreich eingeschränkt. Immer aber ist ein Krieg, den wir mit Rußland und Frankreich gleichzeitig zu führen hätten, auch wenn er siegreich bliebe, eine der größten Kalamitäten, welche über das deutsche Volk hereinbrechen können. Der Beistand Österreichs, auf welchen wir dabei rechnen, ist nicht so stark, wie er sein könnte, und kann unter Umständen, wenn in Italien Wechsel der Majoritäten und Regierungen stattfinden, durch einen Umschwung der italienischen Politik noch sehr vermindert werden, so daß wir gegen einen Anfall beider Nachbarn in der Hauptsache auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden. Ob wir Gefahr laufen, mit beiden gleichzeitig in Krieg zu geraten, darüber liegt wieder die Entscheidung ausschließlich beim Kaiser Alexander. Wir können mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Frankreich, solange ihm Rußland nicht beisteht, uns in Ruhe läßt oder von uns wiederum geschlagen wird. Kann aber Frankreich auf russischen Beistand rechnen, so haben wir den Krieg mit beiden Mächten gleichzeitig in ganz sicherer Aussicht. Die Politik des hochseligen Kaisers Wilhelm hat es daher als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Frieden mit Rußland zu sichern und zu dem Zwecke das Vertrauen des Kaisers Alexander zu unserer Politik zu befestigen und ihn dadurch widerstandsfähig gegen die kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen zu machen. Noch vor sechs Monaten waren die Kriegsbefürchtungen bei uns und überall vorherrschend. Durch richtiges Verfahren auf diplomatischem Gebiete ist es uns gelungen, in den Beziehungen zu Rußland, worunter nach den russischen Verhältnissen immer ausschließlich die zu der Person des regierenden Kaisers zu verstehen sind, ein Maß von Vertrauen wiederherzustellen, welches gegründete Aussicht auf Fortdauer des Friedens bietet. Durch jeden Wechsel in unserer Politik kann eine Wendung nach der Seite des Krieges hin in der politischen Lage herbeigeführt werden, deren weitere Entwicklung durch diplomatische Mittel nicht immer mit Sicherheit gehemmt werden kann. Es wäre ein großes Unglück für Deutschland nicht nur, sondern für alle friedliebenden Nationen in Europa, wenn lediglich durch einen Mißgriff in der diplomatischen Behandlung unserer Beziehungen zum Kaiser Alexander eine so verhängnisvolle Wendung, eine Zerstörung aller bisher erreichten diplomatischen Erfolge herbeigeführt werden sollte. Unter den Anläßen der friedlichen Entwicklung unserer russischen Beziehungen nimmt das ablehnende Verhalten der Politik des hochseligen Kaisers zu dem früheren Fürsten von Bulgarien eine hervorragende Stelle ein; von jeder Annäherung an den letzteren ist der Eindruck auf den Zaren schwer zu berechnen; ich wenigstens möchte die Verantwortlichkeit für die praktischen Ergebnisse dem eigenen Lande gegenüber nicht übernehmen. Man könnte sagen, daß Deutschland stark und groß genug ist, um das Wohlwollen, welches seine Dynastie für einen Prinzen von Battenberg hegen kann, nicht nach den Eindrücken auf den Kaiser von Rußland zu bemessen. Eine derartige Gleichgültigkeit gegen die Rückwirkung, welche das Verhalten der Dynastie auf den Frieden und das Wohl des Landes und der Untertanen haben kann, liegt indessen nicht in den Traditionen der preußischen Monarchie. Das friedliche Beieinanderwohnen der großen europäischen Mächte ist überhaupt nur dadurch möglich, daß ihre Regierungen und ihre Dynastien auf die Bedürfnisse nicht nur, sondern auf die Neigungen und Wünsche der Nachbarvölker und der Souveräne derselben sorgfältig Rücksicht nehmen und Motiven zu Verstimmungen rechtzeitig vorbeugen, solange

Digitized by Google

es noch mit Ehren möglich ist. Das sehr starke Nachbarvolk der Russen ist nun ausschließlich durch den Kaiser Alexander repräsentiert, und die persönlichen Eindrücke dieses Monarchen werden sich sicher widerspiegeln in der auswärtigen Politik des großen russischen Reiches. Es wird also nach preußischen Begriffen nicht unter die politischen Möglichkeiten gerechnet werden können, daß persönliche Wünsche und Neigungen der Dynastie schwerer ins Gewicht fallen könnten als die Rücksicht auf den Frieden und die Wohlfahrt der Untertanen derselben und der gesamten deutschen Nation.

... Ich glaube danach, Euerer Majestät ehrfurchtsvoll empfehlen zu dürfen, aus Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Pflege des Friedens ohnehin bietet, aus Rücksicht auf die Ausdehnung des Krieges, im Falle die Erhaltung des Friedens mißlingt, und auf den gänzlichen Mangel an politischem und nationalem Interesse Deutschlands an einem Kriege mit Rußland und Frankreich den Anstoß, welche jede irgendwie geartete Annäherung an den früheren Fürsten von Bulgarien zu einer kriegerischen Entwicklung geben könnte, mit landesväterlicher Sorgsamkeit zu vermeiden."

Mit diesem Bekenntnis: die Auswärtige Politik des Deutschen Reiches sei seit dem Frieden mit Frankreich auf die Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen, und habe das friedliche Beieinanderwohnen der großen europäischen Mächte ermöglichen wollen, — hat Bismarck nach dem Hingange des alten Kaisers ein Siegel gesetzt unter die Kaiserproklamation von Versailles, deren Friedensprogramm Kaiser und Kanzler treu geblieben sind bis an ihr Ende.

Man lese hier noch einmal nach, was auf Seite 133 und 134 aus dem Ultimatum der Entente angeführt ist über das preußische System, die Hypnose des Bismarck-Erfolges, über das Evangelium des Hasses und der Gewalt und über die Saat des Mißtrauens und der Zwietracht, die Deutschlands Lenker zwischen allen ihren Nachbarn gesät haben sollen.

Anhang.

Das Bündnisangebot des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury vom Jahre 1889.

Es ist bis jetzt nicht bekannt, daß Fürst Bismarck gegen Ende seiner Kanzlerschaft sein kontinentales Bündnissystem durch ein deutsch-englisches Bündnis krönen wollte. Man hat zwar irrigerweise seinen Schriftwechsel mit Lord Salisbury vom November 1887 mit einer solchen Absicht in Verbindung gebracht. Völlig unbekannt aber war die Tatsache, daß Bismarck im Januar 1889 Lord Salisbury ein direktes und eingehend motiviertes Bündnisangebot durch Graf Hatzfeldt hat machen lassen, das von dem deutschen Botschafter mit dem englischen Premier besprochen und von Lord Salisbury nach Rücksprache mit seinen politischen Freunden im März desselben Jahres in freundlich dilatorischer Form abgelehnt worden ist. Der Erlaß des Fürsten Bismarck an Graf Hatzfeldt vom 11. Januar 1889 (Nr. 943), der jetzt zum erstenmal an die Öffentlichkeit kommt, erörtert mit großem Freimut die Gründe, aus denen der Reichskanzler ein Bündnis zwischen England und Deutschland im Interesse beider Länder für wünschenswert und zur Sicherung des europäischen Friedens für überaus wertvoll erachtete. Der Erlaß ist auch darum bedeutsam, weil er mit großer Klarheit die letzten Motive der Bismarckschen Bündnispolitik ausspricht.

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Berlin, den 11. Januar 1889

Ew. pp. habe ich bei Ihrer Anwesenheit in Friedrichsruh[1]) ersucht die nächste Gelegenheit vertraulicher Besprechung mit Lord Salisbury zu benutzen, um demselben meine Überzeugung auszusprechen, daß der Friede, der England und Deutschland gleichmäßig erwünscht ist, oder auch nur die Frist, in welcher sie ihre Bewaffnung der Größe der Gefahren der nächsten Kriege entsprechend herzustellen vermögen, nicht sicherer erreicht werden könne,

[1]) Graf von Hatzfeld hatte vom 5.—7. Januar als Gast des Fürsten von Bismarck in Friedrichsruh geweilt.

Digitized by Google

als durch den Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und England, durch welchen beide Mächte sich für einen begrenzten Zeitraum zu gemeinschaftlicher Abwehr eines französischen Angriffes auf eine von beiden verpflichten. Ein geheimer Vertrag der Art, wenn er möglich wäre, würde beiden Mächten erhebliche Sicherheit für den Ausgang eines solchen Krieges gewähren, die Verhinderung desselben aber würde nur von dem öffentlichen Abschluß erwartet werden können.

England und Deutschland sind von einem anderen als einem französischen Angriffe nicht bedroht. Nur durch österreichisch-russische Verwicklungen würde Deutschland in einen russischen Krieg hineingezogen werden können, und da letztrer für Deutschland auch im günstigsten Falle keinen annehmbaren Kampfpreis hat, so werden wir bestrebt sein müssen, den österreichischen Krieg nach Möglichkeit zu verhüten.

Ein bedrohliches Element für beide befreundete Mächte, Deutschland und England, ist nur der einzige beiderseitige Nachbar, Frankreich; einen andern gemeinsamen Nachbar bedrohlicher Natur haben beide nicht. England hat, außer mit Frankreich, divergierende Interessen mit Nordamerika und mit Rußland. Aber ein Krieg mit einer dieser Mächte, selbst ein gleichzeitiger mit beiden, kann für England lebensgefährlich nur werden, wenn Frankreich der Bundesgenosse der Feinde Englands ist. Auch die Haltung Amerikas würde England gegenüber vorsichtiger sein, als sie in der Kanada- und der Sackvillefrage gewesen ist, wenn man in Amerika darauf rechnen müßte, einen Bruch mit England isoliert und ohne materielle oder moralische Hilfe Frankreichs durchführen zu müssen. Zu hindern, daß Amerika im Streit mit England auf Frankreich rechne, gibt es kein wirksameres Mittel als die Gewißheit, daß Frankreich einen Angriff auf England nicht würde unternehmen können, ohne seinerseits durch ein deutsches Heer von mehr als 1 Million angegriffen zu werden. Amerika wird nicht geneigt sein, die chauvinistischen Neigungen seiner künftigen Regierung und seine bisherigen Unfreundlichkeiten gegen England in kriegerische Praxis zu übertragen, wenn es nicht der eventuellen französischen Unterstützung versichert ist. Die auswärtige englische Politik würde nach allen Seiten freie Bewegung haben, wenn sie nur gegen die französische Kriegsgefahr durch ausreichende Bündnisse gedeckt wäre. Auch dann, wenn solche Bündnisse nur auf die kurze Zeit abgeschlossen würden, deren England bedarf, um die Schäden seiner maritimen Wehrfähigkeit auszubessern, sollte ich meinen, daß die in ihnen liegende absolute Friedenssicherheit auf ein Jahr oder mehrere für alle friedliebenden Mächte von großem Nutzen sein könnte. Es handelt sich dabei nicht um das Stärkersein im Falle des Krieges, sondern um das Verhindern des Krieges. Weder Frankreich noch Rußland werden den Frieden brechen, wenn sie amtlich wissen, daß sie, wenn sie es tun, auch England sicher und sofort zum Gegner haben. Sie werden ihn nur brechen, wenn sie hoffen dürfen, die friedliebenden Mächte in Europa eine nach der andern angreifen zu können. Wenn nur festgestellt wird, daß England gegen einen französischen Anfall durch ein deutsches und Deutschland gegen einen französischen Anfall durch ein englisches Bündnis gedeckt sein würde, so halte ich den europäischen Frieden für gesichert auf die Zeit der Dauer eines solchen öffentlich verlautbarten Bündnisses.

Es fragt sich, ob die Überzeugung, den europäischen Frieden zeitweis als gesichert betrachten zu können, zu teuer erkauft werden würde für den Preis einer offenen und parlamentarischen Stellungnahme zugunsten eines Defensivbündnisses im Interesse der Erhaltung des Friedens.

Mein Gedanke ist der, daß, wenn Seine Majestät es genehmigt, zwischen der englischen und deutschen Regierung ein Vertrag geschlossen werden sollte, durch welchen beide sich zu gegenseitigem Beistande verpflichten, wenn Frankreich im Laufe der nächsten 1, 2 oder 3 Jahre, je nach Befinden, einen der beiden angreifen sollte, und daß dieser Vertrag, der für das Deutsche Reich auch ohne Parlamentsbeschluß bindend sein würde, dem englischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt und dem Deutschen Reichstage öffentlich mitgeteilt würde.

Ich glaube, daß die Wirkung eines offnen und männlichen Schrittes in dieser Richtung nicht nur in England und Deutschland, sondern in ganz Europa eine erleichternde und be-

Digitized by Google

ruhigende sein würde, und daß derselbe dem englischen Ministerium die Stellung als Hort des Friedens der Welt gewähren würde.

England bedarf nach seiner vorwiegend maritimen Leistungsfähigkeit jetzt sowohl wie immer im letzten Jahrhundert eines kontinentalen Bündnisses, und dieses Bedürfnis ist durch die Ungeheuerlichkeit des Anwachsens der militärischen Rüstungen auf dem Festlande noch stärker geworden, als es früher war. Ohne ein solches ist bei den heutigen Verbindungsmitteln die Möglichkeit einer französischen Invasion nach England eine Frage, die von Zufälligkeiten der Witterung, der Erregung und der augenblicklichen Stärke der Streitkräfte im Kanal abhängt. Mit einem englisch-deutschen Bündnis ist Frankreich gar nicht imstande, ein wirksames Unternehmen gegen England gleichzeitig mit der Abwehr einer deutschen Invasion an der Ostgrenze zu planen.

Es ist meines Erachtens nicht nützlich für England, die Politik der Enthaltung so weit zu treiben, daß alle kontinentalen Mächte, namentlich Deutschland, sich darauf einrichten müssen, ihre Zukunft ohne Rechnung auf England sicherzustellen. Wäre die Überzeugung, daß dies dauernd der Fall sein muß, einmal zur definitiven Annahme gelangt, so würde Deutschland eben in der Notwendigkeit sein, sein eigenes Heil in solchen internationalen Beziehungen zu suchen, die es ohne England erreichen kann. Solche Wege, einmal eingeschlagen, sind in der Politik nicht leicht zu verlassen.

Ich ersuche aus diesem Grunde Ew. pp. Lord Salisbury, einstweilen in meinem Namen, die Frage zu stellen, ob er es nach den Interessen Englands und nach denen seiner eigenen Regierung, auf deren Dauer ich den höchsten Wert lege, für möglich hält, dem oben angeregten Gedanken näherzutreten, in dem er die Maßgebenden unter seinen Freunden über dessen Ausführbarkeit vorsichtig sondiert.

Es ist dies in keiner Weise eine mise en demeure, und würde ich, wenn Lord Salisbury die Gangbarkeit des von mir vorgeschlagenen Weges auf englischem Terrain verneint, deshalb in meinem Vertrauen auf seine Politik und in meiner Freundschaft für seine Person in keiner Weise erschüttert werden. Ich beabsichtige nichts, als mit ihm in Gemeinschaft die Frage zu prüfen, ob wir auf dem vorgeschlagenen Wege durch öffentliche und breite Anerkennung des Friedensbedürfnisses Europas und durch parlamentarische Vertretung desselben den Krieg hintenanhalten können, wenigstens pro tempore, vielleicht für lange Zeit.

Glaubt Lord Salisbury diese Frage verneinen zu sollen, so werde ich seinem Urteil über das, was ihm als englischem Minister möglich erscheint, volles Vertrauen schenken, und unsere Beziehungen bleiben die alten. Ich glaube aber, in der von mir angegebenen Politik würde der Schlag liegen nicht nur zur Sicherung des Friedens, sondern auch zur Festigung und Stärkung seiner eigenen Stellung, wenn er sich entschließen wollte, im Parlament in dem angeregten Sinne offen und amtlich vorzugehen. Lord Salisbury kann mir seine Meinung hierüber um so unbefangener aussprechen, als ich bisher nicht in der Lage bin, in der von mir angeregten Frage im Namen des Kaisers, meines Herrn, zu sprechen. Bevor ich Seine Majestät um die Ermächtigung dazu bitte, möchte ich erst wissen, was Lord Salisbury darüber denkt, da ich einer ablehnenden Antwort wohl mich selber, aber nicht den Kaiser aussetzen kann.

Ich erwarte keine unmittelbare Antwort hierauf, sondern jede Frist, deren Lord Salisbury bedarf, um seine und seiner politischen Bundesgenossen Meinung festzustellen, werde ich abwarten, bevor ich dem Kaiser, meinem Herrn, über das Ergebnis Vortrag halte.

v. Bismarck

Am 16. Januar berichtete Graf Hatzfeldt an den Reichskanzler, daß er tags zuvor den Erlaß vom 11. d. Mts. mit Lord Salisbury durchgesprochen habe. „Der Premier erkannte sofort die hohe Bedeutung des politischen Gedankens und erblickte darin einen neuen und wertvollen Beweis, daß Eure Durchlaucht ein enges Zusammenhalten der beiden Mächte im Interesse des europäischen Friedens erstreben und für wünschenswert halten." (Nr. 944.) Salisbury erbat sich Zeit zu reiflicher Überlegung und zur Rücksprache mit den hervorragenden unter seinen politischen Freunden, um zu sehen, wie weit er auch auf parlamentarische Unterstützung würde rechnen können. Streng vertrauliche Behandlung wurde zugesagt, so daß weder die Büros des Foreign Office noch selbst die Königin vorläufig von der Sache wissen sollten.

Am 21. März kam der Staatssekretär, Graf Herbert Bismarck, in besonderer Mission (wegen

Digitized by Google

der Samoa- und anderer Fragen) nach London. In einer Aussprache mit Lord Salisbury am nächsten Tage kam der englische Premier „auf die Möglichkeit einer geheimen oder öffentlichen deutsch-englischen Allianz" zurück. (Nr. 945.)

„Lord Salisbury", so berichtet Graf Herbert an seinen Vater, den Fürsten Bismarck, „stimmte mit mir durchaus überein, daß eine solche Allianz das Heilsamste für beide Länder und für den europäischen Frieden sein würde. Er habe mit Lord Hartington und seinen Kollegen darüber gesprochen, welche sämtlich seine Ansicht geteilt hätten, die Ausführung der Idee aber für inopportun erklärten, weil die parlamentarische Majorität darüber in die Brüche gehe, mithin das Ministerium gestürzt werden würde. Der Lord fügte hinzu: ‚Leider leben wir nicht mehr in den Zeiten Pitts; damals regierte hier die Aristokratie und wir konnten eine aktive Politik treiben, welche England nach dem Wiener Kongreß zur reichsten und angesehensten europäischen Macht gemacht hatte. Jetzt herrscht die Demokratie, und mit ihr ist persönliches und Parteiregiment eingezogen, welches jede englische Regierung in unbedingte Abhängigkeit von der aura popularis gebracht hat. This generation can only be taught by events.'" — Graf Herbert Bismarck erwähnte dann noch gegenüber Lord Salisbury, daß der Reichskanzler England diesen Anknüpfungspunkt habe geben wollen, um unsere Verantwortlichkeit in der großen Politik zu decken, er habe es daher auch für seine Pflicht gehalten, die Genehmigung des Kaisers zu erbitten, um die Sache wenigstens anzuregen. „Lord Salisbury schloß, er sei dankbar für diese Anregung und hoffe, daß er noch Zeitumstände erleben würde, welche ihm gestatteten, darauf praktisch einzugehen. Meanwhile we leave it on the table, without saying yes or no: that is unfortunately all I can do at present'."

Der Erlaß Bismarcks an Hatzfeldt vom Jahre 1889 ist merkwürdigerweise, obwohl er in den Akten nicht anders sekretiert war als andere wichtige Dokumente, selbst im Auswärtigen Amt vollständig unbekannt geblieben. Keiner der Mitarbeiter Bismarcks scheint ihn gekannt zu haben, keiner der nachfolgenden Kanzler, weder Caprivi noch Hohenlohe, weder Bülow noch Bethman-Hollweg hat je davon Notiz genommen. Auch Bismarck selbst hat das Geheimnis gewahrt und selbst in der Zeit seines Kampfes gegen den „neuen Kurs" den „Hamburger Nachrichten" nichts davon verraten. Wenn man gewußt hätte, daß Bismarck ein Jahr vor seinem Sturz mit seinem Bündnisangebot an England einen derartigen Fehlschlag erlebt hatte, hätte die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages unmittelbar nach dem Sturze des Kanzlers noch unbegreiflicher erscheinen müssen.

Rußlandkunde.

In „Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte", herausgegeben von Karl Stählin (Historia-Verlag P. Schraepler, Leipzig) sind erschienen:

Karl Stählin, Jacob v. Stählin. Ein biographischer Beitrag zur deutsch-russischen Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts.

Die Fahrt des Athanasius Nikitin über die drei Meere. Reise eines russischen Kaufmannes nach Ostindien 1466—1472 (Übers. v. Karl H. Meyer).

A. N. Radítschew, Reise von Petersburg nach Moskau (1790), Übers. v. Arth. Luther.

Der Briefwechsel Iwans des Schrecklichen mit dem Fürsten Kurbskij. (Eingeleitet und aus dem Altrussischen übersetzt v. K. H. Meyer und Karl Stählin.)

Übersetzungen aus der lettischen Literatur gibt der Verlag A. Gulbis in Riga heraus. Die ersten fünf Bände umfassen:

I. J. Rainis, Joseph und seine Brüder (Tragödie in 5 Akten). II. K. Skalbe, Wintermärchen. III. R. Blaumann, Die Indrans (Drama aus dem lettischen Volksleben). IV. J. Akurater, Novellen. V. R. Blaumann, Novellen.

Redaktionell abgeschlossen am 23. Juni 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Widmung.

Sie haben am 7. Juli als Ministerpräsident in der französischen Kammer über die Verantwortung am Krieg eine Rede gehalten (wir folgen dem stenographischen Bericht des Temps vom 8. Juli), die von geschichtlicher Bedeutung ist.

Die französischen Kommunisten machten gegen Sie Gebrauch von Dokumenten, die wir der Sowjetregierung verdanken und die in der Pariser kommunistischen Zeitung Humanité und im sog. Livre noir veröffentlicht worden sind.

Sie sagen, der Angriff der Kommunisten richte sich im Grunde gegen den Vertrag von Versailles, von dem Sie erneut bekunden, daß er nicht auf der Niederlage, sondern auf der Schuld Deutschlands beruhe. Der Friedensvertrag ist nach Ihrer Darstellung ein Ausfluß der Moral.

Die Gerechtigkeit, so oft auf Erden verletzt, die früher in einer andern Welt wiederhergestellt wurde, wird also dieses eine Mal bereits auf Erden durch Sie wiederhergestellt. Gott hat auf der Erde eigentlich nichts mehr zu tun, als für das Wetter zu sorgen, das warm genug sein muß, um farbige Truppen am Rhein zu halten und kalt genug, um möglichst viele Leute in Deutschland und Österreich erfrieren zu lassen.

Der Zustand, der sich aus dem Vertrag von Versailles für Deutschland ergibt, wird als Friede (paix) bezeichnet. Er ist so ziemlich der gleiche, wie zur Zeit Napoleons I.: große Teile Deutschlands besetzt, auch die übrigen Teile zu Abgaben verpflichtet, unter französischer Kontrolle bezüglich ihres Heeres, bezw. ihrer Politik und Wirtschaft, nur daß die von Napoleon durchgeführte Auflösung des Deutschen Reiches von Ihnen noch nicht erreicht wurde. Wir fühlen uns nicht genug Meister der französischen Sprache, um zu wissen, ob es das ist, was sie mit dem Wort paix bezeichnet; jedenfalls ist die paix das Ergebnis deutscher Verbrechen und ihrer Sühne.

Man könnte sich in Ihrem Munde auch eine andere Begründung der paix denken. Sie konnten sagen: „Wir alle haben von Jugend auf den Wunsch gehabt, Elsaß und Lothringen wiederzugewinnen, uns für die Niederlage von 1870 zu rächen und das Deutsche Reich zu vernichten; da die Regierung des Zaren den Wunsch hatte, Österreich-Ungarn aufzulösen, so haben wir uns mit ihr verbündet, um gemeinsam diese beiden Ziele zu verwirklichen. Wir haben unser wichtigstes Kriegsziel noch nicht erreicht: die Trennung Preußens von Süddeutschland; und das ist jetzt unsere Aufgabe." Wenn Sie so sprächen, so hätten Sie die Mehrzahl Ihrer Landsleute auf Ihrer Seite und bräuchten die Moral nicht zu bemühen.

Diese Begründung der paix hätte aber ihre Bedenken im Ausland. Diesem ist, um es gegen Deutschland in Bewegung zu setzen, erzählt worden, daß Sie einen demokratischen Kampf führten gegen die schrecklichste Gewaltherrschaft der neueren Zeit (nicht gegen die des Zaren, sondern im Gegenteil durch ein Bündnis mit dem Zaren). Die Gerechtigkeit sollte aufgerichtet werden (indem auch die Pariser Presse an den Bestechungsgeldern der zaristischen Regierung beteiligt wurde), der ewige Friede (indem das französische Kapital die russische Rüstungsindustrie unterstützte und dafür die Anwartschaft erhielt, auch die deutsche Rüstungsindustrie in die Hand zu bekommen) und das Nationalitätenprinzip (indem viele Millionen Deutsche der Fremdherrschaft ausgeliefert wurden).

Das konnte dem Ausland nur klar gemacht werden durch den Artikel 231 des Vertrages von Versailles, wonach Deutschland und seine Verbündeten Ihnen den Krieg aufgezwungen haben. Es ist also begreiflich, daß Sie, Statthalter Gottes in der Geschichte, das Bedürfnis haben, den Menschen immer wieder die Berechtigung des Artikels 231 zu beweisen.

Aber die Ausführung!

Da ist eben doch eine kleine Schwäche der Menschlichkeit an Ihnen haften geblieben: Ihr leidiges Gedächtnis! Es ist nicht vollkommen, man könnte es bei einem Juristen und Historiker fast unvollkommen nennen, wenn man die hier folgenden Dokumente mit Ihrer Rede vom 7. Juli vergleicht. Wir wollen indessen Ihrem eigenen Urteil nicht vorgreifen, sondern überreichen Ihnen heute nur die deutschen Übersetzungen der Dokumente zur Stütze Ihres Gedächtnisses (aide mémoire).

Im ersten Teil finden Sie die Ihnen entfallenen Beweise dafür, daß Sie als Außenminister nicht an der für die Erhaltung des europäischen Friedens so wesentlichen Annäherung der beiden großen Mächtegruppen gearbeitet haben und sich insbesondere der Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland widersetzten, ja daß Sie während des Balkankrieges sogar direkt die Entfachung des Weltbrandes betrieben haben.

Im zweiten Teil finden Sie die Ihnen entfallenen Protokolle über die gemeinsamen Vorbereitungen des französischen und russischen Generalstabes für den Weltkrieg.

Es geht einem so vieles durch den Sinn, daß man nicht jede Kleinigkeit behalten kann. Vielleicht äußern Sie sich aber nochmals über die Verantwortlichkeit am Kriege, nachdem Sie diese interessanten Dokumente gelesen haben.

Digitized by Google

Poincaré als Außenminister 1912.

Die kurze zusammenfassende Darstellung über Poincarés Politik im Jahre 1912, als er neben der Stellung des französischen Ministerpräsidenten auch die des Außenministers bekleidete, stützt sich außer auf das wichtigste schon veröffentlichte Material auf neue, noch nirgends bekanntgegebene Schriftstücke, die als „Neue Dokumente" besonders kenntlich gemacht sind.

I. Die Anfänge seiner Politik.

Am 14. Januar 1912 wurde Raymond Poincaré Ministerpräsident und übernahm zugleich das Ministerium des Äußern. Er gehörte jener Gruppe an, welche Caillaux wegen seines mit Deutschland am 4. November 1911 abgeschlossenen Marokko-Vertrages als zu nachgiebig angriff und stürzte.

Poincaré, geboren im Jahre 1860, in Bar le Duc in Lothringen und seiner Abstammung nach sowohl von väterlicher wie von mütterlicher Seite Lothringer, war vorher mehrfach Kultusminister und Finanzminister gewesen. Zur Kennzeichnung seiner Stellungnahme zu außenpolitischen Fragen in der Zeit vor 1912 führen wir am besten ihn selbst als Zeugen an. In seiner Abhandlung „Les origines de la guerre" (La Revue de la Semaine Illustrée, Heft 7 vom 18. 2. 1921, S. 258) lesen wir zum Jahre 1895: „... Kaiser Wilhelm II. ließ uns durch den Grafen Münster zur Einweihung des Kieler Kanals einladen. Ein royalistischer Schriftsteller von sehr großem Talent, Herr Charles Maurras, hat Herrn Gabriel Hanotaux, der damals Minister des Auswärtigen war, einen Vorwurf daraus gemacht, daß er für unsere Flotte eine Einladung von Deutschland angenommen habe. Ich teilte die Meinung des Kabinetts, das es schließlich für unmöglich hielt, mit einer Ablehnung zu antworten, und ich bin es der Wahrheit schuldig zu sagen, daß die Regierung in der Gesamtheit ihrer Mitglieder, den Minister des Auswärtigen mit einbegriffen, zuerst beschließen wollte, daß Frankreich fernbleiben solle." Nur der ausdrückliche Wunsch des russischen Zaren Nikolaus II., daß auch die französische Flotte in Kiel anwesend sein möge, bewog hernach das französische Kabinett, dem Poincaré angehörte, von seiner gehässigen Haltung Abstand zu nehmen.

Die entschlossene und unbedingte Ablehnung des Gedankens einer Annäherung Frankreichs an Deutschland bildete denn auch einen der Hauptgrundsätze, von denen der Außenminister Poincaré seine Politik von Anfang an leiten ließ. Wir sind nunmehr in der Lage, hierfür ein ganz frühes Zeugnis beizubringen[1]). Am 15. Februar 1912, also gerade einen Monat nach dem Antritt des neuen Ministeriums, berichtete der russische Botschafter in Paris, Iswolski, in einem Brief von Verhandlungen im französischen Senat über den Marokko-Vertrag. Er betonte dabei, Poincaré habe mit seiner Rede großen Erfolg gehabt, „speziell weil er ausführte, daß die Verständigung mit Deutschland keine Wandlung in der auswärtigen Politik Frankreichs herbeiführen werde. Wenn eine Regierung je so verblendet sein sollte, sich vom Programm der Alliance und Entente zu entfernen, würde sie sofort durch die Entrüstung der allgemeinen Meinung zu Fall gebracht werden". Das also war die feste Grundlage, von welcher der neue Außenminister ausging: unbedingte Beibehaltung des Zusammengehens mit Rußland und England. Iswolski aber hörte noch mehr aus seinen Worten. Er erinnerte zunächst daran, daß nach Algeciras (1905) Kaiser Wilhelm ihm einmal gesagt habe, die Frage Elsaß-Lothringen sei nun endgültig liquidiert. Dann aber fährt der Berichterstatter fort, dies könne jetzt nicht mehr gelten, „denn, wie ich Ihnen mehrfach geschrieben habe, hat Frankreich sich ohne Zweifel entschlossen gezeigt, vor einer Verteidigung seiner Rechte und Interessen mit den Waffen nicht zurückzuschrecken. Diese Stimmung ging wie ein roter Faden durch alle Reden, die bei Besprechung der Vereinbarung in beiden Häusern gehalten worden sind, und da-

[1]) Beilage 1 (Seite 178).

Digitized by Google

mit wird bei der Entscheidung von Mißverständnissen mit Deutschland, die auftauchen könnten, zu rechnen sein. Mir ist aus überaus zuverlässigen Quellen bekannt, daß trotz der glücklichen Beendigung der Marokkokrisis in den hiesigen militärischen Sphären für den Frühling neue internationale Verwicklungen erwartet werden, und daß das Kriegsministerium fortfährt, sich tätig für militärische Aktionen in nächster Zukunft vorzubereiten." Hier wird das Wiedererwachen der Revanche-Idee in Frankreich rückhaltlos zugegeben und auf der anderen Seite die Möglichkeit eines Krieges ganz ruhig ins Auge gefaßt. Das sind die Klänge, die zu Beginn von Poincarés außenpolitischer Tätigkeit ertönen[1]).

Die Welt war in jenen Tagen, besonders durch den italienischen Angriff auf Tripolis, beunruhigt und die Großmächte bemühten sich, die Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei zum Stillstand zu bringen. Diese Ereignisse gaben Poincaré die erste Gelegenheit, sich auf diplomatischem Gebiete zu betätigen. Auch hier sehen wir ihn sofort eine schroff gegen Deutschland gerichtete Haltung einnehmen. Aus einem kürzlich veröffentlichten Telegramm Iswolskis an den russischen Außenminister vom 17. Januar 1912[2]) geht nämlich hervor, daß Poincaré einen Vorschlag Sasonows, wonach Frankreich und Deutschland gemeinsame Schritte tun sollen, um einen Ausgleich zwischen Rom und Konstantinopel anzubahnen, von der Hand weist. Aber damit noch nicht genug. Er will nicht nur von einem Zusammenarbeiten zwischen Paris und Berlin nichts wissen, sondern befürchtet direkt, Deutschland könne von sich aus etwas unternehmen, um den Frieden zu fördern. Das ergibt sich aus einem Briefe von Iswolski vom 28. Februar 1912[3]). Danach will Poincaré vor allem verhindert wissen, daß Deutschland eine eigene Initiative ergreift und befürwortet daher ein gleichzeitiges und kollektives Vorgehen der Mächte sowohl in Rom wie in Konstantinopel, um beiderseits das Minimum der Bedingungen festzustellen. Seine Parteinahme gegen Deutschland geht soweit, daß sie ihn sogar in ziemlich lebhaften Widerspruch zu dem russischen Außenminister bringt. Bereits in einem Telegramm Iswolskis vom 2. März 1912[4]) wird von einem „Mißverständnis" zwischen Paris und Petersburg gesprochen. Aber bald nimmt dieses „Mißverständnis" recht deutliche Formen an. Der Anlaß dazu ging abermals von der französischen Regierung aus.

Am 30. Mai 1912 depeschiert der russische Botschafter in Paris an Sasonow, Poincaré sei der Ansicht, „daß Rußland, Frankreich und England die italienisch-türkische Frage miteinander besprechen müssen, um sich über alle Einzelheiten zu einigen und bereit zu sein, im günstigen Augenblicke mit ihrem Konferenzvorschlag hervorzutreten, da er vor allem befürchtet, daß Kaiser Wilhelm eine solche Initiative unerwartet ergreifen wird[5])." Wir sehen also, den Leiter der französischen Politik bestimmt nur der eine Gedanke, Deutschland jede Möglichkeit zum Handeln zu unterbinden. Seine Nervosität in Bezug auf diesen Punkt steigert sich zur höchsten Erregung, als er von der beabsichtigten Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem russischen Zaren in Baltischport erfährt. Ein bisher noch nirgends abgedrucktes Telegramm von Iswolski an Sasonow vom 5. Juni 1912[6]) berichtet: „Aus der Unterhaltung gewann ich den Eindruck, daß Poincaré über das bevorstehende Ereignis, das zweifellos in weitgehendstem Maße von den Feinden der Tripleentente ausgenutzt werden wird, überaus besorgt ist." Zwei Tage später gibt eine andere neue Depesche noch weitere Einzelheiten[7]). Poincaré hat inzwischen vom französischen Botschafter in Petersburg die Mitteilung erhalten, daß Kaiser Wilhelm in Baltischport in Begleitung seines Reichskanzlers und Zar Nikolaus zusammen mit Sasonow erscheinen wird. „Das versetzte Poincaré in höchstgradige Unruhe... Er befürchtet..., daß Kaiser Wilhelm die Gelegenheit sich zunutze machen werde, um mit irgendeinem Vorschlage hervorzutreten und auf diese Weise die Friedensstiftung zwischen Italien und der Türkei in seine Hände zu nehmen. Er telegraphiert deswegen Louis[8]), daß er sich unserer positiven Versicherung vergewissern müsse, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Verhandlungen über Fragen des Nahen Orients oder andere Fragen unter Umgehung Frank-

[1]) Wegen des Verhältnisses zu Deutschland vgl. Poincarés Antwort vom April 1912 auf den Bericht des französischen Botschafters in Berlin über deutsche Annäherungsversuche. („Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la guerre". B. I., Paris 1919.) Es heißt hier: „Wir (Frankreich) würden (durch eine Annäherung an Deutschland) die ganzen Vorteile jener Politik verlieren, die Frankreich seit langen Jahren verfolgt." — [2]) Beilage 2 (Seite 178). — [3]) Beilage 3 (Seite 178). — [4]) Beilage 4 (Seite 179). [5]) Beilage 5 (Seite 179). — [6]) Beilage 6 (Seite 180). — [7]) Beilage 7 (Seite 180). — [8]) Französischer Botschafter in Petersburg.

Digitized by Google

reichs geführt werden. Zu diesem Zweck soll Louis sich eine Allerhöchste Audienz erbitten." Um allen Überraschungen vorzubeugen, schlägt der französische Außenminister nun vor, Rußland, Frankreich und England, also die drei Ententemächte, sollten sich über ein gemeinsames Vorgehen zwecks Behandlung des italienisch-türkischen Krieges einigen[1]). In einem Geheimtelegramm vom 9. Juni 1912[2]), das wiederum hier zum erstenmal bekanntgegeben wird, nimmt Petersburg endlich zu den Befürchtungen Poincarés in Bezug auf Deutschland Stellung, und zwar in einer Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Was seine (Poincarés) Befürchtungen über die bevorstehende Zusammenkunft in den Schären anbetrifft, so lehne ich es entschieden ab, die von den Franzosen bekundete Nervosität zu verstehen, die nur dann erklärlich wäre, wenn in unseren gegenseitigen Beziehungen Veränderungen stattfänden, die die Festigkeit unseres Bündnisses zu erschüttern imstande wären. Unsererseits haben wir zu derartigen Befürchtungen keinerlei Anlaß gegeben und halten das von den Franzosen geäußerte Mißtrauen für vollkommen unbegründet und sogar gefährlich." Klarer kann nicht gesagt werden, daß die Gefühle des französischen Staatsmannes gegenüber Deutschland direkt geeignet waren, das Zusamenarbeiten der Mächte für den Frieden zu stören.

Dann beginnt der Streit um die Formel, auf die sich die Mächte untereinander einigen wollen, um auf sie gestützt hernach auf Konstantinopel und Rom einzuwirken. Auch hier weichen die Ansichten Sasonows wieder von denen Poincarés ab. Der russische Außenminister sträubt sich nämlich gegen die von Poincaré vorgeschlagene Erklärung, daß die Mächte ihre Uneigennützigkeit schriftlich bestätigen sollen, weil das von Deutschland und Österreich als beleidigendes Mißtrauen angesehen werden könnte[3]). Er erklärt sich ausdrücklich gegen eine Absonderung der drei Länder Frankreich, Rußland und England von Österreich und Deutschland. Als Poincaré auf seiner Ansicht verharrt, weist Sasonow in einer Depesche vom 18. Juni 1912[4]) ganz offen darauf hin, daß durch den von französischer Seite vorgeschlagenen Schritt „die Mächte in zwei entgegengesetzte Gruppen gespalten werden, während es durchaus wünschenswert erscheint, daß sich alle 5 Mächte an der Versöhnung Italiens beteiligen". Schließlich muß Paris nachgeben und sich von Petersburg nochmals eine Lehre gefallen lassen. Am 12. Juli 1912[5]) telegraphiert der Stellvertreter Sasonows an Iswolski: „Aus meinem gestrigen Gespräch mit dem französischen Botschafter trug ich den Eindruck davon, die französische Regierung befürchte, daß die unmittelbaren Verhandlungen der Türkei mit Italien, worüber Sie Sonntag einen Brief erhalten — (das Gerücht über sie bestätigt sich immer mehr) — zu einer einseitigen Vermittlung und (einem) Schritt Deutschlands führen könnten. Sie können Poincaré erklären, daß wir keine Hinweise darauf haben, daß Deutschland eine solche einseitige Vermittlung anstrebte. In den bisher mit Louis stattgefundenen Gesprächen wurden nur die zu uns gelangten Nachrichten erwähnt, daß Deutschland sich zugunsten unmittelbarer Verhandlungen zwischen der Türkei und Italien ausgesprochen habe." Wir fragen uns mit Recht nach den Gründen für die Haltung Poincarés, die so auffallend gegen Deutschland gerichtet war, daß man in Petersburg auf die Gefahren einer solchen Stellungnahme mit Nachdruck aufmerksam machen mußte. Warum diese lebhafte Angst vor einer deutschen Initiative im Hinblick auf den italienisch-türkischen Krieg? Die Erklärung gibt am klarsten eine bisher noch unveröffentlichte Depesche von Krupenski, dem russischen Vertreter in Rom, vom 16. Juli 1912, in der wir lesen: „Das Pariser Kabinett — fügte der Sekretär hinzu — sei durch diese Nachricht sehr besorgt, denn wenn es Deutschland gelingt, die Türkei von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich den italienischen Bedingungen zu fügen — was allein, wie Barrère glaubt, den Frieden möglich macht — werde es die Sympathien und die Dankbarkeit Italiens gewinnen[6])." Das ist es. Hier haben wir die ganze Erklärung. Poincaré fürchtet, von einem erfolgreichen Friedensschritt Deutschlands eine innere Stärkung des Dreibundes, eine neue Annäherung Italiens an Deutschland und Österreich. Das aber entsprach ganz und gar nicht seinen Absichten in Bezug auf Italien, die er nach einem vertraulichen Briefe Iswolskis vom 6. Juni 1912[7]) auf eine russische Anfrage hin folgendermaßen formuliert: „Was die Frage des formellen Austrittes Italiens aus dem Dreibund

[1]) Telegramm Sasonows vom 9. Juni 1912 an den russischen Botschafter in London. Beilage 8 (Seite 180). — [2]) Beilage 9 (Seite 180). — [3]) Telegramm Sasonows vom 13. Juni 1912 an Iswolski. Beilage 10 (Seite 181). — [4]) Beilage 11 (Seite 181). — [5]) Beilage 12 (Seite 181). [6]) Beilage 13 (Seite 181). — [7]) Beilage 14 (Seite 182).

Digitized by Google

anbelangt, so ist Poincaré mit Ihnen ganz einverstanden, daß kein Grund vorliege, ein solches Resultat zu erstreben, da dieses nur gefährliche Verwicklungen hervorrufen könne. Am besten wäre es, die jetzige Lage beizuhalten, da Italien ein hemmendes Element im Dreibund sei." Welch eine zielbewußte Politik entrollt sich hier vom ersten Augenblick an, da Poincaré ans Ruder kommt, vor unseren Augen! Sie ist entschlossen und angriffslustig gegen Deutschland gerichtet. Sie lehnt, wie wir sahen, nicht nur gemeinsame deutsch-französische Schritte ab, sondern tut vielmehr alles, um einerseits etwa mögliche diplomatische Schritte Deutschlands zu verhindern, und andererseits England, Rußland und Frankreich in schroffen Widerspruch zu den Mittelmächten zu bringen. Sie stellt von Anfang an ein beunruhigendes Element in Europa dar, denn sie geht darauf aus, die bestehenden Gegensätze nicht nur nicht zu überbrücken, sondern sie nach Kräften zu verschärfen, ja, sie auch in solche Fragen hineinzutragen, wo sie bei einigem guten Willen umgangen werden können.

Jedoch die Tatkraft Poincarés entfaltete sich nicht allein auf diplomatischem Gebiete; sie griff sehr früh auch auf das militärische über. Hier fehlen uns leider einstweilen in vielen Punkten die Belege, so daß wir die geheimen Wege des Außenministers nicht genau verfolgen können, aber aus einzelnen Anzeichen läßt sich doch so manches schließen[1]). Im Frühjahr des Jahres 1912, also wenige Monate nach dem Amtsantritt Poincarés, vollziehen sich plötzlich in Rußland in Bezug auf die militärischen Anordnungen große Veränderungen[2]). Wir wissen aus den Dokumenten, die während des Krieges in unsere Hände gefallen sind, daß dort am 6. März 1912 auf der Beratung der Kommandierenden der Truppen und der Stabschefs der Militärbezirke beschlossen wurde, den Mobilmachungsplan für den Kriegsfall, der bisher galt, aus einem defensiven in einen offensiven zu verwandeln. Dabei richtete sich die Spitze in erster Linie gegen Deutschland, denn am 11. April erhält der Kommandierende der Truppen im Warschauer Bezirk die Weisung, „daß bei Ankündigung der allgemeinen Mobilisation der Bezirke des europäischen Rußlands im Falle politischer Verwicklungen an den Westgrenzen das Mobilisationstelegramm als Allerhöchster Befehl für die Eröffnung der Kriegstätigkeit gegen Österreich und Deutschland zu gelten hat". Wie weit diese tiefgreifende Neuerung im Einverständnis mit Frankreich erfolgte, entzieht sich einstweilen noch unserer Beurteilung, aber wir wissen, daß gerade in den Tagen, da sie durchgeführt wurde, das französische Kabinett, dessen Vorsitz Poincaré führte, in engste Fühlungnahme mit dem Höchstkommandierenden der russischen Armee, dem Großfürsten Nikolai Nikolaijewitsch zu treten suchte. Aus einem Telegramm Sasonows an Iswolski vom 11. März 1912[3]), das wiederum hier zum ersten Male mitgeteilt wird, geht hervor, daß der französische Vertreter in Petersburg eine offizielle Einladung für den genannten Großfürsten unterbreitet hat und zwar, was hier besonders ins Gewicht fällt, zu den bevorstehenden Manövern im Mai 1912. Russischerseits zeigt man sich nicht so eifrig, denn man bittet gleich um Aufschub und am 20. April[4]) meldet Sasonow eine Erkrankung des Großfürsten, die sein Kommen erst im Herbst möglich mache, was die französische Regierung nach einem Brief Iswolskis vom 25. April 1912 „sehr bedauerte"[5]).

Wenige Wochen später hatten jedoch die leitenden Männer in Paris Gelegenheit, den Chef des russischen Marinestabes, Fürst Lieven zu äußerst wichtigen und erfolgreichen Verhandlungen bei sich zu sehen. Am 16. Juli[6]) kam als Ergebnis dieser Verhandlungen eine Marinekonvention zwischen Frankreich und Rußland zustande, die genaue Abmachungen über das Zusammenwirken der Flotten beider Länder für den Kriegsfall und über die Vorbereitungen zu einem solchen Zusamenwirken enthielt. Nach einem Berichte Iswolskis vom 18. Juli 1912[7]) erklärte sich Frankreich damals bereit, um einen Druck auf die Flotten Österreichs, Deutschlands und Italiens auszuüben, noch zu Friedenszeit die Konzentrierung seiner Seestreitkräfte im Mittelmeer mehr nach Osten zu verlegen, d. h. nach Bizerta, und in den Augen des Fürsten Lieven ist dieses Zugeständnis ein russischer Sieg, der mit keinerlei Gegenleistungen bezahlt wurde. So groß also war der Eifer des Ministeriums Poincaré, militärische Kriegsvorbereitungen gegen die Mittelmächte zu treffen. Man sieht jedenfalls: die aggressive Haltung auf diplomatischem Gebiet wurde gut fundiert.

[1]) **Als diese Zeilen bereits in Druck waren, bekamen wir die drei Protokolle über die Beratungen der Generalstabschefs der Russischen und Französischen Armee, die wir am Schlusse dieses Heftes veröffentlichen. [D. Schriftl.]** — [2]) Robert Hoeniger: Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, Berlin 1919, S. 5 ff. — [3]) Beilage 15 (Seite 183). — [4]) Beilage 16 (Seite 184). — [5]) Beilage 17 (Seite 184). — [6]) Beilage 18 (Seite 184). — [7]) Beilage 19 (Seite 184).

Beilagen.

1. Auszug aus: Un Livre noir, Paris 1922, Librairie du Travail, S. 192 f.

Brief des Hofmeisters Iswolski. Paris 2./15. Februar 1912.

Berichtet über die Verhandlungen im französischen Senat über den Marokkovertrag. „Einer der Senatoren der Rechten, Jenouvrié, hat öffentlich von der Tribüne aus den Ihnen bekannten Beschuldigungen gegen Caillaux wiederholt, er habe Deutschland vorgeschlagen, beim Bau der Bagdadbahn mitzuwirken, deutsche Werte auf dem Pariser Markt zuzulassen, Deutschland das Präsidium in der Kommission der ottomanischen Schuld zu überlassen und endlich ein allgemein politisches Abkommen abzuschließen unter Schädigung des Bündnisses mit Rußland und der Entente mit England. Diese offenbar übertriebenen Vorwürfe machten keinen sonderlichen Eindruck und der Senat lehnte ab, die Untersuchung der Haltung Caillaux einer besonderen Kommission zu übertragen. Auch Clémenceaus mit Spannung erwartete Rede hat keinen großen Erfolg gehabt, wohl aber Poincarés, speziell weil er ausführte, daß die Verständigung mit Deutschland keine Wandlung in der auswärtigen Politik Frankreichs herbeiführen werde. Wenn eine Regierung je so verblendet sein sollte, sich vom Programm der Alliance und Entente zu entfernen, würde sie sofort durch die Entrüstung der allgemeinen Meinung zu Fall gebracht werden."

Durch die Abstimmung des Senats seien die 7 Monate der Marokkokrisis tatsächlich zum Abschluß gelangt, und das sei für Frankreich sehr vorteilhaft. Die Erklärung der Gegner der Regierung, daß der Vertrag Fallen enthält, die zu neuen Verwicklungen mit Deutschland führen könnten, bedeute nichts, denn dasselbe lasse sich von jedem internationalen Vertrage sagen. Besonders wichtig für Frankreich ist, daß es in dieser Affäre, mit Hilfe seiner Bundesgenossen und Freunde nicht nur einen materiellen, sondern auch einen moralischen Erfolg errungen hat. In dieser Hinsicht ist der Kontrast zwischen den Krisen von 1905 und 1911 besonders groß. Ich erinnere mich aus diesem Anlaß, daß bald nach Algeciras Kaiser Wilhelm im Gespräch mit mir den folgenden, mich sehr frappierenden Gedanken aussprach: ‚Die Frage Elsaß-Lothringen ist endgültig liquidiert, denn Frankreich hat den ihm eben vorgeschlagenen Zweikampf abgelehnt und sich allen Folgen des Frankfurter Vertrages unterworfen.' Jetzt, nach den Ereignissen des letzten Sommers, wird Kaiser Wilhelm diesen Gedanken aufgeben müssen, denn, wie ich Ihnen mehrfach geschrieben habe, hat Frankreich sich ohne Zweifel entschlossen gezeigt, vor einer Verteidigung seiner Rechte und Interessen mit den Waffen nicht zurückzuschrecken. Diese Stimmung ging wie ein roter Faden durch alle Reden, die bei Besprechung der Vereinbarung in beiden Häusern gehalten worden sind, und damit wird bei der Entscheidung von Mißverständnissen mit Deutschland, die auftauchen könnten, zu rechnen sein. Mir ist aus überaus zuverlässigen Quellen bekannt, daß trotz der glücklichen Beendigung der Marokkokrisis in den hiesigen militärischen Sphären für den Frühling neue internationale Verwicklungen erwartet werden, und daß das Kriegsministerium fortfährt, sich tätig für militärische Aktionen in nächster Zukunft vorzubereiten."

2. Auszug aus: Un Livre Noir, S. 181.

Geheimes Telegramm des Hofmeisters Iswolski. Paris, den 4./17. Januar 1912. Nr. 4.

Poincaré hat mir heute bestätigt, daß er es aus den in meiner gestrigen Depesche dargelegten Gründen für untunlich hält, Ihren Vorschlag bezüglich des gemeinsamen Vorgehens Frankreichs und Deutschlands anzunehmen. Er ist bereit, sich entweder einer kollektiven Aktion aller Mächte oder der Idee anzuschließen, die ausführende Rolle einer der kleineren Mächte, z. B. Holland, zu übertragen. Nach den heute von Bompard eingegangenen Nachrichten sind zurzeit wenig Aussichten auf Erfolg irgendeiner Einwirkung in Konstantinopel vorhanden. Er hält es aber für sehr nützlich, den Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten fortzusetzen und einen „modus procedendi" (Art des Verfahrens) festzusetzen, um die erste günstige Gelegenheit zur Vermittlung zu benutzen.

. Auszug aus: Un Livre Noir, S. 195.

Brief Iswolskis. 15./28. Februar 1912.

Er hat das Memorandum, das dem Briefe Sasonows vom 9. Februar Nr. 81 angeschlossen war, Poincaré überreicht, der durch ein Telegramm von Louis bereits unterrichtet war. Er

Digitized by Google

sagte, daß er für den Fall der Einmütigkeit der Mächte sich nicht ausschließen wolle, aber befürchte, daß der vorgeschlagene modus procedendi Ungelegenheiten und sogar Gefahren nach sich ziehen könne. Italien könne auf die von den Kammern einmütig angenommene Annexion von Tripolis und Kyrenaika nicht verzichten und sich höchstens zur Anerkennung der geistlichen Oberhoheit des Sultans und zu einer Geldentschädigung verstehen. Damit werde die Türkei sich nicht zufrieden geben. Der türkische Senator Bostoni, Vorsitzender der türkischen Gruppen der interparlamentarischen Arbitrage, sei Poincaré durch den türkischen Botschafter vorgestellt worden. Bostoni sagte, daß Regierung und Parlamentarier den Frieden wünschten, aber nur unter den folgenden Bedingungen: unbedingte Behauptung der türkischen Souveränität, äußerstenfalls Anerkennung des status quo, d. h. der italienischen Okkupation der Häfen von Tripolis, keineswegs aber in Kyrenaika und im Hinterlande von Tripolis. Es sei daher zu befürchten, daß Deutschland, wenn es das Minimum der Forderungen Italiens kenne, sich von den Mächten trennen werde, sobald es sich um einen Druck auf die Türkei handle. Poincaré schlägt daher vor, den Sasonowschen Antrag dahin zu korrigieren: daß gleichzeitig und kollektiv in Rom und in Konstantinopel Erkundigungen über die äußerste Grenze der gegenseitigen Zugeständnisse eingezogen werden, und daß die Mächte danach unter einander darüber beraten, wie man die beiderseitigen Bedingungen in Einklang bringen kann.

Iswolski an Sasonow. Paris, den 18. Februar/2. März 1912. Nr. 26. 4. Neues Dokument I.

Nr. 316 erhalten. Ihr Memorandum, das mit dem Rundreisekurier abgefertigt wurde, ist offenbar Sonnabend in Berlin eingetroffen, hier erst am Montag. Ich konnte Poincaré erst Mittwoch sehen und ihm das Memorandum überreichen. Man muß annehmen, daß Louis nicht ganz genau, und vielleicht nicht ganz unparteiisch den Inhalt Ihrer vorläufigen Erläuterungen hier wiedergegeben hat. Ich wage zu glauben, daß, wenn Poincaré von diesen Erläuterungen nicht durch Louis, sondern durch mich erfahren hätte, es mir wahrscheinlich geglückt wäre, das jetzige Mißverständnis zu verhüten. Poincaré, mit dem ich soeben sehr bestimmt gesprochen habe, bleibt dabei, daß der von Ihnen vorgeschlagene modus procedendi wesentliche Mängel hat. Er hat Nachrichten, daß auch das Londoner Kabinett für gleichzeitige Schritte in Rom und Konstantinopel eintritt; trotzdem will er nicht auf seiner Auffassung bestehen, und wenn Ihr Vorschlag in London angenommen wird, sich ihm anschließen. Er versprach, sofort in diesem Sinn nach London zu telegraphieren.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre (Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin 1921), S. 508. 5.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1912. Nr. 90.

Poincaré hat mir gesagt, daß man aus den Telegrammen Barrères und den Worten Tittonis schließen kann, daß die italienische Regierung sich zwar nicht zugunsten einer Konferenz ausspricht, die Möglichkeit einer solchen jedoch nicht ausschließt. Bompard telegraphiert aus Konstantinopel, der türkische Ministerrat habe beschlossen, nur dann seine Zustimmung zu einer Konferenz zu geben, wenn deren Ergebnis im voraus festgelegt sein wird, wobei die Türkei die Zurückerstattung von Kyrenaika fordern und in Tripolis nur ein Zivilprotektorat Italiens zulassen wird. Poincaré glaubt, daß man unter diesen Umständen nicht einen formellen Vorschlag machen könne. Immerhin ist er der Ansicht, daß Rußland, Frankreich und England diese Frage untereinander besprechen müssen, um sich über alle Einzelheiten zu einigen und bereit zu sein, im günstigen Augenblicke mit ihrem Konferenzvorschlag hervorzutreten, da er vor allem befürchtet, daß Kaiser Wilhelm eine solche Initiative unerwartet ergreifen wird. Er persönlich glaubt, daß das Programm der Konferenz sich auf den italienisch-türkischen Konflikt beschränken müßte und daß sogar die Inselfrage ausgeschaltet werden sollte. Er gibt die gefährlichen Seiten des Zusammentritts einer Konferenz zu, sieht jedoch keinen anderen Ausweg. Er ist sehr besorgt, daß Italien in nächster Zeit Mytilene und Chios besetzen wird, was die ganze Lage erschweren und die Türkei veranlassen würde, die Dardanellen wieder zu schließen. Er hat deshalb Tittoni gesagt, Italien sollte in einem solchen Falle von sich aus den Mächten erklären, daß es keine Aktion gegen die Dardanellen beabsichtige, um auf diese Weise der Türkei jeden Vorwand zu nehmen, die Meerengen zu schließen.

Digitized by Google

6. Neues Dokument II. **Iswolski an Sasonow. Paris, 23. Mai/5. Juni 1912. Nr. 95.**

Ich erhielt Ihr Telegramm Nr. 1062.

Persönlich. — Ich unterrichtete Poincaré vertraulich, der mir gegenüber äußerte, daß die französische Regierung zu sehr von der Festigkeit der Bande überzeugt sei, die uns mit Frankreich verbinden, als daß die bevorstehende Zusammenkunft[1]) ihm irgendwelche Besorgnisse einzuflößen vermöchte, daß aber die französische Öffentlichkeit unter den gegenwärtigen Umständen ihretwegen ohne Zweifel überaus besorgt werden würde. Er zweifelt daran, daß es ihm gelingen könnte, diese Besorgnisse durch Einwirkung auf die Presse zu schwächen, und nach seiner Meinung wäre das einzige Korrektiv, wenn auch ein nicht sehr wirksames, ein gleichzeitiger und vollkommen genauer Hinweis auf den Zeitpunkt seines, Poincarés, Eintreffens in Petersburg. Aus der Unterhaltung gewann ich den Eindruck, daß Poincaré über das bevorstehende Ereignis, das zweifellos in weitgehendstem Maße von den Feinden der Tripleentente ausgenutzt werden wird, überaus besorgt ist. Genaueres brieflich mit dem morgigen Kurier.

7. Neues Dokument III. **Iswolski an Sasonow. Paris, 25. Mai/7. Juni 1912. Nr. 97.**

Im Gespräche mit Poincaré sagte ich ihm, daß die Zusammenkunft in den Schären ohne Zweifel und nach den früheren Beispielen nicht einen politischen, sondern einen vollkommen privaten und familiären Charakter haben wird, was ihn bis zu einem gewissen Grade beruhigt. Jetzt telegraphiert George Louis, daß der Kanzler Kaiser Wilhelm begleiten werde und Sie den Kaiser. Das versetzte Poincaré in höchstgradige Unruhe, da er davon überzeugt ist, daß unter diesen Umständen und angesichts der gespannten internationalen Lage der Zusammenkunft überall eine außerordentliche politische Bedeutung beigemessen werden wird. Er befürchtet ferner, daß Kaiser Wilhelm die Gelegenheit sich zunutze machen werde, um mit irgendeinem Vorschlage hervorzutreten und auf diese Weise die Friedensstiftung zwischen Italien und der Türkei in seine Hände zu nehmen. Er telegraphiert deswegen Louis, daß er sich unserer positiven Versicherung vergewissern müsse, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Verhandlungen über Fragen des Nahen Orients oder andere Fragen unter Umgehung Frankreichs geführt werden. Zu diesem Zwecke solle Louis sich eine Allerhöchste Audienz erbitten. Das sei, seiner Ansicht nach, um so notwendiger, als Frankreich seit Beginn der gegenwärtigen Komplikationen seinerseits in allerengster Fühlungnahme mit uns gehandelt habe und auf seine Initiative hin das St. Petersburger und das Pariser Kabinett die Besprechung verschiedener Zufallsmöglichkeiten begonnen hätten, die im Zusammenhange mit den oben genannten Komplikationen entstehen könnten. Ferner hält Poincaré, um jeden Versuch Kaiser Wilhelms, die Initiative zu ergreifen, zu vereiteln, es für notwendig, schon jetzt zwischen Rußland, Frankreich und England alle Einzelheiten der künftigen gemeinsamen Handlungen festzulegen, z. B. beizeiten zu verabreden, daß, wenn die Konferenz zustande kommt, ihr Programm streng auf die Tripolis- und Kyrenaika-Frage beschränkt bleiben wird. Eine Bekanntmachung einer derartigen Verabredung der drei Mächte könnte auch in England die Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grade beruhigen. Diese Gedanken beabsichtigt Poincaré auch dem Londoner Kabinett mitzuteilen.

8. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 511.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London 27. Mai/9. Juni 1912.

Poincaré schlägt vor, Rußland, Frankreich, und England sollten sich über ein gemeinsames Vorgehen zwecks Beendigung des Italienisch-Türkischen Krieges einigen. Ich habe geantwortet, daß ich diesem Gedanken zustimme.

9. Neues Dokument IV. **Geheimtelegramm Sasonows an Iswolski. Moskau, 27. Mai/9. Juni 1912. Nr. 117.**

Erhielt das Telegramm Nr. 97.

Der Vorschlag Poincarés, zwischen uns, Paris und London eine Gemeinsamkeit der Handlungen zwecks Beendigung des Italienisch-Türkischen Krieges herbeizuführen, entspricht voll-

[1]) Zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren.

Digitized by Google

kommen unseren Wünschen. Ich höre nicht auf, darauf hinzuweisen, daß es notwendig sei, daß wir uns über diesen Gegenstand wie auch über alle wichtigsten Fragen der internationalen Politik, hinsichtlich deren wir unveränderlich eine Einmütigkeit mit Frankreich aufrechterhalten wollen, zu verständigen suchen. Belieben Sie, dem Minister des Äußern mitzuteilen, daß ich mich freue, daß er sich unserem Standpunkte anschließt und daß ich bereit bin, mit ihm in den vorgeschlagenen Meinungsaustausch einzutreten. — Was seine Befürchtungen über die bevorstehende Zusammenkunft in den Schären anbetrifft, so lehne ich es entschieden ab, die von den Franzosen bekundete Nervosität zu verstehen, die nur dann erklärlich wäre, wenn in unseren gegenseitigen Beziehungen Veränderungen stattfänden, die die Festigkeit unseres Bündnisses zu erschüttern imstande wären. Unsererseits haben wir zu derartigen Befürchtungen keinerlei Anlaß gegeben und halten das von den Franzosen geäußerte Mißtrauen für vollkommen unbegründet und sogar gefährlich.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 514. 10.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 31. Mai/13. Juni 1912.

Ich beeile mich, Ihnen einige Erwägungen hinsichtlich des Vorschlages zukommen zu lassen, den mir der französische Botschafter gemacht hat. Wir finden die von Poincaré vorgeschlagene Formel annehmbar mit Ausnahme der Worte: „Die Mächte müssen vor allem... ihre Uneigennützigkeit schriftlich bestätigen". Dies ist kaum praktisch durchführbar und könnte von Deutschland und Österreich als ein beleidigendes Mißtrauen ihnen gegenüber aufgefaßt werden. Wir finden überhaupt, daß Rußland, Frankreich und England natürlich gemeinsam vorgehen müssen, daß sie aber ihre Absonderung von den beiden genannten Mächten nicht betonen sollten, da wir uns doch an ihre Mitwirkung werden wenden müssen.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 515. 11.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 5./18. Juni 1912. Nr. 1146.

Der französische Botschafter hat mir die neue Formel Poincarés mitgeteilt. Ich habe geantwortet, daß ich nach wie vor die Worte, die sich auf die Uneigennützigkeit beziehen, nicht annehmen kann. Rußland hat bereits in der Tat bewiesen, daß es den jetzigen Krieg nicht zur Erreichung irgendwelcher eigennütziger Ziele benutzen will, aber die Unterzeichnung eines internationalen Aktes würde sowohl von der russischen öffentlichen Meinung, als auch in den slawischen Staaten so aufgefaßt werden, als ob Rußland in Zukunft auf seine Jahrhunderte alte Politik auf dem Balkan verzichtet. Außerdem verstehe ich nicht, weshalb der französische Außenminister glaubt, daß ein derartiges Vorgehen einen Friedensschluß erleichtern wird. Mir scheint im Gegenteil, daß die Mächte durch einen solchen Schritt in zwei entgegengesetzte Gruppen gespalten werden, während es durchaus wünschenswert erscheint, daß sich alle fünf Mächte an der Versöhnung Italiens beteiligen.

Neratow an Iswolski. St. Petersburg, 29. Juni/12. Juli 1912. Nr. 1302. 12. Neues Dokument V.

Aus meinem gestrigen Gespräch mit dem französischen Botschafter trug ich den Eindruck davon, die französische Regierung befürchte, daß die unmittelbaren Verhandlungen der Türkei mit Italien, worüber Sie Sonntag einen Brief erhalten, — (das Gerücht über sie bestätigt sich immer mehr) — zu einer einseitigen Vermittlung und (einem) Schritt Deutschlands führen könnten. Sie können Poincaré erklären, daß wir keine Hinweise darauf haben, daß Deutschland eine solche einseitige Vermittlung anstrebt. In den bisher mit Louis stattgefundenen Gesprächen wurden nur die zu uns gelangten Nachrichten erwähnt, daß Deutschland sich zugunsten unmittelbarer Verhandlungen zwischen der Türkei und Italien ausgesprochen habe.

Depesche Krupenskis. Rom, 3./16. Juli 1912. Nr. 22. 13. Neues Dokument VI.

Der 1. Sekretär der französischen Botschaft, der zeitweilig seinen Chef vertritt, der im Gebirge wohnt und nur von Zeit zu Zeit nach Rom kommt, hat mich im Auftrage Barrères aufgesucht und mir Folgendes mitgeteilt: Herr Barrère hat aus Paris ein Telegramm des fran-

Digitized by Google

zösischen Botschafters in Petersburg zugestellt erhalten, in welchem Louis seiner Regierung sein Gespräch mit Sasonow mitteilt. In diesem Telegramm gibt Louis die Worte des Ministers folgendermaßen wieder: „Sans qu'on me l'ait dit expressément" — sagte Sasonow — „j'ai maintenant la certitude que l'Allemagne avec l'assentiment du Cabinet de Rome agit auprès des deux belligérants (d. h. in Konstantinopel und Rom) pour les amener à s'entendre directement et elle espère arriver ainsi seule à déterminer la conclusion de la paix." Das Pariser Kabinett — fügte der Sekretär hinzu — sei durch diese Nachricht sehr besorgt, denn wenn es Deutschland gelingt, die Türkei von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich den italienischen Bedingungen zu fügen — was allein, wie Barrère glaubt, den Frieden möglich macht — werde es die Sympathien und die Dankbarkeit Italiens gewinnen.

Der Fürst di Sealen, Unterstaatssekretär des Ministers des Auswärtigen für das Parlament, wußte gleichfalls nichts, sagte aber, daß von Anbeginn des Krieges Deutschland in Konstantinopel wie in Rom zum Frieden geraten habe. Der italienische Geschäftsträger in Petersburg habe über das Gespräch Turkhan P. mit Sasonow berichtet. Turkhan habe dem Minister eine Denkschrift vorgelesen, die dem Wunsch der Türkei nach Frieden Ausdruck gab, als aber in der Denkschrift das Wort „suzeraineté" gebraucht wurde, hielt Sasonow den Vorleser an und sagte, daß diese Forderung den Frieden unmöglich mache. Marquis Torrette fügte hinzu, er sei überzeugt, daß Deutschland den Frieden wünsche, wisse aber nichts Bestimmtes.

„Als ich den deutschen Botschafter, mit dem ich seit langer Zeit befreundet bin, fragte, ob er etwas von den Schritten wisse, die Deutschland für den Frieden gemacht habe, antwortete Herr Jagow, er habe Nachricht, daß zwischen der Türkei und Italien durch Vertrauenspersonen Gespräche stattfänden, ‚aber wir sind nicht dabei', fügte er hinzu, ‚obgleich wir immer zum Frieden geraten haben und es sogar für möglich halten, daß die Türkei Lybien einem dritten vorgeschobenen Kabinett oder einem arabischen Häuptling abtritt.'"

Krupenski ist danach am 13. Juli nach Anticoli gefahren, wo San Giuliano zur Kur ist, und erhielt von ihm dieselbe Antwort wie von Jagow. Die Unterhandlungen gingen auf den Mailänder Bankier Volpi zurück, der lange einen einflußreichen finanziellen Posten in Konstantinopel einnahm, der vor einigen Monaten auf eigene Gefahr in Konstantinopel Friedensverhandlungen anknüpfte, die ohne Resultat blieben. Volpi, sagte San Guiliano, sei sehr klug, freilich moralisch nicht ganz unanfechtbar. Er habe nun der italienischen Regierung vorgeschlagen, mit einem Vertrauensmann der Türkei — dessen Namen der Minister nicht nannte — in der Schweiz in Verhandlung zu treten. Das römische Kabinett ging darauf ein und beauftragte den Abgeordneten Fusindo, Mitglied des Haager Schiedshofes, an der Verhandlung teilzunehmen.

Die Verhandlungen würden nächster Tage beginnen und einen ganz inoffiziellen Charakter tragen.

P. S. Er hat soeben das Telegramm Sasonows oder Neratows vom 2./15. Juli erhalten, das über das Gespräch Bompards mit dem Großvezir berichtet und die Punkte herzählt, auf welche die Pforte bereit ist, Frieden zu schließen: 1. Autonomie der afrikanischen Provinzen unter einem mohammedanischen Oberhaupt. 2. Souveränität Italiens über 2 Häfen. 3. Einführung von Reformen in der neuen Provinz. 4. Anwesenheit italienischer Truppen bis zur Ausführung der Reformen.

Krupenski zweifelt nicht daran, daß diese Bedingungen für Italien unannehmbar sind. Es sei wohl möglich, daß Bollati gesagt habe, daß sie „donnent un peu d'espoir", das bedeute aber wohl nur, daß die Pforte nicht mehr ganz so unversönlich sei, wie früher.

14. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 467 ff.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Nach Empfang Ihres vertraulichen Briefes vom 17./30. Mai habe ich Poincaré zu einer Aussprache über die französisch-italienischen Beziehungen veranlaßt. Ich habe versucht festzustellen, ob das Gerücht, daß das Abkommen vom Jahre 1902 abgelaufen ist und zwischen

Digitized by Google

Frankreich und Italien Schwierigkeiten hinsichtlich der Erneuerung dieses Abkommens entstanden sind, der Wirklichkeit entspricht. Ich habe hierbei darauf hingewiesen, wie wenig eine Erkältung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien und die Rückkehr des letzteren zum Dreibund den Interessen der drei Ententemächte entspricht, und auch angedeutet, daß wir bereit wären, Frankreich unsere guten Dienste anzubieten.

Poincaré hat auf das bestimmteste erklärt, daß das Abkommen des Jahres 1902 an keine Frist gebunden ist. Wenn uns der Wortlaut dieses Abkommens nicht mitgeteilt worden ist, so ist es nur deshalb nicht geschehen, weil Frankreich es ohne Einwilligung Italiens nicht tun kann. Aber der Inhalt des Abkommens sei uns bekannt. Es enthält eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeer. Seiner Natur nach ist also das Abkommen ein unbefristetes. Eine praktische Folge dieses Abkommens ist ferner der Verzicht der Konzentrierung der französischen und italienischen Armee an der französisch-italienischen Grenze. Sollte Italien aus irgendeinem Anlasse eine Änderung in der bestehenden Lage herbeiführen wollen, so würde dies einen unfreundlichen Akt Italiens Frankreich gegenüber bedeuten. Aber glücklicherweise ist hiervon keine Rede. Sodann zum allgemeinen Charakter der jetzigen Beziehungen zwischen Italien und Frankreich übergehend, hat Poincaré auf das bestimmteste betont, daß die Regierungen beider Länder durchaus nicht von der öffentlichen Meinung beeinflußt wären, und daß die letzten Ereignisse das gute Einvernehmen zwischen ihnen in keiner Weise gestört hätten. Barrère habe in letzter Zeit diesbezügliche Zusicherungen von seiten der italienischen Regierung erhalten. Dies gelte auch für die französische Regierung, und wenn Frankreich, durch die Pflichten der Neutralität gebunden, nicht immer die Möglichkeit habe, seine freundschaftlichen Gefühle Italien gegenüber zum Ausdruck zu bringen, so werde es doch nicht verfehlen, Italien die tatkräftigste Unterstützung zuteil werden zu lassen, sobald die Friedenskonferenz zusammengetreten sein wird.

‚Übrigens', fügte er hinzu, ‚habe ich Grund zur Annahme, daß Italien von der Freundschaft Frankreichs fest überzeugt ist und daß gerade jetzt die italienische Regierung Rußland und Frankreich für seine besten Freunde hält und von ihnen viel mehr als von seinen Bundesgenossen Hilfe erwartet.'

Was die Frage des formellen Austrittes Italiens aus dem Dreibund anbelangt, so ist Poincaré mit Ihnen ganz einverstanden, daß kein Grund vorliege, ein solches Resultat zu erstreben, da dieses nur gefährliche Verwicklungen hervorrufen könne. Am besten wäre es, die jetzige Lage beizubehalten, da Italien ein hemmendes Element im Dreibunde sei. Immerhin dürfe Frankreich nicht vergessen, daß Italien der uns gegenüberstehenden politischen Kombination angehört. Deshalb müsse die französische Regierung darauf bedacht sein, daß Italien im Mittelmeere nicht die Vorherrschaft zufällt. Bei dem jetzigen Kräfteverhältnis der Flotte genügt eine einfache Mobilisation der französischen Seestreitkräfte, um einen jeglichen feindlichen Versuch von seiten Italiens unmöglich zu machen. ‚Sie können überzeugt sein,' sagte er mir mit besonderer Betonung, ‚daß Frankreich fest entschlossen ist, auch in Zukunft das Übergewicht über Italien im Mittelmeer zu behaupten.' Diese Erklärungen Poincarés entsprechen nicht ganz den von unserem Geschäftsträger in Rom mitgeteilten Informationen. Ich habe aber keinen Grund, an der Aufrichtigkeit Poincarés zu zweifeln, welcher, wenn er auch oft eine unnötige Schroffheit und Geradlinigkeit an den Tag legt, mir jedoch niemals Anlaß gegeben hat, an seiner Wahrheitsliebe zu zweifeln. Außerdem scheint mir, daß in letzter Zeit sich die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, und persönlich zwischen Poincaré und Tittoni, bedeutend gebessert haben.

Sasonow an Iswolski. **St. Petersburg, 27. Februar/11. März 1912.** 15. Neues Dokument VII

Der französische Botschafter übergab im Namen seiner Regierung eine offizielle Einladung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zu den im Mai in Frankreich bevorstehenden Manövern. Seine Majestät der Kaiser geruhte Allerhöchst zu genehmigen, daß der Großfürst die Einladung annehme, wovon ich offiziell die hiesige französische Botschaft in Kenntnis setzte. In jedem Falle halte ich es für meine Pflicht, Sie zu benachrichtigen, daß der Großfürst wahrscheinlich am 12. Mai alten Stils in Moskau weilen muß und daß es deshalb erwünscht ist, daß die Manöver nicht in diese Zeit fallen.

Digitized by Google

16. Neues Dokument VIII. **Sasonow an Iswolski.** St. Petersburg, 7./20. April 1912. Nr. 713.

Großfürst Nikolai Nikolajewitsch ist seit einigen Wochen bereits krank, hofft aber, sich zu erholen, um die Fahrt nach Frankreich zu unternehmen.

Jetzt hat Er mich davon in Kenntnis gesetzt, daß nach Meinung der Ärzte Sein Gesundheitszustand vollkommen die Möglichkeit einer Reise ausschließe, und daher ist Er mit aufrichtigem und großem Bedauern genötigt, auf Seine Anwesenheit bei den französischen Manövern im Mai zu verzichten. Nichtsdestoweniger legt Seine Kaiserliche Hoheit großen Wert auf die Möglichkeit, von der Einladung der französischen Regierung Gebrauch zu machen, und bittet zu erfahren, ob die geplante Reise nicht auf die letzte Hälfte des Oktober verlegt werden kann.

Belieben Sie, sich über den Inhalt dieses Telegramms mit der Regierung der Republik zu verständigen und über das Erfolgte zu telegraphieren.

17. Auszug aus: Un Livre noir, S. 243.

Aus einem Brief des Hofmeisters Iswolski. Paris, 12./25. April 1912.

Die Erregung über die Aktion Italiens vor den Dardanellen habe zu der von Rom aus geschickt ausgesprengten Überzeugung geführt, daß Italien im Einvernehmen mit Rußland handle. Er habe Poincaré darüber beruhigt, aber ein offizielles Dementi sei sehr zu wünschen.

Der Rest des Briefes betrifft die Bemühungen Frankreichs um Öffnung der Dardanellen und bekannte Nachrichten über die Unruhen in Marokko und die nicht vorwärts schreitenden Verhandlungen mit Spanien, an deren schließlichen Erfolg Poincaré trotz allem glaube.

Die französische Regierung bedauert sehr, daß die für den Mai geplante Reise des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nach Paris auf den russischen Oktober verschoben ist.

18. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 145.

Marinekonvention.

Art. 1. In allen Fällen, in denen die Allianz das gemeinsame Vorgehen der Landarmeen vorsieht und festsetzt, werden die Seestreitkräfte Frankreichs und Rußlands zusammenwirken.

Art. 2. Die Zusammenwirkung der Seestreitkräfte wird schon im Frieden vorbereitet.

Zu diesem Zwecke werden die Generalstabschefs der beiden Marinen schon jetzt ermächtigt, direkt miteinander zu korrespondieren, alle Aufschlüsse auszutauschen, alle Kriegsmöglichkeiten zu studieren, alle strategischen Programme zu vereinbaren.

Art. 3. Die Generalstabschefs der beiden Marinen konferieren persönlich wenigstens einmal im Jahre; sie werden ein Protokoll über ihre Konferenzen aufnehmen.

Art. 4. Betreffs der Dauer, der Wirksamkeit und der Geheimhaltung wird das gegenwärtige Abkommen dem Militärabkommen vom 17. August 1892 und den folgenden Übereinkommen angepaßt.

Paris, den 16. Juli 1912.

19. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 146.

Bericht Iswolskis an Sasonow. Paris, den 5./18. Juli 1912.

... Fürst Lieven[1]) teilte mir mit, daß nach seiner Überzeugung der Gedankenaustausch zu Resultaten geführt hat, die für uns überall günstig sind, und zwar hatte der Chef des französischen Marinestabs vollkommen die Notwendigkeit eingesehen, uns im Interesse beider Verbündeter die Aufgabe der Herrschaft über das Schwarze Meer zu erleichtern, nämlich durch einen entsprechenden Druck auf die Flotten unserer möglichen Gegner, d. h. hauptsächlich Österreichs und vielleicht auch Deutschlands und Italiens.

Zu diesem Zwecke erklärt Frankreich sich bereit, noch zu Friedenszeit die Konzentrierung seiner Seestreitkräfte im Mittelmeer mehr nach Osten zu verlegen, d. h. nach Bizerta. Diesen Entschluß, der ganz klar im Protokoll zum Ausdruck gebracht ist, hält Fürst Lieven für einen um so größeren Sieg für uns, als er von keinerlei Verpflichtungen von unserer Seite bedingt ist.

Überhaupt spricht sich Fürst Lieven sehr lobend über die Zuvorkommenheit, Geradheit und Aufrichtigkeit aus, der er bei seinen französischen Kollegen begegnete.

[1]) Russischer Admiral und Chef des russischen Marinestabes.

Digitized by Google

II. Die erste Reise nach Rußland.

Am 12. Juni 1912, also schon geraume Zeit vor dem Abschluß der französisch-russischen Marine-Konvention, brachte „Echo de Paris" die Mitteilung, daß Poincaré beabsichtigte, eine Reise nach Rußland zu unternehmen und wahrscheinlich am 20. oder 21. Juli in Kronstadt eintreffen werde[1]). Eine Audienz beim Zaren und Unterredungen mit dem russischen Ministerpräsidenten Kokovtzoff und Sasonow wurden in Aussicht gestellt. Das Blatt hatte richtig prophezeit, nur war der Termin zu früh angegeben. Die Reise begann erst am 5. August. Zu dieser Zeit beschäftigte sich die Pariser Presse eingehend mit dem Ereignis und es ist immerhin von Interesse, einige ihrer Angaben etwas näher ins Auge zu fassen. Am 3. August veröffentlichte Marcel Hutin, dessen gute Beziehungen zur Regierung bekannt waren, gleichfalls im „Echo de Paris" einen Aufsatz, der neben dem Programm für den Besuch in Rußland noch den Hinweis brachte, Rußland habe in Anbetracht des Umstandes, daß Deutschland seine offensiven Linien an der Ost- und Westgrenze verstärkt habe, sein Mobilisationszentrum vornehmlich nach Polen verlegt. „Es ist nicht unmöglich, daß infolge dieser Umstände eine ausgedehntere Umgestaltung der französisch-russischen Konvention als unumgänglich angesehen wurde." Vergleicht man diese Mitteilung mit dem, was wir über die im Frühjahr 1912 beschlossene Abänderung der Bestimmungen über die russische Mobilmachung wissen, und was sich ja mit der hier erwähnten Verlegung des Mobilmachungszentrums nahe berührt, so haben wir alle Gründe, Marcel Hutin für wohl unterrichtet zu halten und seinen Angaben Glauben zu schenken. Am 6. August brachte dasselbe Blatt einen neuen Aufsatz, aus dem wir folgende Sätze hervorheben wollen: „Gegenstand der Reise des Herrn Poincaré nach St. Petersburg ist vermutlich die Stärkung des defensiven französisch-russischen Zusammenarbeitens als Basis der nationalen Politik beider Länder... Das Volk des britischen Inselreiches muß die Lage verstehen und die Regierung zeigt ihm den Weg, in dem sie für 4 oder 5 Jahre die Marine an den ersten Platz ihrer Bemühungen stellt. In diesem Zeitraum muß England zur gemeinsamen Defensive mit Frankreich und Rußland bereit sein." Wir werden bald sehen, daß auch diese Äußerung auf höhere Inspiration zurückgehen dürfte, weil sie einen Gedanken enthält, der Poincaré damals sehr beschäftigte.

Marcel Hutin war inzwischen als Berichterstatter des „Echo de Paris" nach Rußland gefahren und sandte am 5. August von Eydtkuhnen aus ein Telegramm an sein Blatt; darin heißt es: „Es ist richtig, daß Kaiser Wilhelm in Baltischport Nachricht von der Marine-Konvention erhielt, aber von größter Wichtigkeit ist, daß Rußland auf eine Initiative des Herrn Poincaré, der durch die aktive Mitarbeit des Herrn Paléologue (des damaligen politischen Direktors am Quai d'Orsay) unterstützt wurde, seine Zustimmung dazu gegeben hat, mit Frankreich eine Abmachung zu unterzeichnen, auf Grund deren es darauf verzichtet, mit Deutschland eine Frage europäischen Charakters zu behandeln, ohne vorher mit uns Rücksprache genommen und sich geeinigt zu haben." Diese Vereinbarung sei 14 Tage vor der Zusammenkunft in Baltischport, für 3 Monate gültig, unterzeichnet worden, solle aber jetzt durch Poincaré erneuert werden. Am Tage darauf wurde die Nachricht dahin berichtigt, daß es sich um keine geschriebene Abmachung gehandelt habe, wohl aber um Besprechungen, an denen auch England teilgenommen habe. „Auf Grund dieser mündlichen Vereinbarungen wird keine der drei Nationen der Tripleentente Besprechungen über irgendeine internationale Frage mit einer anderen Macht beginnen, ohne davon vorher die beiden befreundeten Regierungen zu unterrichten." Allerdings wurden die Angaben Hutins nachträglich durch ein etwas vage gehaltenes Dementi in Abrede gestellt, aber mehrere Umstände scheinen darauf hinzuweisen, daß der Korrespondent des „Echo de Paris" doch aus der Schule geschwätzt hatte und der Wahrheit sehr nahe kam. Wir sahen in unserem ersten Abschnitt bereits, daß Poincaré über die Zusammenkunft zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren in die größte Aufregung geriet. Aber noch mehr! Am 7. Juni 1912[2]) meldete Iswolski dem russischen Außenminister: „Er (Poincaré) befürchtet..., daß Kaiser Wilhelm die Gelegenheit sich zunutze machen werde, um mit irgend einem Vorschlage hervorzutreten, und auf diese Weise die Friedensstiftung zwischen Italien und der Türkei in die Hände zu nehmen. Er telegraphiert deswegen Louis, daß

[1]) Dies und die weiteren Zeitungsstimmen nach F. Gouttenoire de Toury: **Poincaré a-t-il voulu la guerre?** Paris 1920, S. 69 ff. — [2]) Beilage 7 zu Kapitel I (Seite 180).

Digitized by Google

er sich unserer positiven Versicherung vergewissern müsse, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Verhandlungen über Fragen des Nahen Orients und andere Fragen unter Umgehung Frankreichs geführt werden. Zu diesem Zwecke solle Louis sich eine Allerhöchste Audienz erbitten." Welch seltsame Bestätigung erfährt hierdurch das Telegramm Hutins! Poincaré hat ganz sicher alles daran gesetzt, um die Politik Rußlands enger als bisher an den Wagen Frankreichs zu fesseln und auch hier Deutschland jede Verbesserung seiner Lage zu unterbinden. Ob England sich einbeziehen ließ oder nicht, entzieht sich unserer Kenntnis, aber mit Rußland dürften gewiß geheime Vereinbarungen getroffen worden sein.

Wenn wir die angeführten Zeitungsartikel noch einmal überblicken, so können wir daraus immerhin folgende Schlüsse über den Zweck von Poincarés Reise ziehen: Dem Marineabkommen sollten militärische Vereinbarungen zur Seite gestellt werden, die zwar in der Öffentlichkeit „defensiv" genannt wurden, aber, wie wir wissen, bereits vor dem Besuch in Petersburg auf das offensive Geleise geschoben waren. Außerdem galt es, die Entente enger zu gestalten, und vor allem auch England zu bestimmten Zusicherungen zu bewegen. Es wird sich herausstellen, daß diese Vermutungen richtig sind.

Der äußere Verlauf der Reise Poincarés läßt sich nach der Times folgendermaßen zusammenstellen: Am 5. August erfolgte die Abfahrt vom Nördlichen Bahnhof in Paris. Dann ging die Fahrt über Dünkirchen und das Meer, also nicht über Deutschland, was zweifellos näher und bequemer gewesen wäre. Am 9. August, nachmittags 3 Uhr kam Poincaré auf dem Kreuzer Condé in Kronstadt an und wurde vom russischen Marineminister und dem französischen Botschafter empfangen. Am 11. August war er zur Audienz beim Zaren in Peterhof. Daran schloß sich ein Frühstück bei Kokovtzoff an, zu dem als einziger Nicht-Russe oder Nicht-Franzose der englische Botschafter in Petersburg Buchanan zugezogen war. Am 12. August fand eine große Truppenschau in Krasnoje Selo statt. Am 13. August kehrte Poincaré wieder nach Petersburg zurück, um sich von dort aus für 2 Tage nach Moskau zu begeben und am 16. August trat er von Kronstadt aus die Heimreise an. Die Times, die sich in Bezug auf die ganze Reise ziemlich zurückhaltend zeigen, heben doch zweierlei hervor: Erstens: die Zuziehung Buchanans zu dem Frühstück bei Kokovtzoff, die ja in die von uns bereits hervorgehobene Richtung eines eifrigen Werbens um England gut hineinpaßt; zweitens: wichtige Besprechungen Poincarés mit Kokovtzoff und Sasonow.

Was ist uns außerdem noch bekannt? Das meiste verrät uns ein für den Zaren bestimmter Bericht des russischen Außenministers Sasonow über seine Verhandlungen mit Poincaré[1]). Danach wurden am 2. und 3. August zwischen Poincaré und Sasonow die Ratifikationen des französisch-russischen Marineabkommens ausgewechselt. Was das Verhältnis zu Italien anbelangt, eignete sich Sasonow, wie seine eigenen Worte beweisen, die früher von Poincaré ausgesprochene Ansicht an, daß das Verbleiben Italiens „als totes Gewicht im Dreibund" das Vorteilhafteste sei. Des weiteren erwähnt der Bericht die Stellung Frankreichs zum italienisch-türkischen Konflikt und die Worte, Poincaré habe bedauert, daß er die russischen Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, nicht im gewünschten Maße habe unterstützen können, zeigen uns an der Hand unserer Kenntnis von dem über diesen Punkt gepflogenen Meinungsaustausch, daß der französische Außenminister bemüht war, den schlechten Eindruck, den seine Nervosität in Petersburg gemacht hatte, wieder auszuwischen.

Sehr interessant sind Sasonows Ausführungen über die Besprechung der Zustände auf dem Balkan. Sie lauten: „Uns gegenseitig versichernd, daß wir die Ereignisse auf dem Balkan aufmerksam verfolgen und uns unsere Gedanken und Informationen mitteilen werden, verabredeten wir mit Poincaré, im Falle von Verwicklungen einen den Umständen angepaßten gemeinsamen Plan zu vereinbaren, um auf diplomatischem Wege einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen. Hierbei hielt Poincaré es für nötig zu betonen, daß die französische öffentliche Meinung der Regierung der Republik nicht erlauben wird, wegen rein balkanischer Fragen zu den Waffen zu greifen, wenn Deutschland sich nicht beteiligen und nicht selbst die Anwendung des casus foederis (Bündnisfall) herbeiführen wird, in welch letzterem Falle Rußland natürlich auf die volle und genaue Erfüllung der Frankreich mit uns verbindenden Verpflichtungen rechnen kann."

Man muß im Hinblick hierauf in Betracht ziehen, daß im März 1912 unter engster Füh-

[1]) Beilage 1 (Seite 189).

Digitized by Google

lungnahme mit Rußland der gegen die Türkei gerichtete Bund der Balkanstaaten gegründet worden war. Schon am 30. März des gleichen Jahres hat Sasonow Iswolski von dem Zustandekommen des am 13. März abgeschlossenen Vertrages zwischen Serbien und Bulgarien Mitteilung gemacht und seinen Botschafter beauftragt, Poincaré mündlich hierüber zu informieren. Wenn wir Poincarés eigener Darstellung[1]) glauben dürfen, erfuhr er jedoch den genauen Text der genannten Vereinbarung erst bei seinem Besuch in Petersburg, wo er dieselbe sogleich als „convention de guerre" (Kriegs-Konvention) bezeichnet haben will. Er war sich also der Bedrohung, die sie für den europäischen Frieden bedeutete, vollauf bewußt. Geht man von dieser Tatsache aus, so gewinnt man erst die Möglichkeit zur richtigen Beurteilung der soeben wiedergegebenen Stelle aus Sasonows Bericht. Poincaré erklärte keineswegs, sein Land wolle mit einem derartig gefährlichen Vorhaben nichts zu tun haben, sondern er zeigte nach einer Mahnung zur Vorsicht dem russischen Kollegen gewissermaßen den Weg, auf dem das französische Volk in eine eventuelle Verwicklung hineingezogen werden konnte. Dazu bedurfte es zunächst der Beteiligung Deutschlands und zwar in der Form, daß dieses selbst den casus foederis herbeiführte, also als der Angreifer erschien, denn dann würde auch Frankreich seine Pflichten erfüllen können. Hier zum erstenmal taucht jenes Programm auf, nach dem man in der Folgezeit immer handeln wollte, wenn ernstliche Konflikte entstanden, und nach dem man schließlich beim Ausbruch des Weltkrieges gehandelt hat. Poincaré ist also sein geistiger Urheber.

Doch der Bericht Sasonows erzählt noch von anderen Verhandlungsgegenständen, hauptsächlich militärischer Natur[2]). Es fanden nämlich, wie wir hören, auch Besprechungen zwischen den Leitern der französischen und russischen Generalstäbe statt und Poincaré versicherte Sasonow gegenüber mit Bestimmtheit, „daß er das größte Gewicht auf die Erfüllung des in dem Protokoll ausgedrückten Wunsches des französischen Generalstabes über die Steigerung der Transportfähigkeit unseres (des russischen) Eisenbahnnetzes, das an die Westgrenze führt, durch Verlegung einer zweiten Strecke auf den im Protokoll genannten Linien von unserer Seite lege". Hier öffnet sich bereits ein kleiner Spalt zu dem Geheimnis der militärischen Abmachungen, die anläßlich von Poincarés Besuch in Rußland getroffen wurden[3]).

Über das Netz der Kriegsvorbereitungen gegen die Zentralmächte sollte noch enger gezogen werden. Es galt vor allem, den Ring durch die Einbeziehung Englands zu schließen. Bei der Behandlung dieser Frage machte Poincaré dem russischen Außenminister Geständnisse, die von größtem Interesse sind. Er berichtete, „daß, obwohl zwischen Frankreich und England nicht der geringste geschriebene Vertrag existiere, die General- und Admiralstäbe beider Länder in intimer Verbindung miteinander stehen und einander ununterbrochen völlig aufrichtig alle Nachrichten mitteilen, die von Interesse für sie sein können. Die Folge dieses ständigen Gedankenaustausches zwischen der französischen und der englischen Regierung war der Abschluß eines mündlichen Übereinkommens, auf Grund dessen England seine Bereitwilligkeit ausdrückte, bei einem Überfall durch Deutschland sowohl zu Lande wie zur See Hilfe zu leisten. Zu Lande versprach England Frankreich durch Absendung einer Armee von 100000 Mann an die belgische Grenze zu helfen, um den vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee in Frankreich über Belgien abzuwehren".

Und nun sollte Rußland vor allem zur See ein enges Zusammenarbeiten mit England anstreben. Hören wir, was Sasonow zu melden weiß: „Auf Grund unserer Marine-Konvention hat Frankreich sich verpflichtet, uns in solcher Weise beizustehen, daß es die österreichische Flotte im Mittelmeer von uns fernhält und sie hindert, in das Schwarze Meer zu kommen. Eine ähnliche Rolle in der Ostsee, wohin die Aktion der französischen Flotte sich nicht erstrecken könne, sollten nach der Ansicht von Herrn Poincaré die englischen Seestreitkräfte übernehmen können. Deshalb fragte mich Herr Poincaré, ob ich nicht die Absicht habe, meine bevorstehende Reise nach England dazu zu benutzen, um in meinen Gesprächen mit den Leitern der englischen Politik die Frage einer gemeinsamen Taktik der russischen und englischen Flotte

[1]) Revue de la Semaine, Heft 8 vom 25. 2. 21, S. 394. — [2]) Diese fehlen bei Siebert, wurden aber von M. Wassiljew in der „Istwestija" vom 15. August 1919 abgedruckt, wo auch das bei Siebert ausgelassene Datum des ganzen Berichtes als 4. August russischer Zeitrechnung, somit als 17. August westlicher Zeitrechnung richtig angegeben ist. Beilage 2 (Seite 190). — [3]) Vergl. Protokolle, Seite 210 ff.

Digitized by Google

im Falle eines Zusammenstoßes zwischen der Tripleentente und Deutschland zur Sprache zu bringen. Ich antwortete Herrn Poincaré, daß diese Frage aufmerksamer Prüfung bedürfe."

Der Rat Poincarés, von dem wir hier erfahren, wurde sehr bald befolgt. Schon im September 1912 fuhr Sasonow nach England. In seinem gleichfalls für den Zaren bestimmten Bericht[1]) über seine dortigen Eindrücke heißt es: „Euer Kaiserlichen Majestät ist es bekannt, daß Poincaré während seines Petersburger Aufenthaltes im vergangenen Sommer mir gegenüber den Wunsch äußerte, klarzustellen, inwiefern wir auf die Hilfe der englischen Flotte im Falle eines solchen Krieges rechnen könnten." Im Anschluß daran werden die einschlägigen Verhandlungen mit Grey geschildert.

In der Tat, der französische Ministerpräsident erscheint als eigentlicher spiritus rector der geheimen Unternehmungen auf militärischem und seetechnischem Gebiete gegen die Mittelmächte. Aber er verleitete nicht nur die anderen zur Tat, er leistete auch selbst seinen Beitrag zu dem großen Werk. In seinem Buche „Truth and the war" erwähnt Morel[2]), daß Clemenceau im Jahre 1913 als energischer Gegner des von Poincaré befürworteten Gesetzes über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich aufgetreten sei. Um nun Clemenceau zu seinem Standpunkt zu bekehren, habe Poincaré, der damals Präsident der französischen Republik war, ihm eine Unterredung gewährt, aus der einige Pariser Blätter Auszüge brachten. So berichtete l'Humanité: „Er (Poincaré) erinnerte seinen Besucher (Clémenceau) an den Besuch, den er im vorigen Sommer (1912) in Petersburg abgelegt hatte, als er noch Außenminister war. Er berichtete ihm von den sehr klaren Eindrücken, die er während seines Aufenthaltes bei unseren Alliierten bekommen hatte. Der Präsident gab ihm zu verstehen, daß schwerwiegende Ereignisse im Anzug seien, daß früher oder später die österreichische Frage zweifellos aufgerollt werde, und unfehlbar ernste internationale Komplikationen entstehen würden... Zweifel seien (in Petersburg) ausgesprochen worden, wie in Bezug auf den Stand der Vorbereitungen in Frankreich, dessen militärische Lage seit dem Zwei-Jahres-Gesetz alles andere als günstig sei, im Vergleich zu der Lage, als das Bündnis (mit Rußland) geschlossen wurde. Er (Poincaré) hätte in freundlicher Weise zu verstehen gegeben, daß es in St. Petersburg eine germanophile Partei gebe, die ständig — nicht ohne einen gewissen Schein des Rechtes — den Verdacht ausspreche, daß keine Gleichwertigkeit mehr zwischen der militärischen Tüchtigkeit Deutschlands und Frankreichs bestehe. Deshalb habe er (Poincaré) und sein Ministerium beschlossen, das Drei-Jahres-Gesetz wieder einzuführen, dessen Zweck es war, nach außen hin jenen Eindruck zu erwecken, den die Verbündeten Frankreichs wünschten. Darum sei also Delcassé nach Rußland geschickt worden. In der Tat, das französisch-russische Bündnis war von der Auflösung bedroht, weil Frankreich nicht genügend stark war, oder es letzten Endes nicht zu sein schien."

Am 23. Juni 1914 schrieb Justin de Godart im „Courier Européen", es sei ein offenes Geheimnis, daß der Präsident vor 2 Jahren von Petersburg die Order oder wenigstens den Rat mitgebracht habe, Frankreich solle das Drei-Jahres-Gesetz wieder einführen.

Diese Zeugnisse sind von größter Wichtigkeit und sprechen für sich selbst. Ihre Richtigkeit wird noch durch folgende Tatsachen bestätigt:

Kurz nach Poincarés Rückkehr nach Frankreich kam im September 1912 der längst vom französischen Außenminister gewünschte Besuch des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zustande. Er galt vor allem der Besichtigung der französischen Grenze gegen Deutschland hin. In Nancy wurden Manöver und große militärische Schaustellungen vorgeführt. Und am Ende seines Aufenthaltes sandte der Großfürst, der immer ein erbitterter Feind Deutschlands war, ein Telegramm an den Zaren, in welchem er sich in Worten höchsten Lobes über das Gesehene erging[3]). „Das Manöver machte auf mich einen höchst erfreulichen Eindruck. Die Parade in Nancy übertrifft mit der Art ihrer Veranstaltung und der Großartigkeit des Bildes alles Glaubliche." Man erkennt leicht, daß solche Ergüsse beim Zaren die Einflüsterungen der Germanophilen widerlegen und den immer wankelmütigen und unentschlossenen russischen Herrscher von der Kriegstüchtigkeit Frankreichs überzeugen sollen.

Unter demselben Gesichtspunkt versteht man jetzt auch die Reden besser, die Poincaré in der unmittelbar darauf folgenden Zeit hielt[4]). Am 27. November 1912 prägte er in Nantes das

[1]) Beilage 3 (Seite 192). — [2]) Beilage 4 (Seite 193). — [3]) Beilage 5 (Seite 194). — [4]) Henry Girard, Raymond Poincaré, Paris 1913, S. 268.

Digitized by Google

berühmt gewordene Wort von Frankreich als einem Volk, „das den Krieg nicht will und ihn trotzdem nicht fürchtet". Und am 20. Januar 1913 rief er, schon als Präsident, aus: „Es ist für ein Volk nicht möglich, mit Nachruck friedfertig zu sein, außer unter der Bedingung, daß es immer bereit zum Kriege ist." Solche Erklärungen hatten einen doppelten Zweck: Sie sollten in Petersburg gehört werden und dort die germanophilen Kreise entwaffnen. Und daneben sollten sie in Frankreich die Stimmung für die Einführung der 3jährigen Dienstzeit vorbereiten, die der französische Außenminister bei seinem Besuch in Petersburg in Aussicht gestellt hatte.

Die erste Reise Poincarés nach Rußland hat also überaus schwerwiegende Entschlüsse gezeitigt.

Beilagen.

1. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 792.

Bericht des russischen Außenministers Sasonow über die Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Poincaré anläßlich seines Besuches in Petersburg im August 1912.

Anläßlich des Besuches des französischen Ministerpräsidenten und auswärtigen Ministers Poincaré in Petersburg habe ich mit ihm mehrfache Unterredungen gehabt.

Während eines unserer ersten Gespräche haben wir gegenseitig unserer Befriedigung Ausdruck verliehen, daß die soeben zwischen den Chefs der beiden Admiralstäbe geführten Verhandlungen zu einem glücklichen Resultate geführt haben. Das in Paris von Admiral Aubert und dem Fürsten Lieven unterschriebene Projekt einer Marinekonvention ist von unserem Kaiser gebilligt worden, und ich habe die Vollmacht erhalten, diese Konvention zu unterzeichnen. Da die ungefähr vor 20 Jahren zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Militärkonvention von den beiden Regierungen durch einen Notenaustausch bestätigt worden war, so haben wir mit Poincaré beschlossen, dasselbe Verfahren auch bei der Marinekonvention anzuwenden. Wir haben infolgedessen am 2. und 3. August mit Poincaré Briefe gewechselt, in denen bestätigt wird, daß die Marinekonvention in Kraft getreten ist.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien berührend, habe ich Poincaré meine aufrichtige Freude geäußert, daß diese Beziehungen, die eine Zeitlang so gespannt schienen, sich augenscheinlich bessern, was namentlich am Vorabend der Erneuerung des Dreibundes ganz besonders wichtig sei. Ich lenkte hierbei seine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es für Frankreich ganz besonders wichtig sei, Italien streng im Rahmen der formalen Erfüllung seiner Verpflichtungen seinen Bundesgenossen gegenüber zu halten, ohne ihm Grund zu geben, sich letzteren enger anzuschließen, da dieses für den Fall eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich unvorteilhaft wäre.

Unter der Bedingung, daß zwischen Italien und den drei Ententemächten freundschaftliche Beziehungen bestehen und gegenseitiges Zutrauen herrscht, ist das Verbleiben Italiens als totes Gewicht im Dreibunde nicht nur Frankreich und Rußland, sondern sogar Italien nützlich, da dies eine Garantie gegen einen italienisch-österreichischen Krieg bedeutet, in den auf die eine oder andere Weise auch die anderen Staaten hineingezogen werden könnten.

Poincaré sagte mir, er mache sich diese Ansicht durchaus zu eigen und tue alles mögliche, um dieses Ziel zu erreichen. Er hofft, daß seine Anstrengungen nicht ergebnislos verlaufen werden und daß es ihm gelingen wird, die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien auf eine solide Basis zu stellen. In dieser Hinsicht sind bereits gute Resultate erzielt worden.

Anläßlich des Italienisch-Türkischen Krieges bedauert Poincaré, daß er unsere Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, nicht in dem gewünschten Maße habe unterstützen können. Eine gewisse Zurückhaltung Frankreichs findet erstens darin ihre Erklärung, daß es auf die Gefühle der mohammedanischen Bevölkerung seiner französischen Besitzungen Rücksicht nehmen muß, unter denen ein jeder Druck auf die Türkei Erregung hervorrufen würde, was besonders jetzt gefährlich sei, da die Errichtung des französischen Protektorates in Marokko auf so große Schwierigkeiten stößt; zweitens wurde das Pariser Kabinett dadurch zu einer gewissen Zurückhaltung veranlaßt, daß weder Deutschland noch natürlich Österreich irgend etwas getan hät-

Digitized by Google

ten, um unsere Aufgabe durch eine Einwirkung in Konstantinopel zu unterstützen. Gleichzeitig erklärte mir Poincaré, daß er mehr denn je eine Beendigung des Krieges herbeisehne, und daß er die Hoffnung hege, daß Rußland und Frankreich die erste Gelegenheit ergreifen werden, um dieses Ziel zu erreichen und auch die anderen europäischen Großmächte zu dieser Aufgabe heranzuziehen. Einen solchen Anlaß bieten die noch jetzt zwischen den Türken und Italienern in der Schweiz geführten Verhandlungen, um so mehr, als die türkische Regierung beabsichtigt, im Einvernehmen mit Italien eine besondere Mission nach Tripolis zu schicken, welche den Übergang zum neuen Regime vorbereiten und die Araber an den Gedanken einer möglichen Aussöhnung gewöhnen soll. Im Zusammenhang mit dem Kriege sprach Poincaré auch über das weitere Schicksal der von Italien besetzten Inseln des Ägäischen Meeres. Diese Frage beunruhigt die französische Regierung ganz außerordentlich, denn sie befürchtet, daß Italien sich nicht damit begnügen wird, sie als ein Pfand zur Beendigung des Krieges zu betrachten, sondern die Besetzung solange aufrechterhalten wird, bis von der Türkei Garantien einer gewissen Autonomie gegeben sein werden. Frankreich beabsichtigt hiergegen energisch zu protestieren, denn es erblickt in einer derartigen Lage der Dinge eine Bedrohung des politischen Gleichgewichts im östlichen Teile des Mittelmeeres. Auf die Frage Poincarés, wie Rußland sich zu einer Festsetzung Italiens im Archipel verhalte, erwiderte ich, daß wir uns ebenfalls nicht mit einem derartigen Versuche aussöhnen könnten. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Wunsche des hiesigen italienischen Geschäftsträgers entsprechend den französischen Minister zu fragen, ob die Möglichkeit bestehe, daß noch vor Beendigung des Krieges der Türkei eine Anleihe in Frankreich gewährt werden würde. Poincaré verneinte dies ohne Zögern, fügte jedoch hinzu, daß nach Friedensschluß die Türkei unter ernsten Garantien die zur Liquidation des Krieges notwendigen Mittel in Frankreich erhalten kann. Poincaré glaubt, daß auch Italien mit einer derartigen Bitte an Frankreich herantreten wird.

Uns gegenseitig versichernd, daß wir die Ereignisse auf dem Balkan aufmerksam verfolgen und uns unsere Gedanken und Informationen mitteilen werden, verabredeten wir mit Poincaré, im Falle von Verwicklungen einen den Umständen angepaßten gemeinsamen Plan zu vereinbaren, um auf diplomatischem Wege einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen. Hierbei hielt Poincaré es für nötig zu betonen, daß die französische öffentliche Meinung der Regierung der Republik nicht erlauben wird, wegen rein balkanischer Fragen zu den Waffen zu greifen, wenn Deutschland sich nicht beteiligen und nicht selbst die Anwendung des casus foederis herbeiführen wird, in welch letzterem Falle Rußland natürlich auf die volle und genaue Erfüllung der Frankreich mit uns verbindenden Verpflichtungen rechnen kann. Meinerseits habe ich dem Minister gesagt, daß wir stets bereit sind, uns entschieden auf die Seite Frankreichs zu stellen, wenn die in unserm Bündnisse vorhergesehenen Ereignisse eintreten, daß wir aber gleichfalls vor der öffentlichen russischen Meinung unsere aktive Beteiligung an einem Kriege nicht rechtfertigen können, der durch irgendwelche außereuropäische koloniale Fragen hervorgerufen wird, solange die vitalen Interessen Frankreichs in Europa dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden. Nachdem wir die hauptsächlichsten politischen Fragen gemeinsam erörtert, gingen wir auf die Besprechung einzelner Gegenstände über, so vor allem auf die Eisenbahnbauten in Kleinasien und die chinesische Anleihe...

Zum Schlusse will ich bemerken, daß ich außerordentlich erfreut war, die Bekanntschaft Poincarés zu machen und mit ihm in persönliche Beziehungen zu treten, um so mehr, als ich bei meinem Meinungsaustausche den Eindruck gewonnen habe, daß Rußland in Poincaré einen sicheren und verläßlichen Freund besitzt, der über eine außergewöhnliche staatsmännische Klugheit und einen unbeugsamen Willen verfügt. Wenn der kritische Moment in den internationalen Beziehungen eintritt, so wäre es sehr wünschenswert, daß an der Spitze der uns verbündeten Regierung wenn nicht derselbe Poincaré, so doch eine andere Persönlichkeit steht, welche einen ebenso energischen Charakter hat und ebenso wenig Furcht vor Verantwortlichkeit hegt, wie der jetzige französische Ministerpräsident.

Die schwedische Zeitung „Politiken" veröffentlichte am 10. Oktober 1919 folgenden Aufsatz:

„In der ‚Istwestija' vom 15. August veröffentlicht M. Wassiljew auf Grund seiner Studien im russischen Geheimarchiv neue Anklagen über die Vorbereitungen der Ententemächte zum Weltkrieg. Von größtem Gewicht ist der Geheimbericht Sasonows vom 24. Oktober 1913 an

Digitized by Google

Nikolaus II. über das Zusammentreffen, das er auf seiner Durchreise in Berlin mit den Leitern der deutschen Politik hatte. Es geht aus diesem Bericht hervor, daß Bethmann Hollweg den Wunsch hegte, den Weg für eine Annäherung an Frankreich zu bahnen. Der Bericht Sasonows schließt mit folgenden Worten: ‚Nachdem Herr v. Bethmann Hollweg sich bei mir über die jetzt in Frankreich herrschenden Strömungen erkundigt hatte, betonte er den Vorteil eines unmittelbaren Meinungsaustausches zwischen uns und beklagte, daß ein solcher zwischen den deutschen und den französischen Staatsmännern nicht stattfinden könne. Ich antwortete, daß ich in den leitenden französischen Kreisen eine feste und ruhige Stimmung gefunden hätte, die sich auf das Bewußtsein der eigenen Stärke gründe. Was die französisch-deutschen Beziehungen betrifft, so erinnerte ich daran, daß die Republik am Berliner Hof in Herrn Cambon einen geschickten Diplomaten habe, der ebenso großes Vertrauen in Berlin wie in Paris genieße. Das veranlaßte den Kanzler zu der Bemerkung, daß dies nicht unmittelbare Gespräche zwischen den Leitern der äußeren Beziehungen der Staaten ersetzen könne. Ich halte es für meine Pflicht hier hinzuzufügen, daß ich, als ich nach meiner Rückkehr nach Petersburg in einem Gespräch mit dem hiesigen französischen Botschafter die angeführten Worte zitierte, das lebhafte Interesse feststellen konnte, das diese Mitteilung bei ihm weckte. Herr Delcassé sagte mir übrigens, daß schon früher einmal, als er noch Außenminister war, im Jahre 1902, der damalige deutsche Kanzler, Fürst Bülow, ihm durch Vermittlung des französischen Botschafters einen ähnlichen Wink gegeben habe, daß aber trotzdem später, als der französische Minister seinerseits seine Bereitwilligkeit ausdrückte, den vorgeschlagenen Meinungsaustausch über Fragen der gemeinsamen Politik einzuleiten, die Sache vollständig ins Wasser gefallen und man später in Deutschland nicht mehr auf die Frage zurückgekommen sei.‘

Sasonow schloß: ‚Ich halte es für ratsam, die Vermittlung zwischen dem Pariser und dem Berliner Kabinett in einer so wichtigen Frage auf mich zu nehmen, um so mehr, als die möglichen Folgen einer Annäherung zwischen ihnen vom Gesichtspunkte der russischen Interessen nicht genügend beachtet worden sind.‘

M. Wassiljew, der diesen Bericht veröffentlicht, fügt hinzu, daß eine deutsch-französische Annäherung offenbar Sasonow nicht paßte. Die zwischen Frankreich und Rußland existierenden Übereinkommen und die Vorbereitungen werden in einem Geheimbericht Sasonows vom 4. August 1912 beleuchtet, worin er den Inhalt seines Gesprächs mit Poincaré wiedergibt, der damals französischer Ministerpräsident war und Petersburg besuchte. Sasonow und Poincaré gaben beide ihrer Befriedigung über das erfolgreiche Ergebnis der kürzlich abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den Leitern der beiden Admiralstäbe Ausdruck. Der in Paris von Admiral Auber und Fürst Lieven unterzeichnete Entwurf zu einem Marineabkommen wurde durch die Unterschriften Sasonows und Poincarés bekräftigt. Am 2. und 3. August wechselten sie Briefe, worin beiderseits eine ‚Erklärung zur Anerkennung des getroffenen Marineabkommens mit bindender Kraft enthalten ist. Wie sich weiter ergibt, fanden auch Verhandlungen statt zwischen den Leitern der Generalstäbe, wobei Poincaré mit Bestimmtheit versicherte, ‚daß er das größte Gewicht auf die Erfüllung des in dem Protokoll ausgedrückten Wunsches des französischen Generalstabes über die Steigerung der Transportfähigkeit unseres Eisenbahnnetzes, das an die Westgrenze führt, durch Verlegung einer zweiten Strecke auf den im Protokoll benannten Linien von unserer Seite lege.‘ Sasonow macht gegenüber dem Zaren den Vorbehalt, daß er Poincaré in folgendem Sinne geantwortet habe: ‚Diese Wünsche sind mir bekannt und sollen unsererseits, soweit es möglich ist, Aufmerksamkeit finden.‘

Noch interessanter ist der folgende Teil des „sehr aufrichtigen Gedankenaustausches“ zwischen Poincaré und Sasonow in der Frage der Verbindungen zwischen England und Frankreich. Sasonow schreibt: ‚Nachdem dann der französische Ministerpräsident darauf hingewiesen hatte, daß diese Verbindungen in der letzten Zeit unter dem Einfluß der von Deutschland gegen Frankreich gerichteten repressiven Politik den Charakter einer besonderen Annäherung angenommen haben, berichtete er mir, daß, obwohl zwischen Frankreich und England nicht der geringste geschriebene Vertrag existiere, die General- und Admiralstäbe beider Länder in intimer Verbindung miteinander stehen und einander ununterbrochen völlig aufrichtig alle Nachrichten mitteilen, die von Interesse für sie sein können. Die Folge dieses ständigen Gedankenaustausches zwischen der französischen und der englischen Regierung war der Abschluß eines mündlichen Übereinkommens, auf Grund dessen England seine Bereitwilligkeit ausdrückte, bei einem

Digitized by Google

Überfall durch Deutschland sowohl zu Lande wie zur See Hilfe zu leisten. Zu Lande versprach England Frankreich durch Absendung einer Armee von 100 000 Mann an die belgische Grenze zu helfen, um den vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee in Frankreich über Belgien abzuwehren. Herr Poincaré bat mich eindringlich, diese Mitteilungen streng geheim zu halten und bei den Engländern auch nicht den Schatten eines Verdachtes zu wecken, daß sie uns gegeben wurden. In Verbindung mit dem Beistand, den England und Frankreich sich verpflichtet hatten, einander zur See zu gewähren, berührte Herr Poincaré die Frage einer eventuellen Abstimmung der Taktik der russischen und englischen Seestreitkräfte zueinander.' Herr Poincaré war in dieser Frage besonders zuvorkommend. Sasonow sagt: ‚Auf Grund unserer Marinekonvention hat Frankreich sich verpflichtet, uns in solcher Weise beizustehen, daß es die österreichische Flotte im Mittelmeer von uns fernhält und sie hindert, in das Schwarze Meer zu kommen. Eine ähnliche Rolle in der Ostsee, wohin die Aktion der französischen Flotte sich nicht erstrecken könne, sollten nach der Ansicht von Herrn Poincaré die englischen Seestreitkräfte übernehmen können. Deshalb fragte mich Herr Poincaré, ob ich nicht die Absicht habe, meine bevorstehende Reise nach England dazu zu benutzen, um in meinen Gesprächen mit den Leitern der englischen Politik die Frage einer gemeinsamen Taktik der russischen und der englischen Flotte im Falle eines Zusammenstoßes zwischen der Tripleentente und Deutschland zur Sprache zu bringen. Ich antwortete Herrn Poincaré, daß diese Frage aufmerksamer Prüfung bedürfe.'

Der Rat Poincarés stimmte vollkommen überein mit den Absichten Sasonows, der kurz darauf England besuchte und mit Edward Grey in der gleichen Frage, nämlich über ein Marineabkommen, verhandelte.

Wassiljew veröffentlicht den im Zusammenhang damit stehenden Bericht Sasonows:

„‚Es ist Eurer Kaiserlichen Majestät bekannt, daß Herr Poincaré während seines Aufenthalts in Petersburg im letzten Sommer mir gegenüber den Wunsch aussprach, zu erfahren, wie weit wir im Falle eines solchen Krieges auf die Hilfe der englischen Flotte rechnen könnten. Nachdem ich Grey vertraulich in den hauptsächlichen Inhalt des Marinevertrages mit Frankreich eingeweiht und darauf hingewiesen hatte, daß die französische Flotte auf Grund des getroffenen Übereinkommens danach streben soll, unsere Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatz zu schützen und die österreichische Flotte daran zu verhindern, in das Schwarze Meer einzudringen, fragte ich den Staatssekretär, ob England nicht seinerseits uns den gleichen Dienst im Norden erweisen und das deutsche Geschwader von unseren Ostseeküsten fernhalten wolle. Grey erklärte ohne Zögern, daß, wenn die von mir genannten Verhältnisse eintreffen sollten, England bereit sei, der deutschen Seemacht einen fühlbaren Schlag zu erteilen. In den zuständigen Amtsstellen sei die Frage der Kriegsoperationen in der Ostsee bereits geprüft worden, aber es habe sich dabei herausgestellt, daß, wenn es auch für die englische Flotte nicht schwer sei, in die Ostsee einzudringen, so doch deren Verbleiben dort mit großer Gefahr verbunden sei. Denn da Deutschland eventuell die Hand auf Dänemark lege und den Weg durch den Belt sperre, wäre sie eingeschlossen wie in einer Falle. Deshalb bleibe England vermutlich gezwungen, sich mit Operationen in der Nordsee zu begnügen. In dieser Beziehung hat Grey aus eigenem Antrieb bekräftigt, was ich schon durch Herrn Poincaré wußte, nämlich, daß zwischen Frankreich und Großbritannien ein Vertrag existiert, wonach im Falle eines Krieges mit Deutschland letzteres sich verbindet, Frankreich zu helfen, nicht nur zur See, sondern auch mit Truppensendungen auf dem Kontinent.'

Diese Dokumente beweisen, daß schon im Jahre 1912 die Kombination, die 1914 Tatsache wurde, in den Köpfen der leitenden Entente-Staatsmänner fertig ausgearbeitet war."

8. M. Pokrowski: Aus den Geheim-Archiven des Zaren, Verlag A. Scherl, Berlin 1919, S. 17 ff.

... Im September desselben Jahres 1912, d. h. wiederum am Vorabend des ersten Balkankrieges, begab sich Sasonow nach England, um den Boden zu sondieren. Der zarische Minister wurde in der Heimat des Parlamentarismus „außergewöhnlich freundlich", wie er sich beeilte, seinem Herrscher das mitzuteilen, empfangen. Man lud ihn nach Balmoral ein. Dort hatte er eine Reihe von Unterredungen, die wir mit seinen eigenen Worten wiedergeben:

„Zur allgemeinen Charakteristik der von mir in England festgestellten Stimmung in bezug auf Rußland muß ich erwähnen, daß in Balmoral gleichzeitig mit mir auch der Oppositions-

Digitized by Google

führer Herr Bonar Law einige Tage zu Gast war, dem ich u. a. meine Genugtuung wegen seiner Rede, die er im Namen der Opposition im Unterhaus hielt und in der er die Politik Sir E. Greys im Sinne einer engeren Annäherung an Rußland billigte, ausdrückte. Bonar Law bestätigte mir in Gegenwart von Grey die erwähnten Worte und erklärte sogar, daß dies die einzige Frage sei, in der zwischen den Konservativen und Liberalen in England keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

In Ausnützung dieser günstigen Umstände hielt ich es für nützlich, in einer meiner Unterredungen mit Grey u. a. eine Information darüber einzuholen, was wir von England im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Deutschland zu erwarten hätten. Die Erklärungen, die ich darauf sowohl von dem verantwortlichen Leiter der englischen Außenpolitik als auch nachher aus dem Munde des Königs Georg selbst hören durfte, erscheinen mir sehr bemerkenswert.

Euer Kaiserlichen Majestät ist es bekannt, daß Poincaré, während seines Petersburger Aufenthaltes im vergangenen Sommer, mir gegenüber den Wunsch äußerte, klarzustellen, inwiefern wir auf die Hilfe der englischen Flotte im Falle eines solchen Krieges rechnen können.

Nachdem ich Grey vertraulich in den Inhalt unseres Marineabkommens mit Frankreich eingeweiht und darauf hingewiesen hatte, daß laut dem abgeschlossenen Vertrag die französische Flotte um die Sicherung unserer Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatz bemüht sein wird, indem sie die österreichische Flotte hindert, nach dem Schwarzen Meer durchzubrechen, fragte ich den Staatssekretär, ob nicht England seinerseits uns den gleichen Dienst im Norden erweisen könnte, durch Ablenkung des deutschen Geschwaders von unserer Küste in der Ostsee.

Grey erklärte ohne zu schwanken, daß, wenn die in Frage stehenden Umstände eingetreten sein würden, England alles daran setzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen. In den zuständigen Ressorts wurde die Frage der Kriegsoperationen in der Ostsee beits besprochen, es stellte sich aber dabei heraus, daß die englische Flotte, der es allerdings nicht schwer sein würde, in die Ostsee zu gelangen, dort einer bedeutenden Gefahr ausgesetzt sein würde, da sie wie in einer Mausefalle eingeschlossen werden könnte, weil Deutschland die Möglichkeit habe, die Hand auf Dänemark zu legen und den Ausgang durch den Belt zu sperren. England wird sich wahrscheinlich auf Operationen in der Nordsee beschränken müssen.

Aus diesem Grunde bestätigte mir Grey aus eigenem Antrieb, das, was ich bereits von Poincaré wußte, und zwar: Das Vorhandensein eines Abkommens zwischen Frankreich und Großbritannien, nach dem England im Falle eines Krieges mit Deutschland sich verpflichtete, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zu Hilfe zu kommen.

Der König, der in einer der Unterredungen mit mir dieselbe Frage berührte, sprach sich noch viel entschiedener als sein Minister aus. Mit sichtlicher Erregung erwähnte Se. Majestät das Bestreben Deutschlands nach Gleichstellung mit Großbritannien in bezug auf die Seestreitkräfte und rief aus, daß im Falle eines Zusammenstoßes dieser verhängnisvolle Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den deutschen Seehandel haben müsse, denn die Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren. (We shall sink, every single German merchant ship we shall get hold of.)

Diese letzteren Worte spiegeln augenscheinlich nicht nur persönliche Gefühle Sr. Majestät, sondern auch die in England herrschende Stimmung in bezug auf Deutschland." ...

E. D. Morel: Die Wahrheit und der Krieg, S. 152/153.

Als das Drei-Jahres-Gesetz endlich eingebracht wurde, wurde es heftig bekämpft durch den furchtbaren Clémenceau, welcher im Laufe seiner meteorischen Laufbahn mehr französische Regierungen gestürzt hatte, als irgendein anderer lebender französischer Politiker. Das war eine ernste Gefahr, und deshalb wurde eine Aussprache zwischen Clémenceau und dem Präsidenten (Poincaré) veranstaltet. Der Inhalt dieser nun stattfindenden vertraulichen Besprechung wurde bekannt. Das ist in Frankreich unvermeidlich. Mehrere französische Zeitungen (darunter Humanité und Gil Blas) veröffentlichten eingehende Erzählungen über die Beweisführung des Präsidenten gegen Clémenceau. Diese Erzählungen stimmten überein. Hier folgt die der Humanité: [vergleiche Seite 188, 18. Zeile ff].

Digitized by Google

Die Genauigkeit dieser Schilderung der Clémenceau-Poincaré Unterredung, so bezeichnend für das was vorausgegangen war, wurde niemals geleugnet. Noch fünf Wochen vor dem Kriege — 23. Juni 1914 — schrieb Justin de Godart, welcher später einer der Unterstaatssekretäre des französischen Kriegsamtes wurde, einen heftigen Artikel im Courier Européen (Paris), in welchem er sagte: „Ich bin völlig überzeugt, daß wir unsere Freiheit in Bezug auf unsere militärische Organisation aufgegeben haben." Er sagte ferner, es sei ein offenes Geheimnis, daß der Präsident vor 2 Jahren von Petersburg die Order oder wenigstens den Rat mitgebracht habe, Frankreich solle das Drei-Jahres-Gesetz wieder einführen. Wir sind nicht mehr Herr unserer eigenen Verteidigungs-Strategie ... Unser Patriotismus empört sich, wenn uns gesagt wird, daß das Drei-Jahres-Gesetz das einzige Schutzmittel Frankreichs sei. Ist die Republik wirklich der Sklave Rußlands geworden?

6. Neues Dokument IX.

Iswolski an Nerawtow. Paris, 12./25. September 1912. Nr. 198.

Da ich keine Chiffre für den Verkehr mit dem Hofmeister habe, bitte ich, Seiner Majestät dem Kaiser folgendes Telegramm des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zu überreichen:

Seiner Majestät dem Kaiser:

Anläßlich meiner heutigen Abreise aus Frankreich habe ich das Glück, Ew. Kaiserlichen Majestät zu berichten, daß mir während meines Aufenthalts von der französischen Regierung außergewöhnliche Ehrungen, Liebenswürdigkeiten und Aufmerksamkeiten bis zu den kleinsten Kleinigkeiten erwiesen wurden. Was meinen Aufenthalt in Nancy anbetrifft, so überraschte der Empfang sowohl seitens der Behörden als auch der Bevölkerung durch seine Grandiosität und Herzlichkeit. Das Manöver machte auf mich einen höchst erfreulichen Eindruck. Die Parade in Nancy übertrifft mit der Art ihrer Veranstaltung und der Großartigkeit des Bildes alles Glaubliche. General-Adjutant Nikolai. 25. September 1912.

III. Poincaré und die Balkankrise.

Als Poincaré aus Rußland zurückkehrte, war er einer der wenigen Mitwisser des geheimen Abkommens der Balkanstaaten und mit Sasonow unter den führenden Staatsmännern Europas wohl der einzige, der die weitgehenden Verwicklungen, die sich aus diesem Abkommen, dieser „Konvention des Krieges" ergeben konnten, zu überschauen und zu erwägen vermochte. Eine ungeheure Verantwortung lastete auf ihm, denn er mußte, wenn ihm der Friede am Herzen lag, alles tun, um die russischen Machtansprüche auf dem Balkan zu zügeln und dadurch den Zusammenstoß des Zarenreiches mit Österreich-Ungarn zu verhindern. Was hat er zu diesem Zweck unternommen?

Nach einem Bericht Iswolskis vom 12. September 1912[1]) wurde die Lage in Anbetracht der eventuell bevorstehenden Ereignisse von der französischen Regierung ins Auge gefaßt und man war sich dabei vollkommen klar, „daß diese oder jene Ereignisse, wie z. B. die Zertrümmerung Bulgariens durch die Türkei oder ein Überfall Österreichs auf Serbien, Rußland zwingen können, aus seiner passiven Haltung herauszutreten und zuerst zu einem diplomatischen Hervortreten, darauf dann zu militärischen Maßnahmen gegenüber der Türkei oder Österreich zu greifen." Für diesen Fall durfte Rußland die aufrichtigste und energischste diplomatische Unterstützung von seiten Frankreichs erwarten. „Sollte jedoch der Zusammenstoß mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen, so erkennt Frankreich das von vornherein als einen ‚casus foederis' an und wird nicht eine Minute zögern, seine Verpflichtungen gegen Rußland zu erfüllen."

Ist das eine Mahnung zu Vorsicht und Mäßigung an die Petersburger Adresse? Ist das auch nur der Ansatz zu einem Versuch, den heimlich auf dem Balkan angelegten Brand vor dem gefährlichen Ausbruch zu ersticken? Im Gegenteil! Die äußerste Konsequenz dieses Brandes, ein allgemeiner europäischer Krieg, wird ruhig ins Auge gefaßt und gerade für diese äußerste Konsequenz die bewaffnete Hilfe Frankreichs versprochen. Aber damit noch nicht genug. Poincaré scheute sich nicht, zur Herbeiführung der genannten äußersten Konsequenz unverhohlen zu ermutigen, denn er erklärte dem Vertreter Rußlands, daß die militärischen

[1]) Beilage 1 (Seite 198).

Digitized by Google

Sachverständigen Frankreichs „die Chancen Rußland-Frankreichs bei einem allgemeinen Zusammenstoß überaus optimistisch beurteilen". Und um die Tatenfreudigkeit der französischen Regierung im kriegerischen Sinne zu beweisen, wies der Ministerpräsident auf den soeben gefaßten Beschluß hin, „das dritte französische Geschwader aus Brest nach Toulon zu verlegen", wodurch die Vorherrschaft der französischen Flotte im Mittelmeer gestärkt werde.

Man war also im Kabinett Poincarés auf das Schlimmste gefaßt und zum Schlimmsten bereit. Nun könnte man ja annehmen, daß es sich bei solchen Überlegungen nur um das theoretische Festlegen allgemeiner Richtlinien für die letzten Möglichkeiten handelte, während man in der Praxis alles tat, damit ein solcher Fall nicht akut werden konnte. Aber auch diese Annahme erweist sich an der Hand der Akten bald als unhaltbar. Kurze Zeit nach Ausbruch des Balkankrieges, am 23. Oktober 1912[1]), schilderte Iswolski in einem ausführlichen Berichte, wie er in einer seiner „fast täglichen vertraulichen Unterredungen" mit Poincaré diesem klar machte, „daß ein Sieg der Türkei über die Balkanstaaten Rußland die Pflicht auferlegen werde, den slawischen Staaten zu Hilfe zu eilen". Durch einen derartigen Verlauf wäre der lokale Krieg in der Südostecke Europas bereits erheblich ausgedehnt worden und die äußerste Konsequenz, von der wir oben sprachen, wäre in greifbare Nähe gerückt. Poincaré sah dies sofort ein, denn er erwiderte, „daß ein solch einseitiges Vorgehen Rußlands die einheitliche Art der Tätigkeit der Mächte verletzen und Österreich zu einem parallelen Vorgehen veranlassen würde". Allerdings schreckte ihn dabei weniger die Aussicht auf den dann unvermeidlich gewordenen allgemeinen Zusammenstoß, sondern, was besonders beachtenswert ist, die Möglichkeit eines Austrittes der Engländer aus der Entente. Schon am nächsten Tage aber konnte sich Iswolski davon überzeugen, daß der französische Ministerpräsident sich zu der Idee des Botschafters von einem russischen Angriff auf die Türkei „nicht allein mit großer Ruhe, sondern mit einem gewissen Interesse (ich will nicht sagen, mit einiger Sympathie) verhält". Er war also auch angesichts der tatsächlich drohenden Gefahr eines Weltkrieges gefaßt und entschlossen.

Wie gründlich die Verwirklichung dieser Gefahr von Poincaré erwogen wurde, zeigt seine Sorge um die Stellungnahme Englands. Auf England war damals sein ganzes Augenmerk gerichtet und er arbeitete unermüdlich daran, die große Seemacht möglichst nahe auf die russisch-französische Seite zu ziehen. Zweifellos war sein schon in jener Zeit gemachter Vorschlag einer allgemeinen Konferenz zur Beratung der Balkanereignisse im Hinblick auf die britische Abneigung gegen eine Ausdehnung des Konfliktes gemacht worden. Außerdem verlangte er jetzt die Einweihung von Grey in den Inhalt des serbisch-bulgarischen Abkommens, um in London keine Mißstimmung gegen die beiden übrigen Mitglieder der Entente aufkommen zu lassen[2]).

Während er so mit großer Umsicht auf ein solidarisches Vorgehen der drei verbündeten Großmächte hinarbeitete, ging er auf der anderen Seite dazu über, ein schroff gegen die Mittelmächte gerichtetes Programm für das gemeinsame Zusammenarbeiten zu propagieren. Dieses Programm bestand nach einem eigenhändigen Brief Poincarés an Iswolski vom 4. November 1912[3]) darin, zu verhüten, daß Österreich auf dem Balkan eine territoriale Vergrößerung erreichte. „Ich möchte deshalb wissen", so heißt es in dem genannten Schreiben, „ob die Kaiserlich Russische Regierung ebenso wie die unserige eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt, und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen." Zweifellos glaubte er durch diese Erklärung eine geschickte Formel gefunden zu haben, der sich auch England anschließen würde, so daß sie, falls Österreich sie nicht annahm, zu einem geschlossenen Auftreten der Entente gegen die Mittelmächte führen konnte.

Iswolski beeilte sich, am 7. November 1912[4]) die Anregung des französischen Ministerpräsidenten seinem Außenminister angelegentlichst zu empfehlen und betonte im Anschluß hieran, daß Poincaré sich der etwaigen Folgen seines Planes klar bewußt sei: „Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Er-

[1]) Beilage 2 (Seite 199). — [2]) Sasonow an Benckendorff am 31. Oktober 1912. Beilage 3 (Seite 200). — [3]) Beilage 4 (Seite 202). — [4]) Beilage 5 (Seite 202).

Digitized by Google

werbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Übereinkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann."

Die Antwort Sasonows vom 14. November 1912[1]) auf Iswolskis Meldung beweist deutlich, daß man in Petersburg die Absichten der französischen Politik sofort verstand. Man ergriff mit Freuden die Gelegenheit, die Bereitwilligkeit Poincarés, für die russischen Machtansprüche auf dem Balkan womöglich auch das Letzte zu wagen, für sich auszunützen. Der russische Außenminister trat also dem von Paris aus gemachten Vorschlag bei und beauftragte außerdem seinen Botschafter zu untersuchen, ob Rußland die Gewißheit habe, daß, falls Österreich zur Annexion türkischen oder (in Anbetracht des Konfliktes mit Serbien wegen eines Zuganges zur Adria) sogar serbischen Territoriums schreiten werde, „im Falle einer Einmischung von unserer (russischer) Seite Frankreich nicht teilnahmslos bleiben wird". Der Bescheid, der hierauf erfolgte, war eindeutig genug. Am 17. November 1912[2]) telegraphierte Iswolski nach Petersburg: „Alles in allem, fügte Herr Poincaré hinzu, läuft all dies darauf hinaus, daß, wenn Rußland Krieg führen wird, Frankreich auch Krieg führen wird, da wir wissen, daß in dieser Frage Deutschland hinter Österreich stehen wird."

Wie stark der französische Ministerpräsident in jenen Tagen die „kriegerische Aktion" in Erwägung zog, wie energisch er für ihr Eintreten Vorbereitungen traf, beweist seine Stellungnahme zu Italien, dem unsicheren Mitgliede des Dreibundes. Nach einem Telegramm Iswolskis vom 9. November 1912 erklärte er dem russischen Vertreter, „daß für die beiden Bundesgenossen (Rußland und Frankreich) der Augenblick gekommen sei, sich mit voller Offenheit über die gegenseitigen Beziehungen zu Italien zu unterrichten; Italien sei berufen, bei den jetzigen Ereignissen eine große Rolle zu spielen und diese müsse klargestellt werden." Warum? Die Antwort hierauf liegt auf der Hand. Für den Fall des bewaffneten Zusammenstoßes war es äußerst wichtig, Italien daran zu verhindern, mit seinen Bundesgenossen gemeinsame Sache zu machen. Ein weiteres Telegramm Iswolskis vom 21. November 1912[3]) belehrt uns, wie man zur Erreichung dieses Zweckes vorging. Nach der angeführten Depesche sagte nämlich Poincaré zu Tittoni, dem italienischen Botschafter in Paris, mit dem er damals eine Unterredung hatte, „daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs rechnen könne. Diese Erklärung habe auf Tittoni sichtlichen Eindruck gemacht". Man verstand es also, schon im Stadium der diplomatischen Verhandlungen, Italien mit der Aussicht auf den Krieg zu erschrecken, um es davon abzuhalten, Österreich und Deutschland in ihren Forderungen zu helfen.

Die feste Entschlossenheit Poincarés, an einem Kriege teilzunehmen, der jeden Augenblick durch die Balkanwirren heraufbeschworen werden konnte, ist durch die angeführten Dokumente unwiderleglich erwiesen. Damit ist aber noch lange nicht das letzte Wort über die Stellungnahme des französischen Ministerpräsidenten gesprochen. Denn die folgenden Vorgänge zeigen, daß er den Krieg nicht nur, wie er zu jener Zeit (am 27. November 1912) in Nantes öffentlich bekannte, „nicht fürchtete", sondern ihn sogar mit Eifer wünschte und herbeizuführen suchte.

Am 23. November 1912[4]) depeschierte Iswolski, Poincaré erfahre vom französischen Botschafter in Wien, daß Österreich gegen Serbien mobilisiere und sei daher der Ansicht, daß die Absicht Österreichs und Italiens, die Serben nicht nach Durazzo zu lassen, bei einem Festhalten der bisherigen russischen Absicht, Serbien in seinen Plänen zu unterstützen, „zu einem Konflikt zwischen Rußland und Österreich mit all seinen Folgen führen müsse". Er mahnte zugleich allerdings zur Mäßigung. Aber dies geschah wiederum nicht aus Abneigung gegen einen eventuellen bewaffneten Konflikt, sondern aus der Befürchtung heraus, daß Rußland von sich aus ohne Fühlungnahme mit Frankreich und England selbständige Schritte tun könne. Dies zu verhüten, war damals besonders wichtig, weil der Gedanke einer internationalen Konferenz über die Ereignisse auf dem Balkan wieder einmal in den Vordergrund trat[5]).

[1]) Beilage 6 (Seite 203). — [2]) Beilage 7 (Seite 204). — [3]) Beilage 8 (Seite 204). — [4]) Beilage 9 (Seite 205). — [5]) Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 26. November 1912. Beilage 10 (Seite 205).

Digitized by Google

Dieser Gedanke wurde von London aus lebhaft unterstützt und es versteht sich daher leicht, daß Poincaré mit größter Vorsicht alles vermieden wissen wollte, was England stutzig machen konnte. Ja, wir wissen von einer persönlichen Depesche des russischen Botschafters in Paris, daß der französische Ministerpräsident damit einverstanden war, daß der Ort für diese Konferenz London statt Paris sein solle, obwohl er den dahingehenden Wunsch der Österreicher als „ihm persönlich gegenüber nicht sehr liebenswürdig" empfand.

Sehr bald aber änderte er seine maßvolle Haltung in das direkte Gegenteil. Am 5. Dezember 1912[1]) sandte Iswolski ein langes Schreiben an Sasonow, das uns einen tiefen Einblick in die Lage gestattet. Es enthüllt mit erstaunlicher Klarheit den Weg, auf dem Poincaré sein Volk schon damals in den Krieg zu führen gedachte. Gleich anfangs wird nochmals festgestellt, „er lehne die Möglichkeit, daß Frankreich sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen könnte, Rußland militärisch zu unterstützen, keinen Augenblick ab". Doch sei es notwendig, „daß die Initiative zu solchen Handlungen (die zunächst nur in militärischen und Flotten-Demonstrationen bestehen konnten) von Rußland ausgehen muß". Iswolski schildert dann die schwere Stellung, die der französische Ministerpräsident wegen der starken Friedenspartei in seinem Lande habe und meint im Anschluß hieran: „Um so mehr, so scheint es mir, sind wir verpflichtet, ihm seine feste Entschlossenheit, die Bündnispflichten im Falle der Notwendigkeit in loyalster Form zu erfüllen, als Verdienst hoch anzurechnen." In dem gleichen Bericht finden wir auch die Erklärung für Poincarés Bemühungen England gegenüber. „Seit Beginn des Balkankrieges", so heißt es, „habe Herr Poincaré keine Gelegenheit vorübergehen lassen, das Londoner Kabinett zu vertraulichen Besprechungen herauszufordern, um zu einer Klärung der Stellungnahme Englands im Falle eines allgemeinen Konfliktes zu gelangen." Wir sehen also, mit welch eiserner Konsequenz der französische Ministerpräsident immer für die möglichst günstige Vorbereitung des Krieges tätig war.

Bald nahm die Tatenlust, die in Paris herrschte, noch gefährlichere Formen an. Aus einem bisher unbekannten Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 14. Dezember 1912[2]) entnehmen wir, daß der Militärattaché der französischen Botschaft in Petersburg, Lagiche, auf Befehl seiner Regierung in Rußland Nachforschungen über die militärische Lage anstellte und dabei erfuhr, man glaube in Rußland nicht an einen Überfall Österreichs auf Serbien und werde selbst im Falle eines solchen Überfalles keinen Krieg führen. Ja, der russische Kriegsminister sei von der Erhaltung des Friedens überzeugt. „Poincaré und das ganze Kabinett", so schreibt Iswolski, „sind infolge dieser Nachrichten höchst bestürzt und aufgeregt." Diese fast unglaublich scheinende Mitteilung wird durch einen weiteren Bericht des russischen Botschafters vom 18. Dezember 1912[3]) noch bestärkt, der überdies hervorhebt: „Alle notwendigen Maßregeln sind von französischer Seite getroffen; die Mobilisation an der Ostgrenze ist geprüft, die Ausrüstung in voller Ordnung." Und der gleiche Bericht enthält folgendes vernichtende Geständnis Iswolskis: „Ich bemühe mich, die für uns wünschenswerte Stimmung in den Regierungs- und politischen Kreisen aufrecht zu erhalten und versuche gleichzeitig, auf die Presse einzuwirken. In dieser Hinsicht sind, zum Teil dank den seiner Zeit getroffenen Maßregeln, sehr bemerkenswerte Resultate erreicht worden. Wie Ihnen bekannt, beteilige ich mich nicht direkt an der Verteilung von Subsidien, die Verteilung wird aber unter Mitwirkung der französischen Minister vorgenommen und hat bereits die nötige Wirkung gehabt." Und zum Schluß heißt es: „In letzter Zeit habe ich nicht mehr gegen die Idee zu kämpfen, Frankreich könne in einen seinen Interessen fremden Krieg verwickelt werden, sondern eher gegen die Befürchtung, daß wir uns den Fragen gegenüber, die das Interesse und das Prestige des ganzen Dreiverbandes berühren, zu passiv verhalten."

Es steht demnach unwiderleglich fest, daß Poincaré damals schon den Krieg wollte. Er hat die Verwirklichung seiner Absicht nicht erreicht, weil Rußland zu jener Zeit vor dem letzten Schritt zurückschreckte. Wir wissen aus militärischen Geheimakten, daß die Verhandlungen der russischen Militärkommission damals ergaben, Rußland sei für das bewaffnete Vorgehen noch nicht fertig[4]). Hier liegt wohl der letzte Grund zum Scheitern der Pläne Poincarés und zur vorläufigen Erhaltung des Friedens. Wie akut die Gefahr war, können wir aus einer gleichfalls noch nirgends bekannt gewordenen Nachricht Iswolskis vom 17. Dezember 1912[5]) ent-

[1]) Beilage 11 (Seite 206). — [2]) Beilage 12 (Seite 207). — [3]) Beilage 13 (Seite 207). — [4]) Höniger, Seite 29. — [5]) Beilage 14 (Seite 209).

Digitized by Google

nehmen, die besagt, daß die sozialistische Organisation Confédération générale du travail für den 18. Dezember 1912 einen Generalstreik aller französischen Arbeiter als Protestkundgebung gegen den Balkankrieg und die Möglichkeit, Frankreich in ihn zu verwickeln, anberaumte. Interessant ist dabei die Feststellung, daß die französische Regierung „mit der in letzter Zeit in Frankreich erstarkten patriotischen Stimmung rechne" und daher nur unbedeutende Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe.

Trotz alledem war, wie wir sahen, Rußland nicht für den Krieg zu haben. So blieb Poincaré nichts anderes übrig, als wenigstens auf diplomatischem Gebiete seinen erbitterten Kampf gegen die Mittelmächte weiterzuführen. Immer wieder fand er Gelegenheit, über die russische Nachgiebigkeit zu klagen. Das zeigt uns zunächst ein Telegramm Iswolskis vom 2. Januar 1913, wonach Poincaré über die Nachricht, daß Sasonow bereit sei, die Stadt Skutari an Albanien abzutreten, „einigermaßen erstaunt" war und den Eindruck befürchtete, den weitere Zugeständnisse an Österreich nicht nur in Frankreich machen würden". Und nach einer Depesche vom 6. Januar 1913 war der französische Ministerpräsident „sehr wenig geneigt, den österreichischen Forderungen gegenüber noch weiter nachzugeben". In diesem Geiste wurden dann von Frankreich die Verhandlungen bei der Londoner Konferenz geführt. Was Wunder, daß deren Ergebnis die europäische Kriegsgefahr nicht beseitigte, sondern vielmehr den Grund zu neuen Unruhen und letzten Endes zum Weltkrieg legte.

Beilagen.

1. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 149.

Bericht Iswolskis an Sasonow. Paris, 30. August/12. September 1912.

... Herr Poincaré sagte zu mir, daß die französische Regierung zu allererst die Frage der möglichen internationalen Zufälligkeiten erwägt; sie ist sich vollkommen im klaren darüber, daß diese oder jene Ereignisse, wie z. B. die Zertrümmerung Bulgariens durch die Türkei oder ein Überfall Österreichs auf Serbien, Rußland zwingen können, aus seiner passiven Haltung herauszutreten und zuerst zu einem diplomatischen Hervortreten, darauf dann zu militärischen Maßnahmen gegenüber der Türkei oder Österreich zu greifen. Laut uns von der französischen Regierung zugegangenen Erklärungen ist uns in einem solchen Falle von seiten Frankreichs die aufrichtigste und energischste diplomatische Unterstützung sicher. In dieser Phase der Ereignisse wäre jedoch die Regierung der Republik nicht in der Lage, vom Parlament oder von der öffentlichen Meinung die Sanktion für irgendwelche aktiven militärischen Maßnahmen zu erhalten. Sollte jedoch der Zusammenstoß mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen, so erkennt Frankreich das von vornherein als einen „casus foederis" an und wird nicht eine Minute zögern, seine Verpflichtungen gegen Rußland zu erfüllen.

„Frankreich", fügte Herr Poincaré hinzu, „ist unzweifelhaft friedlich gesinnt und sucht und wünscht keinen Krieg; doch Deutschlands Auftreten gegen Rußland wird diese Gesinnung sofort ändern; und er ist überzeugt, daß in diesem Falle das Parlament und die öffentliche Meinung die Entschlossenheit der Regierung in der Erweisung einer bewaffneten Unterstützung Rußlands ausnahmslos billigen wird."

Weiter sagte mir Herr Poincaré, daß angesichts der kritischen Lage auf dem Balkan die obersten Organe der französischen Heeresleitung mit verstärkter Aufmerksamkeit alle möglichen militärischen Zufälligkeiten studieren, und es sei ihm bekannt, daß die sachverständigen und verantwortlichen Persönlichkeiten die Chancen Rußland-Frankreichs eines allgemeinen Zusammenstoßes überaus optimistisch beurteilen; dieses optimistische Urteil ist u. a. auf die Bewertung jener Diversion begründet, die die vereinigten Kräfte der Balkanstaaten (mit Ausnahme Rumäniens) ausüben, indem sie einen entsprechenden Teil der österreichisch-ungarischen Streitkräfte abziehen. Ein günstiges Moment für Rußland und Frankreich bildet auch die Immobilität Italiens, das durch den afrikanischen Krieg wie auch durch ein Spezialabkommen mit Frankreich gebunden ist. Was speziell die Lage im Mittelmeer angeht, so verstärkt der eben gefaßte Entschluß, das dritte französische Geschwader aus Brest nach Toulon zu verlegen, die Vorherrschaft der französischen Flotte in diesen Gewässern. „Dieser Beschluß", fügte Herr Poincaré hinzu, „ist im Einverständnis getroffen worden und bildet die weitere Entwicklung und Komplettierung der bereits früher zwischen den französischen und englischen Marinestäben getroffenen Vereinbarungen." ...

Digitized by Google

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. S. 542 ff. 2.

Bericht des russischen Botschafters in Paris Iswolski an das russische Außenministerium vom 10./23. Oktober 1912.

Indem ich bei Tag und bei Nacht verschiedene Eventualitäten, die eintreten könnten, in Erwägung ziehe, bleibe ich unwillkürlich bei folgenden drei Möglichkeiten stehen: ein entscheidender Sieg der Balkanstaaten; ein ebensolcher Sieg der Türkei; eine Verschleppung der kriegerischen Aktionen und als deren Folge Unruhen und Gemetzel der Christen in Konstantinopel oder anderen Orten des türkischen Reiches.

Die erstere von diesen Möglichkeiten, die meines Erachtens am wenigsten wahrscheinlich ist, wäre zugleich in ihren Folgen am bedrohlichsten für den allgemeinen Frieden; sie würde die Frage über den Kampf des Slawentums nicht nur mit dem Islam, sondern auch mit dem Germanismus sofort in ihrer ganzen historischen Größe in den Vordergrund rücken. In diesem Falle kann man kaum Hoffnung auf irgendwelche Palliativmittel setzen und man muß sich auf einen großen und entscheidenden allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten.

Etwas weniger gefährlich, vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus, jedoch äußerst beschwerlich für uns würde ein entscheidender Sieg der Türkei sein. Ein solcher Sieg würde eine starke Erregung unserer öffentlichen Meinung hervorrufen und uns die Pflicht auferlegen, den slawischen Staaten zu Hilfe zu kommen. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich, daß zur Zeit meiner Verwaltung des Ministeriums des Auswärtigen die damals nicht zustande gekommene Militärkonvention mit Bulgarien beraten wurde (ob sie später zustandekam, weiß ich nicht). Die Bulgaren erklärten, daß sie, im Falle eines Krieges mit der Türkei allein, von uns keine andere Hilfe verlangten, als die Mobilmachung des kaukasischen Militärbezirks. Ich erinnere mich auch, daß Ende 1906 oder Anfang 1907 der damalige Chef des Generalstabs General Paliżyn aus eigenem Antriebe fast einen Krieg mit der Türkei an unserer kaukasischen Grenze angestiftet hätte. Er glaubte naiv, daß ein solcher „kleiner Krieg" lokalisiert bleiben könnte. Mit Hilfe des verstorbenen Stolypin gebot ich diesen Versuchen schroff Einhalt, wobei ich als Hauptargument darauf hinwies, daß jeder Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei, selbst an der kaukasischen Grenze, sofort als Signal zum Vorgehen der Balkanstaaten gegen die Türkei dienen würde. Zur Zeit fällt dieses Argument fort und mir scheint, daß schon jetzt notwendigerweise vorauszusehen ist, daß die Ereignisse uns veranlassen können, zu dem obengenannten verhältnismäßig gefahrlosen, aber gleichzeitig wirksamen Mittel eines Druckes auf die Türkei zu greifen. Da ich fast täglich mit Poincaré zusammenkomme und in vertraulichen Unterredungen mit ihm die verschiedensten Gegenstände berühre, hielt ich es für möglich, auch diese Frage anzurühren mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ich lediglich meine persönlichen Ansichten zum Ausdruck bringe und sozusagen laut denke. Zunächst erschreckte ihn mein Gedanke sichtlich. Er erwiderte mir, daß ein solch einseitiges Vorgehen Rußlands die einheitliche Art der Tätigkeit der Mächte verletzen und Österreich zu einem parallelen Vorgehen veranlassen würde. Dieses würde nach seiner Überzeugung eine starke Erregung in England gegen Rußland erwecken und zur Spaltung des Dreiverbandes führen. Ich erwiderte ihm, daß ich nur den Fall eines entscheidenden Erfolges der Türkei im Auge hätte. Österreich sei nicht an der Verstärkung des türkischen Reiches interessiert, sondern nur an der Schwächung der slawischen Staaten; es werde daher im Falle einer Niederlage der letzteren kaum einen Grund zur Einmischung suchen und werde sich zu den Verwicklungen zwischen uns und der Türkei auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wahrscheinlich ruhig verhalten. Für Deutschland seien solche Verwicklungen, die uns von unseren westlichen Grenzen abziehen, nur vorteilhaft und wünschenswert. Was England betreffe, so liege es in seinem Interesse, keinen Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei zuzulassen und als Vermittler und Friedensstifter aufzutreten. Heute konnte ich mich davon überzeugen, daß meine Unterredung nicht umsonst gewesen war und daß Poincaré sich zu meiner Idee nicht allein mit großer Ruhe, sondern mit einem gewissen Interesse (ich will nicht sagen, mit einiger Sympathie) verhält, als zu einer solchen Form unserer uns aufgezwungenen Einmischung, die für den allgemeinen Frieden am wenigsten gefährlich sein würde.

Ich hoffe, daß Sie mich nicht tadeln werden, weil ich eine so wichtige und heikle Frage eigenmächtig Poincaré gegenüber berührt habe. Es erscheint mir für uns günstig, ihm die

Digitized by Google

Überzeugung von der Unvermeidlichkeit unserer unter gewissen Umständen notwendigen aktiven Einmischung beizubringen. Wenn wir uns einer solchen Einmischung enthalten werden, machen wir uns dadurch der Dankbarkeit Frankreichs verdient. Tritt aber die Einmischung ein, so wird Poincaré darauf vorbereitet sein und uns eine wertvolle diplomatische Mitwirkung zu ihrer Lokalisierung gewähren können. Ich erlaube mir zu bemerken, daß, wenn wir uns je nach dem Gang der Ereignisse entweder zur Mobilmachung oder auch nur zur Translozierung unserer kaukasischen Truppen entschließen werden müssen, es notwendig erscheint, Poincaré davon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit er uns in entsprechender Weise helfen kann, die Wege in London zu ebnen.

Die dritte Möglichkeit, die Verschleppung der kriegerischen Aktionen ohne entscheidende Erfolge auf der einen oder anderen Seite, dürfte für eine kollektive Vermittlung der Mächte besonders günstig sein und wird uns wahrscheinlich von der Notwendigkeit einer einseitigen aktiven Einmischung befreien. Andererseits kann eine solche Konjunktur entweder in Konstantinopel oder in anderen Orten des türkischen Reiches innere Unruhen und ein Gemetzel der Christen hervorrufen. Es ist sehr schwer, Umfang und Charakter solcher Ereignisse vorauszusehen und die etwa notwendig erscheinenden Maßnahmen vorher zu bestimmen. Ich halte es jedoch für nützlich, Sie bei dieser Gelegenheit an die Verhandlungen zu erinnern, die im Jahre 1896 anläßlich des armenischen Gemetzels und der in Konstantinopel erwarteten Unruhen zwischen den Mächten stattfanden.

Auf Initiative des französischen Ministers des Auswärtigen Hanotaux wurde der Vorschlag gemacht, in der Nähe der Dardanellen eine Anzahl Kriegsschiffe, mir scheint je zwei von jeder Macht, zu konzentrieren. Die Antwort der russischen Regierung wurde in Form einer sehr geheimen Denkschrift dem französischen Botschafter in Petersburg ausgehändigt und dem Baron Mohrenheim in Paris streng geheim zur persönlichen Kenntnisnahme mitgeteilt. Leider konnte ich diese Denkschrift im Archiv der Botschaft nicht finden, und bisher ist sie auch in dem französischen Ministerium des Auswärtigen nicht gefunden worden. Ich erinnere mich, daß, indem wir uns mit dem Vorschlage Hanotaux's einverstanden erklärten, wir einen Vorbehalt bezüglich etwa notwendig erscheinender besonderer Aktionen unserer Schwarze-Meer-Flotte machten, wobei, wenn ich nicht irre, die Möglichkeit einer von uns zu erfolgenden Besetzung einiger Punkte des Bosporus vorgesehen wurde. Auf diesen Präzedenzfall habe ich zur Zeit der Konstantinopeler Revolution im Jahre 1908, als dort ebenfalls Unruhen erwartet wurden, aufmerksam gemacht.

Glauben Sie nicht, daß es auch heute nützlich wäre, jenen Präzedenzfall ins Gedächtnis zurückzurufen? In den Gesprächen mit mir erkannte Poincaré wiederholt die Möglichkeit an, unter gewissen Umständen nicht nur rein diplomatische Aktionen vorzunehmen, sondern auch kollektive Demonstrationen entweder aller Mächte oder auch einzelner Gruppen zu veranstalten. Es ist sehr wünschenswert, die Art und Weise solcher Schritte vorher festzustellen und die Kabinette für den Fall ihrer plötzlichen Notwendigkeit darauf vorzubereiten.

Indem ich von einer ruhigen Beurteilung, sogar von einem gewissen Interesse schrieb, das Poincaré für den Gedanken der Möglichkeit eines Druckes Rußlands auf die Türkei durch Mobilmachung oder Translozierung der Truppen im Kaukasus zeigte, habe ich vergessen hinzuzufügen, daß Poincaré mich dennoch sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinwies, vor Beschlußfassung derartiger Maßnahmen alle Mittel einer kollektiven Einwirkung der Mächte auf die Türkei im Falle ihres siegreichen Vorgehens gegen die Balkanstaaten zu erschöpfen. Poincaré drückte mir dabei die Zuversicht aus, daß eine solche Einwirkung, wenn sie mit der nötigen Einmütigkeit durchgeführt werde, sich wirksam erweisen müsse. Er glaubt auch nach wie vor, daß die Mächte im Falle des Erfolges der türkischen Waffen ihre Vorstellungen bei der Pforte zugunsten ernstlicher Reformen in Mazedonien mit Erfolg fortsetzen könnten. Ich verhehlte ihm nicht, daß ich an eine solche Möglichkeit sehr wenig glaube, und daß nur eine besiegte und erschöpfte Türkei eine Einmischung der Mächte in diese Frage zulassen würde.

8. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegszeit, S. 560 ff.
Ganz geheimer Erlaß Sasonows an Benckendorff vom 18./31. Oktober 1912. Nr. 675.
In letzter Zeit ist der französische Minister des Auswärtigen in seinen Gesprächen mit unse-

Digitized by Google

rem Botschafter in Paris mehrfach auf die Frage zurückgekommen, daß es notwendig sei, Sir Edward Grey genauer mit dem Inhalt des serbisch-bulgarischen Abkommens und mit der Stellung Rußlands zu demselben bekanntzumachen.

Im Hinblick darauf, daß die für die nächste Zukunft beabsichtigte Vermittlung der Mächte einen möglichst engen Zusammenschluß und Meinungsaustausch zwischen Petersburg, London und Paris wünschenswert macht, finden wir es angezeigt, daß Sie die nächste Gelegenheit benutzen, um mit Grey diese Frage, über welche Sie schon im Frühjahr mit ihm gesprochen haben, wieder aufzunehmen.

Sie können sagen, daß die Kaiserliche Regierung seinerzeit erfahren hat, der englische Gesandte in Sofia sei durch Geschow über den Inhalt des erwähnten Abkommens unterrichtet worden; es sei uns daher nicht notwendig erschienen, darüber mit Grey zu reden, zumal dem vertraulichen Charakter der Mitteilung, welche die interessierten Mächte uns gemacht hätten, Rechnung zu tragen war.

Indem ich zur Frage des Abkommens zwischen Bulgarien und Serbien übergehe, muß ich vor allem Ihre Aufmerksamkeit auf die Stellung richten, die wir von Anbeginn in dieser Angelegenheit eingenommen haben. Die Kaiserliche Regierung wurde seinerzeit von dem Gang der Verhandlungen zwischen Sofia und Belgrad unterrichtet, die von der Überzeugung ausgingen, daß durch genaue Abgrenzung der beiderseitigen Interessen und durch Festsetzung bestimmter Einflußsphären in der europäischen Türkei dem Bruderzwist zwischen ihnen ein Ende gemacht werden müßte. Innerhalb dieser Grenzen sympathisierten wir mit der Verständigung zwischen beiden Staaten; denn ihr Zwist war ein ernstes Hindernis der Ruhe auf dem Balkan. Inmitten gegenseitigen Verdachts und steter Kämpfe war eine lastende und ungesunde Atmosphäre von Intrigen und Politik entstanden, die ein richtiges Verständnis ihrer nationalen Interessen behinderten. Alles, was zur Klärung dieser Atmosphäre beitrüge, würde von uns freudig begrüßt. Da wir glaubten, daß die neuen Beziehungen um so fester werden würden, je weniger Nebeneinflüsse mitwirken, mischten wir uns in die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Sofia und Belgrad nicht ein.

Nachdem die Verständigung zwischen ihnen unterzeichnet und uns mitgeteilt war, sahen wir vieles, was über den Rahmen des von uns gesteckten Zieles hinausging und bei uns ernste Zweifel wachrief. Aber das vornehmste Ziel, das Aufhören der nicht normalen Beziehungen zwischen zwei benachbarten stammverwandten Staaten, war erreicht. Dieses Resultat wollten wir nicht erschüttern oder gar durch Einwürfe oder Proteste vernichten.

In diesem Vertrag wurde die Stellung Rußlands als die des obersten Schiedsrichters in möglichen Meinungsverschiedenheiten bestimmt. Man hatte uns nicht vorher gefragt, ob wir bereit seien, uns in die Urkunde aufnehmen zu lassen, die Serbien und Bulgarien betraf, aber wir glaubten, daß die Ablehnung dieser Bestimmung zu einer anderen, unerwünschten Richtung der Politik beider Staaten führen könnte. Diese Erwägungen veranlaßten uns, nicht zu widersprechen. Dies war unsere ursprüngliche Ansicht über den serbisch-bulgarischen Vertrag.

Jetzt gewinnt der Teil desselben, der die genaue Abgrenzung für den Fall eines siegreichen Krieges gegen die Türkei betrifft, die größte praktische Bedeutung. Darauf richte ich Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vertrag sagt, daß alle durch gemeinsame Aktion erworbenen Territorien unter dem Kondominium der verbündeten Mächte stehen werden, und daß diese Erwerbungen sofort liquidiert werden sollen, spätestens drei Monate nach Abschluß des Friedens, und zwar folgendermaßen:

Serbien erkennt das Recht Bulgariens auf das Gebiet östlich von Rhodope und dem Flusse Struma an, Bulgarien das Recht Serbiens auf das Gebiet nördlich und westlich von Schar-Planina. In betreff des Gebietes zwischen Schar-Planina, Rhodope und dem Ochridasee soll, falls die vertragschließenden Teile sich überzeugen, daß die Organisation dieses Territoriums als autonomes Gebiet entweder infolge der Interessen des serbischen oder bulgarischen Volkstums oder aus inneren oder äußeren Gründen unmöglich ist, folgendermaßen verfahren werden:

Serbien verpflichtet sich, kein Gebiet zu beanspruchen, das außerhalb einer Linie liegt, die im Westen der bulgarisch-türkischen Grenze bei Golem Werch (nördlich von Kriwe Palanka) beginnt und im allgemeinen in südwestlicher Richtung zum Ochridasee führt, über die Höhe

Digitized by Google

von Kitke, zwischen den Dörfern Meteschewo und Podrshikonj, über die Höhe östlich vom Dorfe Neraw, die Wasserscheide bis zur Höhe 1000 nördlich vom Dorfe Baschtewo (Gradatz-Planina), das Dorf Baschtewo, zwischen den Dörfern Ljubentzky und Petralitze, die Höhe von Ostritzy 1000 (Lisatz-Planina), die Höhe 1050 zwischen den Dörfern Dratsch und Opile, die Dörfer Talschimanzy und Schiwaljewo, die Höhen 1050 und 1000, das Dorf Keschany, die Hauptwasserscheide von Gradischte-Planina, die Höhe Gorischte, die Höhe 1023, die Wasserscheide zwischen Iwankowaz und Loginaz, durch Weterskog und Sopot zum Wardar, über den Wardar auf dem Bergkamm zur Höhe 2550, dann auf die Perepol-Planina, die Wasserscheide der Perepol-Planina entlang zwischen den Dörfern Krape und Barberasa, die Höhe 1200 zwischen den Dörfern Jakrenowo und Dranowo, über die Höhe Tschesma (1254), die Wasserscheide von Baba-Planina und Kruschkatepeft, zwischen den Dörfern Sopa und Zwerske, den Gipfel der Pretapflea-Planina östlich vom Dorfe Belitze, durch Breschana zur Höhe 1200 (Illinska-Planina) längs der Wasserscheide über die Höhe 1217 und zwischen den Dörfern Liwanischta und Gorentzy bis zum Ochridasee beim Kloster Gubowzy.

Bulgarien verpflichtet sich, diese Grenze anzunehmen, wenn seine Majestät der russische Zar, den man bitten wird, Schiedsrichter zu sein, sich für diese Linie ausspricht. Natürlich verpflichten sich beide Teile als endgültige Grenze die Linie anzunehmen, welche der russische Zar als den Interessen beider Teile entsprechend festsetzt.

Ich teile Ihnen obiges als Grundlage für eine Unterredung mit Grey mit, mache Sie jedoch darauf aufmerksam, daß die genaue Abgrenzung des Gebiets in unseren Augen nicht die Bedeutung einer unabänderlichen Festlegung hat, sondern nur die eines Hinweises auf die Interessen beider Staaten, die eine entsprechende Anerkennung in den Grenzen fänden, die wir zur Erzielung eines Gleichgewichtes billigen würden, wobei die Möglichkeit für Kompensation offen bliebe.

4. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 570.

Eigenhändiger Brief Poincarés an den russischen Botschafter in Paris, Iswolski, vom 22. Oktober/4. November 1912.

Wie ich Ihnen soeben gesagt habe, flößt die rätselhafte Haltung Österreichs der französischen Regierung ebensolche Bedenken ein wie der russischen. In Übereinstimmung mit dem Ministerrate halte ich es für zweckmäßig, uns schon jetzt auf ein gemeinsames Programm zu einigen, wenn Österreich versuchen sollte, eine territoriale Vergrößerung zu verwirklichen. Sie haben die Güte gehabt mir zu sagen, daß ein solcher Fall in den in Racconigi getroffenen Abmachungen vorhergesehen worden ist und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen. Auch die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen allen möglichen Bestrebungen Zugang verschaffen würde. Ich möchte deshalb wissen, ob die Kaiserlich Russische Regierung ebenso wie die unserige eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt, und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen.

5. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 525.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolski an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. Oktober/7. November 1912.

Was den Vorschlag Poincarés anbelangt, der Möglichkeit territorialer Erwerbungen von seiten Österreichs auf dem Balkan vorzubeugen, so halte ich es für nötig, Ihnen den genauen Wortlaut der Mitteilung Poincarés zu übersenden, da ich die Möglichkeit von Fehlern in meinem chiffrierten Telegramm befürchte. Ich habe Ihnen soeben telegraphiert, daß ich es für wünschenswert halte, diese Mitteilungen sachlich und in schriftlicher Form zu beantworten. Der französische Vorschlag ist erfolgt, nachdem die Frage vom Kabinett beraten worden war und in ihm wird ein ganz neuer Standpunkt Frankreichs in der Frage der territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan zum Ausdruck gebracht. Während bis jetzt Frankreich erklärt hatte, daß örtliche, sozusagen rein balkanische Ereignisse es zu keinem aktiven Handeln

Digitized by Google

veranlassen könnten, scheint die französische Regierung jetzt zuzugeben, daß eine territoriale Erwerbung von seiten Österreichs auf dem Balkan das allgemeine europäische Gleichgewicht und folglich auch die eigentlichen Interessen Frankreichs berührt. Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Erwerbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Übereinkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann. Einstweilen unterbreitet er diese Frage natürlich nur unserer Beratung, aber in einem Gespräche mit mir hat Paléologue deutlich zugegeben, daß das vorgeschlagene Übereinkommen zu diesen oder jenen aktiven Schritten führen kann. Er hat mir gesagt, daß bei Erwägung der verschiedenen möglichen Folgen er seinen Vorgesetzten auf das Beispiel des Jahres 1832 hingewiesen habe, als Frankreich nach der Besetzung Ferraras durch die Österreicher seinerseits Ancona eingenommen und dieses erst evakuiert hat, nachdem die Österreicher sich aus der erstgenannten Stadt zurückgezogen hatten. Es scheint mir, daß wir alles oben Dargelegte ernstlich prüfen und diese Gelegenheit benutzen müssen, um den neuen Standpunkt der französischen Regierung im Falle einer möglichen Ausdehnung Österreichs auf dem Balkan festzulegen und für die Zukunft eine gemeinsame Aktion Rußlands, Frankreichs und Englands vorzubereiten, wenn Österreich im Laufe der weiteren Entwicklung seinen jetzigen Standpunkt des Verzichtes auf alle territoriale Kompensationen aufgeben sollte.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 583. 6

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris 1./14. November 1912.

In Anbetracht der Bedeutung der Erklärungen, die Ihnen vom französischen Außenminister gemacht worden und in Ihrem Briefe vom 25. Oktober/7. November enthalten sind, bin ich ganz Ihrer Ansicht, daß es wünschenswert ist, den neuen Standpunkt der Regierung der französischen Republik hinsichtlich einer eventuellen Ausbreitung Österreichs auf dem Balkan festzulegen. Ich bin daher damit einverstanden, daß der Brief Poincarés von uns ebenfalls schriftlich beantwortet wird und da der Brief des französischen Ministers an Sie gerichtet war, so wäre es am besten, wenn auch unsere Antwort durch Ihre Vermittlung erfolgen würde. Beiliegend das Projekt eines solchen Briefes, und ich halte es nur für nötig, folgende Erwägungen hinzuzufügen:

Alle uns zur Verfügung stehenden Informationen weisen darauf hin, daß wenigstens im jetzigen Zeitpunkt Österreich nach keinen territorialen Erwerbungen auf dem Balkan strebt. Immerhin könnte sich Österreich je nach Entwicklung der Dinge und vor allem in Anbetracht des Konfliktes mit Serbien wegen des Zuganges zur Adria zur Annexion türkischen oder sogar serbischen Territoriums entschließen. In beiden Fällen wäre es für uns sehr wichtig, die Gewißheit zu haben, daß im Falle einer Einmischung von unserer Seite Frankreich nicht teilnahmlos bleiben wird. Andererseits muß man in Betracht ziehen, daß die Lage auf dem Balkan sich sehr schnell verändert und wir nicht alle Zufälligkeiten voraussehen können, die uns zu der Ergreifung dieser oder jener Maßregeln veranlassen könnten, und ich halte es deshalb für notwendig, in unsern Verhandlungen mit den ausländischen Kabinetten alles zu vermeiden, was unsere Aktionsfreiheit in Zukunft einschränken könnte. In dieser Hinsicht scheint es mir wünschenswert, in Ihrer in Aussicht genommenen schriftlichen Erklärung an Poincaré allzu kategorische Erklärungen zu vermeiden, wie sie sich z. B. aus den Worten des französischen Ministers ergeben: „sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen." Denn dieses könnte sich auch auf Rußland im Gebiete der Meerengen beziehen. Letztere Erwägung teile ich natürlich ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information mit.

Projekt eines Briefes des russischen Botschafters in Paris, Iswolski, an den französischen Außenminister Poincaré.

Ich habe nicht verfehlt, dem russischen Außenminister den Inhalt Ihres Briefes vom 4. November zu unterbreiten. Herr Sasonow ermächtigt mich, Ihnen zu erklären, daß ebenso

Digitized by Google

wie Frankreich auch Rußland einer territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan nicht gleichgültig gegenüberstehen könne. Er nimmt mit Vergnügen von der Ansicht der französischen Regierung Kenntnis, daß Frankreichs Interesse durch eine solche Möglichkeit berührt werden würde. Die russische Regierung ist in dieser Hinsicht bereit, sich gemeinsam mit den Kabinetten von Paris und London über die Handlungsweise zu verständigen, die in einem solchen Falle nötig werden würde.

7. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 150.

Geheimtelegramm Iswolskis an Sasonow. Nr. 369. Paris, den 4./17. November 1912.

Im Anschluß an mein Telegramm Nr. 368.

Im Laufe einer Unterhaltung bezüglich der Antwort Frankreichs auf meine Mitteilungen, den österreichisch-serbischen Zwist betreffend, hat mir Herr Poincaré geantwortet, daß es ihm unmöglich sei, selbst privatim, die Richtlinien der Haltung Frankreichs im Falle einer aktiven Einmischung Österreichs zu formulieren, bevor die Kaiserliche Regierung ihm nicht ihre eigenen Absichten mitgeteilt habe. Es ist Sache Rußlands, sagte er mir, die Initiative in einer Frage zu ergreifen, an welcher es in erster Linie beteiligt ist; Frankreichs Aufgabe ist es, ihm in tatkräftigster Weise beizustehen; wenn die französische Regierung die Initiative selbst ergreifen würde, würde sie Gefahr laufen, sich entweder diesseits oder jenseits der Absichten ihres Verbündeten zu setzen. Gerade deshalb, um keinen Zweifel über den Grad unseres Beistandes aufkommen zu lassen, scheint es mir angezeigt, eine Stelle aus den Instruktionen des Herrn Sasonow an den russischen Gesandten in Belgrad hervorzuheben, in der es heißt, daß Frankreich und England offen erklärt hätten, sie seien keineswegs gesonnen, den Konflikt mit dem Dreibund sich verschlimmern zu lassen.

Alles in allem, fügte Herr Poincaré hinzu, läuft all dies darauf hinaus, daß, wenn Rußland Krieg führen wird, Frankreich auch Krieg führen wird, da wir wissen, daß in dieser Frage hinter Österreich Deutschland stehen wird.

Auf meine Frage, ob er den Standpunkt Englands in der gegenwärtigen Angelegenheit kenne, antwortete mir Herr Poincaré, daß nach seinen Informationen das Londoner Kabinett sich für den Augenblick darauf beschränken würde, Rußland seine ganze diplomatische Unterstützung zu versprechen, aber daß dies gegebenenfalls einen tatkräftigeren Beistand nicht ausschlösse. gez. Iswolski.

8. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 152.

Telegramm Iswolskis an Sasonow. Nr. 376. Paris, den 8./21. November 1912.

Ich habe den Inhalt Poincaré mitgeteilt, der darauf über denselben Gegenstand eine Unterredung mit dem italienischen, dem österreichischen und dem deutschen Botschafter hatte. Tittoni bestätigte ihm den Plan, der in meinem Telegramm 374 und 375 dargelegt ist, und vervollständigte ihn durch den Hinweis darauf, daß Diakowo, Ipek und Prisren Eigentum Serbiens werden müßten. Tittoni sagte ihm auch, Sie hätten dem italienischen Geschäftsträger erklärt, daß im Hinblick auf die Erregung der öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt seien, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern und die Forderung Serbiens nach einem territorialen Ausgang zur Adria zu unterstützen; Tittoni ist darüber sehr besorgt, denn die italienische Regierung ist verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen; und falls ein Krieg wegen dieser Frage ausbricht, wird es Österreich bewaffnete Unterstützung leisten müssen.

Poincaré bemerkte, dies stimme schwerlich mit dem überein, was ihm von der russisch-italienischen Vereinbarung in Racconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus der französisch-italienischen Vereinbarung von 1902, kraft deren Frankreich berechtigt sei, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen. Tittoni antwortete, der Vertrag Italiens mit Österreich über Albanien sei den Verträgen mit Frankreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend. Das bringe Italien ohne Zweifel in eine sehr schwierige Lage, und es werde sich mit allen Kräften bemühen, eine friedliche Lösung dieser Frage zu finden. Im Laufe des Gesprächs

Digitized by Google

sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs rechnen könne. Diese Erklärung, bemerkte Poincaré, habe auf Tittoni einen sichtlichen Eindruck gemacht. In Anbetracht der Wichtigkeit obiger Erklärung Tittonis bittet Sie Poincaré, ihm durch mich mitzuteilen, ob es wahr ist, daß Sie Ihren in früheren Mitteilungen dargelegten Standpunkt verändert hätten und ob Sie es jetzt notwendig finden, auf einem territorialen Ausgang Serbiens zum adriatischen Meer zu bestehen. gez. Iswolski.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 590. 9.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. Nr. 383.

Poincaré hat mir ein Telegramm aus Wien vorgelesen, in dem der französische Botschafter berichtet, daß die Stimmung in Wien eine äußerst gespannte sei und daß die österreichische Regierung erfahren habe, Sie hätten in den letzten Tagen Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert und wären jetzt bereit, diese Forderungen zu unterstützen. Außerdem habe das Wiener Kabinett erfahren, daß wir umfangreiche militärische Maßnahmen an der österreichischen Grenze treffen. Seinerseits mobilisiert Österreich drei Armeekorps in Galizien und hat seine militärischen Vorbereitungen gegen Serbien beendet. Der französische Geschäftsträger fügt hinzu, der deutsche Botschafter erkläre offen, daß Deutschland Österreich unterstützen wird, daß Deutschland im Falle eines Krieges nur eine geringe Truppenmacht gegen Rußland stellen und seine Hauptkräfte gegen Frankreich richten werde und daß „Deutschland Rußland erst in Paris unterwerfen wird". Andererseits erwartet Poincaré, daß Ismail Kemal Pascha, der augenscheinlich schon in Durazzo eingetroffen ist, in diesen Tagen die Unabhängigkeit Albaniens ausrufen und von der österreichischen Flotte unterstützt werden wird. Deshalb droht der serbische Vormarsch nach Durazzo, Verwicklungen nicht nur mit den Albaniern, sondern auch mit den Österreichern herbeizuführen, was seinerseits den Einfall der Österreicher in Serbien zur Folge haben würde. Dies alles beunruhigt die französische Regierung, und Poincaré fragt, ob Sie noch immer auf dem Standpunkt der von Ihnen unserm Gesandten in Belgrad gegebenen Instruktionen stehen, oder ob in dieser Hinsicht wirklich eine Änderung eingetreten ist. Poincaré ist überzeugt, daß sowohl Österreich wie Italien fest entschlossen sind, die Serben nicht nach Durazzo zuzulassen, und wenn Sie daher wirklich beschlossen haben, das Vordringen Serbiens bis zu diesem Hafen zu unterstützen, so muß dieses zu einem Konflikte zwischen Rußland und Österreich mit allen seinen Folgen führen. Als Antwort habe ich Poincaré mit dem Inhalt Ihres Telegramms 2687 bekannt gemacht, aus welchem hervorgeht, daß Sie bestrebt sind, Mittel zu einer friedlichen Lösung dieser Frage zu finden, und daß deshalb kein Grund zur Annahme vorliegt, daß wir die Serben zu irgendwelchen gefährlichen Schritten zu veranlassen suchen. Auf seine Bemerkung, daß von verschiedenen Seiten behauptet wird, unser Gesandter in Belgrad, Hartwig, fahre fort, die Serben aufzustacheln, erwiderte ich, daß mir aus der Erfahrung des Jahres 1908 gut bekannt sei, wie leicht ungerechtfertigte Anklagen gegen Rußland und die russischen Diplomaten erhoben würden. Zum Schlusse betonte Poincaré, daß es im jetzigen kritischen Augenblicke äußerst wichtig sei, daß Serbien sich nicht auf Ratschläge von seiten Rußlands berufen könne, und daß es für alle klar sein müsse, daß Serbien, wenn es auf seinem Marsche nach Durazzo besteht, auf seine eigne Gefahr hin handelt. Poincaré bittet, obiges zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 599. 10.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister 13./26. November 1912. Nr. 392.

Poincaré teilt Ihre Ansicht. Der Gedanke einer Konferenz ist von Poincaré mehrere Male London, Berlin und Wien gegenüber erwähnt worden. Poincaré erinnert daran, daß er schon am 15. Oktober eine derartige Konferenz in Vorschlag gebracht hat. Dieser Vorschlag bestehe auch jetzt noch und mache daher eine neue Initiative unnötig. Da Deutschland und Österreich erklärt haben, daß sie sich an einer Konferenz nur beteiligen werden, wenn zwischen

Digitized by Google

den Mächten ein Einvernehmen über die wichtigsten Punkte des Programms erzielt sein wird, glaubt Poincaré, daß die von Ihnen in Vorschlag gebrachten Vorberatungen der Botschafter das einzige praktische Mittel seien, um einer langen Verzögerung, die bei telegraphischen Verhandlungen zwischen den Kabinetten unvermeidlich ist, vorzubeugen. Andererseits fällt es Poincaré schwer, eine Initiative zu ergreifen, da diese Vorberatungen wahrscheinlich in Paris stattfinden werden. Er fragt daher, ob Sie es nicht für möglich halten, daß das Londoner Kabinett eine derartige Initiative ergreift, da Grey das Zustandekommen einer Konferenz für nützlich hält.

11. Berliner Tageblatt: 31. Dezember 1921 — N. 604 — Un Livre Noir, S. 362 f.

Die erste Probe ist ein sehr langes Schreiben Iswolskis an Sergei Dmitrijewitsch, den russischen Außenminister Sasonow, vom 5. Dezember, nach westlicher Zeitrechnung, des Jahres 1912 datiert. Ich teile daraus nur das Wichtigste mit. Iswolski schreibt, obwohl Poincaré mit allen Kräften bemüht sei, „die augenblickliche Krisis" — es handelt sich um den von Serbien begehrten, von Österreich-Ungarn verweigerten Zugang zur Adria — „friedlich zu lösen", lehne „er die Möglichkeit, daß Frankreich sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen könnte, Rußland militärisch zu unterstützen, doch keinen Augenblick ab". Sobald „Deutschlands militärische Intervention" sich zeige, trete laut dem Vertrage der casus foederis ein. Bis zu diesem Augenblick werde Frankreich Rußland „die wirksamste und energischste diplomatische Unterstützung zuteil werden lassen", und das schließe „die Möglichkeit irgendwelcher nicht rein diplomatischen Handlungen, wie militärische und Flottendemonstrationen, nicht aus". „Es ist", heißt es in dem Briefe, „jedoch durchaus verständlich, daß die französische Regierung es für notwendig hält, daß die Initiative zu solchen Handlungen von Rußland ausgehen muß." Iswolski beklagt, daß man von Petersburg aus nicht oft genug einen Gedankenaustausch mit dem französischen Kabinett herbeiführe, und daß mitunter „der Meinungsaustausch zwischen Paris und Berlin lebhafter scheine, als der zwischen Paris und Petersburg". Er bemerkt, Herr Paléologue — der damals Direktor im Ministerium des Äußern war — habe mehrmals die Passivität des Herrn Georges Louis, des französischen Botschafters in Petersburg, für diesen Mangel an Information und Verbindung verantwortlich gemacht. Dann berichtet Iswolski, wie schwierig die parlamentarische Situation Poincarés in diesen Fragen sei. Er spricht sich darüber folgendermaßen aus:

„Bei der Beurteilung der durch die augenblickliche Krisis für das Kabinett Poincaré geschaffenen Lage ist es notwendig, im Auge zu behalten, daß in den Reihen der Partei, auf die sich dieses Kabinett stützt, eine äußerst einflußreiche Gruppe besteht, die den Frieden ‚um jeden Preis' verlangt. Dieser von Herrn Combes geleiteten Gruppe stehen zahlreiche Presseorgane zur Verfügung, die Herrn Poincaré in seinen verschiedenen Initiativen streng kritisieren. Dieselbe Kritik hört man, wie mir bekannt geworden ist, in den Wandelgängen der Deputiertenkammer und im Senat. In einem Gespräch, das er kurz vorher mit mir hatte, bemerkte Poincaré u. a., daß die öffentliche Meinung in Frankreich tief friedliebend wäre und er dieses stets im Auge behalten müßte. Um so mehr, so scheint es mir, sind wir verpflichtet, ihm seine feste Entschlossenheit, die Bündnispflichten im Falle der Notwendigkeit in loyalster Form zu erfüllen, als Verdienst hoch anzurechnen. Während die Herren Combes und Genossen sich in den Wandelgängen des Parlaments laut damit brüsten, daß in der entscheidenden Minute Krieg oder Frieden nicht von der Regierung, sondern von ihnen abhängen wird, wird in Wirklichkeit im Falle des Eintretens der Krisis, was Gott verhüten möge, die Entscheidung von den drei an der Spitze des Kabinetts stehenden starken Persönlichkeiten: Poincaré, Millerand und Delcassé getroffen werden. Und unser Glück ist es, daß wir es gerade mit diesen Persönlichkeiten zu tun haben werden, und nicht mit diesen oder jenen zufälligen Persönlichkeiten, die sich in den letzten Jahren in der Regierung Frankreichs abgewechselt haben."

Iswolski schreibt weiter, Poincaré und Paléologue seien, wie er in seinen Gesprächen mit ihnen habe konstatieren können, über die Rolle, die Italien und England im Falle eines allgemeinen europäischen Konfliktes spielen werden, sehr besorgt. Er gibt ausführlich die Ansichten über die Haltung Italiens wieder und sagt schließlich, man sei in Paris überzeugt, „daß sich weder der Dreiverband noch der Dreibund auf ein loyales Verhalten Italiens verlassen könne," und daß die italienische Regierung „im Falle eines Krieges zunächst eine abwartende

Digitized by Google

Stellung einnehmen wird, um letzten Endes mit dem Sieger zu gehen". Dann bespricht er die Politik Englands und die Reise Haldanes nach Berlin. Er behauptet auf Grund seiner Pariser Informationen, das Londoner Kabinett habe den Neutralitätsvorschlag, den Bethmann Hollweg dem Lord Haldane übergeben hatte, Herrn Poincaré mitgeteilt. „Herr Poincaré sprach sich sehr energisch gegen eine derartige Verpflichtung aus. Er wies die englische Regierung darauf hin, daß infolge des Nichtbestehens eines schriftlichen Vertrages allgemein politischen Charakters zwischen England und Frankreich die englische Unterschrift unter einem derartigen Vertrag mit Deutschland den derzeitigen englisch-französischen Beziehungen sofort ein Ende bereiten würde." Seit Beginn der Balkankrise habe „Herr Poincaré keine Gelegenheit vorübergehen lassen, das Londoner Kabinett zu vertraulichen Besprechungen herauszufordern, um zu einer Klärung der Stellungnahme Englands im Falle eines allgemeinen Konfliktes zu gelangen." England habe aber bis zu diesem Tage keinerlei Verpflichtungen übernommen. „Das Londoner Kabinett antwortet stets, daß das von den Verhältnissen abhängen und die Frage von Krieg und Frieden durch die öffentliche Meinung entschieden werden wird." Andererseits hätten freilich die Beratungen der englischen und französischen Generalstäbler nicht aufgehört.

Iswolski an Sasonow. Paris, 1./14. Dezember 1912. Nr. 445. 12.

Kopie mit der Post nach London. Beziehe mich auf meine Telegramme 425 und 433. Neues Dokument X.

Der französische Botschafter telegraphiert aus Petersburg, daß man dem Obersten Lagiche auf seine Frage nach unserer militärischen Lage an der österreichischen Grenze im Generalstabe gesagt habe, daß Österreich an der russischen Grenze nur Verteidigungsmaßnahmen vornehme, daß man bei uns einen Überfall Österreichs auf Serbien für höchst unwahrscheinlich halte; schließlich, daß Rußland selbst im Falle eines Überfalls Österreichs auf Serbien nicht Krieg führen werde. Außerdem habe unser Kriegsminister dem Obersten Lagiche gesagt, daß er von der Aufrechterhaltung des Friedens vollkommen überzeugt sei und am 23. Dezember neuen Stils nach Deutschland und nach Südfrankreich abzureisen gedenke. Poincaré und das ganze Kabinett sind infolge dieser Nachrichten höchst bestürzt und aufgeregt, da man hier, wie ich bereits telegraphierte, vom kriegerischen Charakter der österreichischen Vorbereitungen überzeugt ist und befürchtet, daß wir überrumpelt werden, und daß das die militärischen Handlungen Deutschlands gegen Frankreich erleichtern werde. Ich gab mir alle Mühe, um Poincaré zu beruhigen, und setzte ihm auseinander, daß bei uns schon vor 2 Monaten, gleich bei Beginn der Krise ernste Maßnahmen beschlossen worden seien, um unsere Streitkräfte an der österreichischen Grenze möglichst in Bereitschaft zu setzen, daß seitdem die zu entlassenden Mannschaften unter den Fahnen behalten worden seien usw. Ich gestatte mir jedoch es auszusprechen, daß es sehr erwünscht wäre, die französische Regierung, die ernstlich mit der Kriegsmöglichkeit rechnet, sowohl über die bei uns vorgenommenen militärischen Maßnahmen als auch über unsere Ansichten bei etwa eintretenden Fällen zu unterrichten, da die gegenwärtige Unkenntnis hier zweifellos eine Nervosität hervorruft, die ins Publikum und in die Presse zu dringen beginnt, und es mir immer schwer fällt, hier eine uns günstige Stimmung zu erhalten. Ich bitte dringend um Weisungen zwecks ausführlicherer Erörterungen mit Poincaré.

Berliner Tageblatt: 31. Dezember 1921 — Nr. 604 — Un Livre Noir, S. 368. 13.

Bericht Iswolskis an Außenminister Sasonow. 5./18. Dezember 1912.

Sehr geehrter Sergei Dmitrijewitsch!

Da ich bisher auf meine Telegramme über die hier durch unser anscheinend passives Verhalten den österreichischen Rüstungen gegenüber hervorgerufene Unruhe keine Antwort erhalte, frage ich mich, ob ich auch genügend klar die sich augenblicklich fühlbar machende Stimmung wiedergebe. Ich werde mich daher bemühen, Ihnen ausführlicher die Resultate meiner Beobachtungen in den letzten zwei Wochen darzulegen. Während noch vor kurzem die französische Regierung und die hiesige Presse geneigt waren, uns der Aufhetzung der Serben zu beschuldigen, und die dominierende Note die Phrase war: „La France ne veut pas faire la guerre pour un port serbe" („Frankreich will nicht für einen serbischen Hafen Krieg führen"), verhält man sich jetzt unserer scheinbaren Gleichgültigkeit der Tatsache der österreichischen Mobilisation gegenüber voll Bedenken und verhüllter Besorgnis. Diese Befürchtungen wurden

Digitized by Google

nicht nur von den französischen Ministern im Gespräche mit mir und mit unserem Militärattaché geäußert, sondern bringen auch in die breite Öffentlichkeit, sowie in die Zeitungen aller Richtungen; im französischen Generalstab sind sie so stark, daß der Kriegsminister, wie bereits in meinem Telegramm Nr. 445 mitgeteilt, es für notwendig hielt, die Aufmerksamkeit Poincarés auf diesen Umstand zu lenken, der mir Millerands Schreiben zeigte und den Ministerrat zu einer Extrasitzung einberief. Das Telegramm von Georges Louis, das die Antwort unseres Generalstabes an den Obersten Lagiche wiedergibt, hat die Zweifel der Franzosen keineswegs zerstreut; mir wurde der Text dieses Telegramms gezeigt, demzufolge dem Obersten Lagiche gesagt wurde, daß von unserer Seite den österreichischen Rüstungen nicht nur ein rein defensiver Charakter beigemessen wird, sondern daß selbst im unwahrscheinlichen Falle eines österreichischen Überfalls auf Serbien, Rußland nicht Krieg führen wird. Diese Antwort hat Poincaré und alle französischen Minister in die größte Bestürzung versetzt. Laut allen hier eingegangenen Nachrichten beendigt Österreich die selbständige Mobilisation von zehn Armeekorps, wobei ein Teil der mobilisierten Truppen demonstrativ an der russischen Grenze (im Text: gegen Rußland) aufmarschiert ist. Die Mobilisation lastet schwer auf den ohnedies zerrütteten österreichischen Finanzen, man kann daher von Tag zu Tag ein kategorisches Hervortreten des österreichischen Kabinetts erwarten.

Dieses Hervortreten kann, wie man hier annimmt, den Widerstand Rußlands hervorrufen, das dann automatisch und unabwendbar erst Deutschland und später auch Frankreich in den Krieg hineinziehen wird. Die französische Regierung verhält sich dieser Möglichkeit gegenüber durchaus ruhig, überzeugt, und ist fest entschlossen, ihre Bündnispflichten zu erfüllen. Alle notwendigen Maßregeln sind von französischer Seite getroffen; die Mobilisation an der Ostgrenze ist geprüft, die Ausrüstung in voller Ordnung usw. Und gerade in diesem Augenblick stößt Frankreich auf ein anscheinend vollständig anderes Verhalten seines Bundesgenossen der Lage gegenüber, der doch jedenfalls am meisten an der Situation interessiert ist. Daraus zieht man den Schluß, daß man sich entweder bei uns nicht Rechenschaft gibt über die kriegerischen Absichten Österreichs oder aus irgendwelchen Gründen im gegebenen Moment mit Frankreich nicht reden will. Beide Vermutungen sind für uns im höchsten Grade ungünstig und ungeachtet all meiner Bemühungen, gegen sie zu reagieren, fällt es mir immer schwerer und schwerer, die hier für uns wünschenswerte Stimmung zu unterhalten. In meinen Unterredungen mit Poincaré und anderen Ministern bemühe ich mich, ihnen klar zu machen, daß unsere scheinbare Gleichgültigkeit in Wirklichkeit ein Kennzeichen für unsere Selbstbeherrschung und feste Absicht ist, keine Veranlassung zu liefern, uns irgendwelcher Handlungen zu beschuldigen, die uns und unsere Verbündeten in einen Krieg hineinziehen könnten. Sollte sich aber Österreich, ungeachtet der von uns gezeigten Mäßigkeit, bei Lösung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen dennoch zu einem aktiven Vorgehen entschließen, so wird es der ganzen Welt klar werden, daß der Weltkrieg nicht durch Rußland oder irgendwelche unvernünftigen serbischen Forderungen hervorgerufen worden ist, sondern durch den Versuch Österreichs und Deutschlands, ihre Hegemonie auf dem Balkan und folglich auch in ganz Europa aufzurichten. Die französische Regierung, sage ich, muß uns für diese Inszenierung der Frage dankbar sein, die um so notwendiger erscheint, da wir nur unter solchen Bedingungen auf Englands Unterstützung rechnen dürfen. Ich will es Ihnen nicht verheimlichen, daß all diese Argumente nicht überzeugend genug erscheinen können, und es mir sehr schwer fällt, eine Erklärung für unser offensichtliches Widerstreben (im Text: Nichtwollen) zu finden, gemeinsam mit Frankreich die durch die österreichische Mobilisation geschaffene Lage zu beraten. Gestern erst drückte mir wiederum Paléologue sein Erstaunen über die Oberst Lagiche in unserem Generalstab zuteil gewordene geheime Mitteilung aus, die das wahrscheinliche Verhalten Rußlands gegenüber einem österreichischen Angriff auf Serbien betrifft. Auf meine Bemerkung, daß dies möglicherweise eine „Boutade" eines mit der sogenannten Passivität der russischen Diplomatie unzufriedenen Offiziers sei, entgegnete mir Paléologue: „Unser Botschafter in St. Petersburg ist aber nicht besser als der Oberst über die wahren Absichten Ihrer Regierung informiert als wir selbst am Quai d'Orsay es sind," wobei er öffentlich auf die Einstellung des von uns mit dem Pariser Kabinett begonnenen Meinungsaustausches über die möglichen Folgen eines österreichischen Vorgehens gegen Serbien anspielte.

Ich bemühe mich, die für uns wünschenswerte Stimmung in den Regierungs- und politi-

Digitized by Google

schen Kreisen aufrecht zu erhalten und versuche gleichzeitig, auf die Presse einzuwirken. In dieser Hinsicht sind, zum Teil dank den seinerzeit getroffenen Maßregeln, sehr bemerkenswerte Resultate erreicht worden. Wie Ihnen bekannt, beteilige ich mich nicht direkt an der Verteilung der Subsidien, die Verteilung wird aber unter Mitwirkung der französischen Minister vorgenommen und hat bereits die nötige Wirkung gehabt. Von mir aus versuche ich durch persönliche Beeinflußung die Hauptzeitungen in Paris, wie den „Temps", „Journal des Débats", „Echo de Paris" zu lenken. Im allgemeinen kann man den heutigen Ton mit dem während des Krieges 1908/9 nicht vergleichen. Besonders bemerkenswert ist die Stellungnahme des „Temps", der vor vier Jahren ausgesprochen austrophil war, und in dessen Spalten heute Herr Tardieu einen energischen Feldzug gegen die österreichische Politik führt. Herr Berchtold und der österreichische Botschafter in Paris haben sich bereits mehrmals bei Herrn Poincaré wegen dieses Feldzuges beklagt. In meinen Unterredungen mit den französischen Journalisten bemühe ich mich, ihnen den Gedanken einzuflößen, daß, wenn ungeachtet der von Rußland gezeigten Einsicht und Nachgiebigkeit, die österreichischen Rüstungen und die Forderungen der österreichischen Diplomatie zu einem allgemeinen europäischen Zusammenstoß führen sollten, der Krieg nicht infolge der Privatinteressen Serbiens und auch nicht besonderen russischen Interessen zuliebe beginnen wird, sondern infolge des Versuches Österreichs und des hinter ihm stehenden Deutschlands, eine Hegemonie in Europa und auf dem Balkan aufzurichten. Dieser Gedanke beginnt, Gott sei Dank, in das Bewußtsein der französischen politischen und militärischen Kreise einzudringen, sowie in das Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit. In letzter Zeit habe ich nicht mehr gegen die Idee zu kämpfen, Frankreich könnte in einen seinen Interessen fremden Krieg verwickelt werden, sondern eher gegen die Befürchtung, daß wir uns den Fragen gegenüber, die das Interesse und das Prestige des ganzen Dreiverbandes berühren, zu passiv verhalten.

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener gez. Iswolski.

P. S. Soeben ist Ihr Telegramm Nr. 1187, in dem die in dem vorliegenden Briefe berührten Fragen erklärt werden, eingetroffen und dechiffriert worden. Ich werde versuchen, heute oder morgen seinen Inhalt Poincaré mitzuteilen, der all diese Tage durch Sitzungen des Parlaments vollauf in Anspruch genommen ist. Gestern sagte er mir, daß er noch vor den Weihnachtsferien, d. h. Ende dieser oder Anfang nächster Woche in der Kammer mit einer kurzen Rede über die auswärtigen Angelegenheiten hervortreten werde.

Iswolski an Sasonow. Paris, 4./17. Dezember 1912. Nr. 451. 14. Neues Dokument XI.

Auf den morgigen Tag war auf Anordnung der sozialistischen Organisation Conféderation générale du travail ein Generalstreik aller französischen Arbeiter als Protestkundgebung gegen den Balkankrieg und die Möglichkeit, Frankreich in ihn zu verwickeln, angesetzt worden. Dieser Wunsch erlitt sowohl in Paris als auch in der Provinz einen völligen Mißerfolg; am Streik nahm nur eine unbedeutende Anzahl von Personen teil und die Ordnung wurde nirgends gestört. Poincaré sagte mir, daß die Regierung, da sie mit der in letzter Zeit in Frankreich erstarkten patriotischen Stimmung rechnete, nur ganz unbedeutende Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe und daß nichtsdestoweniger z. B. in den Staatswerkstätten die Zahl der Streikenden geringer gewesen sei als gewöhnlich an Montagen. Mit einem Wort, der gestrige Tag zeigte nochmals, daß die Antimilitaristen im Kriegsfalle keinen Erfolg haben werden.

Wie Poincaré die Weltgeschichte aufgefaßt wissen möchte:

Der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, ist das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben sich nicht mit dem wachsenden Gedeihen und Einfluß begnügt, nach welchen zu streben Deutschland berechtigt war und welche alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten.

Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihren Untertanen die Lehre eingeschärft, in internationalen Angelegenheiten sei Gewalt Recht. Niemals haben sie davon abgelassen, die Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande

(Fortsetzung S. 220.)

Digitized by Google

Die drei Konferenzen

der Generalstabschefs von Frankreich u. Rußland 1911, 1912, 1913.

Amtliche Protokolle.

I. Konferenz vom August 1911.

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind die Generalstabschefs der russischen und französischen Armeen am 18./31. August 1911 in Krasnoje Selo zu einer Konferenz zusammengekommen. Der französische Militärattaché war in der Eigenschaft eines Sekretärs zugegen.

Die verschiedenen Punkte der vorerwähnten Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Veranlassung gegeben.

Einleitung.

Die beiden Generalstabschefs erklären einstimmig, daß die Worte „Defensiv-Krieg" nicht in dem Sinne eines Krieges ausgelegt werden können, den man in defensiver Weise führen wird. Vielmehr erklären sie mit Bestimmtheit, daß für die russischen und französischen Armeen die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine kraftvolle Offensive zu ergreifen und zwar soweit als möglich zur gleichen Zeit gemäß dem Wortlaute des Artikels 3 der Konvention, wonach „die Streitkräfte der beiden vertragschließenden Mächte zu gründlichem und sofortigem Eingreifen sich verpflichten" („s'engagent à fond et en toute diligence").

Artikel 1.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie die bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauteten:

„Indem die beiden Generalstabschefs den Standpunkt der früheren Konferenzen bestätigen, sind sie darüber vollkommen einig, daß die Niederlage der deutschen Heere unter allen Umständen das erste und hauptsächlichste Ziel der verbündeten Armeen bleibt."

Artikel 2.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauteten:

„Einstimmig bringen die Konferenzteilnehmer neuerdings die bei der Besprechung vom 8./21. April 1906 (§ 2 des Kapitels 1) formulierte Meinung zum Ausdruck, daß die Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hievon mobilzumachen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf, aber daß ihnen eine solche Verabredung unentbehrlich erscheint, falls nur von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobilgemacht wird. Dementsprechend richten sie an ihre Regierungen die Bitte, über diesen Punkt, der bereits die Aufmerksamkeit ihrer Vorgänger auf sich gelenkt hat, genaue Bestimmungen zu treffen.

Artikel 3.

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

General Dubail setzt auseinander, daß neue Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht sich aus den Verbesserungen ergeben, die neuerdings von den Deutschen an ihrem Eisenbahnnetz im Westen vorgenommen wurden (Schienenwege, Werkstätten, Ausladerampen), ebenso wie auch aus den an der französischen Grenze errichteten Befestigungen.

Der Chef des französischen Generalstabs entwickelt hierauf die folgenden Erwägungen: Aus dem, was man über die deutsche Mobilmachung und Kräftekonzentration weiß, kann man den Schluß ziehen, daß die ersten großen Zusammenstöße wahrscheinlich in Lothringen, Luxemburg und Belgien zwischen dem 15. und dem 18. Tag stattfinden werden.

Die französische Armee wird zu diesem Zeitpunkt einen Effektivbestand haben, der die 1300000 Mann, die im Artikel 3 der Konvention vorgesehen sind, übersteigt.

Man hat Grund zur Annahme, daß die Deutschen die Operationen mit dem äußersten

Digitized by Google

Nachdruck durchführen werden, um vom ersten Tag an dem Gegner ihren Willen aufzuzwingen und um die Entscheidung herbeizuführen, oder um die Franzosen wenigstens in die Defensive zu drängen. Im Falle des Erfolgs hätten sie dann die Möglichkeit, zu geeigneter Zeit den größten Teil ihrer Streitkräfte gegen die Russen anzusetzen.

Der französische Generalstab hat Grund zu glauben, daß, falls ein Krieg von Deutschland hervorgerufen würde, unter den gegebenen Verhältnissen (August 1911) weder Österreich noch Italien ihm sofort Gefolgschaft leisten würden.

General Gilinsky gibt zu, daß dies bezüglich Italiens zutreffe, aber er ist im Gegenteil der Meinung, daß die Österreicher gebunden sein werden, sich ganz und gar auf die Seite der Deutschen zu stellen, wenn auch nur aus Dankbarkeit für die von den Deutschen den Österreichern in Bosnien und in der Herzegowina geleistete Unterstützung.

General Dubail erläutert bei seinen weiteren Darlegungen die großen Linien der französischen Mobilmachung und Kräftekonzentration.

Er zeigt, daß das französische Heer ebenso rasch wie das deutsche konzentriert wird, und daß es vom 12. Tag an in der Lage ist, gegen Deutschland — mit Hilfe der englischen Armee auf dem linken Flügel — die Offensive zu ergreifen.

Frankreich ist daher marschbereit in dem gemäß Artikel 7 der Militärkonvention von 1892 genau vorgeschriebenen Sinne. Um jedoch des Erfolges sicher zu sein, ist es notwendig, daß Frankreich die gleichzeitige und wirksame Unterstützung der russischen Armee erhält.

Mit einem Worte, Deutschland muß *zur gleichen Zeit*[1]) im Westen und im Osten angegriffen werden.

In Anbetracht der außerordentlichen Unterschiede der geographischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Lage der alliierten Nationen, hat die Schwierigkeit immer darin bestanden, diese Gleichzeitigkeit so weit wie möglich zu erreichen, welche ein augenblicklich nicht zu verwirklichendes Ideal darstellt.

Seit 1900 hat sich der russische Generalstab in Übereinstimmung mit dieser Anschauung zum Angriff am 18. Tage verpflichtet, und zwar mit einer ersten Staffel, die ausreichend wäre, um 5 oder 6 deutsche, von einer gewissen Anzahl Reservedivisionen unterstützte Armeekorps siegreich zu bekämpfen.

Im Jahre 1908 faßte er, vom selben Gedanken ausgehend, diejenigen Maßnahmen ins Auge, die dazu dienen sollten, die Deutschen *vom ersten Anfang eines Krieges an soviel als möglich auf ihrer Ostfront zu beunruhigen*.

Es hat den Anschein, daß die neue Dislokation der russischen Truppen in Friedenszeiten gewisse Schwierigkeiten im Hinblick auf ein rasches Eingreifen gleich beim Beginn eines Feldzugs nach sich zieht.

In der Tat, im Jahre 1910 war das Überschreiten der Grenze so festgesetzt, als ob dies erst gegen den 20. Tag der Fall sein sollte.

Der französische Generalstab kann nur noch einmal bestätigen, was er schon zu wiederholten Malen auf den früheren Konferenzen geäußert hat:

Für ihn besteht das von den russischen Armeen zu verfolgende Ziel darin, Deutschland zu zwingen, so große Streitkräfte als nur möglich an seiner Ostgrenze zu belassen.

Dieses Ziel, welches den Hauptinhalt der Militärkonvention von 1892 bildet, kann nur *durch die Offensive* erreicht werden.

Die Wirkung dieser Offensive wird um so sicherer sein, je früher sie vor sich gehen, mit je größeren Streitkräften sie durchgeführt und eine je *gefährlichere Richtung* sie für den Gegner nehmen wird.

Unter diesen Umständen, da die Konferenzteilnehmer einstimmig zugeben, daß die Deutschen die Hauptmasse ihrer Streitkräfte gegen Frankreich richten werden, drückt der Chef des französischen Generalstabs den Wunsch aus, daß man sich so eng wie möglich an den Plan halte, die Offensive mit einer ersten Staffel schon am 18. Tage zu ergreifen; vielleicht könnte diese Frist dank den neuerdings in der russischen Mobilmachung und Konzentration eingeführten Fortschritten noch vermindert werden.

General Dubail schließt seine Darlegung mit dem Hinweis darauf, daß er die verschiedenen

[1]) Die von uns gesperrt gebrachten Stellen sind im französisch-russischen Originaltext unterstrichen und zwar von den Konferenzteilnehmern selbst.

Digitized by Google

Gründe nicht verkennt, welche Rußland gezwungen haben, die Friedensdislokation seiner Truppen auf seinem Gebiete zu ändern. Den Anstrengungen, die seit 3 Jahren von Rußland zur Verstärkung seiner Militärmacht gemacht worden sind, drückt er seine aufrichtige Anerkennung aus und er freut sich, die Fortschritte feststellen zu können, welche sich für die Gesamtlage des befreundeten und alliierten Heeres durch die letzten für die Mobilmachung getroffenen Modifikationen ergeben.

General Gilinsky legt seinerseits den russischen Standpunkt dar:

Vor allem bestätigt er nachdrücklichst den Willen der kaiserlichen Regierung, die durch die Konvention auferlegten Verpflichtungen auf das Genaueste zu erfüllen.

General Dubail erklärt sofort, daß er die Loyalität dieser Erklärung ihrem ganzen Werte nach würdigt in einem Zeitpunkte, in dem sich wegen der marokkanischen Angelegenheiten Schwierigkeiten ergeben und in dem man sich über die wirklichen Absichten Deutschlands noch nicht genaue Rechenschaft geben kann.

General Gilinsky fügt hinzu, daß der russische Generalstab, da die Gefahr eines Konfliktes tatsächlich besteht, die Pflicht hat, den französischen Generalstab über den gegenwärtigen Stand der russischen Armee genau aufzuklären.

Dieselbe setzt ihre Reorganisation fort, wie sie sich aus dem Kriege in der Mandschurei ergeben hat; aber diese Umgestaltung hat in Wirklichkeit erst im Jahre 1908 begonnen, d. h. vor 4 Jahren. Eine große Zahl von Verbesserungen ist auf dem Wege der Ausführung; aber obwohl man hierbei mit dem größten Nachdruck vorgeht, wird das russische Heer in Bezug auf schwere Feldartillerie (artillerie lourde de campagne) erst im Jahre 1913 seine vollständige Bewaffnung haben, in Bezug auf Maschinengewehre erst im Jahre 1914 und in Bezug auf neue Infanteriemunition erst im Jahre 1916. Außerdem fehlt es für den größten Teil der Reserveregimenter an Ausrüstung. General Gilinsky macht über diese Punkte genaue Angaben mit entsprechenden Belegziffern.

Er fügt bei, daß das russische Heer, sobald seine Reorganisation vollendet sein wird, einen weit größeren Effektivbestand, als die durch die Konvention vorgesehenen 800000 Mann, wird aufstellen können.

Aber es muß bemerkt werden, daß Österreich in militärischer Hinsicht große Fortschritte gemacht hat. Seine Mobilmachung erfolgt jetzt ebenso rasch wie die der russischen Armee und sein Aufmarsch ist mehr in die Nähe der Grenze verlegt. Im Gegensatz zu dem, was bis jetzt galt, muß der russische Generalstab zugeben, daß Österreich imstande wäre, die Offensive *vor* derjenigen der russischen Truppen zu ergreifen, die bestimmt sind, ihm entgegenzutreten.

Unter diesen Umständen scheint Rußland vor wenigstens zwei Jahren nicht imstande, gegen Deutschland einen Krieg mit Gewißheit des Erfolges führen zu können. Es wäre gewiß in der Lage einen Schlag zu parieren, aber weniger, einen entscheidenden Schlag zu führen.

Welcher Art die in der Kriegsbereitschaft der russischen Armee oben angegebenen Lücken auch sein mögen, der befreundete und alliierte Generalstab erklärt sich bereit, die Wünsche des französischen Generalstabs in weitestgehendem Maße zufriedenzustellen.

General Gilinsky erklärt im Besonderen, daß die mobilisierten Truppen des aktiven Heeres mit Ausnahme der letzten Bestandteile der Trains ihre Konzentration an der Grenze am 15. Tag vollendet haben werden und daß man bemüht sein wird, *von diesem Zeitpunkt an die Offensive zu ergreifen*, ohne auf die letzten in Frage kommenden Kontingente zu warten, die erst am 20. Tage vollständig sein werden.

General Gilinsky ist der Ansicht, daß die Deutschen durch die vom russischen Generalstab getroffenen Maßnahmen gezwungen sein werden, mindestens 5—6 Armeekorps an ihrer Ostgrenze zu belassen, wie es der französische Generalstab verlangt. Außerdem macht er Einzelangaben über die Mobilmachung und Konzentration der russischen Armee (Effektivbestände, Vorbereitungsfristen, Aufmarschplan).

General Dubail dankt General Gilinsky für die Offenheit seiner Darlegungen über den gegenwärtigen Stand der russischen Vorbereitung und erklärt sich vollkommen befriedigt von einer Offensive, die gleich nach dem 15. Tag einsetzen wird, und die imstande wäre, mindestens 5—6 deutsche Armeekorps an der ostpreußischen Grenze festzuhalten.

Artikel 4.

Die Chefs der Generalstäbe nehmen ohne Änderung die 6 ersten Paragaphen der Bemerkungen an, die Artikel 4 der Konferenz von 1910 betreffen und die folgendermaßen lauten:

Die Konferenzteilnehmer nehmen einstimmig die folgenden Punkte an:

I. Die Konferenzen zwischen den beiden Generalstabschefs sollen periodisch und grundsätzlich alljährlich stattfinden;

II. außerdem wird man sich jedesmal verständigen, wenn einer der Generalstäbe dies wünscht;

III. das Protokoll der Konferenz wird der Zustimmung der Regierung jedes Landes mit dem Ersuchen der Unterzeichnung durch den Kriegsminister und den Ministerpräsidenten unterbreitet werden, so daß die Generalstabschefs der verbündeten Armeen sich auf dieses Schriftstück bei der Ausführung der wünschenswerten Verbesserungen werden stützen können;

IV. der Austausch von gegenseitigen Auskünften zwischen den Generalstäben soll in einer zusammenhängenderen und vollständigeren Weise erfolgen.

Insbesondere wird man sich vor jeder Konferenz über die Fragen verständigen, die geprüft werden sollen.

Die Generalstabschefs bestehen besonders darauf, daß die Konferenzprotokolle der Ratifikation der beiderseitigen Regierungen unterbreitet werden.

Was die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten betrifft, sind die Konferenzteilnehmer einverstanden, daß der drahtlosen Telegraphie der Vorzug gegeben werden muß.

Die Linie Paris—Bobrouisk funktioniert in beiden Richtungen auf befriedigende Weise. Gleichwohl ist es erwünscht, auf der Station Bobrouisk stärkere Apparate aufzustellen, um einer systematischen Störung entgegenzutreten.

Die Station Sebastopol funktioniert nicht regelmäßig. Der russische Generalstab erklärt, daß die Absicht besteht, sie völlig der Marine zu überlassen, der sie gehört, und die sie für ihren eignen Dienst beinahe ohne Unterbrechung in Anspruch nimmt, und daß weiterhin die Absicht besteht, am Ufer des Schwarzen Meeres und zwar an einem anderen Orte als Sebastopol eine andere Station zu errichten, die ausschließlich Kriegszwecken dienen soll.

Die Friedens-Chiffern werden seit 1910 benützt. General Dubail bringt zur Kenntnis, daß die Kriegs-Chiffern wahrscheinlich in einem Monate fertiggestellt sein werden.

Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß zu Beginn des nächsten Oktober die technischen Mitglieder der franko-russischen Kommission wieder einzuberufen seien, um an Ort und Stelle die Einzelmaßnahmen zu studieren, die zu ergreifen sind, damit die 4 Stationen Bobrouisk, Paris, Schwarzes Meer, Bizerta einen sicheren Dienst gewährleisten. Diese technische Kommission sollte ihre Sitzungen zuerst in Bobrouisk und dann in der Krim abhalten; hernach könnte man sie in Paris und in Bizerta fortsetzen, wenn dies notwendig sein sollte.

Die anderen Mittel, die man für Kriegszeiten zur gegenseitigen Verständigung vorgesehen und organisiert hat, sind folgende:

I. Geheime Kuriere, die den Dienst zwischen Belgien und Dänemark versehen. Es ist jetzt beabsichtigt, diese Verbindung über England und Dänemark herzustellen.

II. Telegraphische Verbindung über die Vereinigten Staaten von Nordamerika und über den Stillen Ozean oder über das Mittelländische Meer und die Türkei.

Der Gedanke eines direkten Kabels zwischen Frankreich und Rußland ist aufgegeben. Ebenso wie die Verbindung durch Brieftauben.

Artikel 5.

Die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, welche folgendermaßen lauteten: „Die Konferenzteilnehmer sind einig, daß der Artikel 5 die Vertragschließenden verpflichtet, nicht nur keinen Einzelfrieden zu schließen, sondern auch weder die Kriegsoperationen einzeln einzustellen noch einzeln einen Waffenstillstand abzuschließen."

Artikel 6.

Der Artikel 6 bleibt aufgehoben.

In Übereinstimmung mit dem diplomatischen Abkommen vom August 1899, welches unter Kapitel 1 der Unterredung vom 2. Juli/19. Juni 1900 erwähnt wird, soll die Konvention für die gleiche Zeitdauer gelten als die diplomatischen Abkommen, die augenblicklich in Kraft sind und deren Ergänzung sie bildet.

Artikel 7.

Keine Bemerkungen.

Unterzeichnet: Der Generalstabschef der russischen Armee J. Gilinsky.

Der Generalstabschef der französischen Armee Dubail.

Gesehen: Der Kriegsminister Messimi.

Digitized by Google

II. Konferenz vom Juli 1912.

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind Se. Exzellenz General Gilinsky, Generalstabschef der russischen Armee und General Joffre, Generalstabschef der französischen Armee, zu einer Konferenz in Paris am 1./14. Juli 1912 zusammengekommen.

Außerdem waren zugegen:

General de Curières de Castelnau, erster Gehilfe des Generalstabschefs; Oberst Matton, Militärattaché bei der französischen Botschaft in Rußland; Oberst Graf Ignatief, Militärattaché bei der russischen Botschaft in Paris; die beiden letztgenannten Offiziere in der Eigenschaft als Sekretäre.

Die verschiedenen Punkte der Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehenden Meinungsaustausch Anlaß gegeben.

Vorbemerkung.

Zunächst beschließen die Konferenzteilnehmer, daß jedesmal, wenn sie eine oder mehrere Bestimmungen des Protokolls der vorhergehenden Konferenz einstimmig annehmen, deren Wortlaut im vorliegenden Protokoll unverändert wiedergegeben werden soll.

Am Rande des so wiederholten Wortlautes soll ein besonderer Vermerk eingetragen werden.

Dieses Verfahren hat den Vorteil, eine Bezugnahme auf den Text des früheren Protokolls soweit als möglich zu erübrigen.

Einleitung.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusätze angenommen.

[Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.]

Artikel 1.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusätze angenommen.

[Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.]

Artikel 2.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910 und 1911, die folgendermaßen abgefaßt waren:

„Einstimmig bringen die Konferenzteilnehmer neuerdings die bei der Besprechung vom 8./21 April 1906 (§ 2 des Kapitels 1) formulierte Meinung zum Ausdruck, daß die Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hievon mobilzumachen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf, aber daß ihnen eine solche Verabredung unentbehrlich erscheint, falls nur von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobil gemacht wird." Diese Auslegung der Konvention hat die Zustimmung der russischen und französischen Regierungen durch ihre Unterschriften auf dem Konferenzprotokoll vom August 1911 gefunden.

Artikel 3.

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

General Joffre setzt auseinander, daß neue Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht sich aus den Verbesserungen ergeben, die von den Deutschen fortwährend an ihrem Eisenbahnnetz im Westen (Schienenwege, Werkstätten, Ausladerampen) vorgenommen werden, ebenso wie auch aus den neuerdings in der Nähe der französischen Grenze, besonders in der Eifelgegend, getroffenen Maßnahmen.

Der französische Generalstabschef besteht vor allem darauf, daß die Deutschen ein Interesse daran haben, nacheinander und getrennt erst gegen Frankreich und dann gegen Rußland zu operieren. Der Plan der Verbündeten muß im Gegenteil darin bestehen, bestrebt zu sein, im gleichen Zeitpunkte von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistung der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

Im Hinblick hierauf und unter Berücksichtigung der augenblicklichen Lage Italiens, das mit den Türken im Kriege steht, und der Beziehungen Italiens zu Frankreich und Rußland, hat der französische Generalstab seinen Konzentrationsplan auf folgenden Grundlagen aufgebaut:

Digitized by Google

Das äußerste Minimum an Truppen, vor allem aus Reservceinheiten bestehend, wird an der Alpengrenze belassen, um die Alpenübergänge Schritt um Schritt zu verteidigen. Das Gros der französischen Streitkräfte wird gleich vom Anfang an an der deutschen Grenze konzentriert. Ihre gesamte Stärke wird die durch Artikel 3 der Konvention von 1892 vorgesehenen 1300000 Mann erheblich überschreiten.

Außerdem läßt der französische Generalstab an dem Eisenbahnnetz der verschiedenen Eisenbahngesellschaften neue Verbesserungen vornehmen und zwar derart, daß auf diese Weise in nächster Zeit die Konzentration um ein bis zwei Tage beschleunigt werden kann, so daß man sich schließlich in einem Jahre Deutschland gegenüber im Vorteil befinden wird. 11 Millionen Franken werden von jetzt ab für diese Arbeiten bestimmt.

Zum Beleg für seine Darlegungen zeigt General Joffre eine Karte, auf der der französische Konzentrationsplan dargestellt ist. General Gilinsky teilt vollständig die grundsätzliche Anschauung des französischen Generalstabschefs in Bezug auf die Notwendigkeit, seinerzeit die von der Hauptmasse der beiden verbündeten Armeen gegen Deutschland zu richtenden Anstrengungen in zeitliche Übereinstimmung zu bringen.

In gleicher Weise teilt er die Meinung hinsichtlich der italienischen Armee, deren Rolle unter den gegenwärtigen Umständen, wenigstens bei Beginn der Feindseligkeiten, keine sehr aktive sein dürfte.

Österreich hingegen hat seine Militärmacht stark entwickelt; es hat seine Eisenbahnen offensichtlich zu einem offensiven Zweck entwickelt; Rußland kann sich der Gefahr eines Mißerfolgs auf der österreichischen Seite nicht aussetzen. Die moralische Wirkung wäre unheilvoll. Es muß daher seine Streitkräfte teilen, um sowohl dieser Macht wie auch Deutschland zu gleicher Zeit entgegenzutreten.

Andererseits hatte es bisher den Anschein, daß Schweden entschlossen war, eine abwartende Haltung einzunehmen, um sich im günstigen Augenblick auf derjenigen Seite zu befinden, zu deren Gunsten die Wage sich neigen würde. Heute ist es nicht mehr so. Von Deutschland aufgestachelt und fortgerissen wird Schweden wahrscheinlich zur gleichen Zeit wie Deutschland gegen Rußland marschieren. Diese Erwägung wird dazu zwingen, in Finnland und in der Umgebung von St. Petersburg eine beträchtlichere Truppenzahl zu belassen als bisher bestimmt war.

Schließlich wird der Bau der Eisenbahnen in Kleinasien es den Türken ermöglichen, ihre Mobilmachung und ihre Konzentration zu beschleunigen. Hieraus ergibt sich vielleicht in Zukunft die Notwendigkeit, eine größere Zahl von Streitkräften in diesen Gegenden zu belassen.

Jedenfalls ist der russische Generalstab stets bereit, gegen Deutschland eine Kraft von wenigstens 800000 Mann zu konzentrieren, und er ist entschlossen, die Offensive seiner Armeen sofort nach dem 15. Mobilmachungstag wirksam werden zu lassen.

General Joffre weist darauf hin, daß die Niederlage Deutschlands sofort alle Befürchtungen zerstreuen wird, welche durch die Haltung Schwedens und der Türkei hervorgerufen werden könnten.

Es ist also die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte, welche um jeden Preis erstrebt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es von Wichtigkeit, die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes bildet offensichtlich einen der wesentlichen Faktoren für ein derartiges Ergebnis. In dieser Hinsicht weist General Joffre darauf hin, daß die von den russischen Truppen zum Transport gegen die Westgrenze des Reichs benutzten Eisenbahnlinien nicht alle doppelgeleisig sind. Ihre Konzentration wird dadurch in verhängnisvoller Weise verlangsamt. Diese würde ganz bedeutend beschleunigt werden, wenn die zum Transport bestimmten eingeleisigen Linien oder Sackbahnen doppelgeleisig gelegt, und einzelne derselben sogar vervierfacht würden, wie es der französische Generalstab bereits auf den französischen Staatsbahnen getan.

Dieser Ausbau könnte in zweckmäßiger Weise wohl folgendermaßen vorgenommen werden:

a) Verdoppelung der Linie St. Petersburg—Taps—Walk—Riga—Muraviewo—Kochedary;

b) Verdoppelung der Sackbahnen: Briansk—Gomel; Luninetz—Jabinka; der Linie von Orel nach Warschau über Brest-Litowsk;

c) Vervierfachung der Sackbahnen Jabinka—Brest-Litowsk, welche die beiden Zufahrts-

Digitized by Google

straßen, die eine von Moskau, die andere von Orel kommend, in Brest-Litowsk vereinigen würde.

d) Vervierfachung der Sackbahnen Sieblets—Warschau, welche die beiden Zufahrtsstraßen, die eine von St. Petersburg und die andere von Bologoe kommend, in Warschau vereinigen würde.

Schließlich wäre es von Wichtigkeit, die von Warschau nach Krakau und Thorn laufenden Linien auf russische Geleisspur zu bringen.

Ebenso wie General Joffre legt auch General Gilinsky der weiteren Entwicklung der Eisenbahnen die höchste strategische Bedeutung bei. Er führt aus, daß die Eisenbahnen in Rußland in zwei Kategorien geteilt werden können: die einen gehören der „Krone", die andern sind das Eigentum von Privatgesellschaften. Auf den ersteren sind Verbesserungen bereits im Gang, andere sind projektiert; sie werden nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel verwirklicht werden. Es scheint jedoch nicht angebracht, die Linie St. Petersburg—Riga—Kochedary zu verdoppeln, deren exzentrische und in der Nähe der feindlichen Grenze befindliche Lage die Benutzung nur schwer gestattet. Auf die an zweiter Stelle genannten (die Privatlinien) kann der Staat keinen direkten und unmittelbar zu befolgenden Einfluß ausüben. Er hat die mit Nicht-Normalspur versehenen Linien erworben, die von Warschau gegen Thorn und Krakau laufen, und zwar in der Absicht, dieselben in Normalspurlinien umzubauen.

Eine ununterbrochene Transportmöglichkeit wäre auf diese Weise ohne Umladen vom Zentrum des Reiches bis zur Westgrenze gewährleistet.

Schließlich bringt General Gilinsky die allgemeinen Ursachen in Erinnerung, durch die der russische Aufmarsch verzögert wird. Während die Eisenbahnen in Frankreich immer betriebsfertig sind, müssen sie in Rußland zur gleichen Zeit wie das Heer mobilgemacht werden.

General Gilinsky legt in großen Linien den Aufmarsch- und Gruppierungsplan der gegen Deutschland bestimmten russischen Armeen dar.

General Joffre ist mit General Gilinsky einig in bezug auf die Zweckmäßigkeit, den Schwerpunkt dieser Armeen unbedingt in südliche Richtung zu legen und das Gros der Streitkräfte so aufzustellen, daß ihm die Möglichkeit gegeben ist:

Entweder in der allgemeinen Richtung von Allenstein die Offensive zu ergreifen, falls der Feind sich in Ostpreußen festgesetzt hat oder den Versuch macht, von dort aus auf Warschau vorzurücken; oder auf dem linken Weichselufer zu operieren, um auf Berlin vorrücken zu können, wenn der Gegner seine Kräftekonzentrierung im Bezirk Thorn—Posen zur Ausführung gebracht hat, oder wenn er versucht von dieser Basis aus gegen Warschau oder Iwangorod vorzugehen.

Artikel 4.

Die Generalstabschefs wiederholen ohne Änderung die 6 ersten Paragaphen der Bemerkungen, die den Artikel 4 der Konferenz von 1910 betreffen und die folgendermaßen lauteten:

[Text der 4 Punkte gleichlautend mit demjenigen des Protokolls vom Jahre 1911.]

Die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten wurden gemäß den im Laufe der Konferenz von 1911 formulierten Wünschen vervollkommnet und ergänzt.

Augenblicklich ermöglichen es vier Stationen drahtloser Telegraphie in Friedenszeiten Mitteilungen auszutauschen, nämlich mittels der Linien Paris—Bobrouisk, Bizerta—Sebastopol.

Sowohl für Friedens- wie für Kriegszeiten wurden chiffrierte Wörterbücher zusammengestellt und in den Kriegsministerien Rußlands und Frankreichs niedergelegt. Bestimmungen sind getroffen worden zur Festsetzung der Stunden, zu welchen die Stationen zu funktionieren haben, ebenso für die Rufzeichen und Erkennungssignale, die Dienstvorschriften und die Obliegenheiten der Stationsleiter.

Die schon täglich ausgetauschten Mitteilungen liefern den Beweis, daß dieses Verständigungssystem in regelmäßiger und zufriedenstellender Weise funktioniert. Zu dessen Vervollkommnung hat der russische Generalstab indessen noch die Absicht, die Verfügung über die Sebastopolstation ausschließlich den Seestreitkräften zu überlassen und für das Landheer eine besondere Station in der Nähe von Nikolajeff zu bauen.

Die Kommission, die sich bereits mit den durch drahtlose Telegraphie übermittelten Mitteilungen beschäftigt hat, soll nachprüfen, ob die gegenwärtig in Bizerta eingerichtete französische

Digitized by Google

Station genügen wird, um mit den beiden russischen Stationen der Halbinsel Krim in Verbindung zu sein oder ob es notwendig sein wird, für Frankreich eine neue besondere Station zu schaffen.

Die Übermittlung der Depeschen durch geheime Kuriere zwischen Frankreich und Rußland ist in jüngster Zeit auf Betreiben des französischen Generalstabs reorganisiert worden. Die Mitteilungen werden über die skandinavischen Länder bis zu dem Punkte expediert, von dem aus die chiffrierten Mitteilungen in aller Sicherheit weitergegeben werden können.

Von diesem Punkt aus werden die Depeschen durch russische Feldjäger, die schon jetzt näher bezeichnet sind, nach Rußland weiter befördert.

Um die Verbindungen zwischen Frankreich und Rußland noch sicherer zu stellen, könnte man vielleicht die Möglichkeit erwägen, die in Norwegen schon bestehenden drahtlosen Stationen zu benützen. Diese Frage wird den Gegenstand weiterer Mitteilungen zwischen den französischen und russischen Generalstäben bilden.

Artikel 5.

Wird ohne Bemerkung von den Konferenzteilnehmern angenommen.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910 und 1911, die folgendermaßen lauteten: [Text gleichlautend mit Artikel 5 des Protokolls von 1911.]

Artikel 6.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Bemerkung angenommen. [Text gleichlautend mit Artikel 6 des Protokolls von 1911].

Artikel 7.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Bemerkung angenommen.

Ohne Zusätze.

Der Generalstabschef der russischen Armee J. Gilinsky.

Der Generalstabschef der französischen Armee J. Joffre.

Der Kriegsminister A. Millerand.

III. Konferenz vom August 1913.

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind Se. Exzellenz General Gilinsky, Generalstabschef der russischen Armee, und General Joffre, Generalstabschef der französischen Armee zu mehrmaligen Konferenzen in St. Petersburg und in Krosnoje Selo im August 1913 zusammengekommen.

Außerdem waren zugegen:

General de La Guiche, Militärattachés der französischen Botschaft in Rußland; Oberst Graf Ignatieff, Militärattachés der russischen Botschaft in Paris; Oberst Berthelot, Kommandeur des 94. Infanterie-Regiments, designierter Generalmajor der französischen Armee.

Die verschiedenen Punkte der vorerwähnten Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Anlaß gegeben.

Vorbemerkung.

[Text gleichlautend mit der Vorbemerkung des Protokolls von 1912.]

Einleitung.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusatzbemerkung angenommen.

[Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.]

Artikel 1.

[Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.]

Folgender Zusatz wird hinzugefügt:

„Dies gilt mehr noch als bisher im Hinblick auf das beträchtliche Anwachsen des militärischen Gewichtes Deutschlands im gegenseitigen Kräfteverhältnis innerhalb des Dreibundes."

Artikel 2.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910, 1911 und 1912.

Aber im Hinblick auf die Tatsache, daß die Ausführungen der beiden Generalstabschefs von der russischen und französischen Regierung durch die Unterzeichnung der Konferenzprotokolle vom August 1911 und Juli 1912 bestätigt worden sind, erscheint es angezeigt, diesen Bemerkungen folgende Form zu geben:

„Wie die französische und russische Regierung im Jahre 1911 und 1912 anerkannt haben,

Digitized by Google

verpflichtet die deutsche Mobilmachung Rußland und Frankreich, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hievon mobilzumachen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf. Dies gilt auch für den Fall einer jeden feindseligen Handlung der deutschen Armee gegen die eine oder die andere der verbündeten Mächte. Aber wenn allein von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobilgemacht wird, ist eine derartige Verabredung unerläßlich."

Der unterstrichene [von uns gesperrte] Satz wurde hinzugefügt für den Fall eines unvorhergesehenen Angriffes von seiten der Deckungstruppen, noch ehe mobilgemacht wird, um sich eines wichtigen strategischen Punktes zu bemächtigen.

Artikel 3.

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

Die Inkraftsetzung der deutschen Militärvorlage von 1913 wird als Hauptfolge die Verkürzung der Mobilmachungsfristen der deutschen Armee nach sich ziehen. Diese Armee wird also über einen längeren Zeitraum als früher verfügen können, um gegen Frankreich zu operieren, ehe sie sich gegen Rußland wendet.

Der Plan der Verbündeten muß daher darin bestehen, bestrebt zu sein im gleichen Zeitpunkte von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistung der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

General Joffre gibt die Erklärung ab, daß Frankreich auf seiner Nordost-Grenze fast die Gesamtheit seiner Streitkräfte, welche die durch den Wortlaut der Konvention vorgesehene Ziffer um mehr als 200000 Mann überschreiten wird, einzusetzen beabsichtigt; daß die Konzentration der Kampfformationen an dieser Grenze größtenteils am 10. Mobilmachungstage beendigt sein wird und daß die Offensive dieser Truppenkörper am 11. Tag morgens beginnen wird.

General Gilinsky erklärt, daß Rußland gegen Deutschland eine Truppenmacht, welche aus wenigstens 800000 Mann besteht, einsetzen wird; die Konzentration ihrer Kampfformationen wird an der russisch-deutschen Grenze größtenteils am 15. Mobilmachungstage beendigt sein und die Offensive dieser Truppenkörper wird gleich nach dem 15. Tage beginnen. Gegen Ende des Jahres 1914 wird die Konzentration ungefähr um 2 Tage früher beendigt sein.

Die Konferenzteilnehmer legen in großen Linien die Aufmarsch- und Gruppierungspläne der gegen Deutschland bestimmten französischen und russischen Armeen dar.

Sie sind einig in bezug auf die Notwendigkeit, die Offensive gegen das Herz des Landes ihres Gegners zu richten und in bezug auf die Zweckmäßigkeit die Streitkräfte in der Weise zu konzentrieren, daß sie operieren können, entweder um die in Ostpreußen konzentrierten Streitkräfte des Feindes zu bekämpfen, oder um auf Berlin vorzurücken, indem die Operationslinie südlich der Provinz Ostpreußen verläuft, wenn die Konzentration der deutschen Streitkräfte auf dem linken Weichselufer stattfindet.

Ohne die für Rußland bestehende Notwendigkeit verkennen zu wollen, zahlreiche Streitkräfte Österreich und Schweden gegenüber halten zu müssen, vertritt General Joffre die Meinung, daß die Niederlage Deutschlands die Operationen der russischen Armeen gegen die anderen feindlichen Mächte außerordentlich erleichtern wird. Es ist also die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte, welche um jeden Preis und von Anbeginn der Operationen erstrebt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es von Wichtigkeit, die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der verbündeten Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes bildet einen der wesentlichen Faktoren für ein derartiges Ergebnis; General Gilinsky setzt auseinander, daß die auf der vorigen Konferenz in Aussicht genommenen Arbeiten folgendermaßen ausgeführt worden sind:

Die Abschnitte Brianst—Gomel und Luninetz—Jabinka der Linie von Orel nach Warschau sind verdoppelt worden.

Der Abschnitt Jabinka—Brest—Litowsk ist vervierfacht worden.

Was die Legung eines vierten Geleises zwischen Siedletz und Warschau betrifft, so sind die Schwierigkeiten eines derartigen Unternehmens zu große und man wird ein besseres Ergebnis erzielen, wenn man eine neue zweigeleisige Linie baut, die von Riazan und Tula ausgeht und in Warschau mündet.

Digitized by Google

General Joffre teilt diese Ansicht.

Das Studium der Eisenbahnkarte bringt die beiden Generalstabschefs zu der Meinung, daß man die Schnelligkeit der Konzentration dadurch erheblich beschleunigen könnte, daß man gewisse Eisenbahnlinien baut, welche das östliche Rußland mit der Warschauer Gegend verbinden, so z. B.:

1. doppelgeleisiger Ausbau der Linie Batraki—Penza—Riajsk—Bogojavlensk—Sukhinitchi—Smolensk;

2. doppelgeleisiger Ausbau der Linie Rowno—Sarny—Luninietz—Baranovitschi;

3. doppelgeleisiger Ausbau der Linie Lozovaia—Poltava—Kiew—Sarny—Kowel und Herstellung der Linie Grischino—Kowel.

Die offensiven Operationen werden auch dadurch erleichtert werden, daß die russischen Schienenwege sich in einer gewissen Entfernung vom linken Weichselufer halten, sowie dadurch, daß die Übergangsmöglichkeiten über den Fluß in der Warschauer Gegend vermehrt werden.

Schließlich erscheint es zur Erzielung der nötigen Transportleistung unerläßlich, das rollende Material, Eisenbahnwagen und besonders schwere Lokomotiven, beträchtlich zu vermehren.

Was die Ausführung der Operationen anbelangt, so erscheint es unbedingt notwendig, daß die verbündeten Armeen so schnell wie nur möglich einen entscheidenden Erfolg davontragen. Ein Mißerfolg der französischen Armeen bei Beginn des Krieges würde es Deutschland gestatten, einen Teil der Streitkräfte, die zuerst gegen Frankreich gekämpft hätten, an seine Ostgrenze zu werfen. Wenn die französischen Armeen hingegen rasch einen Erfolg über die ihnen von Deutschland entgegengeführten Streitkräfte erringen, so wird dieser Erfolg in demselben Maße auch die Operationen der russischen Armeen erleichtern, da die von Deutschland an seine Westgrenze gebrachten Streitkräfte dann unmöglich gegen Osten eingesetzt werden können.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Überlegenheit über die deutschen Streitkräfte im Westen besitzen. Dies wird sich um so leichter erreichen lassen, wenn Deutschland sich in der Zwangslage befindet größere Streitkräfte an seiner Ostgrenze zu halten.

General Joffre setzt auseinander, daß es unter Berücksichtigung dieser Gedankengänge für die Gesamtlage der beiden Armeen von Vorteil wäre, wenn die russischen Streitkräfte im Gouvernement Warschau schon in Friedenszeiten derart dislociert wären, daß sie eine direkte Bedrohung Deutschlands bilden.

General Gilinsky erklärt, daß der neue Reorganisationsplan des russischen Heeres für die Gegend von Warschau die Schaffung eines Armeekorps vorsieht.

Artikel 4.

Die Generalstabschefs wiederholen ohne Änderung die drei ersten Paragraphen der Bemerkungen, die den Artikel 4 der Konferenz von 1912 betreffen, und die folgendermaßen lauteten:

„Die Konferenzteilnehmer nehmen einstimmig die folgenden Punkte an:

I. Die Konferenzen zwischen den beiden Generalstabschefs sollen periodisch und grundsätzlich alljährlich stattfinden.

II. Außerdem wird man sich jedesmal verständigen, wenn einer der Generalstäbe dies wünscht.

Der Paragraph III. könnte einfacher folgendermaßen abgefaßt werden:

III. Das Konferenzprotokoll wird der Zustimmung der Regierung jedes Landes unterbreitet werden, so daß die Generalstabschefs der verbündeten Armeen sich auf dieses Schriftstück bei der Ausführung der wünschenswerten Verbesserungen werden stützen können."

Der Paragraph unter IV. wird in folgender Weise abgefaßt:

„IV. Da der Austausch von gegenseitigen Auskünften zwischen den verbündeten Armeen nur von Vorteil ist, soll er regelmäßig und häufig fortgesetzt werden."

„Vor jeder Konferenz wird man sich über die Fragen verständigen, die geprüft werden sollen."

Die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten sind entsprechend den im Laufe der Konferenz von 1911 und 1912 formulierten Wünschen vervollkommnet worden.

Die drahtlosen Stationen Paris—Bobrouisk und Bizerta—Sebastopol funktionieren gut. Die Station Bizerta ist von Frankreich verstärkt worden; eine starke Station ist in Rußland

Digitized by Google

in der Nähe des Schwarzen Meeres im Bau, um die Verbindungen bei Tage ebenso leicht wie zur Nachtzeit zu gestalten.

Wie die Versuche von Verbindungen zwischen dem Eiffelturm und der russischen Marinestation Sweaborg ergeben haben, erscheint es wünschenswert, die letztgenannte Station zu verstärken.

Die telegraphischen Verbindungen zwischen dem russischen und dem französischen Generalstabe können durch englische Kabel unter englischer Vermittlung aufgenommen werden.

Die Vereinbarungen mit London sind soeben abgeschlossen worden: Die entsprechenden Maßnahmen sind getroffen worden und die Übermittlung der Nachrichten kann erfolgen.

Die Kabeltelegramme gehen über Amerika, Australien und Sansibar oder über Südafrika und Sansibar, um nach Odessa zu gelangen.

Die Verbindungen durch geheime Kuriere sind vom französischen Generalstab so organisiert worden, daß die Übermittlung der Depeschen von Frankreich nach Rußland ermöglicht ist.

Der russische Generalstab sollte in derselben Weise die Verbindung durch geheime Kuriere in die Wege leiten.

Artikel 5.

Da die russische und französische Regierung die seit 1910 dem Artikel 5 gegebene Auslegung angenommen haben, könnte sie in folgender Weise ausgedrückt werden:

„Die russische und die französische Regierung haben beiderseitig anerkannt, daß der Artikel 5 die Vertragschließenden verpflichtet, getrennt weder die militärischen Operationen einzustellen noch einen Waffenstillstand abzuschließen."

Artikel 6.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Änderungen angenommen.

[Text gleichlautend mit Artikel 6 des Protokolls von 1912.]

Artikel 7.

Wird ohne Bemerkungen von den Konferenzteilnehmern angenommen.

Keine Bemerkungen.

Der Generalstabschef der russischen Armee (gez.) J. Gilinsky.

Der Generalstabschef der französischen Armee (gez.) J. Joffre.

(Fortsetzung von Seite 209 unten)

auszudehnen und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei nötig, weil Deutschlands Nachbarn auf sein Gedeihen und seine Macht eifersüchtig seien. Sie sind bestrebt gewesen, zwischen den Nationen an Stelle der Freundschaft Feindschaft und Argwohn zu säen. Sie haben ein System der Spionage und der Intrigen entwickelt, welches ihnen gestattet hat, auf dem Gebiete ihrer Nachbarn Unruhen und innere Revolten zu erregen und sogar geheime Offensivvorbereitungen zu treffen, um sie im gegebenen Augenblick mit größerer Sicherheit und Leichtigkeit zerschmettern zu können. Sie haben durch Gewaltandrohungen Europa in einem Zustand der Gärung erhalten, und als sie festgestellt hatten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, da haben sie beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen.

Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb achtundvierzig Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege, dessen Spieleinsatz die Kontrolle über den Balkan war, wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuche der Versöhnung und der Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, jener Weltkrieg, den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.

Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortlichkeit, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen.

[Wörtlicher Auszug aus der Mantelnote vom 16. Juni 1919 zum Versailler Vertrag.]

Redaktionell abgeschlossen am 25. Juli 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Die zerstörten Gebiete.

Die Frage der Zerstörung Nordfrankreichs im Weltkriege und seines Wiederaufbaus ist ein Problem, das auch heute noch die ganze Welt und unser ganzes Finanz- und Wirtschaftsleben in höchster Spannung erhält.

Wir sehen heute noch, auch wenn der Wiederaufbau in letzter Zeit stärkere Fortschritte gemacht hat, weite Teile der ehemaligen Kriegszonen in Schutt und Asche liegen und viele Tausende der durch die Kriegsereignisse an sich schon stark mitgenommenen französischen Bevölkerung ohne Dach und Fach oder nur in notdürftigen Behelfsbauten ihr Leben fristen.

Wir sehen immer wieder, wie besonders Frankreich, ungeachtet der Not seiner Bewohner, das große Werk des Wiederaufbaus hinauszögert und sich scheut, teils aus kurzsichtiger wirtschaftlicher Eigensucht, teils aus propagandistischen Motiven, den einzig gangbaren Weg zu beschreiten, den Wiederaufbau gemeinsam mit deutscher Organisations- und Arbeitskraft und in offener, jeden politischen Nebenzweck ausschaltender Verständigung anzufassen. Man übersieht dabei völlig, daß jeder Monat und jedes Jahr verzögerten tatkräftigen Handelns, angesichts der fortschreitenden Entwertung des deutschen Geldes, die Schwierigkeiten der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in wachsendem Ausmaße erhöht und daß angesichts der täglich steigenden Not und des wachsenden wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands, die Aussichten für einen zweckentsprechenden und wirksamen Wiederaufbau immer geringer werden.

Das deutsche Volk, dem seinerzeit im Versailler Vertrag die Wiedergutmachung aller Schäden zudiktiert wurde, hat sich, weiß Gott, redlich bemüht, den Wiederaufbau der zerstörten Provinzen nach Maßgabe seiner tatsächlichen Kräfte durchzuführen. Das zeigt klar das Angebot der deutschen Gewerkschaften, die Kraft der deutschen Arbeiter in den Dienst der Sache zu stellen, das hat sich auch gezeigt im Wiesbadener Abkommen, das, kaum zum Vorteil Deutschlands, weitgehendstes Entgegenkommen bewies. Aber alle diese deutschen Versuche zu ehrlicher tatkräftiger Mitarbeit blieben dank der Haltung Frankreichs bisher eben nur fruchtlose Versuche.

So leiden auch heute noch große Teile der Völker hüben und drüben unter dieser Form unproduktiver Politik. Diese unproduktive Politik wirkt darüber hinaus aber auch noch viel schwerwiegender. Die Not der Bewohner der zerstörten französischen Provinzen einerseits, die Erkenntnis weiter deutscher Kreise andererseits, daß alle deutschen Versuche, das Problem der Reparationen in positiver, gangbarer Form zu lösen, bisher nutzlos verpufften, verzögert die so notwendige Einigung der Völker, läßt den Kriegshaß immer wieder erneut entflammen und wird somit geradezu zu einem schwerwiegenden Hemmungsmoment für die so notwendige Befriedung der ganzen Welt. Das Problem der Zerstörung und des Wiederaufbaus wird damit über die Interessen der unmittelbar beteiligten Völker hinaus geradezu zu einer grundlegenden, das ganze Wirtschaftsleben und Zusammenleben des europäischen Kontinents berührenden schwerstwiegenden Frage, ja zu einer Weltfrage. Und alle Völker der Erde, auch das in diesen Dingen noch immer abseitsstehende Amerika, sollten nach Wegen suchen, nun endlich eine glückliche, den Kraftverhältnissen entsprechende Lösung zu finden.

Es erscheint daher dringend an der Zeit, dieses Problem der Zerstörung und des Wiederaufbaus einmal in einer zusammenhängenden Schrift zu erörtern, vor allem die Gründe zu erörtern, warum der Wiederaufbau nicht schneller zustandekommt.

Das vorliegende Heft der Süddeutschen Monatshefte soll zunächst die gewisse Sabotage des Wiederaufbaus der zerstörten Provinzen durch die französische Regierung und Industrie selbst behandeln und wird darlegen, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht daran schuld sind, wenn auch heute noch weite Gebiete Frankreichs in Trümmer liegen. Es wird auch kurz zeigen, in welch zweckentsprechender Weise, in verhältnismäßig kurzer Zeit deutsche Arbeits- und Organisationskraft das seinerzeit von den Russen zerstörte Ostpreußen wiederherzustellen verstanden haben und wie stark fördernd dementsprechend eine aktive Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Frankreichs hätte sein können. Die heutigen gesteigerten Druckkosten zwingen dazu, diese Frage in möglichster Kürze zu behandeln. Die Darstellung wird aber auch so immerhin schon hinreichenden Aufschluß geben.

Die Bearbeitung dieses Teiles hat Herr Dr. Johann Albrecht Loeser übernommen, dem hierfür an dieser Stelle Dank auszusprechen meine Pflicht ist.

In einem folgenden Heft wird die Zerstörung Frankreichs und Belgiens im Weltkriege und die Ursachen dieser Zerstörung an der Hand urkundlichen Materials behandelt werden und unter eingehender Darlegung des Verhaltens der Alliierten im Weltkriege gezeigt werden, daß an sich die Forderung der restlosen Wiedergutmachung aller Schäden auch rein rechtlich nicht aufrechtzuerhalten ist, daß vor allem aber der Vorwurf der mutwilligen Zerstörung der Ortschaften, der von den führenden Politikern der Alliierten und in ihrer Presse in letzter Zeit gegen Deutschland stets besonders erhoben wurde, einer sachlichen Kritik nicht standzuhalten vermag.

Um so klarer wird dann aus dem Gesamtbilde die völlige Berechtigung der Forderung hervorgehen, den Versuchen Deutschlands zukünftig keine Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen, die ungeheuren Kosten des Wiederaufbaus durch werktätige Beteiligung seiner Arbeiterschaft im Aufbaugebiet, durch schnelle Arbeit und durch Verwendung deutscher Erzeugnisse möglichst zu verringern, vor allem aber die Wiederherstellung auf ein der augenblicklichen Lage Deutschlands entsprechendes Maß herabzusetzen.

Berlin, im August 1922.

Otto von Stülpnagel.

Digitized by Google

Die Sabotage des Wiederaufbaus Nordfrankreichs durch die französische Regierung.

Von Dr. Johann Albrecht Loeser in Berlin.

Die Wahrheit über den Wiederaufbau in Nordfrankreich.

So wenig stichhaltig die Gründe auch sind, durch die Deutschland zur Tragung der gesamten Reparationskosten gezwungen wurde, so hat die deutsche Regierung dennoch durch ihre Unterschrift unter den Versailler Vertrag, wozu sie sich durch die Notlage gedrängt sah, die Verpflichtung zur Gesamtreparation übernommen. Es trat nun die schwere Frage an das deutsche Volk heran, ob und wie es diese Verpflichtung erfüllen könne. Der Streit, der sich deswegen erhob, hat inzwischen der allgemeinen Einsicht im Inland und auch bei einsichtigen Beurteilern im Ausland Platz gemacht, daß die Reparationsforderung von 132 Milliarden Goldmark in der Tat unerfüllbar ist. Dabei sind mit dieser Summe die deutschen Barverpflichtungen noch nicht einmal erschöpft, sondern es kommen noch hinzu die Kosten für die Besatzungstruppen und militärischen Kommissionen. Sie betrugen für das Jahr 1920 ca. 30 Milliarden Papiermark und dürften für die Folgezeit diese Zahl um ein Vielfaches übersteigen.

Unmöglichkeit der Erfüllung in bar.

Deutschland hat dennoch in redlichster Weise den Versuch unternommen, diesen Verpflichtungen nachzukommen und ist dabei bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Aber die wirtschaftliche Schwächung durch den Friedensvertrag ist zu groß, um selbst bei bestem Wollen diese Absicht durchzuführen. Durch den Verlust Posens und Westpreußens wurden dem Reich seine wichtigsten landwirtschaftlichen Überschußgebiete genommen, das oberschlesische Industriegebiet, dessen Unteilbarkeit die Voraussetzung für die Annahme des Londoner Ultimatums ursprünglich gewesen war, wurde zerrissen, und so die wirtschaftliche Produktionskraft Deutschlands sehr geschwächt, ebenso wie durch den Verlust der Erz- und Kohlengruben in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet. Durch die Abtretung der Kolonien fiel weiter eine große Menge von Erzeugnissen, die direkt oder indirekt zur Stärkung unserer Ausfuhr dienten, fort, sie müssen jetzt vielmehr vom Ausland bezogen werden und erhöhen unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von diesem. Besonders schwächend war endlich die Wirkung der ungeheuren Zwangslieferungen an Kohle, Chemikalien, Baumaterialien usw., die der freien Ausfuhr des Reichs verloren gehen und abermals eine weitere Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz bedeuten.

Zu all diesen Verlusten an Produkten kommt noch das Versiegen der drei wichtigsten Einnahmequellen aus dem Auslande hinzu: Sie bestanden in dem ausländischen deutschen Eigentum, den fremdländischen Wertpapieren und der deutschen Handelsflotte. Diese bildeten in unserer Zahlungsbilanz einen wesentlichen Aktivposten. Es ergibt sich hieraus die Folge, daß unsere früher stark aktive, jetzt an sich schon passiv gewordene Zahlungsbilanz außerordentlich verschlechtert wurde, weil die aus diesen drei Quellen fließenden Goldeinnahmen aufhörten.

Die einzige Möglichkeit, diesen Passivsaldo zu beseitigen und gleichzeitig die Mittel für die Reparationszahlungen aufzubringen, bestände in der Erhöhung der deutschen Ausfuhr. Aber diese Möglichkeit besteht nur in der Theorie, die Praxis zeigt ein anderes Bild. Denn auf unsere Ausfuhr ist eine Abgabe von 26% gelegt, welche bekanntlich den variablen Teil der jährlichen Reparationssumme bildet.

So ergibt sich, daß uns nur 74%, also rund Dreiviertel des Ausfuhrwertes, zur Begleichung unserer feststehenden Barverpflichtungen zur Verfügung stehen. Hiervon muß aber noch mindestens ein weiteres Viertel abgezogen werden, das die Einfuhr fremder Rohstoffe darstellt, die zur Aufrechterhaltung der Ausfuhr unbedingt notwendig ist. Demnach steht nur der halbe Ausfuhrwert unseren sämtlichen Zahlungsverpflichtungen als Aktivposten gegenüber, d. h. also: Unsere Ausfuhr muß mindestens doppelt so groß sein wie unsere gesamten Barzahlungen. Diese Höhe aber kann und wird sie nicht erreichen, da sie, wie feststeht, um 40—60% und mehr gegenüber der Friedensziffer abgenommen hat.

Digitized by Google

Durch alle diese Umstände erwies sich bereits die Zahlung der ersten Goldmilliarde im August 1921 wegen des Mangels an Golddevisen als unmöglich und verhängnisvoll für die Bewertung der Mark. Denn die Regierung mußte immer größere Mengen Papiergeld für den Erwerb der Devisen aufwenden und konnte dann doch die Summe nur durch Aufnahme von Auslandskrediten und Eingriff in den Goldbestand der Reichsbank beschaffen. Mitte Dezember mußte Deutschland zum ersten Male seine Zahlungsunfähigkeit für die fälligen Januar- und Februarraten erklären und um ihre Stundung ersuchen. Seitdem hat die Entwertung der Mark einen derartig katastrophalen Umfang angenommen, daß die Aufbringung von Golddevisen heute eine völlige Unmöglichkeit darstellt.

Sachleistungen statt Barleistungen.

Diese Unmöglichkeit, Barzahlungen in größerem Umfange zu leisten und, nach dem neuesten Niedergang der Mark, überhaupt noch solche aufzubringen, ist von einsichtsvollen Beurteilern im In- und Auslande erkannt worden. Der Gedanke, an ihre Stelle *Sachleistungen* zu setzen, trat, von verschiedenen Seiten geäußert, schon früh auf, sogar bereits vor Abschluß des Friedens. Diese Idee nahm dann folgende Form an:

Deutschland beteiligt sich durch Lieferung von Material und Arbeit am Wiederaufbau der zerstörten französischen Provinzen, und diese Leistungen werden ihm auf Reparationskonto gutgeschrieben.

Der deutsche Wunsch, am Wiederaufbau teilzunehmen, war nicht nur deshalb ein höchst vernünftiger, weil ja die zum Aufbau zu verwendende Summe einen beträchtlichen Teil der Gesamtreparationssumme bildet, die Deutschland zu zahlen hat, sondern es hat auch ein gewisses Recht dazu, das ihm der Versailler Vertrag verbürgt (Teil 8, Anlage IV, § 1 ff.[1])). Übrigens äußerte selbst *Lloyd George* im Mai 1921, daß *Deutschland nur in Produkten und Arbeit zahlen* könne.

Des französischen Volkes Interesse daran.

Der Gedanke war nicht nur für das deutsche Volk von Vorteil, sondern auch für das französische Volk. Denn so allein wurde es möglich, den Wiederaufbau schnell, innerhalb weniger Jahre, durchzuführen. Ausdrücklich war auf der ersten Londoner Konferenz 1920 der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete als die erste Voraussetzung für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung in Europa bezeichnet worden. Die Ausführung war aber eigentlich Frankreich allein vorbehalten. An der festgesetzten Reparationssumme, die Deutschland an die Entente zu zahlen hat, ist Frankreich bekanntlich mit 52% beteiligt, und mit diesem Anteil hat es auch den Wiederaufbau durchzuführen, ohne direkte Mithilfe irgend eines fremden Staates.

Frankreichs Unfähigkeit zum Wiederaufbau.

Es hat sich nun aber gezeigt, daß *Frankreich im Gegensatz zu Belgien, das seine Schäden größtenteils selbständig repariert hat, mit der Wiederaufbauarbeit nicht fertig werden konnte.* Einmal war es nicht imstande, die *finanziellen Schwierigkeiten* des Wiederaufbaus zu beheben. Nur wenn die französische Regierung eine gefährliche *Inflation des Franks* dulden wollte, konnte sie ihren Wiederaufbaugesellschaften eine ausreichende Unterstützung zuteil werden lassen. Schließlich hat sie es aber „endgültig abgelehnt, durch beliebige Vermehrung des Notenumlaufs die Mittel für den Wiederaufbau bereitzustellen. Die nach dem Etat verfügbaren Mittel reichen schon bei dem bisherigen Umfang der Wiederaufbauarbeiten nicht aus, um die Leistungen der Unternehmer und Geschädigten zu bezahlen“[2]). Minister Loucheur mußte selbst erklären, auf diese Weise würde der Wiederaufbau 42 Jahre dauern, nämlich solange, bis die deutsche Kriegsschuld bezahlt ist. Die Versicherung des neuen französischen Wiederaufbauministers Reibel, „den Wiederaufbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten beschleunigen zu wollen“, erweist sich so als ein gänzlich wertloses Versprechen, und

[1]) „Die alliierten und assoziierten Mächte fordern und Deutschland sagt zu, daß es in teilweiser Erfüllung seiner durch den gegenwärtigen Teil festgesetzten Verpflichtungen, entsprechend den nachstehenden näheren Bestimmungen, seine wirtschaftlichen Hilfsmittel unmittelbar der Wiederherstellung in Natur der mit Krieg überzogenen Gebietsteile der alliierten und assoziierten Mächte dienstbar macht, und zwar in dem von diesen Mächten zu bestimmenden Ausmaß.“ — [2]) Albert Cuntze, Ministerialrat im Ministerium für Wiederaufbau: „Zum Wiesbadener Abkommen“. „Tägliche Rundschau“ v. 27. Oktober 1921, Abendausgabe.

Digitized by Google

mit Recht stellte der französische „Aktionsausschuß für die verwüsteten Gebiete" fest, daß der Wiederaufbau im Jahre 1922 in ebenso beschränktem Maße und ebenso unsicher fortschreiten werde wie bisher, da die für dies Jahr hierfür im Budget vorgesehene Summe durchaus unzureichend sei.

Außerdem ist auch die Leistungsfähigkeit der französischen Industrie eine beschränkte. Wollte sie ihre ganze Kraft der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete widmen, so bestand die Gefahr, daß sie sich von den Belieferung des Weltmarktes ausschloß.

Tatsächlich ist so nur ein Teil des Wiederaufbaus von Frankreich durchgeführt worden; es handelt sich dabei um eine gewisse Anzahl von Wegen, Chausseen, Eisenbahnen, industriellen Unternehmungen usw. Dagegen ist ein großer Teil der Ortschaften und Gehöfte so gut wie gar nicht oder nur behelfsmäßig, in dürftigster Weise, wiederhergestellt.

Aber die angeführten Gründe reichen nicht aus, um die Erfolglosigkeit der französischen Aufbautätigkeit zu erklären. Daß die Bewohner der zerstörten Landesteile großenteils noch heute ohne feste Behausung, in elenden Hütten und Baracken leben, daß auch Felder und Acker zum Teil noch wüst und unbebaut wie zuzeiten des Krieges daliegen, ist vor allem die Schuld allgemeiner Unfähigkeit und Korruption, schließlich auch ein Mangel an gutem Willen aus politischen Gründen, auf den noch später zurückzukommen sein wird.

Französische Berichte geben uns hiervon Zeugnis. Welche Betrügereien z. B. bei der Anmeldung der Entschädigungsansprüche vorkamen, darüber belehrt uns der unwiderlegt gebliebene Bericht Marcel Sembats im „Populaire". Sembat erhielt seine Angaben von dem Abgeordneten Inghels, welcher auch in der französischen Kammer aufsehenerregende Enthüllungen machte. Sembat berichtet:

„Nicht nach Hunderten von Millionen gehen die Verschleuderungen, sagte mir gestern Inghels. Nein, die Milliarde ist bereits überschritten. Nach den Dokumenten, die ich besitze, haben 32 Industrielle, jawohl 32, ganz allein nicht weniger als eine Milliarde 112 Millionen erhalten."

Hierüber brachte der Abgeordnete Inghels in der Kammer eine lange Liste als Beweis, in der Name und Ort dieser industriellen Unternehmungen genau aufgeführt sind und wo bewiesen wird, daß die Entschädigung gegenüber dem wirklichen Schaden phantastisch hoch ist. Ferner erklärte Inghels:

„Gewisse Industrielle haben ohne einen Pfennig auszugeben große Erweiterungsbauten vorgenommen. Industrielle, die vor dem Kriege nur eine nichtssagende Werkstatt hatten, besitzen heute ultramoderne Etablissements von bedeutend vergrößertem Umfang. Man konnte bei Hunderten von Fabriken mühelos feststellen, daß die bebaute Oberfläche und der jetzige Wert größer sind als vor dem Krieg."

Ein General Michaud wurde nach einem Bericht des „Matin" wegen falscher Kriegsschädenanzeige zum Verlust von 50% seiner Schadenersatzrechnung durch das Gericht in Nancy verurteilt.

Bei Berechnung des Koeffizienten, mit dem der Schaden von 1914 berechnet werden muß, um die heutigen erheblich höheren Kosten für Material und Arbeit festzustellen, sind gleichfalls die schlimmsten Betrügereien nachgewiesen worden. Marcel Sembat berichtet darüber:

„In der Tat, Inghels erzählt mir von Koeffizienten, die bis zu 15 und 16 gehen, daß man also das 15—16fache des Schadenbetrages von 1914 fordert." Der „Cri du Nord" fügt hinzu: „Ich finde wirklich kein anderes Wort als Gaunerei für das, was in den verwüsteten Gebieten jetzt mit den Koeffizienten geschieht und den Gewinnen, die einzelne zum Schaden des Staates machen!"

Dies System von „Gaunerei" wird vervollständigt durch die unerhörten Spekulationsankäufe, über die der damalige Minister Loucheur selbst im „Intransigeant" berichtete:

„Man kauft eine Farm für 12 000 Frs., welche 80 000 Frs. für Kriegsschäden einstreckt. Dieses Pachtgut wird dann verlassen und dient zu nichts, in keiner Weise, denn es macht den Boden Frankreichs nicht produktiv. Man kauft für 100 000 Frs. eine Fabrik, die eine Million erhalten hat. Man begnügt sich damit, die Kriegsschäden zu diskontieren und die Fabrik zu schließen."

Es ist begreiflich, daß bei solchen Zuständen auch das Aufbauwerk selbst nichts

Digitized by Google

wert ist. Loucheur berichtete in großartiger Weise, von 300 000 ganz, 600 000 teilweise zerstörten Gebäuden seien bereits eine Viertelmillion vorläufig wiederhergestellt. Diese leidlich respektabel klingenden Zahlen erhalten aber ein anderes Gesicht, wenn man hört, wie diese Häuser gebaut worden sind und was unter „vorläufig wiederhergestellt" zu verstehen ist. Darüber belehrt uns der Bericht des Abgeordneten Inghels:

„Ich stimme vollkommen mit dem Berichterstatter der Kammer, Herrn d'Aubigny, überein, der feststellt, wie schlecht die ausgeworfenen Kredite verwandt worden sind, und wie unfähig man mit der Wiederherstellung von Arbeiterwohnungen gewesen ist. Fast überall sind die Unglücklichen in ihren Baracken geblieben. Nach zwei Jahren bieten die verwüsteten Strecken noch den gleichen Anblick. Überall sieht man in den Ruinen einige Latten, die Pechpappe oder Wellpappe halten. Das sind die Dächer von provisorischen Wohnungen. Die kleinsten Löcher dienen noch zum Unterschlupf. Aber zwischen all den Ruinen sieht man Schlösser, Fabriken und Kirchen neu aus der Erde wachsen. Und dann die Wirtschaften, die den großen Brauereien gehören. Das bildet dann einen schroffen Gegensatz zu den Trümmern der zerstörten Städte."

Auch der Abgeordnete Basly weiß über die provisorischen Wohnungen zu berichten:

„Ich habe hier Beweise der Geldverschleuderung. In Lens hat man 100 Arbeiterhäuser halbprovisorisch errichtet. Das heißt, man hat sich nicht darum gekümmert, daß der Boden von Granaten zerwühlt war, sondern man hat einfach einen Einschnitt gemacht, Ziegel aufgeschichtet, und wenn dann die Häuschen fertig waren, sind sie wieder eingestürzt... Über ein anderes Arbeiterviertel berichtet der Direktor des Gesundheitsamtes von Lens: Es regnet in alle Zimmer hinein. Das Wasser träufelt von den Wänden. Die Pflasterung ist schadhaft, und der Zement, mit dem die Wände beworfen sind, ist rissig."

Daß man an vielen Stellen überhaupt noch nicht begonnen hat wiederaufzubauen, wird durch einen Bericht des Abgeordneten Crespel bestätigt:

„Die Gerechtigkeit und die guten Sitten sind gleichermaßen erschüttert. Es gibt Städte, die Sie so gut kennen wie ich, Bailleul, La Bassée, Albert und viele andere, in denen seit 2 Jahren auch kein einziges der 1500, 2000 oder 3000 Häuser wiedererrichtet wurden, die sie vor dem Krieg besaßen."

Es kann hinzugefügt werden, daß sich die Situation auch in den letzten Monaten nicht wesentlich geändert hat.

Wenn sich trotzdem nach französischer Rechnung ein Gesamtschaden von 80 Milliarden ergibt, wie der Berichterstatter d'Aubigny in der französischen Kammer ausrechnete, so wird man sich nach den angeführten Beispielen schwindelhafter Geldverschleuderung über die Höhe dieser Summe kaum mehr wundern. Es hat auch wenig Wert, diese Zahl durch Einzelangaben zu präzisieren, wie das d'Aubigny versucht hat. Die schwindelhaft hohe Gesamtsumme ergibt sich aus den schwindelhaft hohen Einzelzahlen. Dies alles könnte uns gleichgültig sein, wenn wir es nicht zu zahlen hätten. Aber im Vertrauen auf das „Le Boche paie tout" ist es leicht, fabelhafte Summen an die Geschädigten zu zahlen.

Die Geschädigten für deutsche Materialliefe-rungen.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die französische Bevölkerung der zerstörten Gebiete selbst mehr und mehr auf deutsche Beteiligung drängte, um endlich aus dem Elend herauszukommen. Der im April 1921 in Paris tagende Kongreß des Allgemeinen Arbeiterverbandes sprach sich für Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau aus, und auf einem Kongreß der Geschädigten schloß man sich dieser Stellungnahme an. Von den verschiedensten Gemeinden wurde immer dringlicher derselbe Wunsch ausgesprochen.

Regierung und Unternehmer dagegen.

Die französische Regierung aber widersetzte sich dem, solange sie konnte. Sie äußerte sich wohl hier und da in allgemeinen Worten wohlwollend über die Möglichkeit deutscher Mitarbeit, ließ aber alle deutschen Vorschläge, die weiter unten näher bezeichnet sind, im Sande verlaufen. Der eigentliche Grund war der, daß man dem französischen Unternehmertum den Wiederaufbau als Ausbeutungsobjekt allein zukommen lassen wollte. Auch hierüber liegen einwandfreie französische Stimmen vor. Der französische Sozialistenführer Jouhaux, der sich ernstlich um die deutsche Beteiligung am Wiederaufbau bemüht hat, berichtete im französischen Gewerkschaftsorgan „L'Atelier":

„Wenn unsere unglücklichen Landsleute leiden, wenn sie, noch elenden Ver-

Digitized by Google

hältnissen überantwortet, gezwungen sind, in ihren Baracken oder Erdhöhlen zu frieren, so müssen sie wissen, wem die Verantwortung für diese Sachlage zufällt. Sie müssen nicht außer acht lassen, daß die Regierung dieses Landes die Vorschläge nicht hat berücksichtigen wollen, die ihr gemacht worden sind, daß sie sie ohne Antwort gelassen hat, daß sie noch nicht begonnen hat, sich wirklich zum Zwecke des Wiederaufbaues zu bemühen. Aus welchem Grunde?...

Die Unternehmer, eifersüchtig auf die Kriegsgewinne ihrer Kollegen in der Metallindustrie und der Zwischenhändler in der Lebensmittelversorgung, betrachten die verwüsteten Gebiete als ihr eigen. Es ist ein ‚Kuchen', den sie mit niemand teilen wollen; die deutsche Mitarbeit in Arbeitskräften, in Baustoffen, in Geldmitteln würden ihren Anteil vermindert haben...

Wir stellen fest, daß es möglich gewesen wäre, sie (die 10 zerstörten Departements) schnell wiederherzustellen und ohne den Nutznießern der Erdarbeiten und des Bauwesens einen Vorwand zu ungemessenem Profit zu geben. Man hat nichts in diesem Sinne getan."

Das Zentralorgan der französischen Industrie, „La Journée industrielle", bestätigt diese Behauptung in unumwundenen Worten:

„Eine große Anzahl französischer Industrieller, insbesondere die Erzeuger von Baumaterialien aller Art, die Metall und Holz verarbeitende Industrie, mit einem Wort alle von der Bautätigkeit mehr oder weniger abhängenden Industrien sehen den Wirkungen, die gerade ihnen aus den Wiesbadener Abmachungen erwachsen würden, mit wachsender Besorgnis entgegen."

Gespräch mit einem französischen Bauunternehmer.

Vor allem war die deutsche Konkurrenz angesichts der französischen Mißwirtschaft sehr zu fürchten, sie durfte daher unter keinen Umständen zugelassen werden. Eine unvergleichliche Probe für die Angst der französischen Unternehmer, die wohlorganisierte und tadellose deutsche Arbeit möchte sich angesichts der französischen Desorganisation gar zu vorteilhaft ausnehmen, liefert uns ein Gespräch, das François Delaisi mit einem der namhaftesten Bauunternehmer seines Landes hatte, und das er im „Progrès civique" vom 4. Juni 1921 veröffentlichte:

„Niemals darf es geschehen, daß man die Deutschen zu uns hereinläßt!"

„Ich begreife..., man wird ihnen höchstens einen Sektor in der ‚roten Zone' überlassen, weil sie dort kläglich versagen werden?"

„Ah, da kennen Sie diese Leute schlecht! Diese Teufelskerle sind so großartig organisiert, daß man ihnen einen Landstrich anweisen kann, der die greulichsten Granattrichter, Schützengräben, Ruinen und Wüsteneien enthält, und binnen kurzem wird er mit musterhaften Villendörfern übersät sein!"

„Desto besser!"

„Nicht doch!" schrie der Unternehmer wütend. „Wenn man den Deutschen auch nur einen Sektor überläßt, so erhalten sie die übrigen gleichsam automatisch... und was geschieht dann mit uns??!!"

„Also man muß die Deutschen abweisen, weil sie schnell und gut arbeiten?"

„Das will ich gerade nicht sagen... Sehen Sie, es gab vor dem Kriege in jedem Dorf mehrere Hütten, die damals kaum 1000 Frs. wert waren. Heute schätzt man sie auf 5000 bis 8000 Frs.... Sie begreifen, daß sich ein französischer Unternehmer mit einem solchen Bettel nicht abgeben kann! Deshalb schlägt unsere ‚Chambre syndicale' vor, daß man diese Hütten den ‚Boches' überläßt. Da diese Hütten in allen Sektoren verstreut sind, so können die Deutschen ihre famose ‚Organisation' nicht zur Geltung bringen. Aber nur keinen Sektor, um Gotteswillen nur keinen ganzen Sektor!!!"

„Gut, gut, ... auf diese Art bleiben unseren Unternehmern alle Baulichkeiten von 8000 Frs. angefangen. ... Aber da die Regierung, wie Sie sagen, heute noch kein Programm aufgestellt hat, so könnten die Geschädigten ja noch zehn Jahre warten, bis man ihnen zu Hilfe kommt?"

„Ach, das macht nichts... Es sind ja gute Patrioten! Und ehe sie es zulassen, daß die Deutschen ihre Häuser — von 8000 Frs. aufwärts — wiederaufbauen, bleiben sie lieber in der Majestät ihrer Ruinen. Wir hoffen, daß unsere Deputierten nicht erlauben, es werde da eine andere Teilung vorgenommen! Denn die Deutschen

Digitized by Google

würden sonst dem Publikum vor Augen führen, daß die französischen Unternehmer keine Organisation besitzen."

„Um es kurz zu machen: Nach Ihrer Ansicht ist die deutsche Entschädigung nicht für die Betroffenen, sondern für die Unternehmer bestimmt?"

Der Unternehmer lachte und sagte: „Natürlich, ... aber man braucht es nicht laut zu sagen ..."

Es wäre schade, diesem Gespräch ein Wort hinzuzufügen.

Das Wiesbadener Abkommen.

Dem immer stärker werdenden Druck der eigenen Bevölkerung gegenüber, sah sich die französische Regierung endlich genötigt, dem deutschen Wunsch nach Mitarbeit wenigstens nach außen hin entgegenzukommen. Es wurden Verhandlungen angeknüpft, deren schließliches Ergebnis das Wiesbadener Abkommen vom 6. Oktober 1921 darstellt. In diesem Abkommen handelt es sich ausschließlich um deutsche Lieferungen von Sachgütern, während über Beteiligung deutscher Arbeiter nichts vereinbart wurde, d. h. also nur der eine Teil der deutschen Anerbietungen wurde berücksichtigt.

Aber das Wiesbadener Abkommen hätte immerhin einen Anfang bilden können, dessen Fortsetzung vielleicht eine für beide Parteien befriedigende Lösung des Wiederaufbau- und Reparationsproblems ergeben hätte. Aber es wird sich zeigen, daß die französische Regierung in ihrer günstigen Verhandlungsposition sich trotz der Bemühungen des deutschen Vertreters nicht entschließen konnte, Deutschland in den wesentlichsten Punkten entgegenzukommen, sondern dem Abkommen eine Form gab, die Deutschlands Beteiligung durch Sachlieferungen nahezu unmöglich oder so ungünstig macht, daß weder eine Erleichterung der Reparationslasten noch auch der Wiederaufbau erreicht wird. Die inneren Gründe für dieses Verfahren liegen ja in den geschilderten Quertreibereien des egoistischen französischen Unternehmertums offen zutage.

Das Wiesbadener Abkommen setzt fest, daß Deutschland im Höchstfall Sachgüter im Gesamtwert von 7 Milliarden Goldmark liefern darf, und zwar innerhalb der nächsten 4½ Jahre, nämlich vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1926. Eine Beschränkung liegt darin, daß der zur Anrechnung gelangende Jahreswert der gelieferten Materialien eine Milliarde in Gold nicht überschreiten darf. Mehrlieferungen eines Jahres kommen erst später zur Verrechnung. Außerdem sind in diesen 7 Milliarden noch für etwa 1½ Milliarden Kohle, Kohlennebenprodukte, Farbstoffe usw. enthalten, welche sich aus dem Abkommen von Spa vom Juni 1920 herleiten. Demnach bleibt als Höchstbetrag 5½ Milliarden in Sachlieferungen aus dem Wiesbadener Abkommen übrig.

Ist nun das Ziel, Sachleistungen an Stelle von Goldleistungen zu setzen, in Wirklichkeit durch den Vertrag erreicht worden? Man sollte es annehmen, denn das ganze Abkommen galt ja nur diesem Ziel.

In der Tat ist es aber kaum der Fall. Denn der Vertrag ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die geeignet sind, seinen Wert sehr fraglich erscheinen zu lassen.

Keine volle Gutschrift.

Zunächst ist bestimmt, daß Frankreich nicht sofort die volle Gutschrift auf Reparationskonto für die geleisteten Sachgüter vornimmt, sondern nur 35% ihres Wertes. Die Gutschrift kann auf 45% erhöht werden, falls die deutschen Lieferungen jährlich den Wert von einer Goldmilliarde nicht erreichen. Die restlichen 65 bezw. 55% wird Deutschland dem französischen Staate stunden und zwar auf 5—15 Jahre, es wird somit gewissermaßen der „Bankier" Frankreichs. Dieser Punkt ist geeignet, den Wert des Abkommens für uns sehr problematisch zu machen, denn nun hat Deutschland außer seinen gewaltigen Jahreszahlungen in Gold, die ihm durch den Versailler Vertrag vorgeschrieben sind, den nicht sofort in Anrechnung gebrachten Teil der Sachlieferungen zu leisten. Diese — wenn auch nur vorläufigen — Mehrverpflichtungen übernahm Deutschland in einem Augenblick, wo die bestehenden Lasten es finanziell bereits völlig zu Boden drückten. Es ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß diese Verpflichtung nicht wird erfüllt werden können, um so weniger, als die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sich seitdem in so ungeahnter Weise verschlechtert haben.

Digitized by Google

Es wird nun gesagt, daß diese Mehrleistungen Deutschlands insofern keinen größeren Umfang annehmen und daher nicht drückend sein würden, als die theoretische Höchstleistung von 5½ Milliarden aus mancherlei Gründen nicht erreicht werden könne, sondern höchstens die Hälfte dieser Summe. Dann würde natürlich die jährliche Lieferung eine Milliarde nicht übersteigen und also 45% zur Anrechnung auf Reparationskonto gelangen, demnach nur 55% dem französischen Staate zu stunden sein. Die Beruhigung, die man damit geben will, nützt uns aber wenig, denn je höher die Wagschale mit den Sachleistungen schnellt, desto tiefer sinkt die Schale mit den Goldleistungen. Das Abkommen verliert seinen Wert, wenn seine Wirkungen belanglos bleiben sollen.

Ein weiterer Nachteil, der von vornherein in Kauf genommen werden muß, ist die Vergrößerung der Inflation der deutschen Mark. Denn die nach Frankreich zum Aufbau gelieferten Materialien müssen den Lieferanten von der deutschen Regierung bezahlt werden und dies brächte von neuem eine peinliche Vermehrung des Papiergeldes mit sich. Dennoch könnte man sagen, es sei besser, diese Inflation auf sich zu nehmen, als die unerschwingliche Beschaffung von Gold oder Devisen im bisherigen Umfange fortzusetzen.

Das fremde Rohmaterial.

Aber gerade dieses Ziel des Abkommens wird nicht erreicht. Denn ein Teil des Rohmaterials zur Herstellung der zu liefernden Sachgüter muß aus dem Auslande bezogen werden. Es handelt sich gerade dabei um die wichtigsten Rohstoffe, wie Eisenerze, Metalle, Zinn, Gummi, Lackbestandteile und vieles andere. Es gibt überhaupt außer Holz und Holzwaren, Zement, Glas, Porzellan und ähnlichen Erzeugnissen kaum irgendwelche Produkte, zu deren Herstellung nicht ausländische Rohstoffe nötig wären. Hierbei sehen wir von Backsteinen und Quadersteinen ab, deren Wert zu den Transportkosten in keinem Verhältnis steht. Um aber fremde Rohmaterialien zu kaufen, müssen abermals Devisen beschafft werden, und so wird gerade das wieder herbeigeführt, was durch die Sachlieferungen verhindert werden soll, eben die Beschaffung fremder Valuten.

Über die Höhe des Prozentsatzes an fremden Rohmaterialien sind die Meinungen ziemlich übereinstimmend. Der fremde Anteil wird je nach Art der Ware durchschnittlich auf ein Viertel bis ein Halb geschätzt. Für eine Reihe der wichtigsten Rohstoffe ist dies Verhältnis aber noch viel ungünstiger: beispielsweise brauchen wir 80% ausländische Erze zur Herstellung des Eisens, so daß in jeder Maschine, die wir zu liefern haben, in jeder Eisenbahnschiene 80% fremdes Material stecken. Dieser Mengeanteil fremden Rohmaterials ist von größtem Einfluß auf die Wertberechnung der Waren, denn angesichts der infolge der Markentwertung ungeheueren Preise, die für fremde Rohstoffe zu zahlen sind, erhöht sich der Wertanteil des Materials, auch wenn man berücksichtigt, daß durch Hinzutritt von Arbeit und Gewinn das prozentuale Wertverhältnis des Rohmaterials herabgedrückt wird. Nimmt man z. B. an, daß dieser Wertanteil durchschnittlich 35 beträgt, so würde das Devisenkonto Deutschlands in dem gleichen Maße belastet werden, wie es durch die Anrechnung der gelieferten Sachgüter entlastet wird. Wäre der Prozentsatz größer, z. B. 45, so würde die Belastung gegenüber der Entlastung sogar 10% stärker sein! Sicher ist aber, daß selbst bei einem Satz von 25 — der aber als Durchschnitt sehr gering angenommen ist — doch tatsächlich die Entlastung durch das Wiesbadener Abkommen nur 10% betragen würde, auf keinen Fall also 35, wie der Vertrag vorsieht. Der für Deutschland wesentlichste Zweck des Abkommens, die Markentwertung einzudämmen, wird so mehr oder weniger verfehlt. Es besteht aber, wie ausgeführt wurde, die Gefahr, daß der Wiesbadener Vertrag zum direkten Schaden Deutschlands ausschlägt, wenn nämlich der Wertanteil an fremdem Rohmaterial größer ist als der gutgeschriebene Betrag von 35 resp. 45%.

Dies ist um so mehr zu befürchten, als der Wert der Mark seit Abschluß des Abkommens ganz außerordentlich gesunken ist. Es kann ohne weiteres angenommen werden, daß hierdurch der Anteil an fremdem Rohmaterial im Werte ums Doppelte gestiegen ist.

Das Optionsrecht Frankreichs.

Diese Wirkung hätte sich vermeiden lassen, wenn die französische Regierung nicht so hartnäckig auf dem ihr aus dem Versailler Vertrag zustehenden Optionsrecht beharrt hätte. Nach diesem einseitigen Recht steht es ganz bei ihr, beliebige Güter für den Wiederaufbau anzufordern. Diesen Forderungen ist Deutschland verpflichtet, nachzukommen. Umgekehrt besteht

Digitized by Google

für Deutschland kein Recht, nach eigener Wahl Waren zur Ablieferung zu bringen. Wünscht Frankreich keine Waren, so können wir nicht liefern. Schon hierdurch ist es sehr fraglich, ob das Abkommen jemals zur Ausführung gelangen wird, besonders, wenn man bedenkt, wie das französische Unternehmertum bisher jede deutsche Beteiligung zu hintertreiben gewußt hat. Eine Einengung findet dieses Optionsrecht allein darin, daß nur solche Artikel von Deutschland geliefert zu werden brauchen, die mit den Bedürfnissen seiner Volkswirtschaft vereinbar sind. Aber dies ist leider eine sehr kautschukartige Bestimmung, die leicht zu ungunsten Deutschlands ausgelegt werden kann. Stände es uns dagegen frei, solche Sachgüter zu liefern, die nach jeder Richtung hin vollgültigen Ersatz für geforderte, aber in Deutschland nicht vorhandene Materialien böten, so könnten wir uns in der Hauptsache auf solche Waren einrichten, die aus einheimischen Rohstoffen herzustellen sind. Dabei könnten die Bedürfnisse der Geschädigten doch volle Berücksichtigung finden.

So könnte Deutschland z. B. Holzhäuser in gewissen Mengen nach den zerstörten Gebieten schaffen, da es bis zu einem gewissen Grade genügend Holz im eigenen Lande besitzt. Entsprechende Vorschläge sind bekanntlich auch mehrfach von deutscher Seite gemacht worden. Ihr Schicksal verdient angesichts der Tatsache, daß der Wiesbadener Vertrag allein durch solche Lieferungen ein positives Ergebnis zeitigen könnte, das größte Interesse. Im April 1921 bot die deutsche Regierung im Verein mit den Gewerkschaften u. a. die sofortige Anfertigung von mindestens 25 000 Wohnhäusern aus Holz an. Zunächst schien man in Frankreich sehr einverstanden mit diesem Vorschlage. Deutsche Sachverständige reisten nach Paris, ihre Vorschläge wurden gebilligt, Pläne und Modelle von den französischen Gutachtern als praktisch und solide bezeichnet. Aber bald kam die Nachricht, daß die monatliche Lieferung von 1500 bis 2500 Häusern, von der Minister Loucheur selbst im Senat gesprochen hatte, nicht zuträfe, sondern daß vorläufig höchstens 500 Häuser in Auftrag gegeben werden könnten, obwohl man sich über technische Einzelheiten und Preise einigen würde. Loucheur habe gegen große Widerstände zu kämpfen. In dieser Weise zog sich die Angelegenheit hin; im Oktober hörte man noch, daß die Lieferung der Holzhäuser „sinngemäß in das Gefüge des Wiesbadener Abkommens eingegliedert" werden sollte. Dann war nur noch von 76 Probehäusern die Rede. Endlich verlief alles im Sande, und man hat von der Angelegenheit überhaupt nichts mehr gehört.

Eine andere gefährliche Folge des einseitigen Forderungsrechts Frankreichs liegt darin, daß es imstande ist, sich über unsere Lieferungsbedingungen zu unterrichten und demgemäß seine Preise dem ausländischen Abnehmer gegenüber entsprechend zu regulieren. Frankreich würde so tatsächlich eine Kontrolle über den deutschen Außenhandel gewinnen und die Macht erlangen, „uns jederzeit das Geschäft zu verderben".

Festes Absatzgebiet für die deutsche Industrie?

Hierdurch wird ein oft hervorgehobener angeblicher Erfolg des Abkommens sehr zweifelhaft: Die deutsche Industrie, meinte man, hätte durch diesen Vertrag in Zeiten schlechter Konjunktur ein festes Absatzgebiet und könnte Waren bis zum Gesamtwerte von 5½ Milliarden Goldmark ohne Kreditrisiko nach Frankreich liefern. Auch der Arbeitslosigkeit, die vielleicht in den nächsten Jahren einen hohen Grad annehmen könnte, glaubte man auf diese Weise entgegentreten zu können. Dieser behauptete Erfolg des Abkommens, der an sich sehr zu begrüßen wäre, ist aber deshalb zweifelhaft, weil Deutschland gar kein Recht auf Lieferung hat und nur auf die sehr ungewissen französischen Anforderungen angewiesen ist. Aber selbst wenn diese Lieferungen wirklich von Frankreich verlangt würden, so entstände die Frage, ob das für das Reich von Vorteil wäre. Für die Industrie bedeutete es allerdings Beschäftigung und Gewinn, aber für das Reich hat es die nachteilige Folge, daß die gelieferten Waren für den freien Export ausfallen, was gleichbedeutend mit einem Verlust an Devisen ist, die das Reich so notwendig braucht. Auch dadurch tritt ein Nachteil ein, daß das Reich diese Waren ohne Gegenleistung bezahlen muß, wodurch das Budget belastet und die Inflation erhöht wird. Das Grundübel des Vertrages kehrt bei all diesen Betrachtungen immer wieder, daß nämlich Frankreich keinen regelrechten Vertrag mit gleichmäßiger Verteilung der Rechte und Pflichten geschlossen, sondern auf seinem Optionsrecht bestanden hat. Sonst hätte Deutsch-

Digitized by Google

land sich auf solche Lieferungen beschränken können, die es aus inländischem Material herzustellen imstande ist und die seinen gewöhnlichen Export nicht berühren.

Preise. Die Vereinbarung über die Preise hat zur Grundlage die französischen Marktpreise ohne Rücksicht auf Eingangszoll und Fracht, die beide zu Lasten Deutschlands gehen. Die Lieferung kann von Deutschland abgelehnt werden, wenn die Preise 5% unter die deutschen Inlandspreise sinken. Außerdem aber ist Frankreich nur berechtigt, bis zu 5% der Gesamtmenge dieser auf 5% unter den deutschen Marktpreis sinkenden Waren zu fordern. Diese Bestimmung stellt einen wesentlichen Schutz für Deutschland dar und ist bei Beurteilung des Abkommens hoch einzuschätzen. Bedenklich ist aber bei dieser Regelung die Ansetzung des französischen Marktpreises als Norm für die Preisberechnung, da der französische Inlandspreis sich ungefähr auf der Hälfte des Weltmarktpreises bewegt und durch Fracht, Zoll und Ausfuhrabgabe noch wesentlich herabgedrückt wird. Dadurch würde gewissermaßen eine Verschleuderung unserer Produktion eintreten, was wiederum eine verderbliche Rückwirkung auf unsere Devisenbeschaffung ausüben würde.

Zölle. Besonders ungünstig werden die Preise beeinflußt durch die zur Erhebung kommenden Einfuhrzölle. Das Wiesbadener Abkommen bestimmt, daß diese Zölle nach dem französischen Schlüssel von 1914 plus Teuerungszuschlag berechnet werden. Jedoch darf das Ergebnis dieser Berechnungen den jeweilig herrschenden Zolltarif nicht übersteigen. Da jetzt nun sowohl ein Minimal- als ein Maximaltarif besteht, ist nicht gesagt, welcher von beiden gemeint ist, denn das Abkommen enthält hierüber keine nähere Bestimmung. Die französische Regierung stützt sich auf die Tatsache, daß für Deutschland allgemein nur der Maximaltarif in Anwendung kommt. Aber diesen können die deutschen Waren nicht ertragen, da er ein ausgesprochener Prohibitivzoll zum Schutze der französischen Industrie ist. Auch Minister Loucheur hat in der Zolltarifkommission der Kammer darauf hingewiesen, daß die Sätze des Minimaltarifs das Äußerste seien, was die deutschen Waren an Belastung vertrügen. Es ist klar, daß viele der französischen Geschädigten selbst auf die Gefahr hin, noch Jahre auf Wiederherstellung ihrer Wirtschaft warten zu müssen, unter keinen Umständen Bestellungen in Deutschland machen würden, die sie in Frankreich billiger bekommen können. Schon die Durchführung des Minimaltarifs bedeutet einen Millionengewinn für den französischen Fiskus — eine höchst ungerechte Zumutung an Deutschland, das neben der Leistung des Wiederaufbaus auch noch einen solchen Tribut zahlen soll! In der Forderung nach Anwendung des Maximaltarifs liegt die deutliche Absicht, die deutschen Sachlieferungen zu verhindern und das Wiesbadener Abkommen zugunsten des französischen Unternehmertums zu sabotieren. Neuerdings ist zwar ein verringerter Zolltarif für deutsche Sachlieferungen eingeführt worden. Gegen diesen besteht aber eine heftige Opposition der französischen Industriellen, und es ist anzunehmen, daß sie auch hier wie bisher ihre Sabotagepläne gegen die deutsche Beteiligung durchsetzen werden. Jedenfalls wird selbst von französischer Seite diesen neuen Zollsätzen kein langes Leben vorausgesagt.

Ausfuhrabgabe. Dieselbe Absicht läge auch der Forderung zugrunde, auf die deutschen Waren die 26%ige Ausfuhrabgabe zu erheben. Leider ist auch hierüber im Vertrage nichts vereinbart worden. Die Meinungen, ob diese Abgabe zu zahlen ist, sind geteilt. Auf den Wert der theoretischen Höchstleistung von 5½ Milliarden deutsche Lieferungen berechnet, würde das eine Milliarde 430 Millionen Goldmark ausmachen. Das Abkommen wäre damit wohl ohne Frage undurchführbar.

Der Versuch, den das Wiesbadener Abkommen darstellt, nämlich Sachleistungen an Stelle von Barleistungen zu setzen, muß im großen und ganzen als mißlungen bezeichnet werden. Der Vertrag ist entweder für beide Länder ziemlich bedeutungslos — wenn er nämlich nur in geringem Umfange zur Durchführung gelangt. Oder man führt ihn durch, dann treten die geschilderten nachteiligen Folgen für Deutschland ein. Weder die Lösung der Reparationsfrage noch auch der tatsächliche Wiederaufbau wird dadurch irgendwie gefördert. Die Schuld, daß das Abkommen undurchführbar ist, aber trifft die französische Regierung, wie aus unseren Darlegungen klar und unzweideutig hervorgeht.

Revisionsprogramm. Will man an dem an sich fruchtbringenden Grundgedanken, Sachleistungen an Stelle von Barleistungen zu setzen, festhalten, so müßte der Vertrag etwa in folgender Weise umgestaltet werden:

Digitized by Google

1. Gerechte Abmessung der beiderseitigen Rechte und Pflichten. Das einseitige Forderungsrecht des einen Vertragsgegners muß verschwinden, damit Deutschland in freier Wahl die Sachlieferungen möglichst aus einheimischen Rohstoffen bewerkstelligen kann. Den Bedürfnissen des Wiederaufbaus kann dabei doch in vollem Maße genügt werden.

2. Sofortige volle Anrechnung der deutschen Leistungen auf Reparationskonto, mindestens aber 60—70%. Mit einem solchen Verrechnungsmodus würde man den französischen Wünschen weitgehendst entgegenkommen. Deutschland kann bei seiner finanziellen Lage die Rolle eines Bankiers seines Gläubigers nicht zugemutet werden.

3. Zuweisung bestimmter Gebietsteile, sogenannter Sektoren, an Deutschland, dem der völlige Wiederaufbau derselben frei überlassen bleibt. Die Pläne werden unter voller Berücksichtigung der französischen Wünsche entworfen und von der französischen Regierung bezw. den Interessenten genehmigt.

4. Rückerstattung des Wertes der vom Auslande bezogenen Rohmaterialien nach Art der Bemelmannschen Abmachungen vom Februar d. Js.

5. Bei Festsetzung der Preise Berücksichtigung der Weltmarktspreise.

Die Beteiligung deutscher Arbeiter.

Das Wiesbadener Abkommen hätte, selbst wenn von seiten der französischen Regierung mehr Rücksicht auf die allgemeine Lage Deutschlands genommen worden wäre, dennoch nicht ausgereicht, die Bedingungen für eine schnelle und beide Teile befriedigende Lösung der Wiederaufbau- und Reparationsfrage zu gewährleisten. Die Erleichterung, die Deutschland selbst bei günstigeren Verhältnissen durch den Vertrag erreicht hätte, wäre offensichtlich zu gering, um den finanziellen Zusammenbruch des Reiches zu verhindern. Minister Loucheur irrte, wenn er glaubte, das Wiesbadener Abkommen würde den Erfolg haben, diese Katastrophe abzuwenden. Auch der durch deutsche Sachlieferungen geförderte Wiederaufbau aber würde ins Stocken kommen, sobald die Leistungsunfähigkeit des Reiches Tatsache wird.

Eine weitere Möglichkeit der Entlastung Deutschlands und damit zugleich der Beschleunigung des Wiederaufbaus ist daher in der Verwendung deutscher Arbeiter in den zerstörten Gebieten im Zusammenhang mit den Wiederaufbauarbeiten gegeben. Ihre Arbeitsleistungen würden den Wert unserer Lieferungen erhöhen und damit zugleich auch unsere Gutschrift auf Reparationskonto. Wie notwendig eine derartige Teilnahme deutscher Arbeiter auch im Interesse der Geschädigten ist, geht aus den Worten des französischen Ministers für die befreiten Gebiete hervor, die er im Februar des Jahres in der Kammer sprach: Der Gewerkschaftsbund der Bauarbeiter habe festgestellt, daß die ungeheure Zahl von 320 000 gelernten Bauarbeitern für den Wiederaufbau fehle. Man werde also alle Vorurteile unterdrücken und im Interesse des Vaterlandes deutsche Arbeiter hinzuziehen müssen. Abgesehen von dem unleugbaren Vorteil für beide Parteien, erscheint diese Forderung um so berechtigter, als Deutschland ohne jeden rechtlichen Grund zwangsweise mit der gesamten Reparation durch das Friedensdiktat belastet wurde. Sowohl vom Standpunkt des moralischen wie des juristischen Rechts ist die Forderung der Beteiligung deutscher Arbeiter daher vollkommen begründet.

Einige Schwierigkeiten könnte bei oberflächlicher Betrachtung nur die Art der Bezahlung machen. Es ist klar, daß die Tätigkeit auf Privatvertrag angestellter deutscher Arbeiter hier keinen Wert hätte. So begrüßenswert auch die Zusammenarbeit deutscher und französischer Arbeiter am gemeinsamen Kulturwerk des Wiederaufbaus wäre — auf die Haltung der französischen Regierung zu dieser Frage werden wir noch einzugehen haben —, so wenig haben private Arbeitsleistungen für die Erleichterung der deutschen Reparationslasten einen Sinn. Es ist vielmehr durchaus notwendig, daß das von Reichs wegen geschieht. Hierbei entstände aber die Frage, in welcher Währung diese Arbeiter zu bezahlen wären. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Entlohnung in Mark erfolgen müßte, denn die Bezahlung in Franken würde eine neue Belastung Deutschlands durch Devisenbeschaffungen herbeiführen. Der Einwand Loucheurs, die Bezahlung müßte z. T. in Franken erfolgen, und daher sei die Beteiligung deutscher Arbeiter in weitem Umfange un-

Zahlungsmodus.

Digitized by Google

möglich, ist nicht stichhaltig, weil die Belieferung der deutschen Arbeiter mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Artikeln durch den deutschen Unternehmer erfolgen könnte.

Deutsche Vorschläge.

Von deutscher Seite sind in den letzten Jahren die verschiedensten Versuche gemacht worden, um eine Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau durch-

1919. zusetzen. Bereits im Jahre 1919 fanden auf deutschen Wunsch Verhandlungen statt zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der deutschen Gewerkschaften einerseits und der französischen Regierung nebst den französischen Gewerkschaftsverbänden andererseits. Über das Schicksal dieser Verhandlungen heißt es in dem schon genannten Artikel des Franzosen Jouhaux:

„Unsere Genossen in Deutschland haben ausdrücklich erklärt, daß sie es als ihre Pflicht betrachten, an dem Werke der Wiederherstellung teilzunehmen und daß sie bereit sind, sich dazu zur Verfügung zu stellen. Wir haben unsererseits erklärt, daß die französischen Arbeiter bereit sind, ihre Mitarbeit anzunehmen und daß wir die Bürgschaft für gerecht und notwendig halten, die sie fordern in Hinsicht auf das Gewerkschaftsrecht, die Bewegungsfreiheit und die Anwendung der sozialen Gesetze, die sie in ihrem Lande genießen.

Das sind nun nicht leere Versprechungen. Die Vertreter der deutschen Bauarbeiterorganisationen haben darauf hingewiesen, daß ihre Regierung sie schon aufgefordert habe, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es haben im Januar 1919 Verhandlungen stattgefunden. Sie erzielten nichts und die Verantwortung für das Scheitern fällt gänzlich auf die französischen Minister zurück, die sich verpflichtet hatten, im Dezember eine Antwort zu geben — auf die man noch wartet."

Es ist noch zu erwähnen, daß zwar die französische Regierung im Juli 1919 der deutschen eine Liste über zu lieferndes Material überreichte. Die deutsche Antwort, die nicht gleich den ganzen — 13 Milliarden hohen — Betrag liefern zu können hervorhob, und zunächst für einen Teil die Anfrage stellte, wohin er zu liefern sei, blieb unbeantwortet.

April 1921. Im April 1921 versuchte die deutsche Regierung von neuem, unterstützt durch die Gewerkschaften, zur direkten Mitarbeit in jeder Form zu kommen. Sie richtete deshalb eine Note an die Reparationskommission, die mit einem Apell an das Gewissen der französischen Regierung beginnt:

„Deutschland ist durchdrungen von der Überzeugung, daß es für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Kriege zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange dies nicht geschehen ist, besteht die Gefahr, daß die Gefühle des Hasses unter den beteiligten Völkern nicht verschwinden werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das Bestimmteste bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Mächte soweit wie irgend möglich zu berücksichtigen."

Die Note macht dann neben dem Angebot auf Wiederherstellung bestimmter zusammenhängender Landesteile in eigener Regie und Lieferung von Baumaterialien folgende Vorschläge bezüglich direkter Mithilfe deutscher Arbeiter:

„Deutsche Gewerkschaften haben beschlossen, folgende Leistungen anzubieten:

1. In den zerstörten Gebieten sofort nach Maßgabe der näheren Wünsche der alliierten Regierungen die Aufräumungsarbeiten und Aufforstungsarbeiten vorzunehmen.

2. Die Ziegeleien im Aufbaugebiet instand zu setzen oder neue zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke daselbst zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für die Baustoffe beginnen zu können...

6. Nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen...

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiter-Organisationen einschließlich der Organisationen der Angestellten und Beamten, versichert die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken."

Digitized by Google

Es ist unmöglich, einen entschiedeneren Willen zur direkten Mithilfe am Wiederaufbau kundzutun. Es erschien kaum denkbar, daß hiernach eine Verständigung über den gemeinsamen deutsch-französischen Wiederaufbau ausbleiben konnte.

Aber auch hier ist der Erfolg völlig negativ gewesen. Durch das Wiesbadener Abkommen hat zwar das Angebot auf Sachlieferungen eine gewisse Berücksichtigung gefunden — wir haben gezeigt wie gering sie in Wirklichkeit ist — doch bezüglich der Beteiligung deutscher Arbeiter blieb auch dies umfassende Angebot erfolglos.

November 1921. Schließlich fanden noch einmal im November 1921 deutsch-französische Verhandlungen über die Mitarbeit deutscher Arbeiter statt. Die Abordnungen beider Länder wurden vom Minister Loucheur empfangen, der versprach, dieser Aktion keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Man bestimmte eine Gruppe von Ortschaften, die von den Deutschen wieder aufgebaut werden sollte. Die deutschen Delegierten wurden bei der Besichtigung dieser Orte sehr freundlich von der Bevölkerung empfangen; auch der Ankunft deutscher Arbeiter, hieß es, sehe man ohne Mißbehagen entgegen. Die deutschen Vertreter traten die Heimreise an — und auch diese Aktion verlief im Sande.

Die französischen Geschädigten für Beteiligung deutscher Arbeiter. Auf jede Weise und bei jeder Gelegenheit haben weite Kreise der französischen Bevölkerung, besonders die Geschädigten, ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, deutsche Arbeiter an der Wiederherstellung teilnehmen zu lassen. Schon im November 1920 wurde auf einer Besprechung zwischen deutschen, französischen und neutralen Gewerkschaftsvertretern festgestellt, daß das Verhalten der französischen Regierung den deutschen Bestrebungen zum Wiederaufbau die größten Hindernisse bereite. Die französischen Vertreter erklärten, daß die Arbeiter Frankreichs bereit seien, die deutsche Hilfe anzunehmen.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz im März 1921 sprach sich in demselben Sinne aus. Auch der im April 1921 in Paris tagende Kongreß des Allgemeinen Arbeiterverbandes sprach in einer Entschließung aus, daß die Summe, die Deutschland Frankreich schulde, ungeheuer sei, daß aber der Hauptreichtum Deutschlands in seiner Arbeit und in seinen Produkten läge; daher sei ein Wiederaufbauprogramm unter Nichtbeteiligung der deutschen Arbeiter kaum denkbar. Ohne deutsche Hilfe werde Frankreich 20 Jahre zum Wiederaufbau brauchen. Eine Reihe von Bürgermeistern zerstörter Ortschaften drückte sich in demselben Sinne aus. Insbesondere stimmte auch der Kongreß der Geschädigten im Mai 1921 ausdrücklich dieser Entschließung zu. Auch einzelne Kammer- und Senats-Mitglieder — so die Senatoren Deguise und Carpentier — erklärten, daß eine großzügige Wiederaufbauarbeit nur unter Mitwirkung des deutschen Volkes möglich sei. Das Aktionskomitee für vollständige Reparation der Kriegsschäden verlangte gleichfalls, wenn es nötig wäre, die Annahme deutscher Arbeitskräfte.

Die Zahl solcher Stimmen ließe sich beliebig vermehren. Sie alle sind sich darüber einig, daß ohne direkte deutsche Mithilfe der Wiederaufbau nicht von der Stelle kommen wird. Ihr gemeinsamer Kampf richtet sich gegen die französische Regierung, welche, wie „Le Peuple" ausführte, die seit 1919 geführten Verhandlungen nicht zum Abschluß gebracht habe.

Im November 1921 veranstaltete der Ausschuß für den Wiederaufbau unter der Führung des Abgeordneten Basly eine Abstimmung in 11 Dörfern des Somme-Gebietes, um eine Entscheidung in der Frage der Beteiligung deutscher Arbeiter herbeizuführen. Diese Abstimmung ergab eine Mehrheit von rund 85—90% für die Beteiligung; eine Reihe von Dörfern stimmte mit 94, 96, ja 99% dafür! Daraufhin erklärte Herr Loucheur, die Ergebnisse seien nicht amtlich, man müsse erst feststellen, „ob die in Frage kommenden Interessenten tatsächlich vollkommen aufgeklärt waren, um sich in voller Freiheit entschließen zu können". Ein hoher Beamter, der unter den Geschädigten eine neue Umfrage veranstalten sollte, wurde aber von der Bevölkerung so unfreundlich empfangen, daß er es vorzog, seine Reise abzubrechen. Trotzdem fanden „Aufklärungen" der Geschädigten von amtlicher französischer Seite statt, und das Wiederaufbauministerium in Paris berichtete bald darauf, daß infolgedessen die Bewohner des Somme-Gebietes von der Mitarbeit deutscher Arbeiter nichts mehr wissen wollten. Welchen Wert aber diese Nachricht hatte, ging wenige Tage später aus dem Sitzungsbericht des Aktionsausschusses für die verwüsteten Gebiete hervor: Man gab dem

Digitized by Google

Bedauern der Geschädigten Ausdruck, daß noch immer das Interesse der Bevölkerung zugunsten einiger weniger zurückgestellt werde. Es sei sicher, daß angesichts der augenblicklichen Finanzlage Frankreich das Wiederaufbauwerk in seiner Gesamtheit nicht vollbringen könne und es wurde von neuem eine wirkungsvolle Beteiligung Deutschlands gefordert. Man beschloß, einen neuen Wiederaufbauplan auszuarbeiten, in dem wieder um die deutsche Mitarbeit in Betracht gezogen werden sollte. Auch bis heute haben all diese Bemühungen zu keinem Ergebnis geführt, obwohl noch im Februar d. Js. Vertreter der Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete dem neuen französischen Wiederaufbauminister erneut die Forderung vorlegten, deutsche Arbeiter zur Wiederherstellung zuzulassen.

Politische Gründe der französischen Regierung gegen die Beteiligung.

Welche Gründe hat die französische Regierung, offen und im geheimen gegen die Mithilfe deutscher Arbeiter zu wirken? Diese Gründe sind lediglich politischer Natur, wie man denn auch keinen ernstlichen und sachlichen Einwand dagegen vorzubringen hatte, sondern die Vorschläge und Bemühungen von deutscher Seite einfach im Sande verlaufen ließ. Man will eben den Wiederaufbau in seiner Gesamtheit einstweilen gar nicht oder hat wenigstens keine Eile damit. Denn man will die zerstörten Gebiete der ganzen Welt und besonders dem eigenen Lande als unvergängliches Denkmal deutscher Barbarei möglichst lange Zeit erhalten. Der Haß der ganzen Welt gegen Deutschland soll so aufrecht erhalten und besonders die Zwietracht zwischen dem französischen und deutschen Volk verewigt werden. Die ganze zivilisierte Welt soll hier sehen, was die Barbaren „mutwillig" verwüstet haben.

Man hat zu diesem Zweck Rundreisefahrten eingerichtet, die die ausländischen Besucher Frankreichs in Automobilen über die Schlachtfelder führen, und man macht mit Prospekten in der ganzen Welt dafür Propaganda. Selbst an Deutsche ist man mit der Aufforderung herangetreten, an solchen Fahrten teilzunehmen. Mitglieder interalliierter Militärkommissionen haben sich zu diesem Zweck an hervorragende deutsche Persönlichkeiten in den besetzten Gebieten gewandt, damit sie nach Besichtigung der zerstörten Gebiete dem deutschen Volke die „Wahrheit" schilderten. Es ist klar, daß man unter solchen Umständen gar kein Interesse hat, schnell und durchgreifend wiederaufzubauen; man würde ja sonst das beste antideutsche Propagandamittel verlieren!

Die französische Regierung fürchtet ferner die möglichen sozialen Auswirkungen des Zusammenseins deutscher und französischer Arbeiter. Sie weiß sehr gut, wieviel besser die deutsche soziale Fürsorge ist als die eigene. Sie war es schon durch die großzügige soziale Gesetzgebung Deutschlands vor dem Kriege. Heute sind bei uns die Rechte des Arbeiters noch erheblich erweitert, und seine wirtschaftliche Lage hat sich weiter verbessert, so daß ein Vergleich mit der sozialen Lage des französischen Arbeiters außerordentlich zuungunsten Frankreichs ausfällt. Es ist bekannt, daß die Stimmung unter den Arbeitern in Elsaß-Lothringen schon bald nach der Annektion durch Frankreich schnell umschlug und wieder deutschfreundlich wurde. Der Grund ist zu einem großen Teil in der schlechteren sozialen Lage des französischen Arbeiters zu suchen. Die Alters-, Kranken- und Invaliditätsfürsorge hat längst nicht den Umfang der deutschen. Die sanitären Maßnahmen bei und nach der Arbeit sind teilweise äußerst rückständig. Uns klingt es wie ein Scherz, wenn Minister Loucheur in der Kammer erklärte, unglaubliche Ansprüche seien für die deutschen Arbeiter gestellt worden, sogar Badeeinrichtungen habe man verlangt. Alles das, fürchtet die französische Regierung, könnte durch die Berührung mit deutschen Arbeitern sich wie eine ansteckende Krankheit auf ihre französischen Genossen übertragen. Böses Beispiel verdirbt gute Sitten.

Schlimmer aber und gewissenloser als dies ist der Wille, die deutsch-französische Verständigung auf dem Wege von Mensch zu Mensch mit allen Mitteln zu hintertreiben. Wer im Kriege Gelegenheit hatte, deutsche Soldaten im Verkehr mit der französischen Bevölkerung zu beobachten, wird stets gefunden haben, daß zwischen beiden Teilen selbst im Kriege gewöhnlich sehr bald ein recht gutes Verhältnis herrschte. Das ist auch der französischen Regierung wohlbekannt. Aber ihre Politik will es anders. Haß und Rache sollen in den Herzen der Franzosen nie zum Erlöschen kommen, und keinesfalls darf Versöhnung einen dauernden Frieden zwischen beiden Völkern garantieren. Den Machtgelüsten des französischen Imperialismus und den kriegerischen Wünschen des französischen Militarismus würde ja sonst ein Ziel gesetzt werden.

Digitized by Google

Während man also in Wahrheit jede Verständigung zu hintertreiben sich bemüht, wird man gleichzeitig nicht müde, mit lauter Stimme die unerschütterliche Friedensliebe des waffenstarrenden Frankreichs zu proklamieren, das gegen eine nicht existierende deutsche Gefahr zur Verteidigung des Weltfriedens gerüstet bleiben muß. Diese Stimme ist um so lauter, je schlechter das eigene Gewissen ist.

Wirklich haben die französische Regierung und die ihr nahestehenden Kreise sich auch öffentlich bei den verschiedensten Gelegenheiten gegen die Verwendung deutscher Arbeiter ausgesprochen. So nahm im Juni 1921 die Senatskommission eine Resolution an, in der die Beschäftigung deutscher Arbeiter abgelehnt wurde, da die Gefahr verhindert werden müsse, die mit der Zulassung Deutscher in politischer Hinsicht verbunden sei! Die Kommission war sogar der Meinung, daß die Wiederherstellung der Wohnhäuser und Wege deshalb ruhig einige Jahre länger dauern könne!

Minister Loucheur gab dann im Senat eine ähnliche Erklärung ab und hat überhaupt kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne gegen die Beteiligung deutscher Arbeiter zu sprechen. In einer im Juni 1921 gehaltenen Rede in Valenciennes meinte er, eine solche Zusammenarbeit könne man nicht dulden. An anderer Stelle forderte er deutsche Arbeiter nur in den Bergwerken und den völlig verödeten Gegenden arbeiten zu lassen. Also nur keine Berührung mit der französischen Bevölkerung!

Daß sich endlich, aber nicht zuletzt die Verbände der Bauunternehmer und Ziegeleibesitzer gegen „einen längeren Aufenthalt deutscher Arbeiter" aussprachen, um „die moralischen und sozialen Folgen einer so verabscheuten Berührung der Deutschen mit der Bevölkerung zu begrenzen", erscheint nach den weiter oben geschilderten Bestrebungen des französischen Unternehmertums recht verständlich.

Wie haltlos alle diese Argumente in Wahrheit sind, beweist der Wiederaufbau, den deutsche Arbeiter und Ingenieure an einigen Stellen der zerstörten Gebiete durchgeführt haben. So wurden in Mézières und anderen Orts — auf private Veranlassung und Kosten natürlich — deutsche Holzhäuser durch deutsche Arbeiter aufgebaut, ohne daß sich die geringsten Zwischenfälle oder Reibereien ereigneten, und zwar so korrekt und schnell, daß man „an Zauber glauben" könnte, wie sich der Abgeordnete Philippoteaux, der Bürgermeister von Mézières ist, ausdrückte.

Wenn die französische Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt und die Beteiligung deutscher Arbeiter weiter verhindert, so kann die Forderung, gewisse Sektoren Deutschland völlig frei zum Wiederaufbau zu überlassen, nicht durchgeführt werden, und somit würde die wichtigste Vorbedingung für eine schnelle Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete unerfüllt bleiben.

Die Wiederherstellung Ostpreußens als Beispiel deutscher Leistungsfähigkeit im Wiederaufbau.

Den besten Beweis dafür, was in Nordfrankreich hätte geleistet werden können, wenn nur der gute Wille dagewesen wäre, liefert der deutsche Wiederaufbau Ostpreußens. Hier ist in kurzer Zeit und unter den schwierigsten Verhältnissen ein Riesenwerk geleistet worden.

Während der Besetzung der Provinz in den Jahren 1914 und 1915 hatten die Russen hier in barbarischer Weise gehaust[1]). Über 20 000 Gebäude waren vernichtet, etwa 100 000 weitere mehr oder weniger stark beschädigt worden. „Der Winter 1914/15 wurde von den Russen dazu benutzt, um alles irgendwie Wertvolle an beweglichem Eigentum der Bewohner nach Rußland fortzuschaffen. ... Pferde und Vieh waren restlos fortgeführt worden. Das ganze im Februar 1915 befreite Gebiet wies außer einigen halbverwilderten Katzen und Hunden kaum ein einziges Haustier auf.

Abgesehen von den Personenschäden betrug der Schaden nach Friedenspreisen und

[1]) Oberpräsident a. D. v. Batocki: „Der Wiederaufbau Ostpreußens", zitiert nach dem „Fränkischen Kurier", Nürnberg, vom 2. 6. 1921, aus „Deutsche Nation", Juniheft 1921.

Digitized by Google

Goldmark berechnet etwa 1,5 Milliarden Mark; für den rein landwirtschaftlichen und ziemlich armen Bezirk ein sehr großer Betrag...

Bei der Regelung der Entschädigung wurde gleichfalls auf die Förderung der schnellen Heimkehr der Geflüchteten Wert gelegt, indem Entschädigungen in der Regel nur den Heimgekehrten gewährt wurden. Nur soweit die Nichtheimkehrenden nachwiesen, daß ihnen die Rückkehr vorläufig unmöglich sei, erhielten sie Beihilfen zum Lebensunterhalt. Der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurden als besonderes Anreizmittel Prämien gewährt für jeden im Zerstörungsgebiet im Frühjahr 1915 mit Getreide oder Hackfrucht bestellten Morgen.

Die wohnliche Unterbringung erfolgte in bescheidenster Art im Wege der Selbsthilfe. Im ersten, zum großen Teil auch im zweiten Jahre wohnten Hunderttausende in mit Notdächern versehenen Brandruinen, selbstgebauten Erdhütten und verlassenen Schützengräben. Baracken wurden, der Unwirtschaftlichkeit halber, möglichst wenig errichtet. Trotzdem waren im Sommer 1915 mindestens neun Zehntel der Bevölkerung wieder zurückgekehrt und hatten ihre Betriebe wieder mit den nötigsten Zugtieren und Geräten besetzt...

Die Wiederherstellung der zerstörten Gebäude nahm natürlich die längste Zeit in Anspruch und ist auch heute, namentlich in den Städten, noch nicht beendigt." — Soweit sie aber durchgeführt ist, kann sie als in jeder Hinsicht vorbildlich und musterhaft bezeichnet werden. Für die Arbeiter- und Bauernhäuser wurden Normativvorschriften erlassen, um einen möglichst zweckmäßigen, ästhetisch befriedigenden und dabei billigen Aufbau zu gewährleisten. In Frankreich dagegen wurde ein Gesetz geschaffen, das die genaue Wiederherstellung jedes einzelnen Gebäudes in der gleichen Art und an demselben Ort wie früher vorschreibt — ein Gesetz, so zweckwidrig und unrationell, wie es nur irgend erdacht werden kann, da es einen schnellen, billigen und modernen Wiederaufbau unmöglich macht. Es war von besonderem Wert, daß in Ostpreußen nicht jeder bauen konnte, wo und wie er wollte, sondern daß eine staatliche Bauberatung die fachmännische und künstlerische Durchführung der Bauten unterstützte. Es sind so teilweise wahre Musterbauten ländlicher und städtischer Baukomplexe entstanden, wie bei der Anlage des Marktplatzes von Darkehmen (Bildtabelle). Unsere Bilder zeigen solche Neubauten die praktisch und ästhetisch als erstklassig zu bezeichnen sind.

Da es gelang, bereits vor Ende des Krieges weit über die Hälfte der zerstörten Gebäude neu zu erbauen, sind dem Reiche ungeheure Summen erspart worden, da die Löhne und Preise damals unvergleichlich niedriger waren als sie heute sind.

Das Beispiel Ostpreußens beweist, was in Nordfrankreich mit deutscher Hilfe hätte geleistet werden können, wenn nur der gute Wille dagewesen wäre. Aber der eben fehlte und die verschiedenen Gründe, weshalb er fehlte, sind uns nun bekannt.

So mag sich die Bevölkerung der zerstörten französischen Gebiete bei ihrer Regierung beklagen, wenn ihre Heimat zu einem großen Teil noch in Schutt und Trümmern wie zu Zeiten des Krieges daliegt, statt wie die Provinz Ostpreußen sich in ein schnell wiederaufblühendes Land verwandelt zu haben.

Zu unseren Bildern.

Die erste Bilderserie zeigt Aufnahmen aus den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Sie sind offiziellen französischen Fremdenführern und Propagandaschriften entnommen und führen den einen Zweck der Sabotage des Wiederaufbaues sehr deutlich vor Augen: Die unglücklichen Ruinen müssen als Agitationsmittel gegen Deutschland dienen. Man beachte besonders die französischen Unterschriften der Bilder!

Die hier wiedergegebenen Aufnahmen stammen aber nicht etwa aus den ersten Monaten nach dem Waffenstillstande — nein, es wurden nur solche ausgewählt, die mindestens 1¼ Jahre später gemacht worden sind. In diesem Zeitraum geschah im Wiederaufbau soviel wie nichts. Was geschehen hätte können, wenn Frankreich deutsche Arbeitskraft und deutschen Arbeitswillen zugelassen hätte, zeigt der zweite Teil unserer Bilder: der aus dem zerstörten Ostpreußen. Diese Bilder umfassen die Jahre 1914—1916; der ostpreußische Wiederaufbau hatte also hier etwa die gleiche Zeit zur Verfügung, wie der nordfranzösische.

Der Gegensatz des tatsächlich Geleisteten wird um so schärfer, wenn man bedenkt, daß der ostpreußische Wiederaufbau von einem mitten im Krieg befindlichen, von allen Hilfsquellen der Welt abgeschnürten Deutschland geleistet wurde, während jenes Frankreich nichts tat, nach dem Kriege, als es nicht nur die vollmaterielle, sondern auch, dank Northcliffs Lügengewebe, die ganze moralische Hilfe der Welt in seinen Dienst stellen konnte.

Digitized by Google

Französische Stimmen.

Als Chicago durch die Feuersbrunst 1871 vollständig zerstört wurde, als das Feuer Baltimore zu drei Viertel niederlegte, als San Franzisko, später auch Valparaiso durch fürchterliche Erdbeben und nachfolgendes Feuer dem Erdboden gleichgemacht wurden, da hat man das Erstaunen der ganzen Welt auf sich gezogen, durch die Schnelligkeit, mit welcher diese Städte wieder aus dem Boden wuchsen; ja man benutzte diese Katastrophen um Musterstädte in Hinsicht der Hygiene und der Bequemlichkeit zu erbauen.

Damals war die Technik noch nicht auf der Höhe von heute, man trug auch nicht das Wort Kultur stets auf der Zunge. Man hat sich wohl weniger darum gestritten, wie hoch die Kultur ist, die man zu besitzen wähnt, sondern man hat sie bewiesen ... man trug Sorge um die Bewohner einer zugrunde gegangenen Stadt; heute läßt man in dem Staate, der es für sich in Anspruch nimmt, der höchstzivilisierte zu sein, die Bewohner ganzer Landstriche mit ihren nachfolgenden Generationen verkommen.

Vor mir liegen Briefe, aus welchen Elend spricht und es ist herzzerreißend, daß man solches Elend „pflegt" nur des Hasses willen gegen Deutschland. Ich bin als deutscher Gefangener im französischen Wiederaufbau beschäftigt gewesen, die Franzosen des zerstörten Gebiets klammerten sich an uns als ihre einzige Hoffnung; ich habe das Vertrauen vieler errungen und bin daher in der Lage, ihre Beobachtungen und Gedanken auszusprechen. Die französischen Druckschriften, auf welche ich mich stütze, sind am Rande angegeben.

Bei der ganzen Beurteilung der Lage in den zerstörten Gebieten muß man sich immer vor Augen halten, daß ein geheimnisvolles Zeichen über allem schwebt: „P. Q. C. D." (Pourvou que cela dure); es wird helfen zum Verständnis für Deutsche fast unverständlicher Dinge. Das Programm, welches für 1921 in einer Besprechung mit Sillard bekanntgegeben wurde, hat keine weitergehende Absichten gehabt, als nur die Wiederaufrichtung von

„Vorausgesetzt, daß alles so bleibt."

Le Réfugié du Pas de Calais.

$^1/_{10}$ der zerstörten bezw. beschädigten öffentlichen Gebäude
$^1/_{60}$ der zerstörten bezw. beschädigten Wohngebäude
$^1/_2$ der zerstörten bezw. beschädigten landwirtschaftlichen Gebäude
$^1/_3$ der zerstörten bezw. beschädigten industriellen Gebäude.

Wir sehen also, daß drei Jahre nach Waffenstillstand noch nicht einmal die Absicht bestand, das Werk voll in Angriff zu nehmen.

Wie sehr man übrigens drüben noch herum experimentiert, wie sehr bis jetzt noch nach der besten Methode gesucht wird, nach welcher man etwa arbeiten könnte, geht aus der Tatsache hervor, daß kürzlich ein Kredit von 30 Millionen Franken zur Abstimmung gelangte, zwecks Errichtung von Hotelbaracken im ganzen zerstörten Gebiete, Wiederherstellung eines Hotelwesens, das der Antragsteller geradezu als „Embryo" der Wiederherstellung der Städte und Dörfer ansieht. Es wäre das eine Einnahmequelle, von deren enormer Geldbewegung die unglückliche Bevölkerung profitieren würde.

Ein Auszug aus dem Rapport des ehem. Präfekten des Dep. Pas de Calais, Robert Leullier, gibt die Ausgaben für Verwaltungskosten vom 1. Januar 1920 bis 31. Januar 1921 wieder.

Progrès Civique vom 28. 5. 11.

Wir können hier nur einige Zahlen herausgreifen:

3 432 277.14 Frs.	Verwaltungskosten in den Departements
120 961.18 Frs.	Reisespesen und Taggelder für Beamte
513 555.14 Frs.	Unpersönliche Ausgaben
54 109.40 Frs.	Portoausgaben
416 351.65 Frs.	Sachverständige
1 331 767.60 Frs.	Verwaltungskosten für kantonale Büros
395 526.55 Frs.	Unpersönliches für diese Büros
17 706.60 Frs.	Sachverständige
83 577.89 Frs.	Kosten für Anfertigung und Anwendung von Plänen zum Wiederaufbau
430 688.71 Frs.	Wiederanlage von Katastern, Personal
120 233.44 Frs.	Unpersönliches für obiges Katasternat
2 208 351.04 Frs.	Personalunkosten für Staatsarbeiten
9 125 106.34 Frs.	

Digitized by Google

Übertrag:	9 125 106.34 Frs.
186 540 874.20 Frs.	Ausführung von Staatsarbeiten, Unpersönliches
19 008.10 Frs.	Arbeitsvermittlung, Personalausgaben
156 619.83 Frs.	Arbeitsvermittlung, Unpersönliches
592 854.32 Frs.	Materialverwaltung, Personalunkosten
34 032 790.17 Frs.	Materialverwaltung, Unpersönliches
15 165 863.42 Frs.	Staatl. Transportwesen, Personalausgaben
4 833 992.30 Frs.	Staatl. Transportwesen, Unpersönliches
2 510.— Frs.	Familienunterstützungen
565 762.17 Frs.	Außerordentliche Teuerungszulagen
2 641 967.— Frs.	Zulagen für getrennten Haushalt
46 200.— Frs.	Besonderes
1 064 993.— Frs.	Zinsendienst
254 788 540.85 Frs.	

Nach dem heutigen Stande der Mark sind das Milliarden Ausgaben bevor noch auch nur zwei Steine aufeinandergestellt worden sind!

Voix des Ruines vom 31. 12. 21. Das Ministerium des R. L.

Nachfolgend geben wir eine Gehaltsaufstellung für den Monat April 1921 eines kleinen, absolut unbedeutenden Büros der famosen Commission des Reparations:

Vorstand	Frs. 10 303	1 Schreiber	Frs. 4 485
Stellvertreter	Frs. 8 586	3 Abschreiber und 1 Diener à 1 386	Frs. 4 148
4 Sekretäre à 7 015	Frs. 28 060	4 Stenotypistinnen à 2 077	Frs. 8 308
	Frs. 46 949		Frs. 18 337

In einem einzigen Monat ein Gehalt von über 3 Millionen Mark für ein kleines Unterbüro!

Das Zentralbüro des Ministeriums der R. L. (Régions Libérées = Befreite Gebiete) in Paris beschäftigt augenblicklich 2346 Hilfskräfte, die auf Taggeld angestellt sind. Sie erhielten für 1921 durchschnittlich 20 Frs. pro Tag, so daß jährlich etwa 14 Millionen Franken zur Auszahlung notwendig waren.

Das waren 1¼ Milliarden Mark lediglich für Hilfskräfte!

Statt daß eine kräftige organisationsfähige Regierung, um endlich zu einem greifbaren Resultat zu gelangen, zuerst einmal die am wenigsten beschädigten Häuser herstellen ließe, indem man dabei gleichzeitig mit den am meisten mitgenommenen aufräumen und so Tausende und Abertausende von Häusern retten würde, hat die Regierung selbst in frevelnder Weise das Herausreißen des Bauholzes begünstigt, hat das Ministerium der R. L. in vollständiger Tatenlosigkeit zugesehen, wie unter ihren Augen Tausende und Abertausende von Häusern mangels geringfügiger Reparaturen dem Verfall entgegengingen; es hat mitgeholfen an der Unbrauchbarmachung der Brunnen, hat Pumpen und anderes wertvolles Material unter dem Namen Service de Recuperation (Zurückerstattungsamt) gestohlen, hat sich gegen die ungeheueren Durchstechereien bei der Abschätzung der Schäden à la Reims vollständig passiv verhalten.

Um die fürchterliche Tatenlosigkeit des Ministeriums der R. L., die wie ein Alp auf der ganzen Bevölkerung lagert, zu charakterisieren, müssen wir die Berichte der Bewohner zum Zeugnis nehmen, dürfen auch die Tatsache der fortlaufend dort erfolgenden Selbstmorde nicht außer acht lassen.

Voix des Ruines vom 26. 11. 21.

Die innere Organisation scheint ebenfalls bestens aufgebaut zu sein. Philippoteaux plaudert von 2269 Personenautos für die persönlichen Bedürfnisse der Beamten des Ministeriums der R. L. Das Defizit aus dem Lastkraftwagenbetrieb erreichte 1921 die Höhe von 700—800 Millionen Frs., obwohl die berechneten Transportkosten zwei bis dreimal höher waren als bei jedem Privatunternehmen. Lugol gibt an, daß die Gesamtzahl an Automobilen 28 000 betrug. Zu jedem Auto für Personenbeförderung kommt eine jährliche Beisteuer zu den Unterhaltungskosten von 30 000 Frs. (die inzwischen wesentlich erhöht worden ist); so kommt man zu wirklich gigantesken Zahlen für die Befriedigung der Bequemlichkeit.

Im Jahre 1921 hat das Amt der „Transports généraux" einen Kredit von 312 Millionen verbraucht. Es war wirklich ein Vergnügen, jeden Schreiber in einem luxuriösen „Cadillac" oder in einem verschwenderischen „Rolls-Royce" fahren zu sehen. Die Abnützung der Wagen war denn auch so, daß innerhalb eines Jahres 62% der Automobile des M. d. R. L. unbrauchbar geworden waren.

Digitized by Google

Seltsam dünkt es einem auch, wenn die „Transports généraux" heute noch nicht in der Lage war, Auskunft zu erteilen über den Verbleib von 76000 Liter Benzin, die verschwunden sind.

Anläßlich einer Diskussion in der französischen Kammer 1921 erklärte der Berichterstatter d'Aubigny, daß die Veruntreuungen keineswegs so große seien, als man annimmt. Bis jetzt seien vier Milliarden verausgabt worden zu Arbeiten und zum Kauf von Materialien. D'Aubigny schätzt, daß nur ein Viertel dieser Summe, d. h. eine Milliarde Frs. verschleudert worden seien. Oeuvre.

Das Amt, das die Abräumungsarbeiten zu vergeben hatte, hatte ebenfalls ein Defizit von 97 Millionen Frs. (dabei wurden die gefährlichsten Arbeiten doch gerade von kaum bezahlten deutschen Kriegsgefangenen schon 1919 geleistet). Beim Amt der Materialverwaltung könne das Defizit 1921 nicht genau angegeben werden, doch betragen die Verluste durch unbrauchbar gewordene Materialien bereits 67 Millionen Frs.

Während so ein Skandal den anderen jagt, war es möglich, daß der Abgeordnete Crespel in der Kammer sagen konnte: „Meine Herren, wir ziehen es vor, in unserem Grab zu verbleiben, eher, als es durch diese Hände von Mördern und Brandstiftern entweiht zu sehen [gemeint sind die deutschen Arbeiter], lassen wir unsere Asche in Ruhe und unsere Ruinen nicht vergewaltigen in der Majestät ihrer Wüste." Oeuvre vom 24. 4. 21.

Verständlich allerdings wird uns, weshalb man diese Ruinen so ängstlich behütet, wenn wir z. B. erfahren, daß der Abgeordnete Crespel mit in der Verwaltung des Unternehmens Kuhlmann sitzt, das 1914 ein Kapital von 6 Millionen Frs. besaß, heute aber vom Staate bereits neunzig Millionen Frs. als Entschädigung erhalten hat. Progrès Civique vom 7. 5. 21.

Die wahren Ursachen der Abneigung gegen die deutsche Mitarbeit am Wiederaufbau und gegen deutsches Material ist einzig und allein die fürchterliche Angst vor der deutschen Konkurrenz — die Angst derjenigen Leute, die sich die R. L. als alleiniges Jagdgebiet erkoren haben. Lassen wir nochmals eine französische Zeitung sprechen, um zu zeigen, welchen Weg die blutigen Pfennige gehen, die unsere Mütter und Kinder sich abhungern müssen:

Diebstahl und Verschleuderung in den verwüstetsten Gebieten! Progrès Civique vom 14. 5. 21.

Dieser Skandal hat lange genug gedauert. Die ehrlichen Leute bei uns dürfen nicht mehr dulden, daß diese hohnvolle Plünderung fortgesetzt wird, die sich auf das Budget der Entschädigungen geworfen hat... Dieses Geld sollte geheiligt sein. Nicht ein Centime dürfte seiner Bestimmung entfremdet werden... Dieses Geld aber [es ist doch dies, das man den Deutschen erpreßt] plündert man mit der Mitschuld der Regierenden. Und man kann kaum mehr daran zweifeln, daß Loucheur eigens an diesen Platz gesetzt wurde, um diese schandvolle Ausbeutung zu erleichtern.

Industrielle Gesellschaften, welche nicht einmal geschädigt worden sind, erhalten Millionen unter dem Titel „Entschädigungen". Andere lassen sich fabelhafte Summen gewähren, die in gar keinem Verhältnis zu dem erlittenen Schaden stehen.

Hier einige Fälle:

	Frs.
Kuhlmann, Chemische Fabrik	90 000 000
A. Lepoutre, unzerstört	67 000 000
Wallaert, Lille	44 000 000
Masurel, Tourcoing, ohne Schaden	25 000 000
Hochöfen und Eisenwerk Anzin (nach anderer Quelle 107 Millionen)	90 000 000
Cousin Frères	18 000 000
Elektrizitätswerk Wasquehal	8 200 000
Guellemaud, Seclin	13 500 000
Dauel Druckerei, Lille	15 500 000
Dujardin et fils, Seclin	8 100 000
Ternick frères, Roubaix	4 500 000
Lescornez Paul, Armentières	3 500 000
Beghin Frères, Thumeries	63 000 000
Minen von Aniche (später 250 Millionen)	157 000 000
Tiberghien	40 870 000
Gesellschaft Blanc Misseron	22 014 000
Toulemonde	11 540 000
Lemaire et Didier	12 048 000
Desertin	19 460 300
J. Millet	5 444 000
S. Laurent	5 200 000

Ergänzt wird diese würdige Aufstellung durch den Oeuvre: Oeuvre.

Société Ecaut Meuse	40 000 000
Fives Lille	75 000 000
Salmon	22 000 000

Google

Bezeichnend ist auch der Fall Martinge: Martinge verlangte eine Entschädigung für Ware, die er während des Krieges an die Deutschen zu guten Preisen verkauft hatte. Viele Industrielle haben sich geweigert, die wieder aufgefundenen Maschinen zurückzunehmen, um höhere Entschädigungen zu erzielen. Darauf haben sie die Maschinen und Motore zum Preise des alten Eisens gekauft und ihre Fabriken damit eingerichtet. Die Textilfabrikanten haben ihren Schaden zum höchsten Baumwollkurs angemeldet und zum niedrigsten eingekauft. Unter dem Schutze der französischen Republik sind auf diese Weise riesige Vermögen erworben worden, die heute Deutschland bezahlen soll.

Der Wiederaufbau muß also unter allen Umständen verhindert werden oder doch wenigstens auf die lange Bank geschoben werden. Der Industrielle würde ja sonst seine exorbitanten Forderungen ganz bedeutend herabsetzen müssen und außerdem entginge ihm noch die lukrative Arbeit in den zerstörten Gebieten selbst. Man höre die Begründung, die die Franzosen für die Weigerung gaben, als wir angeboten hatten, irgendeinen Abschnitt des zerstörten Gebietes (man sprach später von der roten Zone, also der meist zerstörten, wo sich wegen der Gefährlichkeit kein Franzose hinwagt) aufzubauen! „Wenn die deutschen einen Abschnitt zugewiesen bekämen, würden diese ihre ganze Kraft auf diesen Abschnitt konzentrieren. Sie würden das Stück Land außerordentlich rasch und vollkommen wiederaufbauen, das ihnen anvertraut würde.

Voix des Ruines vom 11. 6. 21.

Sie würden ihre ganze Eigenliebe daransetzen, die Arbeit besonders gut zu machen, um zu zeigen, daß sie fähiger sind als wir. Ferner weil sie hoffen, daß man sie nach den Leistungen beurteilen und ihnen dann weitere Abschnitte übertragen wird. „Mit größerer Offenheit ist wohl noch nie gesagt worden, weshalb man uns ausschaltet[1]).

Daß es wahrscheinlich nicht einmal recht erheblicher Anstrengungen der Deutschen bedürfen würde, um etwas Besseres hinzustellen, zeigt folgender Artikel:

Progrès Civique vom 2. 7. 21.

„In Lens wurden zwei Stadtteile provisorischer Häuser auf Kosten der R. L. konstruiert. Der eine hieß Chouart (Name des Unternehmers) und bestand aus etwa hundert Arbeiterhäusern mit je zwei Räumen. Kein Abort, kein Wasser, keine Kanalisation, kein Wasserablauf für die Abwässer des Haushalts. Die Bewohner sind gezwungen, ihre Abwässer usw. in die Umgegend des Stadtteiles zu schütten. Wenn diese starke Hitze noch weiter andauert, dann dürfte das Terrrain unbewohnbar werden und Epidemien sind zu befürchten. Die Bauten sind so schlecht gemacht, daß der Regen in das Innere der Mehrzahl der Bauten eindringt. Ihre Fertigstellung dauerte 10 Monate und hat 1 500 000 Frs. gekostet. Der Unternehmer dürfte nicht recht viel Geld verloren haben an diesem ‚Geschäft'.

In dem anderen Stadtteil, der Stadt Machetto (nach dem Namen des Erbauer), stehen 150 Häuser. Die Gruppe von je zwei Häusern hat 10 000 Frs. gekostet. Jedes Haus hat zwei Zimmer, wobei die Mauern eine Dicke von der Stärke eines halben Ziegelsteines haben. Das Dach ist aus Zement und so schwer, daß es den Bau zerdrückt und Senkungen und Spalten verursacht. Viele der Häuser sind bereits derart gespalten (kaum ein Jahr nach der Fertigstellung), daß sie mit Dachpappe bedeckt werden müssen. Auch hier bringt der Regen in das Innere und näßt die Lagerstätten."

Bekanntlich müssen wir auch die Pensionen bezahlen, die die französischen Soldaten und Hinterbliebenen erhalten. Aus den Tausenden von Beispielen, die uns vorliegen:

Progrès Civique vom 26. 3. 21.

Jean Millerand, der Sohn des Präsidenten, welcher sich guter Gesundheit erfreut, bezieht eine Rente von 1200 Franken (50% Invalidität). Hiefür soll der Stadtrat Misoffe Offizier der Ehrenlegion geworden sein, weil er die Rentefestsetzung guthieß.

Zu den Kriegskosten, die wir bezahlen sollen, gehören auch die Warenstapel, die nach Waffenstillstand unversehrt zurückgeblieben waren. Was hat man mit diesen Stapeln getan?

Um die bedeutenden Parks an Lastkraftwagen zu verwerten, bedient sich der französische Staat der Zeitungen. Seit zwei Jahren sieht man mehrere Male pro Woche in den Tageszeitungen und Wochenschriften riesige Anzeigen über die zum Verkauf gestellten Lastwagen. Währenddessen hat die Regierung zur Verpflegung der Rheinarmee Lastkraftwagen notwendig. Man glaube ja nicht, daß man diese aus den vorhandenen Parks genommen hätte: Absolut nicht — man bestellte einfach vierhundert neue.

Um die Parks zu verkaufen, verausgabt man mehr als eineinhalb Millionen Frs. für Anzeigen pro Jahr. Wenn man aber Lastwagen notwendig hat, kauft man neue — — — — Le Boche payera — der Boche muß es zahlen.

Wie unsagbar muß die Fäulnis und die Korruption, die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit innerhalb der „Grande Nation" doch fortgeschritten sein, wenn es notwendig ist, daß sich Militärs an die Öffentlichkeit wenden müssen, um ein Verschleudern zu verhüten:

[1]) Vergl. dazu oben Delaisis Unterredung, S. 226 f.

Digitized by Google

„Herr Chefredakteur, wollen Sie uns helfen, eine ungeheuere Verschleuderung zu verhüten? 3000 Reserve-Flugmotore letzten Modelles, im ganzen etwa 180 Millionen Wert, liegen auf einem Haufen in einem der Artillerie gehörenden Lokal. Die Artillerie reklamierte das Lokal. Es ist notwendig, die 3000 Motore wo anders hinzubringen ... in durch Alter lamentable Schuppen. Dies bedeutet in allernächsten Zukunft die völlige Vernichtung des ganzen Stapels. Colonel Girod

deputé, viceprésident de la commission de l'armée." Colonel Gir

Englische Tanks hat die französische Regierung 43 Stück um den Preis von sage und schreibe je 35 Frs. verkauft. Ein Tank wiegt etwa 30 Tonnen. 1921 war der Durchschnittspreis für altes Eisen in Frankreich 350 Frs., d. h. an jedem Tank hat der Käufer mindestens 10 465 Frs. verdient oder etwa ½ Million insgesamt.

Die Humanité vom 1. 4. 21 gibt eine Kammerdebatte wieder, in welcher Pierre Berger eine „schandvolle Verschleuderung" der Stapel konstatiert. Er spricht vom Verkauf der sanitären Einrichtung von Giévres, ferner einer Funkenstationseinrichtung in tadellosem Zustande zum Preise des alten Eisens usw. usw. Er erzählt ferner, daß, als die amerikanischen Lager verkauft wurden, man sich nicht einmal die Mühe gemacht hatte, genaue Lagerverzeichnisse aufzustellen. So konnte denn später festgestellt werden, daß 75 000 Autos gestohlen wurden. Der Abgeordnete Bérard gibt für ein Auto den Minimalpreis von 10 000 Frs. an. Also weitere 750 Millionen Frs. Verlust zu dem vielen anderen. Humanité v 1. 4. 21.

Am 9. März 1921 wurde endlich eine Bande von 28 Räubern dem Gerichte von Saint Pol übergeben, die in den R. L. die beschädigten Fabriken systematisch um die verbliebenen Metallteile geplündert haben und das Metall nach Paris verkauften. Le Boche payera. . . .

Ein Kapitel für sich bildet die Moral innerhalb der Beamtenschaft des Ministeriums der R.-L.

Wohl dürfte es schwer sein, die Korruption da abzuschaffen, wo sie stets und immer ihr Heim hatte; trotzdem aber sollte man glauben, daß die ins Ungeheuere gehende Bezahlung diese besondere Art von Beamten davor schützen sollte, Unterschleife zu machen. Riesenhaft sind diese Unterschleife, riesenhaft nicht nur an Zahl, sondern auch an Höhe. Wahrlich, die zerstörten Gebiete, oder, wie sie genannt werden, die „befreiten Gebiete" sind ein bedauerliches Schauspiel einer b e f r e i t e n Region — b e f r e i t von jeder moralischen Hemmung.

Aus der Fülle nur zwei Fälle:

Epernay. Der ehemalige Metzger von Evreux, Lt. d. R. Vicomte, wurde 1919 Distriktschef in den R. L. und installierte sich in Suippes. Er trieb allen nur möglichen Handel, Unterschlagungen, verkaufte mit Hilfe seiner Unterbeamten Fahrräder, die dem Staate gehörten usw. Baute sich ein prächtige Villa. Entdeckt, zündete er einfach sein Büro an und verbrannte alle Bücher. Oeuvre vor 14. 9. 21.

In Lens, Billy-Montigny, Haines und Hénin-Liétard gelang es einem Unternehmer, den Bürgermeister und andere höher gestellte Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, daß für 15 Meter geleistete Arbeit 20 aufgerechnet wurden, derart wurde der Staat [in diesem Falle doch rückwirkend Deutschland] um 1 240 000 Frs. betrogen. Oeuvre vor 26 7. 21.

Haben es diese betrügerischen Beamten dann wenigstens verstanden, etwas zu leisten? Ihre Unterbeamten zu veranlassen, zu arbeiten an richtiger Stelle? Seien wir unbesorgt, ein Heer von 300 000 deutschen Kriegsgefangenen, ein Heer der besten Arbeiter der Welt, hat man in sadistischer Gemeinheit mit unnützer Kleinarbeit und unproduktiver Tätigkeit bis zur Verzweiflung gequält und selbst den eigenen Arbeiter wußte man nicht dorthin zu stellen, wohin er gehörte:

Die ganze Presse hat das Loblied des „ehrenwerten" M. Dubar, Direktor des „Echo du Nord" und großen Würdenträgers der Ehrenlegion, der kürzlich verschied, gesungen. Progrès Civique vom 4. 6 21.

Dieser Mann besaß ein elegantes Schloß in Lambersart-Saint André nahe Lille.

Der Direktor einer wichtigen regionalen Zeitung hat es notwendig, geschont zu werden, sagten sich die Häuptlinge des Service de Réconstruction du Nord. Und sie haben zur Wiederherstellung des Schlosses 180 Arbeiter zur Verfügung des Herrn Dubar gestellt, während der Dauer von 18 Monaten. Es ist unnötig zu erwähnen, daß dieser große ehrenvolle Mann die Verwendung dieser großen Arbeitskraft nicht zurückgewiesen hat. Während diese Arbeiter damit beschäftigt waren, die Rasen seines schönen Parkes zu scheren, lebten die Anderen — die nicht Direktoren einer Zeitung sind — und leben noch, zehn auf die Familie, in den alten deutschen Unterständen, nicht allzuweit entfernt von diesem schönen Herrensitze.

Es ist nunmöglich zu sagen, was alles vegetiert unter diesem Schutze aus Wellblechen,

Digitized by Google

ungesund in jeder Beziehung, wo man stirbt vor Kälte im Winter und vor Hitze im Sommer und wo die Kinder sterben vor Fliegenplage.

Erst dieser Tage schrieb Alexander Delabre im Excelsior:

Excelsior 20. 8. 22.

„... In Armentières sind von 3042 zerstörten Häusern kaum 30 wieder hergestellt..., im ganzen Departement 718... Es sind hier noch etwa 40 000 Häuser wieder aufzubauen."

Die deutschen Kriegsgefangenen, die selbst Not an allem litten und schwer zu arbeiten hatten, derweil ihre Waffenbrüder längst zu hause waren, traten für die Franzosen ein. Es gibt Hunderte von Fällen, wo deutsche Kriegsgefangene Werkzeuge nahmen, um sie den Emigrés zu geben. Wo sie in den knappen Mittagspausen Wellbleche ausgruben und sammelten, um sie armen Leuten zu schenken und an wie vielen Sonntagen sind deutsche Kriegsgefangene freiwillig zur Arbeit gegangen, weil sie helfen wollten, diesen Ärmsten der Armen einen Unterschlupf zu zimmern, ihnen helfen wollten, den Boden zu bearbeiten.

Bei der Administration aber mußten ganze Kompagnien deutscher Kriegsgefangener wiederverwendbares Bauholz aus den Ruinen reißen, das für ein Spottgeld in die Städte als Brennholz verkauft wurde. Kriegsgefangene mußten Eisen sammeln, Kriegsgefangene mußten Kartuschen und sonstiges Messing suchen, das alles verkauft wurde und dessen Erlös in die Taschen derjenigen Leute wanderte, die die Arbeitswerte auszunützen verstanden hatten. Kein Hahn krähte ja darnach. Ganze Fachabteilungen mußten Möbel zimmern, die dann verkauft oder sonstwie verschoben wurden. Dies nur wenige Beispiele, aber so wurde mit der Arbeitskraft von 300 000 Deutschen über ein Jahr lang gewütet.

Wie sollte es der einzelne „ehrsame" Bürger machen, wenn von oben herab schon nichts als betrogen wird... Man gab sich wahrlich alle Mühe zum „Profite" Deutschlands die Regierenden Frankreichs zu imitieren:

Eine interessante Anfrage an das Parlament:

„Ist es wahr, daß in Bostères ein Unternehmer von der Administration 40 000 Frs. erhielt zur Abräumung eines Terrains, im Innern der Stadt gelegen, welches auf 10 000 Frs. geschätzt wird?"

Refugié du Nord vom 3. 10. 21.

Ein Unternehmer des Dep. Pas de Calais hatte vor dem Kriege eine kleine Werkstatt im Werte von 1000 Frs. Er hat 24 000 Frs. Vorkriegswert reklamiert und tatsächlich auch schon 11 000 Frs. Vorschuß darauf erhalten.

ogrès Civique vom 12. 8. 21.

De Bruyne hat als Vorschuß eine höhere Summe erhalten, als seine Verluste waren (345 000 Frs.) und außerdem wurde ihm ein Kredit von 570 000 Franken eröffnet. (Die Ausfolgung der Restsummen der gewährten Entschädigungen erfolgt nicht direkt; derselbe muß bei einem Kreditinstitut sich ein Konto eröffnen lassen. Anmerk. d. Verf.) 1914 besaß dieser Herr als ganzes Vermögen etwa 40 000 Frs., 1920 reklamiert er als Entschädigung nahezu zwei Millionen Frs.

rogrès Civique vom 2. 7. 21.

In einer Kammerdebatte entwickelt der Abgeordnete Inghels nochmals seine Anschuldigungen über die Verschleuderungen in den R. L.:

„Ich habe die Übertreibungen gezeigt, die mit dem Koeffizienten gemacht werden, den man künstlich hochhält. —Ich habe den Fall eines Industriellen zitiert, welcher lediglich auf diese Weise, durch die Variation des Preises, bei seinen Metallen allein 300 000 Frs. Gewinn erzielt hat.

Oeuvre vom 4. 2. 22.

Ich habe einen Industriellen bezeichnet, welcher vor dem Kriege eine Einrichtung besaß im Werte von 7 Millionen und welcher bereits 55 Millionen Vorschuß erhalten hat..." Die Zeitung von Roubaix selbst hat ebenfalls eine Entschädigung von 1 162 000 Frs. erhalten, die als recht freigebig bezeichnet werden muß. Deshalb läßt sich diese Zeitung nicht überzeugen. Infolgedessen wird auch nicht etwa die Verfolgung derjenigen Leute verlangt, die Mitschuldige an diesen Verschwendungen und Betrügen sind, oder die durch betrügerische Angaben dazu beitragen, die Schuld, die man von Deutschland zu erpressen müssen glaubt, ins Ungeheuere zu steigern. Man verlangt lediglich — man höre und staune — die Verfolgung desjenigen Beamten, der schuldig ist, daß diese Vorkommnisse an die Öffentlichkeit gekommen sind.

ix des Ruines vom 28. 8. 20.

Anläßlich einer Aussprache im Rat des Dep. Meuse konnte sich selbst Poincaré nicht versagen zum Ausdruck zu bringen, daß sich die Beamten des Ministeriums der R. L. in den zerstörten Gebieten benehmen als befänden sie sich wie die Feinde in einem eroberten Lande. Ihre eigenen Bequemlichkeiten gehen den Bedürfnissen der geschädigten zuvor. Seine Rede klang in den Ruf aus — „Befreit uns von dem Ministerium der befreiten Gebiete!"

Und wir als Deutsche? Sollen wir auch irgendeinen Wunsch zum Schlusse zum Ausdruck bringen? Ich glaube, es ist unnötig, wir sind müde geworden, immer dasselbe in die

Welt hinausschreien zu müssen, da wo die Tatsachen für uns sprechen, wo die Tatsachen zurufen allen denen, die es hören wollen. In dem Augenblicke, in dem diese Zeilen geschrieben werden, in dem Augenblicke, wo wir uns befleißigt haben sachlich zu bleiben und nur Tatsache an Tatsache zu reihen, wo wir es verschmäht haben, die krassen Fälle in den Kreis unserer Betrachtungen zu stellen, speit der Vulkan von Lüge und Betrug, von Diebstahl und Korruption, drüben wieder einen neuen Skandal aus. Wir beschränken uns nur darauf, zu sagen, daß wieder einmal ein „Industrieller" in Pouilly-sur-Serre, welcher auf eine Ausgabe von 250 000 Frs. eine Entschädigung von 13 Millionen verlangte, einen Vorschuß von drei Millionen zugebilligt erhielt. Wir sehen in dieser Affäre die Mitschuld der ganzen nordfranzösischen Geschäftswelt, welche sich nicht scheute, Fakturen auszustellen (gegen Entgelt natürlich), ohne daß jemals Ware geliefert worden wäre. Diese Fakturen dienten als Unterlagen für die „Boche". Als endlich dieser Schwindel denunziert wurde, wurde nicht der Betrüger und seine Komplizen bestraft, sondern dem Kontrolleur wurden die Akten entzogen, der die Mystifikation des Staates aufzudecken wagte. Über ein Jahr lang hat das Ministerium diesen Skandal verheimlicht und nur die Furcht vor einer öffentlichen Interpellation zwingt sie endlich, die Akten der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Progrès Somme 13./14 8

Le Boche payera . . . . . Arthur Ketzer (Hamburg).

Bücher-Rundschau.

Die Gesammelten Erzählungen des Grafen E. von Keyserling hat der Verlag S. Fischer in 4 Bänden vereinigt. I: Enthält eine fein charakterisierende Einleitung von Ernst Heilborn; Beate und Mareile, Seine Liebeserfahrung und Schwüle Tage. II: Dumala, Wellen. III: Fürstinnen, Am Südhang. IV: Abendliche Häuser, Stille Winkel. Der verstorbene Graf Keyserling drückte als Mensch und Schriftsteller in hohem Grade das aus, was man so oft gedankenlos eitel nennt: Kultur. Er war ein so feiner Erzähler, weil er ein so feiner Mensch war. Man hat ihn mit Fontane verglichen, aber der Vergleich tut beiden Unrecht. Fontane ist reicher, wärmer, witziger, temperamentvoller. Keyserling feiner, leiser, einheitlicher, musikalischer. Man verträgt nicht viel von ihm hintereinander; es ist alles auf einen Ton gestimmt. Aber dieser Ton ist jedem, der ihn einmal vernommen hat, unvergeßlich. In Frankreich wäre Keyserling als Mitglied der Akademie gestorben. In Deutschland gibt es noch Leute, die ihn mit dem Direktor der Darmstädter „Schule der Weisheit" verwechseln.

Bibliothek deutscher Klassiker für Schule und Haus. Das bekannte Unternehmen des Verlages Herder (Freiburg i. B.) erscheint stets in neuen Auflagen, ein Beweis wie stark einerseits das Bedürfnis nach solchen Auswahlbänden ist, und wie gut die von Prof. Hellinghaus besorgten Neuauflagen diesem Bedürfnisse entsprechen. Weil ich die Sammlung schon als Lateinschüler kennengelernt und ihre Verbesserungen jeweils verfolgt habe, möchte ich ein paar Anregungen geben. Zunächst würde ich alles Erzählende der Novellen-Bibliothek desselben Verlages zuweisen, um Raum zu gewinnen; denn auch diese Novellensammlung ist so besitzenswert, daß die Käufer der „Klassiker-Bibliothek" nichts Besseres tun können, als sie sich ebenfalls erwerben. Durch Ausscheidung von Brentanos „Chronika" und des Eichendorffschen „Taugenichts" würden in Band X (Romantik usw.) 140 Seiten gewonnen, am besten für ein weiteres Drama von Kleist. Ebenso würde ich aus Band XI (Schwaben und Österreicher) Hauffs Phantasien im Bremer Ratskeller weglassen, um Raum für ein weiteres Drama von Grillparzer zu gewinnen. Aus Band XII endlich (vom Jungen Deutschland bis zur Gegenwart) ließe ich weg: die Gedichte von Keller und Storm (wofür ich von den Ausgewählten Werken beider Dichter im Herderschen Verlage je einen dritten Band machte, der ein Bedürfnis ist); ferner die Gedichte von Fr. W. Weber, den die Käufer der Herderschen Ausgaben sicher ohnehin besitzen. Dieser letzte Band ist überhaupt am verbesserungsfähigsten; er wird stellenweise zur Anthologie. Ich ließe z. B. Herwegh ganz weg, ebenso Prutz, Hoffmann von Fallersleben, Kinkel, Müller von Königswinter, Simrock, Reinick, Moser, Roquette, Redwitz, Grosse (warum fehlt übrigens Heyse ganz?), vor allem Bodenstedt, Baumbach, F. W. Grimme usw., und machte aus diesen Planetoiden einen eigenen Band; den gewonnenen

Digitized by Google

Raum gäbe ich vor allem Hebbel, Scheffel (wobei ich von Scheffel mehr die späteren Sachen nähme) und der Droste.

Bei Herder, Freiburg i. B., beginnt eine neue „Bücherei der Länder- und Völkerkunde" zu erscheinen. Sie führt sich verheißungsvoll ein mit dem Bande „Im Zauber der Wüste" von Ewald Falls, dem Mitgliede der Frankfurter Menasexpedition C. M. Kaufmanns. War Falls' großer Bericht „Drei Jahre in der Libyschen Wüste" für eine wissenschaftlich interessierte Leserschaft bestimmt gewesen, so wendet sich dieser volkstümlich gehaltene Auszug an die weitesten Kreise, vor allem auch an eine nicht nur auf öde Belletristik eingestellte Jugend Solche Bücher sind es, die der Londoner Verlag Nelson zu Hunderttausenden herstellt und — verkauft! Die Auffindung und Durchforschung der Menasstadt ist hier geschildert mit einer Frische und Farbenpracht, einer Spannung, die das Buch lesenswerter macht als Dutzende von Romanen. Der Verlag hat ihm 25 Abbildungen und eine Karte beigegeben.

Da anzunehmen ist, daß der nicht glückliche Sammeltitel „Bücher des Berners" der Einführung dieser geschichtlichen Erzählungen für die Jugend im Wege steht, sei sie besonders empfohlen. „Das gebannte Land" von L. v. Vogelsberg spielt am deutschen Rhein vor 100 Jahren. „Ums deutsche Danzig" von Kapitän z. S. Waldeyer-Hartz behandelt den Kampf zwischen Deutschtum und Polen vor 300 Jahren. „Der von Bismarck" von Wilhelm Kotzde hat Bismarcks Ahnen Rule zum Helden, der in wilder Zeit die Geschicke der Stadt Stendal leitete. Ein besonderer Vorzug der Bände (Verlag Theodor Weicher, Leipzig) ist, daß sie auch für Schülerbibliotheken noch einigermaßen erschwinglich sind.

Drei Bilderbücher des Verlags Bachem, Köln: 1. Susaseide, Wir reiten über die Heide: kurze, nette, kindliche Verse, manches für süddeutsche Kinder nicht ganz verständlich; 2. Klein Mausel: etwas längere Verse, die sich gern zu einer Art Geschichte runden; hübsche Bilder; 3. Der Englein Erdenfahrt: reizende Bilder, mit hübschen Versen dazu (Preise rund 30 M.). Prosabände desselben Verlags: Angelika Harten, Die Zauberburg (5 Märchen, 30 M.); Schnurri: Katzengeschichten (von derselben Verfasserin, mit großen Scherenschnitten 20 M.); Prinzessin Tausendschön (von derselben: 5 Märchen); Vom König, den Dracheneiern und der Prinzessin Caritas: Märchen von Handel-Mazzetti, Justinus Kerner, Julius Mosen u. a. (30 M.); Brentano: Vom Murmeltier und Myrtenfräulein (mit bunten Bildern, 30 M.); Brentano: Gockel, Hinkel und Gackeleia (für Kinder gekürzt, 30 M.); Der seltsame Ring: Märchen von Eichendorff, Arndt, Novalis, Tieck und Wieland (ebenfalls kräftig illustriert 30 M.). Die Bände zeichnen sich durch guten Druck aus.

Kreuz und quer durchs Kinderland (Dresden, Alexander Köhler): Gedichte, kleine Versgeschichten mit Bildern. — Von Herzblättchens Zeitvertreib (begründet von Thekla von Gumpert) erscheint der 66. Band (Halbleinen 28 M., Berlin und Glogau, Flemming und Wiskott); er enthält eine Menge Gedichte, Geschichten und Bilder, und ist verhältnismäßig billig (über 200 Seiten). — Was der Jugend gefällt: deutsche Gedichte aus neuer und neuester Zeit. Vertreten sind u. a.: Robert Reinick, Peter Cornelius, Klaus Groth, Liliencron, Gustav Falke, Wilhelm Weigand, Dahn, Lingg, Hebbel, Heinrich Seidel, C. F. Meyer, Mörike, Storm, Spitteler, Kopisch, Isolde Kurz, Fontane, Börries von Münchhausen, Wildenbruch, Heyse, die Droste: eine empfehlenswerte Sammlung (Dresden, Alexander Köhler).

Die Vogelhochzeit. Die Reime des alten beliebten Volkslieds für Kinder illustriert (Verlag Datterer, Freising, 9 M.); derselbe Verlag gibt seit einiger Zeit eine Sammlung „Kleine Märchenbücher" heraus, nette Texte nett illustriert, gut gedruckt (je 6 M.), z. B. das indische Märchen „Der Königsgaukler", oder Otto Ernsts „Schlaraffenland" (mit Bildern von A. Schmidhammer), oder das italienische Märchen „Das zauberkundige Schneiderlein".

Bongs Jugendbücherei wurde seinerzeit, sogleich als der erste Band erschienen war, hier angezeigt. Inzwischen erschienen drei neue Bände: Leben und Treiben zur Urzeit, von dem bekannten Urzeitforscher Otto Hauser; — Wilde Tiere von Adolf Heilborn; — Unter den Wilden, Entdeckungen und Abenteuer, herausgegeben von Adolf Heilborn (Preis je 27 M. + 20 %). Die Bände sind fesselnd geschrieben und umsichtig ausgewählt, und enthalten viele Bilder.

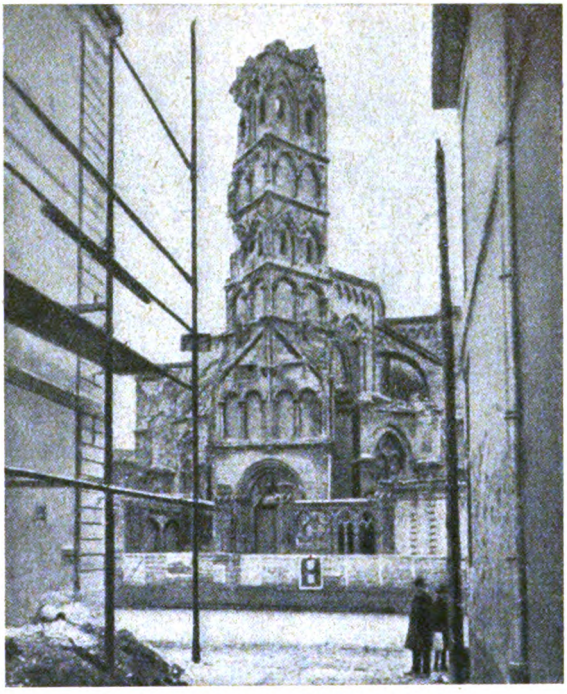
Josef Hofmiller.

Redaktionell abgeschlossen am 28. August 1922.

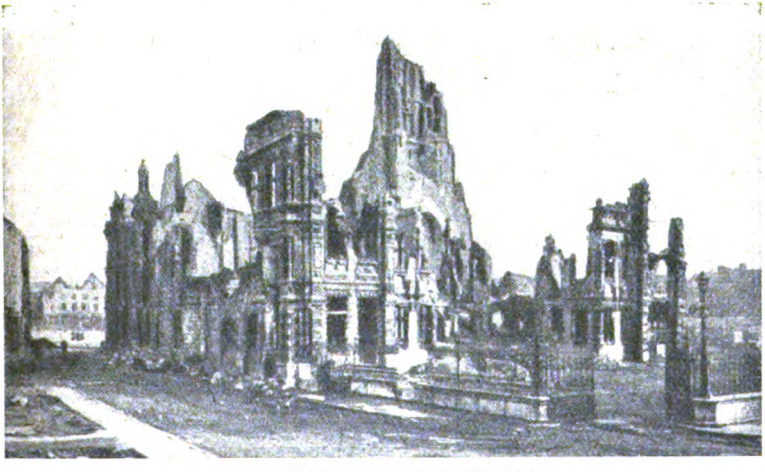
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Arras*)



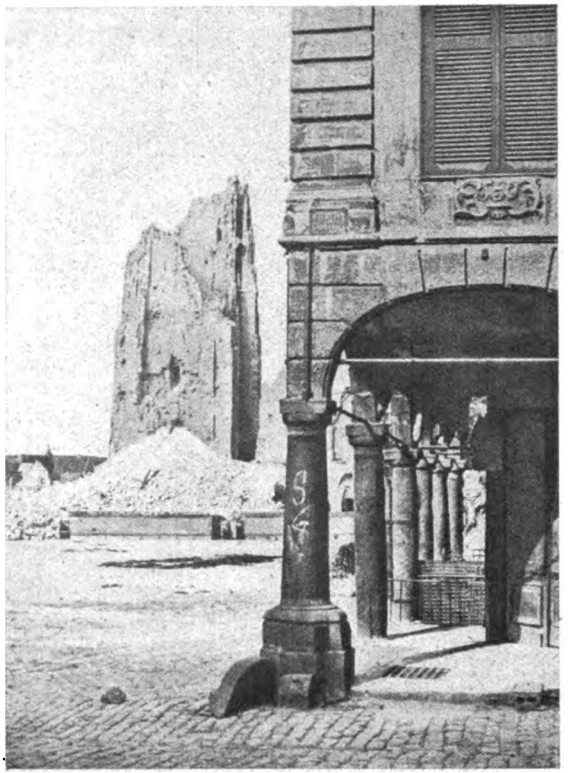
LA CHAPELLE DES URSULINES EN 1920
Die Ursulinen-Kapelle im Jahre 1920



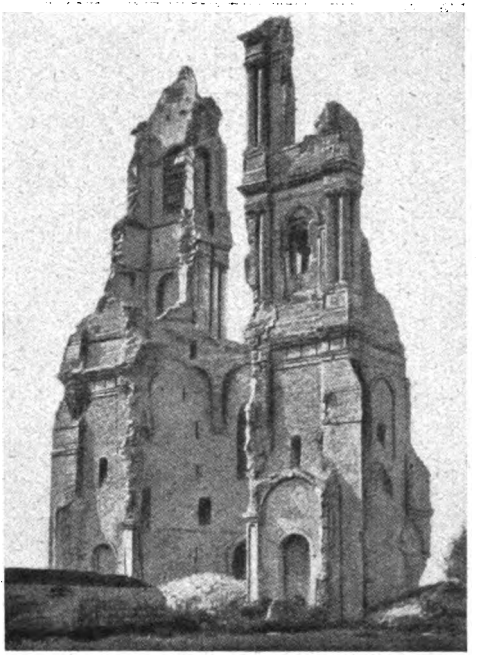
LES RUINES DE L'HOTEL DE VILLE
Die Ruinen des Rathauses

*) Aus dem französischen Touristenführer durch die zerstörten Gebiete, Band „Arras" (Verlag Michelin & Cie., Clermont-Ferrand 1920).

Digitized by Google



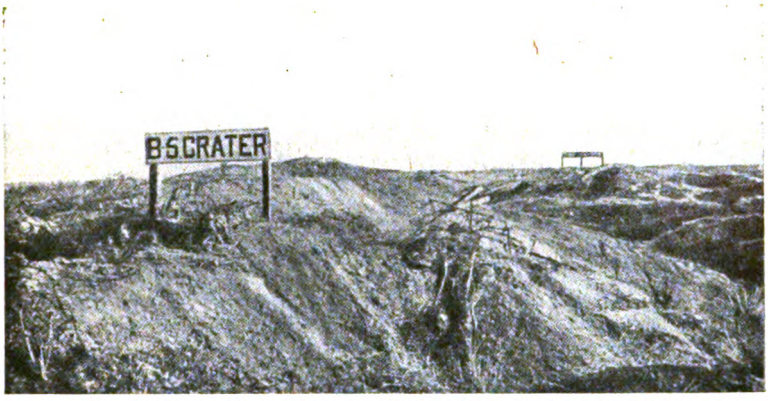
LE BEFFROI VU DE LA PETITE PLACE
Der Wachtturm vom Kleinen Platz



LES TOURS DE L'ABBAYE DE MONT-SAINT-ÉLOI
Die Türme der Abtei von Mont-Saint-Eloi

Die französische Bildunterschrift lautet auf deutsch: „Der rechte Turm ist besteigbar. Man tritt durch die innere Bresche ein, deren oberen Teil man hinter den Überresten der Umfassungsmauer sieht."

Digitized by Google



LES ENTONNOIRS DE MINES PRÈS DE NEUVILLE-SAINT-VAAST

Die Sprengtrichter bei Neuville-Saint-Vast

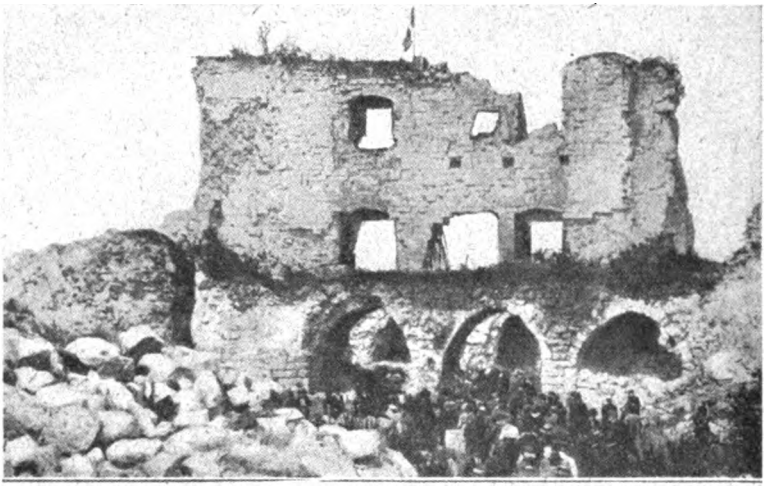
Man beachte die großen, für den englischen Fremdenverkehr aufgestellten Schilder "B. S. Crater" und "The Twins Crater"!

DES RUINES QUI RESTERONT SACRÉES POUR LES ANGLAIS

Ruinen, welche für die Engländer heilig bleiben werden

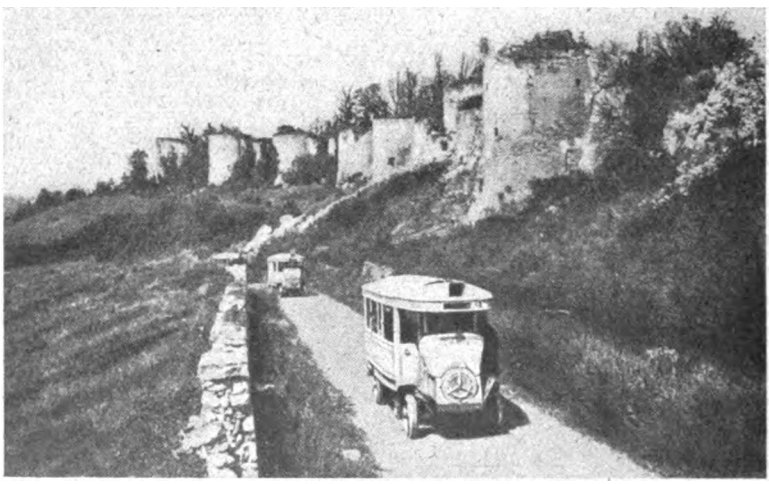
Die englische Aufschrift auf der Tafel lautet in der Übersetzung: „Bekanntmachung. — Dies ist heilige Erde. Kein Stein soll von diesem Gebäude weggetragen werden. Es ist ein Erbe für alle zivilisierten Völker. — Der Ortskommandant von Ypern"

Digitized by Google



Les pèlerinages sur l'ancien front de bataille. Une visite à Coucy dont les vestiges du magnifique château furent complètement anéantis par l'explosion des mines allemandes

Die Wallfahrten nach der ehemaligen Schlachtfront. Ein Besuch in Coucy, wo die Ruinen des prächtigen Schlosses durch die Explosion deutscher Minen völlig vernichtet wurden.



Die Ruinen von Coucy. Auf der Straße drei Autos des „Office National du Tourisme" (Nationales Touristenamt), das die ausländischen Besucher über die nicht wiederhergestellten Schlachtfelder führt — der Zweck dieser „Wallfahrten" ist durchsichtig!

Digitized by Google

Péronne

Französische Propaganda-Postkarte

Béthune

Das Schloß des Marquis de Béna

Digitized by Google

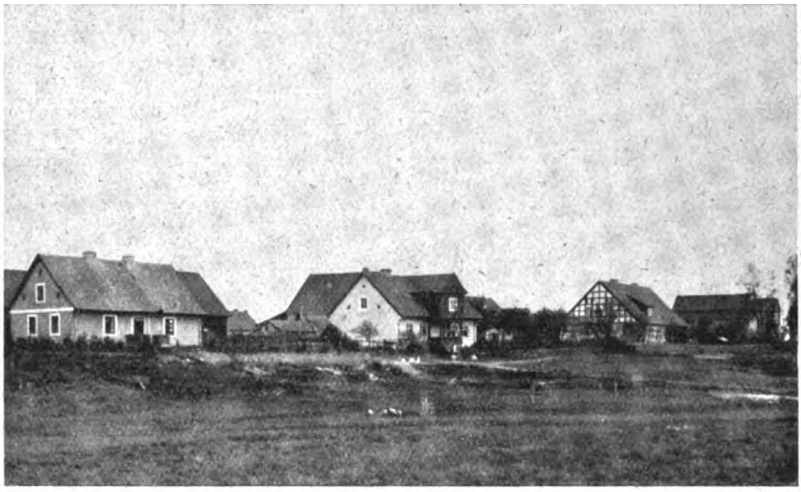
Béthune

BOULEVARD KITCHENER ET LE THÉÂTRE
Boulevard Kitchener und Theater

LA GRAND' PLACE, VUE PRISE DE L'ANCIEN HÔTEL DU NORD
Butter-Marktplatz

Digitized by Google

Assaunen



Das wiederaufgebaute Dorf

Das wiederaufgebaute Pfarrhaus

Digitized by Google

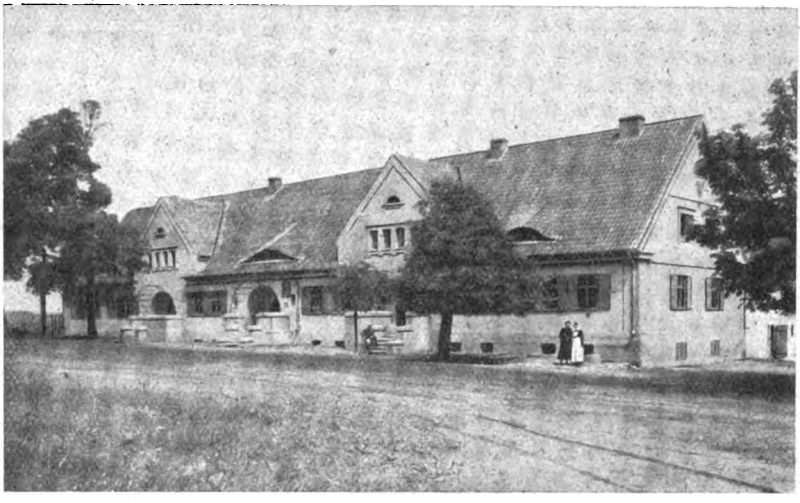
Heiligenstein

Rittergut nach Wiederaufbau. Wohngebäude

Der Gutshof

Digitized by Google

Tarpukischen



Beamtenwohnhaus des Gutes nach dem Wiederaufbau

Sameluchen

Kr. Gumbinnen

Wiederaufgebautes Gehöft des Besitzers H.

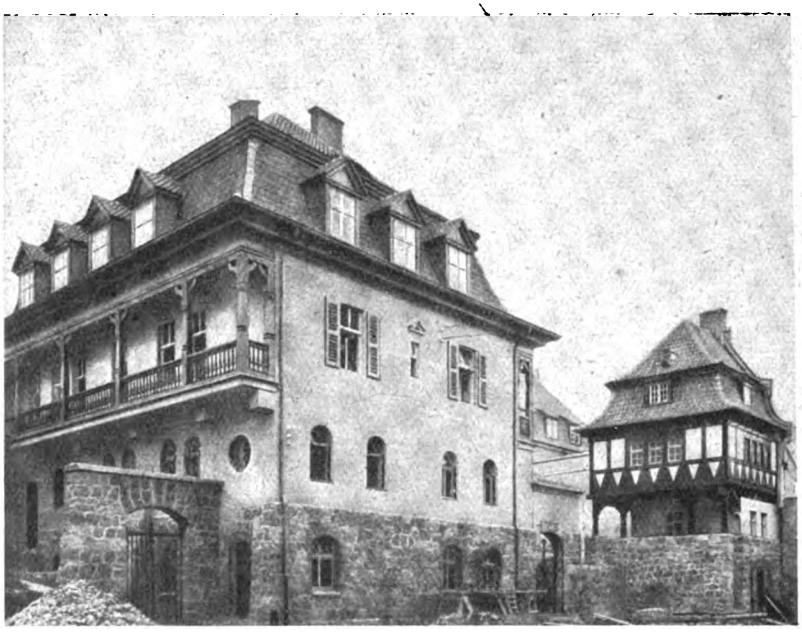
Digitized by Google

Straßenbild

Nach der Zerstörung

Nach dem Wiederaufbau

Digitized by Google



Wiederaufgebautes Haus des Mühlenbesitzers W.

Wiederaufgebautes Haus des Lehrers K.

Digitized by Google

Gesamtansicht

Nach der Zerstörung

Nach dem Wiederaufbau

Digitized by Google

Vorwort zur deutschen Ausgabe.

Es versteht sich von selbst, daß wir nicht alle Ansichten des Verfassers teilen (vgl. unsere eigene Veröffentlichungen zur Schuldfrage!), aber wir haben uns nicht berechtigt gefühlt, ihm ins Wort zu fallen; wie bei dem im ersten Hefte dieses Jahrganges veröffentlichten Buch des Engländers Picton, sehen wir auch hier einen besonderen Wert der Veröffentlichung darin, daß die deutschen Leser die Ansichten von Ausländern hören, denn es wird viel zu wenig Ausländisches in Deutschland gelesen. Palamenghi-Crispi spricht natürlich als Italiener und behandelt vor allem die Probleme der europäischen Politik — wie das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich, zwischen Italien und Deutschland —, die für sein eigenes Land von Wichtigkeit sind und unter dem Gesichtspunkt, der dem Wohl seines Landes zu entsprechen scheint. Seine Quellen sind großenteils französische, besonders auch die Veröffentlichungen Poincarés, und schon aus diesem Grund bedauern wir es, das Buch Palamenghi-Crispis nur mit bedeutenden Kürzungen wiedergeben zu können: durch die Währung sind die Bücher, auf die der Verfasser sich stützt, in Deutschland fast unbekannt geblieben.

Tommaso Palamenghi-Crispi ist in Sizilien 1861 geboren als Sohn einer Schwester Francesco Crispis. Doktor der Rechte wurde er in Neapel 1883 und war 1887/1891 Privatsekretär Francesco Crispis im Ministerium, das den italienischen Staat durch die große Reform der politischen und Verwaltungsgesetze reorganisierte und der auswärtigen Politik Italiens die Richtung auf ein enges Zusammenarbeiten mit Deutschland gab. Er begleitete Crispi auf seinen Besuchen, die er dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh im Jahre 1887 und 1888 abstattete, sowie auf dem Besuch König Humberts bei Kaiser Wilhelm II. in Berlin im Jahre 1889. Er war Abgeordneter im Parlament während einiger Legislaturperioden, Direktor der Zeitung der historischen Liberalen „La Riforma" (darauf der Zeitung „Roma", der „Rivista di Roma", der „Rivista Storica del Risorgimento Italiano", der Zeitung „La Concordia", der Zeitschrift „Voci del Tempo"). Nach Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 erklärte er sich für die Teilnahme Italiens an der Seite Deutschlands und Österreichs und in seiner Zeitung „La Concordia", die Ende 1914 entstanden war, vertrat er den Standpunkt, daß Italien eingreifen müsse in Anlehnung an seine alten Verbündeten oder wenigstens seine Neutralität beobachten müsse. Wegen dieser seiner freimütigen Stellungnahme hatte er ungezählte Verfolgungen zu erdulden, die aber zu keinem politischen Prozeß führen konnten in Anbetracht der Unbescholtenheit seines Lebenswandels und der Reinheit seiner politischen Haltung, die ja den Ideen entsprach, zu denen er sich in der Vergangenheit öffentlich bekannt hatte. Ein Niederschlag dieser Ideen ist das Buch „Wer ist für den Krieg verantwortlich?". Palamenghi-Crispi ist Verfasser von zehn Bänden politischer Geschichte, die größtenteils dazu bestimmt sind, die Gedankengänge und das Werk Francesco Crispis zu erläutern. Wir danken ihm für die Erlaubnis, sein neuestes Buch deutschen Lesern zugänglich zu machen.

Nur in rein tatsächlicher Hinsicht wollen wir hier im Vorwort seine Ausführungen ergänzen, weil wir im Besitz von Dokumenten sind, die bisher nicht veröffentlicht und daher Herrn Palamenghi-Crispi bei Abfassung seines Buchs nicht bekannt waren.

In welcher Weise Italien durch Frankreich bewacht war, konnte der Verfasser nicht wissen, weil er das Dokument nicht kannte, das wir hiermit der europäischen Öffentlichkeit übergeben:

Ein neues Dokument.

Sehr vertraulicher Brief Iswolskis an Sasonow, vom 19. Dezember 1913/1. Januar 1914.

Ich habe Ihnen schon einige Male geschrieben, hier sei man zu der festen Überzeugung gelangt, daß die italienische Regierung anläßlich der letzten Erneuerung des Dreibundes auf einem wichtigen Zusatze zu diesem Akte bestanden habe, einem Zusatze, welcher sich auf das Mittelmeer bezieht. Wie Ihnen bekannt, gründet sich diese Überzeugung auf Informationen aus geheimer Quelle, zu deren absoluter Richtigkeit die französische Regierung völliges Vertrauen hat. Aus diesem Anlaß ist es mir geglückt, folgende Einzelheiten zu erfahren, welche ich Ihnen ganz vertraulich mitteile, denn man hat mir zu verstehen gegeben, daß die geringste Indiskretion die Quelle dieser Informationen versiegen lassen würde.

Das hiesige Ministerium des Auswärtigen ist in den Besitz des italienischen Chiffrierschlüssels gelangt und hat die Möglichkeit, nicht nur die Telegramme zu lesen, die an den italienischen Botschafter in Paris gerichtet werden, sondern auch diejenigen, welche Rom mit seinen Berliner und Wiener Botschaften wechselt. Als vorigen Herbst anläßlich der Reise des Präsidenten der Republik nach Madrid die italienische Regierung Frankreich ein neues Abkommen über das Mittelmeer und andere Fragen im nahen Oriente vorschlug, fand in dieser Angelegenheit ein lebhafter Telegrammwechsel zwischen dem Marquis di San Giuliano, dem Herzog von Avarna und Herrn Bollati statt. In diesen Telegrammen wurde die besondere Marinekonvention erwähnt, welche von Italien bei der letzten Erneuerung des Dreibundes mit seinen Bundesgenossen abgeschlossen worden war, wobei Avarna und

Digitized by Google

Bollati darauf hinweisen, daß die einzelnen Punkte dieser Konvention mit dem in Aussicht genommenen franko-italienischen Abkommen nicht in Einklang zu bringen seien. Durch eine sorgfältige Zusammenstellung der genannten Telegramme ist es möglich gewesen, wenn nicht den vollen Text der italienisch-deutsch-österreichischen Marinekonvention herzustellen, so doch wenigstens den ungefähren Inhalt kennenzulernen; auf diese Weise ist festgestellt worden, daß auf Grund der Konvention der ganze östliche Teil des Mittelmeeres vertikal in drei Zonen geteilt wird: in der ersten, der westlichsten, verpflichten sich die Dreibundmächte, den status quo zu erhalten und sich aller Schritte zu enthalten; in der mittleren Zone verpflichten sich die genannten Mächte, nur in gemeinsamem Einvernehmen vorzugehen; in der dritten, der östlichsten Zone, besitzen die vertragschließenden Parteien eine größere individuelle Handlungsfreiheit und verpflichten sich nur, einander über ihre Handlungen im voraus zu verständigen. Auf meine Frage, wie man das Bestehen einer derartigen Konvention mit der vom Marquis di San Giuliano sowohl A. M. Krupenski, als auch M. Barrère gemachten Erklärung in Einklang bringen könne, daß in den Akten des Dreibundes nicht einmal ein Komma verändert worden sei, ist mir geantwortet worden, daß dieser Widerspruch in der Tat gänzlich unerklärlich ist und nur die tiefe Unaufrichtigkeit und Verlogenheit der italienischen Diplomatie beweist.

Indem ich Ihnen obige Einzelheiten mitteile, muß ich hinzufügen, daß, obwohl ich mich bis jetzt ziemlich skeptisch zu den hier einlaufenden geheimen Informationen verhielt, ich nun doch zu dem Schluß komme, daß diese Informationen, wenigstens soweit sie sich auf die italienische telegraphische Korrespondenz beziehen, in der Tat Beachtung verdienen. Hierin bestärkt mich u. a. die Tatsache, daß man im hiesigen Ministerium des Auswärtigen aus der genannten geheimen Quelle genaue Nachrichten über den vom Dreibunde hinsichtlich des englischen Vorschlages über Epirus und die Inseln eingenommenen Standpunkt besaß, und daß diese Hinweise jetzt vollkommen bestätigt worden sind. Man kann hieraus, wie mir scheint, die Schlußfolgerung ziehen, daß auch die obigen Nachrichten über die Marinekonvention zwischen Italien, Deutschland und Österreich den Tatsachen entsprechen.

Genehmigen Sie ..... usw.

Wer hat den Krieg verschuldet?

An den Leser.

Das Schreiben eines Buchs will weniger als nichts bedeuten,
Wenn es, nachdem 's geschrieben, nicht Erquickung bringt den Leuten.
Giuseppe Giusti.

Wenn ich an das Epigramm Giustis erinnere, so beabsichtige ich damit das Ziel zu bezeichnen, das ich mir beim Schreiben dieses Buches gesteckt habe.

Die Ursachen des Gewitters, das sich über Europa entladen hat, und in den Zusammenbruch auch unser Land hineinriß, sind der Mehrzahl der Italiener dunkel. Wenn es meiner Arbeit gelingen wird, hier etwas mehr Klarheit zu schaffen, werde ich meine Zeit nicht vergeudet haben; wenn nicht, wird es „weniger als nichts" sein. Natürlich gehe ich, da ich es veröffentliche, davon aus, die Aufgabe, die ich mir gestellt, gelöst zu haben.

In Italien ist keiner, von dem ich es wüßte, an das Thema der Verantwortlichkeit für den Krieg herangetreten, obwohl die Elemente, an denen man eine gesunde Kritik üben kann, im Überfluß vorliegen. Ich behaupte das angesichts der Tatsache, daß diesem Thema alle die Schriftsteller nicht zu Leib gehen, die sich auf die Prüfung der Ereignisse beschränken, die unmittelbar dem Auffliegen der Mine vorangingen, und die Nachforschung außer acht lassen, wer die Miene geladen hat und mit welchen Explosivstoffen.

Die Frage: „Wer hat den Krieg erklärt?" hat einen sehr geringen historischen Wert gegenüber der andern Frage: „Wer ist für den Krieg verantwortlich?" Die erste trifft die Form, die zweite den Kern. Den Krieg erklären, bedeutet nicht ihn gewollt zu haben.

Ich will sicherlich nicht behaupten, daß das Erklären des Kriegs bedeutungslos ist; der Eindruck, den eine solche Tatsache auf die öffentliche Meinung der Welt hervorbringt, kann

Digitized by Google

schwere Folgen haben. Darauf wies Fürst Bismarck im Jahre 1870, als der französisch-deutsche Konflikt unvermeidlich erschien, hin: „es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen sind", sagte er und mit der Depesche von Ems zwang er geschickt Frankreich, die Initiative zu ergreifen. Aber daß die Kriegserklärung als von untergeordneter Bedeutung gegenüber den Gründen angesehen werden muß, die den Krieg unabwendbar machten, haben gerade die Franzosen immer erklärt, indem sie hoch und heilig beteuern, daß sie 1870 „angegriffen und ausgeraubt" worden sind.

Der wesentlichste Punkt, dem ich nachgegangen bin, ist die auswärtige Politik Frankreichs nach den Ereignissen von 1870—71, wobei ich feststellen mußte, wie durchaus zutreffend der Gedanke Crispis ist, daß jeder Krieg Fragen offen läßt, an die sich ein anderer Krieg anknüpfen kann — ich habe, freilich ganz kurz, die Arbeit verfolgt, die von Eduard VII. in den zehn Jahren seiner Regierung entwickelt worden ist, die Evolution der britischen Politik von dem Augenblick an, wo die „splendid isolation" gegenüber den Fortschritten Deutschlands als gefährlich erschien und England begriff, daß es Bündnisse auf dem Kontinent brauche, um sie aufzuhalten — ich habe schließlich die Wechselfälle des französisch-russischen Bündnisses, der Triple-Entente und des jahrhundertlangen Kampfes zwischen Österreich und Rußland um die Vorherrschaft auf den Balkanländern erzählt. Deutschland, der Mittelpunkt, um den sich die ganze Lage drehte, die sich zwischen dem Ablauf des vergangenen und dem Beginn des neuen Jahrhunderts allmählich herausgebildet hat, spiegelt sich in meinem Bilde, auch mit seiner Verantwortlichkeit, aus der Gesamtheit der geprüften Ereignisse wieder.

Ich habe mir nur eine historische Untersuchung als Ziel gesteckt und war darauf bedacht, jede meiner Behauptungen durch ein umfangreiches Urkundenmaterial zu belegen. In einem Teil meiner Arbeit hat die genaue Prüfung und Abwägung des reichlichen Materials eine polemische Wendung angenommen, die aber nach meiner Absicht jedes persönliche Moment fernhält.

Ich habe die Wahrheit gesucht und sie geschildert, wie ich sie gesehen habe, ohne Schleier, ohne jedes Verschweigen und ohne jede Rücksicht auf Menschen.

Der Leser möge urteilen.

Rom. T. Palamenghi-Crispi.

Das Vermächtnis des früheren Kriegs.

Man kann in die Gründe der großen politischen Katastrophe, die Europa in seinen Grundfesten erschüttert und die Weltpolitik aus der Achse gehoben hat, nur dann eindringen, wenn man auf den Französisch-Deutschen Krieg von 1870—71 zurückgeht. Die Geschichte hat — das steht heute unwiderleglich fest — die Verantwortung für dieses Ereignis Frankreich aufgebürdet. Es ist verlorene Mühe, wenn man sich noch in sophistischen Untersuchungen über die Emser Depesche ergeht.

Kaiser Napoleon III. schrieb gleich nach der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien an die Gräfin Mercy-Argenteau:

„Wie sollte man nicht entmutigt sein, wenn man an die Friedensbedingungen denkt, die Frankreich auferlegt sind? Ich gebe zu, daß wir die Angreifer gewesen sind..."

Auch Jules Favre, der Minister des Auswärtigen in der Regierung der nationalen Verteidigung, sprach den Feind von der Schuld frei und in dem Bericht, den er an jene Regierung unter dem Datum des 21. September 1870 über eine Unterhaltung mit Herrn von Bismarck erstattete, teilte Favre mit, er habe an seinen Unterredner folgende Worte gerichtet:

„Hervorgegangen aus der Macht eines Einzelnen hatte der Krieg keinen Sinn mehr, als Frankreich wieder Herr seiner selbst wurde."

Schließlich muß uns Italienern die Ansicht Giuseppe Mazzinis genügen, des gewichtigsten Richters über die Politik des dritten Bonaparte[1]):

„Der Krieg war von Louis Napoleon III. erdacht, gewollt und provoziert und zwar ohne jeden Grund. Fest ins Auge gefaßt kurz nach dem Frieden von Villafranca, beschlossen nach Sadowa, im voraus angekündigt durch die Forderung einer Grenzberichtigung, die er weiterverfolgte und auf die er eine Abweisung erhielt, und von diesem Zeitpunkt öffentlich als

[1]) Giuseppe Mazzini, La guerra franco-germanica in Scritti editi e inediti vol. XVI, S. 42.

Digitized by Google

Tagesbefehl in den Kasernen ausgegeben, eingeleitet durch allerhand Pläne und militärische Vorbereitungen wurde er schließlich für das Kaisertum zur Notwendigkeit."

Die Niederlage brachte Frankreich außer der Erlegung einer Kriegsentschädigung von fünf Milliarden den Verlust des Elsasses und eines Teiles von Lothringen. Mit dieser Gebietsabtretung beabsichtigte Bismarck nicht etwa Frankreich zu demütigen, vielmehr sein Land vor einem erneuten Angriff desselben sicherzustellen. Zu Favre sagte er gelegentlich der obenerwähnten Unterredung:

„Ihr werdet Sedan nicht vergessen und zwar um so weniger, als ihr Waterloo und Sadowa, das euch doch gar nichts anging, nicht vergessen habt. Ich gebe mich keiner Täuschung über den fest entschlossenen Willen der französischen Nation hin, Deutschland anzugreifen und ihm einen Teil seines Gebiets abzunehmen. Seit Ludwig XIV. bis Napoleon III. hat sich seine Einstellung auf diese Ziele nicht geändert."

Und in einer aus Reims datierten Zirkularnote vom 13. September 1870, die an die preußischen, bei den neutralen Regierungen akkreditierten Gesandten gerichtet war, entwickelte Bismarck seinen Gedanken folgendermaßen:

„Die Mehrheit, ja beinahe die einmütige Stimme der Volksvertreter, des Senats und der Organe der öffentlichen Meinung haben so laut und so eindringlich diesen Eroberungskrieg gegen uns verlangt, daß die vereinzelten Freunde des Friedens den Mut zum Widerstand verloren, und Kaiser Napoleon hat es nicht nötig, ein unwahres Wort zu sprechen, wenn er heute behauptet, daß der Zustand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege zwang.

Gegenüber solchen Tatsachen können wir nicht umhin, unsere Garantien im Hinblick auf das französische Sentiment zu suchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß als Folge dieses Krieges wir sehr bald einen Angriff von Frankreich zu gewärtigen haben anstatt eines dauerhaften Friedens und zwar ganz unabhängig von den Bedingungen, die wir etwa Frankreich aufzuerlegen haben. Gerade ihre Niederlage und unsere siegreiche Abwehr ihres ungerechten Angriffs ist es, was die französische Nation uns nie verzeihen wird. . . . . .

. . . Deshalb können unsere Anforderungen, die wir an den Frieden stellen, nur darauf gerichtet sein, Frankreich den nächsten Angriff gegen die deutsche Grenze und besonders gegen die von Süddeutschland, die bisher jeder Abwehr entblößt war, zu erschweren und zwar dadurch, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt der französischen Angriffe weiter nach Frankreich hineinrücken und daher Deutschland in den Besitz der Festungen setzen, von denen aus uns Frankreich bedroht, indem wir sie in Abwehrbollwerke umwandeln."

Schließlich fügte er in einer anderen Zirkularnote, datiert aus Meaux, den 16. September, noch bei:

„Die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volks verlangt, daß Deutschland durch bessere Grenzen, als bisher gegen die Drohungen und Vergewaltigungen geschützt wird, die alle französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns verübt haben. Solange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch unserer Defensive bezüglich ganz Süddeutschland und dem Norden, längs des Rheines, überlegen. Straßburg im Besitz von Frankreich ist eine gegen Deutschland stets offene Ausfallspforte.

In deutschem Besitz dagegen gewinnen Straßburg und Metz einen defensiven Charakter; in mehr als zwanzig Kriegen sind wir niemals die Angreifer Frankreichs gewesen und wir haben von diesem nichts zu verlangen, außer unsere Sicherheit in unserem eigenen Lande, das von jenem so oft in schwere Gefahr versetzt worden ist. Frankreich dagegen wird den abzuschließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand betrachten und um sich an uns wegen seines gegenwärtigen Unterlegenseins zu rächen, und uns mit derselben Sucht, Händel anzufangen, und derselben Ruchlosigkeit, wie in diesem Jahr angreifen, sobald es hierzu, sei es aus eigener Kraft oder im Bunde mit Dritten, imstande sein wird."

Frankreich mußte sich unter das vom Sieger auferlegte Gesetz beugen, aber, wie der deutsche Kanzler voraussah, konnte es sich nicht in die Niederlage finden, und die Wiedervergeltung wurde das letzte Ziel seiner Politik.

Wer nur oberflächlich den Verlauf des französischen Lebens von 1871—1914 betrachtet, verfällt leicht in den Irrtum zu glauben, daß die Revancheidee sich nur allmählich entwickelt habe, da die neuen Generationen die Erbschaft der Rache, die ihnen von der Generation der

Digitized by Google

année terrible überkommen war, nicht eifersüchtig zu bewachen schienen. In Wirklichkeit aber ist die Revancheidee stets im französischen Bewußtsein lebendig geblieben. Frankreich ging aus dem Krieg mit dem Schrecken hervor, den Blut und Verwüstungen verursachen, und der der Psychologie der Besiegten eigentümlich ist, und mit dem dringenden Bedürfnis nach Rückkehr zu friedlicher Arbeit; aber der Unwille über die erlittene Niederlage blieb wie ein Dorn im Herzen des Volks zurück, das seiner kriegerischen Ruhmestaten eingedenk blieb und überzeugt war, im Angesicht der Welt sich nicht um die so heiß ersehnte Vorrangsstellung bewerben zu können, wenn es sich in die Niederlage fügte.

Diesen Geisteszustand machten sich stets die politischen Agitatoren zunutz, um sich populär zu machen oder um dem Verlegenheiten zu bereiten, der die Regierung leitete. Schon unmittelbar nach dem Friedensschluß fanden sich Leute, die eine Wühlarbeit förderten, welche Adolf Thiers in einem Briefe vom 30. Dezember 1872 brandmarkte, indem er die Urheber als „die Narren, die mit Patriotismus um sich werfen, wo es sich um eine nüchterne, klare Politik handelt" definierte[1]). Während der zwei Jahre, in denen Thiers die Regierung Frankreichs leitete und sich dem Wiederaufbau des Landes und der Befreiung des Gebiets, nämlich der Departements und Belforts, die als Pfand von den deutschen Truppen bis zur vollständigen Bezahlung der Kriegsentschädigung besetzt gehalten wurden, ließ diese Agitation bei der deutschen Regierung die Besorgnis aufkommen, daß der Kampf von einem Tag zum andern wiederaufleben könne. Bismarck sagte zu dem französischen Gesandten de Gontaut-Biron, und dieser gab getreulich die Worte seines Unterredners in einem Brief vom 11. März 1873 an Thiers weiter:

„Der Kaiser (Wilhelm I.) ist überzeugt, daß an dem Tag, an dem sich seine Truppen zurückziehen werden, Ihr revolutionäre Bewegungen haben werdet; wahrscheinlich wird Herr Thiers seiner Amtsgewalt enthoben; oder auch, wenn es mit ihm zum Sterben gehen sollte (Verhüt' es Gott, da wir ihm aufrichtig ein langes Leben wünschen), würde Herr Gambetta die Macht an sich reißen und 14 Tage nachher hätten wir den Vergeltungskrieg. So denkt Seine Majestät, aber ich will damit nicht sagen, daß das auch meine Ansicht ist."

Natürlich bestritt der Gesandte, daß der Kampf sich von neuem entzünden könne, er sagte, man halte Gambetta von der Macht fern und unter allen Umständen sei er unfähig den Krieg zu führen, selbst wenn er es gewollt hätte, und versicherte, daß die Ordnung in Frankreich im Wiederentstehen begriffen sei, daß es an Arbeit auf den Feldern und in den Fabriken nicht fehle, daß die verschiedenen Bevölkerungsschichten wieder Geschmack an der friedlichen Arbeit gefunden hätten, die ihnen Ruhe und Reichtum gewähre.

Diese Versicherungen wurden auf Grund der Instruktionen Thiers abgegeben, der die Sachlage folgendermaßen in einem Brief an den Grafen von Saint-Vallier schilderte, den er nach Nancy zu dem Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen, dem General von Manteuffel, geschickt hatte:

„Das Land ist, wenn es auch nach außen hin in dem und jenem Departement erregt erscheint, in Wirklichkeit doch vernünftig. Jeder fühlt die Notwendigkeit des Friedens und wir wollen die vereinbarte Kriegsentschädigung in einer annehmbaren Frist innerhalb der Grenzen des Möglichen bezahlen. Die, welche von Vergeltung, von Revanche reden, sind Windbeutel, Scharlatane, die in Patriotismus machen, und ihre Wortergüsse bleiben ohne Widerhall; die anständigen Leute, die wahren Patrioten wollen den Frieden, wobei sie einer fernen Zukunft die Entscheidung über unsere Geschicke überlassen."

Aber im Grunde genommen waren die Besorgnisse der deutschen Regierung nicht ungerechtfertigt. Frankreich erholte sich rapid, ordnete seine Finanzen, indem es sich erbot, die Raten der Kriegsentschädigung vor Ablauf der vereinbarten Verfallstermine zu bezahlen, und reorganisierte sein Heer. In einem Brief vom 29. Januar 1872 an den Grafen von Saint-Vallier wies Adolf Thiers bei Aufzählung seiner Aufgaben auf die militärische Reorganisation hin: „Was unsere Rüstungen anbelangt, so sagen Sie ganz offen, daß sie nicht auf die Gegenwart, sondern nur auf die Zukunft abzielen, auf eine Zukunft von langer Dauer, die in nichts über die Stellung hinausgeht, die Frankreich von Rechts wegen beanspruchen kann ...

[1]) Dieses und die folgenden Zitate, die sich auf Thiers Regierung beziehen, sind den beiden Bänden entnommen: „Occupation et libération du territoire 1871–1873. Correspondance, veröffentlicht im Januar 1903 zu Paris durch einen Anonymus." Vgl. ebenfalls Francis Charmes im Journal des Débats, 25. Januar 1903.

Digitized by Google

Übrigens, sucht man nicht etwa in ganz Europa und auch in Preußen, das schon so stark ist, das beste Gewehr, die beste Kanone und das beste Rekrutierungssystem herauszufinden? Und wir allein, die Opfer der fluchwürdigsten Nachlässigkeit, sollten nicht das tun dürfen, was alle tun?"

Und er fügte hinzu, daß die Totalziffer der Effektivbestände sich für den Friedensfuß auf 460 000 Soldaten belief, die darstellt „ungefähr die Normalzahl, die wir allezeit verlangt haben und die in keiner Weise übertrieben ist" [1]).

Es war also die militärische Stellung, wie sie vor dem Krieg bestand, in kürzester Zeit wiederhergestellt und wieder völlig erstarkt, während die deutsche Regierung nichts tat, um es zu verhindern. Im Gegenteil, Thiers konnte sich nur in Lobessprüchen sowohl bezüglich des Generals Manteuffel, wie des Fürsten Bismarck ergehen. Die Zeitungen gossen auch damals Öl ins Feuer und schrieben Deutschland die Absicht zu, unter Bruch der Verträge Belfort dauernd zu behalten; Bismarck benützte eine Gelegenheit, die ihm von Gontaut-Biron gegeben wurde, um ihm zu sagen:

„Ihr legt Wert darauf, etwas schneller wieder in den Besitz von Belfort zu kommen? Ist es die Besetzung dieses Platzes, die euch plagt? Laßt uns bis zur gänzlichen Bezahlung ein anderes materielles Pfand, das gleichwertig ist: zum Beispiel Toul, Verdun."

Thiers nahm ohne weiteres den Umtausch Belforts mit Verdun an und schrieb seinem Gesandten:

„Ich empfinde die größte Dankbarkeit für den Fürsten Bismarck, der darin eingewilligt hat, Verdun anstatt Belfort zu besetzen, als letzten Garnisonsplatz der deutschen Truppen in Frankreich. Ich kann sicherlich nicht zu Herrn Bismarck gehen um ihm zu danken, aber wir müssen eingestehen, große Seelen sind gerecht und zeigen, wo sich Gelegenheit bietet, ihre Überlegenheit. Es ist ein Glück, daß wir es mit einem wahren Staatsmann zu tun haben."

Auch die Humanität, die Rücksichtnahme auf die Besiegten, die Nachgiebigkeit Manteuffels, flößten Thiers Gefühle lebhafter Dankbarkeit ein, die er demselben General unmittelbar nach seinem eigenen Sturz, der am 24. Mai 1873 erfolgte, in einem Briefe aussprechen wollte, in dem man folgenden Satz liest:

„Es wird mich immer mit Befriedigung, ja sogar mit Freude erfüllen, daß ich in intimen Beziehungen zu einer so hervorragenden Persönlichkeit, wie Ew. Exzellenz gestanden bin, einem edlen Freund meines Landes, obschon er ein treuer Deutscher ist, und ich hoffe, daß zwischen uns feste und dauernde Freundschaft weiterbestehen wird [2])."

---

[1]) Herr Raymond Poincaré, Präsident der französischen Republik während des Kriegs, hat in einem im Mai 1921 veröffentlichten Band (Paris, Plon-Nourrit & Co. édit.) sechs Vorträge zusammengestellt, die er über die Ursprungsgründe des Kriegs gehalten hat. Frankreich konnte keinen geeigneteren und besser unterrichteten Verteidiger finden als Poincaré, da er, bevor er den höchsten Posten der Präsidentschaft der Republik erklomm, in seiner Eigenschaft als Minister und Ministerpräsident alle Geheimnisse des Quai d'Orsay kannte. Wir beschränken uns darauf einige der in diesem Band ausgesprochenen Urteile wiederzugeben; hier zitieren wir eine der unzähligen Anklagen Poincarés gegen den Fürsten Bismarck: „Das Jahr 1871 war noch nicht herum, als Herr von Bismarck behauptete, in der öffentlichen Meinung Frankreichs dunkle Vergeltungspläne zu entdecken und unseren Vertretern erklärte, es liege etwas Verdächtiges in der rasenden Geschwindigkeit unseres Wiederaufschwungs. Und er schickte sich alsbald an, uns zur Buße hiefür in einem Winkel Europas kaltzustellen."

In Wahrheit tat Bismarck nichts um den Neuaufbau der Streitkräfte und des Wirtschaftslebens Frankreichs zu hindern oder zu verzögern. Während jetzt Frankreich nicht gewußt hat und nicht weiß, was alles es aussinnen soll, um den gefallenen Feind zu berauben, zu lähmen und dem Untergang entgegenzuführen.

Poincaré will behaupten, daß der deutsche Kanzler, indem er dunkle Vergeltungspläne einem Lande unterschob, das wenige Monate nach dem Ende des Kriegs das eigene Heer reorganisiert hatte, ein übelwollender Sucher nach Vorwänden war; aber was müßte er dann über sich selbst und die Regierung, sowie das Parlament von Frankreich sagen, die nach ihrer Behauptung ihre unbeugsame Härte gegen Deutschland damit rechtfertigen, daß sie es offen dunkler Vergeltungspläne beschuldigen, nachdem sie es völlig entwaffnet haben? Jedermann kann sich ein Urteil darüber bilden, wieviel Gerechtigkeit und wieviel Opportunitätssinn in dieser heute erhobenen Anklage enthalten ist.

[2]) Diese unverdächtigen Erklärungen Thiers legen Zeugnis für die Gelassenheit des Siegers ab, der, wenn schon er den Erfolg seiner Waffen ausnützte, nicht daran dachte, dem Besiegten die Auflösung seines Heeres aufzuerlegen, geschweige denn seine Versklavung zu verewigen, indem er sich seine Handels- und Kriegsflotte, seine Transportmittel zu Land und zu Wasser,

Digitized by Google

Nach dem Fall Thiers fristete die Republik, die, wie Mazzini schrieb (Scritti editi e inediti Bd. XVI, S. 36), erstanden war „nicht auf Grund einer spontanen Volksabstimmung und eines Entschlusses eines Volks, das sich erhebt im Namen des ewigen Pflichtgesetzes, um die eigene Freiheit und das Recht zu befestigen, keinen Herrn außer Gott und dem Moralgesetz über sich zu haben, sondern als tatsächliche Folge, die aus der Lage, der feigen Abdankung Louis Napoleons und dem Fehlen jeder anderen Regierung entsprang", für einige Zeit ein unsicheres Dasein während des Kampfes zwischen den Begünstigern einer Rückkehr zu der Monarchie der Orléans, und den Parteigängern der Republik. Aus diesem Jahre stammen die ersten Besorgnisse in Italien bezüglich einer französischen Intervention, die von den Legitimisten zum Zweck der Wiederherstellung der zeitlichen Macht des römischen Pontifikats warm gefördert wurde und die ersten Impulse der Italiener für Deutschland, das damals im Kampf gegen die katholische Einmischung in das bürgerliche Leben stand und seinem Nachbarn stets mißtraute, der in dem Kulturkampf ein neues Motiv für seine Abneigung fand.

Im Jahre 1875 erschien die finanzielle und militärische Lage, der der Geist der Selbstüberhebung, welcher für das französische Temperament so charakteristisch ist, zu Hilfe kam, so ausgezeichnet, daß die leicht entflammbareren Politikaster und die wenigen klugen Zeitungen ohne Umschweife auf kriegerische Pläne anspielten und einen großen Skandal aufschlugen, weil der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, bei einer Unterhaltung mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem Herzog Decazes die Bemerkung machte, daß das neue Gesetz über die Kadres des Heeres und die militärische Neuordnung, ganz abgesehen von der Anlage von 600 Millionen bei der Bank von Frankreich, im Hinblick auf einen nahen Krieg ins Werk gesetzt scheine. Man sagte, die Bemerkungen des Gesandten seien eine Einschüchterung, die nach dem Willen des Fürsten Bismarck auf die französische Regierung ausgeübt werden sollte und daß Deutschland versuche „das Spiel zu erneuern, das ihm im Jahre 1870 so gut geglückt war". Natürlich richteten die entrüsteten Dementis der deutschen Regierung nichts aus und dieser „viele Lärm um nichts", erhielt sich in der Chronikschreibung der französisch-deutschen Beziehungen unter dem Titel „alerte de 1875" (Warnungsruf von 1875) mit vielen ausschmückenden Zusätzen von phantastischen diplomatischen Interventionen Englands und Rußlands. Poincaré versäumte es in dem zitierten Buche nicht, zu behaupten, daß der Angriffsplan Deutschlands erwiesen sei und zu versichern, daß, wenn er mißglückte, das Verdienst den Regierungen von Rußland und England zugeschrieben werden müsse. In Wirklichkeit erbringt er nicht den geringsten Beweis für seine Behauptung. Die Dinge verliefen so, wie wir sie schilderten: das, was Frankreich ausführte, um seine militärische Organisation zu bessern, war natürlich — und es konnte das auch nicht anders sein — Gegenstand lebhafter Aufmerksamkeit in Berlin; aber die Angriffsabsicht bestand nur in der französischen Einbildung, die übrigens stets unter dem Zwang des Schreckens im Hinblick auf die eben erlebte Niederlage lebte; und darin, daß sie bezüglich ihrer Besorgnisse beruhigt wurde, bestand die englisch-russische Intervention.

Aber in Wirklichkeit stand die französische Geistesverfassung noch zu sehr unter dem Eindruck des soeben erlebten Unglücks, als daß das Volk seine eigenen Sympathien mit den Patrioten der alsbaldigen Revanche verknüpft hätte. Von den Eingebungen dieser letzteren wurde es auch durch die politischen Kämpfe ferngehalten, die mit den Wahlen vom 14. Oktober die Festigung der Republik einleiteten. Es gab sogar einen Tag, an dem selbst der Führer der republikanischen Parteien, Léon Gambetta, in der Absicht, die neuen Einrichtungen zu festigen, mit der Hoffnung liebäugelte, einen Zustand wechselseitigen Vertrauens mit Deutschland begründen zu können, und er bat Francesco Crispi, der auf der Durchreise in Paris war und

---

seine Kohlen- und Eisengruben, seine Kolonien usw., ja sogar sein Vieh aneignete und bestrebt war, seine Einheit durch niedere Intriguen, Verlockungen und Bestechung zu zertrümmern. Der Vergleich zwischen den Friedensbedingungen, die von Deutschland im Jahre 1871 bei Beendigung eines Kriegs, den es nicht provoziert, den es ganz allein durchgekämpft und gewonnen hat, und denen, die Frankreich im Jahre 1919 auf Grund eines Sieges beansprucht hat, den es nicht aus eigener Kraft errungen hat, sondern mit Hilfe von vier Großmächten, schlägt nicht zugunsten der vielgerühmten französischen Zivilisation aus. Dieser wurde auch von der Regierung der Republik ein unauslöschlicher Schandfleck aufgeprägt, indem sie trotz der entrüsteten Proteste als Besatzung für die zivilisierten deutschen Städte, die sie willkürlich besetzt hat, farbige Truppen von Barbaren, die zu jeder Greueltat fähig sind, auswählte und dort beließ.

Digitized by Google

nach Berlin gehen wollte, in den ersten Tagen des September 1877, die Einstellung Bismarcks bezüglich dieses Themas zu sondieren, und später beabsichtigte er auch dem Monstrum, dem Orkus, wie er Bismarck in einigen Briefen an seine Freundin Leonie Léon nannte, in einer persönlichen Aussprache zu begegnen.

Doch seine Hoffnung zerstob, sobald sie mit der ungeheuerlichen Schwierigkeit in Berührung kam, den französischen Dünkel mit den deutschen Interessen in Einklang zu bringen. Seinerseits hatte Fürst Bismarck, wie er nach Sedan nichts tat, um das Kaiserreich zu retten, da er der Ansicht war, daß die Republik ein Regiment der Schwäche sei, kein Interesse daran, der letzteren, die sich anschickte vires eundo zu gewinnen, Prestige zu verleihen, in der Überzeugung, daß ein starkes Frankreich, gleichgültig ob monarchisch oder republikanisch, kein ruhiger Nachbar für Deutschland wäre.

Der große Tribun riskierte mit diesem Versuch seine Popularität zu verlieren, so daß er ihn ganz geheim hielt, und er ist erst nach seinem Tod von Francis Laur, einem seiner intimsten Freunde enthüllt worden[1]).

Die französisch-deutschen Beziehungen vom Jahre 1871 an lassen sich in zwei Perioden zerlegen.

In der ersten strebt Fürst Bismarck mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und es gelingt ihm auch nach der Isolierung Frankreichs, es daran zu verhindern, den Frieden zu stören.

In der zweiten Periode, nach Bismarcks Rücktritt von der Regierung, strebt die Republik, nachdem der Kreis, der sie der Bewegungsfreiheit beraubte, gebrochen war, seinerseits Deutschland zu isolieren, indem es Bündnisse und Ententen abschließt, die ihm gestatten, den Krieg mit Erfolg zu führen.

Es fördert unsere Aufgabe nicht, die auswärtige bismarckische Politik weiterzuverfolgen, die ihr Ziel erreichte, nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens; wir beschränken uns darauf, aus einem Bericht unseres Botschafters De Launay eine synthetische Darlegung wiederzugeben, die Bismarck selbst ihm über seine Politik gegenüber Frankreich gab:

„Er vertraute mir folgende Einzelheiten an:

Um den Frieden zu erhalten, hätte er sich bemüht, seit dem Versailler Frieden auf gutem Fuße mit Frankreich zu stehen und dessen Ausdehnungspolitik in Tunis, an der Westküste von Afrika, in Madagaskar, Tongking, China nicht zu hindern. Das bedeutete eine Beihilfe dazu, daß es in der Ferne einige Entschädigungen und Genugtuung für sein Selbstgefühl erwarb, aber unter der Voraussetzung, daß es mit dem Gedanken einer Zurückforderung von Elsaß-Lothringen endgültig abschließen und auf seine Racheabsichten verzichte. In demselben Gedankengang hatte er sich manchmal, besonders in Ägypten, sogar zur unmittelbaren Unterstützung der französischen Belange bereit gefunden. Seine Bemühungen blieben fruchtlos. Sein bis zur Selbstentäußerung gehender Eifer während dieser über 15 Jahre ausgedehnten Versuche hat mit einer Enttäuschung geendet. Die öffentliche Meinung Frankreichs kehrt immer wieder zum Traum der Revanche und zur erbitterten Gegnerschaft gegen alle, die die Rachegelüste nicht teilen, zurück."

Dagegen müssen wir uns ausführlich über die zähe, geschickte — und man kann wohl sagen — kriegerische auswärtige Politik der verschiedenen französischen Ministerien unterhalten, die ebenfalls das gesteckte Ziel erreichte, nämlich den Krieg.

Frankreich gegen Italien im Hinblick auf den Dreibund.

Die auswärtige französische Politik schöpft ihre große Stärke aus der Kontinuität, weil nämlich jedes Ministerium von dem Ministerium, das ihm vorausgeht, die Direktiven und die Ergebnisse mitübernimmt.

Bezüglich Italiens wich diese Politik nie um eine Fingerbreite von dem eingeschlagenen Weg ab, und zwar so wenig unter der Republik wie unter dem Kaiserreich.

Die Herrschaftsgelüste der Franzosen bedienten sich nach Zeit und Umständen verschieden-

[1]) Vgl. Francesco Crispi: Politica estera, S. 28; Memoiren des Fürsten Hohenlohe II, 407; Francis Laur in der „Times" zu London, zusammengefaßt im „Corriere della Sera" vom 22. August 1907.

Digitized by Google

artiger Vorwände, am häufigsten des der Verteidigung des Papstkönigs. Unter diesem Vorwand unterdrückte im Jahre 1849 die französische Republik die römische. In den zehn Jahren zwischen 1860 und 1870 erhielt sich das kaiserliche Frankreich die italienischen Kabinette in Unterwürfigkeit und auch später bis zum offenen Zwiespalt zwischen den Radikalen und dem Heiligen Stuhl, nahm die dritte Republik öfter eine drohende Haltung an. Aber jederzeit lief die wahre Gesinnung Frankreichs darauf hinaus: Italien dürfe nichts ohne sein Plazet tun, geschweige denn ihm den Weg zur Herrschaft im Mittelländischen Meer versperren und sich zum Mitbewerber aufwerfen, wo immer ein angeborenes oder in Wirksamkeit befindliches politisches oder wirtschaftliches französisches Interesse bestand. Napoleon III. gelang es nicht, bei seinen Untertanen die Verzeihung für die im Jahre 1859 geleistete Hilfe zu erlangen, die allerdings Folgen hatte, die von ihm weder vorausgesehen noch gewollt waren, obschon er den französischen Interessen dadurch genützt hatte, daß er durch die Abtretung von Nizza und Savoyen die heißersehnte Grenze auf den Alpen, abgesehen von dem Ersatz der Kriegskosten, erlangt hatte und er dem italienischen Leben ein tatsächliches Protektorat auferlegte, das bindend und drückend war. Der Französisch-Deutsche Krieg von 1870 befreite Italien von der französischen Herrschaft: er schenkte ihm nicht nur seine Hauptstadt, vielmehr auch die Freiheit, selbst für die eigene Zukunft zu sorgen, ohne das Beneplacitum von Paris einholen zu müssen.

Die Besetzung Roms, an der Napoleon III. ungerechterweise Italien gehindert hatte, wurde von Frankreich als Verrat und die ausgebliebene Unterstützung durch die italienischen Truppen als schwarzer Undank angesehen.

Die Besuche, die König Vittorio Emanuele II. und die Kaiser von Österreich und Deutschland 1873 und 1875 austauschten und die bewiesen, daß Italien beabsichtigte die errungene Freiheit auszunützen, um eine unabhängige Politik zu betreiben, wurden von den Franzosen feindlich aufgenommen.

Die Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden Länder waren auf einige Jahre hinaus rein formale. Die aus den Wahlen von 1871 hervorgegangene französische Kammer, die ein getreuer Interpret der öffentlichen Gesinnung war, wurde von den Orléanisten und Legitimisten beherrscht und verabscheute uns vor allem, weil wir Rom dem Papst genommen hatten.

Nachdem die Linke im Jahre 1876 ans Ruder gekommen war, glaubte man die Kühle des französischen Ministeriums überwinden zu können dank dem engen Einvernehmen mit hervorragenderen Persönlichkeiten der republikanischen Partei, die allerdings nicht im Besitz von politischer Macht und daher auch ohne Mandat und Verantwortlichkeit waren. Wer die Geschichte der französischen Okkupation von Tunis kennt, findet in ihr eine Probe von dem illusorischen Wert dieses Einvernehmens. Cairoli wurde bis zuletzt in dem Glauben erhalten, Frankreich werde nichts in Tunis unternehmen ohne sich mit Italien zu verständigen, und zwar auf Grund der Versicherungen Gambettas und seiner Freunde, obwohl der italienische Gesandte in Paris, General Chaldoni, dem mit Mißtrauen begegnet war [1]).

Die inoffizielle Zusammenarbeit zwischen den radikalen Kreisen beider Länder, unterstützt von den Freimaurerlogen, hörte mit der tunesischen Enttäuschung nicht auf. Sie ist immer bestehen geblieben und stellte ein einflußreiches, französisches Element in Italien dar, freilich ohne Gegenseitigkeitsverhältnis, weil keiner von uns jemals an irgendwelchen italienischen Einfluß auf die inneren Angelegenheiten Frankreichs gedacht hat. Der italienische Radikalismus behielt seine Orientierung zu der Republik hin bei, weil er in ihr eine Ermutigung und Unterstützung in der Opposition gegen die offizielle Politik des Königreichs fand; der französische Radikalismus, der in patriotischer Beziehung zwischen den Kulissen im Einverständnis mit der eigenen Regierung war, unterstützte seinerseits mit jedem Mittel den italienischen, um sich zum Vorteil der Angelegenheiten seines eigenen Landes in die italienischen Angelegenheiten einmischen zu können. Die demokratischen Grundsätze waren das Banner, das man über den Handel breitete. Mittels des einheimischen Radikalismus hat Frankreich in unserem Hause die Minister bekämpft, die eine italienische Politik betrieben, indem es in die

[1]) Vgl. Come la Francia s'impadroni di Tunisi von Andrea Torre in Rivista di Roma, 1899, Heft XVIII—XXI.

Digitized by Google

Wahlen zur Legislative eingriff[1]); und indem es sich der reichlich mit Subsidien versehenen Zeitungen bediente, hat es frankophile Minister emporkommen lassen und gehalten trotz allem, hat das Zerstörungswerk am Dreibund dadurch geleitet, daß es die öffentliche Meinung solange bearbeitete, bis sie die italienischen Interessen im Mittelmeer vergaß und ihre ganze Aufmerksamkeit auf den Irredentismus in der Adria richtete[2]). Dadurch erreichte es auch das Ziel, Österreich gegen Italien mißtrauischer und zu einem weniger starken Bundesgenossen für Deutschland zu machen.

Der italienische Radikalismus hat sich stets damit begnügt, die longa-manus der französischen Politik in Italien zu sein, stets zu allem bereit, auch die republikanische Staatsform zu fördern, wenn die Leiter der italienischen Monarchie Anwandlungen zum Widerstand an den Tag legten. Die am 5. Oktober 1891 zwischen der italienischen und französischen Demokratie abgeschlossene Konvention erwähnte „die Liga der lateinischen Volksstämme" zugunsten des Bundes der vereinigten republikanischen Staaten Europas. Auf die aktive und beharrliche französische Propaganda in Italien zugunsten der Republik verzichtete die Demokratie jenseits der Alpen eines schönen Tags, und zwar offensichtlich, weil eine solche Propaganda als Mittel für politischen Einfluß nicht mehr nötig war, nachdem das Kabinett des Königs von Italien sich in den Triumph dieses Einflusses fügte oder ihn förderte.

Die französische Eroberung von Tunis und der antiösterreichische von Regierungsleuten begünstigte Irredentismus, der gleichzeitig das Land in einem Zustand der Wehrunfähigkeit und Bündnislosigkeit erhielt, brachte Italien dahin, an die Tür der österreichisch-deutschen Allianz zu pochen.

Baron Alberto Blanc, der Generalsekretär des Ministeriums der öffentlichen Angelegenheiten 1882, schrieb, während man über das erste Dreibundabkommen verhandelte, unter dem 24. Februar dieses Jahres:

„Was war der Gedanke, der in der Konsulta die Oberhand behielt, nachdem die Invasion in Tunis uns die Augen geöffnet hatte? Man kann ihn dahin zusammenfassen: Beziehungen gegenseitiger Sicherstellung und möglicherweise wechselseitige Garantien mit Österreich und Deutschland wiederaufzurichten und zwar auf der festen Grundlage, die allein die Gefahr eines neuen Kriegs zwischen Frankreich und Deutschland ausschließen kann; uns mit mäßigen, aber soliden und wirksamen Rüstungen für die Aufrechterhaltung des Friedens ins Zeug zu legen, den Deutschland und Österreich gleich uns wünschen und den sie durch unserer Mitwirkung Frankreich moralisch aufzwingen können. Ein solches Bündnis hätte nichts Offensives und brauchte nicht geheimgehalten zu werden. Es würde einen Dienst darstellen, den wir der erdrückenden Mehrheit in Frankreich, die vor neuen Kriegen zurückschreckt, erweisen; auf diese Weise würden wir die Wiederholung des Vorwurfs vermeiden, den uns nach 1870 ein Mitglied der kaiserlichen Familie in Frankreich machte, das zu uns sagte, Italien und Österreich hätten Napoleon III. überreden können, diesen unheilvollen Krieg nicht zu führen, wenn sie als aufrichtige, redliche und mutige Freunde ihm erklärt hätten, daß er von uns für derartige Pläne nichts zu erhoffen habe."

Der Dreibund wurde am 20. Mai 1882 unterzeichnet; die oben von General Blanc gewiesenen Ziele wurden erreicht; nur blieb die Wirkung aus, daß die große Mehrheit des französischen Volkes dankbar gewesen wäre, daß wir ihm einen neuen Krieg ersparten. Im Gegenteil es steht fest, daß alle die, welche damals Einfluß auf die Geschicke Frankreichs

[1]) Nur der Eingriff in die allgemeinen Wahlen von 1890 führte zum Skandal, weil einer der französischen „Helfer" die Torheit beging, seine eigenen Geldspenden der Öffentlichkeit preiszugeben. Wir können auch, weil sich daraus vieles erklärt, daran erinnern, daß Salvatore Barzilai, der im Jahre 1915 der wärmste Unterstützer des Eintritts von Italien in den Krieg an der Seite Frankreichs war, damals erstmals nach einem heißen Wahlkampf, der mit französischem Geld durchgefochten wurde, in die Kammer eintrat.

[2]) Vgl. das Buch von Charles Loiseau, L'équilibre Adriatique (Perrin & Co., Paris 1901), als Typus der französischen Veröffentlichungen, die das obenerwähnte Ziel verfolgten. Der Urheber denunzierte die Pläne Österreichs auf den Kanal von Otranto, die Deutschlands auf Triest und beklagte sich, daß Italien sich darauf versteife, seine Augen auf seine Interessen im Mittelländischen Meer zu richten, „während das Adriatische Meer der direkte Weg zum europäischen Orient ist und auch wieder der zum asiatischen Orient werden kann." Aber schließlich in einem Schlußkapitel enthüllt er seinen innersten Gedanken, indem er Italien einflüstert, einen neuen Dreibund mit Frankreich und Rußland ins Leben zu rufen.

Digitized by Google

hatten, Italien gerade aus diesem Grunde haßten und es mit allen Waffen und auf jedem Felde bekämpften, bis es ihnen glückte, es von dem Bündnis loszureißen, das den Frieden aufrecht erhalten hatte [1]).

Der französische Groll gegen Italien, das dem Bunde der Zentralreiche beigetreten war, durchlief verschiedene Phasen. Der Vertrag vom 20. Mai 1882 war geheim; das Geheimbleiben wurde nicht nur bezüglich seines Inhalts, sondern auch bezüglich seiner Existenz vereinbart. In Italien zum Beispiel, hatte von ihm außer dem König und dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, P. S. Mancini, nur der Präsident des Consiglio, Agostino Depretis, Kenntnis. Der Gesandte in Paris, General Menabrea, der ihn nicht kannte, gebrauchte in einer Unterredung Worte, die mit der neuen Sachlage nicht übereinstimmten, und in Wien einen schlechten Eindruck hervorriefen. Deshalb war es notwendig, ihn mündlich zu unterrichten, und außer ihm den Gesandten in Petersburg, daß die Beziehungen Italiens zu den beiden Kaiserreichen „herzlicher geworden seien". Das Bestehen des Vertrags wurde lange Zeit abgeleugnet; unbewußt unterstützte die österreichische Presse die Diplomatie, indem sie es nicht an den hergebrachten Vorwürfen gegen die italienischen Behörden fehlen ließ, die verdächtig waren, gegen die Irredentisten zu nachsichtig zu sein. Man muß sich daran erinnern, daß die Attentate Oberdanks und Ragosas in Triest gegen den Erzherzog Karl Ludwig und den Kaiser Franz Joseph gerade im August und September 1882 erfolgten.

Aber auch im offiziellen Verkehr legte sich das Mißtrauen zwischen den neuen Verbündeten nicht und die Abkühlung im Verhältnis der Regierungen zueinander wuchs im Jahre 1884 nach der Wiederannäherung Rußlands an Deutschland und Österreich-Ungarn. Sogar der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten General Robilant beklagte sich am 6. Oktober 1885 darüber, daß ihm gegenüber dieselbe völlige Zurückhaltung bezüglich jedweden Gedankenaustausches in Tagesfragen fortdauern, die man auch seinem Vorgänger gegenüber beobachtet habe.

Frankreich bekam lange Jahre hindurch keinen Wind von der Beschaffenheit des diplomatischen Bandes, das Italien an die beiden Zentralmächte knüpfte [2]).

In diesen Zeiten wurde Italien nicht einmal von seiten Frankreichs einer besonderen Beachtung gewürdigt; die Regierung Depretis, die nur widerwillig um der äußeren und inneren Politik eine gewisse Richtung zu geben in den Dreibund eingetreten war, verharrte auf beiden Gebieten in einem Zustand der Unentschlossenheit. Frankreich war seinerseits in die Kolonialunternehmungen und in den vergeblichen Versuch, England zur Räumung Ägyptens zu zwingen, verwickelt; der Gedanke eines Bündnisses mit Italien zur gemeinschaftlichen Beherrschung des Mittelmeers wurde von Freycinet (Oktober 1886) in einer diplomatischen Audienz gegenüber dem Geschäftsträger Constantin Reßmann angedeutet, aber mehr um eine Waffe in die Hand zu bekommen, der man sich in den französisch-englischen Streitigkeiten bedienen konnte.

Auch im diplomatischen Spiel Englands war Italien oft eine bequeme Schachfigur, die man bevorzugte, um bei Frankreich Unruhe hervorzurufen und die man regelmäßig beiseite schob, sobald das Ziel erreicht war.

Die Aufmerksamkeit Frankreichs wandte sich ganz energisch dem Dreibund nach seiner ersten Erneuerung (20. Februar 1887) zu und zwar genau in dem Zeitpunkt, als nach dem Tode Depretis Francesco Crispi sein Amt in der Consulta antrat (7. Juli 1887).

---

[1]) Die Franzosen wären auch nicht anderen Sinnes geworben, wenn Italien es als in seinem Interesse liegend erachtet hätte — und so lag es in der Tat —, dem Dreibundsvertrag treu zu bleiben. Wäre das italienische Eingreifen an der Seite seiner alten Verbündeten beim ersten Wetterleuchten des Kriegs angekündigt worden, so hätte das vielleicht die Triple-Entente zurückgehalten; jedenfalls aber hätte es die Kriegsoperationen um etliche Monate abgekürzt (denn England hatte 1914 nicht die Truppen, die es erst Ende 1915 zur Unterstützung Frankreichs zu entsenden begann und die Vereinigten Staaten waren damals nur Lieferanten von Kriegs-Konterbande) und Frankreich hätte es verschiedene Millionen Menschenleben, die Zerstörung seiner größten Industrien, hunderte Milliarden, die es in sechs Kriegsjahren ausgab, und nach dem Krieg die Gefahren erspart, die seine Zukunft bedrohen.

[2]) Noch ein Jahr nach Abschluß des Vertrags kannte Frankreich ihn nicht. Als in der französischen Kammer am 1. Mai 1883 auf eine Interpellation De Broglies der Minister Challemel-Lacour antwortete, sagte er, zwischen Italien und den beiden Kaiserreichen sei nur „eine Annäherung" eingetreten und dieses Wort „schließe den Gedanken an eine Abmachung, einen Vertrag und ein förmliches Bündnis aus, das ein besonderes Ziel verfolge, nämlich, daß es irgendwelche territoriale Garantien enthalte."

Digitized by Google

Die Italianität war in Crispi ein mächtiges Gefühlsmoment: sein Glaube an die Mission des geeinten Italiens und an seine große Zukunft verbanden sich mit dem Kredo seines ganzen Lebens, das er als Verschwörer, Verbannter, Gründer der nationalen Einheit und zäher Gegner der Politik der Rechten, die nachgiebig war und sich dem Ausland unterordnete, hingebracht hatte. Crispi zog sich zuerst den Verdacht und später den wütenden Haß der Franzosen zu, weil er ihren Vorherrschaftswillen herausforderte, indem er den Hebel bei seinem Feinde, Deutschland, ansetzte. Er hatte den Dreibundsvertrag, der eben erst erneuert war, vorgefunden; er besaß nicht die Auswahl zwischen verschiedenen internationalen Kombinationen, er mußte den Reichtum und das Prestige Italiens, die beide tief gesunken waren, wieder aufbauen: der Grund, auf den er bauen konnte, war jener Vertrag. Als Crispi sich anschickte dem Bündnis mit den Zentralmächten inneren Wert zu verleihen, wurden die Franzosen gewahr, daß ihnen der politische Einfluß aus der Hand glitt, den sie vornehmlich auf Schleichwegen in Italien aufrechterhalten hatten, und daß ein Italien, das wirtschaftlich und politisch von Frankreich unabhängig und ein starker Verbündeter Deutschlands geworden war, eine doppelte Gefahr war, weil es die endgültige Vernichtung der Vergeltungsprojekte dargestellt hätte.

Die Loslösung Italiens von Deutschland bedeutete für Frankreich die gleichzeitige Schwächung beider Nationen und wurde so eines der wichtigsten Ziele seiner Politik.

Die Kämpfe, die Crispi gegen die in Frankreich Regierenden durchführte, wird man stets unter den ehrenvollsten Erinnerungen italienischen Kraftbewußtseins aufzählen, wenn die Italiener einmal die Geschichte ihrer Diplomatie begreifen lernen werden. Als er im Oktober 1887 den Fürsten Bismarck aufsuchte, um ihn für fruchtbringendere italienisch-deutsche Beziehungen günstig zu stimmen, wollte die französische Presse in diesem Besuch eine freche Beschimpfung und Drohung erblicken und sie begann gegen Crispi und Italien einen Beleidigungsfeldzug. In den ersten Tagen des darauffolgenden Januar wurden in der Hauptstadt Italiens die Verhandlungen über einen französisch-italienischen Handelsvertrag weitergeführt, die in Paris eingeleitet waren. Die französischen Bevollmächtigten, die nach Rom in der Hoffnung gekommen waren, Löwenverträge oder wenigstens die Erneuerung des Vertrags von 1881 herauszuschlagen, gewannen bald die Überzeugung, daß sie sich getäuscht hatten und bewirkten den Befehl zu ihrer Rückkehr nach Paris. Der vorausgesehene Abbruch der Verhandlungen war in unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten gegeben; aber einer der französischen Bevollmächtigten, der Senator Teisserenc de Bort, fühlte bei seiner Abreise von Rom das Bedürfnis in sich, ein Zeugnis für die Gesinnung abzulegen, mit der von seiten der Franzosen man die Unterhandlungen geführt hatte, und sagte zu dem Italiener Ellena: „Solange ihr im Dreibund seid, wird ein Handelsabkommen zwischen Italien und Frankreich unmöglich sein“ [1]).

[1]) Die Gegner Crispis haben damals, und mancher unwissende Schriftsteller noch jüngstens, behauptet, der Besuch beim Fürsten Bismarck sei inopportun gewesen und habe Italien geschädigt. Wie man in Wahrheit die großen Vorteile nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete nicht verkennen kann, die Italien aus dem Vertrauen gewann, das Crispi durch diese seine Initiative Bismarck und Deutschland einzuflößen verstand, darf man auch, was die Opportunität des Besuchs anbelangt, als sicher annehmen, daß er keinerlei Einfluß auf die Haltung Frankreichs ausübte. In Wirklichkeit waren jene Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrags von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Vertrag von 1881 war von Italien entsprechend dem Willen des Parlaments, das ihn als für unsere Handelsbeziehungen ungünstig ansah, gekündigt worden, aber es wurde offiziell erklärt, daß auch Frankreich zur Kündigung entschlossen war. Wie hätte nun der neue Vertrag eine der Parteien befriedigen können, wenn die andere nicht nachgab, indem sie sich mit Bedingungen begnügte, die weniger günstig waren, als die früheren? Die letztere konnte aber Italien unter der Regierung Crispis nicht sein; und auch Frankreich nicht, wo die schutzzöllnerische Tendenz die Kammern für sich gewonnen hatte. Diese unsere Behauptung ist alles andere, als aus der Luft gegriffen: als man einige Jahre nachher um jeden Preis eine Handelskonvention mit Frankreich abschließen wollte, nahm dieses sie nur an, weil man ihm Zugeständnisse machte, die der Hauptsache nach für es eine Verbesserung gegenüber dem Vertrag von 1881 darstellten.

Luigi Luzzatti, der einzig Überlebende aus jener Schar von Leuten, die sich rühmten, den französischen Groll gebändigt zu haben, indem sie Frankreich das Opfer der Interessen und Würde Italiens zu Füßen legte, ruft, wenn es ihm am Platze erscheint, den vergeßlichen Italienern die Geschichte unserer gallischen Zwistigkeiten so ins Gedächtnis zurück, wie es

Digitized by Google

Von diesen Tagen ab war Francesco Crispi der Nachrede „eines Werkzeugs von Bismarck" und eines „Provokateurs" verfallen, die ihm die französischen Blätter anhingen, ihm, dessen jede Art von Unterwürfigkeit tief verabscheuender Charakter auch in Frankreich wohl bekannt war, wo er als Verbannter gelebt und gegen den napoleonischen Despotismus und zugunsten der Freiheit der Völker konspiriert hatte. Die Anstrengungen, die Crispi damals und später machte, um die äußerst törichten Anschuldigungen zu zerstören, waren fruchtlos: die Presse, von der vorsichtigeren bis zur leichtfertigsten herunter, fuhr jahrelang einmütig fort, ihn zu beleidigen und jedes seiner Worte und jede seiner Gesten zu fälschen. Man ruhte nicht mit allen Mitteln Feinde und Pressefeldzüge gegen ihn wachzurufen und lebendig zu erhalten selbst in Italien; einer der ihm treugebliebenen Freunde schrieb ihm aus Paris, es gäbe für ihn nur ein Rettungsmittel, nämlich die Loslösung Italiens vom Dreibund.

Was den Franzosen besonders an der Politik Crispis mißfiel, zeigte sich in vollem Licht in den Kommentaren der gesamten Presse bei der Nachricht von der Abstimmung vom 31. Januar 1891, durch die das Ministerium Crispi in der italienischen Kammer in die Minderheit geriet. Die Zeitungen der „lateinischen Schwester", die sich einer tollen Freude hingaben, sahen in dem Rücktritt Crispis das Verschwinden der kräftigsten Stütze, die der Dreibund in Italien besaß; und da man sich einen Phantasie-Crispi geschaffen hatte, frohlockte man, daß „der kriegerische Mann", derselbe, der „das ausgesprochene Ziel hatte, internationale Konflikte hervorzurufen", in der italienischen Regierung durch einen andern ersetzt wurde, der den Rüstungen und dem Bau von Schiffen einen Zaum anlegte". So schrieb darüber in „La France" (3. Februar 1891) De Lanessan, der in Verlegenheit geraten wäre, wenn er hätte angeben sollen, welche von den italienisch-französischen Streitigkeiten, die während der Regierung des „kriegerischen Mannes" zur Erörterung gelangten, von jenem aufgerollt worden waren.

Im Gegenteil, „dem kriegerischen Manne" war während seines nicht kurzen Ministeriums mit jeder Art von Schikanen zugesetzt worden, weil er Italien aus der traditionellen Bevormundung Frankreichs hatte befreien wollen. Nicht allein wurden diplomatische Zwischenfälle ohne vernünftigen Grund provoziert, und versuchte man auf jede Weise die Würde Italiens bald mit Einmischungen in Massaua, bald mit willkürlicher Beschneidung der italienischen vertragsmäßig garantierten Rechte in Tunis zu verletzen; schließlich ging man soweit, große Manöver an der italienischen Grenze in Szene zu setzen und militärische Vorbereitungen zu treffen, die Crispi mit Besorgnis erfüllten, da er die Pflicht hatte, sich auch mit der Möglich-

ihm paßt, aber nicht immer wahrheitsgemäß. In einem am 1. Januar 1920 im Corriere della Sera veröffentlichten Artikel hat er niedergeschrieben: „Im Jahr 1888, als man dem aufrichtigen Wunsche Crispis, des Präsidenten des Ministerrats, entsprechend in Paris wegen eines Handelsvertrags verhandelte und im Begriffe war, ihn abzuschließen, lud Fürst Bismarck, der trotz der Vertraulichkeit der Verhandlungen davon erfahren hatte, Crispi nach Friedrichsruh ein, um das Militärprotokoll abzuschließen, da er wußte, daß der patriotische furor gallicus durch diese Notiz den wirtschaftlichen Friedensschluß, der der Vorläufer des politischen Friedens war, verhinderte. Aber im Jahre 1898 bewahrte man das Geheimnis vorsichtiger und man erfuhr von der Verhandlung erst, als man deren Erfolg mitteilen konnte."

Auf diese Behauptungen ist zu antworten: 1. die italienischen Unterhändler Luzzatti, Ellena und Branca trafen in Paris am 28. September ein. Crispi reiste nach Friedrichsruh am 27. September ab. Die Einladung des Fürsten war dem Gesandten de Launay am 17. September übermittelt worden. Es konnte also keinerlei Beziehung zwischen der Einladung und den offiziösen Verhandlungen und Präliminarien bestehen, die in Paris eröffnet und alsbald unterbrochen worden waren, weil, wie der nämliche Luzzatti an Crispi telegraphierte, „die technischen französischen Bevollmächtigten über die wichtigsten Punkte der Verhandlung nicht vorbereitet waren." 2. Bismarck konnte Crispi nicht einladen um das Militärprotokoll abzuschließen, da Crispi es war, der die Initiative hiefür in Friedrichsruh ergriff und die Militärkonvention erst einige Monate darnach bearbeitet und abgeschlossen wurde (vgl. F. Crispi: „Politica Estera", Kap. VI und VII: Die erste Reise nach Friedrichsruh und der Bruch der Handelsbeziehungen mit Frankreich). 3. Das Geheimnis der Verhandlung von 1898 wurde eifrig gehütet, weil auch die, die es abgeschlossen, sich dessen schämten und der Vertrag zu der Folge führte, die ganz unausbleiblich war, nämlich zu der Steigerung der französischen Einfuhr in Italien und der Verminderung der italienischen Ausfuhr nach Frankreich. Es war eine Dreingabe zur Hauptsache, da Luzzatti und seine Freunde bereits die noch übriggebliebenen Rechte und Privilegien der Italiener in Tunis, die durch ewige Verträge garantiert waren, Frankreich preisgegeben hatten.

Um das Komische mit dem Tragischen zu verbinden, tut sich Luzzatti, der zur israelitischen Rasse zählt, selbst mit seinem „lateinischen Geist" groß.

Digitized by Google

lichkeit einer Verrücktheit vertraut zu machen; aber in Wirklichkeit hatten sie nur das Ziel, das internationale Ansehen Italiens zu schädigen und die öffentliche Meinung in Italien zu alarmieren, wodurch man die Propaganda im Sinne der französischen Eingebung unterstützte, die Crispi den Ruin des Landes durch seine ehrgeizige und größenwahnsinnige Politik zuschrieb[1]). In den Berichten des italienischen Botschafters in Paris, General Menabrea, finden sich häufig Sätze, wie folgender:

„Sie (die Urteile der Presse über die Rede in Palermo, in der Crispi einen Akt des Wohlwollens, die Abschaffung der italienischen Differenzialtarife angekündigt hatte) konnten in der Tat nicht anders ausfallen bei den unauslöschlichen Vorurteilen gegen den Chef der italienischen Regierung, der als ein unüberwindliches Hindernis der wahren Aufgabe der französischen Politik, nämlich der Sprengung des Dreibundes, angesehen wird." (Bericht vom 17. Oktober 1889.)

Die italienischen Politiker wurden in der französischen Presse in zwei Kategorien eingeteilt, die der Freunde und die der Feinde Frankreichs, je nachdem sie Gegner oder Anhänger des Dreibunds waren. Die Abgeordneten Cavallotti, Visconti-Venosta, Di Rudini, Luzzatti, Bonghi, Prinetti usw. standen an den Ufern der Seine in hohem Ansehen, weil sie gegen das italienisch-deutsche Bündnis schrieben oder redeten, und etlichen unter ihnen wurde mittels vielgestaltiger französischer Einmischung in das italienische politische Leben dazu verholfen, daß sie an die Regierung gelangten. Aber sobald sie das erreicht hatten, hatten sie nicht die Stärke, ein Band zu zerreißen, das den Interessen des italienischen Staats entsprach und die Sympathien der überwiegendsten Mehrheit des Landes genoß; und in Frankreich wurde Di Rudini, der nach dem Sturz des Kabinetts Crispi Präsident des Ministerrats und auswärtiger Minister geworden war (31. Januar 1891), stark verhöhnt, als er wenige Monate nach seinem Amtsantritt den Vertrag mit den Zentralmächten, und zwar ein Jahr vor seinem Ablauf, erneuerte. Doch waren auch damals die französischen Zeitungen im Unrecht, da Di Rudini soviel in seinen Kräften stand dahin wirkte, das diplomatische Band zu einem rein formalen zu gestalten und ihn des Inhalts zu entkleiden, den Crispi ihm gegeben hatte.

Gerade unter dem ersten Ministerium Di Rudini war es, daß in den leitenden Kreisen Deutschlands das Vertrauen auf die Festigkeit der politischen Direktiven Italiens verschwand, das einzuflößen Crispi gelungen war. Daher mußte, als Crispi Ende 1893 wieder zur politischen Macht gelangt war, er mit Bitterkeit feststellen, daß Deutschland, wenn schon es nicht darauf verzichtete uns durch den Vertrag an sich gekettet zu halten, gleich als ob das für seine Zwecke genügte, das Interesse für jede italienische Angelegenheit verloren und uns dem Gängelband Frankreichs hatte anheimfallen lassen.

Man zerstört schneller, als man baut. Crispi, der scharf bekämpft wurde, weil er mit unerbittlicher Energie die Ordnung im Innern wiederherstellte und der durch das afrikanische Unternehmen völlig in Anspruch genommen war, fand keine Zeit, die alten Beziehungen wiederherzustellen und im Land die Sympathien wiederzuerwecken, die für den Bund mit Deutschland so lebhaft gewesen waren. Er fand auch bei seinen Fühlern, die er bei den neuen Leuten der Reichskanzlei in Berlin ausstreckte, keinen Eifer und keinen guten Willen.

Frankreich wollte uns einen Denkzettel geben durch die vom Glück begünstigten Ränke, ferner die Unterstützungen, die es unseren äthiopischen Feinden lieh, und die gleichzeitige bösartige Aktion bei England, das alles zu unserem Schaden wagen wollte und konnte, solange wir im Dreibund verblieben. Crispi hätte den Wunsch gehabt in Freundschaft alle mit Frankreich schwebenden Streitfragen beizulegen: die Handelsbeziehungen, die Abgrenzung der Territorien im Ostafrika, die Regelung der kommerziellen und persönlichen Stellung der italienischen Untertanen in Tunis usw. und er zögerte nicht, die Initiative zu einer derartigen freundschaftlichen Auseinandersetzung zu ergreifen, wenn schon er an dem Erfolg

[1]) Einige gegen Crispi voreingenommene Parteischriftsteller haben das Bestehen der Gefahr eines französischen Angriffs im Jahre 1888—89, die ich in meinem Band Francesco Crispi „Politica Estera" erwähnte, in Zweifel gestellt. Um zu beweisen, daß diese Gefahr nicht der Phantasie Crispis entsprungen war, will ich sagen, daß die Nachrichten an die italienische Regierung über die französischen militärischen Vorbereitungen sogar aus englischer Quelle und zwar einer sehr beachtenswerten stammten.

Digitized by Google

zweifeln durfte. Er hatte das gute Gewissen, eine Politik zu treiben, die nicht auf Verwicklungen abzielte, und zur Erhaltung des europäischen Friedens dadurch beizutragen, daß er den Dreibund aufrecht erhielt, der tausendmal als Friedensbund öffentlich verkündet worden war. Außer den offiziellen „Avancen" machte er auch eine private bei Herrn Bourgeois, dem Präsidenten des französischen Ministeriums durch Vermittlung des Senators Luigi Bodio, deren Crispi selbst in einem diplomatischen Dokument (9. Februar 1896) in folgenden Ausdrücken gedenkt:

„Unter Benützung des Umstandes, daß einer meiner hochgestellten und hervorragenden Beamten, der gleichzeitig sich meines Vertrauens und der persönlichen Freundschaft des Herrn Bourgeois, der mir früher von ihm selbst vorgestellt worden war, erfreute, sich mit einer technischen Mission betraut nach Paris begab, hatte ich diesem gesagt, daß, wenn er den Präsidenten des französischen Ministerrats sähe, er die Gelegenheit ergreifen solle, ihm beizubringen, daß der Augenblick nicht günstiger sein könnte, um im Einverständnis mit der italienischen Regierung jede aufreizende Streitfrage zu lösen; er wisse, die italienische Regierung sei hierzu voll und ganz bereit, während anderseits das Land unter diesen Umständen von einem Ministerium, dessen Präsident ich sei, auch das hinnehmen würde, was ihm bei anderen Ministern als ein Akt der Schwäche erschienen wäre. Darauf war die Antwort des Herrn Bourgeois folgende gewesen:

‚Merkt euch, der Sinn aller Franzosen ist stets auf die verlorenen Provinzen gerichtet und nichts, was auch geschehen mag, wird ihn je davon abbringen. Niemand wird je die Trennung Elsaß und Lothringens von Frankreich als eine endgültige und unwiderrufliche Tatsache hinnehmen. An dieser Trennung messen die Franzosen stets die andern Fragen. Es kann deshalb niemals irgendein Ausgleich zwischen uns und Italien zustandekommen, solange dieses als Verbündeter Deutschlands zu dieser Trennung beiträgt.'"

Die Regierungsmänner, die ängstlich nach dem ersten Ministerium Crispi (1891) und offen nach dem zweiten (1896) an einer politischen Wiederannäherung an Frankreich um jeden Preis arbeiteten, waren von dem Gedanken beherrscht, die der Senator Stefano Jacini im Jahr 1891 aussprach gelegentlich der Erörterung, ob Italien den Dreibundsvertrag erneuern solle, und zwar mit folgenden Worten:

„In Wahrheit, welches ist der Charakter des Dreibunds? Es ist der einer gegenseitigen Bürgschaft des Besitzes der gegenwärtigen Gebiete, die sich drei Mächte untereinander leisten. Wenn der status-quo dieses Besitzes unbestreitbar und unbestritten bezüglich der andern wäre, wie er es bezüglich uns ist, würde diese Zusammensetzung in der Tat ein Friedensbund sein. Aber so liegt die Sache nicht. Frankreich beruhigt sich nicht und könnte sich auch nicht mit dem Verlust von Elsaß-Lothringen beruhigen; und zwanzig Jahre hindurch trotz seiner innerpolitischen Krisen hat es mit bewundernswerter Beharrlichkeit seine Streitkräfte wiederhergestellt, indem es sie vervierfachte, hat es diese Kraftanstrengungen dank einer unerschöpflichen wirtschaftlichen Macht aufrechterhalten; all das mit dem alleinigen Ziel, seine Vergeltung vorzubereiten.

Die Elsässer sind deutschen Bluts, aber zum weitaus größeren Teil wollen sie wieder Franzosen werden. Noch mehr die Lothringer, die auch französischer Abstammung sind ...

Dies vorausgesetzt, was haben wir getan? Wir haben uns verführen lassen Deutschland ... implicite auch diesen so bestrittenen Besitz zu garantieren, und alle militärischen Anstrengungen, die uns ruinieren, haben das Ziel, diese übernommene Pflicht mit Ehren genügen zu können."

Senator Jacini beachtete, wenn er den Wert des Dreibunds auf eine gegenseitige Gebietsgarantie zwischen den Verbündeten zurückschraubte, nicht den dauernden Widerstreit zwischen den französischen und italienischen Interessen und den nicht zu beseitigenden Willen aller politischer Regime Frankreichs, unser Land nicht als ihnen gleichberechtigt zu betrachten; ebensowenig die verbürgten Wohltaten des europäischen Friedens; er warf auch nicht die Schwierigkeiten der italienisch-österreichischen Beziehungen in die Wageschale; und so wurde er, während er sich über die Militärausgaben beschwerte, sich dessen nicht bewußt, daß sie viel drückender gewesen wären, wenn wir die Verteidigung unserer Grenzen unseren Streitkräften allein hätten anvertrauen müssen. Aber der bemerkenswerteste Umstand ist die in nicht mißzuverstehenden Worten ausgesprochene Überzeugung, daß Frankreich entschlossen war, Deutschland zu bekriegen und sich darauf vorbereitete.

Digitized by Google

Jacini war Anhänger des Austritts von Italien aus dem Dreibund und einer Politik der Sammlung; er riet nämlich zu einer Rückkehr zu dem Zustand von 1882, der sogar von Depretis für unhaltbar erklärt war. Statt dessen gaben die Regierungsmänner, die gleich ihm die Rechte Frankreichs auf Vergeltung als sakrosankt anerkannten und einen neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland als unvermeidlich und vom Schicksal bestimmt ansahen, der zweideutigen Politik des Nebeneinanderbestehens einer betonten Freundschaft mit Frankreich und des Bündnisses mit Deutschland den Vorzug, einer Politik, die unabweisbar zu immer größeren, schwer zu verbergenden Zugeständnissen an den Freund und zum Treubruch gegenüber den Verbündeten führen mußte; und daher auch ersteren zum Kriege ermutigen und den Verzicht auf die Vorteile herbeiführen mußte, die uns von der anderen Seite bei einer aktiven und anständigen Durchführung des Bündnisses zugeflossen wären.

Ein unwiderlegliches Beweisstück für eine solche Politik, die nach der Lage der Umstände, insofern sie nämlich Frankreich freie Hand gegen Deutschland gewährte und die heilsame Furcht beseitigte, die es vor dem Block der italienisch-österreichisch-deutschen Streitkräfte hatte, in dem Bilde der ferner- und näherliegenden Verantwortlichkeiten für den großen Krieg betrachtet werden muß, ist der Vertrag Delcassé-Prinetti von 1902, der in seinen genauen Bestimmungen von der französischen Regierung im Gelbbuch im Dezember 1919 veröffentlicht worden ist.

Gemäß dieses Akts garantieren sich Frankreich und Italien eine strikte Neutralität in dem Fall, wo sie das Ziel eines direkten oder indirekten Angriffs von seiten einer oder mehrerer Mächte seien. Aber während die Erklärung einen großen Wert für Frankreich besaß, dessen Feind der Öffentlichkeit gegenüber genau gekennzeichnet war, hatte er gar keinen für Italien, das mit Österreich durch ein Bündnis verknüpft, den Angriff von keiner Macht zu befürchten brauchte.

Auch dieser Vertrag trug nicht dazu bei, uns das Wohlwollen Frankreichs zu sichern, nicht einmal seine strikte Neutralität während des Kriegs in Libien und dem nachfolgenden Balkankrieg. Im Gegenteil ergriff die französische Regierung, obwohl sie seit 1909 Libien als zu unserer Einflußsphäre gehörig anerkannt hatte — und sie war dafür durch unser analoges Anerkenntnis des Übergewichts ihrer Interessen in Marokko entschädigt worden —, ostentativ für die Türken Partei; und später, im Jahre 1913, übte sie alle Druckmittel aus, um uns die Karte des Dodekanesos aus der Hand zu winden, zugunsten Griechenlands. Kurz, die „lateinische Schwester" nahm die Erklärung Prinetti als eine ihr gebührende Huldigung entgegen und hielt sich zu nichts verpflichtet, besonders nachdem sich Italien in Algericas durch die Unterstützung der französischen Interessen öffentlich bloßgestellt hatte. Es blieb immer noch das förmliche Band des Dreibunds bestehen, das weder Prinetti noch seine Freunde zu zerschneiden wagten und dieser Stein des Anstoßes genügte, daß das Volk und die Regierung in Frankreich, weil sie uns beargwöhnten, an der hergebrachten anti-italienischen Politik festhielten. Francesco Crispi gab eben dieser Politik der italienischen Ministerien das passende Motto:

„Beargwöhnt in Berlin, mißachtet in Paris, überall schlecht behandelt, das ist die bittere Frucht, die die Italiener aus der unzuverlässigen Politik ihrer Regierung ernten." (Fr. Crispi: Pensieri e Profezie, S. 4).

Das französisch-russische Bündnis.

Fast gleichzeitig mit der Schwächung, die dem Dreibund durch die tatsächlich vollzogene Trennung Italiens von ihm beigebracht war, gelang es Frankreich, Rußland an seine Vergeltungspläne gegen Deutschland zu fesseln. Dieses Werk nahm zu einem gegebenen Zeitpunkt alle Formen einer riesenhaften Bestechung an.

Frankreich mußte den Widerwillen, den die ungeheuerliche Ehe zwischen der Demokratie und Autokratie so und so vielen Franzosen einflößte, überwinden[1]). Der Zar seinerseits

[1]) Wir führen einige Namen an: Gambetta, Barthelemy St. Hilaire, Jaurès. Gambetta war ein zu aufrichtiger Republikaner, um nicht gegen den Zarismus Abscheu zu empfinden und bei verschiedenen Veranlassungen redete er über ihn all das Schlechte, das er von ihm dachte. Barthelemy St. Hilaire, der Exminister des Auswärtigen der Republik, definierte in einer von dem Times veröffentlichten Unterredung (20. Oktober) den Plan der französisch-

Digitized by Google

und das System, das in ihm verankert war, konnten keine Sympathien empfinden für die republikanische Staatsform, die in Frankreich festen Fuß gefaßt hatte. Der Widerstreit lag offen zutage und war tiefgreifend.

In Rußland hatten politische Sympathien für Frankreich nie bestanden: seit der napoleonischen Epoche bis zum Krimkrieg waren die diplomatischen Beziehungen beinahe stets unfruchtbar und schwierig, ausgenommen etwa die kurze Zeitspanne unter Karl X.

Solange Fürst Bismarck seinen großen Einfluß auf die Politik der europäischen Staaten ausübte, waren die Versuche Frankreichs, aus der Isolierung durch ein Bündnis mit Rußland herauszukommen, erfolglos. Der Hof, die obere Gesellschaft, das Heer, die Bureaukratie in Rußland umfaßten zahlreiche und einflußreiche deutsche Elemente; der Zar war ganz von seiner Überzeugung durchdrungen, daß er das monarchische Prinzip nicht schwächen dürfe und enge Berührungen mit der dritten französischen Republik vermeiden müsse. Es ist bekannt, daß nach der Gründung des Reichs der Große Kanzler eine besondere Sorgfalt darauf verwendet hatte, freundschaftliche Beziehungen mit Rußland aufrecht zu erhalten und wenn er eines schönen Tages im Jahre 1879 es für nützlich hielt, sich durch das deutsch-österreichische Bündnis gegen das Spiel Gortschakoffs und die periodisch wiederkehrende Drohung der Ansammlung von russischen Truppen an der Grenze zu schützen, so unterließ er es nie, gegen die Anschuldigung zu protestieren, auf dem Berliner Kongreß die Interessen Rußlands verletzt zu haben, womit der russische Kanzler seine Abneigung gegen den früheren Freund zu rechtfertigen pflegte. Er versicherte, daß er während dieses Kongresses so russisch war, wie es ein Deutscher sein kann und daß, wenn Rußland bei dieser Gelegenheit Schaden erlitt, die Schuld auf das Kabinett von Petersburg zurückfiel, das nicht das forderte, was es brauchte. In der Überzeugung, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland absurd war, weil, sagte er zu Eugen Lwon, dem Korrespondenten der Nowoje Wremja, „weder wir von euch, noch ihr von uns in keinem Fall Milliarden herauspressen können, auch nicht Gebiete, deren Erwerb ein Schaden und Verbrechen wäre", so gab er sich alle Mühe, alle Schwierigkeiten zu überwinden, indem er die russische Politik im Orient unterstützte oder ihr wenigstens keine Hindernisse bereitete, so daß er nach Gortschakoffs Tod zu dem geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland gelangte.

Fürst Bismarck lieferte durch Abschluß dieses Vertrages einen hervorragenden Beweis für seinen festen Willen, den Frieden aufrecht zu erhalten: er hatte ein Bündnis mit Österreich geschlossen, um sich gegen einen Angriff sicherzustellen, und er verpflichtete sich, es preiszugeben, wenn es den Krieg provozierte; anderseits schloß er die Hypothese eines Krieges mit Frankreich aus, in dem Deutschland nicht der angegriffene Teil war.

Nach Bismarcks Sturz erlahmte der deutsche Einfluß auf die leitenden russischen Sphären[1]) und so konnten diese allmählich von der scharfsichtigen französischen Umtriebigkeit ge-

russischen Allianz als eine „Tollheit", weil „Rußland der Repräsentant des Barbarentums ist und es unmöglich ist, daß Frankreich durch ein Bündnis mit der Barbarei die Kultur des Westens unter der Agide des Dreibundes preisgibt". Jean Jaurès bekämpfte in einer uns näher liegenden Zeit die „französisch-russische Phantasterei" als eine Gefahr für den europäischen Frieden und auch als ein „Werkzeug der Reaktion".

[1]) In einem Bericht vom 26. Januar 1890, vor der Entlassung Bismarcks, bemerkte der italienische Botschafter in Petersburg Marochetti, der von der Absicht Kaiser Wilhelms, den Herbstmanövern in Krasnoje Selo beizuwohnen, Mitteilung machte: „Es liegt der Wunsch des Fürsten Bismarck klar zutag, daß dieser neue Besuch besonders in Frankreich Eindruck machen soll, wo man mit eifersüchtiger Aufmerksamkeit jeden Schritt beobachtet, den Deutschland Rußland gegenüber unternimmt. Für die neue Zusammenkunft könnte man schon einen anderen Beweggrund finden, z. B. einen Quell persönlicher Sympathien zwischen den beiden Souveränen zu eröffnen, aus dem man fast unmerklich dann das Vertrauen auf die Lauterkeit des Berliner Kabinetts in den Gedankenkreis Alexanders III. hinüberleiten will. Wenn man dahin gelangen will, den Zar von irgend etwas zu überzeugen, so muß man zunächst die Sprödigkeit überwinden, die dieser furchtsamen, wenig umgänglichen, behutsamen, argwöhnisch zaudernden und doch sich auf ihre eigenen Überzeugungen versteifenden Natur angeboren ist. Indem man sich seinem geraden und absoluten Charakter anvertraut, muß man ihn dahin bringen, daß er mit Händen greifen kann, wie viel Irrtümliches in seinen ersten Gedanken gewesen sein könnte: im vorliegenden Fall in dem Zweifel, den er bezüglich der Aufrichtigkeit der Freundschaft Deutschlands hatte ... Es kommt hinzu, daß der Kanzler diesen Plan in einem Augenblick begünstigt, in dem offenbar Deutschland begründeten Anlaß hatte, sich über die gewalttätige und oft ungerechte Art zu klagen, mit der man in den

Digitized by Google

wonnen werden, die auch von mißtrauischen Eindrücken gegen Wilhelm II. unterstützt wurde, die die schroffe Art der Entlassung des Großen Kanzlers bei Zar Alexander III. hervorgerufen hatte.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die despotische Regierungsform weder den Charakter noch die Moral der russischen Beamten auf allen Rangstufen günstig beeinflußt hat.

Vom Grafen Kalnoky, dem Kanzler des österreichisch-ungarischen Reichs und ehemaligen Gesandten beim Zaren stammt die Phrase, „in Rußland stehlen alle". Das Echo, das in die westlichen Länder über die Diebstähle und Unterschlagungen während des Russisch-Japanischen Krieges hinüberhallte, verstärkte dieses Urteil[1]).

Was in einer solchen Atmosphäre die Agenten Frankreichs, das zu allen Zeiten und unter allen Regierungsformen äußerst gewandt war, sich mit Geld die Wege zum Triumph zu bahnen, ausgesät haben, kann man sich leicht vorstellen.

Sicherlich wurden alle Gründe ins Treffen geführt, um nach der Phrase Crispis diese „unnatürliche Ehe" zu rechtfertigen und die russischen Panslawisten, die Bejaher einer in Wirklichkeit nicht bestehenden Einheit der slawischen Völker, lieferten die für den Dünkel des Zaren und den moskowitischen Militarismus überzeugendsten. Letztere waren leicht empfänglich für uferlose Ausdehnungspläne, die in Wirklichkeit weder durch den halbbarbarischen Zustand der russischen Kultur, noch durch die demographische Lage dieses für 130 Millionen Einwohner schon viel zu ausgedehnten Landes, noch durch die rückständige Entwicklung seiner Industrie gerechtfertigt waren. Auf welchem Weg es auch geschehen konnte, jedenfalls konnte die russische Politik, sei es im europäischen Osten, sei es in Asien dadurch, daß sie sich auf Frankreich stützte, nicht solche Vorteile erringen, daß sie sich um die augenfälligen Nachteile, ja sogar um die Todesgefahr nicht zu kümmern brauchte, der sich die zaristische Regierungsform durch die enge und häufige Berührung mit der radikalen französischen Demokratie aussetzte[2]). Es soll noch beigefügt werden, daß im Jahre 1891, als das französisch-russische Bündnis eine endgültige Form annahm, die Ausdehnungspolitik Rußlands von England heftig befehdet wurde und der Ausgleich, der in der Folge zwischen diesen beiden Staaten, dank ganz außergewöhnlicher Umstände abgeschlossen wurde, damals noch nicht vorausgesehen werden konnte. Zu jener Zeit, solange das englische Einverständnis fehlte, hätten die Ziele des russischen Imperialismus auf Konstantinopel und jede Hoffnung auf Expansion oder auch auf Hegemonie in den Balkanstaaten gar keine Vorteile aus dem Beitritt und der Unterstützung Frankreichs gezogen Und in der Tat blieben auch die Schäden und die Gefahren, auf die wir oben hingewiesen haben, bestehen. Es steht fest, daß seit dem Abschluß des Bündnisses bis zum Tag der russisch-britischen Annäherung, nämlich 15 Jahre lang, in der auswärtigen Politik Rußland nur Mißerfolge hatte: im fernsten Osten ließ es sich zu dem unglücklichen Krieg mit Japan verleiten und im türkischen Orient mußte es mehrmals Verständigungen mit Österreich suchen, wie in den Jahren 1897 und 1903 (Mürzsteg) wegen der Reformen in Mazedonien: niemals konnte ihm Frankreich allein helfen[3]).

Baltischen Provinzen zur politischen und religiösen Russifizierung dieser Landstriche übergeht, die durch jahrhundertalte Überlieferungen deutsch und protestantisch sind."

[1]) In den italienischen Zeitungen vom 19. Juli 1914 liest man: Telegramm aus Paris 19. Aus Petersburg kommt die Nachricht, daß das Militärgericht von Moskau sein Urteil in dem Prozeß der Betrügereien bei der Intendantur, der über einen Monat dauerte, verkündet hat. Von 66 Angeklagten sind 53 zu verschiedenen Strafen, die zwischen 11 Monaten und 3 Jahren Gefängnis schwanken, und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Unter den Verurteilten befinden sich 2 Generale, 5 Oberste, 17 Oberstleutnants, 18 Hauptleute, die alle wegen Erpressung angeklagt waren.

[2]) Elisé Reclus setzte in einer Studie „Le Panslavisme et l'unité russe", veröffentlicht in der „Revue" (Paris, 1. November 1903) in überzeugender Weise die absolut widerspruchvolle Lage auseinander, in die sich Rußland mit seiner auswärtigen Politik und in bezug auf seine herkömmliche Regierungsform gebracht hatte, und er sah voraus, daß sicherlich der Erfolg der französisch-russischen Intimität die Beschleunigung des Hereinbruchs der unvermeidlichen Katastrophe in dem großen slawischen Reich sein werde. „Äußere Evolution unterstützt die innere Evolution." Prophetische Worte!

[3]) Bis 1890 einschließlich setzte man in den hohen russischen Einflußsphären, wie es scheint, den Lockungen Frankreichs erfolgreichen Widerstand entgegen. In einem Bericht des Botschafters Marochetti vom 19.—26. Januar 1891 werden einige Erklärungen, die ihm vom Minister des Auswärtigen des Zaren, Herrn Giers, gegeben wurden, mitgeteilt, deren Wiedergabe nützlich ist:

Digitized by Google

In Wirklichkeit wurden die Reichtümer Frankreichs der entscheidende Faktor der neuen Politik, nämlich der Tatsache, daß die Autokratie sich völlig dem Vaterland der Revolution in die Arme warf.

Der furchtsame Geist Alexanders III.[1]) vermochte den Einflüssen, die sich um ihn erhoben, keinen Widerstand zu leisten. Anderseits erforderten die innere und äußere Politik, das Heer und die Marine, sowie die Eisenbahnen um 1891 große Geldsummen, die die Regierung weder aus den Steuern noch aus den Zöllen herauswirtschaften konnte. „Bitte und dir wird gegeben", erklärte Frankreich. Und Petersburg fing an um Milliardendarlehen nachzusuchen, während Paris sich beeilte, die Ersparnisse der Kleinbürger von Frankreich auszuliefern. Und wie es der Logik entsprach, nahm von den ersten Milliarden ab die französische Regierung Hypotheken, politische Hypotheken: denn das waren die einzigen, auf die sie abzielte. In der Tat wurden im zweiten Halbjahr 1891 von den französischen Ministern Freycinet und Ribot die ersten französisch-russischen Verträge vorgeschlagen und abgeschlossen, die Poincaré

„Die Lage Rußlands ist gegenwärtig sehr befriedigend und seine Politik völlig dem friedlichen Charakter des Souveräns, der es regiert, angepaßt: wir sind durch kein Bündnis gebunden, wir wollen die Hände frei haben und können uns so ruhig der Vervollkommnung der Verwaltung und unserer inneren Angelegenheiten, sowie der Ordnung unserer Finanzen, die gedeihlich sind, widmen. . . . .

‚Die Franzosen', fuhr der Minister des Äußeren fort, ‚sind oft ‚lästig durch ihre Gefühlsausbrüche', sie bleiben aber ‚noch in erträglichen Grenzen'. Wir Russen ziehen, wohlverstanden, Nutzen aus diesen freundschaftlichen Neigungen. Mohrenheim hat die französische Regierung zu überzeugen verstanden, daß Kaiser Alexander III. die französisch-russische Freundschaft derart verkörpert, daß uns zur Erhaltung des wertvollen Lebens des Zaren die französische Polizei eine unentbehrliche Hilfe in der Überwachung der Nihilisten leistet. Mohrenheim hat vielleicht seinen eigenen Einfluß beim Kaiser etwas übertrieben; er hat gesagt, daß, als er vor vielen Jahren Minister in Dänemark war, ihm häufig Gelegenheit geboten war, den jungen Prinzen zu sehen und so ihm sympathische Gefühle für Frankreich einzupflanzen: aber all das schadet nichts. Ich persönlich aber, fügte Giers lachend hinzu, stehe bei den Franzosen nicht so im Geruch der Heiligkeit, wie Mohrenheim. Viele unter ihnen schreiben Privatbriefe an den Zaren, geben S. Majestät Ratschläge und bitten ihn, sich ‚Giers, des Deutschen' zu entledigen.

Diese Sprache des Ministers verdient Ew. Exzellenz mitgeteilt zu werden und ich gestatte mir in bezug hierauf einige Bemerkungen zu machen.

Erstens die sogenannte Vervollkommnung der Verwaltung und der inneren Einrichtungen, die die Rückkehr zu den despotischen Maßnahmen in der Verwaltung bedeutet, ist sicherlich nicht ein Element von Stärke und Gedeihen, weil es nur umstürzlerische Gedanken, also den Nihilismus, hervorrufen kann. Die brüske Russifizierung der Baltischen Provinzen und von Finnland sodann ist ein Element der Schwäche, nicht nur vom Gesichtspunkt der inneren Politik, sondern auch von dem der äußern. Noch gestern sprach der dänische Minister mit mir über den ganz schlechten Eindruck, den die in Finnland ergriffenen Maßregeln in Schweden und Dänemark hervorgerufen haben und bemerkte, daß der Einfluß der slawophilen Partei, der sich jetzt verpflichtet fühlt, sich im Innern auszutoben, zu dem Ergebnis führen würde, die skandinavischen Ländern in die Arme Deutschlands zu treiben."

[1]) Nicht ohne Interesse sind folgende Bruchstücke eines Berichts (30. März 1890) des italienischen Botschafters in Berlin, Graf di Launay: „Augenblicklich scheint der Friede nicht bedroht. Zwar sieht man noch das Irrlicht eines möglichen französisch-russischen Bündnisses bald nah, bald fern, immer aber trügerisch, über die Steppen der europäischen Politik dahintanzen. Das Kabinett von Sankt Petersburg, oder vielmehr die panslawistische Richtung arbeitet dafür, die Gefühle des Mißtrauens und der Rachsucht zwischen Frankreich und Deutschland zu erhalten, denn eine Annäherung dieser beiden Völker würde den Sinn aller Berechnungen Rußlands stören, die kein anderes Ziel haben als Deutschland und Frankreich im Gegensatz zueinander zu erhalten und das eine Land durch das andere auszuschalten.

Immerhin gibt ein in einigen Monaten bevorstehendes Ereignis Anlaß zu gewissen Bedenken: in Russisch-Polen werden 6 Armeekorps und 6 Kavallerie-Divisionen Manöver abhalten. Seit langen Jahren hat man keine derartige russische Truppenansammlung an der preußischen und österreichischen Grenze zu militärischen Übungen gesehen. Wenn Deutschland in der Nähe von Rußland oder Frankreich ähnliches vornähme, würde man nicht zögern Lärm zu schlagen und eine derartige Maßnahme als eine Herausforderung zu bezeichnen. Der neue deutsche Reichskanzler regt sich darüber nicht übermäßig auf. In wenigen Tagen vermöchte das Berliner Kabinett ebensoviele und noch mehr Soldaten in derselben Richtung mobil zu machen. Aber diese großen Manöver in Polen werden beweisen, daß Rußland große Fortschritte in seinen Rüstungen gemacht hat. Deutschland bleibt auf der Hut und betreibt seine Verteidigungsvorbereitungen eifrig. Es nimmt die friedlichen Versicherungen des Kaisers Alexander zur Kenntnis, ohne ihnen großen Wert beizulegen. Was aber Frankreich betrifft, so flößt der Umstand, daß Herr de Freycinet, jene bei jedem Hauch sich drehende Windfahne, die Regierung führt, ein nur recht mäßiges Sicherheitsgefühl ein.

Digitized by Google

als „ein wenig unbestimmt" beurteilt und bezüglich deren der Zar trotzdem wünschte, daß sie streng geheim blieben[1]). Durch sie verpflichteten sich beide Regierungen wechselseitig, sich über jede Frage „die den allgemeinen Frieden gefährden könnte", zu verständigen und über Maßregeln, die im Falle, daß eine der beiden Teile von einem Angriff bedroht sei, zu ergreifen seien, sich ins Einvernehmen zu setzen.

Dieser Entente folgte, immer auf französische Initiative, eine Militärkonvention. [Wir sind jetzt über die Einzelheiten unterrichtet durch die Generalstabsprotokolle im Heft „Poincaré" der Süddeutschen Monatshefte, Juli 1922, S. 210 ff. Die Schriftl.].

Dieser Allianzvertrag, dem ein Flottenabkommen, das das Datum vom 16. Juli 1912 trägt, sich anschloß, hielt Frankreich und Rußland bis zum Krieg verbunden. Eine einzige Modifikation wurde dem Artikel 6 im August 1899 hinzugefügt. Der Bund war, wie ausdrücklich gesagt war, abgeschlossen, um ein Gegengewicht gegen den Dreibund zu bilden; aber unter der Präsidentschaft Loubets, während Téophile Delcassé Minister der Auswärtigen Angelegenheiten war (dieser Name findet sich in den kitzlichsten Zeitpunkten der französisch-deutschen Beziehungen immer mit Maßregeln verknüpft, die gegen Deutschland gerichtet sind), wurde festgesetzt, daß der Bund auch weiter dauern sollte, wenn sich der Dreibund aufgelöst habe. In Wahrheit war der einzige Feind, den man im Auge hatte, Deutschland und im Jahre 1899 war Delcassé Italiens so sicher und voller Zuversicht, es vom Dreibund loszureißen, daß, um einen so nützlichen Erfolg zu erzielen, er doch nicht Gefahr laufen wollte, diesen für Frankreich so außerordentlich kostbaren Vertrag in Nichts zerrinnen zu sehen.

Die zwanzig und mehr Milliarden, die auf Grund der verschiedentlichen in Frankreich aufgelegten Anleihen an die Regierung des Zaren ausbezahlt wurden, waren sicherlich kein gutes Geschäft für die Bürger, die sie aufbrachten. Wenn die französische Regierung mit allen Mitteln diese Anleihe unterstützte, so kümmerte sie sich mehr um die politische Wirkung, die sie dadurch erzielte, indem sie sich nämlich die leitenden russischen Klassen unterwarf, um im günstigen Augenblick über die Streitmacht des großen Reiches verfügen zu können, als um das Interesse der kleinen französischen Sparer. Diese glaubten in Wahrheit der außergewöhnlichen Reklame der Zeitungen, welche vom russischen Schatzministerium bezahlt waren, laut deren sie ihr Geld in sicherer und günstiger Form anlegten, aber anderseits waren sie auch der Ansicht, außer einem guten Geschäft zugleich eine patriotische Handlung zu vollziehen. Ein einflußreicher Schriftsteller, André Chéradame, schrieb[2]), daß, als unter dem Staunen der ganzen Welt das französisch-russische Bündnis abgeschlossen war, „der Vergeltungsgedanke noch das Ideal der Franzosen beherrschte. Und diese waren deshalb geneigt, in dem Bündnis vielleicht weniger einen Weg zu erblicken, auf dem man die Zukunft sicherte, als ein Mittel, um Elsaß-Lothringen wiederzuerwerben".

Das nämliche bezeugte am 23. Januar 1903 vor der französischen Kammer Jean Jaurès:

„Ich sage, ein Teil dieses Landes hat geglaubt — und darin beruht die tiefe, volkstümliche Wurzel des französisch-russischen Bündnisses —, ein Teil dieses Landes hat von Anfang an geglaubt, daß das französisch-russische Bündnis nicht blos ein defensives war, oder wenigstens, daß sein defensiver Gedanke in gewisser Hinsicht nur die Vorbereitung eines anderen viel kühneren und waghalsigeren Gedankens war".

Die französische Politik hat ein Gewebe von Hintergedanken, Heucheleien und Lügen darstellen müssen. Als man Rußland das Bündnis vorschlug, wurde ihm natürlich nicht gesagt: „Du wirst Krieg führen, um mir Elsaß-Lothringen zurückzugeben." André Chéradame schrieb in dem interessanten angeführten Artikel:

„Der gesunde Menschenverstand lehrt, daß ein großer Staat wie Rußland nicht aus Mutwillen die Gefahren eines Riesenkampfes einzig und allein deshalb laufen darf, um einem fremden und entfernt wohnenden, wenn auch sehr sympathischen Volk wieder zum Besitz von Gebieten zu verhelfen, die dieses durch die Tatsache des Krieges verloren hat."

Aber er beeilte sich hinzuzufügen, damit seine französischen Leser ihn nicht für ein Schaf hielten:

„Aber wohlverstanden: wenn der Wiedererwerb Elsaß-Lothringens von seiten Frankreichs auch nicht so aufzufassen ist, daß er das Ziel des französisch-russischen Bündnisses ist, so kann er doch eine Folge davon sein".

[1]) Vgl. R. Poincaré, Les origines de la guerre, S. 56.
[2]) Vgl. „Revue Hebdomadaire", Paris, 24. Mai 1902.

Digitized by Google

Und in der Tat, wenn das Ziel verheimlicht wurde, weil es so sein mußte, so war doch die ganze Tätigkeit der französischen Ministerien darauf gerichtet, es zu verwirklichen.

Dieser Satz definiert mit einer Genauigkeit, die nicht größer sein könnte, die Politik, die sich die französische Regierung zum Ziel gesetzt hatte, die in dem Bewußtsein, daß sie den Krieg für den Wiedererwerb Elsaß-Lothringens nicht als Ziel des Bündnisses setzen konnte alle ihre Handlungen der Erreichung dieses Endzweckes anpaßt, indem sie ihn, so weit es ihr möglich ist, dadurch vertuscht, daß sie alle Augenblicke das Gleichgewicht der Kräfte und den Frieden Europas lobpreist, damit keiner in Alarm gerät, weder Europa noch der Zar selbst.

Nikolaus II., der Ende 1894 Alexander III. gefolgt war, begriff für seine Person nicht, daß dadurch, daß er in unablösbare Schulden gegenüber Frankreich geriet, er zugunsten dieses Landes seine eigene Freiheit verkaufte. Die Anleihen, die mehr dem Zaren, als dem russischen Volk gewährt wurden, hatten keinen anderen Zweck. Alle französischen Minister, von Delcassé bis Bourgeois, von Briand bis Poincaré und Clemenceau, wollten das zaristische System an den Wagen Frankreichs mit Goldketten binden, obwohl sie wußten, daß dieses System unvernünftig despotisch gegen das russische Volk war und daß das Geld der französischen Sparer ungenügend sichergestellt war.

Die Anleihen folgten aufeinander ohne Atempause. Da sie zu unproduktiven Ausgaben verschleudert wurden, gelang es dem Staatshaushalt nicht einmal die Zinsen daraus zu bezahlen, so daß jede neue Forderung die drohende Form der Notwendigkeit für die Bezahlung der Coupons der vorhergehenden Anleihe annahm. Gelegentlich der im Jahre 1906 begebenen Anleihe von zwei Milliarden schrieb Jean Finot in dem eben angeführten[1]) Artikel seiner „Revue", nachdem er dargetan hatte, daß Frankreich durch seine stete Bereitwilligkeit, Rußland Geld zu leihen, die finanzielle Lage des letzteren verschlechtere, weil es ihm die Eingehung von Schulden erleichtere, die es unmöglich heimbezahlen konnte:

„Jede Forderung eines neuen Kredits ist immer von Drohungen begleitet gewesen, die laufenden Coupons nicht zu bezahlen, wenn die Anleihe verweigert werde. Diesen Drohungen waren und sind stets angeschlossen Versprechungen von phantasmagorischen Aufträgen, die die letzten Bedenken demoralisieren, denen man bisweilen bei der Hauptfinanz begegnet ..."

Er tadelte den damaligen Finanzminister Poincaré[2]) und versicherte überdies, daß etliche Finanzminister von den Mitteln Kenntnis hatten, „die wenig im Einklang mit den Forderungen der Moral ständen" und zu denen die russische Regierung gegriffen habe, um Geld zu beschaffen.

Die republikanische Regierung in Paris wußte ganz genau, daß all diese Milliarden, die dem zaristischen System anvertraut waren, ihr nicht den Dank des russischen Volkes einbrachten. Das Ergebnis einiger dieser Anleihen wurde geradewegs für die Politik der grausamen Unterdrückung verwendet, deren typischer Vertreter der General Trepoff nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges mit Japan war. In Frankreich entschied die „Liga für die Menschenrechte", die achtzigtausend Mitglieder zählte, sich dafür, eine Agitation einzuleiten, um „dem Skandal einer Demokratie die Stirn zu bieten, die einer Autokratie Geldunterstützungen gewähre, die bestimmt waren, das Reich der Gerechtigkeit und des Rechts einer befreundeten Nation noch länger vorzuenthalten"[3]).

---

[1]) In der Übersetzung gestrichen. (D. Schriftl.)

[2]) Vergl. auch die Zitate aus Gouttenoire de Toury: Poincaré a-t-il voulu la guerre? im Heft Poincaré der Südd. Monatsh., S. 185. (D. Schriftl.)

[3]) Wie man auch die Rolle, die Rußland in dem großen Krieg gespielt hat, beurteilen mag, so ist es doch außer Zweifel, daß seine Heere von einem unberechenbaren Vorteil für Frankreich waren. Daraus müßte folgen, daß letzteres seiner Befriedigung über die Ströme russischen Blutes Ausdruck verleihen müßte, die vergossen wurden, um die bedeutenden deutschen Streitmächte beschäftigt zu halten, die es sonst zerschmettert hätten, und es dürfte nicht die Zurückerstattung des Geldes verlangen, das für Rußland das „verfluchte Gold" bedeutet hat. Die einst unter dem Regiment des Zaren herrschenden Klassen werden es kaum anders bezeichnen können, nachdem sie, wie es der Fall ist, in alle Himmelsrichtungen zerstreut, verelendet und dezimiert sind; das Volk sodann hat ein ganz besonderes Recht, das von Frankreich geforderte Anerkenntnis der Schulden zu verweigern. Die zwanzig und mehr Milliarden, die dem französischen Sparer abgeschwindelt wurden, wurden von der Regierung der Republik der russischen Regierung bewilligt, die sich im Zaren und seinen Ratgebern verkörperte, für politische Zwecke,

Digitized by Google

die Duma eine andere Anleihe von nur 200 Millionen gutzuheißen, die mit der Begründung, man wolle die ausgehungerten Bauern unterstützen, vorgelegt war, weil sie wußte, daß der Löwenanteil des Unternehmens in den Händen der Bureaukratie sich verflüchtigte.

Laut des Artikels 7 des Vertrags über das russisch-französische Bündnis vom 17. August 1892 sollten „alle Klauseln" desselben geheim gehalten werden, aber es war nicht vereinbart, daß die Tatsache des Bestehens des Bündnisses geheim bleibe. Weshalb sprach bis 1895 keine verantwortliche Persönlichkeit beider Länder das schicksalsschwere Wort aus?

Die Ankündigung, daß ein Abkommen zwischen den beiden Regierungen getroffen sei, erfolgte im Jahre 1891 nach dem Besuch der französischen Flotte in Kronstadt.

Es überraschte die Diplomatie nicht, erregte aber überall großen Eindruck. Die französische Presse feierte natürlich das Ereignis; die Regierung rühmte sich des eigenen Erfolges, ohne jedoch dessen Tragweite genau festzustellen.

In einer Rede, die am 10. September 1891 vor den Offizieren während der großen Ostmanöver gehalten wurde, in der eine Neuorganisation des obersten Kommandos der Armeen und Armeekorps ausprobiert worden war, sprach der französische Kriegsminister de Freycinet von einer „neuen Lage", indem er sich beglückwünschte wegen der Fortschritte des französischen Heeres, „die Europa sieht und Frankreich mit Jubel begrüßt", als diejenige, die „den einen Vertrauen, den andern Achtung" einhauchen mußte. Es war keine Friedensbotschaft oder wenigstens keine Botschaft von dem Frieden — schrieb die Zeitung La Paix am 13. September 1891 — „den man uns vorspiegeln wollte".

Der Minister des Innern, Constans, der einige Tage darnach, am 14. September, in Carpentras sprach, rühmte „die vollständige Wiedererhebung unseres Landes, ich könnte sagen seinen Neueintritt in die Welt" und zugleich den Frieden „aber einen Frieden, so wie ihn eine große Nation auffassen kann, die ohne Selbstüberhebung und Schwäche mitten im Drang aller Ereignisse das Bewußtsein ihrer Stärke bewahrt und auf ihre Größe bedacht ist".

Endlich sagte am 27. September in Bapaume, bei der Enthüllung eines Monuments des Generals Faidherbe, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ribot: „Nach einer Zeit der Unsicherheit hat uns Europa endlich Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ein weitblickender und entschlußfester Herrscher, der friedlich gesinnt ist, wie wir selbst, hat öffentlich der tiefen Zuneigung Ausdruck gegeben, die sein und unser Land verbinden. Das russische Volk hat sich seinem Kaiser angeschlossen, um uns seine herzliche Freundschaft zu bezeugen. Sie wissen, wie diese Gefühle bei uns Widerhall finden."

Es vergingen etliche Jahre, bevor sich die Welt eine klare Vorstellung von den Absichten der beiden Regierungen und den zwischen ihnen getätigten Vereinbarungen machen konnte. Im Jahre 1895 sprachen erstmals französische Minister das große Wort aus. Damals schrieb aus Paris (11. Juni 1895) der italienische Botschafter, Graf Tornielli, in folgenden Ausdrücken darüber:

„Die gestrige Sitzung der Deputiertenkammer wird einen bedeutenden Platz in der diplomatischen Geschichte einnehmen, weil im Laufe der Debatte von den Kämpen der sozialistischen und radikalen Gruppen der Anstoß dazu gegeben wurde, daß die Minister im Amt erstmals von der Tribüne über das zwischen Frankreich und Rußland bestehende Bündnis gesprochen haben. An Stelle der Worte von unbestimmter Bedeutung, wie sie bisher angewandt wurden, um das französisch-russische Einvernehmen zu bezeichnen, wurde ausdrücklich und klar das Wort ‚Bündnis' gebraucht; ich glaube nicht, daß das in Folge einer unvorhergesehenen rednerischen Entgleisung geschehen ist, vielmehr glaube ich, daß die Ankündigung des Bestehens eines förmlichen Bündnisses im voraus in dem Umfang, in dem sie geschah, von dem Kabinett

denen das russische Volk fernstand. Es steht fest, daß die echten Vertreter dieses von dem despotischen Regiment geknechteten Volks stets gegen die Anleihen Frankreichs Widerspruch erhoben haben. Ende 1905 wurde ein Manifest veröffentlicht und vom größten Teil der Zeitungen jedes europäischen Landes wiedergegeben, das von dem Rat der Arbeiterbelegierten, von dem Komitat der Vereinigung der Bauern, von den sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Parteien ausging und in dem gesagt war, daß „das russische Volk unter keinen Umständen die Anleihen, die von dem zaristischen Regiment in der Epoche seiner Kämpfe gegen das Volk abgeschlossen wurden, bezahlen werde." Und Maxim Gorki schrieb in einer an die Adresse der französischen Presse gerichteten Erklärung, daß das Geld, das gegeben sei an jene „anarchistische Vereinigung, die das verblendete Europa als russische Regierung anzusehen fortfährt" nur dazu gedient habe „Massenmorde durchzuführen".

Digitized by Google

von St. Petersburg zugestanden war. Es wurde also in folgenden Wendungen darüber gesprochen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sagte, daß auf das Anlehnungsbegehren, daß von Rußland in bezug auf die chinesisch-japanischen Angelegenheiten ausgegangen sei, Frankreich telegraphisch antwortete: ‚Frankreich stellt bei seinen Erwägungen die Rücksicht auf seine Bündnisse in erste Reihe. Daher sind wir bereit, die Absichten der kaiserlichen Regierung wegen der Friedensbedingungen zwischen China und Japan mit aller Kraft zu unterstützen'. Und weiterhin in seiner Rede schien Herr Hanotaux das Wesen des Bündnisses definieren zu wollen, indem er sich folgendermaßen ausdrückte: ‚Wird man endlich leugnen, daß unser so wiedergewonnenes Ansehen seinen Einfluß ausgeübt und Erfolge errungen hat in jener Neugestaltung der Kräfte Europas, die uns aus unserer Vereinsamung herausgeführt und uns die so lange entbehrte Anlehnung gegeben hat? Zwei große Mächte, durch ihre beiderseitigen Gefühle und Belange zueinander hingezogen, haben sich die Hand gereicht. Sie haben ein Einvernehmen miteinander geschlossen, das sie in der andauernden Arbeit der laufenden Politik selbstverständlich einander nähert und das, bei aller Friedlichkeit, ihnen gegenseitige Sicherung gewährleistet.'

Diese Erklärungen, die der Minister für die auswärtigen Angelegenheiten abgelesen hat, waren offenbar wohlerwogen und bezüglich ihrer würde man nichts auf Rechnung der Hitze der Improvisation setzen können.]

Nachdem Herr Hanotaux gesprochen hatte, erhob sich Herr Flourens um zu fragen, ob als Ausgleich für die mächtige Unterstützung, die neuerdings von Frankreich Rußland geliehen worden sei, von diesem letzteren eventuelle gleichwertige Unterstützung durch seine moralischen und materiellen Kräfte bezüglich der rechtmäßigen französischen Heimforderungen verlangt worden seien. Im Laufe seiner Ausführungen über diesen Gedanken sagte Herr Flourens, daß Rußland schon vor einer Reihe von Jahren Frankreich versprochen hatte, keinen Angriff auf dieses zu dulden. Er hätte gerne wissen wollen, ob als Ausgleich für den gewaltigen Dienst, der der russischen Regierung im äußersten Osten geleistet wurde, irgendein intimerer und präziserer Vertrag abgeschlossen worden sei, insbesondere hinsichtlich Ägyptens. Herr Goblet, der frühere Präsident des Ministerrats und Minister des Auswärtigen, umgrenzte dieses Thema noch enger. Indem er auf das französisch-russische Bündnis von 1890/91 hinwies, kleidete er die Frage in folgende Worte: ‚Aber schließlich, was war denn jenes Einvernehmen? Gewiß erschien es uns sehr wertvoll, um uns gegen einen Angriff zu sichern, an den ich, für meine Person, übrigens kaum geglaubt habe. Aber sie konnte nicht genügen, um uns wirksame Handlungsfreiheit nach außen zu geben ... Zum ersten Male seit fünf oder sechs Jahren hat man heute nicht nur von einem ‚Einvernehmen' gesprochen, sondern das Wort ‚Bündnis' geäußert. Wenn es ein Bündnis gibt, dann sagen Sie es offen!'

Die Antwort des Herrn Ribot, Präsidenten des Ministerrats, hat nicht viel mehr Licht in die Debatte gebracht. Er bestätigte mit klaren Worten das Bestehen eines Bündnisses, indem er ihm einen so umfassenden Charakter beimaß, daß nach seiner Behauptung alle Interessen Frankreichs und Rußlands darin einbegriffen wären. ‚Ja', waren seine Worte, ‚wir haben die Belange Frankreichs mit jenen einer großen Nation verbunden. Wir haben es getan, um den Frieden zu sichern und das Gleichgewicht Europas zu erhalten.' Und indem er sich zu Herrn Goblet, der das Ministerium vor 1891 inne hatte, wandte, rief der Redner mit Emphase: ‚Sie hatten nicht die Sicherheit, die wir aus diesem Bündnis geschöpft haben, das den Weltfrieden gewährleistet und in Zukunft gewährleisten muß.' ....."

Der Grund für die Verschwiegenheit der verantwortlichen Staatsmänner der französischen Regierung muß, solange Alexander III. lebte, in dem ausdrücklichen Willen dieses letzteren gesucht werden, daß das Geheimnis bezüglich eines deutlich gegen Deutschland gerichteten Vertrages gewahrt werde, und nachdem Nikolaus II. den Thron bestiegen hatte, in der Unsicherheit über die Gesinnungen des letzteren. Das sagt uns ganz unumwunden Herr Poincaré: „Kaiser Alexander III. war am 1. November 1894 gestorben und anfangs 1895 wußte noch niemand, welche Pläne sein Nachfolger Frankreich gegenüber hatte." Im Juni desselben Jahres fühlte sich die französische Regierung über die Absichten des jungen Zaren in Sicherheit; darüber schreibt Poincaré: „Obwohl er vielleicht eine schwächliche Natur und ein unentschlossener Geist war, pflegte er das Gedächtnis seines Vaters inbrünstig und wollte nichts vom überkommenen Erbe desselben aufgeben."

Digitized by Google

Obwohl in Paris das französisch-russische Bündnis von der Tribüne des Parlaments verkündet war, verlieh ihm doch Nikolaus II. eine Bedeutung, die seiner eigenen friedlichen und mystischen Natur entsprach, oder er glaubte wirklich, daß es geschlossen worden sei, um den Frieden aufrechtzuerhalten. Er dachte auch nicht daran, daß einer seiner Besuche beim Deutschen Kaiser unangebracht sei, als er in den ersten Tagen des Oktober 1896 aus Frankreich zurückkehrte, wohin einer seiner Besuche auch von dem Reichsminister der Finanzen mit allem Nachdruck geleitet worden war, der an dem Erfolg der Verhandlungen wegen eines neuen Darlehens interessiert war, und wo man sich alle Mühe gegeben hatte, mit schwärmerischen Volkszurufen auf ihn Eindruck zu machen. Er überlegte es auch später nicht, daß er die kriegerischen Gemüter der beiden verbündeten Länder zu Eis erstarren machte, als er am 12./24. August 1898 durch seinen auswärtigen Minister Graf Murawieff alle bei ihm vertretenen Staaten zu einer Konferenz einlud, um die wirksamsten Mittel zu erörtern, um allen Völkern die Wohltaten eines wirklichen und dauerhaften Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen.

Eine Reihe von Jahren hindurch entsprach die Haltung Nikolaus II. nicht den französischen Erwartungen. Offiziell mit der Republik verbündet, nahm er die Huldigungen entgegen, die ihm diese verschwenderisch darbrachte, aber er vernachlässigte Deutschland nicht, in dem sein konservativer Instinkt einen Rückhalt, eine Verteidigung gegen die Revolution herausfühlte, die in Rußland gährte. Der Präsident Felix Faure gab im August 1897 den Besuch heim, den ihm der Zar im Oktober 1896 gemacht hatte. Doch vor ihm, im gleichen Monat August, war Kaiser Wilhelm der Gast des Zaren und die mit beiden Besuchern gewechselten Trinksprüche feierten den Frieden mit derselben Inbrunst.

Das Bündnis blieb zwar auf dem Papier bestehen, aber der ursprüngliche französisch-russische Enthusiasmus legte sich allmählich. Dem Verdienst der Friedensliebe Nikolaus' II., der dem Zweibund den lärmenden Charakter nahm, den ihm Frankreich vom ersten Augenblick an aufgeprägt hatte, ist es zuzuschreiben, wenn eine Zeitspanne folgte, in der in Frankreich das heilige Feuer der Revanche unter der Asche glimmte, bewacht von treuen Vestalinnen, wiedergeschürt von Zeit zu Zeit von dem nicht zu bändigenden Militarismus, auch nachdem die russischen Niederlagen im Krieg mit Japan den Wert des Bündnisses noch tiefer herabgedrückt hatten.

Aber Nikolaus II. änderte von Grund aus seine Haltung und führte die französisch-russische Allianz zu den Zielen, um deretwillen sie errichtet war. Ende 1908, nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Und da fand er auf dem Posten das Frankreich Poincarés und das England Eduards VII., die nur darauf lauerten, seine bitteren Gefühle zu verschärfen.

Eduard VII.

Die französisch-russische Allianz siechte dahin, als am 22. Januar 1901 den Thron des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland Eduard VII. bestieg.

Daß zwei tief unter sich zerfallene Staaten sich eines Tags verbünden, um einen dritten, der beiden verhaßt ist, zu bekämpfen, ist in der Geschichte nichts Neues. Daß man an diesem Tag versichert, all das vergessen zu wollen, was seit Jahrhunderten ein Grund zur Zwietracht gewesen ist und man die Freundschaft und Uneigennützigkeit im Namen der großen Grundsätze, die zivilisierten Völkern Ehre machen, feiert, ist nichts Überraschendes.

Frankreich und England haben sich durch Jahrhunderte hindurch gehaßt und bekämpft. Die Franzosen zählen zu ihren größten nationalen Ruhmestaten die Siege, die sie über die Engländer davongetragen haben und haben in ihrer patriotischen Überschwenglichkeit schon vor der Kirche Jeanne d'Arc heiliggesprochen; die Engländer haben in ihren Herzen Nelson ein Denkmal gesetzt, das unvergänglicher ist, als das Bronzestandbild, das in London auf der Trafalgar Square errichtet ist.

Ein unverdächtiger französischer Schriftsteller, der Korrespondent des Temps in Rom, Jean Carrère, der seit 1914 der glühendste Verteidiger und lebhafteste Vorkämpfer für die Lauterkeit des Vorgehens der englischen Regierung war, schrieb etliche Jahre zuvor in der Revue Hebdomadaire (Heft v. 9. Mai 1903):

„Wir dürfen es nicht verschweigen, das französische Volk haßt das englische Volk und hat

Digitized by Google

sich an diesen Haß seit langer Zeit gewöhnt. Aber zaudern wir auch nicht auszusprechen, das englische Volk haßt seinerseits das französische Volk ebenso grimmig. Dieser Haß stammt nicht erst von gestern, denn er ist seit Urahnenzeiten den beiden Nationen in Fleisch und Blut übergegangen."

Aber stärker als diese überkommene Feindschaft war in einem gewissen Zeitpunkt der Haß und die Eifersucht gegen Deutschland. Frankreich war bereit, alles zu vergessen, als für die englische Politik die Stunde herankam, diejenige Macht anzugreifen, die den Welthandel und die Vorherrschaft Großbritanniens zur See bedrohte.

Eduard VII. vollbrachte ein Werk von großer Tragweite und außerordentlichen Folgen: aber er hatte nicht ungewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden. Frankreich wartete auf ihn, Frankreich nahm ihn auf, wie einen Messias. Wohlbekannt, wie kein Engländer in der oberen Gesellschaft, in der galanten Welt und der breiten Masse des Volks von Paris, wo er während seiner langen Wartezeit auf den Thron oft geweilt hatte, vermochte er seine persönlichen Bekanntschaften, die Sympathien, deren er sich erfreute, die gründliche Kenntnis der politischen Atmosphäre Frankreichs in den Dienst der Richtung zu stellen, die er der Politik seines Landes seiner Ansicht nach geben mußte.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts waren die Besorgnisse in England bezüglich der sich steigernden Handelskonkurrenz Deutschlands zu einer fixen Idee geworden.

Ein Buch, klein an Umfang, aber voll von sprechenden Daten war im Jahre 1896 unter dem Titel „Made in Germany" von Herrn Edwin Williams veröffentlicht worden. Es hatte in England wenig Beachtung gefunden; nur Lord Rosebery bewies, daß er ihm Beachtung schenkte, indem er es in einer Rede in Epsom anführte. Frankreich, das stets auf jede Stimme lauschte, die sich gegen Deutschland erhob, verbreitete es: die Revue des Deux Mondes (Heft vom 15. September 1896) rekapitulierte es in einem Artikel von Arvède Barine, der „das Ende Karthagos" überschrieben ist. Wir geben einige Stücke dieses Artikels wieder, die in verschiedener Hinsicht interessant sind, vor allem, weil sie eine Idee von dem Weg geben, den der deutsche Welthandel schon beinahe zwanzig Jahre vor Kriegsausbruch zurückgelegt hatte, und von der Unfähigkeit der Engländer, ihm Einhalt zu gebieten . . . .

Die guten deutsch-englischen Beziehungen, auf die Bismarck großen Wert gelegt hatte und deren Unwandelbarkeit er in den berühmten Satz gekleidet hatte, Walfisch und Elefant könnten nie einen ernsten Konflikt miteinander haben, hatten warme Verehrer in England, auch nachdem der Elefant sich ins Meer gestürzt — oder sich, wie man sagte, in ein Flußpferd verwandelt hatte — und Miene machte, mit dem Walfisch zu rivalisieren. Wir erinnern daran, daß der berühmte Reisende Henry W. Stanley als Deputierter des Unterhauses im Jahre 1898 im „Nineteenth Century" die Ansicht verfocht, England müsse aus seiner eigenen Isolierung heraustreten und sich mit dem Dreibund zur Sicherung des Friedens, der durch den französisch-russischen Zweibund gefährdet war, verbünden. Stanley sah in den ehrgeizigen Neigungen Rußlands, das von dem heißen Hauch Frankreichs angefeuert wurde, eine Gefahr für die europäische Zivilisation; er betrachtete den Dreibund als Friedensbürgschaft: „das Ziel, um dessentwillen er geschlossen wurde — schrieb er — ist der Friede und nur ihm hat es Europa zu verdanken, daß es sich der Ruhe hat erfreuen können und seinen gegenwärtigen kommerziellen Wohlstand erreicht hat. Der Zweibund, den man zuerst für ein gerechtfertigtes Gegengewicht gegen den Dreibund hielt, offenbart sich jetzt als friedensstörend und gefährlich und" schloß er, „der Dreibund, verstärkt durch Großbritanniens Streitkräfte zu Wasser und zu Land, unterstützt durch die Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika und durch die Land- und Seestreitkräfte Japans, scheint mir allein den Weg zu eröffnen, auf dem man den Weltfrieden sichern kann."

Unerwartet trat der Transvalkrieg dazwischen. Ganz Europa sympathisierte für die kleinen Heldenrepubliken, die ihre Unabhängigkeit verteidigten. In Frankreich wurden die Burensiege gefeiert, als wären es französische und der lebhafte Groll des Volks gegen England kam auch in der Presse jeder Schattierung zum Ausdruck. Im Journal des Débats vom 5. Februar 1902 verkündete Arvède Barine die moralische Isolierung „Englands wegen der Grausamkeiten, die jedermann kenne".

Aber von den feindlichen Kundgebungen beleidigten die deutschen die Engländer ganz besonders. Deutschland hatte seit dem Januar 1896, nach dem Einfall englischer Kolonisten,

Digitized by Google

die von Doktor Jameson geführt wurden, lebhaft gegen jede Änderung des status-quo in Südafrika Stellung genommen, wo erhebliche Interessen deutscher Untertanen bestanden. Der Kaiser hatte damals dem Präsidenten der Republik Transvaal, Krüger, ein Telegramm geschickt, indem er ihn beglückwünscht hatte, daß „ohne sich an die Hilfe befreundeter Mächte wenden zu müssen, es ihm geglückt war, den Frieden gegen die bewaffneten Banden, die das Land überfallen hatten, wiederherzustellen und damit die Unabhängigkeit gegen Angriffe von Außen zu verteidigen".

Die Erinnerung an diesen Vorfall steigerte die Entrüstung der Engländer, als die deutsche öffentliche Meinung offen ihren Tadel gegen das System, mit dem die Engländer ihren Krieg gegen die Buren führten, aussprach, und zu| deren Dolmetsch machte sich Herr Chamberlain, Minister der Kolonien, in einer in Edinburg gehaltenen Rede, die eine heftige Polemik zwischen den Zeitungen beider Länder entfesselte und einen mehr als lebhaften Wiederhall im Reichstag in Berlin fand.

Natürlich stellte die französische Presse mit schlecht verheimlichter Befriedigung fest, daß die deutsche Engländerfurcht einen Vorwand in dem Transvaalkrieg gefunden habe und daß dieser seinen eigentlichen Ursprung in der ganz speziellen Feindseligkeit Deutschlands gegen England habe, einer Feindseligkeit — schrieb das Journal des Débats (24. November 1901) —, die stündlich mehr zu einem der Faktoren der internationalen Politik wird und aus welcher einige Engländer die Schlußfolgerung ziehen, ihrer Diplomatie eine Neuorientierung zu suggerieren ...

Die „National Review" veröffentlichte 1901 zwei Artikel zugunsten einer Wiederannäherung von England an Frankreich.

Das Journal des Débats kam am 1. Dezember auf diese zurück und sprach seine Befriedigung darüber aus, daß, weil das französisch-russische Bündnis der Grundstein der russischen Politik sei, ein englisch-russischer Ausgleich einen englisch-französischen zur Folge hätte. Es bemerkte mit nicht geringerer Befriedigung, daß die National Review von einer tiefen Reizbarkeit gegen Deutschland erfüllt sei und daß als Ausgangspunkt für die Meinungsänderung, die in England allmählich Platz greife, sich deutlich die Überzeugung abhob, daß Deutschland der Hauptrivale des britischen Reiches sei.

Das Journal des Débats gab der englischen Politik ein, sie solle versöhnlich sein, um das Ziel zu erreichen: „Wir glauben, daß die Interessen Englands und Rußlands in Asien leicht in Einklang zu bringen sind, ebenso wie die Frankreichs und Englands in Afrika und auch anderswo; unter der Bedingung, daß England davon absteht, alles für sich zu wollen und es nicht jeden Fortschritt eines anderen als Usurpation betrachtet, auch dann wenn seine Interessen und wohlerworbenen Rechte nicht verletzt sind."

Diese Eingebungen der französischen Zeitungen fallen überraschend genau — wie wir im folgenden sehen werden — mit den Aufgaben, die Eduard VII. sich vorgenommen, und mit den Zielen, die er erreicht hat, überein: sowohl die entente cordiale mit Frankreich, wie die mit Rußland wurden im Verlauf von Verhandlungen geschlossen, in denen England Beweise von Nachgiebigkeit gegenüber den Interessen der beiden Mächte, die es zu seinen Verbündeten machen wollte, bewies, die man an ihm nicht gewöhnt war.

Von der Voraussetzung der deutschen Anglophobie nahm auch ein tiefgreifender Feldzug eines berühmten englischen Schriftstellers gegen Deutschland seinen Ausgang, der sich hinter dem Pseudonym Calchas verbarg. Dieser schrieb in der „Forthnightly Review" zwischen den Monaten August 1900 und Dezember 1901 sieben Artikel, die René Henry als sehr interessant für das französische Publikum erachtete und sie daher im Auszug in den „Annales des Sciences Politiques" in Paris (Märzheft 1902) wiedergab.

.... Die Analyse Calchas' über die Lage Englands war scharfsinnig und tiefgründig. Das britische Reich lebt von der Zwietracht der Staaten des Kontinents und seine Politik war stets darauf berechnet, denjenigen dieser Staaten zu lähmen, der im Begriff war, zu mächtig zu werden. Deutschland griff bereits nach dem Weltmarkt und drohte dadurch, England die Vormachtstellung im Handel zu entreißen. Man mußte ihm den Weg verlegen, also den Kampf aufnehmen. Aber die englischen Politiker, die dieses Ziel verfolgten, wußten genau, daß England das nicht allein durchführen konnte trotz der hochmütigen Auffassung von der englischen Macht, wohl aber, wenn man Frankreich und Rußland zur Unterstützung aufbot, die mit ihrer

Digitized by Google

Kraft, mit den „zahlreichen und starken Heeren“ eine Nation ausschalten sollten, die das Unrecht beging zu arbeiten, zu schaffen und ihren Handel mit Mitteln auszudehnen, die die ganze Welt mit Bewunderung erfüllten[1]). Wenn man die Artikel der ernstesten Zeitschriften und der einflußreichsten Zeitungen über diesen Gegenstand liest, begegnet man nie den Gedanken, einen kommerziellen Kampf mit den Mitteln aufzunehmen, wie sie die englischen Konsuln rieten, um die deutsche Konkurrenz auszuschalten, sondern nur den Gedanken an den Krieg; und als Mittel zum Zweck tritt das Problem hervor, Deutschland mit Feinden zu umgeben, um es leichter knebeln zu können.

Eduard VII. schuf also keine neue Lage; seine Aufgabe war ihm vorgezeichnet von den hellsichtigsten und vorurteilsfreiesten Köpfen seines Landes; er war nur der geschickte Vollstrecker des Willens einer Elite, der schnell zum Willen der Nation wurde.

Aber statt bei Rußland anzufangen, wie die meisten es für nötig hielten, begann der König Annäherungsarbeit bei Frankreich, vielleicht im Hinblick auf seine persönlichen Sympathien, vielleicht weil er mit Recht dieser Nation größere militärische Bedeutung beimaß. Rußland als Verbündeter Frankreichs mußte dann in einem günstigen Moment ohne Schwierigkeiten hinzutreten.

Die „Entente cordiale“.

Frankreich wußte nichts besseres zu tun, als auch die jüngsten Kränkungen, wie die von Faschoda, zu vergessen und ebenso die Entrüstung von gestern wegen des „verbrecherischen Krieges“ gegen die Buren, sobald Eduard VII. andeutete, man könne die beiderseitigen Haßgefühle gegen Deutschland miteinander vermählen. Man bemerkt, daß König Eduard, der am 22. Januar 1901 den Thron bestiegen hatte, nicht nötig hatte, ein Programm zu studieren, weil er es völlig ausgereift schon im Kopfe hatte. Vor allem konzentrierte er alle seine Gedanken auf den Friedensschluß mit Südafrika, aber er zauderte auch keinen Augenblick, eine große Anzahl politischer Leute zu gewinnen, die wichtig waren für die notwendige Evolution in der britischen Politik, nämlich für das Aufgeben der „splendid isolation“ und um „mit dem Prestige seines gewichtigen Worts Einfluß auf die Leiter der großen Zeitungen auszuüben, die wahre Fürsten der öffentlichen Meinung sind“[2]). Auf kurze Zeit wurde seine Arbeit durch eine Krankheit unterbrochen, die einen chirurgischen Eingriff erforderlich machte und einen Aufschub der Krönungszeremonie veranlaßte, die erst am 9. August 1902 stattfinden konnte.

Im Januar 1903 sandte die „Times“ einen neuen Korrespondenten, Herrn Lavino, nach Paris, der alsbald einen Feldzug begann, um wieder herzlichere englisch-französische Beziehungen herzustellen und nicht unterließ, der deutschen Politik zu unterstellen, daß sie ein Interesse daran habe, die Zwietracht zwischen Frankreich und England lebendig zu erhalten. „Deshalb — war die Randglosse des Journal des Débats (20. Januar 1903) — müssen Franzosen und Engländer vermeiden, in die Falle zu gehen.“

Anfangs Mai desselben Jahres machte Eduard VII. seinen ersten Besuch als König außerhalb des Vereinigten Königreichs. Er ging nach Frankreich; Paris nahm ihn festlich auf. Die republikanischen Blätter sprachen sich zugunsten des Gedankens einer englisch-französischen Annäherung aus, den er in seinem Trinkspruch beim Bankett im Elisée hatte einfließen lassen, während die monarchisch und nationalistisch gesinnten Blätter offen ihr Mißtrauen ausdrückten mit der Beteuerung, daß die Wiederannäherung vor allem England zustatten komme.

Der Präsident der Republik, Emil Loubet, beeilte sich, den Besuch heimzugeben: am 6. Juli war er in Begleitung Delcassés, des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, in London, wo er von der Bevölkerung sympathisch, vom König mit ostentativer Herzlichkeit empfangen wurde.

Unterdessen arbeiteten das Foreign-Office und der Quai d'Orsay daran, alle zwischen den beiden Ländern schwebenden Streitfragen beizulegen[3]).

Eduard VII. hatte keine Zeit verloren. Der Weg, den er gewählt hatte, um für England die Mitwirkung der französischen Regierung und die Sympathie der dortigen öffentlichen

[1]) Vgl. Science et Force Allemandes von Victor Bérard in „Revue de Paris“ (15. Februar 1900) und l'Empirisme anglais von dem gleichen Urheber in „La Revue de Paris“ (1. April 1900)
[2]) So Jean Carrère im Mattino (Neapel) vom 14.—15. April 1905.
[3]) Vgl. R. Poincaré a. a. O., S. 68—69.

Digitized by Google

Meinung zu gewinnen, war der richtige und die Entente cordiale ward geboren. Wenn sie auch sein Werk ist, so darf man nicht vergessen, daß der König in dem französischen Minister Delcassé einen bereitwilligen Dolmetsch und idealen Mitarbeiter besaß.

Welche Bedeutung hatte die Entente cordiale für die französisch-englischen Beziehungen und für die internationale Lage? Sie war nicht ein reguläres und in Artikel gebrachtes Bündnis, wie die österreichisch-deutsche Allianz, der Dreibund und der französisch-russische Zweibund, weil, wie bekannt, die englischen Minister nicht Geheimverträge unterzeichnen dürfen, wie es auf dem Festlande üblich ist. Wenn sie auch peinliche Beobachter der Förmlichkeiten sind, so haben sie doch nie, wenn sie es für nützlich gehalten haben, darauf verzichtet, geheime Verpflichtungen durch eine einfache Note zu übernehmen. Die Treue gegenüber der übernommenen und wir können sagen, in Wirksamkeit gebliebenen Verpflichtung war eine Ehrensache für jede englische Regierung: aber die diplomatischen Noten gewähren vor den regulären Verträgen den Vorteil, daß man sie aufkündigen oder in Vergessenheit geraten lassen kann, weil sie sich auf Verpflichtungen für unbestimmte Zeit beziehen. Im Kern wirkte die auf Wunsch und unter den Auspizien Eduards VII. abgeschlossene Vereinbarung wie richtiges Bündnis, ja es schuf sogar herzlichere und dauerndere Beziehungen, als die durch ein den Dreibundvertrag geschaffenen.

In dem wertvollen, öfter zitierten Buch definiert Poincaré die Entente als „rentierliche Zusammenarbeit" nicht bloß für die Interessen der beiden Nationen, sondern auch „für ihre gemeinsamen Ideen und für die Zivilisation selbst". Aber einige Seiten später fügt er hinzu, daß der Generalstab des englischen Heeres mit dem französischen Generalstab „offiziös in Verbindung" getreten sei, um ein „eventuelles Verteidigungsprogramm zu prüfen", wenn schon England eine formale Verpflichtung erst in den letzten Wochen des Jahres 1912 übernahm.

Nachdem „die letzten Reibungspunkte" in Ägypten und Marokko durch das Abkommen vom 8. April 1904 geregelt waren, das Poincaré als Ausgangspunkt einer neuen Ära bezeichnete, machten davon die englische und französische Regierung der deutschen Regierung keine Mitteilung, gleichsam als ob Deutschland sich für unbeteiligt an einer Aufteilung von Einfluß sphären, die europäisches Interesse hatten, ansehen müsse. Die Unterlassung dieser Mitteilung nahm gleichsam den Ton einer ostentativen Feindseligkeit und beinahe einer Herausforderung an. Und solange die Schicksale des Russisch-Japanischen Kriegs unentschieden waren, blieb Deutschland in einen leisen Schlummer verfallen. Aber als Rußland definitiv geschlagen schien und Deutschland sich Frankreich allein gegenüber sah, reagierte die deutsche Regierung mit dem Besuch des Kaisers in Tanger (31. März 1905) und nach der Vernichtung der russischen Flotte bei Tushima, durch das in Paris ausgesprochene Verlangen der Entlassung Delcassés, dessen Opferung Frankreich, das vor der Eventualität sich dem Teufel gegenüber zu sehen, den es gerufen hatte, in heftigen Schrecken geraten war, ohne Protest zuließ, im Gegenteil darüber erleichtert aufatmete.

Nicht einmal in England geriet man wegen Delcassés Rücktritt in Erregung, obwohl es ihn früher sehr gelobt hatte, und auch dieses, gleich Frankreich, nahm die von Deutschland vorgeschlagene Konferenz an, obwohl es Schmälerung der Verträge war, durch die Italien, England und Spanien den Vorrang der französischen Stellung im Reich des Scherifs anerkannt hatten; aber auf der Konferenz von Algeciras war die britische Diplomatie völlig im Dienste Frankreichs. Die Entente cordiale konnte nicht von dem wenig klugen Verhalten eines Ministers in einem wenig günstigen Augenblicke erschüttert werden, sie war jetzt die Grundlage der Politik beider Länder, so daß ihr Poincaré hat das Zeugnis ausstellen können, daß „in den zahlreichen Krisen, die sich in Europa eingestellt haben, seit 1905 wir stets Seite an Seite mit England geblieben sind... Etliche Jahre hindurch haben die beiden Regierungen sich Tag für Tag, Stunde für Stunde beraten und nicht ein einzigesmal hat eine von ihnen in den schwebenden Fragen eine gesonderte Initiative eingeschlagen".

König Eduard vervollständigte die Entente cordiale durch das Mittelmeereinvernehmen. Im Juni 1907 wurden zwischen England und Spanien, zwischen Frankreich und Spanien identische Noten ausgewechselt, die auf den Verträgen fußten, die zur Aufrechterhaltung des status quo bezüglich der Küsten und der Besitzungen der drei Mächte im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean abgeschlossen waren.

Digitized by Google

Die Triple-Entente.

In seiner France conquise[1]) wälzt Emil Flourens ein erhebliches Maß von Verantwortung für den unglücklichen Krieg Rußlands gegen Japan und die nachfolgenden inneren Wirren in diesem Reich Eduard VII. zu und schreibt wörtlich: „Schlagt die Jahrbücher von Großbritannien auf und sagt mir, in welchem Zeitpunkt, in welcher Lage zauderte ein englischer Staatsmann über rivalisierende Nationen das schlimmste Unheil stets dann zu entfesseln, wenn er glaubte, das Interesse des englischen Volks schreibe ihm das vor" (S. 40/41).

Wir haben gesehen (vgl. Kap. IV), daß ein Einverständnis mit Rußland in England von einflußreichen Politikern und Publizisten verfochten wurde, die darauf hinaus kamen, weitgehende Konzessionen im fernen Osten und Asien zu gewähren, falls das große Kaiserreich mit den Millionen Soldaten, die es ins Feld führen konnte, sich dazu hergab, die britische Politik gegen Deutschland zu unterstützen.

Als Eduard VII. der Augenblick gekommen schien, sein Schachspiel mit dem russischen Bauern zum Abschluß zu bringen, waren weitere Zugeständnisse im fernen Osten nicht mehr nötig, weil an dem russischen Ehrgeiz dort drüben Japan das Todesurteil vollzogen hatte. Die Zugeständnisse konnten sich nur auf Persien, Afghanistan und Tibet beziehen und die Verhandlungen, die die Einflußsphäre der beiden Mächte in diesen Gegenden festsetzen sollten, wurden mit Hilfe der französischen Regierung begonnen und zum Abschluß gebracht. Poincaré hat nicht verschwiegen, daß diese Verhandlungen ziemlich langwierig und mühevoll waren: „Frankreich hatte es in den folgenden Jahren schwer, den Freund und den Bundesgenossen endgültig einander zu nähern." (Vgl. R. Poincaré; a. a. O. S. 74.) Der englisch-russische Vertrag wurde am 31. August vollzogen. Er wurde von der Presse als Werk Eduards VII. gefeiert und beinahe dem französisch-britischen von 1904 gleichgestellt.

Man versteht, daß dieser erste Schritt zur Triple-Entente — das Ziel Eduards VII. und natürlich auch der französischen Politik — viele Anstrengungen und wahrscheinlich auch viel Geld kostete. Die traditionelle englische Feindseligkeit war noch jüngst stark zum Ausdruck gekommen und in der hohen russischen Gesellschaft, sowie in der politischen und diplomatischen Welt, die auf die Diplomatie des Kaiserreichs Einfluß hatte, war die Verstimmung noch sehr lebhaft. Die Klugheit der englischen Regierung mußte ihren höchsten Grad erreichen und sie tat es auch: der Vertrag wurde unter den Gesichtspunkt einer Wohltat für ein hart geprüftes Land gebracht, das der Sammlung, der Sicherung, seiner langsam in Asien durchgeführten Eroberung und der Garantie derselben gegen Gefahren bedurfte, die nach dem unglücklichen Ausgang des Kriegs beträchtlichen Umfang annahmen. Übrigens — so erklärte man — waren die Grenzen des Abkommens genau umschrieben. Darüber hinaus war Rußland zu nichts verpflichtet.

Ohne Zweifel maß der Zar diesem Übereinkommen auch keine andere Bedeutung bei und es stieg ihm nicht einmal der Gedanke auf, daß, wenn er in dieses einwilligte, er den ersten Schritt auf dem Weg tat, der ihn sehr weit führen mußte. Er glaubte sicherlich, daß es sich um eine détente (=Absperrung), keinesfalls aber um eine entente handle. Hatte nicht seine Initiative für die zweite internationale Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen die wärmste Zustimmung in England gefunden, ein deutlicher Beweis für die friedfertigen Gesinnungen des Volks und der Regierung dieses Landes? Und hatten nicht kurz zuvor der König von England und der Deutsche Kaiser in Krönberg eine freundliche Begegnung gehabt?

Bei der Zusammenkunft in Swinemünde am 6. August hatte es der Zar nicht nötig, vor Wilhelm II. irgendeine feindliche Absicht zu verbergen und er konnte seinen Trinkspruch ausbringen auf die „Fortdauer der verwandtschaftlichen und traditionellen freundschaftlichen Beziehungen, die dauernd ein enges Band zwischen unsern Häusern und unseren Ländern bilden"; auch die deutsche Regierung zeigte sich nicht beunruhigt über die englisch-russische Aussöhnung in Asien, wenn auch Fürst Bülow tiefer sah, als er von der Tribüne des Reichstags aus zugestehen durfte, als er darüber reden mußte.

Aber die Ereignisse reiften heran dank der unermüdlichen Tätigkeit König Eduards. Nachdem er den König von Italien im April 1907 in Gaeta, neuerdings den Deutschen Kaiser in Wilhelmshöhe und den Kaiser von Österreich-Ungarn im August in Ischl besucht

[1]) Garnier & Co., Paris 1906.

Digitized by Google

hatte, traf er sich mit dem Zaren in Reval in den ersten Junitagen 1908. Alle diese Reisen wurden sicherlich nicht aus Vergnügungssucht unternommen. Eduard VII. drückte durch sein Eingreifen der Politik, für die seine Minister sich verantwortlich erklärten, den Stempel erhöhten Prestiges und höheren Wirksamkeit auf und zugleich verwischte er die Spuren seines wohldurchdachten Plans, indem er bei dem oberflächlichen Beobachter den Glauben an seine friedliche Gesinnung dadurch stärkte, daß er hintereinander die Herrscher des Dreibundes besuchte. . . .

König Eduard konnte nicht gegen den Strom schwimmen und Frankreich durch die Schaffung eines großen Heeres die Garantie oder richtiger, die Hilfe leisten, die diese Nation, die in einem Jahrhunderte alten Kampf gegen Deutschland verwickelt ist, brauchte und stets brauchen wird, um ihren furchtbaren Feind niederzuhalten. Aber er sah ganz klar, daß die Hilfe Englands mit seinen geringen Landstreitkräften den Franzosen genügen würde, wenn sie ergänzt wäre durch die Hilfe Rußlands; kurz, wenn Frankreich Rußland und England einen geschlossenen Block bilden würden.

In Reval am 10. Juni an Bord des Schiffes Standart sagte Zar Nikolaus II., als er einen Trinkspruch auf den Gast ausbrachte, er habe das Vertrauen, „daß diese Zusammenkunft das erfreuliche Ergebnis gezeitigt habe, unsere Länder noch enger zusammenzubringen" und König Eduard brachte die Überzeugung einer befriedigenden und freundschaftlichen Ordnung einiger wichtiger Fragen zum Ausdruck.

Fest steht, daß die Triple-Entente aus der Zusammenkunft in Reval hervorging und daß dort der Ring zusammengeschweißt wurde, der Deutschland einschließen mußte. Es war keine ausdrückliche Kriegserklärung, aber eine Kombination, die den Keim des Kriegs unter dem Herzen trug.

In Deutschland, wo das Ziel der Politik König Eduards wohl bekannt war, wurde die wachsende Herzlichkeit der russisch-englischen Beziehungen, die plötzlich an Stelle einer traditionellen Feindseligkeit getreten war, als eine schwere Gefahr und eine Drohung angesehen.

Dem Krieg entgegen.

Poincaré und beinahe alle Schriftsteller der Entente stellen eine Analogie zwischen der bosnischen Krise von 1908—1909 und der österreichisch-serbischen Krise von 1914 fest. Wir stellen fest, daß eine direkte Einwirkung der einen auf die andere besteht. Seit 1908 hebt die Periode des geringeren Widerstandes des Zaren Nikolaus gegen das Spiel seiner Verbündeten und die militärisch-panslawistische Strömung an, der es gelungen war, die Herrschaft über die Regierungspartei zu gewinnen; die Triple-Entente schloß sich unter dem Stachel des erlittenen Mißerfolgs, automatisch noch enger zusammen und Herr Iswolski konnte sich nun, da er seines Herrn und seiner Verbündeten sicher war, mit vollem Atem an die diplomatische und militärische Vorbereitung einer Vergeltung machen.

Ein Jahr darauf kam in Begleitung Iswolskys der Zar nach Italien, dem es endlich einfiel, daß er den ihm sieben Jahr zuvor (1902) abgestatteten Besuch König Emanuels III. heimgeben müsse. Welche Verpflichtungen von Italien in Racconigi bei dieser Gelegenheit übernommen wurden, hat man nie mit Sicherheit erfahren und es wäre sehr nützlich, es zu erfahren, um die auswärtige Politik kennenzulernen, die von den italienischen Kabinetten getrieben wurde.

Alle die Abmachungen, die zwischen Rußland und Italien abgeschlossen oder versucht wurden, entsprangen russischer Einflüsterung zum Nutzen russischer Interessen; und die italienischen Staatsmänner haben sich edelmütig und leichtsinnig dazu hergegeben, wie es ihnen seit Gründung des Königreichs beinahe immer widerfahren ist, zugunsten der Fremden zu handeln. . . .

Daß unsere Freunde ihrerseits keine große Hochachtung für uns gewannen, hat sich an den wirklichen und greifbaren Ergebnissen der italienischen Politik erwiesen — zum Beispiel an der Haltung Frankreichs während unseres lybischen Krieges — und ist klargestellt durch jenen an den Minister Sasonow gerichteten Geheimbrief Iswolski, der nach Paris als Botschafter seines Landes ging. Dieser ist kürzlich von der Sowjetregierung zusammen mit anderer in den Archiven der zaristischen Regierung gefundener Korrespondenz veröffentlicht worden. Der Brief, der vom 1. Dezember stammt, berichtet über die Besorgnisse Poincarés bezüglich des Verhaltens Englands und Italiens im Kriegsfalle:

Digitized by Google

„Was Italien anbelangt, so denkt man in Paris — schrieb Iswolski —, daß man nicht auf ein redliches Verhalten Italiens weder gegenüber dem Dreibund noch gegenüber der Triple-Entente rechnen kann. Die italienische Regierung werde im Kriegsfall zunächst eine abwartende Haltung einnehmen, um sich dann schließlich auf die Seite des Siegers zu schlagen."[1])

Es steht heute fest, daß der erste Balkanbund vom März 1912 unter den Auspizien Rußlands geschlossen wurde, das sich vornahm, eine Konföderation ohnmächtiger Kleinstaaten, die von den Winken Petersburgs abhängen, zu begründen. Die materiell und wirtschaftlich durch den Krieg in Lybien, der zu spät beschlossen und ohne politische Einsicht geführt wurde, geschwächte Türkei wurde mühelos von den Balkanstaaten geschlagen, die sich ihre Aufgabe und Beute zugewiesen hatten. Der Österreich zugefügte Schaden erschien ganz außerordentlich; das kleine Serbien, das darnach trachtete, sich auch durch das Benagen des Kaiserreichs zu vergrößern, ging aus dem Kampf mit dem Nimbus des Sieges und einem sehr fühlbaren Zuwachs an mehr oder minder serbischer Bevölkerung und Gebiet hervor.

Herr Poincaré, Ministerpräsident seit 14. Januar 1912, begab sich im August dieses Jahres nach Petersburg. Er behauptet, daß weder Frankreich noch England von den Vereinbarungen Kenntnis hatte, die in Sofia (vom Februar bis September 1912) zwischen Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro geschlossen worden waren und berichtet, daß der russische Minister des Auswärtigen Sasonow, dem gegenüber er mündlich seine Überraschung über diese Kriegsabmachungen aussprach, ihm versicherte, daß die russische Regierung sie erst nach ihrer vertragsmäßigen Festsetzung erfahren und zum Klugen geraten habe. Poincaré läßt in seinen Notizen, die er Tag für Tag über seine Unterredungen sich machte, durchblicken, daß er den Versicherungen des russischen Ministers nicht geglaubt habe.

Derselbe Poincaré, der am 15. Oktober 1912 den französischen Gesandten in London über seine Unterredungen in Petersburg unterrichtete, schrieb bezüglich dieses serbisch-bulgarischen Vertrages:

„Um es kurz zu sagen, diese Konvention scheint unter den Auspizien Rußlands abgeschlossen zu sein und in jedem Fall teilt sie Rußland bei den gegenwärtigen Ereignissen und bei denen, die folgen können, eine aktive und überragende Rolle zu . . . . . Aber, was man auch sagen mag, sicher ist, daß es alles gewußt hat."

Wir haben hier das Zeugnis Poincarés, daß Rußland im Jahre 1912 nicht zögerte, den Krieg abzukarten, um Wiedervergeltung gegen Österreich zu üben. Wir können das als eine geschichtlich festgestellte Tatsache ansehen.

Aber Poincaré, der die Beweise hat, daß unter den beiden alten Gegnern, Rußland und Österreich, der erstere es ist, der die Vorbereitung zum Kriege lenkt, während Österreich sein Vertrauen auf die diplomatische Aktion der Mächte kundgibt[2]), um zu vermeiden, daß der Balkanbrand sich ausbreitet, ist er in seinem Herzen mit der neuen Lage unzufrieden und beschäftigt sich ausschließlich damit, das Bestehen der Triple-Entente aufrechtzuerhalten.

Herr Poincaré hat ein leichtes Spiel, wenn er die Haltung der französischen Regierung wieder heraufzaubert, wie sie sich aus den offiziellen Schritten ergibt, die bei Österreich und Deutschland unternommen worden sind. Die Diplomatie ist die Kunst der Verstellung und die französische ist Meisterin darin, ihre egoistischen Zwecke zu verfolgen, sich aber gleichzeitig den Mantel des Nichtinteressiertseins und des Altruismus umzuhängen. Man kann über manches Hin- und Herschaukeln in der französischen Politik im Zweifel sein: wenn Rußland auf die Vernichtung der Türkei abzielte, sowar das in Paris wegen der beträchtlichen Kapitalien, die dort angelegt waren, nicht gleichgültig. Außerdem hielt Herr Poincaré vielleicht den günstigen Moment noch nicht für gekommen, um den lokalen Konflikt in einen allgemeinen Weltbrand überzuleiten: es mußte noch in Frankreich der Entwurf über die dreijährige Militärdienstzeit Gesetzeskraft erlangen. Aber das, was jetzt für einen glühenden Freund der Revanche wie Poincaré in Betracht kam, war die Gewißheit, daß man Rußland endlich als für die Sache des Kriegs als gewonnen ansehen konnte, daß die Reife Rußlands, die durch die Politik Eduards VII. eingeleitet war, jetzt gekommen war und daß das Zusammenwirken der Wünsche nach Wiedervergeltung und Zerstörung gegen die Zentralreiche jetzt sich vollkommen deckten.

Poincaré und Iswolski sind in ständiger Berührung[3]). Wenn Poincaré nach Rußland geht,

[1]) Vgl. auch das neue Dokument auf Seite 257/58. (D. Schriftl.)
[2]) Poincaré a. a. O., S. 133.
[3]) Nachdem Poincaré zur Präsidentschaft der Republik aufgestiegen war, erhielt er vom Zaren

Digitized by Google

begleitet ihn Iswolski; dort ratifiziert er ein Marineabkommen[1]), das die zwischen den Generalstäben getroffenen Abmachungen bezüglich eines gleichzeitigen Handelns des französischen und russischen Heeres ergänzt. Nach der Rückkehr nach Paris lockt ihm Iswolski die folgende Erklärung ab, die eben von diesem in einem Bericht vom 12. September nach Petersburg übermittelt wurde:

„Wenn ein Konflikt mit Österreich das bewaffnete Eingreifen Deutschlands zur Folge hätte, würde Frankreich ohne Verzug den Bündnisfall anerkennen und keine Minute verlieren, um seinen Verpflichtungen gegenüber Rußland nachzukommen."

Wenige Tage darauf, am 18. Oktober, legt Montenegro, das Mündel Rußlands, Feuer an das Pulverfaß, indem es der Türkei den Krieg erklärt.

Poincaré gibt in seiner Verlegenheit über die kürzliche Veröffentlichung über seine Aufmunterung Rußlands, alles zu wagen, zunächst seinem Zweifel dahin Ausdruck, der von der Sowjetregierung veröffentlichte Bericht sei apokryph; dann unterschiebt er, daß „in ihren Telegrammen manche Botschafter oft gern ihren Unterrednern die Gedanken in den Mund legen, bezüglich deren sie ein Einverständnis ihrer Regierungen zu erzielen wünschen[2]). . . .!

Im Jahre 1912 provozierte Rußland Österreich und Frankreich sagte ihm auch damals die Bündnistreue zu. Das hieß durchaus nicht, den Verpflichtungen getreu bleiben, sondern sie erweitern; nämlich Rußland die Entscheidung freizugeben, den Krieg zu entfesseln, indem man darauf verzichtete, die Gründe nachzuprüfen, die es hierzu verleiteten. Das bedeutet ebensoviel, als daß Poincaré diese Gründe kannte und die wohlüberlegte Provokation billigte, weil er wußte, daß das auch Deutschland mithineinriß, das mit Österreich verbündet und bekanntermaßen verpflichtet war, mit ihm zusammen ins Feld zu rücken.

Wie kann Poincaré, nachdem er so kurz und bündig seinen Willen zur Herausforderung bekundet hatte, seine Friedensliebe beteuern und die Aufrichtigkeit der bei den christlichen Balkanstaaten unternommenen Schritte glauben machen wollen, daß sie es unterlassen sollten, die Türkei zu verderben und das Ergebnis der europäischen Intervention abwarten sollten?

Die Nichtintervention Europas, nämlich die Lokalisation des Konfliktes, die von der Triple-Entente vorgeschlagen war, sicherte den vier Staaten ihren Sieg und Gebietserwerb, der, wie man erklärt hatte, ihnen nicht zugestanden worden wäre. Der Krieg dehnte sich nur deshalb nicht auf Europa aus, weil Österreich nicht zu reagieren wagte.

Es wagte wohl nicht zu reagieren, weil Herr Poincaré dafür gesorgt hatte, es wissen zu lassen, daß Frankreich zu Rußland stand. In der Tat hielt er in dem schicksalsreichen Monat Oktober in Nantes eine Rede, deren in die Augen springender Satz folgender war: „das französische Volk will den Krieg nicht, doch fürchtet es ihn nicht".

Nach seinem Übertritt vom Ministerium zur Präsidentschaft der Republik am 17. Januar 1913 sagte Poincaré beim Empfang Iswolski zu diesem, er sei entschlossen, einen direkten Einfluß auf die auswärtige Politik Frankreichs auszuüben und die wichtigste Sache für die französische Regierung sei, die öffentliche Meinung auf die Teilnahme Frankreichs an einem Kriege vorzubereiten, der durch die Lage auf dem Balkan hervorgerufen werden könnte. Gleichzeitig zeichnete er das Ernennungsdekret Theophile Delcassés zum Botschafter in Petersburg.

Die Bedeutung der Entsendung Delcassés nach Petersburg tritt so handgreiflich zutage, besonders wenn man sie mit den andern französisch-russischen Kundgebungen in Verbindung bringt, daß Poincaré versucht hat, die Verantwortlichkeit hiefür abzulehnen, aber in einer so wenig ernsten Art und Weise, daß sie den Verdacht, den er zerstreuen wollte, bestärkt.

Nach dem zweiten Balkankrieg richtete Rußland seine Tätigkeit darauf, in einem dauernden Bund Rumänien, Serbien, Griechenland und Montenegro mit dem Ziel zu vereinen, diese neuen Staaten für sich zu haben in dem neuen Krieg, zu dem es rüstete. Bulgarien, gereizt und enttäuscht, weil es die Früchte seines Sieges verloren hatte, hatte sich noch einmal dem Einfluß des Kabinetts von Petersburg entzogen, das bewiesen hatte, daß es seine Gegner ihm vorziehe. Alle Mittel wurden für die Erreichung dieses Zieles aufgeboten und man konnte

die höchste russische Ordensdekoration, worauf er an Iswolski folgende Worte richtete: „Es ist mir willkommen, daß S. Majestät . . . gerade Sie als Dolmetsch gewählt hat, mit dem ich seit mehr als einem Jahr tägliche Beziehungen unterhalten habe (Echo de Paris, 26. Februar 1913).

[1]) Poincaré a. a. O., S. 124.

[2]) Vgl. R. Poincaré a. a. O., S. 148.

Digitized by Google

feststellen, daß es erreicht wurde, weil nach Ausbruch des Krieges von den vier Staaten sich drei um Rußland scharten und nur Griechenland konnte sich entsprechend dem festen Willen seines Königs Konstantin fast bis ans Ende neutral halten.

Die Lage Österreichs verschlechterte sich während des Jahres 1913 und 1914 immer mehr. Die Kabinette von Belgrad, Athen und Cettinje wußten, daß das europäische Konzert nur scheinbar einig war, und kümmerten sich weder um die Beschwerden und Aufforderungen der Botschafterkonferenz der Großmächte, sie sollten ihre Truppen aus Albanien zurückziehen, noch um die Flottenbemonstrationen. Von Rußland gingen geheime Aufreizungen zum Widerstand hinaus, bis das Kabinett von Petersburg, um nicht vor Europa die Verantwortlichkeit des Bruchs des Konzerts der Großmächte auf sich zu nehmen, sich gezwungen sah, Ratschläge zur Klugheit zu geben. Von Paris aus arbeitete man daran, Großgriechenland zu schaffen, das die gefürchtete Expansion Italiens, das den Dodekanes besetzt hielt, verhindern sollte. Es hatte den Anschein, als ob die Belagerung Skutaris durch Serben und Montenegriner ohne bewaffnete Intervention der Mächte nicht aufgehoben werde. Die Aufgabe zu intervenieren hätte Österreich auf sich genommen, aber es wagte es nicht. Der Baron Beyens, Gesandter Belgiens in Berlin, bemerkte in einem Bericht an die eigene Regierung vom 4. April 1913:

„Das Einrücken österreichischer Truppen in ein Balkanterritorium — und hier würde es sich viel eher um serbisches, als um montenegrinisches Gebiet handeln, weil die kriegerischen Operationen in Serbien leichter wären als in Montenegro — würde eine Intervention Rußlands hervorrufen und vielleicht einen allgemeinen Krieg entfesseln. Das ist eine so ernste Eventualität, daß sie — hier (in Berlin) hofft man es wenigstens — die beiden Großmächte zurückweichen lassen wird, von deren Entscheidung heute der europäische Friede abhängt."

Österreich, das beim Auftauchen der ersten Röte des Balkanbrandes sein Heer mobilisiert hatte, um gegen alle Eventualitäten gewappnet zu sein, wurde von neuem in die Versuchung gebracht, mit den Waffen sein Prestige wiederherzustellen, als Rußland mit der Besetzung Armeniens drohte, wenn die Mächte die Türkei nicht zwängen, sich aus Adrianopel, das es nach dem zweiten Balkankrieg wieder besetzt hatte, zurückzuziehen.

Aus all dem, was wir über den alten österreichisch-russischen Gegensatz erzählt haben, der 1914 schließlich der Anlaß zu einem allgemeinen Krieg wurde, der in den Geistern und Waffen seit langer Zeit vorbereitet war, geht hervor, daß der Kaiserstaat Österreich-Ungarn, wenn er auch sein Augenmerk für die Zukunft auf eine Ausdehnung im Orient, dem einzig möglichen Ausdehnungsfeld richtete, sich als unmittelbares Ziel seiner Politik die Verteidigung seiner eigenen Existenz steckte, während Rußland, dem niemand bezüglich seiner Grenzen nachstellte, eine reine Eroberungspolitik betrieb.

Als die Dreistigkeit der Serben zu dem Doppelmord von Serajewo führte, hatte Österreich keine Hoffnung mehr, den Waffengang noch länger hinausschieben zu können, da die Gefahr der Lostrennung, die der Kaiserstaat lief, tödlich war.

Leider ging die Regierung des Zaren über den Schrecken und die Furcht vor dem Fürstenmorde hinweg. Die Stunde der Vergeltung hatte geschlagen. Der von Österreich im Jahre 1908 unterzeichnete Wechsel war verfallen. Und Deutschland, das in den Kampf hineingerissen wurde, um seinen Verbündeten zu unterstützen, sollte seinen Teil von der kampfbereiten und geschlossenen Triple-Entente abbekommen. Herr Poincaré, Präsident der französischen Republik, überbrachte persönlich in dem Monat Juli, kurz nachdem sich das Trauerspiel von Serajewo abgespielt hatte, der Regierung des Zaren die Versicherung der Solidarität Frankreichs und Englands bis zum Blutvergießen.

Wollte Deutschland den Krieg?

Nach der Gründung des Reichs war das Deutschland Otto von Bismarcks zweifellos friedlich. Nur der Friede konnte die deutsche Einheit stärken, die aus Jahrhunderte währender Drangsal hervorgegangen war, und der große Kanzler widmete bis zum letzten Tage seiner Regierung die außergewöhnlichen Quellen seines Genies dem Ziele, die Nachbarn Deutschlands der Versuchung zu entziehen, es zu bekriegen. Zu Francesco Crispi sagte er in bezug auf Frankreich: „Wir können in einem Krieg nichts gewinnen, aber alles aufs Spiel setzen." Mit Bezug auf Rußland erklärte er einem russischen Journalisten: „Weder können wir von Euch, noch Ihr von uns jemals Millionen herausquetschen, auch keine Gebiete, deren Erwerb

Digitized by Google

ein Schaden und ein Verbrechen wäre." Dem rumänischen Minister Sturdza gegenüber wiederholte er in einem vertraulichen Gespräch vom 22. Januar 1888:

„Ich wünsche die Aufrechterhaltung des Friedens um des Kaisers willen, der hochbetagt ist, und des kranken Kronprinzen willen, und meines Landes wegen, das in einem siegreichen Feldzug gegen Rußland nichts gewinnen könnte. In Wahrheit, Deutschland, dessen Grenzen leidlich gut geordnet sind, kann seinen östlichen Nachbarn nichts wegnehmen .... Das Deutsche Reich, das neue Grenzen suche, würde sich Kriegen ohne Ende mit Rußland und Frankreich aussetzen, das nur auf eine Gelegenheit wartet, um Elsaß-Lothringen wieder zu gewinnen."

Ebenso zeigt sich die Friedfertigkeit darin, daß auf dem Berliner Kongreß und später Frankreich vom Fürsten Bismarck zu seinem Handstreich auf Tunis ermutigt wurde und daß in der Folgezeit er es in allen seinen kolonialen Unternehmungen an der Westküste Frankreichs, in Madagaskar, Tonking und China unterstützte; man kann also behaupten, daß das Kolonialreich Frankreichs, sein Stolz und seine Reserve, unter den wohlwollenden Augen Deutschlands als Ausgleich für die Niederlage von 1870—71 entstanden ist. Die gegen das Deutschland Bismarcks erhobenen Anklagen wurden von der Zeit Lügen gestraft. Das österreichisch-deutsche Bündnis, das nach dem Anschluß Italiens zum Dreibund wurde, wurde begründet, um den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten; und es erhielt ihn ohne Mißbrauch seiner Kraft aufrecht, indem es mit äußerster Gewissenhaftigkeit die Interessen und die Freiheit der übrigen Staaten respektierte. Frankreich, das in ihm eine Drohung erblicken wollte, hat während seiner Dauer eine Ausdehnung und einen Reichtum erreicht, wie es sie nie gekannt hatte, und ganz Europa ist zu einem Gedeihen emporgestiegen, das man heute, wo es zerstört ist, umso höher anschlägt. Den Einfluß dieses Bundes auf die Erhaltung des Friedens kann man noch höher anschlagen, wenn man berücksichtigt, daß der Völkerkrieg sich erst entzünden konnte, als der Dreibund durch Irrtümer, Schwächen und Unzulänglichkeiten von Regierungsseite sich auflöste. Wollte etwa das Deutschland Wilhelms II. den Krieg? Viele haben es behauptet, aber die Urkunden bestätigen eine solche Behauptung nicht.

In Frankreich fand der Deutsche Kaiser fast bis 1914 einen schönen Kranz von Schriftstellern und Politikern, die ihn für einen friedliebenden Herrscher erklärten; nach Kriegserklärung mußte, weil die Wahrheit Ärgernis erregte, mancher von ihnen sich abquälen, um die Umkehr des friedliebenden Willens dieses Herrschers in einem kriegerischen zu beweisen[1]).

Es ist ein schwieriges Unternehmen, glaubhaft zu machen, daß ein Mensch mit dreißig Jahren (soviel zählte Wilhelm II. bei seiner Thronbesteigung), der eine strenge militärische Erziehung genossen hatte und in der Vollkraft seiner physischen und Geisteskräfte stand, sich äußerst friedliebend zeigte und nun die Gesinnung ändert, wenn er das 50. Lebensjahr überschritten, und dann zum glühenden Verehrer des Kriegs aus Eroberungssucht wird.

In Wirklichkeit genoß Wilhelm II. den Ruhm menschenfreundlicher Gefühle bei all denen, die ihn seit seiner Jugend in vertrautem Umgang kennenlernen konnten. Ein Franzose, sein Lehrer[2]), schrieb mit Bewunderung von dem „zukünftigen Kaiser, dessen aufgeklärte Gesinnung und Liebe zur Menschheit ihn immer mehr bezauberten".

Überzeugt, daß Deutschland in Europa keine andern Feinde als Frankreich habe, nahm sich Wilhelm II. von den ersten Tagen seiner Regierung ab vor, den französischen Groll dadurch zu überwinden, daß er Botschaften der Freundschaft und Hochachtung ergehen ließ, wie in einer Rede in Magdeburg bei Ausgrabung der Asche Carnots, die er an Frankreich zurückgeben ließ; dann in einer Unterredung mit Jules Simon, dem Delegierten Frankreichs auf der Berliner internationalen Konferenz zum Schutze der Arbeiter. Er ließ sich auch angesichts der feindseligen Kundgebungen gegen seine Mutter, die Kaiserin Friedrich, nicht entmutigen, die sich nach Paris begeben hatte, um die französischen Künstler einzuladen, an einer Ausstellung teilzunehmen.

Und er erschöpft sich dauernd in Akten der Liebenswürdigkeit, in zarten Aufmerksamkeiten — sei es, daß er an französischer Trauer Anteil nimmt oder französische Offiziere begnadigt, oder Marineleute und berühmte Männer Frankreichs festlich bewirtet — mit dem einzigen Ergebnis, gleichzeitig Hochmut und Erbitterung derer hervorzurufen, die er sich zu Freunden machen wollte.

[1]) Vgl. als Typ solcher Veröffentlichungen L'Evolution belliqueuse de Guillaume II von Maurice Muret. — [2]) François Ayme, Une éducation imperiale. Guillaume II.

Digitized by Google

Im Grunde genommen dachten die Franzosen — wohlverstanden jene Minderheit von Hirten, die die Herde führt — nur an den Vergeltungskrieg. Sie schoben allerdings Deutschland kriegerische Vorsätze unter, aber nur um im Volk den kriegerischen Geist lebendig zu erhalten und die immer größeren Militärausgaben zu rechtfertigen, aber nicht etwa weil sie daran glaubten. Die, welche sich der Kriegspolitik fernhielten und die deshalb ehrlich waren, dachten wie Victor Bérard, der in der Revue de Paris (15. Februar 1900) über das große Bündel von Militärlasten, die dem französischen Bürger aufgebürdet wurden, Klage erhob und schrieb:

„Das Deutsche Reich hat seit 1870 ohne Zweifel den Zwang auf sich laden müssen, bewaffnet zu bleiben und sein Leben zu verteidigen; aber es hat nicht alle seine Gedanken und seinen Ehrgeiz auf Kriegsvorbereitungen und -träume gerichtet. Es war darauf bedacht, die Bestände seines Heeres, wie sie dem Frieden entsprechen, aufrechtzuerhalten; es ist immer das erste gewesen, das die Ausdehnung und Dauer des wirklichen Dienstes herabsetzte. Auch hier hat das Deutschland der Geschäftswelt seine Stimme hören lassen: indem es viel Geld verdiente, hat es dareingewilligt, all das zu bezahlen, was das Heer brauchte, aber es hat der Heeresstärke der Initiative, dem Willen und vor allem den Jahren, die im Waffendienst verbracht werden mußten, enge Grenzen gezogen.

Öffentlich hat der Krieger von ehedem jeden Eroberungsgedanken verschmäht und seinen Wunsch nach Frieden verkündet."

In bezug auf Rußland war die deutsche Politik während der 25 Jahre der Herrschaft Wilhelms II., die dem Krieg vorangingen, betont freundschaftlich. Der Kaiser nahm alle Gelegenheiten wahr, um seine friedliche Gesinnung, seine Aufrichtigkeit gegenüber dem Zaren an den Tag zu legen, er bot alle Beweisgründe auf, damit der Zar in seiner Politik sich durch Berücksichtigung der wahren Interessen seines Landes und auch seiner Dynastie leiten ließ. Nach dem, was dann eingetreten ist, kann man ruhig sagen, daß diese Ratschläge weise waren und daß Nikolaus II. weder sich selbst noch Rußland den Untergang bereitet hätte, wenn er sie befolgt hätte.

Allgemein bekannt sind die große Zahl von Dokumenten und ebenso die geheime Korrespondenz zwischen den beiden Herrschern, die im Gepäck des unglücklichen gefangenen Zaren in Jekaterinenburg gefunden wurden und aus denen der Friedenswille Deutschlands Rußland gegenüber hervorgeht und wir überheben uns der leichten Mühe, sie hier wiederzugeben. Wilhelm II. arbeitete dauernd darauf hin, den französischen Einfluß auf den Zaren zu neutralisieren, aber nicht um Rußland gegen Frankreich aufzuhetzen, vielmehr um zu vermeiden, daß der französisch-russische Bund zum Kriege neige. Man muß sogar dessen eingedenk bleiben, daß er zweimal ein russisch-deutsches Bündnis versuchte mit dem ausgesprochenen Gedanken, Frankreich in dieses einzuschließen.

Sicherlich fielen im europäischen Osten die russischen Interessen nicht mit den deutschen zusammen; während letztere vorwiegend wirtschaftlich waren, waren erstere politisch; und während die Politik Deutschlands es nicht nötig hatte, sich mit Gewalt durchzusetzen, weil sie nicht Ziele territorialer Ausdehnung zum Schaden der Türkei im Auge hatte, vielmehr mit Hilfe seiner Bankiers, seiner Handlungsreisenden und der Bagdadbahn darauf abhob, Geschäfte zu machen und neue Wege für den Handel zu eröffnen, war die Politik Rußlands von Herzensgrund kriegerisch, weil sie sich die Eroberung Konstantinopels zum Ziel setzte und das Austreten von Menschenströmen nach Süd zu fördern bestrebt war, die von ihrem Nomadengeist hingerissen wurden, immer neue Länder zu besetzen, mit einem zweifelhaften Nutzen für die Kultur. Kurz, Deutschland erreichte seine Ziele durch den Frieden. Rußland brauchte neue Kriege, nach denen, die es im 19. Jahrhundert entfesselt hatte.

Gegenüber England pflog Deutschland Gefühle der Freundschaft, solange es nicht auf seiner Straße auf eine englische Schranke stieß.

Fürst Bismarck, der nur darauf bedacht war, die deutsche Einheit noch fester zu gestalten und seinem Lande die Ruhe zu gewährleisten, die zu der wirtschaftlichen Entwicklung desselben nötig war, zeigte sich gegenüber der Politik des Kabinetts von St. James sowohl im nahen und im fernen Osten, wie in Ägypten und gemeinhin, wo keine deutschen Interessen im Spiel waren, wohlwollend. Die deutschen Interessen jenseits der Grenze waren spärlich und der große Kanzler hatte nicht unter der Weltpolitik zu leiden. Dieses Wohlwollen wurde durch die Tatsache gefördert, daß die Mächte, vor denen etwa Deutschland Furcht haben konnte,

Digitized by Google

Frankreich und Rußland, damals Widersacher Großbritanniens waren. So gingen auf dem Berliner Kongreß die englischen Bevollmächtigten, wo es sich darum handelte, die russischen Gelüste im Zaum zu halten, mit dem Fürsten Hand in Hand und am Dreibund nahm England insofern teil, als ihm Italien durch einen Notenwechsel die Garantie für Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer gab, die Deutschland nicht geben konnte.

Die beschleunigte Entwicklung der Großindustrie, die zum Teil dem Fortschreiten der angewandten Wissenschaften und dem natürlichen Drang nach einem besseren Dasein für das Volk zu verdanken war, in dem die Zahl der Geburten sehr hoch war, die andauernde Steigerung des Handels mit dem Ausland und die relativ schnelle Begründung eines Kolonialbesitzes ließen Deutschland aus dem bescheidenen internationalen Leben heraustreten, in dem es Fürst Bismarck gewollterweise gehalten hatte. Die immer zahlreichere Flotte an Handelsschiffen, die alle Meere durchfurchten und fortgesetzt beträchtliche Interessen in den fernsten Ländern schufen, verlangte den Schutz durch eine Kriegsflotte.

In England wurde gleich mit dem Auftauchen dieser Phänomene im deutschen Leben wegen derselben Alarm geschlagen. Aber es waren unaufhaltsame Naturerscheinungen, gleich dem Fortschritt, den keine Regierung bändigen oder zerstören konnte. Auch Bismarck suchte vergebens durch schutzzöllnerische Maßregeln die Interessen des Ackerbaus zu schützen, indem er sie den industriellen Interessen voranstellte, aber nach einem erbitterten Kampf zwischen den Vertretern des Großgrundbesitzes und denen der Großindustrie verblieb der Sieg den letzteren.

Wilhelm II. nahm seit den ersten Tagen seiner Herrschaft viel Rücksicht auf die englische Reizbarkeit und zögerte trotz heftigen Widerstands, darunter Bismarcks, nicht, einen wichtigen Teil der ersten deutschen Kolonien in Afrika, namentlich das Protektorat über Vitu, Sansibar und die Insel Pemba, zu opfern, um im Tausch von England das kleine Inselchen Helgoland in der Nordsee zu bekommen, das, wie er — und zwar mit Recht — annahm, für die Verteidigung der deutschen Küsten notwendig war. Er ließ sich keine Gelegenheit entgehen, bei der er nicht Gefühle lebhafter Freundschaft für die mächtige Nation kräftig zum Ausdruck brachte, über die seine Großmutter, Königin Viktoria, herrschte. Im Jahre 1891 sagte er in der Guildhall in London:

„Mein Ziel geht vor allem auf die Erhaltung des Friedens, weil nur der Friede das für die gesunde Entwicklung der Wissenschaften, der Künste und des Handels notwendige Vertrauen geben kann. Nur solange Friede herrscht, werden wir unbefangen und ernst die großen Probleme studieren können, deren ehrliche und billige Lösung mir die Hauptpflicht unserer Zeiten zu bilden scheint."

Als im Januar 1901 sich der Kaiser in London eingefunden hatte, um dem Leichenbegängnis der Königin Viktoria anzuwohnen, fand er einen außerordentlich herzlichen Empfang.

Man hat viel über die deutsche Anglophobie gesprochen, um einen vom Alldeutschtum geschaffenen und gezüchteten Angriffsgeist glaubhaft zu machen. Aber um gerecht zu sein, muß man daran erinnern, daß die englisch-deutsche Rivalität ein relativ neuer Tatbestand war — man kann ihn als erst gestern entstanden bezeichnen, wenn man ihn mit jener jahrhundertalten zwischen Engländern und Franzosen, zwischen Slawen und Deutschen vergleicht, und sie hat sich in Deutschland erst eingebürgert, nachdem sie in England zur Welt gekommen war. Dieses hatte schon beinahe die höchste Stufe seiner Herrschaft erreicht, als Deutschlands wunderbarer Aufstieg nach Erlangung der Einheit begann. Die Aufsehen erregenden militärischen Siege lockten zunächst die englische Aufmerksamkeit auf sich; dann nahmen die Engländer das Auge auf die Statistiken, das Ohr auf das immer heftigere Sieden des deutschen Lebens gerichtet, als die ersten den Gedanken der Rivalität in sich auf. Diese Anschauung bezüglich der Vergangenheit wird auch durch die Logik erhärtet. Auch Bernhard Shaw, der berühmte englische Schriftsteller, schrieb im Dezember 1914:

„Ich bin genügend alt, um mich des Beginns des antideutschen Feldzugs in England zu erinnern . . . Deutschland warf Frankreich völlig zu Boden und dieser Sieg war es, der die erste militaristische Seite unserer Literatur schreiben ließ. Die Moral war ein einziges ‚zu den Waffen' oder, ‚die Deutschen werden London einschließen, wie sie Paris eingeschlossen haben!' Seit dieser Zeit hat die britische Propaganda für den Krieg gegen Deutschland nicht aufgehört, sondern ist im Gegenteil immer mehr gewachsen."

Aber die Gerechtigkeit verlangt es, anzuerkennen, daß Wilhelm II. und die Regierung des

Digitized by Google

Reichs stets ihr möglichstes taten, um Vertrauen zu der Politik Deutschlands einzuflößen und den Unwillen des deutschen Volkes im Zaum zu halten, das in zäher und verständiger Arbeit allmählich sich Rechenschaft über alle Hindernisse ablegte. Es genügt zugunsten des Kaisers an das berühmte Interview zu erinnern, das am 28. Oktober 1908 von dem Daily Telegraph veröffentlicht wurde, in dem er die Engländer anklagte, daß sie der Grund für die Feindseligkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland seien, weil sie für dieses nicht die Notwendigkeit anerkannten, die Produkte seiner Arbeit wo irgend möglich unterzubringen und eine Kriegsflotte zu besitzen.

Regierung und Volk Großbritanniens konnten sich nicht gleichgültig gegenüber dem Eindringen der Deutschen in die Märkte, die einst von der britischen Industrie beliefert waren, verhalten und noch viel weniger gegenüber dem Wachsen der Seemacht Deutschlands; die Schädigung durch das eine und die Gefahr von seiten des andern lagen auf der Hand. Sie begriffen genau, daß es sich um die Weltherrschaft handelte, die sie Gefahr liefen zu verlieren und daß es nötig war, das gefährliche Fortschreiten des Rivalen aufzuhalten.

Die von Eduard VII. begonnene Einkreisungspolitik hatte zwei Hypothesen im Auge. Das englisch-japanische Bündnis, die Triple-Entente, das Mittelmeerabkommen begründeten ein System, das den Bewegungen und dem Einfluß Deutschlands in der Welt Grenzen setzen sollte; wenn alle diese Kräfte zusammen ihr Ziel mit friedlichen Mitteln nicht erreichten, dann kam notwendigerweise die Hypothese des Krieges an die Reihe.

Das lauteste Alarmzeichen wurde für Deutschland mit dem englisch-französischen Vertrag vom 8. August 1904 gegeben. Poincaré selbst notiert, „daß Kaiser Wilhelm II. sich von Ende 1904 an mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit an die Arbeit gemacht hat“ [1]). Bis zur entente cordiale hatte sich die deutsche Regierung den Wahrscheinlichkeiten eines von Frankreich provozierten Kriegs gegenüber skeptisch verhalten trotz des Bündnisses mit Rußland; wie man jetzt aus seiner soeben veröffentlichten Privatkorrespondenz ersieht, pflegte der Kaiser mit großem Eifer die persönlichen Beziehungen zum Zaren und dessen friedliche Neigungen. Aber der Skeptizismus mußte der Besorgnis Platz machen, als die von dem entschlossenen Geist König Eduards beseelte englische Politik deutlich ihre Absichten zutage legte und für Deutschland bestand kein Zweifel mehr über die Notwendigkeit, sich immer stärker zu machen, um gegen alle Möglichkeiten gewappnet zu sein. Die kriegerische Entwicklung Wilhelms II., wie die französischen Schriftsteller sagen, vollzog sich damals unter dem Drucke der Drohung.

„In den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres — schrieb Mantegazza [2]) — hatten die antideutsche Bewegung in England und die Engländerangst in Deutschland einen solchen Grad erreicht, daß man ernste Folgen befürchten mußte. In den Zeitungen und sogar in den Parlamenten von Berlin und London, was ohne Vorgänge in den Annalen der internationalen Politik ist, erörterte man offen die Möglichkeiten des Kriegs, die Seestreitkräfte, über die jeder verfügen konnte, und den wahrscheinlichen Ausgang des Kampfes. Und nicht bloß Deputierte oder Politiker von mäßigem Einfluß, sondern sogar Männer, die in der Regierung saßen beteiligten sich daran. Es ist der Zivillord der englischen Admiralität gewesen, der einen Ausbruch von Entrüstung in ganz Deutschland hervorrief, als er die berühmten Worte aussprach: „Noch ehe die Zeitungen die Kriegserklärung veröffentlicht haben, werden wir schon einen entscheidenden Schlag geführt haben.“ Einige Tage darauf verstärkte das amtliche Organ der britischen Marine die Dosis, indem es offen und ohne viele Umschweife erklärte, man müsse die deutsche Marine treffen, während sie noch in der Entwicklung begriffen sei, und dürfe nicht warten, bis sie stärker und bedrohlicher werde.

Als im Januar 1909 König Eduard sich anschickte, Wilhelm II. den letzten Besuch abzustatten, schrieb ängstlich ein konservatives englisches Blatt, der Observer:

„Wir sehen mit Vergnügen, daß die Herrscher von Großbritannien und Deutschland sich treffen und daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern bessern; aber der Himmel möge es verhüten, daß aus reinen Gefühlsgründen das britische Reich sich verführen läßt, die eigenen Rüstungen zu vermindern und die Regierung es sich einfallen läßt, dem feierlich gegebenen Wort untreu zu werden.“ So steigerten sich die Militärkosten fortgesetzt. Die Balkankrise von 1912—13 beschleunigte den Wettlauf zwischen den Mächten der Tripleentente

[1]) Vgl. R. Poincaré a. a. O., S. 73. — [2]) Vgl. Corriere della Sera vom 15. August 1906.

Digitized by Google

und Deutschland. Der von Rußland organisierte Bund der Balkanstaaten, der eine neue Macht schuf, die Österreich-Ungarn belastete und es zu einem weniger brauchbaren Verbündeten machte, zwang Deutschland seine Kräfte bedeutend zu verstärken.

Die französische Regierung unterließ es nicht, auf die deutschen Pläne mit einer Forderung von einer halben Milliarde zu antworten, um den Aufbau des Heeres zu vervollkommnen, sowie mit dem Vorschlag für alle Waffen die dreijährige Dienstpflicht einzuführen.

Die Tribuna vom 27. März 1914 veröffentlichte eine Korrespondenz aus Petersburg „über die größte Mobilmachung der Welt", in der man las:

„Die militärischen Vorbereitungen Rußlands sind im Begriff, in der allgemeinen Mobilmachung auf Probe zu gipfeln, die nach der ungeheuren Heranziehung von Menschen und Material man — so sagen die Russen — als eine Generalprobe des Kriegs ansehen kann. Es handelt sich um die erschreckende Ziffer von einer Million und viermalhunderttausend Bajonetten ... Die Mobilisation dient dazu, die Güte und Wirksamkeit der getroffenen Vorkehrungen und der Methode der Vorbereitung für den Krieg zu probieren."

Deutschland sah den Sturm herannahen und rüstete sich, ihm zu trotzen. Als er über ihm stand, durfte es nicht warten, bis er es zerschmetterte. Die Lage des Reiches war so, wie sie ihm von seinen Feinden geschaffen worden war: Artikel III des französisch-russischen Vertrags von 1892—1893 besagte, daß die Streitkräfte der beiden Verbündeten gründlich, mit allem Eifer so eingesetzt werden müßten, daß Deutschland gleichzeitig nach Ost und West kämpfen muß. Deutschland war auf Gefahr seines Lebens hin verpflichtet, schnell zu treffen und sich den schwächsten seiner Feinde vom Hals zu schaffen, um mit allen Mitteln dem Stärkeren standzuhalten. Daraus entsprang die Notwendigkeit, die Initiative für die Kriegserklärung zu ergreifen und nach Frankreich zu gelangen, indem man das belgische Gebiet durchquerte.

Die Verletzung der belgischen Neutralität, deren sich ein nicht aufrichtiges Erstaunen so eifrig annahm, war seit langen Jahren als unvermeidlich vorhergesehen worden[1]) und Belgien steht im Verdacht, zuerst den Geist seiner eigenen Neutralität dadurch verletzt zu haben, daß es geheim militärische Abkommen mit England und Frankreich getroffen hatte.

Frankreich und England trugen heuchlerisch Ärgernis über die „punische Treue" Deutschlands zur Schau.

England gewährte Belgien seinen Schutz, nicht etwa weil es ein kleines Volk war und deshalb, weil die Kränkung des nicht durch die Kraft getragenen Rechts einer edlen Verteidigungsgeste förderlich war, sondern vielmehr, weil es sein Interesse war und ist, daß die Küsten und Häfen Belgiens in der Hand eines schwachen anstatt eines starken Staates sind. Zum Schutz eines solchen Interesses veranlaßte Großbritannien während des Krieges von 1870 Verhandlungen mit Preußen und Frankreich, kraft derer es sich verpflichten wollte, mit allen seinen Streitkräften zu Wasser und zu Lande zu intervenieren, um die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens gegen den von den beiden Kriegführenden zu schützen, der die genannte Neutralität verletze.

Frankreich versuchte seinerseits wiederholt, zwar nicht in das Gebiet Belgiens einzurücken, aber — Belgien zu vernichten, indem es dasselbe annektierte. Von Ludwig Philipp bis Napoleon III. — die geschichtlichen Tatsachen sind allbekannt — wurden die Verträge von 1839 als nichts anderes angesehen, als „Papierfetzen".

Auch die Erklärung, die man dem deutschen Kanzler Bethmann Hollweg so sehr zum Vorwurf machte, war nur ein Plagiat. Am Schluß eines vom Lordmayor von London am 29. Juli 1891 veranstalteten Banketts sprach Lord Salisbury, der erste Minister der Königin, sich über die Verträge folgendermaßen aus:

„Ich habe keinen Zweifel, daß wir die Wichtigkeit und die Wirkung der Verträge zu sehr übertreiben. In unserem Jahrhundert und gegenüber der schrecklichen Gefahr, die jede Störung des Friedens jedem Volk, das daran interessiert ist, bringt, glaube ich nicht, daß wir die Wirkung von Bindungen, die auf Unterschriften unter ein Stück Papier beruhen, allzu hoch einschätzen dürfen."

Im Juli 1914 war der Brandstoff, der für den Scheiterhaufen Deutschlands aufgehäuft war, so gewaltig und so gut verteilt, daß ein Funken genügte, um ihn in Brand zu stecken.

[1]) Vgl. Generalstabsprotokolle im Juliheft 1922 („Poincaré") der S. M.-Hefte S. 210 ff. D. Schr.

Digitized by Google

Der Funken war der Mord von Serajewo. Wenn die von Serbien und Rußland für Österreich-Ungarn geschaffene Lage unparteiisch abgeurteilt und erledigt worden wäre, hätte man den Krieg wenigstens vertagen können; aber in dem Gerichtshof, der hätte entscheiden müssen, hatten die Mächte der Triple-Entente das Übergewicht und Österreich konnte von seinen Feinden kein gerechtes Urteil erhoffen.

Und so geschah es, daß der Scheiterhaufen sich entzündete.

Nachwort.

Am 3. März 1921 sprach der Premierminister Englands, Herr Lloyd George, indem er eine des öfteren, auch in Frankreich von anderen abgegebene Erklärung wiederholte, vor den Vertretern Deutschlands:

„Für die Verbündeten ist die Verantwortlichkeit Deutschlands an dem Krieg grundlegend: sie ist die Basis selbst, auf der der Versailler Vertrag aufgebaut ist. Wenn man diese Verantwortlichkeit leugnet, so ist der Vertrag selbst zu nichts geworden .... Der Vertrag von Frankfurt im Jahre 1871 ging von folgendem Gedanken aus: Frankreich war im Unrecht und Deutschland forderte folgerichtigerweise von ihm nicht nur eine Entschädigung, sondern die Bezahlung der Gesamtkriegskosten. Deutschland wollte Frankreich nicht eine Revision dieses Wahrspruchs gestatten und daher müssen wir daran festhalten, daß der Wahrspruch des jüngsten Krieges respektiert wird. In den Bestimmungen des Vertrags von Frankfurt hat Deutschland den Grundsatz aufgestellt, daß eine Nation, die für einen Krieg verantwortlich ist, dessen Kosten bezahlen muß."

Wir glauben nachgewiesen und die Gründe dafür beigebracht zu haben, daß die feste Überzeugung des Herrn Lloyd George und der Verbündeten auf beweglichem Sande ruht und daß ihr Urteil nicht unwiderruflich ist, vielmehr einer Nachprüfung unterzogen werden muß.

Der Vergleich zwischen dem Ursprung des Kriegs von 1870—1871 und dem des Kriegs von 1914, sowie den Bedingungen, die nach dem ersteren Frankreich und nach dem zweiten Deutschland auferlegt wurden, hält nicht stand. Die französische Verantwortlichkeit an dem früheren Krieg lag klar zutage und wurde allgemein anerkannt; auch England anerkannte sie, selbst Kaiser Napoleon, der ihn hervorgerufen hatte. — Die Verantwortlichkeit Deutschlands für diesen Krieg kann nicht eben so schlagend erwiesen sein, auch nicht für die, welche sie beteuern. Und bezüglich der Bedingungen, die dem Besiegten einst und jetzt auferlegt wurden, genügt es daran zu erinnern, daß Frankreich nicht entwaffnet wurde, es weder seine Kriegs- und Handelsschiffe, noch seine Kolonien oder die Reihe anderer Güter verlor, die Deutschland abverlangt und mit Beschlag belegt wurden; und es konnte in kürzester Zeit die fünf Milliarden bezahlen und wieder aufblühen.

Wenn die vernichtenden, unerträglichen Lasten, denen Deutschland unterworfen worden ist, nach der Meinung der Sieger eine Rechtfertigung in dem Grundsatz haben, daß wer die Schuld trägt, die Strafe auf sich nehmen müsse, so erklären wir auf Grundlage des geschichtlichen Urkundenmaterials, das wir in diesem Bande gesammelt haben, daß der Vertrag von Versailles eine Ungerechtigkeit ist.

Wir haben uns darauf beschränkt, den Zielen der Politik der Großmächte nachzuforschen und uns eines Urteils über dieselben zu enthalten. Wir haben uns beispielsweise nicht darüber ausgesprochen, ob Frankreich verurteilbar ist, weil es aus Ehrerbietung gegenüber seinen ruhmstrahlenden Überlieferungen die einst über Europa ausgeübte Hegemonie wiederherstellen und Sedan auslöschen wollte. Wir haben kein Urteil über die britische Politik abgegeben, die sich vornahm, den andern Staaten die Vormacht auf dem Meere zu bestreiten, die sie Großbritannien vorbehielt, und das Problem der Handelskonkurrenz dadurch zu lösen, daß es Deutschland mit Feinden umgab. Wir haben nur beweisen wollen, daß Frankreich seit 1871 nie einig gewesen ist außer in seinem Vorsatz auf Vergeltung, daß die Staatsmänner und Patrioten, die sein Herz haben stärker schlagen lassen, von Deroulède bis Boulanger und Poincaré die waren, die Hoffnungen auf Vergeltung erweckt haben, — daß es Italien mißhandelte, um es vom Dreibund zu trennen und auf seiner Seite zu haben, weil der Dreibund der Friede war und es ohne Krieg die Vergeltung nicht erreichen konnte, daß es Milliarden über Milliarden an Rußland gab, damit es ihm helfe, Wiedervergeltung zu üben, daß es sich um dieses Zieles

Digitized by Google

willen mit Rußland verbündete, daß es endlich Rußland ermutigte, sich in die balkanische Dornhecke zu stürzen, damit wenn es über seine eigenen Wunden in Zorn gerate, es sich entschlösse, den Krieg zu führen, der den französischen Nationalisten die so heißersehnte Gelegenheit gab, sich für die Wiedervergeltung zu schlagen.

Diesen Beweis glauben wir — falsche Bescheidenheit beiseite — erbracht zu haben und es berührt uns daher peinlich, wenn wir hören, wie französische Staatsmänner bei jeder Gelegenheit sich darauf versteifen, daß Frankreich nach der Niederlage von 1870 auf nichts anderes bedacht war, als auf den Frieden, daß es das Bündnis mit Rußland nur suchte, um das Kräftegleichgewicht mit Deutschland herzustellen, daß man mit der Entente cordiale kein anderes Ziel verfolgte, als der deutschen Welteroberung Einhalt zu gebieten. Aber Deutschland wollte die Welt nicht mit Kanonenschüssen, sondern mit Warenmusterschüssen erobern, wie ein gutgläubiger Franzose schrieb und brauchte keinen Krieg gegen eine Koalition, die doppelt so starke Heere ins Feld führte, als die seine.

Jede der Mächte der Triple-Entente wollte ihre eigenen Ziele erreichen: Rußland schwankte in einem früheren Zeitpunkt, solange Nikolaus II. die Lage in seinem Lande beherrschen konnte — England im letzten Augenblick gegenüber dem Gespenst des Krieges. Wenn Deutschland darauf verzichtet hätte, die Entwicklung seiner vielseitigen Energien zu fördern und sein Flottenprogramm begrenzt hätte, hätte England nach 1910 viel Wasser in den überschäumenden Wein Eduards VII., der in diesem Jahr gestorben war, gegossen und Frankreich wäre nicht ermutigt worden, das Waffenlos mit Unterstützung Englands zu versuchen. Aber Deutschland wollte seiner Zukunft keine Beschränkungen auferlegen. Das Zögern, das das Kabinett von St. James im letzten Augenblick zur Schau trug, kann nicht echt gewesen sein. Der Grund zur Intervention, als den Sir Ed. Grey den deutschen Einmarsch in Belgien angab, war ein seit langer Zeit erfundener Vorwand, weil dieser Einmarsch vorausgesehen wurde und sicher war.

Alles ging also, wie es im voraus festgesetzt war. Aber jetzt, wo der große Feind überwältigt ist, soll man nicht damit fortfahren die Fabel vom Wolf und Lamm zu wiederholen. Das Lamm war in der Tat nicht so fromm, wie das des Äsop. Es zeigte die Zähne bisweilen zu energisch (die Nationalisten aller Länder haben überall mit ihren phantastischen Herrschaftsplänen viel Böses angerichtet), aber das ist für die Frage, die uns beschäftigt, bedeutungslos.

Das Kulturgewissen der Welt fordert einen Wahrspruch, der ein anderer ist, als der der interessierten Parteien. Es gibt in Europa die einstmals neutralen Staaten, es gibt den Papst, die einen Gerichtshof von Rechtsgelehrten und Staatsmännern bestellen könnten, der mit Recht Ansehen und Vertrauen bei allen genießt. Die Geheimarchive aller diplomatischen Kanzleien enthalten Urkunden, auf deren Grundlage ein erschöpfendes und gerechtes Urteil gefällt werden kann.

Dieses Urteil ist nötig, wenn endlich wieder der Friede über der menschlichen Arbeit erstrahlen soll, wenn man der Menschheit ein Morgen schaffen will, das nicht ein Fluch für Europa und die Welt ist.

Höflers Logik.

Unser verstorbener Mitarbeiter Alois Höfler in Wien hat die zweite Auflage seiner Logik druckfertig hinterlassen. Einstweilen sei darauf hingewiesen, daß das Werk, das in der neuen Gestalt 950 Seiten umfaßt, soeben bei Hölder-Pichler-Tempsky in Wien, Freytag in Leipzig erschienen ist und ohne Teuerungszuschlag geheftet 500 Mark kostet. Natürlich unentbehrlich für jeden, der sich über die Fortschritte der Logik unterrichten will.

Redaktionell abgeschlossen am 19. September 1922.

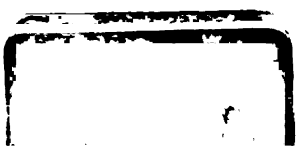
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google